einblick
gewerkschaftlicher Info-Service vom 17.01.2011 1/11

DGB

inhalt

Seite 3
Junge Generation
Mit einer gemeinsamen Jugend-Initiative von DGB und Gewerkschaften will die Gewerkschaftsjugend in 2011 Impulse setzen

Seite 5
Mitbestimmen
Die Sozialwahlen stehen an. Millionen Versicherte wählen ihre VertreterInnen in der Selbstverwaltung der Sozialversicherungen

Seite 7
Schnüffel-Erklärung
Gesine Schwan beschreibt, warum die Anti-Extremismus-Erklärung von Familienministerin Schröder kontraproduktiv ist

Gute Arbeit – DGB-Schwerpunkt 2011

Lackmustest für von der Leyen

„Wir sagen dem Missbrauch der Leiharbeit, prekärer Beschäftigung und dem Ausbau des Niedriglohnsektors den Kampf an", beschreibt der DGB-Vorsitzende Michael Sommer zentrale Ziele des DGB im Jahr 2011. DGB und Gewerkschaften werden die Forderungen nach Guter Arbeit, starken öffentlichen Leistungen, einem guten Auskommen im Alter, einem solidarischen Gesundheitssystem sowie qualifizierter Bildung und Ausbildung breit diskutieren und Lösungen von den Parteien einfordern. Entsprechend mischen sich die Gewerkschaften im Superwahljahr in die Wahlkämpfe ein. „Mit unseren Themen – parteipolitisch unabhängig aber nicht inhaltlich neutral", betont Sommer.

Für den 24. Februar schlägt der DGB einen bundesweiten Aktionstag in Betrieben und Verwaltungen vor. Das Motto: „Gegen Lohndumping – für sichere und faire Arbeit". Darüber wird der DGB-Bundesvorstand auf seiner Klausur am 18./19. Januar beraten. Deutschland brauche keinen Discount-Arbeitsmarkt, sondern Gute Arbeit mit fairer Bezahlung und einen flächendeckenden Mindestlohn von mindestens 8,50 Euro, so Sommer. Die Gewerkschaften würden nicht eher ruhen, bis das Prinzip „gleicher Lohn für gleiche Arbeit am gleichen Ort" im Arbeitnehmerüberlassungsgesetz fest verankert sei. „Ergänzend dazu muss die Leiharbeitsbranche ins Entsendegesetz aufgenommen und der Leiharbeitsmindestlohn für allgemeinverbindlich erklärt werden." Diese Themen seien gleichzeitig ein wichtiger Lackmustest für die Durchsetzungsfähigkeit der Bundesarbeitsministerin Ursula von der Leyen (CDU) in der schwarz-gelben Koalition.



Faire Löhne, Gute Arbeit, soziale Sicherheit fordert der DGB mit seinem diesjährigen Mai-Motto: „Das ist das Mindeste!", macht auch das 1.-Mai-Plakat klar. Die zentrale Maikundgebung findet 2011 in Kassel statt.

Im Hinblick auf die Finanzmarktkrise fordert Sommer die Bundesregierung auf, den Ankündigungen endlich Taten folgen zu lassen. Richtige Ansätze und Beschlüsse der G20 seien leider bisher nur Lippenbekenntnisse. Gleiches gelte für die Krise des Euro. Den Spekulanten das Handwerk zu legen, sei dringend geboten, fordert Sommer. In Sachen Mitgliederentwicklung der Gewerkschaften sieht der DGB-Vorsitzende einen erfreulichen Trend. Trotz Krise und demografischer Entwicklung sei es gelungen, die Mitgliederzahlen in den Gewerkschaften bei 6,2 Millionen zu konsolidieren und zu stabilisieren. •

plusminusBERLIN

+ ***Bärbel Bas** (SPD) ist die Ankündigungen der Bundesregierung leid, für mehr Hygiene in Krankenhäusern sorgen zu wollen. „Was fehlt, ist Hygienefachpersonal, das diese Empfehlungen umsetzt", so Bas. Schwarz-Gelb müsse schlicht dafür sorgen, dass Krankenhäuser mehr Personal einstellen.*

– ***Erwin Lotter** (FDP) findet, dass sich ArbeitnehmerInnen zu häufig krank schreiben lassen. „Tricksereien bei Krankschreibungen darf es nicht geben." Seiner Meinung nach sei es sinnvoll, über die Wiedereinführung von Karenztagen ohne Lohnfortzahlung im Krankheitsfall nachzudenken.*

Der Surf-Tipp fürs Internet

http://survey.ituc-csi.org
IGB: Jährlicher Bericht über Verletzungen von Gewerkschaftsrechten weltweit

Hintergrund

www.einblick.dgb.de/hintergrund
DGB-Analyse: Fachkräftemangel in der Pflege hausgemacht

Europäische Betriebsräte

Mehr Rechte und Beteiligung

Europäische Betriebsräte (EBR) müssen künftig rechtzeitig und umfassend vor einer endgültigen Entscheidung der Unternehmensleitung unterrichtet und angehört werden. Diese und weitere Änderungen des Europäischen-Betriebsräte-Gesetzes (EBRG) hat das Bundeskabinett am 15. Dezember 2010 beschlossen. Der Entwurf für ein neues EBRG setzt die am 6. Juni 2009 in Kraft getretene EBR-Richtlinie der EU in nationales Recht um.

Aus Sicht des DGB ist er ein deutlicher Fortschritt gegenüber dem geltenden Gesetz von 1996. „Er setzt nicht nur weitgehend die neue EBR-Richtlinie um, in einigen Punkten – etwa beim Schulungsanspruch – präzisiert er sogar deren Mindestanforderungen", wertet Ralf-Peter Hayen, Referatsleiter Recht beim DGB-Bundesvorstand. „Die neuen Regelungen werden die Arbeit der EBR erleichtern, vor allem durch einen verbesserten Unterrichtungs- und Anhörungsprozess sowie den gesetzlich verbrieften Schulungsanspruch, der sowohl die Freistellung als auch die Kostenübernahme durch den Arbeitgeber beinhaltet", fasst Hayen zusammen.

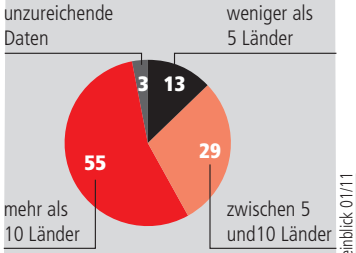
Positiv werten die Gewerkschaften auch, dass bis auf gesetzlich geregelte Ausnahmen für die meisten EBR mit Inkrafttreten des Gesetzes die neuen verbesserten Definitionen und Rechte unmittelbar Anwendung finden, auch wenn bestehende EBR-Vereinbarungen ungünstigere oder keine Regelungen enthalten. Ohne Ausnahme ermöglicht die Novelle die Neuverhandlung aller bestehenden Vereinbarungen, wenn wesentliche Strukturänderungen – wie ein Zusammenschluss oder eine Spaltung des Unternehmens – geplant sind. Auch Verlagerungen in andere EU-Länder oder Drittstaaten und Stilllegungen fallen unter die grenzüberschreitende EBR-Zuständigkeit und sind zudem von der Anpassungsklausel erfasst.

Nachbesserungsbedarf sieht der DGB vor allem bei den Sanktionen, wenn Arbeitgeber gegen das EBRG verstoßen. „Die Bußgeldobergrenze von 15 000 Euro ist lächerlich. Das zahlen multinational operierende Konzerne aus der Portokasse", so Hayen. Er warnt: „Die Wirksamkeit dieses Gesetzes steht und fällt mit der Ahndung von Pflichtverstößen durch abschreckende Sanktionen, wie es das EU-Gemeinschaftsrecht vorsieht." Bundesrat, Bundestag und Ausschüsse haben bis 5. Juni 2011 Zeit, um das Gesetz zu beraten und rechtzeitig zu verabschieden. •

Materialien und Links zum EBRG-Entwurf:
www.dgb.de/-/qql
www.einblick.dgb.de/hintergrund

Arbeitnehmervertretung über Grenzen

Internationalisierungsgrad der Eurobetriebsräte (EBR) – gemessen an der Zahl der Länder im europäischen Wirtschaftsraum, in denen die Unternehmen mit EBR eine Niederlassung haben (in Prozent)



Quelle: Europäisches Gewerkschaftsinstitut (ETUI), EBR Datenbank, 10/2010

© DGB einblick 01/11

Die Zahl der Euro-Betriebsräte steigt stetig. Im Herbst 2010 gab es europaweit bereits 969, so das Europäische Gewerkschaftsinstitut ETUI.

Pflege

Zweite Kopfpauschale

Der seit 2006 bestehende „Beirat zur Überprüfung des Pflegebedürftigkeitsbegriffs" hat seinen aktuellen Bericht vorgelegt. Darin empfehlen die Pflege-ExpertInnen dem Bundesgesundheitsministerium, Demenzkranke in die Pflegeversicherung einzubeziehen – eine Verbesserung, die der DGB bereits bei der Pflegereform 2008 eingefordert hatte.

Die zusätzlichen Leistungen erfordern kurzfristig weitere 3,6 Milliarden Euro in der Pflegeversicherung: Ein Mehrbedarf, für den das Bundesgesundheitsministerium (BMG) nach Meinung des DGB noch kein ausreichendes Konzept hat. Weder die von Bundesgesundheitsminister Philipp Rösler (FDP) geplante private Pflegezusatzversicherung noch die vom BMG prognostizierte Beitragserhöhung von 1,95 auf 2,1 Prozentpunkte in 2014 reichen für diesen Bedarf aus. Ohne vernünftige Gegenfinanzierung müsse der Beitragssatz bereits kurzfristig auf 2,45 Prozentpunkte steigen, so eine Berechnung des DGB. Die private Zusatzversicherung lehnt der Gewerkschaftsbund außerdem als „weitere Kopfpauschale" kategorisch ab.

Der DGB schlägt statt dessen eine integrierte Pflegeversicherung vor, bei der die Private Pflegeversicherung in einem ersten Schritt in den Finanzausgleich einbezogen wird. Kombiniert mit einem angemessenen Steuerzuschuss würden damit bessere Leistungen ohne jegliche Beitragserhöhung möglich sein. •

Bundesverfassungsgericht

OT-Unternehmen muss nachzahlen

Immer mehr Arbeitgeberverbände bieten Unternehmen eine OT-Mitgliedschaft an – eine Mitgliedschaft „ohne Tarifbindung". OT-Unternehmen profitieren dann zwar von den Services des Arbeitgeberverbands, verpflichten sich aber nicht, die vom Verband abgeschlossenen Tarifverträge anzuwenden.

Solche OT-Mitgliedschaften hat das Bundesarbeitsgericht (BAG) 2006 zwar grundsätzlich für zulässig erklärt – trotzdem muss jetzt ein Maschinenbauunternehmen mit OT-Mitgliedschaft Tariflohn an einen Arbeitnehmer nachzahlen: Das Bundesverfassungsgericht hat im Dezember ein entsprechendes Urteil des BAG bestätigt. Der Fall: Der Kläger, IG Metall-Mitglied, forderte von seinem Arbeitgeber trotz dessen OT-Mitgliedschaft im Arbeitgeberverband die Auszahlung der Lohndifferenz zum höheren Tariflohn. Das BAG entschied, dass die Satzung des Arbeitgeberverbands nicht eindeutig genug zwischen tarifgebundenen Mitgliedern und OT-Mitgliedern unterscheide. Deshalb muss das Unternehmen den Tariflohn nachzahlen. •

Ausbildungsvergütungen

Mageres Plus

Die Vergütungen für Auszubildende sind 2010 im Vergleich zum Vorjahr um nur 1,8 Prozent (2009: 3,7 Prozent) gestiegen: um 2,9 in Ost- und 1,3 Prozent in Westdeutschland. Das zeigt die jüngste Auswertung der tariflichen Ausbildungsvergütungen durch das Bundesinstitut für Berufsbildung (BIBB). Durchschnittlich bekamen Auszubildende im Westen 688 Euro, im Osten 612 Euro. Die Bandbreite der Azubi-Vergütungen reicht von Binnenschiffern mit 978 Euro (Ost und West) bis zum Friseurhandwerk mit 269 Euro in Ostdeutschland. Die Durchschnittsvergütung im öffentlichen Dienst liegt bei 750 Euro. •

Gewerkschaftliche Jugend-Initiative

Eine Plattform für die junge Generation

Junge Menschen sind von der zunehmenden Prekarisierung der Arbeitswelt besonders betroffen. Mit einer gemeinsamen Jugend-Initiative von DGB und Gewerkschaften, die im Februar startet, will die Gewerkschaftsjugend Impulse setzen, damit die Interessen der jungen Generation in den Fokus der Politik rücken.

2011 steht für die Gewerkschaftsjugend ganz im Zeichen der Beteiligung und Aktivierung junger Menschen. „Wir wollen uns mit der Lebensrealität und den Vorstellungen der jungen Generation auseinandersetzen und wollen die Jugendlichen aktiv persönlich einbinden und sie organisieren", beschreibt DGB-Bundesjugendsekretär René Rudolf die Ziele der gemeinsamen Jugendinitiative aller DGB-Gewerkschaften. Ihr Motto: „Wie willst du leben?"

Die Voraussetzungen für eine Jugendoffensive der Gewerkschaften sind gut: Mehr als 60 Prozent der jungen Erwachsenen zwischen 18 und 24 Jahren finden Gewerkschaften und Betriebsräte wichtiger denn je. Gleichzeitig steigt ihre Unzufriedenheit mit dem Wirtschaftssystem und den politischen Entscheidungsträgern. Das ist nicht verwunderlich – schließlich werden die Berufsbiografien von jungen Menschen immer prekärer. Ein großer Teil der Schulabgänger findet immer noch keinen betrieblichen Ausbildungsplatz. Junge Menschen arbeiten überdurchschnittlich oft in unsicheren Verhältnissen – in Leiharbeit, Schein-Selbstständigkeit oder unfreiwilliger Teilzeit. Sie arbeiten zu nicht existenzsichernden Niedriglöhnen, werden in langen Praktikaphasen als billige Arbeitskräfte ausgenutzt.

„Junge Beschäftige sind die unfreiwilligen Vorreiter einer immer flexibler werdenden Berufswelt", fasst Rudolf zusammen. Gleichzeitig steigt aber auch ihre Protestbereitschaft. Der überwiegende Teil der Jugendlichen ist bereit, sich politisch zu engagieren. Allein eine viertel Million SchülerInnen und Studierende beteiligten sich am Bildungsstreik 2010. 60 Prozent der jungen Menschen sind bereit, für ihre Interessen gemeinsam mit anderen auf die Straße zu gehen und an Protestaktionen teilzunehmen. „Das ist ein enormes politisches Potenzial", so Rudolf. Dieses Potenzial will die Gewerkschaftsjugend ansprechen und aktivieren. „Unser Ziel ist es, der jungen Generation eine Plattform zu geben. Ihre Meinungen, Zufriedenheiten, Ängste und Utopien zu sammeln und in den Fokus zu rücken. Und gemeinsam Lösungsansätze zu entwickeln und stark zu machen."

GEWERKSCHAFTS**JUGEND IN BEWEGUNG**

Aus Sicht der Gewerkschaftsjugend geht es vor allem darum, gleiche Bildungschancen für alle zu schaffen, eine qualitativ gute Ausbildung zu gewährleisten, den Jugendarbeitsschutz zu sichern, unbezahlte Scheinpraktika zu unterbinden und die weitere Prekarisierung der Arbeit durch unsichere Leiharbeit und befristete Arbeitsverhältnisse zu verhindern.

Die Initiative startet im Februar mit einer groß angelegten Befragungsaktion. Die DGB-Jugend will Jugendliche aus allen Teilen der Gesellschaft erreichen (siehe Randspalte). „Wir wollen uns außerdem aktiv ins politische und gesellschaftliche Geschehen einbringen", erklärt Rudolf. „Ob mit Veranstaltungen, Demonstrationen, Straßenaktionen, Youtube-Clips oder diversen Guerilla-Kommunikations-Taktiken – wir werden präsent sein in 2011." SchülerInnen, die im Rahmen der Jugendinitiative aktiv werden wollen, werden im Rahmen eines „Aktionsfonds" mit Aktionsmaterialien unterstützt. Die besten drei Aktionen werden prämiert.

Flankiert werden die Aktivitäten im Rahmen der Jugendinitiative von laufenden Kampagnen der Gewerkschaftsjugend wie etwa der zum Erhalt des Jugendarbeitsschutzes: „Hände weg vom Jugendarbeitsschutzgesetz". Im Frühsommer wird die DGB-Jugend zudem eine eigene repräsentative Studie zur Generation Praktikum vorlegen. Im September zeigt sie erneut mit der Veröffentlichung ihres Ausbildungsreports, wie es um die Qualität der Ausbildung in den verschiedenen Branchen bestellt ist und wie „ausbildungsfähig" die Unternehmen in Deutschland eigentlich sind. Einen Schwerpunkt der Aktivitäten bilden die Landtagswahlen in sieben Bundesländern. Diese Anlässe will die Gewerkschaftsjugend nutzen und mit vielfältigen Aktionen die Themen der jungen Generation – Arbeit, Bildung und Freiheit – in den Fokus rücken. „Die Jugend ist es leid, dass permanent über ihren Kopf hinweg entschieden wird. Und dass ihre Zukunftschancen seit Jahren mehr und mehr beschränkt werden. Dieses Jahr wird zeigen, dass man mit uns rechnen muss. Unser Statement für 2011 – Wir bringen eine Generation in Bewegung", so Rudolf. •

„Wie willst du leben?"

PHASE 1: Befragung und Aktion

Im Februar startet die Befragungsphase. Die DGB-Jugend will die junge Generation zu den großen Themen Arbeit, Bildung und Freiheit befragen und herausfinden, welche beruflichen Ziele sie hat und wie sie sich das gesellschaftliche Zusammenleben in der Zukunft vorstellt. Um möglichst viele junge Menschen zu erreichen, soll die Befragung an verschiedenen Orten und auf allen Kommunikationskanälen stattfinden: in Berufsschulen, Unis und Fußgängerzonen, online oder bei Veranstaltungen. Flankiert wird die Befragung mit Aktionen vor Ort.

PHASE 2: Umsetzung und Aktion

Ab Mitte 2011 startet ein gewerkschaftsübergreifender Diskussions- und Aktionsprozess. Auf Grundlage der Ergebnisse der Befragung soll in den Dialogwerkstätten der Gewerkschaftsjugend vor Ort, in den Betrieben und an den Unis die Debatte um die Zukunftsthemen fortgeführt werden. Die DGB-Jugend verspricht sich davon, Themen besser setzen und das richtige Format für jede Zielgruppe besser einschätzen zu können.

www.wie-willst-du-leben.de

PROJEKTE UND PARTNER

Linke Medienakademie

Lernen und vernetzen



Zum achten Mal findet vom 9. bis zum 13. März die Linke Medienakademie (LiMA) in Berlin statt. Unter dem Motto „Grenzenlos" werden über 100 DozentInnen ihr Wissen weitergeben. Geplant sind rund 200 Workshops und Einzelveranstaltungen – unter anderem Textwerkstätten, Layoutkurse, PR-Workshops, Rhetoriktrainings und politische Diskussionen. Ziel ist es, den TeilnehmerInnen handwerkliches Können zu vermitteln, um eigene Medienprojekte professioneller zu gestalten.

Außerdem auf dem Programm: Zusätzliche „Subkonferenzen" für Studierende, GewerkschafterInnen und Web-2.0-Interessierte. Unterstützt wird die Akademie unter anderem von den ver.di-Zeitungen *ver.di publik* und *Menschen Machen Medien* sowie der Wochenzeitung *Der Freitag* und der *taz*. Weitere Infos gibt es im Internet. •

www.linke-medienakademie.de

Arbeit und Leben NRW

Prekäres Jobwunder

Immer mehr Beschäftigte spüren die Kehrseite des „Jobwunders" – Minijobs boomen, die Leiharbeitsbranche floriert und Dumpinglöhne sind für immer mehr Beschäftigte Realität. Diesem Trend will Arbeit und Leben NRW am 30. und 31. März auf dem 10. Düsseldorfer Arbeits- und Sozialrechtsforum auf den Grund gehen. Unter dem Motto „Fair statt prekär. Gute Arbeit – Herausforderungen für Interessenvertretungen, Gewerkschaften und Rechtsprechung" analysieren ExpertInnen aus Wissenschaft, Politik und Gewerkschaften die Prekarisierung der Arbeitswelt. Die ReferentInnen berichten aus der Praxis und zeigen Möglichkeiten und Chancen für Tarifpolitik und Mitbestimmung, dem Trend zu begegnen. •

www.aulnrw.de

neueBücher

Für viele Menschen bestimmt die Arbeit den größten Teil des Tagesablaufs – sie ist das ***„halbe Leben".*** In ihrem gleichnamigen Buch lassen **Franz Schultheis, Berthold Vogel und Michael Gemperle** Berufstätige zu Wort kommen. So schildern zum Beispiel Buchhändler, Kfz-Mechaniker, Lokführer, Mediengestalter, Polizisten und Reinigungskräfte ihre Erfahrungen aus und mit der Arbeit. Das Buch bietet ein facettenreiches Abbild der Arbeitswelt von heute. Bei aller Verschiedenheit der Lebensläufe wird deutlich: Arbeitsintensität und Leistungsverdichtung haben stark zugenommen.



Franz Schultheis, Berthold Vogel, Michael Gemperle, Ein halbes Leben, Biografische Zeugnisse aus einer Arbeitswelt im Umbruch, UVK Verlagsgesellschaft, Konstanz 2010, 760 Seiten, 39,90 Euro

interregio

••• Der ***DGB-Bezirk NRW*** lädt am 27. Januar zu einer ***energiepolitischen Tagung*** nach Düsseldorf ein. Unter dem Motto „Für Wachstum, Klimaschutz und gute Arbeit" analysieren und diskutieren VertreterInnen aus Gewerkschaften, Verbänden und Wissenschaft die Zusammenhänge von Energiepolitik und Klimaschutz. Denn: Nordrhein-Westfalen als Industriestandort ist Lieferant und Großverbraucher zugleich. In drei Fachforen skizzieren ExpertInnen deshalb die notwendigen Wege für die energiepolitische Zukunft von NRW.

www.nrw.dgb.de

••• Die ***DGB-Region Köln-Bonn*** hat den Kartenvorverkauf für das ***Erste Kölner Festival des Politischen Kabaretts*** gestartet. Ab sofort können Eintrittskarten bei der Volkshochschule Köln oder im Internet unter *www.koelner-kabarett-festival.de* bestellt werden. Unter anderem werden die Kabarettisten Wilfried Schmickler, Heinrich Pachl und Fatih Cevikkollu die aktuellen politischen und sozialen Verhältnisse aufs Korn nehmen. Insgesamt werden vom 4. bis 6. Mai 16 renommierte KünstlerInnen auftreten.

http://koeln-bonn.dgb.de

••• Das „Bündnis der Vernunft gegen Gewalt und Ausländerfeindlichkeit" verleiht in diesem Jahr zum 18. Mal das ***Band für Mut und Verständigung.*** Die vom ***DGB-Bezirk Berlin-Brandenburg*** unterstützte Aktion richtet sich an Menschen in der Region, die durch „ihr mutiges Eingreifen Mitbürgerinnen und Mitbürger vor rassistischer Gewalt beschützt haben oder durch ihre engagierte Arbeit zur interkulturellen Verständigung beigetragen haben", heißt es in der Ausschreibung. Einsendeschluss für Nominierungen ist der 1. März.

www.berlin-brandenburg.dgb.de

MainzerMedienDisput

Von Krisen und Krieg

In Krisen- und Kriegszeiten kommt JournalistInnen eine besondere Rolle zu – sie müssen zwischen wahren Informationen und Kriegs-PR unterscheiden. Sparzwänge, Zeitmangel und der wachsende Einfluss von PR-Strategen erschweren diese Arbeit: Ein Grund, die Krisenberichterstattung unter die Lupe zu nehmen. In Kooperation mit der Otto Brenner Stiftung laden der MainzerMedienDisput und das Netzwerk Recherche am 25. Januar zur Diskussion nach Berlin ein. Renommierte ReporterInnen und Wissenschaftler analysieren unter dem Motto „Auslandsberichterstattung im Ausnahmezustand" die aktuelle Praxis. Neben einer umfassenden Analyse werden Perspektiven und mögliche Lösungswege, wie zum Beispiel verbindliche Richtlinien für die Krisenberichterstattung, diskutiert. •

www.otto-brenner-stiftung.de

Hans-Böckler-Stiftung

2010 in Zahlen

Was war los auf dem Arbeitsmarkt 2010? Wie hoch war der Zuwachs bei der Leiharbeit? Und: Welche Rolle spielte die Kurzarbeit im vergangenen Jahr? Mit der Datenkarte 2010 gibt die Hans-Böckler-Stiftung Antworten. Alle wichtigen Zahlen, Daten und Fakten für 2010 zum Arbeitsmarkt und zu den Sozialversicherungen stehen auf der Homepage zum kostenlosen Download bereit. Außerdem enthalten: Zahlen zu Arbeitszeiten, Durchschnittsverdiensten, Krankenstand, Organisationsgrad von Gewerkschaften in Europa und Wissenswertes zu den Themen Umwelt und Gesundheit. •

www.boeckler.de/29692.html

Sozialwahlen 2011

Superwahljahr für Sozialversicherungen

Millionen Bürgerinnen und Bürger sind 2011 in Deutschland zur Wahl aufgerufen: nicht nur bei Landtagswahlen in sieben Bundesländern – auch bei den Sozialwahlen.

Alle sechs Jahre werden in Deutschland im Rahmen der Sozialwahlen die „Versichertenparlamente" gewählt: Bei den Trägern der gesetzlichen Kranken- und Pflegeversicherung (Krankenkassen), der gesetzlichen Unfallversicherung (Berufsgenossenschaften, Unfallkassen) und der gesetzlichen Rentenversicherung bestimmen Versicherte und Arbeitgeber ihre VertreterInnen für die Gremien der Selbstverwaltung. Eine Aufgabe mit Verantwortung: Die „SelbstverwalterInnen" gestalten die Geschäftspolitik der Sozialversicherungsträger mit, sie wählen und kontrollieren die Vorstände und sie entscheiden mit über die Verwendung der Beiträge. Außerdem besetzen sie Gremien wie die Widerspruchsausschüsse der Versicherungsträger. Dort wird Tag für Tag über Widersprüche der Versicherten gegen Bescheide der Versicherungen entschieden – und in der Regel eine Lösung gefunden. Die erfahrenen ehrenamtlichen Selbstverwalter entscheiden sachkundig und schnell. Die Alternative wären langwierige Sozialgerichtsverfahren.

Auch in diesem Jahr kandidieren Hunderte Ehrenamtliche aus den DGB-Gewerkschaften für die „Versichertenparlamente". Der DGB begleitet die gesamten Sozialwahlen mit einer Kampagne *(www.sozialwahl.dgb.de)*. Sie zeigt: Wer auf die gewerkschaftlichen KandidatInnen setzt, setzt auf professionelle Interessenvertreter – und auf Solidarität. •

Fragenan ...



Foto: IG BAU

***einblick* sprach mit DGB-Vorstandsmitglied Annelie Buntenbach, 55, über die Sozialwahlen 2011.**

■ In den vergangenen Jahren sind die Versicherten in den Sozialversicherungen entweder finanziell stärker belastet oder durch Leistungskürzungen benachteiligt worden. Erst kürzlich hat sich Schwarz-Gelb mit der Kopfpauschale und dem Einfrieren der Arbeitgeberbeiträge aus der solidarischen Finanzierung der Gesetzlichen Krankenversicherung verabschiedet – lohnt es sich noch, an den Sozialwahlen teilzunehmen?

■ *Auf jeden Fall. Gerade die Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter in der Selbstverwaltung bei den Sozialversicherungsträgern stehen ja dafür, dass die Interessen der Versicherten Gehör finden und sozialer Ausgleich und Solidarität nicht völlig aus dem Blick geraten. Mehr noch: Die Vertreter der Versicherten sitzen in den Versichertenparlamenten und gestalten dort ganz konkret die Geschäftspolitik und die Angebote der Versicherungsträger mit.*

■ Zum Beispiel? Welchen Einfluss haben die bei den Sozialwahlen gewählten Vertreterinnen und Vertreter etwa bei einer Krankenversicherung?

■ *Wesentlich mehr, als vielen Versicherten bewusst ist. Sie bestimmen mit über die Leistungen einer Krankenkasse. Sie sorgen mit für eine sinnvolle Verwendung der Beiträge. Die Selbstverwaltung kann zwar die gesetzlichen Vorgaben nicht ändern, auch wenn wir das als Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter oft nur allzu gern täten, aber viele Regelungen in der Sozialpolitik sind recht allgemein formuliert. Das eröffnet oft Gestaltungsspielraum für die Selbstverwaltung. Ein Beispiel: Alle reden davon, dass Prävention und Gesundheitsförderung in der Gesundheitspolitik immer wichtiger werden. Über die Selbstverwaltung der Krankenkassen sorgen wir mit dafür, dass hier endlich mehr passiert und den Versicherten konkrete gesundheitsfördernde Angebote gemacht werden.*

■ Warum sind die Kandidatinnen und Kandidaten der DGB-Gewerkschaften die beste Wahl?

■ *Weil ein Sitz im Versichertenparlament zwar ein Ehrenamt, aber kein Hobby ist. Hier werden Entscheidungen getroffen, die Millionen Versicherte betreffen – in der Gesetzlichen Kranken- und Pflegeversicherung, der Rentenversicherung und bei den Berufsgenossenschaften und Unfallkassen. Dafür braucht es gut geschulte Profis, die für ihre ehrenamtliche Arbeit auf ein Netzwerk von Fachleuten mit viel Know-how und Erfahrung zurückgreifen können. Genau diesen Vorteil haben die Vertreterinnen und Vertreter von DGB und Gewerkschaften. Außerdem stehen wir für das Solidarprinzip in der Sozialversicherung. Das heißt, dass wir in den Versichertenparlamenten die Interessen aller Versicherten vertreten – und nicht nur die einzelner Interessengruppen.*

Sozialwahl 2011 DGB

Mitbestimmen!

So funktioniert's

Die Sozialwahlen sind frei, gleich und geheim. Doch nicht bei allen Sozialversicherungsträgern finden Wahlen mit einer aktiven Wahlhandlung (Urwahl) statt. Um überflüssige Kosten zu vermeiden, hat der Gesetzgeber die so genannte Friedenswahl vorgesehen: Sind nur so viele KandidatInnen vorgeschlagen wie Mandate zu besetzen sind, gelten diese automatisch als gewählt. In diesem Jahr finden bei der Deutschen Rentenversicherung Bund Urwahlen statt– ebenso bei den bundesweit tätigen gesetzlichen Krankenkassen BARMER GEK, KKH-Allianz, Techniker Krankenkasse, DAK und hkk.

Bei diesen Versicherungsträgern stimmen die Versicherten per Briefwahl ab. Mitte April beginnt der Versand der Wahlunterlagen, spätestens bis zum 30. Mai sollten sie zurück geschickt werden, offizieller Wahltag ist der 1. Juni. Alle weiteren Infos zur Sozialwahl auf der DGB-Kampagnenseite:

www.sozialwahl.dgb.de

Dort gibt es ab Anfang Februar weitere Kampagnenmaterialien: vom Flyer bis zum Plakat.

kurz&bündig

Die IG Metall bietet ihren Mitgliedern Freikarten für die diesjährige CeBit (1.-5. März) und die Hannover Messe (4.-8. April). Auf beiden Messen ist die IG Metall auch als Aussteller vertreten. Ab Mitte Januar können Mitglieder die Freikarten in ihrer IG Metall-Verwaltungsstelle erhalten.

Beschäftigte im Außendienst sind für Interessenvertretungen als Zielgruppe oft „schlecht zu erreichen" – im wörtlichen Sinne: Die IG BCE informiert Betriebsräte deshalb mit dem Ratgeber „Arbeitsplatz Außendienst" über die speziellen arbeits- und sozialrechtlichen Aspekte von Beschäftigten im Außendienst und unterstützt sie so bei der Ansprache der „mobilen ArbeitnehmerInnen".
www.igbce-shop.de

Die GEW hat in einem offenen Brief an die Mitglieder des Vermittlungsausschusses von Bundestag und Bundesrat eine Einigung beim Thema „Sozialarbeiter an Schulen" gefordert. Der Bund-Länder-Streit müsse beigelegt werden. „Schulsozialarbeit an allen Schulen wäre ein Meilenstein", so die GEW.

ver.di lehnt die Pläne von Verbraucherschutzministerin Aigner (CSU) ab, verdeckte Ermittler als Testkunden in Banken einzusetzen. Die Regierung müsse die strengen Verkaufsvorgaben der Banken überprüfen und nicht die Kundenberater kriminalisieren.

Leiharbeit

Hilfe bei Forderungen

Das Bundesarbeitsgericht hat entschieden: Die Tarifgemeinschaft Christlicher Gewerkschaften für Zeitarbeit und Personal-Service-Agenturen (CGZP) ist nicht tariffähig *(einblick 22/10)*. Für LeiharbeiterInnen, die unter den Dumping-Tarifverträgen der CGZP gearbeitet haben, bedeutet das laut Arbeitnehmerüberlassungsgesetz (AÜG) „Equal Pay": Denn fehlt ein Tarifvertrag, erhalten LeiharbeiterInnen dasselbe Gehalt wie Festangestellte in vergleichbaren Tätigkeiten. Die Lohndifferenz können Beschäftigte jetzt einfordern – rückwirkend bis inklusive 2008.

Der DGB hat online alles Wissenswerte zum Thema zusammen getragen: Merkblätter fassen die wichtigsten Infos zusammen, Musterschreiben erleichtern die Gehaltsnachforderung beim Arbeitgeber, Hotlines bieten Beratung. •
www.dgb.de/-/qGt

EVG

Keine Dividende

Das „Winterchaos" bei der Deutschen Bahn (DB) hat für eine Debatte darüber gesorgt, ob die DB ihrem Eigentümer – dem Bund – tatsächlich eine Dividende von 500 Millionen Euro auszahlen soll. Mehrere Landesverkehrsminister hatten gefordert, auf die Ausschüttung zu verzichten und den Betrag stattdessen in die Schienen-Infrastruktur zu investieren. Das Bundesfinanzministerium wies die Forderungen zurück.

Die Eisenbahn- und Verkehrsgewerkschaft (EVG) hält einen Ausschüttungs-Stopp trotzdem für geboten. „Als Sofortmaßnahme muss der Bund auf die geplante Bahn-Dividende verzichten", sagte der EVG-Vorsitzende Alexander Kirchner, der auch stellvertretender Aufsichtsratsvorsitzender der DB AG ist. Mittel- bis langfristig sind laut EVG pro Jahr außerdem zusätzliche Schienen-Investitionen von mindestens einer Milliarde Euro notwendig. Ein Verzicht auf die Dividende sei der „unkomplizierteste Weg", Investitionsmittel zur Verfügung zu stellen, erklärte Kirchner. •

2011: Das Gewerkschaftsjahr auf einen Blick

19./20.1.	IG BCE, Jahrestagung Aus- und Weiterbildungsausschüsse, Bad Münder
20.1.	Vorverkauf für Ruhrfestspiele startet
21.1.	GEW, Follow-up-Kongress zum Templiner Manifest, Berlin
20.2.	Bürgerschaftswahl Hamburg
20.-22.2.	IG Metall, Bundesmigrationskonferenz, Sprockhövel
24.-26.2.	IG Metall, Bundesfrauenkonferenz, Sprockhövel
8.3.	Internationaler Frauentag, 100. Jubiläum
15./16.3.	ver.di, Bundeskonferenz ArbeiterInnen, Berlin
20.3.	Landtagswahl Sachsen-Anhalt
21./22.3.	IG Metall, Bundesangestelltenkonferenz, Sprockhövel
23.-26.3.	IG Metall, Bundesjugendkonferenz, Sprockhövel
25.3.	Equal Pay Day
27.3.	Landtagswahlen in Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz
1./2.4.	ver.di, Bundeskonferenz Erwerbslose, Berlin
14.4.	Girls' Day
14./15.4.	Otto Brenner Stiftung, 12. Internationale Konferenz, Kattowitz/Polen
1.5.	**DGB, zentrale 1.-Mai-Kundgebung, Kassel**
1.5.	Volle Arbeitnehmerfreizügigkeit und Dienstleistungsfreiheit innerhalb der EU gilt auch für Deutschland
1.5.-12.6.	Ruhrfestspiele, Recklinghausen
4./5.5.	ver.di, BundesseniorInnenkonferenz, Berlin
6./7.5.	ver.di, Bundeskonferenz MigrantInnen, Berlin
13.-14.5.	ver.di, Bundeskonferenz Selbstständige, Berlin
13.-15.5.	ver.di, Bundesjugendkonferenz, Berlin
13.-15.5.	ver.di, Bundesfrauenkonferenz, Fulda
16.-19.5.	EGB-Kongress, Athen
20./21.5.	ver.di, Bundeskonferenz für Vertrauensleute und Aktive, Berlin
22.5.	Bürgerschaftswahl Bremen
1.6.	Wahltag der Sozialwahl 2011
7./8.6.	ver.di, Potsdamer Forum für Führungskräfte im öffentlichen Dienst, Potsdam
7./8.6.	IG Metall, Stahl- und Alu-Konferenz, Berlin
1.9.	Antikriegstag
4.9.	Landtagswahl Mecklenburg-Vorpommern
17.-24.9.	**ver.di, 3. Ordentlicher Bundeskongress, Leipzig**
18.9.	Abgeordnetenhauswahl Berlin
7.10.	4. Welttag für menschenwürdige Arbeit
9.-15.10.	**IG Metall, 22. Ordentlicher Gewerkschaftstag, Karlsruhe**
8.-11.11.	IG BCE, Betriebsräte-Jahrestagung
15./16.11.	DGB, Schöneberger Forum, Berlin
21.-23.11.	IG BCE, bundesweite JAV-Konferenz
24.11.	**EVG, kleiner Gewerkschaftstag, Fulda**
25./26.11.	IG Metall, Bundeshandwerkskonferenz, Frankfurt/M.
3.12.	IG BCE, Recklinghäuser Tagung, Recklinghausen

Anti-Extremismus-Erklärung

Schnüffelmentalität statt Demokratieförderung



Prof. Dr. Gesine Schwan, 67, Präsidentin der HUMBOLDT-VIADRINA School of Governance, war Laudatorin bei der Verleihung des Sächsischen Demokratiepreises am 9. November 2010 in Dresden. Einer der Preisträger, das Pirnaer „Alternative Kultur- und Bildungszentrum gegen Rechtsextremismus", das sich gegen die Neonazi-Szene in der Sächsischen Schweiz engagiert, nahm den mit 10 000 Euro dotierten Preis aus Protest gegen die dafür notwendige Anti-Extremismus-Erklärung nicht an.

Künftig sollen Initiativen gegen Rechts nur dann staatlich gefördert werden, wenn sie eine Anti-Extremismus-Erklärung unterzeichnen. So wollen es die zuständige Bundesfamilienministerin Kristina Schröder (CDU) und das Land Sachsen. Prof. Dr. Gesine Schwan erklärt, weshalb diese Forderung eine Kultur des Misstrauens fördert und der Demokratie schadet.

Den sächsischen Demokratiepreisträgern ist jüngst abverlangt worden, eine Erklärung zu unterschreiben, in der sie sich nicht nur vorbehaltlos zum Grundgesetz bekennen sollten. Das hätte kein Problem dargestellt. Darüber hinaus jedoch forderte das sächsische Innenministerium von ihnen, in eigener Verantwortung über alle zugänglichen Quellen – auch über Berichte des Verfassungsschutzes – sicherzustellen, dass keiner ihrer politischen Mitstreiter als politisch extremistisch einzuschätzen sei. Es sei zu vermeiden, so hieß es, dass auch nur „der Anschein" der Kooperation mit „Extremisten" erweckt würde.

Diese Forderung **schadet der Demokratie** aus verschiedenen Gründen. Der Aufruf an alle engagierten BürgerInnen, die demokratische Korrektheit ihrer Mitstreiter anhand aller möglichen Dokumente zu überprüfen, befördert **einen Vorabverdacht und eine Schnüffelmentalität,** die das demokratische Engagement unterminieren. Grundlage und Chance demokratischen Engagements liegen im Vertrauen der Bürger untereinander, nicht im Misstrauen. Natürlich kann Vertrauen missbraucht werden. Dagegen müssen Gerichte und zuständige Behörden auf der Basis rechtlich eindeutiger Vorgaben vorgehen, nicht auf der Grundlage von Vermutungen oder Verfassungsschutzberichten, die in verschiedenen Bundesländern je nach Regierungscouleur verschieden ausfallen. Um der ganz vorrangigen Freiheit der demokratischen politischen Auseinandersetzung willen ist es geboten, mit Argumenten, nicht mit vorbeugenden Verboten gegen politische Positionen anzugehen, die man für schädlich hält. Geradezu fatal ist die Formulierung, dass auch nur der „Anschein" vermieden werden müsse, mit Extremisten zusammenzuarbeiten. Das eröffnet **politischer Manipulation und willkürlichem Behördenverdacht** Tür und Tor und erstickt die demokratische Auseinandersetzung zugunsten von arroganter obrigkeitsstaatlicher Machtausübung.

Im Übrigen verwendet die Forderung einen Begriff von „Extremismus", der aus einem **ungeklärten Verständnis von „Totalitarismus"** herrührt. In der historischen Erfahrung von Nationalsozialismus und Stalinismus war die aufregende Erkenntnis der so genannten Totalitarismus-Theoretiker, dass völkisch rechte und humanistisch linke politische Ziele, trotz ihrer radikalen inhaltlichen Unterschiede, zu politischen Systemen und Strukturen der Machtausübung geführt haben, die den Menschen auf gleiche Weise ihre Menschen- und Bürgerrechte rauben. Und zwar dann, wenn jeweils eine Partei die absolute Macht in der Gesellschaft ausübt und diese **zugunsten ihres totalen Anspruchs unaufhörlich mobilisiert.** In einem solchen System gelten Anspruch und Realität der uneingeschränkten, insofern „totalitären" Herrschaft. Zugleich aber hat Hannah Arendt in ihrem Buch „Ursprünge und Elemente totalitärer Herrschaft" den radikalen ethischen Unterschied zwischen völkisch-rechten Positionen unterstrichen, die die gleiche Würde aller Menschen prinzipiell bestreiten, und linken, die sie bejahen, aber im Falle totalitärer Herrschaft faktisch, entgegen den ursprünglichen Absichten negiert haben. Erst dieser fundamentale Unterschied hat der Totalitarismus-Theorie ihre Brisanz verliehen.

Wenn heute in der deutschen Demokratie der Knüppel einer unhistorischen Totalitarismus-Theorie gegen politische Gegner eingesetzt wird, indem zum Beispiel linke „antikapitalistische" Positionen, die sich auf das im Grundgesetz nicht festgeschriebene Wirtschaftssystem beziehen, unbesehen unter gleichen Extremismus-Verdacht gestellt werden wie rechte, die die gleiche Würde aller Menschen prinzipiell bestreiten, dann ist das **intellektuell unredlich und politisch-taktisch durchsichtig.**

Wie irreführend diese Verwendung des Extremismus-Begriffs ist, kann man u.a. an den neuesten empirischen Befunden zum Rechtsextremismus erkennen, die diese antidemokratische Einstellung soziologisch eben nicht an den „extremen" Rändern der Gesellschaft, sondern in ihrer Mitte vorgefunden haben.

Der Prüfstein für demokratische Positionen liegt nicht in einem schwammigen Extremismus-Begriff, sondern in der **Anerkennung der Menschen- und Bürgerrechte für alle** und im Kampf gegen deren Unterdrückung, rühre sie aus politischer oder aus ökonomischer Machtkonzentration. •

Unter Generalverdacht

Wie in Sachsen soll auch den vom Bundesprogramm „Toleranz fördern – Kompetenz stärken" geförderten Projekten ab 2011 ein schriftliches Bekenntnis nicht nur zur „freiheitlichen demokratischen Grundordnung" abverlangt werden. Darüber hinaus sollen sie „auf eigene Verantwortung dafür Sorge tragen", dass sich ihre Partner oder Referenten „ebenfalls den Zielen des Grundgesetzes verpflichten".

Rund hundert VertreterInnen aus Wissenschaft, Demokratie-Projekten, Kirchen, Gewerkschaften und Politik haben im November in einem „Aufruf gegen Generalverdacht und Bekenntniszwang" Bundesfamilienministerin Kristina Schröder und das Land Sachsen aufgefordert, auf die Anti-Extremismus-Erklärungen zu verzichten. Der Berliner Verwaltungsrechtler Ulrich Battis hält diese Erklärungen sogar für weitgehend mit dem Grundgesetz unvereinbar.

Im Wortlaut: Die Anti-Extremismus-Erklärung und der Aufruf dagegen:
www.einblick.dgb.de/hintergrund

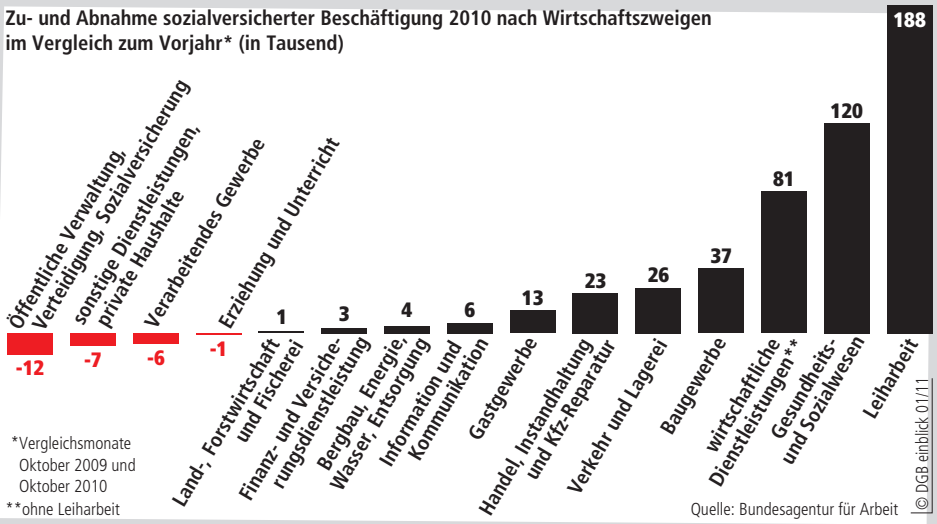
Vertrieb durch PrintNetwork pn GmbH, Stralauer Platz 33-34, 10243 Berlin, PVSt, DPAG, Entg. bez., A 45918

DIES & DAS

dieDGBgrafik

ARBEITSMARKT 2010: Leiharbeit ersetzt reguläre Jobs

„Der Strukturwandel zum Dienstleistungssektor hat sich fortgesetzt", so die Analyse der Bundesagentur für Arbeit zu den Arbeitsmarktzahlen 2010. Demnach arbeiteten im Juni 2010 fast 70 Prozent der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in einer Dienstleistungsbranche, rund 30 Prozent gingen einem Job in der Industrie, auf dem Bau oder in der Landwirtschaft nach. Einen besonders großen Boom erlebte 2010 die Leiharbeitsbranche. Zum Jahreswechsel gab es bereits fast eine Million LeiharbeiterInnen.



personalien

••• ***Dirk Neumann,*** 36, bisher politischer Referent in der Abteilung Jugend und Jugendpolitik beim DGB-Bundesvorstand, ist seit dem 1. Dezember 2010 politischer Referent für Alterssicherung und Rehabilitation sowie Seniorenpolitik in der Abteilung Sozialpolitik. Er folgt damit ***Ingo Nürnberger,*** 37, der seit 1. September 2010 Leiter der Abteilung Sozialpolitik ist.

••• ***Julia Stöcklein,*** 29, ist neue Pressesprecherin des DGB-Bezirks Nordrhein-Westfalen. Sie leitet die Abteilung Grundsatz/Presse- und Öffentlichkeitsarbeit/Medienpolitik. Stöcklein war zuvor stellvertretende Pressesprecherin des SPD-Landesverbands NRW. Sie folgt ***Barbara Hemkes,*** 47, die in das Ministerium für Arbeit, Integration und Soziales des Landes NRW gewechselt ist.

14 TAGE

mehr Infos: www.einblick.dgb.de

19.1. ver.di, Diskussionsreihe sicht.weisen „Stuttgart 21 – ein Gewerkschaftsthema", Berlin

24.1. Friedrich-Ebert-Stiftung, Diskussion „Die Mitte in der Krise: Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2010", Kaiserslautern

27.1. DGB, ver.di und Stadt Halle, Konferenz „Kommunen in der Krise – Gerecht geht anders!", Halle/Saale

27.1. Internationaler Tag des Gedenkens an die Opfer des Holocausts

30.1. DGB u.a., 14. Antifaschistische Sozialkonferenz, Hannover

Tipp

Buch: ***Werner Bachmeier, Udo Achten: Arbeitswelten – Einblicke in einen nichtöffentlichen Raum, Klartext Verlag, Essen 2010, 224 S., 24,95 Euro***

„Arbeitswelt Fehlanzeige" könnte man titeln, wenn man daran denkt, wie selten in den Medien die Wirtschaft aus Sicht der Beschäftigten thematisiert wird. Denn: Die Menschen, die Produkte herstellen und die Dienstleistungen erbringen, tauchen kaum auf. Dass das anders geht, zeigen Werner Bachmeier und Udo Achten mit ihrem Fotoband „Arbeitswelten – Einblicke in einen nichtöffentlichen Raum". Mit über 160 Fotos präsentieren sie die Arbeitswelt im digitalen und globalisierten Zeitalter aus Sicht der Beschäftigten.

Schlusspunkt.

„Verkehrsminister Ramsauer verwendet für Laptops den Begriff ‚Klapprechner'. Ich verwende für Verkehrsminister den Begriff ‚Klappspaten'!"

Twitter-Eintrag des Users „sechsdreinuller" vom 29. Dezember 2010 zu Meldungen, Bundesverkehrsminister Peter Ramsauer (CSU) setze sich dafür ein, deutsche statt englische Begriffe zu verwenden.

IMPRESSUM *einblick* erscheint vierzehntäglich **Herausgeber:** DGB **Verlag:** Graewis Verlag GmbH **GeschäftsführerInnen:** Anne Graef, Dr. Peter Wilke **Redaktion:** Anne Graef (verantw.), Sebastian Henneke, Timm Steinborn **Redaktionelle Mitarbeit:** Udo Böhlefeld, Gunter Lange, Luis Ledesma **Redaktionsanschrift:** Wallstraße 60, 10179 Berlin, Tel. 030/308824-0, Fax 030/30882420, Internet: www.einblick.dgb.de, E-Mail: redaktion@einblick.info **Anzeigen:** Bettina Mützel, Tel. 030/859946-240, Fax 030/859946-100, E-Mail: bettina.muetzel@berlin.de **Layout:** zang.design **Infografik:** Klaus Niesen **Druck und Vertrieb:** PrintNetwork Berlin **Abonnements:** Änderungen schriftlich an Redaktion *einblick* (Adresse s.o.)
Nachdruck frei für DGB und Gewerkschaften bei Quellenangabe und zwei Belegexemplaren. Alle Anderen nur nach schriftlicher Genehmigung durch den Verlag. Nachdruck von namentlich gezeichneten Artikeln nur nach Genehmigung durch Verlag und Autor.
Angaben nach § 7 a des Berliner Pressegesetzes: An der Graewis Verlag GmbH sind beteiligt: Anne Graef, Journalistin, Berlin (55 Prozent), Dr. Peter Wilke, Diplom-Volkswirt, Wilke und Maack Partnerschaftsgesellschaft, Hamburg (18 Prozent), Klaus Maack, Diplom-Wirtschaftsingenieur, Wilke und Maack Partnerschaftsgesellschaft, Hamburg (17 Prozent), Timm Steinborn, Journalist, Berlin (10 Prozent).

Elterngeld

Netto vor der Geburt ist maßgebend

Das Elterngeld bemisst sich nach den Einkünften, die der berechtigte Elternteil zuletzt, vor der Geburt des Kindes, tatsächlich bezogen hat. Eine spätere Steuerrückerstattung, die zu einem höheren Nettoeinkommen führt, ist bei der Berechnung der Höhe des Elterngeldes nicht zu berücksichtigen.

Landessozialgericht Rheinland-Pfalz,
Urteil vom 21. Oktober 2010 - L 5 EG 4/10

Dienstwagen

Privatnutzung ist Teil des Lohnes

Räumt der Arbeitgeber dem Arbeitnehmer das Recht ein, den überlassenen Dienstwagen privat zu nutzen, stellt dies einen geldwerten Vorteil und Sachbezug dar. Der Arbeitnehmer kann Nutzungsausfallentschädigung in Höhe der steuerlichen Bewertung der privaten Nutzungsmöglichkeit verlangen, wenn ihm der Arbeitgeber das Fahrzeug vertragswidrig entzieht.

Die Überlassung des Dienstwagens zur privaten Nutzung ist Teil der Arbeitsvergütung. Sie wird also regelmäßig nur so lange geschuldet, wie der Arbeitgeber überhaupt Arbeitsentgelt schuldet. Das ist für Zeiten der Arbeitsunfähigkeit, für die keine Entgeltfortzahlungspflicht mehr besteht, nicht der Fall.

Bundesarbeitsgericht,
Urteil vom 14. Dezember 2010 - 9 AZR 631/09

Gewerkschaftliche Betätigung

Nicht während der Arbeitszeit

Ein gewerkschaftlich organisierter Arbeitnehmer ist nicht berechtigt, von der Arbeit fernzubleiben, um an Sitzungen des Ortsvorstandes seiner Gewerkschaft teilzunehmen.

Bundesarbeitsgericht,
Urteil vom 13. August 2010 - 1 AZR 173/09

Weihnachtsgeld

Wiederholte Leistung verpflichtet

Leistet ein Arbeitgeber mehrere Jahre lang ein Weihnachtsgeld an einen Arbeitnehmer, ohne bei der Zahlung deutlich eine Bindung für die Zukunft auszuschließen, kann der Arbeitnehmer aus diesem regelmäßigen Verhalten grundsätzlich schließen, der Arbeitgeber wolle sich dauerhaft verpflichten. Eine unklare allgemeine Klausel im Arbeitsvertrag kann das Entstehen eines zukünftigen Rechtsanspruchs nicht hindern.

Bundesarbeitsgericht,
Urteil vom 8. Dezember 2010 - 10 AZR 671/09

Hartz IV

Auch für arbeitsuchende Ausländer

Ein französischer Bürger, der sich in Deutschland zum Zweck der Arbeitsuche aufhält, hat auch Anspruch auf Arbeitslosengeld II. Das ergibt sich aus dem Europäischen Fürsorgeabkommen des Jahres 1953.

Bundessozialgericht,
Urteil vom 19. Oktober 2010 - B 14 AS 23/10 R

Hartz IV

Darlehen ist kein Einkommen

Zuwendungen von Dritten sind nicht als Einkommen bedarfsmindernd zu berücksichtigen, wenn es sich um ein Darlehen handelt.

Der Fall: Die Frau erhielt seit März 2006 Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhalts; seit März 2007 ist sie in Vollzeit beschäftigt und nicht mehr hilfebedürftig. Im Februar 2007 stellte die ARGE fest, dass dem Konto der Frau im Dezember 2006 ein Betrag in Höhe von 1500 Euro gutgeschrieben worden war. Die Frau machte geltend, dass ihr der gutgeschriebene Betrag von ihrem Onkel als Darlehen gewährt worden sei. Die ARGE hob den Bewilligungsbescheid für den Zeitraum vom Dezember 2006 bis Februar 2007 teilweise in Höhe von 1410 Euro auf und berücksichtigte diesen Betrag ab dem Zuflussmonat als sonstiges Einkommen. Das Arbeitslosengeld II für den restlichen Bewilligungsabschnitt wurde um monatlich 470 Euro gekürzt. Die dagegen gerichtete Klage hatte Erfolg.

Das Bundessozialgericht: Der Grundsicherungsträger war nicht berechtigt, den Bescheid über die Bewilligung von Arbeitslosengeld II teilweise wegen einer vermeintlich zwischenzeitlich eingetretenen Veränderung der Verhältnisse aufzuheben. Bei der Zuwendung durch den Onkel der Klägerin handelte es sich um ein rückzahlungspflichtiges Darlehen. Die der Frau zugeflossene Darlehenssumme durfte daher bei der Feststellung der Bedürftigkeit nicht als Einkommen berücksichtigt werden. Ein Darlehen bleibt nicht nur dann unberücksichtigt, wenn ein Dritter nur deshalb - anstelle des Grundsicherungsträgers und unter Vorbehalt des Erstattungsverlangens - vorläufig „eingesprungen" ist, weil der Grundsicherungsträger nicht rechtzeitig geholfen oder Hilfe abgelehnt hat. Maßgeblich ist vielmehr, ob es sich nach Auswertung aller in Betracht kommenden Umstände um ein rückzahlungspflichtiges Darlehen oder um eine Zuwendung ohne Rückzahlungsverpflichtung handelt.

Bundessozialgericht,
Urteil vom 19. Oktober 2010 - B 14 AS 23/10 R

Umgangsrecht

Kosten dafür trägt die ARGE

Kosten des Umgangsrechts sind durch den Grundsicherungsträger in angemessenem Umfang auch für Fahrten in die USA zu übernehmen.

Der Fall: Der Antragssteller, Bezieher von Hartz IV, hat einen 6-jährigen Sohn, der nach der Trennung der Eltern mit der Mutter in den USA lebt. Er begehrt vom Träger der Grundsicherung die vorläufige Übernahme der Kosten für Flug in die USA und Unterkunft dort, um sein Umgangsrecht ausüben zu können.

Das Landessozialgericht: Der Grundsicherungsträger ist zur Übernahme der Kosten für Flug und Unterkunft in Höhe von rund 900 Euro einmal im Quartal verpflichtet. Im Hinblick auf die große Bedeutung des verfassungsrechtlich geschützten Umgangsrechts müssen die Kosten in dem Umfang übernommen werden, den auch ein Erwerbstätiger üblicherweise maximal aufwenden würde. Im Falle des Antragstellers waren dabei die besonders enge Verbindung mit dem Kind, die regelmäßige telefonische Ausübung des Umgangsrechts und die bereits innerhalb Deutschland nach dem ersten Umzug der Mutter nach Berlin häufig zurückgelegten weiten Strecken zu berücksichtigen. Gegenüber den bisher zur Ausübung des Umgangsrechts durch den Sozialhilfeträger übernommen Kosten für Fahrten nach Berlin ergab sich keine wesentliche Kostensteigerung.

Landessozialgericht Rheinland-Pfalz,
Beschluss vom 24. November 2010 - L 1 SO 133/10 B ER

Autor: Luis Ledesma, Kassel – einblick 1/11

einblick
gewerkschaftlicher Info-Service vom 31.01.2011 2/11

DGB

inhalt

Seite 3
Notstand
In deutschen Krankenhäusern fehlt es oft vor allem an zweierlei: Geld und Guter Arbeit. Die zunehmende Privatisierung von Kliniken macht das nicht besser

Seite 5
Täglich 750 neue Mitglieder
Die Attraktivität der Gewerkschaften wächst: Der Anteil der Mitglieder, die aktiv im Berufsleben stehen, blieb 2010 stabil

Seite 7
Kaisers Bart
Der CDA-Vorsitzende Karl-Josef Laumann sagt im einblick-Interview, warum ein Mindestlohn in der Leiharbeit die Debatte um einen allgemeinen Mindestlohn beenden könnte

Aktionstag 24. Februar

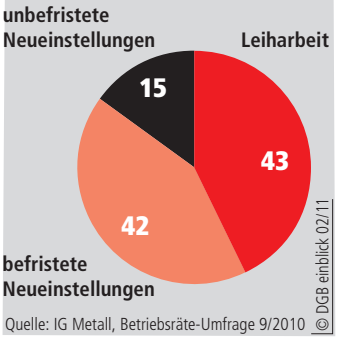
Arbeit – sicher und fair!

Die Zahl der LeiharbeiterInnen hat die Millionengrenze fast erreicht, allein im vergangenen Jahr hat sich ihre Zahl nach der Krise um mehrere Hunderttausend erhöht. In manchen Industriebranchen wird fast jede zweite neue Stelle mit LeiharbeiterInnen besetzt – doch das Phänomen Zeitarbeit ist längst nicht mehr auf die Industrie beschränkt. Auch im Dienstleistungsbereich wird Leiharbeit immer mehr zur Normalität, im Gesundheitssektor werden in rund der Hälfte der Klinikeinrichtungen LeiharbeiterInnen eingesetzt und selbst im Handwerk berichten Beschäftigte in einer Online-Befragung des DGB davon, dass immer mehr Betriebe auf Leiharbeit setzen: rund jeder fünfte Bäckereibetrieb, jeder vierte Kfz-Betrieb, jedes dritte Bauunternehmen.

Nicht nur die Leiharbeit – auch andere atypische und oft prekäre Beschäftigungsformen boomen seit Jahren (siehe Grafik Seite 2). Damit soll endlich Schluss sein. „Wir sagen dem Missbrauch der Leiharbeit, prekärer Beschäftigung und dem Ausbau des Niedriglohnsektors den Kampf an“, erklärte der DGB-Vorsitzende Michael Sommer. Mit einem Aktionstag am 24. Februar würden die Gewerkschaften „den Arbeitgebern und dem Gesetzgeber den Willen der deutschen Arbeitnehmerschaft eindeutig vor Augen führen“, so Sommer. Das Motto des Aktionstags: „Arbeit – sicher und fair!“

Kaum mehr reguläre Jobs

Betriebe mit zusätzlichem Arbeitskräftebedarf deckten diesen in 2010 über... (in Prozent)



Quelle: IG Metall, Betriebsräte-Umfrage 9/2010

Eine Umfrage der IG Metall unter Betriebsräten hat gezeigt: Fast jede zweite neue Stelle wurde mit LeiharbeiterInnen besetzt.

Was aus Sicht der Gewerkschaften unsicher und unfair ist, macht der Aufruf des DGB zum Aktionstag klar. Der DGB wendet sich darin vor allem gegen einen Missbrauch der Leiharbeit zum Lohndumping, gegen massenhafte befristete Beschäftigung und gegen Scheinselbstständigkeit. Stattdessen fordert der Gewerkschaftsbund für LeiharbeiterInnen Equal Pay ab dem ersten Tag, einen Mindestlohn in der Leiharbeit, einen gesetzlichen Mindestlohn von 8,50 Euro sowie einen Stopp sachgrundloser Befristungen.

Dafür werden die Gewerkschaften am 24. Februar bundesweit in Betrieben und Verwaltungen Zeichen setzen. Zum Beispiel die IG Metall. Ihr Erster Vorsitzender Berthold Huber kündigte an, den Arbeitgebern am Aktionstag zu verdeutlichen, „dass wir ihren Weg der Turbo-Flexibilisierung nicht akzeptieren“. Die Arbeitgeber hätten den in puncto Beschäftigungssicherung und Konjunkturpolitik geschlossenen Konsens der Krise einseitig aufgekündigt. Flexibilität in der Arbeitswelt gebe es für die IG Metall „nur unter dem Schutz tariflicher Regelungen“.

Die IG Metall ruft am Aktionstag deshalb alle Beschäftigten ihrer Branchen auf, sich „mit Aktionen in ihren Betrieben und während der Arbeitszeit“ am Protest zu beteiligen. Der DGB-Vorsitzende Sommer kündigte außerdem an, die Themen des Aktionstags notfalls auch in die Landtagswahlkämpfe tragen zu wollen: Bereits im März wird in Sachsen-Anhalt, Rheinland-Pfalz und Baden-Württemberg gewählt. •

plusminusBERLIN

+ ***Caren Lay, verbraucherpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE, will Finanzprodukte mit ins Verbraucherinformationsgesetz einbeziehen. Das Gesetz müsse „für alle Produkte und Dienstleistungen gelten“. Ministerin Aigner dürfe Finanzprodukte bei einer Reform nicht ausklammern.***

– ***Karl Schiewerling (CDU) findet, dass ständig neue Hartz-IV-Zahlenspiele eines auf gar keinen Fall bewirken: eine höhere Verfassungsmäßigkeit als bei den von der Bundesregierung vorgeschlagenen Regelsätzen. Diese orientierten sich „am wahren Leben“ und nicht an „Wunschvorstellungen“.***

Der Surf-Tipp fürs Internet

http://wir-machen-das-wer-sonst.de
Aktionsportal zur Tarifrunde im öffentlichen Dienst der Länder

Hintergrund

www.einblick.dgb.de/hintergrund
Der Aufruf und weitere Materialien des DGB zum Aktionstag „Arbeit – sicher und fair!“ am 24. Februar

Projekte gegen Rechts

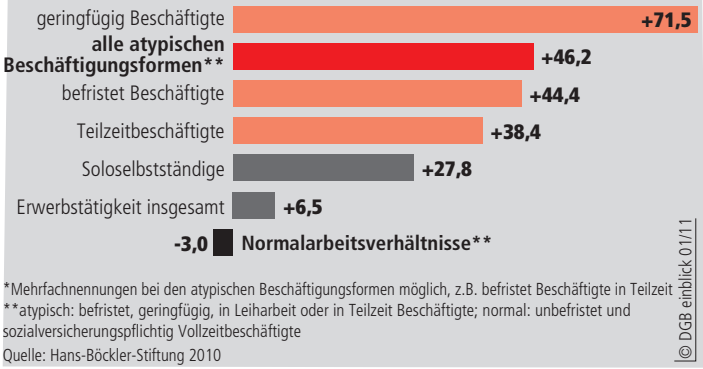
Kultur des Misstrauens

Der DGB-Vorsitzende Michael Sommer hat Bundesfamilienministerin Kristina Schröder (CDU) aufgefordert, von der umstrittenen so genannten Anti-Extremismus-Erklärung Abstand zu nehmen. Künftig sollen nach dem Willen des Ministeriums Initiativen und Projekte gegen Rechts nur noch dann staatlich gefördert werden, wenn die Verantwortlichen diese Erklärung unterzeichnen *(einblick 1/2011)*. Sie fordert ein Bekenntnis zur freiheitlich-demokratischen Grundordnung ein. Darüber hinaus sollen die Projektverantwortlichen dafür garantieren, dass sich ihre Partner, Partnerorganisationen und sogar VeranstaltungsreferentInnen „ebenfalls den Zielen des Grundgesetzes verpflichten".

Sommer nannte diese „Gesinnungsprüfung" kontraproduktiv. Sie belaste die auf Vertrauen gegründete Zusammenarbeit der Initiativen gegen Rechts. Außerdem sei sie mit dem Grundgesetz nicht vereinbar. •

Atypischer Boom

Entwicklung der Erwerbstätigenzahlen nach Art der Erwerbstätigkeit seit 1998 (in Prozent)*



*Mehrfachnennungen bei den atypischen Beschäftigungsformen möglich, z.B. befristet Beschäftigte in Teilzeit
**atypisch: befristet, geringfügig, in Leiharbeit oder in Teilzeit Beschäftigte; normal: unbefristet und sozialversicherungspflichtig Vollzeitbeschäftigte
Quelle: Hans-Böckler-Stiftung 2010

© DGB einblick 01/11

Der „Siegeszug" atypischer Beschäftigung auf dem deutschen Arbeitsmarkt ist inzwischen ein Langzeit-Phänomen. Seit Ende der 90er Jahre ist die Zahl der Erwerbstätigen in Deutschland um 6,5 Prozent gestiegen. Mehr reguläre Stellen sind aber nicht entstanden. Im Gegenteil: Während alle Formen atypischer Beschäftigung und Erwerbstätigkeit, von Minijobs bis Soloselbstständigkeit, zweistellige Zuwachsraten verzeichnen, ist die Zahl der Normalarbeitsverhältnisse im selben Zeitraum um drei Prozent zurückgegangen. Von 1998 bis 2010 ist im Übrigen die Zahl der LeiharbeiterInnen nach Angaben der Bundesagentur für Arbeit um über 300 Prozent gestiegen – von rund 230000 im Dezember 1998 auf fast eine Million Ende 2010.

EVG

Dumping gestoppt

Bisher wurde nach der Liberalisierung des Schienenverkehrs der Wettbewerb zwischen konkurrierenden Anbietern oft über Lohndumping ausgetragen – jetzt hat die Eisenbahn- und Verkehrsgewerkschaft (EVG) im Schienenpersonennahverkehr (SPNV) den lange angestrebten Branchentarifvertrag durchgesetzt. Der EVG-Vorsitzende Alexander Kirchner fordert nun von Politik und öffentlicher Hand: „Dieser Tarifvertrag muss bei allen Ausschreibungen zur Anwendung kommen." Der Erfolg des Branchentarifvertrags: Ab dem 1. Mai 2011 müssen bei allen Vergabeverfahren im Nahverkehr die Löhne auf dem Niveau des Branchentarifvertrags berechnet werden. Die EVG betont: Niemand wird weniger verdienen als vorher. Alle derzeitigen Verträge bleiben in Kraft. „Ungünstigere Tarifverträge" sollen schrittweise angepasst werden. Bessere Tarifverträge bleiben weiter gültig. Profitieren werden rund 35 000 Beschäftigte. •

www.evg-online.org

Finanzmarkt

EU-Anleihen

Der DGB empfiehlt den Euroländern, eine Europäische Bank für öffentliche Anleihen zu gründen. Damit ließen sich nicht nur Spekulationen eindämmen – die Euro-Staaten könnten sich so auch in konjunkturell schwierigen Zeiten Geld für Sonderausgaben zu günstigen Konditionen leihen, betonte DGB-Vorstandsmitglied Claus Matecki. Der Plan: Die Bank solle als Geschäftspartner der Europäischen Zentralbank (EZB) Staatsanleihen der Euro-Länder aufkaufen, sie als Sicherheit bei der EZB hinterlegen und das günstig verzinste frische EZB-Geld an Euro-Staaten weiterreichen. Ein Effekt: Die günstigen Zentralbankkredite würden das Zinsniveau senken – Spekulanten hätten damit schlechtere Karten. •

www.einblick.dgb.de/links

IGB und DGB

Solidarität mit Tunesien

Der Internationale Gewerkschaftsbund (IGB) wird den Dachverband der tunesischen Gewerkschaften (UGTT) im Kampf gegen Korruption und für Demokratie unterstützen. Das kündigte IGB-Generalsekretärin Sharan Burrow an. In Tunesien war Mitte Januar der autoritär herrschende Präsident Ben Ali nach Massenprotesten der Bevölkerung gestürzt worden, derzeit ist eine Übergangsregierung im Amt.

Mit Blick auf die Situation in Tunesien sowie in weiteren nordafrikanischen Staaten forderte Burrow alle Regierungen in der Region auf, die Bedürfnisse ihrer BürgerInnen ernst zu nehmen. Der Schlüssel zu einer guten Regierungsführung sei es, „einen echten und offenen Dialog mit den Gewerkschaften über die Einführung sozialer Politik zu ermöglichen" und Respekt für „fundamentale Freiheiten" der Menschen zu zeigen. Auch der IGB-Präsident und Vorsitzende des DGB, Michael Sommer, übermittelte den tunesischen Gewerkschaften die Solidarität der deutschen und internationalen KollegInnen. Er versicherte: „Wo wir euch helfen können, werden wir das auch tun." •

Hartz IV

Abwärtsspirale

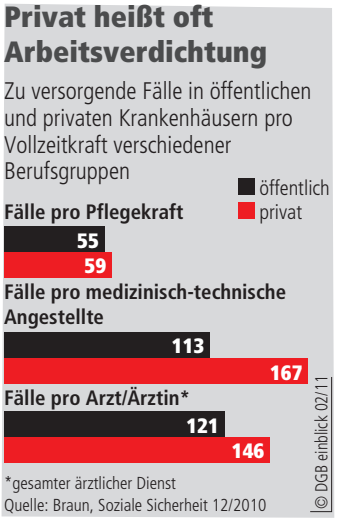
Der DGB und der Deutsche Mieterbund (DMB) haben gemeinsam die Mitglieder des „Hartz-IV-Vermittlungsausschusses" aufgefordert, die Pauschalierung der Unterkunftskosten für Miete und Heizung durch die Kommunen nicht wie geplant einzuführen. Nach den aktuellen Plänen soll jede Kommune per Satzung festlegen dürfen, was Hartz-IV-EmpfängerInnen pauschal für Wohn- und Heizkosten gezahlt wird. DGB und DMB befürchten angesichts klammer kommunaler Kassen eine Abwärtsspirale bei der Übernahme der Unterkunftskosten, die „jede geringe Erhöhung der Regelsätze ins Gegenteil verkehrt". •

Gesundheitspolitik

Pflegenotstand in Krankenhäusern

Seit Jahren schon sind die deutschen Krankenhäuser chronisch unterfinanziert. Schwarz-Gelb deckelt aber weiterhin die nötigen Mittel – und das, obwohl bereits jetzt jedes fünfte Krankenhaus in die roten Zahlen gerutscht ist. Immer mehr Einrichtungen werden an private Investoren verkauft. Davon profitieren weder Patienten noch Beschäftigte.

Eigentlich bräuchten die deutschen Krankenhäuser 56 Milliarden Euro, „um ihrer Aufgabe so gerecht werden zu können, wie wir uns das vorstellen", meint Ellen Paschke, die im ver.di-Bundesvorstand für Gesundheit zuständig ist. Besonders frappierend: Nicht etwa Missmanagement ist für die chronische Unterfinanzierung der Kliniken verantwortlich, sondern bewusste politische Entscheidungen in Bund und Ländern. Denn die Gesamtkosten für das Krankenhauswesen kommen eigentlich aus zwei Quellen: Die Bundesländer müssen für die notwendigen Investitionsmittel aufkommen – zu einhundert Prozent. Und der Bund legt das Budget der Krankenkassen fest, mit dem die laufenden Betriebskosten der Krankenhäuser gedeckt werden.

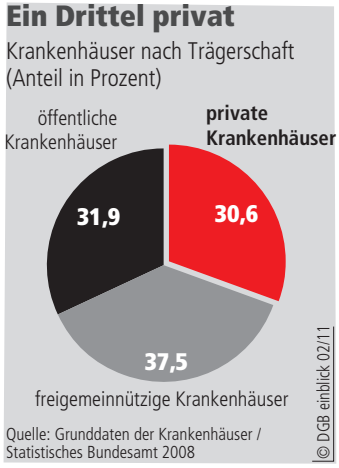


Die Beschäftigten in privaten Krankenhäusern müssen deutlich mehr PatientInnen betreuen.

Doch beide Geldhähne werden zugedreht. Die Bundesregierung „deckelt" weiter die Budgets – für diese Jahr sollen die Kostensteigerungen der stationären Versorgung in Krankenhäusern nur bis zu 0,9 Prozent ausgeglichen werden, berichtet ver.di. Und auch die Bundesländer kommen längst nicht mehr ihrer Pflicht nach, alle nötigen Investitionsmittel zu zahlen. „Mehr als die Hälfte der Investitionen müssen die Krankenhäuser anderweitig aufbringen", heißt es im „Krankenhaus-Barometer 2010" des Deutschen Krankenhaus-Instituts. Die Länder zahlen nur noch 46 Prozent.

Da verwundert es nicht, dass immer mehr Kliniken rote Zahlen schreiben – jede fünfte ist es laut Krankenhaus-Barometer bereits. Und wo das Geld fehlt, wird nur all zu oft bei den Personalkosten gespart. Rund 50 000 Vollzeitstellen sind in den vergangenen zehn Jahren allein im Pflegebereich verschwunden, rechnet ver.di vor. „Auf eine kurze Formel gebracht kann man sagen, dass immer mehr Patienten durch immer weniger Pflegende betreut, therapeutisch versorgt und begleitet werden müssen", fasste Professor Michael Isfort vom Deutschen Institut für angewandte Pflegeforschung (DIP) die Situation Ende 2010 auf einer von ver.di organisierten Krankenhaustagung zusammen.

Die verbleibenden Beschäftigten in der Pflege sehen sich immer häufiger mit deutlicher Arbeitsverdichtung und prekärer Arbeit konfrontiert, wie eine ver.di-Umfrage und Zahlen des DIP zeigen: 40 Prozent der Pflegekräfte arbeiten mehr als 46 Stunden pro Woche, 68 Prozent bewerten die Situation in ihrem Krankenhaus als „Pflegenotstand", rund die Hälfte berichtet vom Einsatz von LeiharbeiterInnen und weit über 80 Prozent bestätigen, dass in ihrer Klinik Service- und Hilfskräfte für Pflegetätigkeiten eingesetzt werden: Auch so lassen sich Personalkosten reduzieren. ver.di fordert deshalb gesetzlich festgelegte Personalstandards in der Krankenhaus-Pflege.



Deutschland hat beim Anteil privater Krankenhäuser längst die USA überholt.

Wenn sich die öffentliche Hand oder gemeinnützige Träger die Kliniken trotzdem nicht mehr leisten können oder wollen, werden sie immer öfter an private Investoren verkauft. Ein Drittel aller Krankenhäuser ist inzwischen in privater Hand. Und die Situation für die Beschäftigten verbessert das nicht, wie Dr. Bernhard Braun von der Universität Bremen analysiert hat. Die Arbeitsverdichtung nimmt noch deutlicher zu (siehe Grafik). Kein Wunder: Während öffentliche Krankenhausträger fast zwei Drittel ihrer Gelder für Personal ausgeben, sind es bei den Privaten gerade einmal 50 Prozent – und während öffentliche Krankenhäuser zu 99,5 Prozent tarifgebunden sind, entzieht sich immerhin ein Viertel der privaten Kliniken einem Tarifabkommen. Gute Arbeit sieht anders aus. •

Konzentriert

Die zunehmende Privatisierung im Krankenhaussektor geht mit einer zunehmenden Marktkonzentration einher. Fünf große Klinikkonzerne haben sich auf dem deutschen Markt etabliert: die Helios Kliniken Gruppe, die Rhön-Klinikum AG, die Asklepios Kliniken GmbH, die Sana Kliniken GmbH und die auf Reha-Kliniken spezialisierte Mediclin AG. Zusammen haben sie 327 Kliniken mit 133 000 Beschäftigten und einem Jahresumsatz von 8,76 Milliarden Euro.

Personalabbau gestoppt

Eine ver.di-Umfrage unter Klinikbeschäftigten legt nahe: Der Personalabbau in deutschen Krankenhäusern scheint vorerst gestoppt. Das liegt aber weniger an einem Umdenken der Klinikbetreiber: Die Krankenhäuser seien vielmehr in einer Phase, „in der ein weiterer Personalabbau nicht mehr möglich ist", so ver.di. Auch bei der Ausbildung eigener Fachkräfte hapert es: Während immerhin zwei Drittel der öffentlichen Kliniken eine Ausbildungsstätte haben, sind es bei den Privaten nur 17,6 Prozent.

PROJEKTE UND PARTNER

Kampf gegen Rechts

Dresden nazifrei

Für den 19. Februar ruft das Bündnis „Nazifrei – Dresden stellt sich quer" zur Blockade der geplanten Nazi-Demo in der sächsischen Landeshauptstadt auf. Wie bereits 2010 wollen die VeranstalterInnen den Nazi-Umzug mit Massenblockaden stoppen. Im Aufruf heißt es: „Dieses Ziel eint uns über alle sozialen, politischen und kulturellen Unterschiede hinweg." Die InitiatorInnen betonen: „Wir werden es nicht akzeptieren, dass die Nazis die Geschichte verdrehen und die eigentlichen Opfer des Nationalsozialismus verhöhnen." Unterstützt wird das Bündnis von Gewerkschaften, Parteien und Verbänden. •

www.dresden-nazifrei.com



Foto: Ruhrfestspiele/ Olga Martischtsch

Hollywood-Flair in Recklinghausen: US-Star John Malkovich in seiner Rolle als alternder Frauenschwarm.

Ruhrfestspiele 2011

Schiller kommt

Im Mittelpunkt der Ruhrfestspiele 2011 vom 1. Mai bis zum 12. Juni in Recklinghausen steht das Werk des Dichters Friedrich Schiller. Unter dem Motto „In die Zeit gefallen: SCHILLER" werden ein Großteil der 200 Theaterstücke, Lesungen und Kabarettabende dem Dichter gewidmet sein – unter anderem mit Vorführungen von „Die Räuber" oder „Don Carlos". Beethovens 9. Symphonie mit Schillers „Ode an die Freude" und eine Ausstellung über Leben und Werk des Dichters runden das Schiller-Programm ab. Außerdem auf dem Spielplan: Auftritte vieler nationaler und internationaler Bühnengrößen – so zum Beispiel von Hollywood-Star John Malkovich als alternder Casanova in „The Giacomo Variations" sowie von den deutschen SchauspielerInnen Heike Makatsch, Burghart Klaußner, Edgar Selge und Ben Becker. Auf der Kabarettbühne werden Volker Pispers, Wilfried Schmickler, Hagen Rether und Jürgen Becker auftreten. In der Reihe der Ruhrfestspiel-Lesungen sind unter anderem Katja Riemann und Andrea Sawatzki dabei. Die Ruhrfestspiele gehen auf die Solidarität von Bergarbeitern im Ruhrgebiet mit Hamburger Schauspielern im Nachkriegswinter 1946 zurück – getauscht wurde Kohle gegen Kunst. Der DGB und die Stadt Recklinghausen sind Hauptgesellschafter der Ruhrfestspiele. •

www.ruhrfestspiele.de

Bochumer Bildungskongress

Schlüssel zur Zukunft

Der DGB NRW und die GEW NRW laden am 17. und 18. Februar unter dem Motto „Bildung – Schlüssel zur Zukunft" zu einem großen Bildungskongress nach Bochum ein. Prominente ExpertInnen aus Politik, Gewerkschaften, Verbänden und Wissenschaft werden in Foren, Vorträgen und Diskussionen die notwendigen Strategien für die zukünftige Bildungspolitik debattieren. Zentrale Themen werden etwa die Teilhabe von behinderten Menschen an Bildung, die moderne „Wissensgesellschaft" und Chancengleichheit im Bildungssystem sein. Teilnehmen werden unter anderem NRW-Ministerpräsidentin Hannelore Kraft (SPD), NRW-Bildungsministerin Sylvia Löhrmann (Grüne) und NRW-Arbeitsminister Guntram Schneider (SPD). •

Anzeige

Bildungszentrum HVHS Hustedt e.V.

Das Bildungszentrum HVHS Hustedt e.V. – Zentrum für politische Bildung mit jährlich über 300 Seminaren und über 5000 Teilnehmenden – sucht für sein Gesamteuropäisches Seminar (GES) zum 1. Oktober 2011 einen/eine

Studienleiter/in

Das Gesamteuropäische Seminar arbeitet im Rahmen des Kinder- und Jugendplanes des Bundes und wendet sich in Hustedt vor allem an Auszubildende und junge Arbeitnehmer/innen.
Das Bildungszentrum befindet sich in der reizvollen Heide- und Waldregion ca. 15 km nördlich von Celle. Ein historisches Ensemble mit Bauernhäusern, einer ländlichen Jugendstilvilla sowie modernen Tagungshäusern, Hallenschwimmbad und Sauna prägt das weitläufige Parkgelände – ein idealer Ort für Gespräche, Begegnungen und neue Impulse.

Nähere Informationen erhalten Sie auf unserer Homepage *http://www.hvhs-hustedt.de/html/idx_aktuelles.html* oder wenden Sie sich an Dietrich Burggraf, Tel. 0 50 86 98 97 - 0

Bewerbungen richten Sie bitte schriftlich bis zum 14. April 2011 an: **Bildungszentrum Heimvolkshochschule Hustedt e.V., Zur Jägerei 81, 29229 Celle**

interregio

••• Die ***DGB-Region Ostsachsen*** ruft Betriebs- und Personalräte sowie die Leitungen ihrer Unternehmen und Verwaltungen auf, erfolgreiche Betriebsratsgremien und Projekte der betrieblichen Mitbestimmung für den ***2. Ostsächsischen Mitbestimmungspreis 2011*** vorzuschlagen. Bedingung ist, dass der Sitz des Betriebes in den Landkreisen Bautzen oder Görlitz liegt. Das Projekt muss im Zeitraum von 2008 bis 2010 stattgefunden und dazu beigetragen haben, dass die Folgen der Wirtschaftskrise bewältigt wurden. Nominierungsschluss ist der 5. März.

www.dgb-ostsachsen.de

••• Mit zwei ***Diskussionsabenden*** will die ***DGB-Region Frankfurt-Rhein-Main*** auf die zusehends schwierigen Verhältnissen auf dem Wohnungs- und Arbeitsmarkt der Region aufmerksam machen. Unter dem Motto „Arbeit und Wohnung – Existenzgrundlagen für ein Leben in Würde" werden PolitikerInnen aller Parteien am 21. Februar über das Thema Wohnen und am 28. Februar über das Thema Industriearbeitsplätze diskutieren. Die Diskussionen finden im unmittelbaren Vorfeld der hessischen Kommunalwahlen (Wahltermin: 27. März) statt.

www.region-frankfurt-rhein-main.dgb.de

Mitgliederentwicklung

Immer mehr berufstätige Mitglieder

Trotz Krise und demografischer Entwicklung ist es den Gewerkschaften 2010 gelungen, die Mitgliederzahlen bei rund 6,2 Millionen zu konsolidieren und zu stabilisieren. Gegenüber 2009 ist der Mitgliederrückgang von 1,7 auf 1,1 Prozent gesunken und liegt damit deutlich unter dem der Vorjahre. Drei Gewerkschaften, die GEW, die GdP und die NGG, konnten 2010 ein Mitgliederplus erzielen.

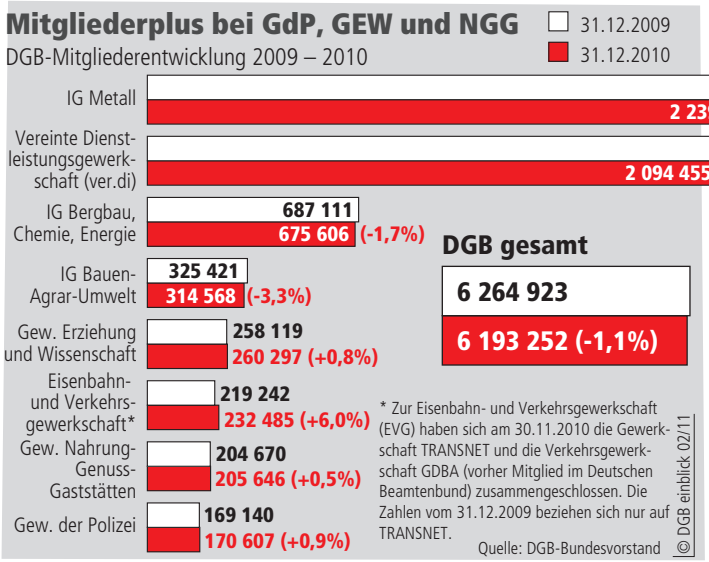
Ende 2010 zählten die acht DGB-Gewerkschaften 6 193 252 Mitglieder. Im Schnitt sind 2010 täglich 750 Menschen neu in die Gewerkschaft eingetreten. Im Vergleich zu 2009 hat sich die Zahl der Abgänge verringert.

Das gilt auch für die vom massiven Rückgang der Beschäftigtenzahlen in der Baubranche besonders gebeutelte IG BAU: Die Zahl der Austritte habe sich seit 2005 nahezu halbiert, erklärt der IG BAU-Vorsitzende Klaus Wiesehügel. Es sei absehbar, dass sich die Lücke zwischen Zu- und Abgängen weiter schließe.

Das ist der IG Metall bereits 2010 geglückt – trotz Krise. Detlef Wetzel, Zweiter Vorsitzender der IG Metall, betont, dass es 2010 gelungen sei, die Mitgliederentwicklung von der Beschäftigungsentwicklung zu entkoppeln. Zwar sind in der Krise zwischen Januar 2009 und Mai 2010 rund 200 000 Arbeitsplätze im Organisationsbereich der IG Metall abgebaut worden, und 150 000 Leiharbeitskräfte haben ihren Job verloren, dennoch ist die Zahl der Mitglieder in den Betrieben lediglich um 0,3 Prozent gesunken. „Die IG Metall ist stabil durch die Krise gekommen. Wir haben unsere betriebliche Stärke gehalten", erklärt Wetzel. So sei es gelungen, die Zahl der Neuaufnahmen im Jahresvergleich um 7,9 Prozent auf rund 92 000 zu erhöhen. Die Austritte konnten um 7,6 Prozent verringert werden. „Dies haben wir den vielen Projekten, Initiativen und Kampagnen zu verdanken, die wir in den letzten Jahren angestoßen haben", betont Wetzel. Allein die LeiharbeiterInnen machen zehn Prozent der Neuaufnahmen aus.

Der Anteil der Mitglieder, die aktiv im Berufsleben stehen, blieb bei den meisten Gewerkschaften 2010 stabil. Viele konnten ihn sogar erhöhen. Etwa ver.di: Im dritten Jahr in Folge ist es ver.di gelungen, die Zahl der erwerbstätigen Mitglieder zu steigern. Damit ist der Anteil erwerbstätiger Mitglieder, der im Dezember 2001 bei gut 70 Prozent lag, auf über 75 Prozent gestiegen. Zwar hat ver.di 2010 insgesamt 43 745 Mitglieder weniger als im Vorjahr. Der Rückgang sei aber vor allem auf Austritte von Rentnern und Arbeitslosen zurückzuführen, so der ver.di-Vorsitzende Frank Bsirske. Vor allem in Tarifrunden steige die Zahl der Mitglieder: „Wenn sich Dinge zuspitzen, steigt die Bereitschaft der Beschäftigten zum Eintritt in die Gewerkschaft spürbar."

Die GEW hat die Trendwende erreicht. Nach 2008 und 2009 kann sie auch 2010 ein Mitgliederplus vorweisen. „Insbesondere in den Tarifauseinandersetzungen ist es gelungen, viele Beschäftigte für die GEW zu gewinnen. Außerdem ernten wir jetzt die Früchte der Mitgliederoffensive, für die der Gewerkschaftstag 2005 den Startschuss gegeben hat", erklärt der GEW-Vorsitzende Ulrich Thöne. Auch die GdP hat 2010 – wie bereits im letzten Jahr – gegenüber dem Vorjahr ihre Mitgliederzahl um 0,9 Prozent erhöht. Das gilt auch für die NGG, obwohl es etwa in der Hotel- und Gaststättenbranche mit vielen kleinen Betrieben und prekär Beschäftigten schwierig ist, Mitglieder zu gewinnen. Die NGG führt ihren Erfolg vor allem auf ihre betriebsnahe Tarifpolitik sowie ihr konsequentes Eintreten gegen prekäre Beschäftigung und für einen gesetzlichen Mindestlohn zurück. ●



2010 ist es den DGB-Gewerkschaften gelungen, gegenüber 2009 den Mitgliederrückgang weiter zu reduzieren. Drei Gewerkschaften – die GEW, die GdP und die NGG – konnten trotz Krise ihre Mitgliederzahl gegenüber dem Vorjahr erhöhen.

Zuspruch bei der Jugend

Im Februar startet die Gewerkschaftsjugend ihre große Jugend-Initiative „Wie wollen wir leben?" (einblick 01/11). Ein Ziel der Offensive ist es, die Gewerkschaften noch attraktiver für junge Beschäftigte zu machen.

Bereits 2010 konnten die Gewerkschaften gerade bei der Jugend punkten. So sind 26 Prozent aller Neuaufnahmen bei der IG Metall Auszubildende, und der Anteil der Neumitglieder bis 27 Jahre beträgt sogar 40 Prozent.

Die NGG konnte die Zahl der Neuaufnahmen von jungen Menschen im vergangenen Jahr um fünf Prozent steigern. Der Anteil junger NGG-Mitglieder liegt nun bei 9,8 Prozent.

Und auch die IG BCE war 2010 bei der Mitgliederwerbung von Auszubildenden wieder ähnlich erfolgreich wie in den vergangenen Jahren. Zwei von drei Jugendlichen des Ausbildungsjahrgangs 2009 sind Mitglied der IG BCE. Ende November waren bereits knapp 55 Prozent des Ausbildungsjahrgangs 2010 IG BCE-Mitglied. DIE IG BCE geht davon aus, dass nach Abschluss der Werbekampagne im Sommer 2011 wieder mindestens zwei Drittel der neuen Azubis IG BCE-Mitglied sind.

GEWERKSCHAFTEN

kurz&bündig

Die Bau- und Holz-Internationale (BHI) hat eine Kampagne gestartet, mit der sie grundlegende Arbeitnehmer- und Gewerkschaftsrechte für Beschäftigte des Möbelkonzerns IKEA in den USA einfordert. Einer US-Mitgliedsgewerkschaft der BHI wird seit geraumer Zeit der Kontakt zu den Beschäftigten einer IKEA-Fabrik verwehrt. Die IG BAU unterstützt die Kampagne.
www.einblick.dgb.de/links

EVG-Vize Klaus-Dieter Hommel begrüßt die Ankündigung der Deutschen Bahn, 500 zusätzliche Sicherheitskräfte einzustellen. Wichtig sei aber die Auswahl qualifizierten Personals. „Sicherheit ist kein Thema, das man in einem Schnell-Kurs lernt."

Für die GEW ist der Zwischenbericht von Bundesbildungsministerin Schavan (CDU) zum Hochschulpakt 2020 ein „Etikettenschwindel". Die große Nachfrage der Länder nach den bereitgestellten Mitteln sei kein Erfolg, sondern eher ein Alarmzeichen: Voraussichtlich werden die Gelder so bereits vor 2015 ausgehen, schätzt die GEW.

Der NGG-Vorsitzende Franz-Josef Möllenberg hat angesichts der aktuellen Lebensmittelskandale erneut einen Informantenschutz für Beschäftigte in der Ernährungswirtschaft gefordert, die Missstände in ihren Unternehmen aufdecken.

IG BCE-Kampagne

Einladung zum Mitmachen

Unter dem Motto „Wir machen Gute Arbeit!" hat die IG BCE im Januar eine arbeitspolitische Offensive gestartet. Die Kampagne thematisiert den Wandel der Arbeitswelt aus Sicht der Beschäftigten. Hoher Zeitdruck und eine enorme Leistungsverdichtung prägen heute den Alltag der meisten Beschäftigten. Durch neue Arbeitsformen und Kommunikationstechnologien verschwimmen die Grenzen zwischen Beruf und Privatleben. Gleichzeitig boomen unsichere Beschäftigungsformen wie die Leiharbeit. Die Offensive soll mehr sein als eine Kampagne im üblichen Sinne. Sie ist vor allem eine Einladung zum Mitmachen.

Gemeinsam mit den Betriebsräten, den Vertrauensleuten und den Beschäftigten als „Experten in eigener Sache" will die IG BCE die Arbeitsbedingungen verbessern. „Wenn wir Fortschritt für alle wollen und auf eine nachhaltige Entwicklung setzen, dann müssen wir zu allererst da ansetzen, wo wir selbst ureigene Gestaltungschancen haben: im Betrieb", erklärt der IG BCE-Vorsitzende Michael Vassiliadis. Mit einem Weblog und vielen Materialien unterstützt die Kampagne die betrieblichen Akteure. Beteiligungsorientiert sollen gemeinsam mit ihnen Handlungskonzepte für den Wandel der Arbeitswelt entwickelt werden. •

www.gute-arbeit.igbce.de

1. Mai 2011

IG BAU schaut hin

Mit der Kampagne „Gute Arbeit in Europa – WIR schauen hin!" will die IG BAU verhindern, dass die volle Arbeitnehmerfreizügigkeit ab 1. Mai 2011 zu weiterem Lohn- und Sozialdumping in den IG BAU-Branchen führt. Die Kampagne soll im April starten und richtet sich sowohl an die Stammbelegschaften als auch an Arbeitsmigranten aus anderen Ländern. „Wir wollen genau hinsehen, was sich in den Betrieben tut", erklärt der IG BAU-Vorsitzende Klaus Wiesehügel. Ziel sei es, die „Betriebe sauber zu halten", etwa dafür zu sorgen, dass die Mindestlöhne nach Entsendegesetz eingehalten werden. Neben Schulungen der Betriebsräte und Vertrauensleute sind mehrsprachige Infomaterialien geplant, die die Arbeitsmigranten über ihre Rechte hierzulande aufklären sollen.

Ab 1. Mai können alle Menschen aus den Staaten, die am 1.Mai 2004 der EU beigetreten sind, ohne Arbeitsgenehmigung in Deutschland arbeiten. Die Gewerkschaften fordern flankierende gesetzliche Regulierungen vom gesetzlichen Mindestlohn bis zum Equal Pay in der Leiharbeit. Denn schon jetzt bereiten etwa Leiharbeitsfirmen Verträge vor, um vermeintlich teure deutsche Leiharbeitskräfte durch billigere osteuropäische zu ersetzen. Am 1. Mai enden auch die Übergangsfristen im Entsendegesetz etwa für die Baubranche oder die Gebäudereinigung, die die IG BAU durchgesetzt hatte, um eine Entsendung aus den osteuropäischen EU-Staaten ohne vorherige Arbeitserlaubnis zu verhindern. •

Unwort des Jahres

„Alternativlos" macht das Rennen

Das Unwort des Jahres 2010 heißt „alternativlos". „Das Wort suggeriert sachlich unangemessen, dass es bei einem Entscheidungsprozess von vorneherein keine Alternativen und damit auch keine Notwendigkeit der Diskussion und Argumentation gibt", so die Jury. In die engere Auswahl der SprachkritikerInnen kamen außerdem die Formulierungen „Integrationsverweigerer" und „Geschwätz des Augenblicks". Unwort 2009 war „betriebsratsverseucht". Aufkleber und Buttons mit dem Slogan „Betriebratsverseucht – und das ist gut so!" können unter *www.br-verseucht.de* bestellt werden. •

Gleichstellungspolitik

Bericht vorgelegt

Ende Januar hat die zuständige Sachverständigenkommission ihr Gutachten für den ersten Gleichstellungsbericht der Bundesregierung vorgestellt. Aus Sicht der stellvertretenden DGB-Vorsitzenden Ingrid Sehrbrock zeigt der ExpertInnen-Bericht ganz klar: Die „mageren Ankündigungen" des schwarz-gelben Koalitionsvertrags reichten „für eine erfolgreiche Gleichstellungspolitik nicht aus". •

CCS-Technologie

Brücke oder Krücke?

Mit einem Workshop am 10. März in Berlin will der DGB über die CCS-Technologie informieren. Unter dem Motto „CCS – CO_2-Abscheidung und Speicherung – Brückentechnologie oder Krückentechnologie" stellen Experten den aktuellen Stand der Entwicklung dar. Anschließend werden VertreterInnen aus Gewerkschaften und Wirtschaft sowie Gutachter Pro- und Contra-Argumente diskutieren. Unter anderem soll es auch um die Themen Schadstoffbelastung und Trinkwasserschutz gehen. •

www.einblick.dgb.de/links



Foto: CDA

Interview

Streit um Kaisers Bart

Karl-Josef Laumann, *53, ist Bundesvorsitzender der Christlich-Demokratischen Arbeitnehmerschaft Deutschlands (CDA) und Mitglied im CDU-Präsidium. Der gelernte Maschinenschlosser und langjährige Betriebsrat ist Mitglied der IG Metall. Im einblick-Interview erklärt er, wie aus seiner Sicht ein Zeitarbeitsmindestlohn zur allgemeinen Lohnuntergrenze werden könnte.*

■ Die Positionen der CDA und des DGB liegen in einigen Fragen nicht weit auseinander – ob beim Thema Leiharbeit oder beim Schutz vor Altersarmut. Erst kürzlich hat der CDU-Bundesvorstand Positionen der CDA, etwa zum Mindestlohn in der Zeitarbeit, in seine „Mainzer Erklärung" übernommen. Wie wahrscheinlich ist es, dass diese Positionen sich jetzt auch in konkreter Politik der Bundesregierung wiederfinden?

■ *Ich glaube, dass die Chancen sehr gut sind. Ich bin mir sicher, dass wir eine Regulierung bei der Zeitarbeit schaffen – vor allem durch die Aufnahme der Zeitarbeit ins Entsendegesetz. Das ist mit Blick auf die Arbeitnehmerfreizügigkeit, die im Mai auf uns zukommt, zwingend notwendig. Ich bin außerdem ziemlich sicher, dass wir eine Lösung beim Thema „Equal Pay" finden, die die Situation für einen großen Teil der Arbeitnehmer in der Zeitarbeit verbessern wird.*
Über die andere Frage, den Schutz vor Altersarmut, zerbreche ich mir schon seit Jahren den Kopf. Altersarmut wird, soweit ich das einschätzen kann, in zwanzig Jahren eines der größten sozialen Probleme sein. Nicht in der Art, dass die Leute keine Wohnung und kein Brot mehr haben. Aber es wird ein größerer Anteil älterer Menschen von der Grundsicherung leben müssen, als das heute der Fall ist. Das ist eine gesellschaftliche Entwicklung, die ich schlimm finde. Der Bürger sollte nach meiner Vorstellung nicht auf die Almosen des Staates angewiesen sein. Er sollte in der Lage sein, sich durch Beiträge Ansprüche zu erwerben.

■ Der DGB lehnt vor allem die Rente mit 67 ab. Welche Alternativen zur Rente mit 67 gäbe es, die gleichzeitig helfen, Altersarmut zu verhindern?

■ *Eines vorab: Mit der steigenden Altersarmut hat die Rente mit 67 aus meiner Sicht nichts zu tun. Das Problem der Altersarmut liegt ganz woanders. Es liegt in einem wachsenden Niedriglohnbereich und in längeren Zeiten von Arbeitslosigkeit in den Erwerbsbiografien. Ich persönlich bin der Meinung: Wer sein Leben lang ohne staatliche Transferleistungen ausgekommen ist, der darf im Alter auch nicht hineinrutschen. Wir müssen nach dem passenden Instrument suchen, um das hinzubekommen. Eine Rente nach Mindesteinkommen, wie wir sie bis 1992 im Rentenrecht hatten, ist da eine interessante Idee. Damals wurden unterdurchschnittliche Einkommen in der Rente höher bewertet. Dieses Instrument sollte man in aller Ruhe nochmal prüfen. Dafür wird sich die CDA einsetzen.*

■ Der Aufschwung ist in der deutschen Wirtschaft angekommen – auf dem Arbeitsmarkt vollzieht sich der Beschäftigungsaufbau aber großenteils in Beschäftigungsformen wie der Leiharbeit. Ist es trotzdem ein guter Aufschwung für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer?

■ *Die Arbeitnehmer werden in diesem Jahr spüren, dass der Aufschwung gut ist. Denn ich bin ziemlich sicher, dass sich bei den Löhnen eine Menge tun wird. In der Zeitarbeit gehe ich davon aus, dass ein Teil der Liberalisierung des Arbeitnehmerüberlassungsgesetzes wieder rückgängig gemacht wird. Wie gesagt: Ein klarer Mindestlohn in der Zeitarbeit und eine vernünftige Equal-Pay-Lösung würden uns da schon sehr helfen. Und wenn die Tarifkonkurrenz in der Zeitarbeit überwunden wird, hat man ja schließlich auch als Gewerkschaft wieder die Möglichkeit, für ordentliche Tarifverträge zu sorgen.*

■ Die dann zum Mindestlohn werden?

■ *Ich persönlich wünsche mir, dass die Entscheidung für einen Mindestlohn in der Zeitarbeit, die hoffentlich jetzt bald kommt, ein Umdenken bringt. Denn damit hätten wir in Deutschland erstmals einen Mindestlohn, der branchenübergreifend ist. Die Zeitarbeit findet ja nicht nur in einer Branche statt. Das bedeutet: Es gibt dann einen von Tarifvertragsparteien, und nicht von der Politik oder irgendwelchen Kommissionen, ausgehandelten branchenübergreifenden und überregionalen Tarifvertrag, und man sagt: Unter dem geht nichts – zumindest in der Zeitarbeit. Ich glaube, dass das dann der richtige Anlass ist, um nochmal in aller Ruhe über die Frage einer Lohnuntergrenze zu reden. Denn wenn es in der Zeitarbeit branchenübergreifend geht und man dort einen Lohn hat, der nicht unterschritten werden kann – dann muss es doch möglich sein, dass man sagt: Das ist die Lohnuntergrenze, ob man nun Zeitarbeiter ist oder nicht.*

■ Ein allgemeiner Mindestlohn über den Umweg des Zeitarbeitsmindestlohns also?

■ *Wir denken darüber nach, ob wir als CDA nicht den programmatischen Weg gehen können, zu sagen: Wir sind für eine Lohnuntergrenze – und die Höhe ist der Mindestlohn der Zeitarbeit. Dann hätten wir auch das Problem gelöst, dass die Lohnuntergrenze nicht von Kommissionen festgelegt werden müsste, sondern von ordentlichen Tarifvertragsparteien ausgehandelt wird. In diese Richtung werden wir auf unserer Bundesversammlung im Mai diskutieren. Noch haben wir den Mindestlohn in der Zeitarbeit nicht. Aber wenn dieser branchenübergreifende Mindestlohn da ist, dann ist der Streit um eine allgemeine Lohnuntergrenze so langsam ein Streit um Kaisers Bart.* ●

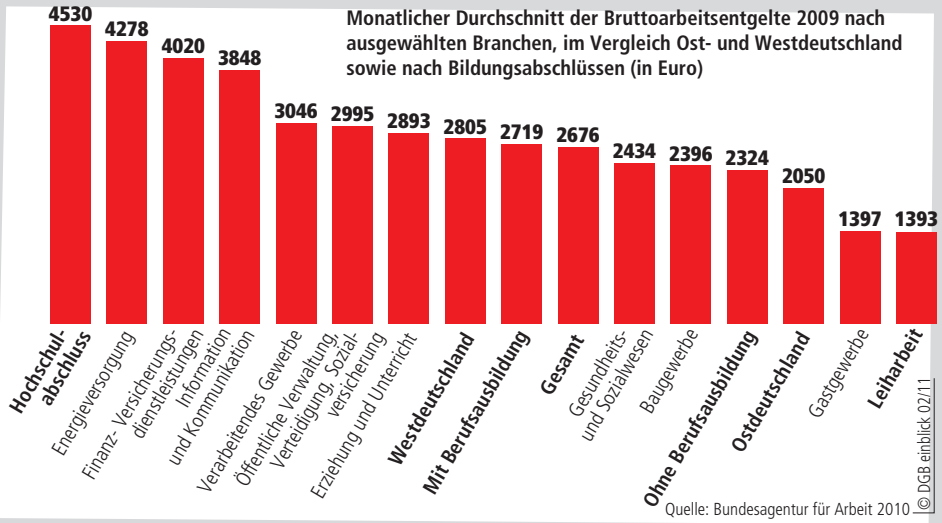
Die Langfassung des Interviews mit den weiteren Themen altersgerechte Arbeitsplätze, befristete Beschäftigung, Gesundheit und Pflege online: ***www.einblick.dgb.de***

DIES & DAS

die DGB grafik

BRUTTOLOHN: Rote Laterne Leiharbeit

Gerade einmal 1393 Euro Bruttomonatslohn haben LeiharbeiterInnen 2009 durchschnittlich verdient – inklusive Zulagen und Jahresleistungen. Das belegt eine aktuelle Studie der Bundesagentur für Arbeit. Obwohl viele LeiharbeiterInnen eine Berufsausbildung haben, schneiden sie damit im Schnitt schlechter ab als ungelernte Festangestellte. Weitere Ergebnisse: Der Anteil der GeringverdienerInnen ist seit 1999 um 20 Prozent gestiegen, und im Osten verdient man durchschnittlich immer noch 750 Euro weniger als im Westen.



14 TAGE

mehr Infos: www.einblick.dgb.de

1.2. ver.di-Bildungswerk, „Arbeitsschutz-Konferenz: Die neue DGUV-Vorschrift 2 – Betriebsärzte und Fachkräfte für Arbeitssicherheit", Hannover

2.2. DGB, Workshop „Eine neue Energiepolitik für Europa? – Die EU-Energiestrategie 2020", Berlin

2.2. Friedrich-Ebert-Stiftung, Vortrag „Feindbild Feminismus – Geschlechterkampf von rechts", Schwerin

4.2. ver.di, GEW, GdP und dbb tarifunion, Auftakt Tarifrunde öffentlicher Dienst 2011

5.2. Friedrich-Ebert-Stiftung, Ausstellungseröffnung „Nein zu Hitler! Sozialdemokratie und Freie Gewerkschaften in Verfolgung, Widerstand und Exil 1933-1945", Karlsruhe

6.2. DGB und andere, Konferenz „6. Hessisches Sozialforum", Frankfurt am Main

7.2. Heinrich-Böll-Stiftung, Veranstaltung „Diskussion zur Krise der Mittelschicht", Berlin

11./12.2. Netzwerk Recherche e.V., Fachkonferenz „PR und Journalismus zwischen Konfrontation und Kooperation", Hamburg

12.2. Internationaler Tag gegen den Einsatz von Kindersoldaten

13.2. Bündnis „Nazifrei – Dresden stellt sich quer!", Demonstration „Naziaufmarsch in Dresden verhindern!", Dresden

14.2. Friedrich-Ebert-Stiftung, Diskussion „Historisch-politischer Abend: Frauenrechte sind Menschenrechte. 100 Jahre Internationaler Frauentag – eine Bilanz", Stuttgart

14./15.2. Hans-Böckler-Stiftung, Workshop „Entgeltgleichheit prüfen mit eg-check.de – Eine Einführung in das Prüfinstrument", Frankfurt am Main

IMPRESSUM *einblick* erscheint vierzehntäglich **Herausgeber:** DGB **Verlag:** Graewis Verlag GmbH **GeschäftsführerInnen:** Anne Graef, Dr. Peter Wilke **Redaktion:** Anne Graef (verantw.), Sebastian Henneke, Timm Steinborn **Redaktionelle Mitarbeit:** Udo Böhlefeld, Luis Ledesma **Redaktionsanschrift:** Wallstraße 60, 10179 Berlin, Tel. 030/30882 4-0, Fax 030/30882420, Internet: www.einblick.dgb.de, E-Mail: redaktion@einblick.info **Anzeigen:** Bettina Mützel, Tel. 030/859946-240, Fax 030/859946-100, E-Mail: bettina.muetzel@berlin.de **Layout:** zang.design **Infografik:** Klaus Niesen **Druck und Vertrieb:** PrintNetwork Berlin **Abonnements:** Änderungen schriftlich an Redaktion *einblick* (Adresse s.o.)
Nachdruck frei für DGB und Gewerkschaften bei Quellenangabe und zwei Belegexemplaren. Alle Anderen nur nach schriftlicher Genehmigung durch den Verlag. Nachdruck von namentlich gezeichneten Artikeln nur nach Genehmigung durch Verlag und Autor.

personalien

••• ***Regina Görner***, 60, geschäftsführendes Vorstandsmitglied der IG Metall, ist von der Konrad-Adenauer-Stiftung mit dem Preis „Soziale Marktwirtschaft 2010" ausgezeichnet worden. Mit ihrem Wirken stehe sie „für die Prinzipien von Tarifautonomie und Mitbestimmung und den Gedanken der Einheitsgewerkschaft", urteilte die Jury. Ebenfalls ausgezeichnet: ***Walter Riester,*** 67, der ehemalige Zweite Vorsitzende der IG Metall und Bundesarbeitsminister a.D..

••• ***Peter Klenter,*** 53, ist seit dem 1.November 2010 politischer Referent in der Abteilung Recht beim DGB-Bundesvorstand. Zuvor war er Teamleiter bei der DGB-Rechtsschutz GmbH in Hamburg.

Schlusspunkt

„Es ist sehr fragwürdig, ob so manche Blümchenkrawatte von Koalitionsabgeordneten die Würde des Hauses hebt."

Sven-Christian Kindler, Bundestagsabgeordneter von Bündnis 90/Die Grünen, am 20. Januar im Bundestag zur umstrittenen „Krawatten-Frage". Hintergrund: Kindler durfte ohne Krawatte nicht seiner Funktion als Schriftführer nachkommen. Der CDU-Abgeordnete Jens Koeppen hatte als Obmann der Schriftführer im Dezember eine Kleiderordnung vorgegeben.

Hart IV

Fortzahlungsantrag ist entscheidend

Wer Hartz-IV-Leistungen bezieht, muss nach der Beendigung des Bewilligungsabschnitts einen Fortzahlungsantrag stellen. Denn Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhalts werden erst ab dem Eingang des Antrags auf Fortzahlung weiter gewährt.

Bundessozialgericht,
Urteil vom 18. Januar 2011 - B 4 AS 99/10 R

Hartz IV

Jobcenter zahlt Krankenversicherung

Bezieher von Hartz-IV-Leistungen, die privat krankenversichert sind, können vom Jobcenter die Übernahme der Beiträge zur privaten Krankenversicherung in voller Höhe verlangen.

Bundessozialgericht,
Urteil vom 18. Januar 2011 - B 4 AS 108/10 R

Tariflicher Urlaub

Unterscheidung nach Alter unzulässig

Die Regelung im Manteltarifvertrag Einzelhandel Nordrhein-Westfalen, die Urlaubsansprüche nach dem Lebensalter staffelt, verstößt gegen das Verbot der Altersdiskriminierung.
Sie ist nach dem Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetz nicht gerechtfertigt; denn es fehlt an einem legitimen Ziel für diese Ungleichbehandlung.
Die benachteiligten Arbeitnehmer können Urlaub nach der höchsten Altersstufe verlangen.

Landesarbeitsgericht Düsseldorf,
Urteil vom 18. Januar 2011 - 8 Sa 1274/10

Schweiz

Kautionspflicht gegen Lohndumping

Eine Vereinbarung der Tarifvertragsparteien, wonach Handwerksbetriebe eine Kaution hinterlegen müssen, bevor sie im entsprechenden Gebiet die Arbeit aufnehmen, ist in der Schweiz zulässig.
Mit dieser Maßnahme soll gegen Lohndumping vorgegangen werden; denn bei Verstößen wird die Strafe direkt von der Kaution abgezogen.

Schweizerisches Bundesgericht,
Urteil vom 7. Dezember 2010 - 2C 81/2010

Gesetzliche Krankenversicherung

Sehbehindertem steht Tafelkamera zu

Ein Sehbehinderter hat im Rahmen der Eingliederungshilfe Anspruch auf Versorgung mit einer Zweitkamera für ein Bildschirmlesegerät (Tafelkamera). Dieses Bildschirmlesegerät muss allerdings erforderlich und geeignet sein, dem Betroffenen den Schulbesuch im Rahmen der allgemeinen Schulpflicht zu ermöglichen oder zu erleichtern.

Landessozialgericht Rheinland-Pfalz,
Urteil vom 18. November 2010 – L 5 KR 23/10

Dienstkleidung

Bunte Fingernägel gehören nicht dazu

Der Arbeitgeber darf Mitarbeiterinnen nicht vorschreiben, die Fingernägel nur einfarbig zu tragen.

Der Fall: Im Unternehmen, das im Auftrag der Bundespolizei Fluggastkontrollen vornimmt, ist in einer Gesamtbetriebsvereinbarung eine Trageordnung für Dienstkleidung mit umfangreichen Tragevorschriften vereinbart. Der Betriebsrat hielt mehrere Bestimmungen für unzulässig, da sie gegen das Persönlichkeitsrecht der einzelnen Mitarbeiter verstießen.

Das Landesarbeitsgericht: Um ein einheitliches Erscheinungsbild zu gewährleisten, genügen Vorschriften über die Dienstkleidung. Die Farbe der Fingernägel ist ohne Bedeutung. Auch Regelungen, die den Mitarbeitern vorschreiben, bei Haarfärbungen lediglich natürlich wirkende Farben zu verwenden und die das Tragen von künstlichen Haaren oder Einflechtungen verbieten, sind unwirksam. Andere Regelungen über das Erscheinungsbild der Mitarbeiter sind dagegen wirksam. Das gilt wegen der Verletzungsgefahr für Passagiere für die Anweisung, Fingernägel in maximaler Länge von 0,5 Zentimeter über der Fingerkuppe zu tragen. Auch Vorschriften über das Tragen von Unterwäsche sind nicht unverhältnismäßig, weil sie dem Schutz der vom Arbeitgeber gestellten Dienstkleidung und einem ordentlichen Erscheinungsbild dienen: „Das Tragen von BHs, Bustiers oder eines Unterhemdes ist vorgeschrieben. Diese Unterwäsche ist in weiß oder in Hautfarbe ohne Muster, Beschriftungen oder Embleme zu tragen. Andersfarbige Unterwäsche darf nicht durchscheinen. Feinstrumpfhosen sowie Socken dürfen keinerlei Muster, Nähte oder Laufmaschen aufweisen." Ebenso zu billigen sind folgende Anweisungen für männliche Mitarbeiter: „Grundsätzlich sind Haare immer sauber, niemals ungewaschen oder fettig wirkend zu tragen. Eine gründliche Komplettgesichtsrasur bei Dienstantritt ist Voraussetzung; alternativ ist ein gepflegter Bart gestattet".

Landesarbeitsgericht Köln,
Beschluss vom 18. August 2010 - 3 TaBV 15/10

Arbeitsschutz

Unterweisung ist Pflicht

Der Betriebsrat hat bei betrieblichen Regelungen über den Gesundheitsschutz mitzubestimmen. Hierzu gehört auch die dem Arbeitgeber auferlegte Verpflichtung, die Beschäftigten über Sicherheit und Gesundheitsschutz bei der Arbeit zu unterweisen.

Der Fall: Eine zum Regelungsgegenstand „Umsetzung der Anforderungen des Arbeitsschutzes" eingesetzte Einigungsstelle hatte durch Teilspruch allgemeine Regelungen zur Unterweisung der Beschäftigten über die Belastungen bei der Arbeit, den richtigen Umgang mit Arbeitsmitteln und die Gestaltung der Arbeitsorganisation getroffen. Der Arbeitgeber hat den Teilspruch erfolgreich angefochten.

Das Bundesarbeitsgericht: Die Einigungsstelle ist ihrem Regelungsauftrag nicht nachgekommen. Ihr Spruch ist unvollständig. Einigen sich die Betriebsparteien nicht über Art und Inhalt der Unterweisung, hat das die Einigungsstelle zu regeln. Hierbei hat sie die Erkenntnisse einer Gefährdungsanalyse zu berücksichtigen und die konkrete arbeitsplatz- oder aufgabenbezogene Unterweisung daran auszurichten. Sie kann sich nicht auf allgemeine Bestimmungen über die Unterweisung zu Gefahren am Arbeitsplatz beschränken.

Bundesarbeitsgericht,
Beschluss vom 11. Januar 2011 - 1 ABR 104/09

einblick
gewerkschaftlicher Info-Service vom 14.02.2011 3/11

DGB

inhalt

Seite 3
Keine Zauberei
Was tun gegen Fachkräftemangel? Wer Fachkräfte will, muss ausbilden und Voraussetzungen für ein durchlässigeres Bildungssystem sowie für gute Qualifizierung und Weiterbildung schaffen

Seite 5
Bananenmuffins statt Gewerkschaften
Gegen die Behinderung von Gewerkschaften bei T-Mobile USA macht jetzt auch der IGB mobil

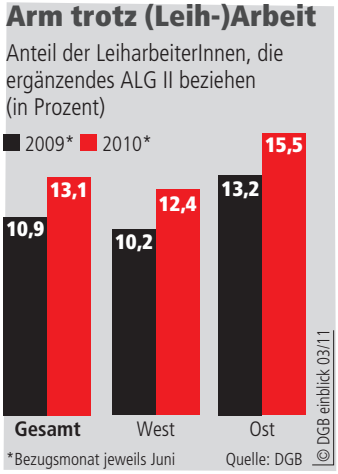
Seite 7
Geschickt inszeniert
Der Publizist Thomas Gesterkamp erklärt, warum die Diskussionen um die Frauenquote an den eigentlichen Problemen vorbeigingen

Leiharbeit im Vermittlungsausschuss

Armut als Vermittlungsergebnis

„Zigtausenden Leiharbeitern droht die Armut", „Leiharbeit macht arm" oder „Zahlreiche Leiharbeiter haben Hartz IV nötig" titelten die Zeitungen in der zweiten Februarwoche landauf, landab. Die Medienresonanz auf eine Analyse des DGB zur Einkommenssituation von LeiharbeiterInnen war enorm. Kein Wunder: Denn fast zeitgleich konnte sich Schwarz-Gelb in der vorletzten Runde des Vermittlungsausschusses erneut nicht dazu durchringen, endlich „Equal Pay" durchzusetzen: Gleicher Lohn für gleiche Arbeit am gleichen Ort für die LeiharbeiterInnen – ab dem ersten Tag.

Doch wer nach der Veröffentlichung der DGB-Analyse noch behauptet, Leiharbeit würde nicht zum Lohndumping missbraucht, der leugnet die Realität: Mehr als jeder achte Beschäftigte in der Leiharbeit ist auf ergänzendes Arbeitslosengeld II angewiesen. „Trotz wirtschaftlicher Erholung steigt das ohnehin sehr hohe Verarmungsrisiko der Leiharbeitskräfte weiter an", erläutert DGB-Arbeitsmarktexperte Wilhelm Adamy. Weit über die Hälfte aller LeiharbeiterInnen bezieht einen Bruttolohn im Niedrig- und Niedrigstlohnbereich – im Osten Deutschlands sind es sogar rund 90 Prozent (siehe Grafik Seite 2). Und auch der Lohnabstand zu regulär Beschäftigten ist frappierend: im Schnitt bekommen LeiharbeiterInnen 40 bis 50 Prozent weniger als Festangestellte.



Das Verarmungsrisiko von LeiharbeiterInnen steigt – trotz wirtschaftlicher Erholung.

SPD und Grüne hatten die Zeitarbeit, einen Zeitarbeitsmindestlohn und die Forderung nach „Equal Pay" zu weiteren Themen des Vermittlungsausschusses zu den Hartz-IV-Regelsätzen gemacht. Der ist jetzt gescheitert. Zuvor hatte die Union zwar dem Zeitarbeitsmindestlohn sowie Mindestlöhnen in der Weiterbildungsbranche und im Wachgewerbe zugestimmt – ob und wann die tatsächlich Realität werden, ist noch nicht klar.

Das eigentlich Notwendige gegen Lohndumping und massive Verwerfungen am Arbeitsmarkt – „Equal Pay" in der Leiharbeit – scheint es mit Schwarz-Gelb aber in absehbarer Zeit nicht zu geben. Die FDP hatte „gleichem Lohn für gleiche Arbeit" erst nach bis zu neun Monaten Einsatz im Entleihbetrieb zustimmen wollen. Diese Regelung hätte aber der Mehrzahl der LeiharbeiterInnen ohnehin nichts genutzt – sie sind in der Regel wesentlich kürzer beschäftigt (siehe Grafik Seite 2).

„Die Koalition hat dem Druck der Arbeitgeber nachgegeben", kritisierte der Erste Vorsitzende der IG Metall, Berthold Huber, das Scheitern des Vermittlungsausschusses in puncto Leiharbeit. Der DGB-Vorsitzende Michael Sommer erklärte, er bedauere das Scheitern der Verhandlungen zutiefst, „weil die Bundesregierung wieder einmal Fortschritte bei der Bekämpfung von Niedriglöhnen und Armut blockiert hat". Dagegen machen DGB und Gewerkschaften mit dem Aktionstag „Arbeit – sicher und fair!" am 24. Februar mobil (siehe Seite 2). •

plusminusBERLIN

+ *Konstantin von Notz (Bündnis90/Die Grünen) kritisiert die Diskussionen um ein generelles Burkaverbot als „populistischen Unsinn". Konflikte könnten auf Basis dienstrechtlicher Regelungen im Einzelfall gelöst werden. Eine gesetzliche Regelung sei völlig überzogen.*

– *Die FDP-Fraktionsvorsitzende Birgit Homburger findet, dass sich die Liberalen bei den Verhandlungen im Hartz IV-Vermittlungsausschuss „in allen Bereichen stark bewegt" und „erhebliche Zugeständnisse gemacht" haben. Das Scheitern sei allein Schuld der Opposition.*

Der Surf-Tipp fürs Internet

www.dgb.de/aktionstag-leiharbeit
Online-Dossier des DGB zum Aktionstag am 24. Februar sowie viele Infos zum Thema Leiharbeit

Hintergrund

www.einblick.dgb.de/hintergrund
DGB-Analyse: Niedriglohn und Lohndumping im Verleihgewerbe

Aktionstag 24. Februar

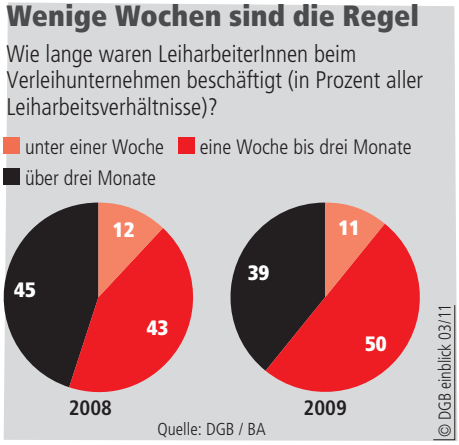
Der Countdown läuft

Nicht einmal mehr zwei Wochen – dann machen DGB und Gewerkschaften beim Aktionstag „Arbeit – sicher und fair!" am 24. Februar bundesweit gegen Lohndumping und den Missbrauch der Leiharbeit mobil. In ganz Deutschland planen Kolleginnen und Kollegen Aktionen, machen sich Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter bei der Politik für Veränderungen stark.

So appellieren beispielsweise die DGB-Bezirke an ihre jeweiligen Landesregierungen, sich über den Bundesrat für den Equal-Pay-Grundsatz in der Leiharbeit stark zu machen: Die DGB-Bezirksvorsitzende von Berlin-Brandenburg, Doro Zinke, wandte sich in einem offenen Brief an die Landeschefs Klaus Wowereit und Matthias Platzeck, ähnliche Appelle richteten auch die DGB-Bezirke Nord, NRW und Bayern an die Regierungschefs ihrer Bundesländer. Der DGB Bayern hat im Vorfeld des Aktionstags außerdem einen Report zum Thema „Leiharbeit in Bayern" veröffentlicht und lädt am 18. Februar zu einer gleichnamigen Fachkonferenz nach München ein (Download und Infos: *www.bayern.dgb.de*).



Die absolute Mehrheit der LeiharbeiterInnen arbeitet zu Niedrig- und Niedrigstlöhnen – besonders im Osten Deutschlands.



Die vor allem von der FDP angestoßene Debatte, den Equal-Pay-Grundsatz erst nach mehreren Monaten greifen zu lassen, hatte mit der Realität der LeiharbeiterInnen nie etwas zu tun: Der Großteil arbeitet zwölf Wochen oder kürzer in seinem Arbeitsverhältnis.

Der DGB Sachsen trägt den Protest am Aktionstag sogar über Grenzen hinweg: Der Interregionale Gewerkschaftsrat Elbe-Neiße, in dem sich neben dem DGB Sachsen auch polnische und tschechische Gewerkschaften engagieren, will am 24. Februar ein gemeinsames Zeichen gegen Lohndumping setzen – der DGB-Aufruf zum Aktionstag wurde für die europäischen Nachbarn ins Polnische und Tschechische übersetzt. •

Finanzmärkte

Neue Blase

Der DGB warnt vor dem erneuten Aufkommen so genannter Schattenbanken. Diese Finanzinstitute üben bankenähnliche Funktionen aus – ohne jedoch reguliert zu sein, kritisiert die DGB-Abteilung Wirtschaftspolitik. Weder Eigenkapitalvorschriften noch ein größerer Liquiditätspuffer gemäß den Vorgaben des Basel III-Ausschusses (*einblick 17/2011*) würden hier greifen. ExpertInnen schätzen allein die Verbindlichkeiten der US-Schattenbanken mittlerweile wieder auf 15,3 Billionen Euro – das sei der mögliche Beginn einer neuen Finanzblase, so der DGB. •

www.einblick.dgb.de/hintergrund

Schulsozialarbeit

Ausbau gefordert

Die stellvertretende DGB-Vorsitzende Ingrid Sehrbrock hat einen Ausbau der Schulsozialarbeit gefordert. Auch nach der Föderalismusreform habe der Bund noch Spielraum, die Länder in diesem Bereich finanziell zu unterstützen, so Sehrbrock. Eine Berechnung des DGB zeigt: Mit zwei Milliarden Euro könnte der Bund mehr als 40 000 Sozialarbeiter-Stellen in Vollzeit finanzieren. Sehrbrock fordert die Politik auf, besonders Schulen zu fördern, die in einem schwierigen sozialen Umfeld arbeiten. Dort würden SozialarbeiterInnen dazu beitragen, Benachteiligung zu vermeiden und abzubauen.

Auch GEW-Vize Marianne Demmer hat die Forderung nach zusätzlichen SchulsozialarbeiterInnen bekräftigt. „Jede Schule braucht einen zusätzlichen Schulsozialarbeiter. Mit diesem Personal können die Schulen viele Aufgaben angehen und erfolgreich lösen", so Demmer. Insbesondere für Kinder aus armen Familien sei das ein wichtiger Schritt. •

Europa

Kampfansage an die Arbeitnehmer

Der Vorschlag von Bundeskanzlerin Angela Merkel und dem französischen Präsidenten Nicolas Sarkozy für einen „Pakt für Wettbewerbsfähigkeit" der Euroländer anlässlich des EU-Gipfels am 4. Februar ist auf massive Kritik und Ablehnung gestoßen – aus den anderen EU-Ländern, aus dem Europaparlament und auch von den Gewerkschaften. Merkel und Sarkozy fordern etwa die Abschaffung von Lohnindexierungssystemen, eine einheitlichen Körperschaftssteuer-Bemessungsgrundlage, die Verankerung einer „Schuldenbremse" in den Verfassungen aller Mitgliedstaaten sowie die Anpassung des Rentensystems an die demografische Entwicklung. Soll heißen: Steigt die Lebenserwartung, wird auch das Renteneintrittsalter erhöht. Der Vorschlag sei ein „Pakt der sozialen Kälte und der ökonomischen Unvernunft", urteilt der DGB-Vorsitzende Michael Sommer.

Schon vorher hat die EU-Kommission deutlich gemacht, wo sie hin will. In ihrem Jahreswachstumsbericht 2011 spricht sie eine klare Sprache. Ihre Vorschläge sind: Löhne deckeln, Dienstleistungssektor weiter liberalisieren, Rentenalter anheben, Privatrenten fördern, die Leistungen für Arbeitslose befristen und Arbeitsschutzvorschriften reduzieren. Es gelte, so die Kommission, „den übermäßigen Schutz von Beschäftigten mit unbefristeten Verträgen zu reduzieren". Das sei kein Konzept, um aus der Krise zu kommen, sagt DGB-Vorstandsmitglied Annelie Buntenbach. „Das ist eine fundamentale Kampfansage an die Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen Europas. Die Vorschläge verschärfen die soziale Ungleichheit in Europa und konterkarieren zudem die Ziele der neuen 2020-Strategie, nach der die Armut bis zum Jahre 2020 deutlich reduziert werden soll." •

Bildungspolitik und Arbeitsmarkt

Mythos Fachkräftemangel?

Ob er nun Realität wird oder nicht – der Fachkräftemangel bestimmt viele arbeitsmarktpolitische Debatten. Dabei ist die Ausbildung und Rekrutierung von Fachkräften gar keine Zauberei, wie unter anderem der gerade vorgestellte Nationale Bildungsbericht zeigt.

Ende vergangenen Jahres überraschte das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) die Öffentlichkeit mit der Aussage, es sei derzeit kein Fachkräftemangel in Sicht. Der viel beschworene Fachkräftemangel nur ein Mythos?

Das Bundesinstitut für Berufsbildung (BIBB) und das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) haben zu dieser Frage ein gemeinsames Projekt gestartet: Mit QUBE („Qualifikation und Beruf in der Zukunft") versuchen die beiden Institute, die gemeinsam über umfassendes Datenmaterial verfügen, den Arbeitskräftebedarf bis 2025 zu prognostizieren. Die Institute kommen zu dem Schluss: Einen allgemeinen, alle Branchen umfassenden Fachkräfte- oder gar Arbeitskräftemangel wird es nicht geben. Wohl aber einen Mangel an qualifizierten Kräften in einzelnen Bereichen – beispielsweise bei Gesundheits- und Sozialberufen.

Ein weiteres Ergebnis von QUBE: Vor allem auf der „mittleren Qualifikationsebene droht ein wesentlicher Engpass" – für gering Qualifizierte werde es hingegen „zunehmend schwieriger", einen Job zu finden. BIBB-Vizepräsident Reinhold Weiß fordert deshalb „massive Nachqualifizierungen" für Ungelernte und gering Qualifizierte, „um einem drohenden Fachkräftemangel bei gleichzeitiger Arbeitslosigkeit entgegenzuwirken". Wer also wie die Bundesregierung weiter auf einen breiten Niedriglohnsektor setzt, statt Rahmenbedingungen für Gute Arbeit und bessere Qualifizierung zu schaffen, stellt die Weichen falsch.

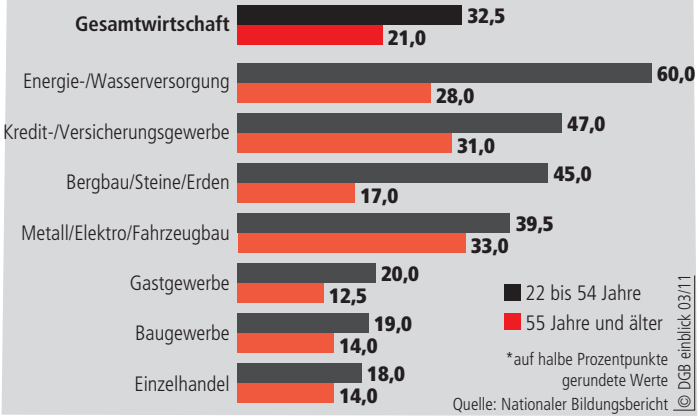
Die QUBE-ForscherInnen sprechen sich außerdem für ein „durchlässigeres System der Berufs- und Hochschulabschlüsse" aus – der Hochschulzugang für beruflich Qualifizierte muss einfacher werden. Bislang seien Berufswelt und Hochschulen „zu sehr gegeneinander abgeschottet", meint IAB-Vizedirektor Ulrich Walwei. „In Zukunft können wir es uns keinesfalls mehr erlauben, diese Potenziale zu vergeuden." Laut dem im Januar präsentierten Nationalen Bildungsbericht liegt der Anteil der Studienanfänger ohne klassische Hochschulzugangsberichtigung wie dem Abitur bei gerade einmal einem Prozent. „Die Durchlässigkeit der beruflichen Bildung zur Hochschule ist auch im internationalen Vergleich unerlässlich", meint auch die stellvertretende DGB-Vorsitzende Ingrid Sehrbrock. „Nötig sind neben einem einfacheren Zugang, mehr berufsbegleitende Studiengänge, eine transparente Anerkennung beruflicher Qualifikationen und eine gesicherte Finanzierung des Studiums."

Die AutorInnen des Nationalen Bildungsberichts zeigen außerdem weitere Möglichkeiten, Fachkräfte-Potenzial aufzubauen oder wesentlich besser zu nutzen. Beispiel „Lebenslanges Lernen": Nur wer sich auch im Beruf qualifizieren und weiterbilden kann, bleibt „Fachkraft". Hier lässt die deutsche Wirtschaft erhebliches Potenzial ungenutzt: Bei der Weiterbildungsquote liegt Deutschland unter dem EU-15-Durchschnitt. Vor allem Frauen und ältere Beschäftigte seien hierzulande bei betrieblicher Weiterbildung „deutlich unterrepräsentiert".

Und der Nationale Bildungsbericht sieht, wie die QUBE-ForscherInnen, dringenden Bedarf bei der „Nachqualifizierung der jungen Erwachsenen, die im letzten Jahrzehnt keinen Ausbildungsabschluss erreichen konnten". Eine Forderung, die auch der DGB teilt. Angesichts eines möglichen Fachkräftemangels „müssen sich die Menschen in unserem Land besser qualifizieren können", so Sehrbrock. „Dazu zählt eine zweite Chance für die 1,5 Millionen Menschen ohne Berufsabschluss." •

Weniger Weiterbildung für Ältere

Teilnahme an Weiterbildungskursen nach Alter in ausgewählten Branchen (in Prozent*)



Ein Beispiel für ungenutztes Fachkräftepotenzial: Ältere werden in allen Branchen wesentlich seltener qualifiziert und weitergebildet.

Fachkräfte und Zuwanderung

Ohne Zuwanderung qualifizierter Fachkräfte kommt Deutschland in den kommenden Jahrzehnten nicht aus – darin sind sich die meisten ForscherInnen einig.

Das heißt aber nicht, dass nicht auch hierzulande vorab ein gehöriges Fachkräftepotenzial genutzt werden muss. Vor allem der Nationale Bildungsbericht und die ForscherInnen des QUBE-Projekts teilen dabei etliche Forderungen, die der DGB bereits seit Langem erhebt.

Stichwort Integration: „Für Migrantinnen und Migranten, die bereits in Deutschland leben, ist dringend die Anerkennung und Anrechnung ihrer im Ausland erworbenen Qualifikationen notwendig", erklärt die stellvertretende DGB-Vorsitzende Ingrid Sehrbrock.

Weitere Forderungen: eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf, vereinfachter Zugang zum Studium ohne Abitur, qualifizierende Berufsausbildung statt „Warteschleifen".

Und nicht zuletzt ist die junge Generation das eigentliche Fachkräfte-Reservoir: „Hier liegt das wahre Potenzial der Zukunft", so Sehrbrock. Doch der Berufseinstieg sei häufig geprägt von Leiharbeit, Fristverträgen und schlechten Chancen auf Übernahme nach der Ausbildung. „Es ist an der Zeit, dass Arbeitgeber und Politik umdenken."

PROJEKTE UND PARTNER

Hugo-Sinzheimer-Institut

Datenschutz geht anders

Datenschützer sind sich sicher: Die Skandale bei der Deutschen Telekom, beim Discounter Lidl und der Deutschen Bahn sind nur die Spitze des Eisberges. Der Entwurf des neuen Datenschutzgesetzes der Bundesregierung sollte auch beim Arbeitnehmerdatenschutz für mehr Datensicherheit sorgen. Doch taugt der Entwurf? Das Hugo-Sinzheimer-Institut hat ein Gutachten in Auftrag gegeben. Resümee der Sachverständigen: Die drei „prominenten" Datenskandale wären durch die Neuregelungen nicht oder nur teilweise verhindert worden. So waren beispielsweise die Vorgänge bei Lidl schon nach heutiger Rechtslage unzulässig. Auch an vielen weiteren Stellen bemängeln die JuristInnen, dass der Entwurf eher ein Katalog für „Datenerhebungsbefugnisse des Arbeitgebers" sei. Und: Vieles bleibe unklar oder unerwähnt. •

www.einblick.dgb.de/hintergrund

Deutscher Betriebsräte-Preis

Frist läuft

Noch bis zum 30. April läuft die Nominierungsfrist für den Deutschen Betriebsräte-Preis 2011. Vorgeschlagen werden können einzelne Betriebsratsmitglieder, ganze Gremien und betriebsübergreifende Kooperationen. Zum dritten Mal würdigt die Zeitschrift Arbeitsrecht im Betrieb (AiB) so die Arbeit in der betrieblichen Mitbestimmung. Die Auszeichnung wird in den Kategorien Gold, Silber und Bronze verliehen. Die Jury vergibt zudem Sonderpreise in den Bereichen „Gute Arbeit", „Qualifizierung", „Innovative Betriebsratsarbeit" und „Krisenbewältigung". Schirmherrin ist Bundesarbeitsministerin Ursula von der Leyen (CDU). Die Preisverleihung findet am 19. und 20. Oktober in Bonn statt. JurorInnen sind unter anderem DGB-Vorstandsmitglied Dietmar Hexel, ver.di-Vorstandsmitglied Dina Bösch und der Opel-Betriebsratsvorsitzende Klaus Franz. Weitere Infos gibt es im Internet. •

www.deutscherbetriebsraete-preis.de



DGB-Jugend

Tipps für Jobber

Nebenjobs in Kneipen, Restaurants und Hotels sind bei Studierenden und SchülerInnen beliebt. Die flexiblen Arbeitszeiten sind für viele im Schul- oder Unialltag ein Vorteil – aber ein Job in der Gastronomie kann auch hart sein. Gut, wenn man weiß, welche Rechte man hat. Die Broschüre „Stimmt so" der DGB-Jugend zeigt, was SchülerInnen und Studierende bei Jobs in der Gastronomie machen müssen – und was nicht. Vom Lohn, über die Arbeitszeit bis hin zu Steuern und Abgaben: Die Broschüre erklärt, was wichtig ist. •

www.einblick.dgb.de/links

Auto Club Europa

Neubaupläne prüfen

Der Auto Club Europa (ACE) fordert, die Sanierung von Winterschäden auf maroden Straßen im Frühjahr massiv fortzusetzen. Öffentliche Mittel sollten vorwiegend in den Substanzerhalt der bestehenden Fahrbahnen gelenkt werden. Alleine um die Winterschäden zu beseitigen, würden Milliarden Euro benötigt, so der ACE. Wenn die Politik stattdessen jetzt vor allem in den Aus- und Neubau von Straßen investiere, müssten auch für diese neuen Straßen Gelder für den Erhalt eingeplant werden – das binde weitere Haushaltsmittel. Deshalb fordert der ACE: Alle Aus- und Neubauvorhaben müssen auf den Prüfstand. •

www.ace-online.de

Hartz IV

Musterklage zum Elterngeld

Das Arbeitslosenprojekt „TuWas" der Fachhochschule Frankfurt am Main hat einen Musterwiderspruch und eine Musterklage gegen die Anrechnung des Elterngeldes bei Hartz IV entwickelt. Dass Erziehende und Kinder – je nach sozialem Status – beim Elterngeld unterschiedlich behandelt würden, sei ein Skandal und möglicherweise auch verfassungswidrig, erklären die Initiatoren.

Die Musterschreiben seien zwar keine Garantie auf höhere Leistungsansprüche, „aber einen Versuch, diese Ungerechtigkeit aus der Welt zu schaffen, ist es allemal wert." Die Koordinierungsstelle gewerkschaftlicher Arbeitslosengruppen bittet mögliche Klägerinnen und Kläger außerdem um eine Benachrichtigung, wenn in Folge einer entsprechenden Klage ein Sozialgericht das Bundesverfassungsgericht anruft. •

www.erwerbslos.de

interregio

••• Die Plattform „Für ein handlungsfähiges Hessen" ruft für den 27. März alle Bürgerinnen und Bürger in Hessen auf, in der anstehenden ***Volksabstimmung*** gegen die Verankerung der Schuldenbremse in der Landesverfassung zu stimmen. Als Mitglied im Bündnis gegen die Schuldenbremse betont der ***DGB-Bezirk Hessen-Thüringen,*** dass der DGB die Idee einer Schuldenbremse grundsätzlich ablehne. „Die öffentliche Hand muss bereit sein, ihre Konjunktur stützenden Maßnahmen so lange und in angemessenem Umfang aufrecht zu erhalten, wie es die jeweilige Lage erfordert." Eine Broschüre mit den zehn wichtigsten Argumenten gegen die Schuldenbremse und weitere Infos gibt es im Internet.

www.handlungsfaehiges-hessen.de

••• Die ***DGB-Jugend Hamburg*** hat die Infokampagne „Jetzt zählt's" gestartet, um junge Menschen zu motivieren, ihre Stimmen bei den ***Bürgerschaftswahlen*** am 20. Februar abzugeben. Der Sprecher der DGB-Jugend, Olaf Schwede, erklärt: „Themen, die für Auszubildende und junge Arbeitnehmer wichtig sind, geraten im Wahlkampf oft unter die Räder." Dabei gebe es dringende Probleme: Beispielsweise das Recht auf Ausbildung für alle, günstigen Wohnraum für Azubis, mehr Mitbestimmung an Berufsschulen und die Abschaffung der Studiengebühren. In der Woche vor der Wahl wird die DGB-Jugend insgesamt 30 000 Postkarten in Betrieben und Berufsschulen verteilen. Außerdem gibt es online Unterrichtsbausteine für BerufsschullehrerInnen.

www.jetzt-zählts.de

Kampagne für Gewerkschaftsrechte bei T-Mobile USA

Bananenmuffins statt Gewerkschaften

In einer globalisierten Arbeitswelt müssen auch die Gewerkschaften als Global Player agieren, um Arbeitnehmerrechte zu sichern. Zum Beispiel in den USA: Europäische Konzerne, darunter auch deutsche, tun sich dort mit besonders gewerkschaftsfeindlichem Verhalten hervor. Der Internationale Gewerkschaftsbund (IGB) hat jetzt beschlossen, mit einer weltweiten Kampagne gegen die Diskriminierung von Gewerkschaften bei T-Mobile USA, Tochter der Deutschen Telekom, zu mobilisieren.

Bei T-Mobile USA, mit knapp 40 000 MitarbeiterInnen viertgrößter Mobilfunkanbieter in den USA, wird seit Jahren die Gewerkschaft CWA (Communication Workers of America) gezielt behindert und werden Beschäftigte, die der Gewerkschaft beitreten wollen, massiv eingeschüchtert. Um „gewerkschaftsfrei" zu bleiben, engagierte T-Mobile USA etwa 2003 eine auf die Zerschlagung von gewerkschaftlichen Bestrebungen spezialisierte Beratungsfirma. Der von ihr entwickelte Anti-Gewerkschafts-Leitfaden bezeichnet es als „eine Ehre, das Privileg der Gewerkschaftsfreiheit zu erhalten". Einer Untersuchung des „American Rights at Work Education Fund" zufolge halten etwa die Wachleute von T-Mobile routinemäßig die Autokennzeichen von Beschäftigten fest, die außerhalb des Unternehmens gewerkschaftliche Flugblätter annehmen. Allein das Wort „Gewerkschaften" sei nicht erlaubt, berichtete ein Mitarbeiter: „Wir nennen sie deshalb Bananenmuffins."

Bittere Ironie: Als 2001 die Deutsche Telekom das US-Unternehmen VoiceStream kaufen wollte, machte sich die CWA im Kongress und im Weißen Haus für die Übernahme stark – schließlich war die Telekom dafür bekannt, in ihrem Heimatland gute sozialpartnerschaftliche Beziehungen mit den Gewerkschaften zu pflegen. Die CWA und ver.di werfen der Telekom deshalb eine Doppelmoral vor. „Die Telekom nutzt in den USA die Schlupflöcher im US-Arbeitsrecht, die anti-gewerkschaftliche Kampagnen durch das Management erlauben", sagt der CWA-Präsident Larry Cohen. CWA und ver.di fordern, dass sich die Telekom auch in den USA an ihre eigene Sozialcharta und an internationale Normen hält. Ende 2009 haben beide die länderübergreifende Gewerkschaftsorganisation TU der Telekom-Beschäftigten gegründet. Doch trotz massiver Kampagnenarbeit hat sich bisher wenig bei T-Mobile USA verändert. Die Telekom weist die Vorwürfe mit dem Hinweis, sie halte sich an das geltende US-Recht, zurück.

Deshalb will der IGB jetzt CWA und ver.di unterstützen. „Wir erwarten mehr von der Deutschen Telekom", erklärte IGB-Generalsekretärin Sharan Burrow. „Das Unternehmen hat Niederlassungen in rund 50 Ländern und erkennt die Gewerkschaften der dortigen Beschäftigten größtenteils an. Nicht jedoch in den USA, dort verstößt das Unternehmen massiv gegen Neutralitätsanforderungen und versucht, Gewerkschaften aus den Betrieben herauszuhalten. Wir verlangen von der Deutschen Telekom nichts weiter als die Achtung der grundlegenden Rechte all seiner Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer weltweit, im Einklang mit internationalen Rechtsnormen." Michael Sommer, DGB-Vorsitzender und Präsident des IGB betont: „Die Deutsche Telekom ist auf höchster Ebene wiederholt aufgefordert worden, T-Mobile USA in Einklang mit den in Deutschland geltenden Normen zu bringen, was jedoch bisher nicht geschehen ist." Mitte Februar wollen IGB, UNI (der Gewerkschaftsdachverband der Telekommunikationsbranche weltweit), CWA und ver.di in Berlin die nächsten Schritte festlegen. Dazu gehört auch, die deutsche Bundesregierung, mit rund 30 Prozent wichtigster Anteilseigner der Telekom, stärker in die Verantwortung zu nehmen.

Das gewerkschaftsfeindliche Verhalten der Telekom in den USA ist kein Einzelfall. Das geht aus einem Sonderbericht der Menschenrechtsorganisation „Human Rights Watch" von September 2010 hervor. Er beschreibt, wie einige europäische Multis mit aggressiven Kampagnen versuchen, die gewerkschaftliche Organisation ihrer Beschäftigten zu verhindern – darunter zum Beispiel DHL oder Siemens. Um in den US-Werken deutscher Automobilfirmen die gewerkschaftliche Repräsentanz zu verbessern, haben jetzt auch die amerikanische Gewerkschaft UAW und die IG Metall eine Kampagne gestartet. Ihr Ziel ist es, mit den Arbeitgebern freiwillige Vereinbarungen zu fairen Gewerkschaftswahlen in den Betrieben abzuschließen. •



Gemeinsam wollen IGB und Global Unions sowie ver.di und die US-Gewerkschaft CWA die Diskriminierung von Gewerkschaften bei T-Mobile USA beenden.

Schikanen gegen US-Gewerkschaften

Gewerkschaften haben es schwer in den USA. Gerade mal knapp acht Prozent der Beschäftigten im Privatsektor sind gewerkschaftlich organisiert. Anders als in Deutschland gibt es dort keine Flächentarifverträge. Stattdessen müssen die Gewerkschaften mit jeder einzelnen Firma Tarifverträge aushandeln. Voraussetzung dafür ist es, dass die Mehrheit der Belegschaft sich für die Vertretung durch Gewerkschaften ausspricht.

Viele Unternehmen in den USA versuchen massiv, Gewerkschaften herauszuhalten. Eine boomende Branche von Beratungs- und Rechtsanwaltsfirmen hat sich dem „Union Busting" verschrieben. 82 Prozent der Unternehmen in den USA heuern Anti-Gewerkschaftsberater an, so eine Studie des „American Rights at Work Fund". Alle 23 Minuten, werde in den USA jemand wegen gewerkschaftlichen Engagements entlassen. 49 Prozent der Unternehmen drohen mit der Schließung des Betriebs, nur zwei Prozent tun es wirklich.

Die Obama-Regierung wollte mit dem „Employee Free Choice Act" die Bedingungen für die gewerkschaftliche Organisation verbessern. Angesichts der derzeitigen Machtverhältnisse im US-Kongress gilt das aber als gescheitert.

Links zu den Kampagnen:
www.einblick.dgb.de/links

GEWERKSCHAFTEN

kurz&bündig

Die IG BAU sieht den Vorschlag der Union für eine staatlich geförderte, privat abzuschließende Berufsunfähigkeitsversicherung skeptisch. Die bisher bekannten Pläne seien sozial ungerecht und lösten das Problem nicht, meint der IG BAU-Vorsitzende Klaus Wiesehügel. Er forderte stattdessen erneut eine verbesserte Erwerbsunfähigkeitsrente aus der gesetzlichen Rentenversicherung.

Die GEW-Delegation beim Weltsozialforum 2011 (WSF) in Dakar/Senegal hat tägliche Berichte von Diskussionen und Erlebnissen im Rahmen des Forums online gestellt. Das WSF 2011 war das inzwischen zehnte Forum seiner Art. Die Berichte sind weiter online abrufbar:
www.einblick.dgb.de/links

ver.di und der Bundesverband der Verbraucherzentralen (vzbv) fordern – ähnlich wie die NGG für Beschäftigte der Lebensmittelbranchen (siehe „nachgefragt") – einen Informantenschutz für Angestellte, die Missstände bei Banken und Finanzdienstleistern aufdecken. So ließe sich Falsch- und Fehlberatung verhindern.

Die IG BCE und der Verband der Chemischen Industrie (VCI) haben in einem gemeinsamen Papier fünf Prinzipien zum verantwortungsvollen Umgang mit Nanotechnologie definiert.
www.einblick.dgb.de/hintergrund

Ausbildungsstart e.V.

Azubiwerk geplant

Der Start ins Arbeitsleben ist für Azubis in deutschen Großstädten nicht günstig – bezahlbarer Wohnraum ist häufig Mangelware. Hamburg gilt als besonders teures Pflaster. Der Verein „Ausbildungsstart e.V." will in der Hansestadt für Abhilfe sorgen. Die Initiatoren aus dem Umfeld der Hamburger Gewerkschaftsjugend treiben mit Partnern aus Verbänden, Politik und Wirtschaft den Bau eines Azubiwohnheims voran (*einblick 20/2009*). Geplant ist, dass dort bis zu 574 junge Menschen ein Zimmer finden und dieses von ihrer Ausbildungsvergütung auch bezahlen können. Um das Projekt auf breitere Füße zu stellen, soll ähnlich dem Studentenwerk ein Auszubildendenwerk gegründet werden. Olaf Schwede, 30, Jugendbildungsreferent beim DGB-Hamburg und Initiator des Projekt erklärt: „Es stellt für die Studierenden nicht nur Wohnangebote, sondern auch unterstützende Beratungsangebote zur Verfügung." Außerdem geplant: die Gründung einer Stiftung. •
www.azubiwerk.de

ZDF-Staatsvertrag

ver.di begrüßt Klage

Die ver.di-Betriebsgruppe im ZDF begrüßt die Klage der Landesregierung von Rheinland-Pfalz gegen den ZDF-Staatsvertrag. Durch das Normenkontrollverfahren vor dem Bundesverfassungsgericht könne der Beweis erbracht werden, dass staatliche VertreterInnen und politische Parteien in den ZDF-Gremien ein unzulässiges Übergewicht haben. Somit seien ZDF-Fernseh- und Verwaltungsrat nicht staatsfern – dies stelle einen Verstoß gegen die im Grundgesetz gewährleistete Rundfunkfreiheit dar. „Mit dieser Klage bietet sich die Chance, die Gremienbesetzung im Rundfunk so neu zu ordnen, dass sie den gesellschaftlichen Realitäten des 21. Jahrhunderts gerecht wird", so ver.di. Die GewerkschafterInnen fordern „deutliche Mitbestimmung" für die Beschäftigten im ZDF-Verwaltungsrat und ein anderes Verfahren, um Mitglieder für den ZDF-Fernsehrat zu berufen. Viele Mitglieder würden dort von den Ministerpräsidenten bestimmt. •

Naziaufmarsch

Gewerkschaften gegen Rechts

Wie bereits in den vergangenen Jahren wollen Nazis am 19. Februar in Dresden das Gedenken an Opfer von Krieg und Gewalt nationalistisch missbrauchen. Der DGB und die Gewerkschaften unterstützen alle friedlichen und gewaltfreien Aktionen und Proteste gegen den Naziaufmarsch. Mit Mahnwachen in der Dresdener Innenstadt – eine unter anderem vor dem Gewerkschaftshaus – starten DGB und Kirchen in den Tag. Der DGB-Regionsvorsitzende Ralf Hron betont: „Es gibt keine Toleranz gegenüber menschenfeindlichen und rassistischen Positionen wie denen der NPD oder der so genannten Kameradschaften." Man müsse sich dagegen wehren, fordert Hron. Allen GewerkschafterInnen, die an den Protestaktionen teilnehmen, rät der DGB, sich vorab auf den Internetseiten *www.dgb-dresden.de* und *www.dresden-nazifrei.com* zu informieren, da sich die Details für den weiteren Tagesablauf noch ändern können. Positiv bewertet der DGB, dass es erstmals einen gemeinsamen Aufruf aller demokratischen GegnerInnen der Nazi-Propaganda durch die Dresdner Oberbürgermeisterin gibt. •

?...nachgefragt



Der jüngste Dioxinskandal hat erneut eine Diskussion um schärfere Kontrollen in der Lebensmittelproduktion entfacht. Die Gewerkschaft Nahrung-Genuss-Gaststätten (NGG) fordert in diesem Zusammenhang seit geraumer Zeit einen Informantenschutz für Beschäftigte – vor allem in der Lebensmittelindustrie. *einblick* hat den NGG-Vorsitzenden Franz-Josef Möllenberg gefragt, wie dieser gesetzliche Schutz aussehen soll.

„Der Dioxinskandal ist ebenso wie der letzte Gammelfleischskandal nicht durch staatliche Kontrollen entdeckt worden, sondern durch Eigenkontrollen, beziehungsweise durch einen LKW-Fahrer. Wir wollen, dass Beschäftigte, die illegale Praktiken aufdecken, sich anonym an die Aufsichtsbehörden wenden können – ohne Angst vor rechtlichen oder finanziellen Konsequenzen haben zu müssen. Und wir wollen, dass ein Informant, dem vom Arbeitgeber gekündigt wird, 18 Monate lang weiterhin sein volles Gehalt bezieht. Dadurch würde die Hürde für kriminelle Machenschaften erheblich höher, dem Staat würde kein Cent Kosten entstehen, und es würde ein wirksamer Beitrag zum Verbraucherschutz geleistet. Wir wollen ausdrücklich kein Denunziantentum fördern, aber wir wollen, dass auch über diesen Weg ein Manschen und Panschen mit Lebensmitteln verhindert wird."

Gleichstellungspolitik

Geschickte Inszenierung

Eine Woche Theaterdonner – und alles wieder vorbei? Nach Merkels „Machtwort" zur Frauenquote scheint das Thema vorerst wieder vom Tisch. Dabei zeigt etwa die Elternzeit, wie Gesetze gleichstellungspolitisch Wirkung zeigen können, meint Thomas Gesterkamp.

Anfangs sah es nach einem neuen Coup der Ursula von der Leyen aus. Wie schon beim Thema Elternzeit und Vätermonate überraschte die CDU-Politikerin die Opposition mit „feministischen Ideen". 30 Prozent der Spitzenpositionen in der Privatwirtschaft wollte die Arbeitsministerin für Frauen reservieren. **Die freiwillige Selbstverpflichtung der Firmen, vor zehn Jahren unter Rot-Grün vereinbart, habe nicht funktioniert** – nun müsse, wie in Norwegen oder Frankreich, ein Gesetz her.

Von der Leyen ging damit auf Konfrontationskurs zu ihrer Nachfolgerin im Frauen- und Familienressort, Kristina Schröder, die eine vage "Flexi-Quote" vorschlug. Und sie verärgerte die Herren in CSU und FDP, die traditionelle Rollenentwürfe bevorzugen oder gleich gegen jede Regulierung wettern. Die Frauenunion hatte sie zwar hinter sich, nicht aber die Kanzlerin: **Im Stil ihres Vorgängers Gerhard Schröder sagte Angela Merkel „Basta!"** und stoppte die Debatte nach wenigen Tagen: In den kommenden Jahren wird es in Deutschland keine Quote geben.

Im Rückblick wirkt das Ganze wie eine geschickte Medieninszenierung: Fortschrittlich reden, aber nichts verändern. **Erst geben ein paar Parteifreundinnen die Emanze, dann bleibt es beim Status Quo.** Dabei tut sich was in den Unternehmen: Telekom-Vorstand Thomas Sattelberger zum Beispiel will sich an seinem ehrgeizigen Ziel, bis 2015 dreißig Prozent Frauen an die Spitze zu hieven, messen lassen. Auch in anderen Konzernen sind die "Dinosaurier Dads", die Befürworter der alten Arbeitsteilung zwischen den Geschlechtern, in die Defensive geraten. **Aufgeschlossene Manager wissen, dass gut qualifizierte Frauen ein Wettbewerbsvorteil sein können** – und, dass eine Führungskultur, die stur auf Anwesenheitszwang und Unentbehrlichkeitswahn setzt, keine Zukunft hat. Die Tiraden gegen staatliche Bevormundung gehören allerdings selbst bei erklärten Frauenförderern wie Sattelberger weiterhin zum rhetorischen Repertoire. Dabei ist gerade die Elternzeit ein Musterbeispiel dafür, wie Gesetze Verhalten beeinflussen, ja sogar steuern können.

Das gerade vorgelegte Gutachten zum ersten Gleichstellungsbericht der Bundesregierung regt weitere Regulierung an und zeigt Versäumnisse der Bundesregierung in diesem Politikfeld auf. Die Sachverständigenkommission moniert, dass das Arbeitsvolumen der Frauen insgesamt rückläufig ist – und empfiehlt neben der Quote in Aufsichtsräten die Abschaffung der Minijobs. Ehegattensplitting und kostenlose Mitversicherung in der Krankenkasse des Partners, so das Gutachten, funktionierten als Anreize für Frauen, kein eigenes Geld zu verdienen oder nur eine geringfügige Beschäftigung anzustreben.



Foto: privat

Thomas Gesterkamp, 53, ist promovierter Politikwissenschaftler und Fachautor zu geschlechterpolitischen Themen. Zuletzt schrieb er das Buch ***Die neuen Väter zwischen Kind und Karriere*** **(Budrich Verlag) und die Expertise** ***Geschlechterkampf von rechts – Wie sich Männerrechtler und Familienfundamentalisten gegen das Feindbild Feminismus radikalisieren*** **(WISO-Diskurs, Friedrich-Ebert-Stiftung).**

Die Liste der "Fehlanreize", die das Gutachten ausmacht, ist lang. **Gleichstellung umfasst eben weit mehr als eine Quote in den Führungsetagen.** Zentrale gewerkschaftliche Forderungen wie der gesetzliche Mindestlohn berühren die Interessen von Millionen erwerbstätiger Frauen. Equal Pay, gleiches Entgelt für gleichwertige Arbeit, mag für hochqualifizierte Juristinnen oder Ingenieurinnen inzwischen Realität sein, für Erzieherinnen oder Verkäuferinnen gilt das noch lange nicht.

Die aufgeregte Diskussion um mehr Frauen in den Vorständen lenkt ab von anderen wichtigen Themen: Denn leider braucht es gar kein Machtwort der Kanzlerin, um eine ernsthafte Debatte über die patriarchalen Regularien im Steuer- und Sozialrecht abzuwürgen – weil diese Debatte jenseits der Kreise, die ohnehin seit Jahrzehnten entsprechende Veränderungen fordern, schlicht nicht geführt wird. Auch beim Mindestlohn bleibt Schwarz-Gelb untätig. Und die Unternehmen spüren hier, anders als beim Frauenanteil in Führungspositionen, keinen betriebswirtschaftlichen Druck: Eine zu dicke „gläserne Decke" mag langfristig dem eigenen Profitinteresse zuwiderlaufen, schlechte Bezahlung aber rechnet sich immer.

Zehn Jahre „Basta!"

Schon 2001 wollte Familienministerin Christine Bergmann (SPD) eine Frauenquote in der Privatwirtschaft einführen. Das geplante Gleichstellungsgesetz scheiterte am damaligen Kanzler Gerhard Schröder (SPD). Ein Jahrzehnt später kommen selbst CDU-Politikerinnen zu dem Fazit, dass die freiwilligen Vereinbarungen mit der Wirtschaft ins Leere gelaufen sind.

Nach den jüngsten Zahlen des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) sind derzeit 3,2 Prozent der Vorstandsposten in den 200 größten deutschen Unternehmen von Frauen besetzt. Berücksichtigt man nur die 100 größten Unternehmen und die 30 börsennotierten DAX-Konzerne, sind es sogar nur 2,2 Prozent.

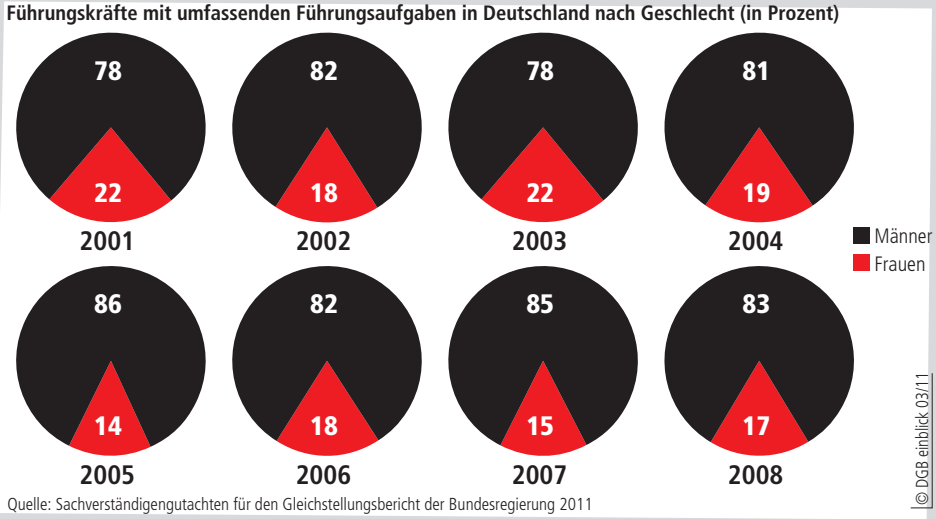
Auch in Aufsichtsräten führt Freiwilligkeit offenbar nicht zum Ziel – nicht einmal, wenn die Politik es selbst in der Hand hat: Anfang Februar konnte die baden-württembergische Landesregierung fünf Aufsichtsratsposten bei EnBW neu besetzen. Frauenanteil unter den neu benannten Mitgliedern: null Prozent.

DIES & DAS

die DGB grafik

FÜHRUNGSPOSITIONEN: Männlich dominiert

Eine „besonders resistente Ungleichheit" analysieren die Sachverständigen für den anstehenden ersten Gleichstellungsbericht der Bundesregierung in Sachen „Frauen in Führungspositionen". Der in den Medien gepriesene „Vormarsch qualifizierter Frauen" entspreche nicht der Wirklichkeit, so die GutachterInnen. Gerade mal 17 Prozent weibliche Führungskräfte „mit umfassenden Führungsaufgaben" gab es 2008. Deutlich wird auch: Die Strukturen in Ostdeutschland lassen ein wenig mehr weibliche Führungskräfte zu.



Quelle: Sachverständigengutachten für den Gleichstellungsbericht der Bundesregierung 2011

14 TAGE

mehr Infos: www.einblick.dgb.de

14./15.2. Hans-Böckler-Stiftung, Workshop „Entgeltgleichheit prüfen mit eg-check.de – Eine Einführung in das Prüfinstrumentarium", Frankfurt am Main

16.2. 60. Todestag des ersten DGB-Vorsitzenden Hans Böckler

16.2. IG Metall, Vorstellung der Ergebnisse der IG Metall-Betriebsrätebefragung zu Prekärer Beschäftigung, Frankfurt am Main

17.2. NGG-Landesbezirk Ost, Branchenkonferenz Ernährungswirtschaft LB OST, Erfurt

17./18.2. GEW, Bochumer Kongress 2011 „Bildung: Schlüssel zur Zukunft", Bochum

18.2. DGB, Fachkonferenz „Leiharbeit in Bayern", München

18.2. ver.di, Fachtagung „Der väterfreundliche Betrieb", Berlin

18./19.2. GEW, Konferenz „Berufliche Bildung 2020 – von der Peripherie ins Zentrum", Berlin

19.2. Bündnis „Nazifrei – Dresden stellt sich quer!", Demo „Naziaufmarsch in Dresden verhindern!", Dresden

19./20.2. ver.di, Tagung „Stoppt den Krieg in Afghanistan – Perspektiven für Frieden & Entwicklung", Hannover

19./20.2. Junge GEW, Workshop „Aus der Geschichte lernen", Kerpen

20.2. Welttag der sozialen Gerechtigkeit

20.-22.2. IG Metall, Bundesmigrationskonferenz, Sprockhövel

21.2. ver.di, Konferenz „Gute Arbeit durch betriebliche Gleichstellungspolitik", Berlin

22.-26.2. Didacta – Die Bildungsmesse, Stuttgart

24.2. DGB, IG Metall, ver.di, IG BCE, IG BAU, GEW, NGG, EVG, GdP, Bundesweiter Aktionstag „Arbeit – sicher und fair! "

24.-25.2. DGB und Hans-Böckler-Stiftung, 4. Hochschulpolitisches Forum „Hochschule der Zukunft", Berlin

26.2. DGB, 14.Antifaschistische Sozialkonferenz, Hannover

personalien

••• ***Benjamin Krautschat,*** 28, ist seit 1. Januar politischer Referent in der Abteilung Jugend beim DGB-Bundesvorstand und zuständig für das Thema Ausbildung. Er folgt ***Dirk Neumann,*** 36, der in die Abteilung Sozialpolitik gewechselt ist.

••• ***Inge Lippert,*** 47, wird zum 1. März Leiterin der neu geschaffenen Abteilung Struktur-, Industrie- und Dienstleistungspolitik beim DGB-Bundesvorstand. Zurzeit ist die promovierte Soziologin wissenschaftliche Mitarbeiterin der Forschungsgruppe „Wissen, Produktionssysteme und Arbeit" beim Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB).

IMPRESSUM *einblick* erscheint vierzehntäglich **Herausgeber:** DGB **Verlag:** Graewis Verlag GmbH **GeschäftsführerInnen:** Anne Graef, Dr. Peter Wilke **Redaktion:** Anne Graef (verantw.), Sebastian Henneke, Timm Steinborn **Redaktionelle Mitarbeit:** Udo Böhlefeld, Luis Ledesma **Redaktionsanschrift:** Wallstraße 60, 10179 Berlin, Tel. 030/30882 4-0, Fax 030/30882420, Internet: www.einblick.dgb.de, E-Mail: redaktion@einblick.info **Anzeigen:** Bettina Mützel, Tel. 030/859946-240, Fax 030/859946-100, E-Mail: bettina.muetzel@berlin.de **Layout:** zang.design **Infografik:** Klaus Niesen **Druck und Vertrieb:** PrintNetwork Berlin **Abonnements:** Änderungen schriftlich an Redaktion *einblick* (Adresse s.o.)
Nachdruck frei für DGB und Gewerkschaften bei Quellenangabe und zwei Belegexemplaren. Alle Anderen nur nach schriftlicher Genehmigung durch den Verlag. Nachdruck von namentlich gezeichneten Artikeln nur nach Genehmigung durch Verlag und Autor.

Schlusspunkt.

„Wir hoffen, dass das irgendwann auch der Fall sein wird, und dass das dann auch farbiger sein wird – und auch schöner."

So freut sich laut dpa der Vorstandsvorsitzende der Deutschen Bank, Josef Ackermann, auf einen höheren Anteil von Frauen in Führungspositionen. Warum im Vorstand der Deutschen Bank noch keine einzige Frau sitzt, konnte Ackermann nicht erklären.

Hartz IV

Größere Wohnung für arbeitslosen Vater

Nimmt ein langzeitarbeitsloser Kindesvater das Umgangsrecht regelmäßig wahr, kann das eine größere Wohnung rechtfertigen.

Der Fall: Der ALGII-Bezieher hat eine elfjährige Tochter, die jedes zweite Wochenende und die Hälfte der Schulferien in seiner 40qm-Wohnung verbringt. Das Jobcenter lehnte eine Übernahme der Kosten einer 64 qm großen Wohnung ab, der Umzug in eine neue Unterkunft sei nicht notwendig. Der Antrag des arbeitslosen Mannes auf Erlass einer einstweiligen Anordnung hatte Erfolg.

Das Sozialgericht: Das Jobcenter wird verpflichtet, die Kosten zu übernehmen. Der Umzug in die größere Wohnung ist erforderlich, die Aufwendungen für die neue Unterkunft mit einer Kaltmiete von 259,89 Euro sind angemessen. Es handelt sich bei dem Antragsteller und seiner Tochter um eine temporäre Bedarfsgemeinschaft, für die eine Wohnung von 40qm zu klein ist. Die Kaltmiete der neuen Wohnung liegt nur geringfügig über dem in dieser Stadt für eine Person angemessenen Mietzins (246,28 Euro). Der Mehrbetrag von 13,61 Euro entspricht rechnerisch einer zusätzlichen Fläche von 2,6 qm und ist angemessen, um eine dem Kindeswohl Rechnung tragende Ausgestaltung des Umgangsrechts zu gewährleisten. Die Eilbedürftigkeit zum Erlass der einstweiligen Anordnung ist damit begründet, dass die Zusicherung der Kostenübernahme auf ein konkretes Wohnungsangebot begrenzt ist, das nicht für die Dauer eines Hauptsacheverfahrens aufrecht erhalten werden kann.

Sozialgericht Dortmund,
Beschluss vom 28. Dezember 2010 - S 22 AS 5857/10 ER

Kurzarbeitergeld

Nicht für rückläufige Patientenzahlen

Arbeitnehmer haben Anspruch auf Kurzarbeitergeld bei erheblichem Arbeitsausfall, soweit dieser auf wirtschaftlichen Gründen beruht. Hiervon ist nicht auszugehen, wenn aufgrund gesetzlicher Änderungen im Gesundheitsrecht die Patientenzahlen rückläufig sind.

Der Fall: Ein Hautarzt beantragte für Februar bis Juni 2004 die Zahlung von Kurzarbeitergeld für zwei Mitarbeiterinnen. Infolge des zum 1.1.2004 in Kraft getretenen Gesundheitsmodernisierungsgesetzes seien die Patientenzahlen massiv zurückgegangen, es sei zu Arbeitsausfall und verkürzter Arbeitszeit seiner Mitarbeiterinnen gekommen. Die Bundesagentur für Arbeit lehnte den Antrag ab, der Arbeitsausfall beruhe nicht auf wirtschaftlichen Ursachen. Auch sei er nicht vorübergehend, da die Änderungen des Krankenversicherungsrechts auf eine langfristige Senkung der Gesundheitskosten gerichtet seien. Die dagegen gerichtete Klage hatte keinen Erfolg.

Das Landessozialgericht: Bei den erforderlichen wirtschaftlichen Gründen für den Arbeitsausfall muss es sich um konjunkturelle und strukturelle Störungen der Gesamtwirtschaftslage handeln. Dazu zählen Veränderungen im Gesundheitsrecht nicht, sie führen zu dauerhaften Veränderungen für die Leistungserbringung im Bereich der gesetzlichen Krankenversicherung und sind daher nicht mit vorübergehenden konjunkturellen Schwankungen vergleichbar. Außerdem sind die Fallzahlen in den dermatologischen Praxen lediglich im Januar 2004 signifikant zurückgegangen. Für diesen Zeitpunkt ist der Arbeitsausfall jedoch nicht angezeigt worden. Aufgrund der Entwicklung der Betriebseinnahmen des Arztes im Jahr 2004 kann ferner nicht von einem erheblichen Arbeitsausfall ausgegangen werden.

Hessisches Landessozialgericht,
Urteil vom 28. Januar 2011 - L 7 AL 80/08

URTEILE

Hartz IV

Lottogewinn mindert Leistung

Lotteriegewinne sind als Einkommen auf die Hartz-IV-Leistungen anzurechnen.
Der Lotteriegewinn ist wie andere Glücksspielgewinne als Einkommen anzusehen; denn er verringert die Hilfebedürftigkeit des Leistungsempfängers.

Landessozialgericht Nordrhein-Westfalen,
Urteil vom 13. Dezember 2010 L 19 AS 77/09

Bereitschaftspolizei

Bereitschaft gilt als Überstunden

Für Bereitschaftsdienst während der Castor-Transporte steht den Polizeibeamten in vollem Umfang Freizeitausgleich zu.

Niedersächsisches Oberverwaltungsgericht,
Urteil vom 25. Januar 2011 - 5 LC 178/09

Gleichbehandlung

Sachverständige: Altersgrenze zulässig

Eine Industrie- und Handelskammer (IHK) darf in ihrer Satzung Höchstaltersgrenzen für öffentlich bestellte und vereidigte Sachverständige festsetzen.

Bundesverwaltungsgericht,
Urteile vom 26. Januar 2011 - 8 C 45.09 und 46.09

Leiharbeitnehmer

Sind auch wahlberechtigt

Leiharbeitnehmern/innen steht das aktive und passive Wahlrecht zum Personalrat ihrer Beschäftigungsdienststelle zu.
Maßgeblich für das personalvertretungsrechtliche Wahlrecht ist allein die auf eine gewisse Dauer von länger als drei bzw. sechs Monaten angelegte tatsächliche Eingliederung der Leiharbeitnehmer/innen in die Arbeitsorganisation der Beschäftigungsdienststelle, die auch ein Weisungsrecht ihnen gegenüber ausübt. Dies gilt auch für vergleichbare Fälle nach dem Betriebsverfassungsgesetz und im Personalvertretungsrecht des Bundes und des Landes. So sind auch längerfristig abgeordnete öffentlich Bedienstete in ihren Einsatzdienststellen wahlberechtigt.

Hessischer Verwaltungsgerichtshof,
Beschluss vom 18. November 2010 - 22 A 959/10.PV

Kirchliche Einrichtungen

Dürfen auch bestreikt werden

Auch in kirchlichen Einrichtungen sind gewerkschaftlich organisierte Streikmaßnahmen grundsätzlich zulässig. Bei der Abwägung zwischen dem verfassungsrechtlich gewährleisteten Selbstbestimmungsrecht der Kirchen und dem nach dem Grundgesetz garantierten Streikrecht ist zu berücksichtigen, dass in kirchlichen Einrichtungen auch Arbeitnehmer beschäftigt werden, deren Tätigkeit nicht zum in christlicher Überzeugung geleisteten „Dienst am Nächsten" zählen.

Landesarbeitsgericht Hamm,
Urteil vom 13. Januar 2011 - 8 Sa 788/10

einblick
gewerkschaftlicher Info-Service vom 28.02.2011 4/11

DGB

inhalt

Seite 3
Auf die Psyche
Der „gespaltene Arbeitsmarkt" spiegelt sich auch in Gesundheitsfragen wider. Jüngere ArbeitnehmerInnen in prekären Jobs sind höheren Risiken ausgesetzt

Seite 5
Schlechte Arbeit
Auch Werkverträge gehören zum Repertoire einiger Arbeitgeber, um Risiken auf die Beschäftigten abzuwälzen

Seite 7
Equal Pay durchsetzen
Wenn Gewerkschaften ihre Kampagne für Equal Pay konsequent fortführen, dann können sie es auch durchsetzen – davon ist der Arbeitsmarktforscher Gerhard Bosch überzeugt

Ergebnisse des Vermittlungsausschusses

Am Ende doch enttäuschend

Nach neun Wochen stand der Kompromiss: Die Hartz-IV-Regelsätze werden um insgesamt acht Euro erhöht, Mindestlöhne in zwei weiteren Branchen und eine Lohnuntergrenze für die Leiharbeit wurden vereinbart, Kinder aus Hartz-IV-Haushalten erhalten über ein „Bildungspaket" unter anderem Bildungsangebote im Gegenwert von 20 Euro monatlich. Rund 3000 Schulsozialarbeiter sollen zusätzlich eingestellt und die Kommunen von den Kosten der Grundsicherung im Alter entlastet werden. Das sind die Punkte, auf die sich die Unionsparteien, FDP und SPD im Vermittlungsausschuss einigten.

Die Forderung des DGB und seiner Mitgliedsgewerkschaften, „Equal Pay" in der Leiharbeit durchzusetzen, scheiterte an der Blockadehaltung der Koalition. Was die Beschäftigten in Deutschland von dieser Blockade halten, machten sie bei einem bundesweiten Aktionstag von DGB und Gewerkschaften deutlich (siehe Foto). Der DGB-Vorsitzende Michael Sommer betonte: „Wir werden den Druck aufrecht erhalten und das Prinzip ‚Gleicher Lohn für Gleiche Arbeit' vom ersten Tag einfordern." Insgesamt seien die Ergebnisse der Verhandlungen enttäuschend, so die Gewerkschaften.



Foto: DGB/Ralf Steinle

Mit einer Bildaktion vor dem Bundeskanzleramt für den Aktionstag „Arbeit –sicher und fair!" am 24. Februar hat der DGB seiner Forderung nach gleichem Lohn für gleiche Arbeit in der Leiharbeit Nachdruck verliehen: *www.dgb.de/aktionstag-leiharbeit*

„Das ist eine schamlose Fortsetzung des bisherigen Leiharbeitskandals", kritisierte auch der NGG-Vorsitzende Franz-Josef Möllenberg. Die Bundesregierung bestehe weiterhin auf „Arbeitnehmern zweiter Klasse". „Zynisch" nannte der ver.di-Vorsitzende Frank-Bsirske die schwarz-gelbe Haltung. „Es ist eine Schande, wie CDU, CSU und FDP die prekäre Lage von hunderttausenden Leiharbeitern ignorieren und gleichzeitig einen verfassungsrechtlich bedenklichen Regelsatz festlegen, der erkennbar nicht existenzsichernd ist." Die IG Metall warf der Politik „Versagen bei der Regulierung der Leiharbeit" vor. Der „Schatten-Arbeitsmarkt zu Dumping-Preisen" bleibe bestehen.

Die vereinbarte Lohnuntergrenze in der Leiharbeit sei mit Blick auf die anstehende Arbeitnehmerfreizügigkeit ab 1. Mai 2011 ein „erster, wichtiger Schritt", so Sommer. Der DGB werde aber „an den berechtigten Forderungen nach einem allgemeinen gesetzlichen Mindestlohn von 8,50 Euro und Equal Pay für Leiharbeitsbeschäftigte festhalten". DGB-Vorstand Annelie Buntenbach zeigte sich enttäuscht, dass die von Schwarz-Gelb versprochene Entlastung der Kommunen der Bundesagentur für Arbeit (BA) aufgebürdet werde. „Der Bund genehmigt sich schon seit Jahren völlig unzulässig fünf Milliarden Euro aus der BA-Kasse", so Buntenbach. •

plusminusBERLIN

+ *Heiner Garg, FDP-Sozialminister in Schleswig-Holstein, findet seine Partei beim Mindestlohn zu dogmatisch. „Ich bin strikt dagegen, dass der Steuerzahler Unternehmen subventioniert, die Billigstlöhne zahlen", so Garg im SWR. Hoffentlich hört die Bundes-FDP zu.*

– *Volker Wissing, FDP-Finanzexperte, ist dagegen, dass Steuerhinterzieher, die sich selbst anzeigen, einen Strafzuschlag zahlen müssen. Die FDP bleibe dabei: „Eine strafbefreiende Selbstanzeige darf nicht zur Strafe durch die Hintertür führen."*

Der Surf-Tipp fürs Internet

www.wie-willst-du-leben.de
Homepage der DGB-Jugend-Kampagne „Wie willst du leben?"

Hintergrund

www.einblick.dgb.de/hintergrund
Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung: Privatschulen verschärfen soziale Auslese

Allgemeiner Mindestlohn

Konzepte aus vier Parteien

Die SPD hat einen Gesetzentwurf für die Einführung eines allgemeinen gesetzlichen Mindestlohns in den Bundestag eingebracht. Damit liegen jetzt Konzepte aller Oppositionsparteien für einen Mindestlohn in Form eines Gesetzentwurfs vor. Laut SPD-Entwurf soll eine Mindestlohnkommission eingerichtet werden, die paritätisch von Arbeitgebern und Gewerkschaften besetzt wird und deren Vorsitz vom Bundesarbeitsministerium benannt wird. Der von der Kommission jährlich neu festgesetzte Mindestlohn darf 8,50 Euro pro Stunde nicht unterschreiten.

Die Grünen hatten Mitte Januar einen Mindestlohn-Gesetzentwurf vorgelegt, der ebenfalls die Festsetzung des Mindestlohns durch eine Mindestlohnkommission plant – mit einer absoluten Lohnuntergrenze von 7,50 Euro. Der Entwurf der Linksfraktion datiert bereits aus März 2010 und fordert einen Mindestlohn von zehn Euro pro Stunde.

Neben den drei Oppositionsparteien gibt es inzwischen auch in der Union Äußerungen in Richtung einer gesetzlichen Lohnuntergrenze. Der Vorsitzende der Christlich-Demokratischen Arbeitnehmerschaft Deutschlands (CDA), Karl-Josef Laumann, hatte Ende Januar im *einblick* vorgeschlagen, einen allgemein verbindlichen Zeitarbeitsmindestlohn zur allgemeinen gesetzlichen Lohnuntergrenze zu machen. Jetzt hat der CDA-Vorstand auf einer Vorstandsklausur tatsächlich einen entsprechenden Leitantrag verhandelt, wie die *Rheinische Post* berichtet. •

Familienpflegezeit

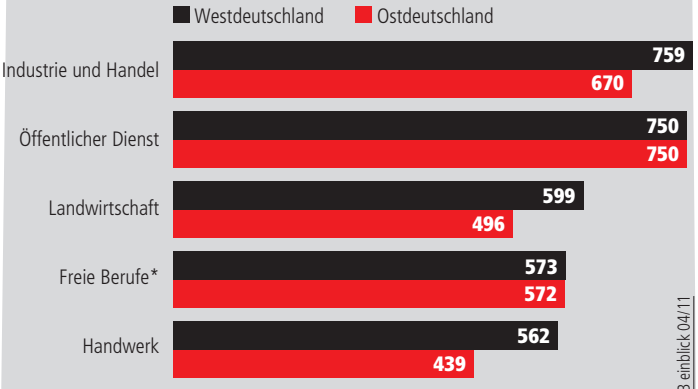
Papiertiger

Bundesfamilienministerin Kristina Schröder (CDU) hat ihren Gesetzentwurf für eine Familienpflegezeit vorgelegt. Er sieht vor, dass ArbeitnehmerInnen, die pflegebedürftige Angehörige betreuen, ihre Arbeitszeit für bis zu zwei Jahre auf 50 Prozent reduzieren können und trotzdem 75 Prozent ihres letzten Bruttogehalts beziehen. Ist die Pflegezeit vorbei, arbeiten sie wieder 100 Prozent, erhalten aber weiterhin das reduzierte Gehalt, bis das „Zeitkonto" wieder ausgeglichen ist. Das große Problem: Einen Rechtsanspruch auf diese Regelung haben Beschäftigte nicht, sie fußt nur auf freiwilligen Vereinbarungen.

Das sei nichts anderes als ein „Papiertiger", meint die stellvertretende DGB-Vorsitzende Ingrid Sehrbrock. Schröder sei vor der Wirtschaft „so tief in die Knie gegangen", dass sie ihre Pläne besser wieder ganz zurückziehe. Neben dem fehlenden Rechtsanspruch sei das Gesetz zudem nicht einmal kostenneutral: Denn um die „Risiken" für Unternehmen zu minimieren, müssen die ArbeitnehmerInnen, die die Pflegezeit in Anspruch nehmen wollen, nach den Plänen des Familienministeriums sogar noch eine Pflichtversicherung abschließen – die Kosten tragen sie komplett allein. •

Schlusslicht Handwerk

Durchschnittliche monatliche Ausbildungsvergütungen 2010 (in Euro)



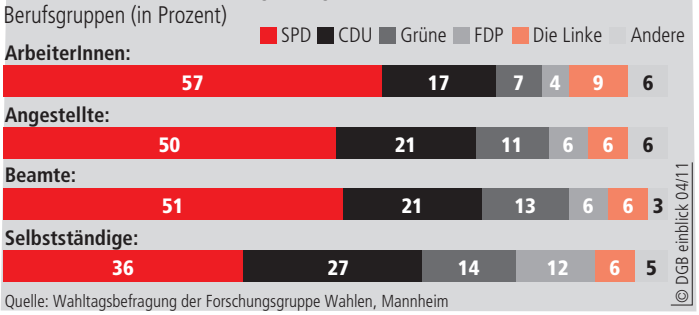
*z.B. Ausbildung in Apotheken, Rechtsanwalts- und Steuerprüferkanzleien, Arztpraxen, in der Krankenpflege, etc.

Quelle: BIBB

Im Vergleich aller Wirtschaftszweige und Ausbildungsträger liegen die Auszubildenden im Handwerk in puncto tariflichen Ausbildungsvergütungen auf dem letzten Platz – sowohl in West- als auch in Ostdeutschland. Das zeigen aktuelle Zahlen des Bundesinstituts für Berufsbildung (BIBB). Der DGB engagiert sich derzeit mit der Initiative „Handwerk: gute Arbeit, fairer Lohn" für bessere Arbeits- und Entgeltbedingungen in der Branche: *www.gute-arbeit-fairer-lohn.de*
Die BIBB-Zahlen zeigen außerdem: Im öffentlichen Dienst und bei den freien Berufen haben die Tarifpartner für Azubis in Ost und West ein gleichwertiges Tarifniveau geschaffen – in den anderen Branchen klafft immer noch eine erhebliche Ost-West-Lücke bei der Bezahlung.

SPD hat überall die Nase vorn

Wahlverhalten bei der Hamburger Bürgerschaftswahl vom 20. Februar 2011 nach Berufsgruppen (in Prozent)



Quelle: Wahltagsbefragung der Forschungsgruppe Wahlen, Mannheim

Die Hamburger Bürgerschaftswahl war der Auftakt zum Superwahljahr 2011. Weitere sechs Landtags-, Bürgerschafts- oder Abgeordnetenhauswahlen folgen – die nächste am 20. März in Sachsen-Anhalt. Eindeutiger Wahlgewinner in der Hansestadt ist die SPD mit ihrem Spitzenkandidaten Olaf Scholz: Die Sozialdemokraten haben nicht nur bei allen Berufsgruppen die Nase vorn, ErstwählerInnen wie RentnerInnen oder auch Arbeitslose machten 2011 am häufigsten ihr Kreuzchen bei der SPD. Besorgnis erregend ist die geringe Wahlbeteiligung – sie sank von 63,5 in 2008 auf magere 57,0 Prozent in diesem Jahr. Wegen des neuen Wahlrechts in Hamburg hat die Forschungsgruppe Wahlen bei der Wahltagsbefragung auf die Frage nach der Gewerkschaftsmitgliedschaft zugunsten anderer Fragen zum Wahlverfahren verzichtet. Bei der Wahl in Sachsen-Anhalt gibt es dann wieder die gewohnten *einblick*-Grafiken zum Wahlverhalten von Gewerkschaftsmitgliedern.

Urteil zu Privatisierungen

Mehr Arbeitnehmerrechte

Das Bundesverfassungsgericht hat entschieden, dass Beschäftigte im öffentlichen Dienst bei Privatisierungen öffentlicher Einrichtungen ein Widerspruchsrecht haben. Sie dürfen „Nein" zum Arbeitgeberwechsel sagen, verbleiben dann im öffentlichen Dienst und müssten vom öffentlichen Arbeitgeber versetzt oder betriebsbedingt gekündigt werden – dabei müssten aber zwingend die Regelungen des Kündigungsschutzgesetzes eingehalten werden. Die Karlsruher Richter gaben damit einer hessischen Krankenschwester Recht, deren Arbeitsvertrag bei einer Klinik-Privatisierung vom Land Hessen auf den privaten Arbeitgeber übergeleitet werden sollte. ver.di begrüßte die Entscheidung. •

Aktenzeichen: 1 BvR 1741/09

Gesundheit junger ArbeitnehmerInnen

Prekäre mit höheren Gesundheitsrisiken

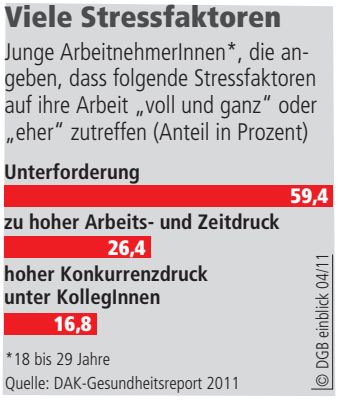
Mehrere gesetzliche Krankenversicherer haben ihre Reports zu den Krankenständen 2010 vorgelegt. Bei jüngeren ArbeitnehmerInnen zeigt sich der „gespaltene Arbeitsmarkt" auch in Gesundheitsfragen. Wer prekär oder unter Stress arbeitet, ist höheren Gesundheitsrisiken ausgesetzt als Gleichaltrige. Vor allem psychische Erkrankungen nehmen zu.

Mitte Februar hat die Deutsche Angestellten-Krankenkasse (DAK) ihren Gesundheitsreport 2011 präsentiert. Ein Schwerpunkt des Reports: die gesundheitliche Situation junger ArbeitnehmerInnen zwischen 18 und 29 Jahren. Auf den ersten Blick sind die Ergebnisse durchaus positiv: Der Krankenstand der Jüngeren liegt mit 2,6 Prozent deutlich unter dem aller Arbeitnehmer (3,4%).

Das Institut für Gesundheits- und Sozialforschung (IGES) hat die Daten zu Arbeitsunfähigkeit und Krankenständen für die DAK aber noch differenzierter analysiert. Die Auswertung offenbart, dass sich der in reguläre und prekäre Arbeitsverhältnisse gespaltene Arbeitsmarkt auch in den Gesundheitsdaten der jungen Generation widerspiegelt. Man müsse feststellen, dass „bei jungen Arbeitnehmern die Zahl der prekären Beschäftigungsverhältnisse zunimmt", erläutert der Vorsitzende des DAK-Vorstands Herbert Rebscher. „Die Folge dieser prekären Arbeitsverhältnisse sind fehlende Perspektiven, was wiederum frühe Belastungen mit sich bringt." Belastungen, die sich auch gesundheitlich auswirken: Eine Gruppe von 20 bis 25 Prozent der jungen Beschäftigten ist laut IGES besonders gefährdet. „Sie empfinden häufiger ihren Alltag als sehr belastend", so IGES-Geschäftsführer Hans-Dieter Nolting.

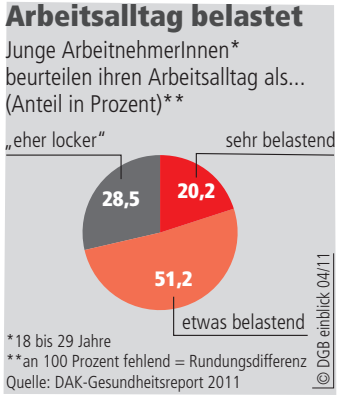
Die Stressfaktoren können dabei vielfältig sein. Ein immer größeres Problem für die Psyche junger ArbeitnehmerInnen ist nicht nur Überforderung, sondern auch berufliche Unterforderung. „Die jungen Menschen wollen ihr Potenzial ausschöpfen", erklärt Rebscher. Wer das in prekären Arbeitsverhältnissen nicht kann, fühlt oft ebenso viel Stress wie bei einer beruflichen Überforderung.

Laut DAK steigt bei jungen Beschäftigten – ebenso wie in der Gesamtbevölkerung – die Zahl psychischer Erkrankungen drastisch. Auch ein Krankenstandsreport der Techniker Krankenkasse (TK) bestätigt diesen Trend. „Statistisch gesehen war jeder Beschäftigte im vergangenen Jahr zwei Tage wegen einer psychischen Diagnose krankgeschrieben", sagt die TK-Expertin Gudrun Ahlers.



Psychischer Stress bei der Arbeit hat viele Ursachen – und gerade unter jungen Beschäftigten gibt es viele Betroffene. Auch das Gefühl, nicht gefordert zu werden und seine Potenziale nicht ausschöpfen zu können, verursacht Stress. Rund 60 Prozent der jüngeren ArbeitnehmerInnen leiden darunter.

Das bedeutet bei jüngeren Beschäftigten „nicht immer gleich die schwere Depression", erklärt Hans-Peter Unger, Chefarzt für Psychiatrie und Psychotherapie der Klinik Hamburg-Harburg. Besonders häufig sind inzwischen aber die „somatoformen Störungen", also körperliche Symptome wie Schmerzen oder Herzbeschwerden ohne körperliche Ursache. Jeder zehnte 15- bis 29-Jährige leidet bereits an solchen Beschwerden, in vielen Fällen begleitet von Depressionen. Das sei ein Alter „in dem Prävention und einfache Maßnahmen noch sehr gut wirken können", meint Unger. Leider sind gerade viele der Betroffenen doppelt benachteiligt: „Betriebe, die auf befristete, prekäre Arbeitsverhältnisse setzen, sind nicht gerade die Betriebe, die auf betriebliches Gesundheitsmanagement setzen", erläutert der DAK-Vorsitzende Rebscher.



Fast drei Viertel der jüngeren Beschäftigten empfinden ihre tägliche Arbeit als belastend – jede/r fünfte sogar als „sehr belastend".

Dabei wäre genau das ein Teil der Lösung. „Junge Menschen brauchen eine Perspektive sowie stabilere und der Gesundheit förderliche Arbeitsbedingungen", meint deshalb die stellvertretende DGB-Vorsitzende Ingrid Sehrbrock. „Dass bereits junge Beschäftigte unter gesundheitlichen Beschwerden leiden, macht deutlich, dass vom ersten Arbeitstag an gute Arbeitsbedingungen und Prävention nötig sind." •

Die Legende vom Blaumachen

Lange Zeit wurde die Faustregel propagiert: Wirtschaftlicher Abschwung bedeutet sinkende Krankenstände, ein Anziehen der Konjunktur hingegen geht mit steigenden Krankenständen einher. Von Arbeitgeberseite schwang bei dieser Feststellung nicht selten der Vorwurf mit, ArbeitnehmerInnen würden bewusst „Blaumachen", weil sie sich ihres Arbeitsplatzes in wirtschaftlich guten Zeiten besonders sicher seien.

Viel eher lässt sich dieser oft beobachtete statistische Zusammenhang aber wohl damit erklären, dass Beschäftigte in wirtschaftlich schlechten Zeiten aus Sorge um den Arbeitsplatz sogar krank zur Arbeit gehen – wie etwa der DGB-Index Gute Arbeit unlängst gezeigt hat.

Trotzdem hatte der FDP-Abgeordnete Erwin Lotter erst kürzlich gefordert, gegen das „Blaumachen" wieder Karenztage ohne Lohnfortzahlung im Krankheitsfall einzuführen.

Doch die „Legende vom Blaumachen" bei guter Konjunktur ist jetzt empirisch widerlegt. Denn laut DAK-Gesundheitsreport blieb der Krankenstand 2010, trotz deutlichem Wirtschaftsaufschwung, unverändert bei 3,4 Prozent.

PROJEKTE UND PARTNER

Hans-Böckler-Stiftung

Betriebliche Vereinbarungen gesucht

Betriebsräte können mit betrieblichen Vereinbarungen auf vielfältige Weise die Arbeitsbedingungen im Sinne der Beschäftigten gestalten. Solche Vereinbarungen sammelt das Archiv „Betriebliche Vereinbarungen" der Hans-Böckler-Stiftung. Das Archiv sucht jetzt aktuelle Vereinbarungen aus 2010 – im Fokus: Vereinbarungen zur altersgerechten Arbeitsorganisation, zum Datenschutz, zu Outsourcing, Standortverlagerungen und Datensammlungen. Die Datenbank ist online und umfasst mittlerweile 10 000 Betriebs- und Dienstvereinbarungen. •

www.boeckler.de/414.html

Regine-Hildebrandt-Preis

Ausgezeichnet

Die Stiftung Solidarität vergibt den Regine-Hildebrandt-Preis in diesem Jahr an den Pfarrer Christian Führer und den Sozialrichter Jürgen Borchert. Beide haben sich laut Stiftung in besonderem Maße im Sinne der 2001 verstorbenen SPD-Politikerin Regine Hildebrandt für Menschen in Arbeitslosigkeit und Armut engagiert. So setzt sich der Leipziger Nikolaikirchenpfarrer Führer auch nach der Wende konsequent für Freiheit und Gerechtigkeit ein, etwa im Kampf gegen Rechtsextremismus und Erwerbslosigkeit. Jürgen Borchert, Richter am Hessischen Sozialgericht, war maßgeblich beteiligt an der Überprüfung der Hartz-IV-Regelsätze. Die Preisverleihung findet am 6. Mai in Bielefeld statt. Laudator ist Wolfgang Thierse (SPD), Vizepräsident des Deutschen Bundestages. •

www.stiftung-solidaritaet.de



Der Zweite Bildungsweg hat Millionen ArbeitnehmerInnen den Zugang zur Uni eröffnet. Das erfolgreiche Konzept ist älter, als viele vermuten würden. Wo und wann hat es seinen Ursprung? Diesen Fragen ist die Autorin **Elisabeth Schwabe-Ruck** nachgegangen und hat in ihrem Buch ***Zweite Chance des Hochschulzugangs?*** den geschichtlichen Verlauf nachgezeichnet. Von den Schulreformplänen Wilhelm von Humboldts bis hin zu „alternativen Hochschulzugängen" in den 60er und 70er Jahren skizziert die Autorin die Erfolgsgeschichte des zweiten Bildungswegs.

Elisabeth Schwabe-Ruck, „Zweite Chance" des Hochschulzugangs?, edition Hans-Böckler-Stiftung, 337 S., 32 Euro

Netzwerk INKOTA

Den Ausverkauf Afrikas stoppen

Chinesische Wirtschaftsvertreter, Agrarexperten aus Kuwait, schwedische Konzernmanager und englische Investmentbanker haben laut dem entwicklungspolitischen Netzwerk INKOTA zurzeit ein gemeinsames Ziel: Sie wollen so viel und so günstig wie möglich afrikanisches Ackerland kaufen oder pachten. Mit der Kampagne „Nein zum Ausverkauf von Afrika" will die Initiative auf die Probleme hinweisen und ruft die Bundesregierung auf, gegen den Ausverkauf von Ackerflächen in Entwicklungsländern vorzugehen. Allein zwischen 2006 und 2009 seien rund 50 Millionen Hektar Land in Afrika, Asien und Lateinamerika an ausländische Investoren verkauft worden. Derzeit sollen laut INKOTA Verhandlungen über 10 bis 30 Prozent des weltweit verfügbaren Ackerlandes laufen. •

www.inkota.de

EU-Petition

Giftige Blumen

Die Initiative „fair flowers for human rights" will mit einer Unterschriftenkampagne bessere Arbeitsbedingungen in der Blumenproduktion erreichen. Mit einer Petition fordern die InitiatorInnen die Europäische Union auf, eine Richtlinie zu erlassen, um importierte Blumen auf Rückstände von Pestizid zu untersuchen. Zudem soll ein Importverbot für Pestizide mit der höchsten Warnstufe erlassen werden. Die EU soll außerdem die ILO-Arbeitsstandards für PlantagenarbeiterInnen ratifizieren und ihre Richtlinien auch bei der Vergabe öffentlicher Aufträge berücksichtigen. Die Petition kann online unterzeichnet werden. •

www.ipetitions.com/petition/fairflowers

„Das Wesentliche im Auge behalten"

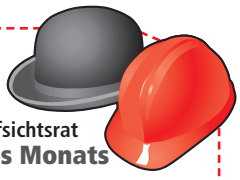



Foto: privat

Aufsichtsrat des Monats Februar ist **Michael Hanses.** Der 35-Jährige ist seit fünf Jahren stellvertretender Aufsichtsratsvorsitzender bei der europaweit tätigen Handelskette für Automobilzubehör Auto-Teile-Unger (ATU). Dort hat Hanses seine Karriere 1997 als Servicetechniker begonnen. Seit 2002 ist er freigestellter Gesamtbetriebsratsvorsitzender. Sein Motto: „Als Aufsichtsrat ist es wichtig, dass man seiner Kontrollfunktion nachkommt und dabei das Wesentliche nicht aus den Augen verliert – die Interessen der Beschäftigten." Im aktuellen Fragebogen erklärt Hanses, was seine bisher größte Herausforderung im Aufsichtsrat war und wie die Zusammenarbeit mit der Arbeitgeberseite aussieht. *www.dgb.de/-/p0K*

interregio

••• Der ***DGB-Bezirk Sachsen*** hat eine Debatte über das ***Versammlungsrecht*** in Sachsen gefordert. Hintergrund: Anlässlich der Proteste gegen den Neonazi-Aufmarsch in Dresden war es GewerkschafterInnen verboten worden, eine friedliche Mahnwache vor dem Gewerkschaftshaus abzuhalten. Die DGB-Vorsitzende Iris Kloppich kritisiert dies scharf: „Auf eine unglaublich geschichtsvergessene Art und Weise wird der Protest von Gewerkschaften kriminalisiert." Der DGB Sachsen sei bereit, sich an der Erarbeitung eines Gesetzentwurfes zu beteiligen. Auch friedliche DemonstrantInnen und PolizistInnen bräuchten Schutz durch wirksame Gesetze.

www.dgb-sachsen.de

••• Am 27. März wird in Rheinland-Pfalz der neue Landtag gewählt. Der ***DGB-Bezirk West*** hat auf seiner Homepage alle gewerkschaftlich organisierten Diskussionen und Podiumsveranstaltungen im Vorfeld der ***Landtagswahl*** zusammengestellt, bei denen sich Politikerinnen und Politiker aller Parteien den Fragen der Beschäftigten stellen. Mit insgesamt 18 Veranstaltungen fühlen DGB und Gewerkschaften den KandidatInnen in den Kreisen und Städten vorab auf den Zahn.

www.einblick.dgb.de/links

Werkverträge

Einfallstor für schlechte Arbeit

Prekäre Arbeit boomt – neben Leiharbeit, Minijobs und Befristungen gehört auch der missbräuchliche Einsatz von Werkverträgen zum Repertoire einiger Arbeitgeber. Ihr Ziel: Unternehmerisches Risiko soll auf ArbeitnehmerInnen abgewälzt werden. Aktuelle Zahlen und Fälle belegen diesen Trend.

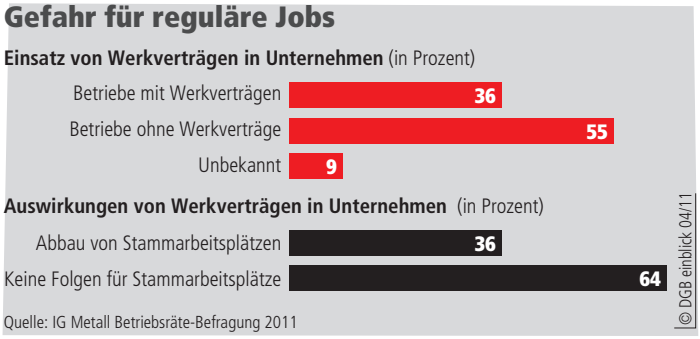
Betrug im großen Stil – Ende 2010 verurteilt das Düsseldorfer Landgericht einen Dormagener Schlachtunternehmer zu fünfeinhalb Jahren Haft. Der Grund: Der Angeklagte hatte mit einem Geflecht von 50 Subunternehmen bis zu 1000 meist rumänische Arbeiter mit Werkverträgen beschäftigt und dadurch Fiskus und Sozialversicherungen um rund 14 Millionen Euro geprellt. Die rumänischen Arbeitnehmer arbeiteten zu Konditionen ihres Heimatlandes.

Laut NGG offenbare dieser Fall ein System von „Raubtierkapitalismus und Menschenverachtung, das mit Werkverträgen, Leiharbeit und Niedrigstlöhnen" billiges Fleisch produziert. Der Fall ist nur die Spitze des Eisberges. Generell gilt für die Branche mittlerweile: In vielen Schlachtunternehmen in Deutschland sind laut NGG nur 20 Prozent der Beschäftigten noch regulär angestellt. Wie viele ArbeiterInnen mit Werkvertrag in deutschen Schlachthöfen arbeiten, ist nicht genau bekannt.

Werkverträge sind unter fairen Bedingungen ein regulärer Weg, um zum Beispiel die Herstellung eines Produktes oder einer Dienstleistung an externe Unternehmen abzugeben. Allerdings muss dann gelten, dass der Werknehmer selbstständig seine Aufgaben erledigt, ohne arbeitnehmerähnlich in den betrieblichen Ablauf integriert zu sein. Häufig kommt es bei Werkvertragsarbeitnehmern zu Lohndumping, weil kein Tariflohn gezahlt wird. Problematisch ist es auch, wenn aus regulär Beschäftigten per Werkvertrag „selbstständige Unternehmer" werden. Genau das scheint Ziel einiger Arbeitgeber zu sein: das unternehmerische Risiko und die Sozialversicherungskosten auf die Werkvertragsnehmer verlagern.

Hinweise auf einen zunehmenden Missbrauch von Werkverträgen gibt auch die aktuelle Betriebsrätebefragung der IG Metall. Über ein Drittel der rund 5000 Befragten gab an, dass in ihren Unternehmen Werkverträge eingesetzt werden. Von diesem Drittel waren sich wiederum 36 Prozent sicher, dass so Stammarbeitsplätze abgebaut werden. Eine alarmierende Zahl, wie Christian Iwanowski, zuständig für Industrielle Dienstleistungen und Leiharbeit beim IG Metall-Bezirk NRW, bestätigt. „Wir müssen diese Entwicklung sehr ernst nehmen." Er beobachtet einen neuen Trend: „Wenn unsere Betriebsräte Druck machen in Sachen Leiharbeit, dann weichen manche Arbeitgeber auf Werkverträge aus." Zumeist gehe es darum, Risiken auf ArbeitnehmerInnen abzuwälzen, die Stammbelegschaft auszudünnen und damit die betriebliche Durchsetzungsfähigkeit einzuschränken. Um dieses Schlupfloch für Lohn- und Sozialdumping zu stopfen, geht die IG Metall NRW deshalb gegen den Missbrauch von Werkverträgen vor. Iwanowski rät Betriebsräten, sich zu wehren. Mit eigenen Recherchen über Umfang und Auswirkungen sollten sie im Betrieb ausloten, wie Werkverträge eingesetzt werden. Außerdem rät Iwanowski, den Kontakt zu den WerkvertragsarbeitnehmerInnen zu suchen, um zu klären, ob Arbeits- und Sicherheitsstandards eingehalten werden. Bei Vodafone in Ratingen ist der IG Metall so ein erster Erfolg gelungen: Das Unternehmen hatte Arbeit nach Indien verlagert. Trotzdem konnten fast alle Jobs gerettet werden. Der Betriebsrat hatte dafür gesorgt, dass einige Werkverträge abgebaut werden und stattdessen die von Kündigung bedrohten ArbeitnehmerInnen die Jobs übernehmen konnten – regulär und fest angestellt.

Johannes Jakob, Arbeitsmarktexperte beim DGB-Bundesvorstand, nimmt beim Missbrauch von Werkverträgen die Politik in die Pflicht. „Im Unterschied zu anderen europäischen Staaten fehlen im deutschen Recht gesetzliche Kriterien, um zwischen Werkverträgen und Leiharbeit zu unterscheiden." Darum fordert der DGB, klare Regeln in das Arbeitsnehmerüberlassungsgesetz einzufügen. Bei konsequenter Anwendung würden viele der vermeintlichen Werkverträge als illegale Leiharbeit identifiziert.



Werkverträge sind nicht mehr nur die Ausnahme. Ein Drittel der Unternehmen nutzt sie – 36 Prozent davon, um reguläre Jobs abzubauen.

Zwei Drittel setzen auf Leiharbeit

„Trotz Aufschwung setzen die Arbeitgeber voll auf Leiharbeit und prekäre Beschäftigung. Das ist ein arbeitsmarktpolitischer Irrweg mit weit reichenden und gefährlichen Konsequenzen", warnt Berthold Huber, Erster Vorsitzender der IG Metall, angesichts einer aktuellen Betriebsrätebefragung der IG Metall.

Denn was die 5000 Betriebsräte berichten, ist beunruhigend: Mehr als zwei Drittel der Unternehmen richten sich dauerhaft mit Leiharbeit und Befristung ein. 17 Prozent der Unternehmen setzen im Aufschwung sogar verstärkt auf Leiharbeit – bei 33 Prozent kommt Leiharbeit auf gleichem Niveau wie vor dem Aufschwung zum Einsatz.

Gerade einmal 32 Prozent der Betriebe verzichten ganz auf Leiharbeit. 60 Prozent aller Neueinstellungen sind befristet. Nur ein Fünftel wird – trotz stabiler Konjunkturaussichten – in ein normales Arbeitsverhältnis eingestellt. Ähnlich schlecht ist die Situation für Auszubildende. 62 Prozent der Betriebe übernehmen Ausgelernte nur in befristete Jobs.

Mehr Infos und Material zu Werkverträgen unter
www.einblick.dgb.de/hintergrund

GEWERKSCHAFTEN

kurz&bündig

Der IG BCE-Vorsitzende Michael Vassiliadis hat die EU-weite Einführung eines „Klima-Cents" gefordert, „als Zuschlag, den alle Steuerzahler entsprechend ihrer Leistungsfähigkeit aufzubringen haben". Die Abgabe solle zweckgebunden in innovative Technologien zur Senkung des CO_2-Ausstoßes investiert werden.

Die GdP hat Bundesinnenminister Thomas de Maizière (CDU) aufgefordert, die geplante Fusion von Bundespolizei und Bundeskriminalamt zu „beerdigen". Der völlig unsensible Umgang mit der Verfassung zeichne einen Weg nach Karlsruhe vor, warnte der GdP-Vorsitzende Bernhard Witthaut.

ver.di und der Auto Club Europa (ACE) haben sich für ein kollektives Punktekonto für komplette Fuhrparks ausgesprochen, um systematische Fahrverstöße einzelner (Fuhr-)Unternehmen besser ahnden zu können. Stelle sich heraus, dass die Missachtung von Regeln zum Geschäftsmodell gehöre, müsste die Gewerbeerlaubnis entzogen werden.

Die NGG fordert erneut eine Zwangsabgabe auf Einweg-Getränkeverpackungen. Der NGG-Vorsitzende Franz-Josef Möllenberg betont: „Einweg ist ökologisch unsinnig, und es führt dazu, dass mittelständische Unternehmen der Getränkeindustrie schließen und immer mehr Arbeitsplätze verloren gehen."

DGB-Jugend

Kampagne online gestartet

Die Website zur Kampagne „Wie willst du leben?" der DGB-Jugend ist online. Auf der interaktiven Seite können junge Menschen ab sofort ihre Meinung zu den großen Zukunftsthemen Arbeit, Bildung und Freiheit abgeben. Der DGB-Bundesjugendsekretär René Rudolf kündigt an: „Wir werden Jugendliche aus allen Teilen der Gesellschaft ansprechen und fordern sie auf, mit der Gewerkschaftsjugend gemeinsam Ideen zu entwickeln, wie sie zukünftig leben wollen." Im nächsten Schritt sollen die Ergebnisse der Online-Befragung in Dialogwerkstätten vor Ort, in Betrieben und Universitäten diskutiert werden. Rudolf betont: „Wir werden präsent sein in 2011." Ob mit bundesweiten Aktionen, Demonstrationen, mit Videoclips auf Youtube oder diversen Guerilla-Kommunikationstaktiken: Engagement tut not – etwa 1,5 Millionen junge Menschen haben keine Ausbildung. ●

www.wie-willst-du-leben.de



Hier können junge Menschen ihre Meinung sagen – die Homepage der DGB-Jugend-Kampagne „Wie willst du leben?"

GEW und DGB-Jugend NRW

Keine Bundeswehr in Schulen

Die GEW unterstützt gemeinsam mit Friedensverbänden und kirchlichen Akteuren das neu gegründete Projekt „Friedensbildung, Bundeswehr & Schule". Damit wollen die Bündnispartner gegen den Einfluss der Bundeswehr in Schulen vorgehen. Ziel des Projekts ist es, LehrerInnen Material zum Thema Friedensbildung zur Verfügung zu stellen und Fortbildungsmöglichkeiten zu schaffen.

Die DGB-Jugend NRW hat gemeinsam mit der Jungen GEW NRW, Friedensgruppen, antimilitaristischen Initiativen und Schülervertretungen das Netzwerk „Schule ohne Bundeswehr NRW" gegründet. Das Bündnis fordert, den von CDU und FDP 2008 in NRW beschlossenen Kooperationsvertrag mit der Bundeswehr zu kündigen. Dieser gestattet unter anderem Jugendoffizieren Zugang zum Unterricht. ●

100. Internationaler Frauentag

Zeichen setzen

„Das 100-jährige Jubiläum des Internationalen Frauentags spornt uns an, uns weiter einzusetzen für die Gleichberechtigung zwischen Frauen und Männern", betont DGB-Vize Ingrid Sehrbrock im Vorfeld des diesjährigen Internationalen Frauentags. Zwar seien immer mehr Frauen gut ausgebildet und berufstätig – allerdings oft zu niedrigen Löhnen, in unfreiwilliger Teilzeit, befristet und in Minijobs. Sehrbrock fordert die Frauen deshalb auf, an den zahlreichen bundesweiten Aktionen zum 8. März teilzunehmen. Das Motto: Heute für morgen Zeichen setzen. Zu den Forderungen der DGB-Frauen gehören gleicher Lohn für gleiche und gleichwertige Arbeit, eine Geschlechterquote in Aufsichtsräten von 40 Prozent und ein verlängerter Mutterschutz von 18 Wochen. Am 19. März findet in Berlin eine zentrale Abschlussveranstaltung des DGB statt. An diesem Tag vor genau 100 Jahren hatten Frauen in Deutschland, Dänemark, Österreich und den USA erstmals gemeinsam für ihre Rechte protestiert. ●

www.dgb-frauen.de

IG Metall Küste

Umweltstandards auf See

Die IG Metall Küste hat gemeinsam mit dem Naturschutzbund Deutschland (NABU) Reedereien aufgefordert, endlich in umweltgerechte Schiffe zu investieren. Dadurch würden Arbeitsplätze auf Werften und in der Zulieferindustrie gesichert. GewerkschafterInnen und NaturschützerInnen begrüßten zudem die Aussage der Bundesregierung, dass Umweltstandards auf europäischen Meeren verschärft werden müssten. IG Metall und NABU setzen sich gemeinsam in einer europaweiten Initiative für Umweltstandards auf See ein. ●

IG Metall

Frauenquote soll kommen

Die IG Metall hat die Einführung einer Frauenquote in Aufsichtsräten beschlossen. Demnach wird bei kommenden Aufsichtsratswahlen ein Frauenanteil von 30 Prozent bei den externen IG Metall-VertreterInnen in Aufsichtsräten angestrebt. Betriebliche ArbeitnehmervertreterInnen sollen entsprechend dem Geschlechterverhältnis in der Wählerschaft vertreten sein. Verpflichtend gelten sollen diese Regelungen ab der übernächsten Wahl. Im Mai 2010 hatte die IG Metall eine 30-Prozent-Quote für organisationsinterne Führungspositionen eingeführt. ●

Leiharbeit

Equal Pay ist machbar

Um die Ordnung auf dem Arbeitsmarkt wiederherzustellen, dürfen Leiharbeitskräfte nicht weniger verdienen als Stammbelegschaften. Das bekräftigt der Arbeitsmarktforscher Prof. Dr. Gerhard Bosch. Er ist überzeugt: Wenn die Gewerkschaften ihre gemeinsame Kampagne für Equal Pay konsequent fortführen, dann können sie das auch durchsetzen.



Foto: Uni Duisburg-Essen

Prof. Dr. Gerhard Bosch, 62, Soziologe und Volkswirt, leitet das Institut für Arbeitsmarkt und Qualifikation an der Universität Essen-Duisburg.

Leiharbeit ist nicht grundsätzlich schlecht. Der Einsatz von Leiharbeit zur Bewältigung von Auftragsspitzen oder bei unerwarteten Personalausfällen ist völlig legitim. Gleiches gilt für hoch qualifizierte Fachkräfte, die nur für zeitlich befristete Projekte beschäftigt werden. Doch das hat nicht den aktuellen Boom der Leiharbeit ausgelöst. Leiharbeit wird heute vor allem zum Lohndumping genutzt – um Tarife auszuhebeln und Stammarbeitskräfte durch billigere LeitarbeitnehmerInnen zu ersetzen. Dass in Deutschland der auch von der EU geforderte Grundsatz der gleichen Bezahlung von Leiharbeitskräften und Stammpersonal nicht gilt, wirkt wie eine Einladung dazu. Leiharbeit ist die am schnellsten wachsende Branche. Seit Mitte 2008 hat sich die Zahl der Leiharbeitskräfte nahezu verdoppelt, auf nunmehr knapp eine Million. Die Branche selbst sieht ein Beschäftigtenpotenzial von 2,5 Millionen LeiharbeitnehmerInnen.

Das Geschäftsmodell vieler Leihunternehmen hierzulande beruht auf Lohnunterbietung. Besonders attraktiv ist der Einsatz der Billig-Arbeitskräfte in gewerkschaftlich gut organisierten Branchen mit einer hohen Tarifbindung. Leihkräfte verdienen hier nur ungefähr die Hälfte von Stammarbeitskräften. Damit werden die starken Bastionen der Gewerkschaften langsam von unten angenagt. Der Austausch von Stammarbeitern durch billige Leihkräfte wird zudem durch die öffentliche Hand kräftig subventioniert. Da viele LeiharbeiterInnen von ihrem Lohn nicht leben können, müssen die Arbeitsagenturen die Löhne aufstocken. Die Aufstocker in der Leihbranche kosten schon heute mehr als 500 Millionen Euro pro Jahr – mit steigender Tendenz.

Das Gerechtigkeitsempfinden in unserer Gesellschaft ist aber immer noch sehr ausgeprägt. **Die Gewerkschaften stoßen mit der Forderung nach gleicher Bezahlung auf hohe Unterstützung in allen Bevölkerungsschichten und auch bei ihren Mitgliedern.** Die schnelle Ausbreitung schlecht bezahlter und unsicherer Arbeitsverhältnisse hat die Gewerkschaften in den letzten Jahren teilweise an der eigenen Kraft zweifeln lassen. Uneinigkeit im Gewerkschaftslager hat ihre Durchsetzungsfähigkeit geschwächt. Die Kampagne für gleiche Bezahlung von Leiharbeitskräften zeigt, dass die Gewerkschaften ihre Durchsetzungskraft bisweilen unterschätzen. **Wenn alle Gewerkschaften glaubhaft an einem Strang ziehen und dabei einen langen Atem haben, sind sie ein Machtfaktor.** Equal Pay ist machbar – es ist nur eine Frage der Zeit, wann es den Gewerkschaften gelingt, gleiche Bezahlung für Leiharbeitskräfte durchzusetzen.

Denn auch die großen Leiharbeitsunternehmen rechnen bereits damit, dass Equal Pay über kurz oder lang durchgesetzt wird. Sie wollen aber die Übergangsperiode, in der sie Extragewinne realisieren können, so lange wie möglich ausdehnen. Vor allem die gut aufgestellten Leihunternehmen rechnen mit einer Marktbereinigung, von der sie profitieren können. Durch Equal Pay ändern sich die Geschäftsmodelle der Leihunternehmen. Sie müssen auf Qualität der Arbeitskräfte setzen und werden versuchen, stärker Fachkräfte zu gewinnen und zusätzliche Dienstleistungen in der Personalpolitik anzubieten.

Equal Pay steigert außerdem die Anreize für Unternehmen, Leiharbeitskräfte selbst einzustellen. Heute funktioniert die Brücke in feste Beschäftigung nicht, weil die Lohnunterschiede zu groß sind. Ohne Zweifel sind die Flexibilitätsbedürfnisse der Unternehmen gestiegen. Wenn man externe Flexibilität – etwa durch Leiharbeit – einschränken will, muss man den Unternehmen interne Flexibilitätsmöglichkeiten anbieten. Dazu gehören etwa flexible Arbeitszeiten über den Jahres- und sogar Konjunkturverlauf. Auch diese Herausforderung haben die Gewerkschaften längst angenommen – nicht zuletzt haben tarifliche Öffnungsklauseln und flexible Jahresarbeitszeitregelungen mit dafür gesorgt, dass Deutschland gut durch die Krise gekommen ist. Wir müssen deshalb vermeiden, durch den Aufbau einer zu großen Reserve von LeiharbeiterInnen in der nächsten Krise zum alten Muster von Heuern und Feuern zurückzukehren. Das deutsche Beschäftigungswunder in der Finanzkrise – keine Massenentlassungen durch Nutzung interner Flexibilität – wäre nicht wiederholbar. •

Equal Pay bleibt auf der Tagesordnung

Enttäuscht zeigten sich viele GewerkschafterInnen angesichts des Kompromisses im Streit um die Hartz IV-Reform. Zwar haben sich Regierung und Opposition auf eine Lohnuntergrenze für die LeiharbeitnehmerInnen geeinigt, aber am Widerstand der Regierungskoalition ist eine tragbare Einigung in Sachen Equal Pay für Leiharbeitsbeschäftigte gescheitert.

Für die knapp eine Million LeiharbeitnehmerInnen in Deutschland soll nun bis spätestens zum 1. Mai im Arbeitnehmerüberlassungsgesetz eine Lohnuntergrenze festgesetzt werden. Die Höhe soll sich an den geltenden Leiharbeitstarifverträgen orientieren. Die Lohnuntergrenze soll auch für verleihfreie Zeiten gelten.

Außerdem wurden Mindestentgelte für die rund 170 000 Beschäftigten im Wach- und Sicherheitsgewerbe sowie für die rund 22 500 ArbeitnehmerInnen in der Weiterbildungsbranche vereinbart, die in das Entsendegesetz aufgenommen werden sollen.

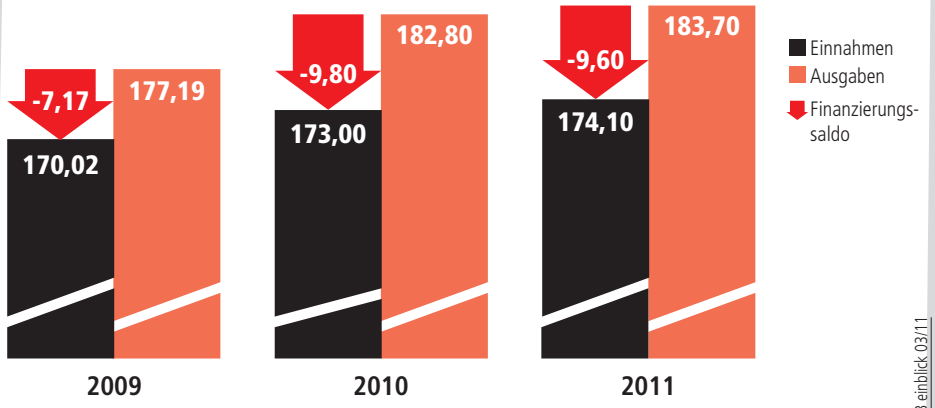
DIES & DAS

die DGB grafik

FINANZNOT: Kommunen am Limit

Der Deutsche Städtetag warnt: „Der wirtschaftliche Aufschwung hat den Absturz der Kommunen auf ein neuen finanziellen Tiefpunkt nicht aufhalten können." Die Kommunen seien so tief in den roten Zahlen wie noch nie seit Bestehen der Bundesrepublik. Auch für 2011 erwarten die Kämmerer ein Defizit von insgesamt 9,6 Milliarden Euro. Erfreulich sei, dass dank der Gewerbesteuer die Steuereinnahmen wieder gestiegen sind. Der Deutsche Städtetag fordert deshalb, „keine Gewerbesteuerreform gegen den Willen der Städte".

Finanzielle Situation der Kommunen von 2009 bis 2011 (in Milliarden Euro)*



*In Flächenländern ohne Stadtstaaten; Zahlen für das 4. Quartal 2010 und 2011 Schätzung auf Basis einer Umfrage der Bundesvereinigung der kommunalen Spitzenverbände

Quelle: Bundesvereinigung der kommunalen Spitzenverbände 2011

© DGB einblick 03/11

personalien

••• ***Sebastian Wertmüller,*** 50, DGB-Regionsvorsitzender Niedersachsen-Mitte, wechselt nach fast 20 Jahren im Dienste des DGB zum ver.di-Bezirk Süd-Ost-Niedersachsen. Dort übernimmt er ab dem 1. März die Geschäftsführung. Neuer Geschäftsführer der DGB-Region Niedersachsen-Mitte ist ***Andreas Gehrke,*** 54, bisher als Abteilungsleiter beim DGB-Bezirk zuständig für Bildungs- und Beamtenpolitik.

••• ***Claudia Falk***, 44, bisher Pressesprecherin beim DGB-Bundesvorstand, arbeitet seit dem 15. Februar in der Abteilung Wirtschafts-, Finanz- und Steuerpolitik. Als Referatsleiterin ist sie zuständig für Makroökonomische Koordinierung und Öffentliche Daseinsvorsorge.

••• ***Werner Schneider,*** 63, Referatsleiter nationale und internationale Umweltpolitik beim DGB-Bundesvorstand, ist zum stellvertretenden Vorsitzenden des Umweltgutachterausschusses (UGA) gewählt worden. Zudem ist er Vorsitzender der Arbeitsgruppe „Zulassung, Prüfung und Aufsicht über Umweltgutachter". Nach dem Umweltauditgesetz ist die UGA beratendes Gremium des Bundesumweltministeriums zum Umweltmanagement (EMAS).

IMPRESSUM *einblick* erscheint vierzehntäglich **Herausgeber:** DGB **Verlag:** Graewis Verlag GmbH **GeschäftsführerInnen:** Anne Graef, Dr. Peter Wilke **Redaktion:** Anne Graef (verantw.), Sebastian Henneke, Timm Steinborn **Redaktionelle Mitarbeit:** Udo Böhlefeld, Luis Ledesma **Redaktionsanschrift:** Wallstraße 60, 10179 Berlin, Tel. 030/30882 4-0, Fax 030/30882420, Internet: www.einblick.dgb.de, E-Mail: redaktion@einblick.info **Anzeigen:** Bettina Mützel, Tel. 030/859946-240, Fax 030/859946-100, E-Mail: bettina.muetzel@berlin.de **Layout:** zang.design **Infografik:** Klaus Niesen **Druck und Vertrieb:** PrintNetwork Berlin **Abonnements:** Änderungen schriftlich an Redaktion *einblick* (Adresse s.o.)
Nachdruck frei für DGB und Gewerkschaften bei Quellenangabe und zwei Belegexemplaren. Alle Anderen nur nach schriftlicher Genehmigung durch den Verlag. Nachdruck von namentlich gezeichneten Artikeln nur nach Genehmigung durch Verlag und Autor.

14 TAGE

mehr Infos: www.einblick.dgb.de

28.2. DGB Südosthessen und Mitgliedsgewerkschaften, Diskussion „Schuldenbremse – Hessenbremse – Bildungsbremse?", Hanau

1.3. IG Metall, Funktionärskonferenz „Gute Arbeit – Industriestandort mit Zukunft", Kaiserslautern

3.-5.3. Evangelische Akademie zu Berlin, Fachtagung „Kirche gegen Armut – mehr als gut gemeint", Berlin

4.3. DGB-Region Niedersachsen-Mitte, Diskussion „Offene Arbeitsmärkte in Europa – Herausforderungen und Chancen der Arbeitnehmerfreizügigkeit", Hannover

5.3. Chemnitzer Bündnis für Frieden und Toleranz – Kein Platz für Nazis! Demonstration „Chemnitz Nazifrei!", Chemnitz

7.3. DGB, GEW u.a., Ausstellung zur „Harzburger Front" von 1931 und zum „Rechtsextremismus heute", Hannover

8.3. 100 Jahre Internationaler Frauentag

10.3. DGB, Workshop „CCS – CO_2-Abscheidung und Speicherung – Brückentechnologie oder Krückentechnologie", Berlin

11.3. Friedrich-Ebert-Stiftung, Veranstaltung „Kompetente und moderne Medienarbeit für gewerkschaftlich Engagierte", Stuttgart

14.3. NGG, Konferenz „NGG-Getränkeforum im BZO", Niedernhausen-Oberjosbach

15.3. IMK, Fachtagung „IMK-Konjunkturforum – Hat der Euroraum eine Zukunft?", Berlin

15./16.3. ver.di, Bundeskonferenz ArbeiterInnen, Berlin

Schlusspunkt.

„Karl-Theodor zu Googleberg"

Überschrift einer Meldung auf taz.de vom 17.2. zu den Plagiatsvorwürfen gegen Verteidigungsminister Karl-Theodor zu Guttenberg (CSU), der in seiner Dissertation andere AutorInnen zitiert haben soll, ohne dies belegt zu haben.

Überstunden

Keine pauschale Abgeltung

Wird in einem Formulararbeitsvertrag vereinbart: „Mit der vorstehenden Vergütung sind erforderliche Überstunden des Arbeitnehmers abgegolten", ist eine solche Klausel unwirksam. Der Arbeitnehmer kann daraus nicht erkennen, welche Arbeitsleistung er ohne zusätzliche Vergütung erbringen muss.

Bundesarbeitsgericht,
Urteil vom 1. September 2010 – 5 AZR 517/08

Betriebsübergang

Fristen sind zu beachten

Ein Arbeitnehmer, der von einem Betriebserwerber die Fortsetzung des Arbeitsverhältnisses verlangt, weil der infolge des Betriebsübergangs sein neuer Arbeitgeber ist, hat die Fristen zu beachten, die er für einen Widerspruch gegen den Übergang seines Arbeitsverhältnisses einzuhalten hätte.

Bundesarbeitsgericht,
Urteil vom 27. Januar 2011 - 8 AZR 326/09

Geschlechtsbezogene Benachteiligung

Notfalls ist Ausgleich zu schaffen

Tarifvertragliche Regelungen, die Frauen wegen ihres Geschlechts benachteiligen, sind unwirksam. Eine solche Benachteiligung kann vorliegen, wenn nach einer tariflichen Versorgungsregelung der Bezug von Übergangsgeld zu dem Zeitpunkt endet, zu dem der Versorgungsempfänger vorzeitig Altersrente in Anspruch nehmen kann. Das gesetzliche Rentenrecht regelt die Möglichkeit, vorzeitige Altersrente zu beziehen, für Männer und Frauen unterschiedlich. Während Frauen bestimmter Geburtsjahrgänge nach Vollendung des 60. Lebensjahres vorzeitige Altersrente beanspruchen können, gibt es diese Möglichkeit für Männer erst nach Vollendung des 63. Lebensjahres. Tarifvertragsparteien können den Nachteil beseitigen, indem sie für die kürzere Bezugsdauer einen finanziellen Ausgleich schaffen.

Bundesarbeitsgericht,
Urteil vom 15. Februar 2011 - 9 AZR 584/09

Behandlungspflege

Eltern müssen keine Kürzung hinnehmen

Soweit eine 24-stündige Behandlungspflege von einer Pflegefachkraft erbracht, Grundpflege und Hauswirtschaft aber von Angehörigen geleistet werden, sind die Gesamtkosten für die Behandlungspflege von der gesetzlichen Kasse zu tragen. Dabei darf sie weder den Zeitaufwand für Grundpflege noch das Pflegegeld in Abzug bringen.

Hessisches Landessozialgericht,
Urteil vom 9. Dezember 2010 - L 1 KR 187/10

Zahnbehandlung

Neuanfertigung ist Schadenersatz

Entfernt ein Vertragszahnarzt einen eingegliederten und fertigt einen neuen Zahnersatz an, bedeutet dies das Anerkenntnis der Verpflichtung zum Schadensersatz. Ist auch die Neuanfertigung unbrauchbar, ist der Patient zum Behandlungsabbruch berechtigt.

Sozialgericht Marburg,
Urteil vom 19. Januar 2011 – S 12 KA 318/10

Videoüberwachung

Hat Entschädigung zur Folge

Die permanente Videoüberwachung eines Arbeitnehmers begründet einen Entschädigungsanspruch gegen den Arbeitgeber.

Der Fall: Die kaufmännische Angestellte arbeitete in einem bundesweit aktiven Unternehmen. Gegenüber der Eingangstür des Büros hatte der Arbeitgeber eine Videokamera angebracht, die nicht nur den Eingangsbereich, sondern im Vordergrund auch den Arbeitsplatz der Arbeitnehmerin überwachte. Mit ihrer erfolgreichen Klage machte die Mitarbeiterin Schadensersatzansprüche wegen Persönlichkeitsverletzung geltend.

Das Landesarbeitsgericht: Der Arbeitgeber kann sein Vorgehen nicht damit begründen, dass die Kamera nicht ständig in Funktion gewesen und nur zur Sicherheit der Mitarbeiter angebracht worden sei, weil es schon zu Übergriffen auf Mitarbeiter gekommen sei. Der Eingriff in das allgemeine Persönlichkeitsrecht der Mitarbeiterin war unverhältnismäßig. Eine Ausrichtung der Kamera nur auf den Eingangsbereich des Büros wäre möglich gewesen. Allein die Unsicherheit, ob die Kamera tatsächlich aufzeichnet oder nicht, hat die Mitarbeiterin einem ständigen Anpassungs- und Überwachungsdruck ausgesetzt, den sie nicht hinnehmen musste, nachdem sie sich bereits früh gegen die Installation der Kamera gewandt hatte. Es handelt sich um eine schwerwiegende und hartnäckige Verletzung des informationellen Selbstbestimmungsrechts, die nach Abwägung aller Umstände eine Entschädigung von 7.000 Euro rechtfertigt.

Hessisches Landesarbeitsgericht,
Urteil vom 25. Oktober 2010 - 7 Sa 1586/09

Stromkosten

Sozialwidriges Verhalten wird bestraft

Wer durch sozialwidriges Verhalten Stromschulden verursacht, hat keinen Anspruch auf Übernahme der Schulden durch den Leistungsträger. Das kann auch gelten, wenn im Haushalt minderjährige Kinder leben.

Der Fall: Die Antragstellerin begehrte die Übernahme von Stromschulden von rund 1150 Euro als Darlehen durch das Jobcenter. Diese waren entstanden, weil sie die Abschläge an den Stromversorger nicht gezahlt, obwohl sie das Geld bereits vom Jobcenter bekommen hatte. Der Antrag war erfolglos.

Das Landessozialgericht: Die Rückstände sind durch sozialwidriges Verhalten der Antragstellerin entstanden, die im Vertrauen auf ein späteres Darlehen die Abschläge nicht geleistet hat. Zwar sind durch die Stromsperre auch die Kinder betroffen, für deren ordnungsgemäße Versorgung ist allerdings vorrangig sie selbst verantwortlich. Zudem ist der Haushalt mit Heizenergie und Warmwasser versorgt, so dass bei den Kindern keine Gesundheitsgefährdung droht. Einschränkungen bei der Versorgung gibt es im Wesentlichen wegen der fehlenden Beleuchtung, fehlender Kochmöglichkeiten und der Nutzung von Haushaltsgeräten wie einer Waschmaschine. Auch dies führt zu keiner anderen Beurteilung. Eine ausreichende Ernährung von Kindern von 9, 15 und 16 Jahren kann – zumindest für eine Übergangszeit – auch ohne warme Mahlzeiten sicher gestellt werden. Körperpflege und Reinigung von Kleidern und Geschirr ist ebenfalls möglich. Erschwernisse, die sich dadurch ergeben, dass Wasch- und Spülmaschine nicht benutzt werden können, sind bei der selbst herbeigeführten Notsituation hinzunehmen.

Landssozialgericht Rheinland-Pfalz,
Beschluss vom 27. Dezember 2010 - L 3 AS 557/10 B ER

einblick
gewerkschaftlicher Info-Service vom 14.03.2011 5/11

DGB

inhalt

Seite 3
Teuer und wirkungslos
Die von Gesundheitsminister Rösler geplante private Pflege-Zusatzversicherung deckt nicht einmal den künftigen Finanzbedarf im Pflegesystem

Seite 5
Doppelt diskriminiert
Auf allen Stufen der Einkommensskala sind Frauen gegenüber Männern deutlich im Nachteil: Entgeltgleichheit gibt es weder bei der Chefin noch bei der Teilzeitkraft

Seite 7
Wirtschaft in der Schule
Die Gewerkschaften fordern eine umfassende sozioökonomische Bildung statt einseitiger „Wirtschaftslehre", die politische und soziale Zusammenhänge außer Acht lässt

Finanztransaktionssteuer

Gute Nachricht aus Europa

Mit großer Mehrheit hat das Europäische Parlament für die Einführung einer Finanztransaktionssteuer in Europa gestimmt. Mit 360 zu 299 Stimmen wurde der Bericht der Abgeordneten Anni Podimata angenommen, der eine Einführung der Steuer in Europa auch dann fordert, wenn der Rest der Welt diesen Schritt nicht mitgehen will. Damit nimmt das Parlament die EU-Kommission und die Mitgliedsstaaten in die Pflicht, sich für die Besteuerung von Finanzmarktgeschäften einzusetzen. Claus Matecki, Mitglied im DGB-Bundesvorstand, begrüßte das Votum ausdrücklich: „Das ist ein wunderbarer Erfolg für alle, die sich in den vergangenen Wochen nochmals mit vereinten Kräften für die Finanztransaktionssteuer eingesetzt haben." Nun gehe es darum, dass die Regierungen endlich ernst machten und das Votum des Europaparlaments auch umsetzten.

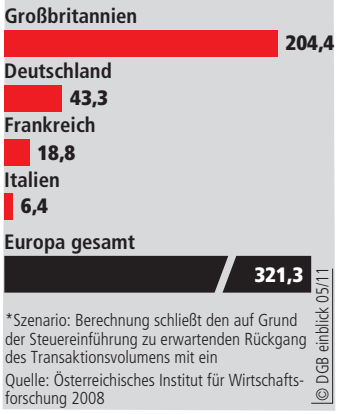
Claus Matecki und DGB-Vorstandsmitglied Annelie Buntenbach hatten im Vorfeld der Abstimmung in einem Brief an die EU-Abgeordneten um deren Unterstützung für die Transaktionssteuer geworben. Viele EU-Parlamentarier – auch aus der Union – hatten daraufhin ihre Zustimmung signalisiert. „Dafür danken wir ihnen – parteiübergreifend", betont Matecki. „Die Bürgerinnen und Bürger Europas wollen die Einnahmen aus dieser Steuer – für mehr soziale Gerechtigkeit, Klima- und Umweltschutz und die Armutsbekämpfung hier und weltweit."

Berechnungen zeigen, wie effektiv eine Finanztransaktionssteuer in Europa wäre. Bei einer Besteuerung mit 0,05 Prozent könnten europaweit 200 Milliarden Euro generiert werden. Laut einem Bericht der EU-Kommission entspräche das ziemlich genau der Höhe von Investitionen, die die EU in den nächsten zehn Jahren jährlich in den Bereichen Transport, Energie und IT-Technologien benötigt. Bei einer etwas höheren Steuer von 0,1 Prozent des Transaktionsvolumens würden sich beispielsweise für Deutschland Einnahmen in Höhe von 43,3 Milliarden US-Dollar ergeben (siehe Grafik). Das sind gute zehn Prozent des aktuellen deutschen Bundeshaushalts.

Zudem sind sich ExpertInnen sicher: Die Steuer würde vor allem Spekulanten treffen. Denn: Je kurzfristiger ein Anleger handelt, desto öfter würde er zur Kasse gebeten. So würden die Verursacher der Finanz- und Wirtschaftskrise endlich an deren Kosten beteiligt. Gleichzeitig würde der Handel mit Aktien nicht nennenswert beeinträchtigt. „Wir wollen, dass unsere gewählten Abgeordneten den Finanzmärkten die Stirn bieten, wenn dies nötig ist", fordert Matecki. •

Effektive Steuer

Prognostizierte Einnahmen durch eine Finanztransaktionssteuer von 0,1 Prozent* in ausgewählten europäischen Ländern und Europa (in Milliarden US-Dollar)



*Szenario: Berechnung schließt den auf Grund der Steuereinführung zu erwartenden Rückgang des Transaktionsvolumens mit ein

Quelle: Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung 2008

© DGB einblick 05/11

Über 200 Milliarden US-Dollar jährlich könnten die Briten generieren, wenn die Finanztransaktionssteuer europaweit eingeführt wird. Deutschland nimmt in der Einnahmen-Prognose mit 43,3 Milliarden US-Dollar den zweiten Rang ein.

plusminusBERLIN

+ ***Der ehemalige SPD-Fraktionsvorsitzende Peter Struck fordert die Regierung auf, den von der EVG ausgehandelten Branchentarifvertrag für den Schienenpersonennahverkehr allgemeinverbindlich zu machen. Struck hatte bei den Tarifverhandlungen als Schlichter fungiert.***

– ***Nicole Bracht-Bendt, frauenpolitische Sprecherin der FDP-Fraktion, ist gegen eine gesetzliche Frauenquote im Management. Ihre ausgeklügelte Alternative: Zunächst sollen Unternehmen offenlegen, wie viele ihrer Führungspositionen weiblich besetzt sind, „dann sehen wir weiter".***

Der Surf-Tipp fürs Internet

www.steuer-gegen-armut.org
„Steuer gegen Armut" – Bündnis für die Einführung einer Finanztransaktionssteuer

Hintergrund

www.einblick.dgb.de/hintergrund
WSI-Mindestlohnbericht 2011

IMK zu Arbeitskosten

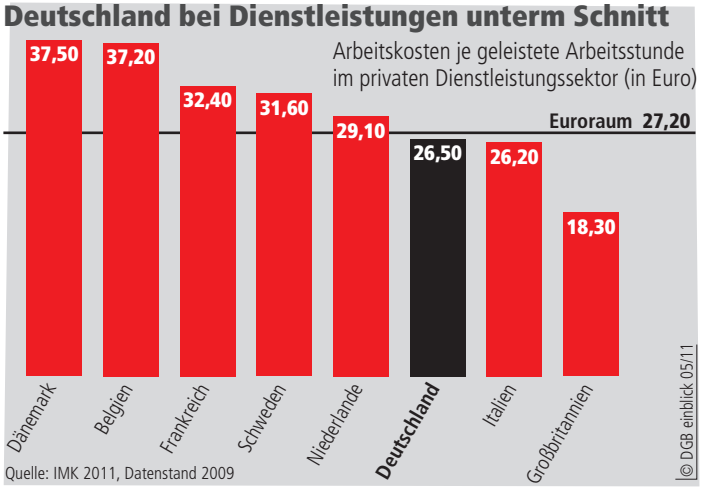
Entwicklung unter Durchschnitt

Den üblichen Klagen der Arbeitgeberseite zum Trotz: Die Arbeitskosten in Deutschland entwickeln sich im europäischen Vergleich weiterhin unterdurchschnittlich. Das belegt eine aktuelle Analyse des Instituts für Makroökonomie und Konjunkturforschung in der Hans-Böckler-Stiftung (IMK). Die Wirtschaftskrise habe nur kurzzeitige statistische Auswirkungen gehabt, am grundlegenden Trend der vergangenen Jahre aber nichts geändert, so das IMK.

Im vergangenen Jahrzehnt sind die Arbeitskosten je geleistete Arbeitsstunde in Deutschland jährlich im Schnitt um 1,9 Prozent gestiegen. Unter den 17 untersuchten EU-Staaten belegt die BRD damit den letzten Platz. Konkret kostet eine Arbeitsstunde in der Privatwirtschaft deutsche Arbeitgeber durchschnittlich 29 Euro und damit nur 60 Cent mehr als im Schnitt der Eurozone.

Besonders auffällig ist laut IMK, dass die Lohnschere zwischen Industrie und Dienstleistungssektor in keinem anderen EU-Land auch nur annähernd so groß ist wie in Deutschland. Hierzulande liegen die Arbeitskosten für Dienstleistungen durchschnittlich 20 Prozent unter denen in der Industrie. Während Deutschland bei den Arbeitskosten in der Industrie noch über dem Eurozonen-Durchschnitt liegt, sind die deutschen Arbeitskosten für Dienstleistungen inzwischen erstmals unter den europäischen Schnitt gerutscht (siehe Grafik). Eine Folge: Während sich der aktuelle deutsche Wirtschaftsaufschwung hauptsächlich aus Exporten speist, bleibt eine Belebung der Binnennachfrage weitgehend aus, so das IMK. „Wenn Deutschland wieder Exportüberschüsse akkumuliert, werden andere Länder wieder Defizite akkumulieren – wahrscheinlich dieselben Länder wie vor der Krise", warnt IMK-Direktor Gustav A. Horn. Das trage nicht zur Entschärfung der Eurokrise bei.

Für den erheblichen Lohnunterschied zwischen Industrie und Dienstleistungen gibt es laut IMK vor allem zwei Gründe: In Deutschland seien zum einen überdurchschnittlich viele Frauen im Dienstleistungssektor beschäftigt, die bei gleicher Qualifizierung oft immer noch weniger Lohn bekämen als Männer. Zum anderen lasse das Fehlen eines gesetzlichen Mindestlohns die Dienstleistungsentgelte nach unten „ausfransen". •



Deutschland ist bei den Arbeitskosten im Dienstleistungsbereich inzwischen erstmals unter den Durchschnitt der Eurozone gerutscht.

Exzellenzinitiative

Mehr Befristungen

Zum Start der zweiten Phase der so genannten Exzellenzinitiative an ausgewählten deutschen Hochschulen kritisiert die GEW die Beschäftigungspolitik im deutschen Wissenschaftsbetrieb. Die Vergabepraxis im Rahmen der Initiative fördere Befristungen. Es sei absurd, alle fünf Jahre mit Milliardenbeträgen neue Forschungsstrukturen „aus dem Boden zu stampfen" und WissenschaftlerInnen einzustellen, um sie nach Ende einer Phase der Initiative „wieder auf die Straße zu setzen", erklärte GEW-Vorstand Andreas Keller. Die Exzellenzinitiative habe so zu einer Ausweitung befristeter Beschäftigung in der Wissenschaft geführt. •

CGZP-Urteil

Jetzt Geld nachfordern

Die Urteilsbegründung zum im Dezember 2010 vom Bundesarbeitsgericht gefällten Urteil über die fehlende Tariffähigkeit der Tarifgemeinschaft Christlicher Gewerkschaften für Zeitarbeit und Personalserviceagenturen (CGZP) ist jetzt veröffentlicht worden. Nach Auffassung der Dienstleistungsgewerkschaft ver.di, die gemeinsam mit dem Berliner Senat die Klage geführt hatte, sind demnach auch die in der Vergangenheit abgeschlossenen Tarifverträge der CGZP nicht wirksam. Damit könnten LeiharbeiterInnen, die zu CGZP-Tarifen gearbeitet haben, jetzt „rückwirkend Ansprüche auf die Differenz zum Equal Pay geltend machen," sagte der stellvertretende ver.di-Vorsitzende Gerd Herzberg. Auch die IG Metall ist sich nach der Urteilsbegründung sicher: Betroffene Beschäftigte können für drei Jahre Lohn nachfordern – außer im Arbeitsvertrag steht eine Klausel, die die Ansprüche verfallen lässt. „Steht das nicht explizit drin, können bis Januar 2008 Nachforderungen geltend gemacht werden", so IG Metall-Justitiar Thomas Klebe. •

Zum Online-Dossier des DGB: www.dgb.de/-/qGt

Arbeitnehmerdatenschutz

Gesetz wäre Rückschritt

Der DGB-Bundesvorstand lehnt das von der Bundesregierung in den Bundestag eingebrachte Beschäftigtendatenschutzgesetz vollständig ab. Der DGB-Vorsitzende Michael Sommer hat bereits im Februar den damals noch amtierenden Bundesinnenminister Thomas de Maizière (CDU, heute Verteidigungsminister) aufgefordert, den Entwurf zurückzuziehen. „Dieser Entwurf bietet den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern weniger Schutz als die derzeitige Rechtslage", heißt es in einer Stellungnahme der Rechtsabteilung beim DGB-Bundesvorstand – besser kein neues Gesetz als ein noch schlechteres Gesetz.

Der DGB steht mit seiner Kritik am Regierungsentwurf nicht allein. Auch die Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA) lehnt das neue Gesetz ab. Aus Sicht der Arbeitgeber löst der Entwurf keine Probleme, schaffe aber „zusätzliche Rechtsunsicherheit". Der Bundesdatenschutzbeauftragte Peter Schaar kritisiert, dass die Möglichkeiten zur offenen Arbeitnehmerüberwachung sogar ausgebaut würden. •

Private Zusatzversicherung in der Pflege

Teuer, unsozial und wirkungslos

FDP-Gesundheitsminister Rösler will – wie im schwarz-gelben Koalitionsvertrag vorgesehen – die Pflegeversicherung reformieren. Das Konzept: eine private, kapitalgedeckte Zusatzversicherung. Der DGB findet diese „zweite Kopfpauschale" nicht nur unsozial. Er hat auch Zweifel, ob das Konzept finanziell überhaupt tragfähig ist.

Der DGB habe große Sorge, dass die Bundesregierung bei der Pflegereform trickse und den tatsächlichen Pflegebedarf künstlich kleinrechne, erklärte DGB-Vorstand Annelie Buntenbach Anfang März in Berlin. Die Sorge des DGB scheint nicht unberechtigt. Denn die vom Gesundheitsministerium prognostizierten Beitragssätze für die kommenden Jahre liegen deutlich unter den Sätzen, die der DGB für die Pflegeversicherung vorausberechnet hat (siehe Grafik).

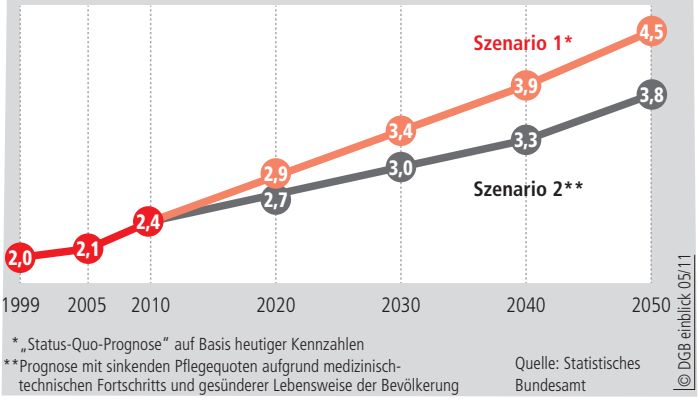
Der Grund für die Differenz: Der DGB berücksichtigt bei seiner Prognose die vom „Beirat zur Überprüfung des Pflegebedürftigkeitsbegriffs" („Pflegebeirat") empfohlenen Verbesserungen fürs Pflegesystem: Zum einen sollen Demenzkranke in die Pflegeversicherung einbezogen werden. Zum anderen sollen die finanziellen Leistungen der Pflegeversicherung regelmäßig „dynamisiert", also etwa der Preisentwicklung angepasst werden. Das Gesundheitsministerium hingegen lässt diese beiden Kostenfaktoren offenbar weitgehend außen vor – und das, obwohl beide Maßnahmen bereits bei der Pflegereform 2008 vorgesehen waren und die Einbeziehung von Demenzkranken von allen Parteien und Verbänden, auch von der Koalition, befürwortet wird.

Für den DGB steckt hinter den Zahlen aus dem Bundesgesundheitsministerium (BMG) deshalb ein klares politische Kalkül: Erst 2014 sollen laut BMG-Prognose die Beitragssätze zur Pflegeversicherung leicht steigen – also erst nach der nächsten Bundestagswahl. Dadurch soll im Zuge der jetzt anstehenden Pflegereform offenbar der Eindruck erweckt werden, dass der künftige Finanzbedarf in der Pflege überschaubar sei und sich durch eine individuelle private Zusatzversicherung problemlos decken ließe. Doch dieser Eindruck ist falsch: Wird der erweiterte Pflegebedürftigkeitsbegriff wie vom Pflegebeirat empfohlen umgesetzt, würde allein das einen zusätzlichen Finanzbedarf von bis zu 3,6 Milliarden Euro jährlich erzeugen.

Der DGB setzt sich trotz höherer Kosten für diese Leistungsverbesserungen in der Pflegeversicherung ein und zeigt mit seinem Konzept für eine „Bürgerversicherung Pflege" (siehe Randspalte), wie sich der zusätzliche Bedarf solidarisch finanzieren ließe. Ein solches tragfähiges Konzept fehlt der Koalition. Die private und einkommensunabhängige Pflege-Zusatzversicherung wäre als „zweite Kopfpauschale" nicht nur unsozial, sie wäre außerdem nahezu wirkungslos: Denn derzeit diskutiert die Koalition einen monatlichen Beitrag von 15 Euro. Selbst bei optimaler Verzinsung und 40 Beitragsjahren kämen so pro Versicherten nur 15 000 Euro zusammen. Dieses Geld sei „im Pflegefall in kürzester Zeit aufgebraucht", so Buntenbach. •

Wachsender Pflegebedarf

Zahl der Pflegebedürftigen (in Millionen)



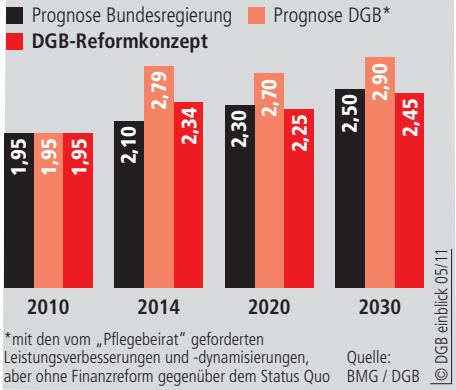
*„Status-Quo-Prognose" auf Basis heutiger Kennzahlen
**Prognose mit sinkenden Pflegequoten aufgrund medizinisch-technischen Fortschritts und gesünderer Lebensweise der Bevölkerung

Quelle: Statistisches Bundesamt

Bis 2050 könnte sich die Zahl der Pflegebedürftigen fast verdoppeln.

Beiträge müssen steigen

Prognostizierte Entwicklung der Beitragssätze zur Sozialen Pflegeversicherung (in Prozentpunkten)



*mit den vom „Pflegebeirat" geforderten Leistungsverbesserungen und -dynamisierungen, aber ohne Finanzreform gegenüber dem Status Quo

Quelle: BMG / DGB

Die Beitragssätze zur Pflegeversicherung bleiben nach dem Reformkonzept des DGB (jeweils rechte Säule) mittel- und langfristig unter den geplanten Beitragssätzen der Bundesregierung.

Bürgerversicherung Pflege

Mit seinem Reformkonzept für die Pflegeversicherung hält der DGB die Beitragssätze mittel- und langfristig unter den Prognosen der Bundesregierung – bei gleichzeitig dynamisiert steigenden Leistungen und einem ausgeweiteten Pflegebedürftigkeitsbegriff, der auch Demenzkranke mit einbezieht. Möglich wird das durch eine breitere und solidarische Finanzierungsbasis der Pflegeversicherung. Das DGB-Konzept für eine „Bürgerversicherung Pflege" umfasst folgende Punkte:

- ***Die Private Pflegeversicherung wird in einen solidarischen Finanzausgleich mit der Sozialen Pflegeversicherung einbezogen.***
- ***Neben Arbeitseinkommen wie Lohn und Gehalt werden auch Kapitaleinkünfte zur Berechnung der Beiträge zur Pflegeversicherung herangezogen.***
- ***Die Beitragsbemessungsgrenze wird angehoben.***
- ***Die Beiträge zur Renten- und Unfallversicherung für pflegende Angehörige werden nicht von der Pflegeversicherung, sondern aus Steuern finanziert.***
- ***Langfristig werden alle BürgerInnen – also beispielsweise auch BeamtInnen und Selbstständige – in die Pflegeversicherung einbezogen.***

www.dgb.de/-/qDi

PROJEKTE UND PARTNER

Globale Aktionswochen für Bildung

Frauenfußball-WM nutzen

Für Millionen Menschen in ärmeren Ländern ist der Zugang zu Bildung nicht selbstverständlich. Besonders Frauen und Mädchen werden oft aus religiösen, politischen oder kulturellen Gründen benachteiligt. Die „Globale Bildungskampagne" ruft deshalb im Mai zu weltweiten Aktionswochen auf, um das Recht auf Bildung für alle durchzusetzen. Im Mittelpunkt steht die Aktion „Erzähl mir eine Geschichte – Bildung für Frauen und Mädchen weltweit!". Kinder, Jugendliche und Erwachsene sollen Geschichten verfassen und erzählen und so ein Zeichen für bessere Bildungschancen setzen. Die „Globale Bildungskampagne" sammelt und publiziert die Erzählungen und fordert mit dieser Aktion Regierungen in aller Welt auf, sich stärker für Bildung in armen Ländern einzusetzen. In Deutschland ist die GEW in der „Globalen Bildungskampagne" engagiert. GEW-Vorstandsmitglied Anne Jenter lädt dazu ein, sich mit eigenen Ideen an den weltweiten Aktionswochen im Mai zu beteiligen. Man könne beispielsweise „Fußballturniere organisieren und die Fußballweltmeisterschaft der Frauen in Deutschland dazu nutzen, der Forderung nach Bildung für Mädchen und Frauen weltweit Nachdruck zu verleihen", so Jenter. Die Fußball-WM der Frauen findet vom 26. Juni bis 17. Juli in neun deutschen Städten statt. •

www.einblick.dgb.de/links

IRENE-Netzwerk

Europaweit beraten

Wenn Unternehmen „Restrukturierungen", Betriebsverlagerungen oder gar Personalabbau durchsetzen wollen, ist guter Rat für Betriebsräte und Beschäftigte teuer – Hilfe finden sie dann oft bei Beratungs- und Forschungseinrichtungen, die sich auf arbeits- und beteiligungsorientierte Beratung spezialisiert haben. Immer öfter sind Betriebsräte und Berater dabei mit europaweiten oder gar globalen Restrukturierungs-Strategien der Unternehmensseite konfrontiert. Aus diesem Grund vernetzt sich jetzt auch die arbeits- und beteiligungsorientierte Beraterszene in Europa international – zum Beispiel im „IRENE-Network". Das Kürzel steht für „Innovative Restrukturierung, Europäisches Netzwerk von Experten". Unter anderem hat das Netzwerk einen Katalog mit Prinzipien aufgestellt, wie betriebliche Restrukturierungen international beteiligungsorientiert und sozialverträglich organisiert werden können. Dazu gehören Empfehlungen für die Bereiche Gesundheitsschutz, Personaltransfer, Weiterbildung und die Wahrung von Sozialstandards. •

Der Katalog zum Download:
www.einblick.dgb.de/hintergrund



Jugendarbeitsschutz

Auf einen Blick

Jugendlichen gebührt in der Arbeitswelt besonderer Schutz – besonders dann, wenn sie noch nicht volljährig sind. Dafür sorgt in Deutschland das Jugendarbeitsschutzgesetz. Für Azubis, Eltern, LehrerInnen und junge ArbeitnehmerInnen ist es darum wichtig, Rechte und Pflichten zu kennen. Mit der Broschüre „Durchblick beim Jugendarbeitsschutzgesetz" erklärt die DGB-Jugend alles Wichtige auf einen Blick: Mit informativen Fallbeispielen werden alltägliche Probleme von Azubis und Jugendlichen dargestellt und die betreffenden gesetzlichen Regelungen einfach und verständlich erläutert. Ein Exemplar der Broschüre kostet beim DGB-Bestellservice 10 Cent zuzüglich Porto und Versand. •

www.einblick.dgb.de/links

10. Arbeits- und Sozialrechtsforum

Kampf gegen prekäre Jobs

Zum zehnten Mal lädt der Bildungsträger „Arbeit und Leben" NRW in diesem Jahr gemeinsam mit dem ver.di-Landesbezirk NRW zum „Düsseldorfer Arbeits- und Sozialrechtsforum" ein. Unter dem Motto „Fair statt prekär – Herausforderung für Interessenvertretung, Gewerkschaften und Rechtsprechung" werden am 30. und 31. März ExpertInnen aus Gewerkschaften, Wissenschaft und Betrieben in der nordrhein-westfälischen Landeshauptstadt über den Boom der prekären Beschäftigung beraten. In Vorträgen, Diskussionen und Fachforen werden die Probleme „prekärer Arbeit" aus betrieblicher, juristischer und gewerkschaftlicher Sicht analysiert und Lösungswege gesucht: Wie können tarifpolitische Antworten auf prekäre Jobs aussehen? Was tun gegen den Boom in der Leiharbeit? Diesen und anderen Fragen widmen sich die TeilnehmerInnen des diesjährigen Forums. Arbeit und Leben NRW ist die gemeinsame Weiterbildungseinrichtung des Deutschen Gewerkschaftsbundes und der Volkshochschulen in Nordrhein-Westfalen. •

www.aulnrw.de

interregio

••• Das ***Projekt „Antidiskriminierung in der Arbeitswelt"*** (ADA), an dem sich auch der ***DGB Bremen*** beteiligt, will in Bremen ein Kompetenzzentrum für Bildung, Qualifizierung und Beratung gründen, um im Job benachteiligten Menschen Hilfe zu bieten. Vor allem jungen MigrantInnen will ADA beim Einstieg in Ausbildung und Arbeitswelt zur Seite stehen. Außerdem sollen Betriebsräte, AusbilderInnen, BerufsschullehrerInnen und SozialarbeiterInnen mit speziellen Bildungsangeboten für das Thema „Antidiskriminierung" sensibilisiert und qualifiziert werden. Das Projekt wird unterstützt von „Arbeit und Leben" Bremen sowie von Gewerkschaften und Berufsschulen.

www.ada-bremen.de

••• Die ***Plattform „Handlungsfähiges Hessen"*** ruft alle hessischen Bürgerinnen und Bürger auf, in der Volksabstimmung am 27. März gegen die geplante Einführung der Schuldenbremse in die Landesverfassung und für einen handlungsfähigen Staat zu stimmen. Der Vorsitzende des DGB-Bezirks Hessen-Thüringen, Stefan Körzell, betont: „Wir wollen keinen Magerstaat. Aber der wird kommen, wenn das Schuldenverbot greift. Keine Investitionen bei Schulen, Universitäten, das wird eine Bildungsbremse. Und eine Sozialbremse dazu." Ins Leben gerufen worden ist die Plattform unter anderem vom ***DGB-Bezirk Hessen-Thüringen,*** dem Deutschen Beamtenbund dbb Hessen und weiteren Organisationen und Netzwerken.

www.handlungsfaehiges-hessen.de

Entgeltgleichheit für Frauen

Doppelte Diskriminierung

Aktuelle Untersuchungen zeigen: Frauen gelingt seltener der Aufstieg in Führungspositionen. Doch selbst oben angekommen geht die Diskriminierung weiter: Auf allen Stufen der Einkommensskala bekommen Frauen weniger Geld als ihre männlichen Kollegen – ob als Chefin oder Teilzeitkraft.

Seit einigen Jahren liegt der so genannte Gender Pay Gap, also der Unterschied zwischen den durchschnittlichen Arbeitseinkommen von Männern und Frauen, in Deutschland recht konstant bei 23 Prozent: Frauen verdienen knapp ein Viertel weniger. Die Gründe für diesen deutlichen Gehaltsunterschied sind vielfältig.

Eine Erklärung ist, dass Frauen häufiger als Männer in Berufen und Branchen mit einem grundsätzlich niedrigen Entgeltniveau arbeiten. Doch das ist nur die eine Seite der Medaille – die andere ist echte Lohndiskriminierung: Eine Auswertung des Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Instituts in der Hans-Böckler-Stiftung (WSI) hat jetzt gezeigt, dass selbst Frauen in Führungspositionen wesentlich weniger verdienen als Männer in vergleichbaren Stellen. Von der Gruppenleiterin mit unter 20 MitarbeiterInnen bis zur Hauptabteilungsleiterin eines großen Unternehmens: Etwa 18 bis 24 Prozent beträgt auch hier die Lohndifferenz zu Männern mit selber Tätigkeit und Verantwortung.

Damit seien hoch qualifizierte Frauen, etwa mit Hochschulabschluss, gleich doppelt benachteiligt, so das WSI: Zum einen gelangen sie seltener in Führungspositionen als Männer – und wenn sie doch eine gehobene Stellung bekommen, werden sie trotzdem schlechter bezahlt. Nur zum Teil ließe sich das damit erklären, dass weibliche Führungskräfte häufiger in kleinen und mittleren Betrieben zu finden seien, meint das WSI. Denn die Analyse einer Online-Umfrage der vom WSI betreuten Internetseite www.lohnspiegel.de habe gezeigt: „Vor allem die hohe Differenz bei Beschäftigten mit quantitativ gleicher Führungsverantwortung deutet darauf hin, dass auch Diskriminierung eine Rolle spielt", so WSI-Experte Reinhard Bispinck.

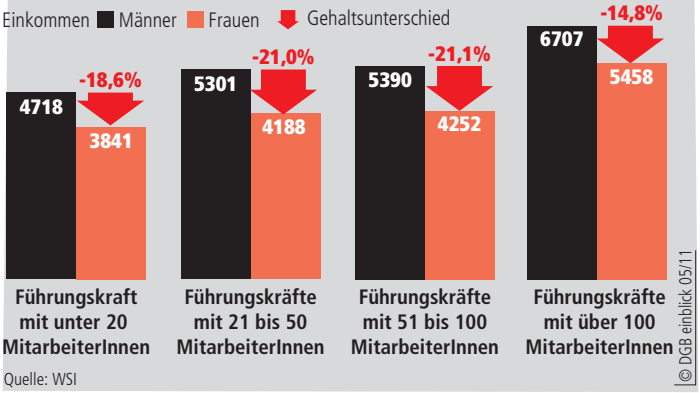
Noch ein weiteres Phänomen fördert in Deutschland die durchschnittlich geringeren Frauenverdienste: die hohe Teilzeitquote von Frauen. Etwa 70 Prozent der weiblichen Beschäftigten arbeiten Teilzeit (unter 35 Wochenstunden), bei den Männern sind es hingegen nur sechs Prozent. Wer Teilzeit arbeitet, verdient allein schon aufgrund der geringeren Wochenarbeitszeit weniger – doch auch hier gibt es eine doppelte Benachteiligung: Teilzeitbeschäftigte, also in der Regel Frauen, haben nicht nur am Monatsende unterm Strich weniger Einkommen, sondern haben darüber hinaus auch noch geringere Stundenlöhne als Vollzeitbeschäftigte.

Das hat die Münchner VWL-Professorin Elke Wolf für das WSI in einer repräsentativen Haushaltsbefragung herausgefunden. Einen nachvollziehbaren Grund für den Lohnunterschied hat Wolf nicht ausmachen können. Der größte Teil der Lohnlücke zwischen Voll- und Teilzeitbeschäftigten lasse sich „nicht ohne weiteres erklären". Klar hingegen sei, so Wolf: Die hohe Teilzeitquote sorge bei Frauen „insgesamt für eine sehr große Betroffenheit" von dieser Lohndiskriminierung. Denn die Entgeltlücke ist nach Wolfs Untersuchung nicht gering: Bei westdeutschen Frauen, die die größte „Teilzeitgruppe" ausmachen, sind es elf Prozent Stundenlohn weniger als bei Vollzeitkräften.

Faire Einkommensbedingungen trotz Teilzeit seien aber eine wesentliche Voraussetzung, um etwa Familie und Berufstätigkeit leichter vereinbar zu machen. Wolf empfiehlt deshalb der Politik, „bei allen Maßnahmen zur Förderung flexibler Arbeitszeiten auch auf die Qualität der Teilzeitbeschäftigung zu achten". Bei der Zahl „hochwertiger Teilzeitstellen" bestehe noch „ein erhebliches Potenzial". •

Weibliche Führungskräfte bekommen weniger

Bruttoeinkommen von männlichen und weiblichen Führungskräften (in Euro) sowie der jeweilige Gehaltsunterschied (in Prozent)



Quelle: WSI

Mehr Verantwortung gleich bessere Bezahlung? In Deutschland für Frauen oft Fehlanzeige. Auch in Führungspositionen liegt der Gehaltsunterschied zu Männern bei etwa 20 Prozent.

100 Jahre Frauentag

Zum 100. Mal wurde in diesem Jahr der Internationale Frauentag (8. März) begangen. Die DGB-Frauen feiern das Jubiläum mit einer zentralen Abschlussveranstaltung der diesjährigen Frauentagsaktivitäten am 19. März in Berlin. „Wir wollen gleichen Lohn für gleiche und gleichwertige Arbeit", erklärt die stellvertretende DGB-Vorsitzende Ingrid Sehrbrock angesichts der immer noch bestehenden Entgeltunterschiede. Der DGB fordert deshalb unter anderem einen gesetzlichen Mindestlohn von 8,50 Euro sowie eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf.

www.frauen.dgb.de

Equal Pay Day

Auch in diesem Jahr wird in Deutschland wieder der „Equal Pay Day" begangen – diesmal am 25. März 2011. Der „Equal Pay Day" markiert den Tag, bis zu dem Frauen über einen Jahreswechsel hinweg länger arbeiten müssten, um auf dasselbe durchschnittliche Jahresgehalt zu kommen wie Männer. Zum „Equal Pay Day" ruft unter anderem der Deutsche Frauenrat auf, in dem sich auch der DGB engagiert.

www.equalpayday.de

kurz&bündig

ver.di sieht in den steigenden Umsätzen der Onlinewerbung eine Chance für Verlage. ver.di-Vize Frank Werneke mahnt deshalb: Nur durch gute Einkommens- und Arbeitsbedingungen könnten auch für neue mediale Verbreitungswege der Verlage die nötigen Fachkräfte gewonnen und gehalten werden.

Die IG BAU wirbt für mehr Akzeptanz gegenüber Frauen in den Bauberufen. Gut 17 Jahre nach dem Fall des Beschäftigungsverbots für Frauen im Bauhauptgewerbe in Westdeutschland sei es an der Zeit, dass sich das Image der Bauberufe wandle. Andere Branchen hätten längst gezeigt, dass Frauen auch in vermeintlichen „Männerberufen" erfolgreich arbeiten können. „Es gibt keinen Grund, warum das nicht auch am Bau gelingen sollte", so IG BAU-Vorstand Bärbel Feltrini.

Die IG BCE informiert mit der Broschüre „Nanomaterialien: Herausforderung für den Arbeits- und Gesundheitsschutz" über den sicheren Umgang mit Nanotechnik – Zielgruppe sind vor allem Betriebsräte.

Die GdP fühlt sich in ihren Positionen zur Terrorismusbekämpfung im Internet durch die Bundesanwaltschaft bestätigt. Die GdP teile die Einschätzung der Bundesanwaltschaft, dass sich Internetpropaganda zu einem wesentlichen Instrument für den internationalen Terrorismus entwickelt habe.

Callcenter

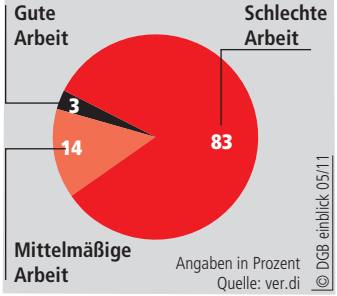
Beschäftigte unter Druck

Einen besonders guten Ruf hatte die Callcenter-Branche noch nie, wenn es um Arbeitsbedingungen der Beschäftigten geht. Jetzt belegt eine ver.di-Umfrage unter Callcenter-MitarbeiterInnen, dass 83 Prozent mit ihren Arbeitsbedingungen sehr unzufrieden sind. Gerade einmal drei Prozent vergeben das Urteil „Gute Arbeit", 14 Prozent finden ihre Arbeitsbedingungen mittelmäßig. Die ver.di-Studie basiert auf einer Branchenauswertung des „DGB-Index Gute Arbeit". Sie zeigt, dass den überwiegend weiblichen Callcenter-Beschäftigten in ihrem Job vor allem Anerkennung fehlt. Viele fühlen sich ausgebrannt (79 Prozent) und finden keine richtige Erholung (67 Prozent). 69 Prozent erleben ihre Arbeitssituation als „frustrierend". Zwei Drittel der Befragten glauben, unter ihren heutigen Arbeitsbedingungen nicht bis zur Rente durchzuhalten. Der ver.di-Experte für die Branche Ulrich Beiderwieden fordert deshalb: „In den Unternehmen muss ein besserer Arbeits- und Gesundheitsschutz durchgesetzt werden." ●

www.einblick.dgb.de/hintergrund

Schlechte Arbeit im Callcenter

Umfrage unter ver.di-Mitgliedern in branchenunabhängigen Callcentern auf der Grundlage des DGB-Index Gute Arbeit, 2009



Eine verschwindend geringe Zahl von gerade einmal drei Prozent aller befragten Callcenter-MitarbeiterInnen bezeichnet ihre Arbeitsbedingungen als „Gute Arbeit". Viele haben Zweifel, ob sie bis zur Rente durchhalten können.

Akademie der Arbeit

Jetzt bewerben

Noch bis zum 31. März können sich interessierte Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer für das anstehende Studienjahr 2011/2012 an der Europäischen Akademie der Arbeit (EAdA, vormals AdA) bewerben. Die Bewerbungsunterlagen sollten den persönlichen, schulischen und beruflichen Werdegang dokumentieren. Ein Studium an der EAdA richtet sich an Berufstätige mit abgeschlossener Berufsausbildung oder mit gleichwertiger Berufserfahrung. Die BewerberInnen sollten zwischen 21 und 35 Jahren alt, gesellschaftspolitisch interessiert und sozial engagiert sein – etwa im Betriebsrat oder in der Selbstverwaltung. ●

www.akademie-der-arbeit.de

Kampf gegen Rassismus

Respekt zeigen

Die IG Metall unterstützt die Initiative „Respekt! Kein Platz für Rassismus". Diese macht sich seit einem Jahr stark im Kampf gegen Intoleranz, Rassismus und Diskriminierung. Gemeinsam mit der IG Metall soll die Botschaft der Initiative nun in Betriebe und Unternehmen getragen werden.

Respekt sei „unabdingbar mit der Menschenwürde verbunden", betont Bertin Eichler, Hauptkassierer der IG Metall und neuer Botschafter der Initiative. IG Metall-Mitglieder, Beschäftigte und Betriebsräte sollen motiviert werden, die Ziele der Initiative offensiv zu vertreten und umzusetzen. Zum Beispiel mit Betriebsvereinbarungen, in der Aus- und Weiterbildung und als Thema in Betriebsversammlungen. Eichler kündigte an, dass das Engagement gegen Intoleranz, Rassismus und Diskriminierung noch stärker in der gewerkschaftlichen Bildungsarbeit verankert werden soll. Schirmherrin der Initiative ist Steffi Jones, Präsidentin des Organisationskomitees für die Frauenfußball-WM 2011. Botschafter sind unter anderem der Schauspieler Peter Lohmeyer und der Journalist Günter Wallraff. ●

www.respekt.tv



Gleichbehandlung ganz konkret: Die Gleichstellung von Frauen und Männern in der Arbeitswelt ist bei weitem noch nicht verwirklicht. Über das Ziel sind sich alle einig, wenn es aber um konkrete Maßnahmen geht, bleibt es auch im betrieblichen Umfeld allzu oft bei Absichtserklärungen. Vier Autorinnen, darunter **Petra Ganser** und **Kerstin Jerchel** von der ver.di-Bundesverwaltung, schließen mit dem ***PraxisHandbuch Gleichbehandlung*** jetzt diese Lücke. Zu konkreten Aspekten der Arbeitswelt zeigen sie jeweils, wie betriebliche AkteurInnen Ungleichbehandlung aufdecken und im zweiten Schritt Gleichbehandlung herstellen können: vom Arbeitsentgelt bis zu Zulagen. Ergänzend zum Buch bietet ver.di online zehn Checklisten, die helfen, die Gleichstellungssituation im Betrieb zu beurteilen (*www.einblick.dgb.de/links*).

Petra Ganser, Kerstin Jerchel, Andrea Jochmann-Döll, Karin Tondorf, PraxisHandbuch Gleichbehandlung, VSA Verlag 2011, 416 S., 24,80 Euro.

Wirtschaft in der Schule

Mehr als Kennzahlen

Seit geraumer Zeit machen Arbeitgeber- und Wirtschaftsverbände für ein eigenständiges Unterrichtsfach „Wirtschaft" mobil. Aus Sicht der Gewerkschaften ist ihre Vorstellung von wirtschaftlicher Kompetenz zu einseitig und lässt politische und soziale Zusammenhänge außen vor. Sie fordern stattdessen eine umfassende sozioökonomische Bildung.



In der Initiative Schule und Arbeitswelt machen sich der DGB und die Gewerkschaften IG BCE, GEW, IG Metall und ver.di für eine gute Schule für alle, für Chancengleichheit und Bildungsgerechtigkeit stark. Der Text auf dieser Seite ist ein gemeinsamer Beitrag der Koordinatoren der Initiative: Jeanette Klauza (DGB), Martina Schmerr (GEW), Bernd Kaßebaum (IG Metall), Gunther Steffens (ver.di), Oliver Venzke (IG BCE).

Schule soll aufs Leben vorbereiten – darin sind sich alle einig. Doch gerade beim Thema Wirtschaft zeigt sich, wie unterschiedlich – je nach politischem Standpunkt – Inhalte und Botschaften gesetzt und bewertet werden. Müssen Beschäftigte ihre eigenen Interessen den Unternehmenszielen ihres Arbeitgebers unterordnen? Sind Betriebsräte und Gewerkschaften wichtige Institutionen für einen fairen Interessenausgleich im Betrieb? Ist das Betriebsverfassungsgesetz Stütze oder Hindernis für erfolgreiches Wirtschaften? Das sind Fragen, die je nach politischem Interesse unterschiedlich beantwortet werden. Deshalb ist es wichtig, ökonomische Fragestellungen immer im sozialen Kontext zu betrachten. Das muss ein guter Unterricht an allgemeinbildenden Schulen leisten.

Vom Bankenverband bis zur Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft: **Arbeitgebernahe Institutionen und Organisationen überfluten die Schulen mit kostenlosem Unterrichtsmaterial zum Thema Wirtschaft.** Mit dem Ziel: ihr eigenes Wirtschaftsverständnis und ihre Interessen in den Schulen zu verankern. Bisherige Lehrbücher sähen die Wirtschaft zu kritisch und setzten nicht die richtigen Schwerpunkte in der ökonomischen Bildung, so ihre Argumentation. Zudem seien die SchülerInnen zu wenig auf die Arbeitswelt vorbereitet. Auch fehle ihnen wirtschaftliches Verständnis. Die chronische Unterfinanzierung des staatlichen Schulwesens macht es den Arbeitgebern leicht – ihre Unterstützung wird von den Schulen dankbar aufgenommen. Damit erhalten Wirtschaftsverbände und Unternehmen einen direkten Zugang zu den SchülerInnen. Sie können deren Verständnis von Wirtschaft und Arbeitswelt ganz in ihrem Interesse beeinflussen.

Die Bemühungen der Arbeitgeber um die Köpfe der SchülerInnen gehen aber noch weiter. Sie fordern ein eigenständiges Unterrichtsfach „Ökonomische Bildung" oder „Wirtschaft". Schon die dafür vorgeschlagenen Bildungsstandards entlarven das eigentliche Interesse: Ein ganzheitlicher Bildungsansatz ist nicht erkennbar. Der Handel mit Wertpapieren, das Gründen eines Unternehmens oder die Gestaltung einer privaten Finanz- und Altersversorgung sind zwar wichtige Kenntnisse, aber sie greifen zu kurz. Die reale Wirtschaftswelt ist mehr als das rein betriebswirtschaftliche Nutzenkalkül.

Statt eines eindimensional strukturierten Fachs „Wirtschaft" ist vielmehr eine **sozioökonomische Bildung** in der Schule wichtig, **die auf Selbsterkenntnis, kritisch reflektiertem Handeln und sozialer wie auch ökologischer Verantwortung basiert.** SchülerInnen sollen lernen, eigene Vorstellungen von einem guten Leben und ihren Anforderungen an die Wirtschaftswelt zu entwickeln. Sie müssen mit den wichtigen Problemen der Gesellschaft, der Umwelt und der Wirtschaft konfrontiert werden und unterschiedliche Lösungsstrategien und Handlungsmöglichkeiten kennenlernen. Unterrichtsmaterial für allgemeinbildende Schulen muss so gestaltet sein, dass es eine ganzheitlich ausgerichtete sozioökonomische Bildung vermitteln kann.

Der DGB und die Mitgliedsgewerkschaften wollen, dass SchülerInnen optimal auf das Arbeitsleben vorbereitet sind. Sie sollen ihren beruflichen und privaten Lebensweg aktiv und eigenverantwortlich gestalten können. Dazu gehört auch, dass sie schon vor der Berufswahl wissen, welche unterschiedlichen Interessen es in der Wirtschaft gibt. Und bereits vorm Eintritt ins Arbeitsleben erfahren haben, dass Gewerkschaften und Betriebsräte die Interessen der Beschäftigten in der Wirtschaft vertreten. Die Initiative Schule und Arbeitswelt setzt sich deshalb dafür ein, dass Betriebsräte, Jugend- und AuszubildendenvertreterInnen und aktive GewerkschafterInnen mit Vorträgen, Projekttagen oder Einladungen in das eigene Unternehmen SchülerInnen die andere Wirklichkeit der Wirtschaft – jenseits der betriebswirtschaftlichen Kennzahlen – vermitteln. •

Tagung zum Thema

„Was unsere Kinder über Wirtschaft denken!" ist der Titel einer Arbeitstagung der Hans-Böckler-Stiftung und der Initiative Schule und Arbeitswelt am 8./9. April in Bad Münder. Über das Thema ökonomische Bildung in allgemeinbildenden Schulen diskutieren die TeilnehmerInnen u.a. mit dem Soziologen Prof. Oskar Negt und dem Wirtschaftswissenschaftler Dr. Achim Truger. Vorgestellt wird auch die wissenschaftliche Expertise „Für eine bessere ökonomische Bildung!".

Mehr Infos: ***www.einblick.dgb.de/hintergrund***

Hintergrundinfos

Die IG Metall-Publikation „Wirtschaft in der Schule" gibt vertiefende Informationen über die Auseinandersetzung um die ökonomische Bildung in den allgemeinbildenden Schulen.

Download: ***www.einblick.dgb.de/hintergrund***

Initiative Schule und Arbeitswelt

Mehr Infos zur Initiative Schule und Arbeitswelt gibt es auf ihrer neu gestalteten Internetseite – von Beispielen für regionale gewerkschaftliche Initiativen bis zu einer Übersicht über gewerkschaftliche Unterrichtsmaterialien zu verschiedenen Themen.

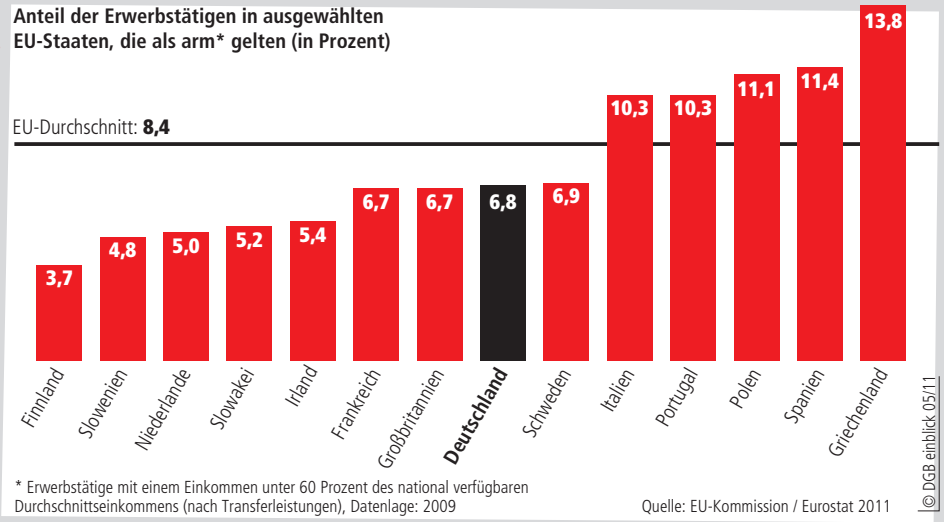
www.schule.dgb.de

DIES & DAS

die DGB grafik

EUROPA: 17 Millionen arm trotz Arbeit

17 Millionen Menschen in der EU gelten als „arm", obwohl sie erwerbstätig sind. Das entspricht über acht Prozent aller erwerbstätigen EU-Bürger, wie der Bericht einer ExpertInnengruppe im Auftrag der EU-Kommission zeigt. Im Rahmen der neuen EU-Strategie „Europa 2020" soll die Zahl der von Armut bedrohten EU-Bürger deutlich gesenkt werden. Für Deutschland konstatiert der Bericht, dass das Fehlen eines allgemeinen Mindestlohns zu Einkommensgruppen mit Löhnen unter der Armutsschwelle führe.



* Erwerbstätige mit einem Einkommen unter 60 Prozent des national verfügbaren Durchschnittseinkommens (nach Transferleistungen), Datenlage: 2009

Quelle: EU-Kommission / Eurostat 2011

14 TAGE

mehr Infos: www.einblick.dgb.de

14.-27.3. Internationale Wochen gegen Rassismus

15.3. Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung (IMK), Forum „Hat der Euroraum eine Zukunft?", Berlin

18.3. DGB-Bildungswerk, Tagung „Migrationspolitik ist Sozialpolitik", Düsseldorf

19.3. DGB, zentrale Veranstaltung „100 Jahre Internationaler Frauentag", Berlin

20.3. Landtagswahl in Sachsen-Anhalt

21./22.3. IG Metall, Bundesangestelltenkonferenz, Sprockhövel

22./23.3. Hans-Böckler-Stiftung, Fachtagung „Betriebliche Altersversorgung", Berlin

23.-25.3. DGB-Bildungswerk, Seminar „Gute Arbeit – Konfliktmanagement gegen Mobbing", Hattingen

23.-26.3. IG Metall, Bundesjugendkonferenz, Sprockhövel

24./25.3. Hans-Böckler-Stiftung, 8. Hans-Böckler-Forum zum Arbeits- und Sozialrecht, Berlin

25.3. „Equal Pay Day", Tag der Entgeltgleichheit von Frauen und Männern

27.3. Landtagswahlen in Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz, Kommunalwahl in Hessen sowie Volksabstimmung in Hessen zur „Schuldenbremse"

IMPRESSUM *einblick* erscheint vierzehntäglich **Herausgeber:** DGB **Verlag:** Graewis Verlag GmbH **GeschäftsführerInnen:** Anne Graef, Dr. Peter Wilke **Redaktion:** Anne Graef (verantw.), Sebastian Henneke, Timm Steinborn **Redaktionelle Mitarbeit:** Udo Böhlefeld, Luis Ledesma **Redaktionsanschrift:** Wallstraße 60, 10179 Berlin, Tel. 030/30882 4-0, Fax 030/30882420, Internet: www.einblick.dgb.de, E-Mail: redaktion@einblick.info **Anzeigen:** Bettina Mützel, Tel. 030/859946-240, Fax 030/859946-100, E-Mail: bettina.muetzel@berlin.de **Layout:** zang.design **Infografik:** Klaus Niesen **Druck und Vertrieb:** PrintNetwork Berlin **Abonnements:** Änderungen schriftlich an Redaktion *einblick* (Adresse s.o.)
Nachdruck frei für DGB und Gewerkschaften bei Quellenangabe und zwei Belegexemplaren. Alle Anderen nur nach schriftlicher Genehmigung durch den Verlag. Nachdruck von namentlich gezeichneten Artikeln nur nach Genehmigung durch Verlag und Autor.

Tipp

***Buch:* Michael Kittner, *Arbeits- und Sozialordnung – Gesetzestexte, Einleitungen, Anwendungshilfen*, Bund-Verlag, Frankfurt/M. 2011, 1685 Seiten, 26,90 Euro**

Der aktualisierte „Kittner" – das juristische Standardwerk für alle Betriebsräte und GewerkschafterInnen – ist in der aktuellen Auflage für 2011 erschienen. Grundlage des Werks sind wieder über 100 für die betriebliche Praxis relevante Gesetze und Verordnungen im Wortlaut: vom Betriebsverfassungsgesetz bis zur Zivilprozessordnung – alles auf dem neuesten Stand. Außerdem können Kittner-LeserInnen in der Online-Datenbank aktuelle Urteile und die neuesten Infos zum Arbeits- und Sozialrecht abrufen – den Zugangscode gibt's im Buch.

***Buch:* Thomas Lakies und Annette Malottke, *BBiG – Berufsbildungsgesetz*, Bund-Verlag, Frankfurt/M. 2011, 884 Seiten, 79,90 Euro**

In vierter Auflage ist aktuell der Kommentar zum Berufsbildungsgesetz beim Bund-Verlag erschienen. Das Werk erläutert umfassend und praxisnah das Recht der Berufsausbildung, der beruflichen Fortbildung und beruflichen Umschulung – und das nicht nur für Volljuristen. Alle rechtlichen Details vom Vertrag über die Vergütung bis hin zur Prüfungsordnung werden erklärt. Außerdem Teil des Bandes: ein Kurzkommentar des Jugendarbeitsschutzgesetzes.

Schlusspunkt.

„Die CSU war auch nicht prägende Kraft der deutschen Geschichte. Trotzdem ist sie heute eine gesellschaftliche Realität, mit der wir umgehen müssen."

FDP-Generalsekretär Christian Lindner über die Äußerung des neuen Bundesinnenministers Hans-Peter Friedrich (CSU), der Islam gehöre historisch gesehen nicht zu Deutschland.

URTEILE

Fristlose Kündigung

Verhaltensänderung bezweckt

Verzehrt ein in einem Krankenhaus langjährig beschäftigter, bislang unbescholtener Arbeitnehmer ein Stück einer übrig gebliebenen Patientenpizza sowie einen Rest einer Portion Gulasch, rechtfertigt dies keine fristlose Kündigung ohne vorherige Abmahnung.

Der Fall: Der 56-jährige Arbeitnehmer soll einen Rest Pizza und einen Rest Gulasch verzehrt haben. Er habe zulasten der Patienten Vermögensdelikte begangen und deren besondere Schutzbedürftigkeit ausgenutzt. Ohne Abmahnung kündigte der Arbeitgeber dem Arbeitnehmer nach Anhörung des Betriebsrats fristlos. Die Klage dagegen hatte Erfolg.

Das Landesarbeitsgericht: Für die Prüfung eines wichtigen Grundes für eine außerordentliche Kündigung kommt es nicht auf die strafrechtliche Würdigung des Fehlverhaltens an. Zweck der fristlosen Kündigung darf nicht die Sanktion einer Vertragsverletzung sein, vielmehr dient sie der Vermeidung des Risikos weiterer arbeitsvertraglicher Verstöße. Bei den Vorwürfen des unerlaubten Verzehrs von Essensresten handelt es sich allenfalls um ein geringfügiges Eigentumsdelikt. Bei einem steuerbaren Verhalten ist eine vorherige Abmahnung nur dann entbehrlich, wenn eine Verhaltensänderung trotz Abmahnung nicht zu erwarten ist oder es sich um eine schwere Pflichtverletzung handelt.

Landesarbeitsgericht Schleswig-Holstein,
Urteil vom 29. September 2010 - 3 Sa 233/10,

Betriebsratswahlen

Vorbereitungen während der Arbeitszeit

Bereitet ein Arbeitnehmer in einem betriebsratslosen Betrieb die Einladung für die Wahlversammlung eines Wahlvorstandes während der Arbeitszeit vor, kann er nicht vom Arbeitgeber abgemahnt werden.

Der Fall: Die 35-jährige Arbeitnehmerin, als Sachbearbeiterin in einem Betrieb ohne Betriebsrat tätig, fasste gemeinsam mit zwei Kollegen den Entschluss, eine Wahlversammlung zur Betriebsratsgründung einzuberufen. In einem Schreiben forderten sie den Arbeitgeber unter Hinweis auf die Wahlordnung auf, ihnen die für die Wählerliste erforderlichen Unterlagen zukommen zu lassen. Nachdem der Geschäftsführer die Firmenbezeichnung moniert hatte, führte die Sachbearbeiterin ein kurzes Telefonat mit einem der Kollegen, der die Anschrift korrigierte. Vier Tage später mahnte der Arbeitgeber die Arbeitnehmerin ab, sie habe während der Dienstzeit Tätigkeiten ausgeführt, die nichts mit ihrer originären Aufgabe zu tun hätten. Die Klage auf Entfernung der Abmahnung aus der Personalakte hatte Erfolg.

Das Arbeitsgericht: Es kann dahingestellt bleiben, ob die Arbeitnehmerin das monierte Schreiben während der Arbeitszeit verfasst und korrigiert hat. Auch wenn man die Behauptung des Arbeitgebers als wahr unterstellt, liegt keine abmahnungsreife Vertragsverletzung vor. Arbeitnehmer, die eine Betriebsratswahl vorbereiten, können nicht darauf verwiesen werden, die erforderlichen Vorbereitungsarbeiten in der Pause oder außerhalb der Arbeitszeit zu erbringen. Nach dem Gesetz sind die Mitglieder des Betriebsrats für die Durchführung der erforderlichen Betriebsratsaufgaben von der Arbeitsleistung zu befreien. Gleiches muss auch für die eine Wahlversammlung einberufenden Arbeitnehmer gelten. Die Arbeitnehmerin ist dabei keiner privaten Tätigkeit nachgegangen.

Arbeitsgericht Kiel,
Urteil vom 16. September 2010 - 5 Ca 1030 d/10

Hartz IV

Job-Center zahlt kein Fernsehgerät

Erstausstattungen für die Wohnung einschließlich Haushaltsgeräten sind nicht von der Regelleistung umfasst. Sie werden gesondert erbracht. Zur Erstausstattung einer Wohnung gehören wohnraumbezogene Gegenstände, die für eine geordnete Haushaltsführung erforderlich sind. Hierzu zählt ein Fernsehgerät nicht. Es ist weder ein Einrichtungsgegenstand noch ein Haushaltsgerät.

Bundessozialgericht,
Urteil vom 24. Februar 2011 - B 14 AS 75/10 R

Freiwillige Zulage

Betriebsrat nicht unter Druck setzen

Es ist zwar nicht zu beanstanden, wenn der Arbeitgeber der Belegschaft einen finanziellen Anreiz, d.h. die Zahlung einer freiwilligen Zulage, für die Zustimmung des Betriebsrats zu bestimmten Arbeitszeiten in Aussicht stellt. Der Betriebsrat wird jedoch in seiner Entscheidungsfreiheit unzulässig beeinträchtigt, wenn der Arbeitgeber die Prämienzahlung für längere Ladenöffnungszeiten mit der Voraussetzung verknüpft, dass die zugrunde liegende befristete Betriebsvereinbarung unbefristet abgeschlossen wird.

Landesarbeitsgericht Hamburg,
Beschluss vom 20. Dezember 2010 - 7 TaBV 4/10

Betriebsübergang

Widerspruch ist an Fristen gebunden

Lässt der Arbeitnehmer nach der Information über den Betriebsübergang 38 Monate untätig vergehen, hat er sein Widerspruchsrecht verwirkt. Das gilt auch, wenn die Information des Betriebsveräußerers unzureichend war.

Landesarbeitsgericht München,
Urteil vom 12. Januar 2011 - 11 Sa 658/10

Ausbildungsvergütung

Tarifvertrag ist maßgebend

Bei der Vereinbarung einer angemessenen Ausbildungsvergütung nicht tarifgebundener Vertragsparteien eines Ausbildungsverhältnisses ist grundsätzlich auf den einschlägigen Tarifvertrag abzustellen. Unterschreitet die Vereinbarung 80 v.H. der nach dem Tarifvertrag zu zahlenden Ausbildungsvergütung, ist diese als nicht mehr angemessen anzusehen. Der Ausbilder hat dann im Streitfall nicht die auf 80 v.H. zu erhöhende, sondern die tarifliche Vergütung zu zahlen.

Sächsisches Landesarbeitsgericht,
Urteil vom 16. November 2010 – 7 Sa 254/10

Religiöse Überzeugung

Rechtfertigt keine Arbeitsverweigerung

Weigert sich ein Arbeitnehmer aus religiösen Gründen, eine Arbeitsaufgabe zu erfüllen, zu der er sich vertraglich verpflichtet hat, kann dies eine Kündigung durch den Arbeitgeber rechtfertigen. Voraussetzung ist, dass keine naheliegenden anderen Beschäftigungsmöglichkeiten bestehen.

Bundesarbeitsgericht,
Urteil vom 24. Februar 2011 - 2 AZR 636/09 -

einblick
gewerkschaftlicher Info-Service vom 28.03.2011 6/11

DGB

inhalt

Seite 3
Undemokratisch
Immer mehr deutsche Unternehmen versuchen, mitbestimmte Aufsichtsräte mit ausländischen Gesellschaftsformen zu umgehen

Seite 5
Umbruch
Der Zeitungsmarkt ist massiven Veränderungen ausgesetzt, die Verkaufszahlen sinken. Den Druck geben die Verlage vor allem an die Beschäftigten weiter

Seite 7
Unsozial
Der auf EU-Ebene geplante „Pakt für den Euro" wird dramatische Folgen für den Sozialstaat haben, warnt DGB-Vorstand Claus Matecki

Energiepolitik

Der Atomausstieg ist alternativlos

Atomkraft hat keine Zukunft – davon sind der DGB und die Gewerkschaften überzeugt. Nicht erst seit der Katastrophe in Japan: Von Anfang an haben sie den Atomkonsens der rot-grünen Regierung von 2000, der einen schrittweisen Ausstieg aus der Kernenergie vorsieht, mitgetragen und unterstützt. Mit einem eigenen Aufruf haben sie deshalb auch für die vier Großdemonstrationen zum Atomausstieg am 26. März mobilisiert. Die DGB-Gewerkschaften fordern: „Atomenergie stoppen – sichere Energieversorgung schaffen!"

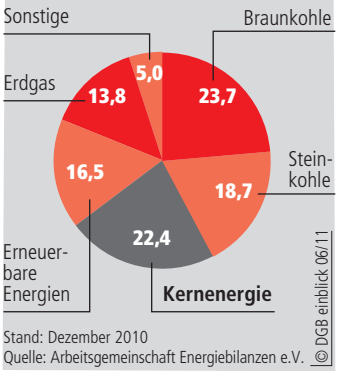
Mit tiefer Bestürzung und Solidarität haben die Gewerkschaften auf die Katastrophe in Japan reagiert. Viele Gewerkschaften haben Spendenaufrufe gestartet (siehe Randspalte unten). Gleichzeitig sind sie sich einig, dass der Atom-GAU in Fukushima einen radikalen Wandel in der deutschen Energiepolitik erfordert. „In Deutschland verantwortlich zu handeln, bedeutet jetzt: Raus aus der Atomenergie!", heißt es im DGB-Aufruf zu den Aktionen am 26. März. Die Atomenergie sei als Brückentechnologie in das Zeitalter der regenerativen Energien nicht geeignet. Die Fukushima-Katastrophe zeigte, dass Kernenergie nirgendwo auf der Welt kontrolliert werden kann, erklärt der DGB-Vorsitzende Michael Sommer und betont: „Nur der Ausstieg aus der Atomkraft ist alternativlos!"

Als „bestenfalls ersten Schritt in die richtige Richtung" bewertet der IG BCE-Vorsitzende Michael Vassiliadis das schwarz-gelbe Moratorium zur Laufzeitverlängerung von Atomkraftwerken. Dem müssten rasch weitere folgen. In einem ver.di-Positionspapier heißt es: „Notwendig ist aus unserer Sicht ein umfassendes Energiekonzept, das sowohl den künftigen Energiemix erfasst als auch Fragen einer nachhaltigen Versorgungsstruktur, der Investitionen, der Netze und der Sicherheit berücksichtigt." Michael Sommer stellt klar: „Man muss aus der Atomenergie aussteigen: nicht weil man Industrie bekämpft. Sondern im Gegenteil: weil man andere Formen finden muss, wie Deutschland ein Industrieland bleiben kann." Die Gewerkschaften fordern, den Ausbau der erneuerbaren Energien mehr zu fördern, Netzkapazitäten und Kraftwerksportfolio auszubauen und Energieeffizienz als größte bisher ungenutzte Energiequelle stärker zu nutzen.

Aus Sicht der Gewerkschaften lässt sich die Energiewende nur in einem breiten gesellschaftlichen Konsens bewältigen. Ihre Bereitschaft, daran mitzuwirken, haben sie längst erklärt. Kanzlerin Angela Merkel hat den IG BCE-Vorsitzenden in ihre Ethik-Kommission zur Atomkraft berufen. „Es ist gut, dass die Bundesregierung der Versuchung widerstanden hat, die Kommission nur unter dem Gesichtspunkt politischer Opportunität zusammenzustellen", so Vassiliadis. •

Nicht mal ein Viertel aus Atomkraft

Anteile der Energieträger an der Stromerzeugung 2010 (in Prozent)



Stand: Dezember 2010
Quelle: Arbeitsgemeinschaft Energiebilanzen e.V.

Deutschland erzeugt mehr Strom, als hierzulande verbraucht wird – im ersten Quartal 2010 etwa betrug der Überschuss knapp sieben Prozent. Die Gewerkschaften sind überzeugt: Mit einem konsequenten Umsteuern in der Energiepolitik lassen sich die Kapazitäten aller 17 deutschen Kernkraftwerke in den nächsten Jahren ersetzen.

plusminusBERLIN

+ ***Sabine Zimmermann (DIE LINKE) kauft den Arbeitgebern der Ingenieurberufe ihre „Phantomdebatte" über einen Fachkräftemangel nicht ab: „Sie wollen sich damit lediglich aus der Verantwortung stehlen, tariflich abgesicherte und gut bezahlte Arbeitsplätze anzubieten."***

– ***Steuerhinterzieher könnten sich „nicht mehr darauf verlassen", dass sie mit einer Selbstanzeige „noch bequem das rettende Ufer" erreichen, erklärt Klaus-Peter Flosbach (CDU) das neue Schwarzgeldbekämpfungsgesetz. Darauf verlassen nicht, möglich bleibt es aber trotzdem.***

Der Surf-Tipp fürs Internet

http://bit.ly/greeneconomy
Blog des Internationalen Gewerkschaftsbunds zu den Themen Klimawandel und „Green Economy"

Hintergrund

www.einblick.dgb.de/hintergrund
Aktuelle Positionen der Gewerkschaften zum Atomausstieg
Solidarität mit Japan: Die Spendenaufrufe der Gewerkschaften

Bundeswehrreform

Freiwilligendienste falsch angelegt

Die DGB-Jugend hat Mitte März anlässlich einer Anhörung im Bundestag erneut ihre Ablehnung gegenüber dem von der Bundesregierung geplanten Bundesfreiwilligendienst (BFD) bekräftigt. Mit dem BFD will Schwarz-Gelb den durch das Aussetzen der Wehrpflicht wegfallenden Zivildienst zumindest teilweise kompensieren.

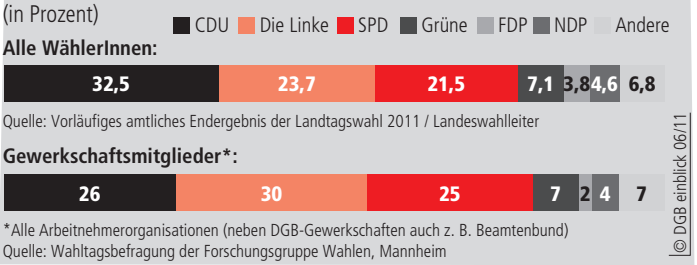
Anders als der Zivildienst richtet sich der BFD aber ausdrücklich an „Menschen jeden Alters". Der DGB befürchtet deshalb, dass mit dem neu geschaffenen öffentlichen Dienstverhältnis BFD ein „weiterer Schritt zur Prekarisierung von Arbeitsverhältnissen getan wird". Die DGB-Jugend übte besondere Kritik an der geringen Bezahlung (324 Euro monatlich in West-, 273 Euro in Ostdeutschland). „Das führt dazu, dass soziale Einrichtungen auch weiterhin in der Regel mit diesen für sie fast kostenlosen Arbeitskräften kalkulieren, statt reguläre Beschäftigung zu schaffen", kritisiert DGB-Bundesjugendsekretär René Rudolf.

Im Zuge der geplanten Bundeswehrreform könnten auch künftige SoldatInnen schlechter gestellt werden. Hintergrund ist der in der Reform angedachte „freiwillige Wehrdienst" (FWDL). Damit entstünde eine „neue Rechtskonstruktion" unterhalb der heute üblichen Dienstverhältnisse, heißt es in einer Stellungnahme des DGB. Es bestehe die Gefahr, dass „geregelte Besoldungsnormen" unterlaufen würden. Außerdem sei die Einführung eines „freiwilligen Wehrdienst" gar nicht nötig. Für einen Kurzzeitdienst in der Bundeswehr reichen nach Auffassung des DGB alle Regelungen des bereits existierenden Dienstverhältnisses eines Soldaten auf Zeit völlig aus. •

www.einblick.dgb.de/hintergrund

Gewerkschafter setzen eigene Akzente

Zweitstimmen bei der Landtagswahl in Sachsen-Anhalt vom 20. März 2011 (in Prozent)



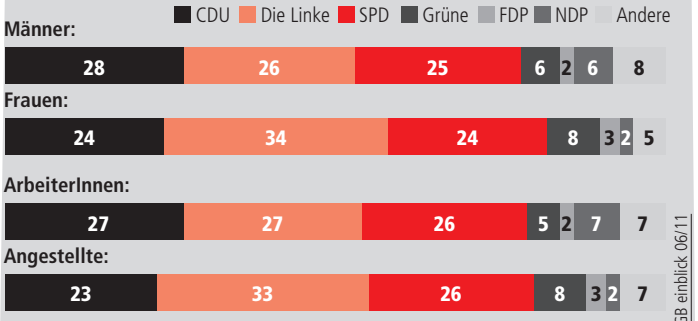
Quelle: Vorläufiges amtliches Endergebnis der Landtagswahl 2011 / Landeswahlleiter

*Alle Arbeitnehmerorganisationen (neben DGB-Gewerkschaften auch z. B. Beamtenbund)
Quelle: Wahltagsbefragung der Forschungsgruppe Wahlen, Mannheim

Bei der Landtagswahl in Sachsen-Anhalt bleibt die SPD auch unter den gewerkschaftlich organisierten WählerInnen mit einem Stimmenanteil von 25 Prozent die Nummer drei. 30 Prozent der GewerkschafterInnen wählten Die Linke, 26 Prozent die CDU.

Rechte Sprüche ziehen bei Frauen nicht

Zweitstimmen von Gewerkschaftsmitgliedern* bei der Landtagswahl 2011 in Sachsen-Anhalt nach Geschlecht und Arbeitnehmerstatus (in Prozent)



*Alle Arbeitnehmerorganisationen (neben DGB-Gewerkschaften auch z. B. Beamtenbund)
Quelle: Wahltagsbefragung der Forschungsgruppe Wahlen, Mannheim

Der NPD ist es nicht gelungen, in Sachsen-Anhalt in den Landtag einzuziehen – auch dank einer Wahlbeteiligung, die mit 51,2 Prozent immerhin deutlich höher war als bei der letzten Landtagswahl 2006 (44,4 Prozent). Besorgnis erregend ist dennoch, welchen Zuspruch die rechtsextreme Partei in einigen Wählergruppen erhielt. So stimmten 10 Prozent der Arbeitslosen, 11 Prozent der Hartz-IV-Empfänger sowie 12 Prozent der unter 30-Jährigen für die NPD. Punkten konnten die Rechtsextremen vor allem bei den jungen Männern in Sachsen-Anhalt: 17 Prozent von ihnen wählten am 20. März NPD. Aber auch gewerkschaftlich organisierte WählerInnen sind nicht immun gegen die rechte Propaganda: Sieben Prozent der organisierten ArbeiterInnen und sechs Prozent der männlichen Gewerkschaftsmitglieder machten ihr Kreuz bei der NPD.

Schuldenbremse

Bau-Tarifpartner warnen

Die Tarifpartner der Baubranche haben anlässlich der anstehenden Beratungen des Bundeskabinetts zum Haushalt 2012 eine deutlich höhere gesamtwirtschaftliche Investitionsquote gefordert. Dazu müsse auch der Bund mit öffentlichen Investitionen seinen Beitrag leisten, heißt es in einer gemeinsamen Erklärung der IG BAU, des Hauptverbands der Deutschen Bauindustrie und des Zentralverbands des Deutschen Baugewerbes. In den Jahren 2009 bis 2011 habe es zwar aufgrund der Konjunkturprogramme einen staatlichen Investitionsschub gegeben, die staatliche Investitionsquote müsse aber nachhaltig stabilisiert werden.

Bauindustrie-Präsident Herbert Bodner warnte in diesem Zusammenhang vor der inzwischen im Grundgesetz verankerten Schuldenbremse. Die damit verbundenen Einsparmaßnahmen dürften nicht „einseitig zu Lasten der staatlichen Investitionstätigkeit gehen", so Bodner.

Die drei Verbände fordern außerdem, auch 2012 die notwendigen Fördermittel für energetische Gebäudesanierung zur Verfügung zu stellen. Ein Teil der Mittel sollte nach den Plänen der schwarz-gelben Bundesregierung aus dem „Energie- und Klimafonds" kommen, der sich aus den abgeschöpften Gewinnen der Atomkonzerne in Folge der Laufzeitverlängerung speist. Nach dem Moratorium zur Laufzeitverlängerung stehen die geplanten 500 Millionen Euro für Gebäudesanierung aus dem Fonds jetzt auf der Kippe. „Wir erwarten von der Regierung die klare Zusage, dass die 500 Millionen unabhängig von den Laufzeiten der Atomkraftwerke in die Förderung der CO_2-Sanierung fließen", so der IG BAU-Vorsitzende Klaus Wiesehügel. •

Gesundheit

Kopfpauschale kippen

Das vom DGB ins Leben gerufene Bündnis „Köpfe gegen Kopfpauschale" setzt seine Unterschriftenaktion gegen die von der Koalition beschlossene Gesundheitsreform fort. „Der Protest gegen die Kopfpauschale ist keine Eintagsfliege, sondern quicklebendig. Wir wollen die Kopfpauschale kippen, bevor sie die Menschen trifft", erklärte DGB-Vorstandsmitglied Annelie Buntenbach. Derzeit läuft eine Petition des Bündnisses beim Deutschen Bundestag, die bereits von knapp 150 000 BürgerInnen unterstützt wird. Am 9. Mai findet eine öffentliche Anhörung im Petitionsausschuss des Bundestags statt. Bis dahin kann die Petition weiter unterzeichnet werden. •

www.stoppauschale.de

Flucht aus der Unternehmensmitbestimmung

Ungerecht und undemokratisch

Immer mehr deutsche Unternehmen umgehen mit teilweise exotischen ausländischen Gesellschaftsformen die Mitbestimmung. Der DGB fordert, das Mitbestimmungsgesetz auszuweiten.

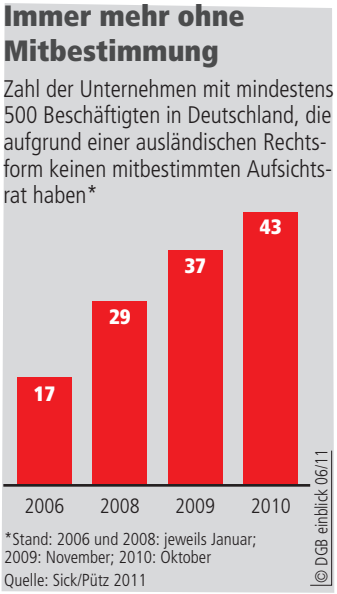
Seit 2006 hat sich die Zahl deutscher Unternehmen, die mit ausländischen Unternehmensformen mitbestimmte Aufsichtsräte umgehen, mehr als verdoppelt. Das belegt eine Untersuchung der Hans-Böckler-Stiftung (HBS). Möglich wird das unter anderem durch die gängige Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs, der die Niederlassung ausländischer Kapitalgesellschaften aus der EU und aus dem Europäischen Wirtschaftsraum in Deutschland zulässt. Auch in Deutschland tätige Unternehmen können sich einer „Scheinauslandsgesellschaft" bedienenen. Offiziell sind sie dann eine britische „Limited", eine niederländische „B.V." oder eine luxemburgische „AG & Co. KG". Prominente Beispiele: die Fluggesellschaft Air Berlin, das Logistikunternehmen Kühne+Nagel oder die Drogeriemarktkette Müller.

Seit mehreren Jahren beobachten Sebastian Sick und Lasse Pütz, HBS-Experten für Unternehmensrecht, diese Entwicklung. Inzwischen zählen sie 43 „Exoten-Unternehmen" mit mehr als 500 Beschäftigten in Deutschland, die eigentlich unter die deutschen Gesetze zur Unternehmensmitbestimmung fallen würden. Dies sei zwar keine „groß angelegte Flucht aus der Mitbestimmung", meinen Sick und Pütz. Aber angesichts der deutlich steigenden Zahlen könne von „Zufälligkeit nicht mehr die Rede sein".

In der Tat: Manche Unternehmer, wie Air Berlin-Gründer und -Vorstandschef Joachim Hunold, machen kaum einen Hehl daraus, dass die gewählte Unternehmensform (im Fall von Air Berlin eine britische „PLC") dazu dient, die Arbeitnehmerbeteiligung zu umgehen. So sei man „flexibler", erklärte Hunold beim Börsengang. Weiteres Beispiel: Die deutsche Tochter des schwedischen Bekleidungshändlers H&M war zunächst eine GmbH – bis sich die Betriebsräte für einen mitbestimmten Aufsichtsrat einsetzten. Bevor der Realität werden konnte, wechselte H&M schnell die Gesellschaftsform und ist heute eine „B.V. & Co. KG". Auch an professioneller Beratung für solche Fälle mangelt es den Unternehmen nicht: Ein Partner der international tätigen Kanzlei McDermott, Will & Emery warb bereits 2008 in der *FAZ* damit, dass die „Europäisierung des Gesellschaftsrechts" Gestaltungsspielräume geschaffen habe, „durch die sich Mitbestimmung vermeiden lässt".

Schon die 2005 eingesetzte zweite „Biedenkopf-Kommission", die im Auftrag der Bundesregierung Vorschläge zur Zukunft der Unternehmensmitbestimmung ausarbeiten sollte, hatte diese Problematik erkannt. Die wissenschaftlichen Mitglieder der Kommission hielten die Zahl der konkreten Fälle von „Mitbestimmungsflucht" damals aber für so gering, dass sie dem Gesetzgeber lediglich empfahlen, „die Bildung solcher Unternehmen aufmerksam zu beobachten" und gegebenenfalls Maßnahmen zum Schutz der deutschen Mitbestimmung zu treffen.

Für diesen Schutz setzt sich der DGB ein. Die Delegierten des DGB-Bundeskongresses forderten bereits im Mai 2010, den Geltungsbereich des deutschen Mitbestimmungsgesetzes auch auf Gesellschaften mit ausländischer Rechtsform auszuweiten, die einen Verwaltungssitz in Deutschland haben. „Die Scheinauslandsgesellschaften unterliegen nur deshalb nicht der Unternehmensmitbestimmung, weil es dieses Phänomen früher so nicht gab und es daher auch nicht im Mitbestimmungsgesetz berücksichtigt werden konnte", erläutert Rainald Thannisch, Experte für Mitbestimmungspolitik beim DGB-Bundesvorstand. Dass Beschäftigte in solchen Gesellschaften im Gegensatz zu ihren KollegInnen in Gesellschaften mit deutscher Rechtsform keine Mitbestimmungsrechte auf Unternehmensebene hätten, sei „ungerecht und undemokratisch".



43 „Exoten-Unternehmen" hat die Hans-Böckler-Stiftung 2010 gezählt: 27 dieser Unternehmen sind deutsche „Scheinauslandsgesellschaften", weitere 16 sind Tochterfirmen und deutsche Niederlassungen ausländischer Kapitalgesellschaften.

Gegen EU-Recht würde eine Ausweitung des Mitbestimmungsgesetzes auf in Deutschland tätige Kapitalgesellschaften übrigens nicht verstoßen – das haben die wissenschaftlichen Mitglieder der Biedenkopf-Kommission bereits 2006 festgestellt. Das bestätigt auch ein für die Hans-Böckler-Stiftung angefertigtes Gutachten namhafter Rechtsprofessoren. •

Europa-GmbH

Nicht nur ausländische Kapitalgesellschaftsformen, sondern auch neue europäische Unternehmensformen könnten die Mitbestimmung unter Druck setzen, befürchtet der DGB. Vor allem die jetzt auf EU-Ebene geplante Europäische Privatgesellschaft (EPG oder „Europa-GmbH") stößt auf Kritik. Sie könnte für deutsche Unternehmen neue Möglichkeiten schaffen, sich der Mitbestimmung zu entziehen: Nach bisherigen Plänen dürfte eine Europa-GmbH ihren Satzungs- und ihren Verwaltungssitz voneinander trennen. Außerdem müssen hohe Schwellenwerte erreicht werden, ehe die Belegschaften in Europa über die Mitbestimmung mitverhandeln können. Ansonsten soll das nationale Recht gelten, das jedoch in mehreren europäischen Ländern keine Mitbestimmungsregelungen vorsieht.

„Wer die Trennung von Satzungs- und Verwaltungssitz will, nimmt in Kauf, dass der Satzungssitz dort sein wird, wo aus Sicht des Unternehmens die günstigsten Bedingungen herrschen: die niedrigsten Steuern, die geringste Mitbestimmung, kaum Berichtspflichten", befürchtet DGB-Vorstand Dietmar Hexel. „Daher fordern wir, dass in der EU zwingend der Satzungs- und Verwaltungssitz auch bei der EPG zusammenbleibt und nicht auseinanderfällt."

www.einblick.dgb.de/hintergrund

PROJEKTE UND PARTNER

Hans-Böckler-Stiftung

60 Jahre Montangesetz

Im Mai 1951 führte der Deutsche Bundestag die Montanmitbestimmung per Gesetz ein. Aus diesem Anlass laden IG BCE, IG Metall und die Hans-Böckler-Stiftung am 12. und 13. Mai zu einer Tagung nach Dortmund ein. Vorträge und Diskussionen sollen an die positiven Effekte der Montanmitbestimmung für die deutsche Wirtschaft in den vergangenen 60 Jahre erinnern. Außerdem werden GewerkschafterInnen, WissenschaftlerInnen und PolitikerInnen über die Perspektiven der Mitbestimmung in einer globalen Wirtschaft diskutieren. •

www.einblick.dgb.de/links

Fachtagung

Konfliktfeld Datenschutz

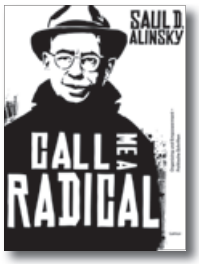
ExpertInnen sind sich einig: In Sachen Beschäftigtendatenschutz geht es der schwarz-gelben Bundesregierung eher um die Interessen der Arbeitgeber. Die „Ergänzungen" zum Bundesdatenschutzgesetz belegen das – der DGB lehnt den Gesetzentwurf deshalb ab. Für viele Betriebs- und Personalräte stellt sich dennoch die Frage: Was bedeuten die geplanten Veränderungen – wenn sie denn kommen – für unsere betriebliche Praxis? Und was müsste darüber hinaus in puncto Datenschutz getan werden?

Die tbs Berlin GmbH veranstaltet deshalb in Kooperation mit ver.di und dem DGB eine Fachtagung zum Thema „Beschäftigtendatenschutz – Konfliktfeld im Betrieb". Vom 14. bis 16. Juni berichten und diskutieren DatenschutzexpertInnen aus Gewerkschaften, Betrieben und Wissenschaft über Möglichkeiten, Arbeitnehmerdaten auf betrieblicher Ebene besser zu schützen. •

www.tbs-berlin.de



Er gilt als der erste erfolgreiche „Organizer" der Geschichte: Der in Chicago geborene „radikale Demokrat" **Saul D. Alinsky** kämpfte von den 1930er Jahren bis zu seinem Tod 1972 für die Unterdrückten und Armen in den USA. Seine Strategien stehen bis heute für Beteiligung und Massenmobilisierung von Menschen „entlang ihrer unmittelbaren Interessen". Die IG Metall hat Alinskys Schriften nun neu aufgelegt. In ***Call me a radical*** findet sich Alinskys Hauptwerk zum Organizing und zum Aufbau von Massenorganisationen.



Saul D. Alinsky, Call me a radical, Lamuv Verlag 2011, 206 S., 9,90 Euro.

Die Debatte um einen alternativen Wachstumsbegriff ist mit Einrichtung der Enquete-Kommission „Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität" auf der politischen Agenda angekommen – und auch der Buchhandel präsentiert in diesem Jahr etliche Titel zum Thema. Mit ***Wachsen ohne Wachstum*** umschreibt **Willi Fuchs,** Direktor des Vereins Deutscher Ingenieure (VDI), seine Vision für Deutschland: „Mehr Wissen, weniger Ressourcen." Bessere technische Bildung für alle – von der Hauptschule bis zur Hochschule – sei der Schlüssel, um trotz knapper Ressourcen wirtschaftlich erfolgreich zu bleiben. Fuchs' Konzepte beschränken sich nicht nur auf Ressourceneffizienz in der Industrie, sondern umfassen etwa auch energetische Gebäudesanierung oder ressourcenschonende Landwirtschaft. Als Ingenieur setzt Fuchs dafür auf ständigen technischen Fortschritt – und kommt bei seinen Lösungsansätzen für die Fachkräfteproblematik gewerkschaftlichen Positionen sehr nah: bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf, bessere Integration von MigrantInnen, bessere Möglichkeiten für „lebenslanges Lernen".

Willi Fuchs, Wachsen ohne Wachstum – weniger Ressourcen, bessere Technik, mehr Wohlstand, Carl Hanser Verlag 2011, 192 S., 19,90 Euro.



Foto: privat

„Über den Tellerrand blicken"



Aufsichtsrätin des Monats im März ist **Ute Funk.** Die gelernte Bankkauffrau setzt sich seit vielen Jahren als freigestellte Betriebsrätin bei **British American Tobacco** für die Beschäftigten ein. Seit 2007 vertritt sie auch im Aufsichtsrat die Interessen der ArbeitnehmerInnen. Mit Blick auf die Anteilseignerseite im Aufsichtsrat betont Funk: „Man muss von jedem fordern, was er leisten kann." Ihre Erfahrung lehre sie außerdem, dass Aufsichtsräte stärker über den nationalen Tellerrand hinausschauen müssen, so Funk. Welche Herausforderungen sie in der zunehmenden Internationalisierung der Wirtschaft sieht und was ihr bisher größter Erfolge im Aufsichtsrat war, erklärt sie im vorläufig letzten Fragebogen zur Aktion „Aufsichtsrat des Monats". *http://www.dgb.de/-/p0K*

interregio

••• Der ***DGB-Bezirk Nord*** hat für ein Jahr den Vorsitz des gewerkschaftlichen ***Ostsee-Netzwerkes BASTUN*** (Baltic Sea Trade Union Network) mit 22 Mitgliedsorganisationen übernommen. Der DGB-Bezirksvorsitzende Uwe Polkaehn will mit BASTUN den Kampf gegen die Folgen der Wirtschaftskrise aufnehmen. Denn besonders in den baltischen Staaten sei es zu einem starken Anstieg der Arbeitslosigkeit gekommen. Ein weiterer Arbeitsschwerpunkt von BASTUN wird in den kommenden Monaten auch die in Deutschland am 1. Mai anstehende Arbeitnehmerfreizügigkeit sein. „Die wirtschaftlichen und sozialen Unterschiede in den Ostseestaaten sind gravierend. Deshalb werden die Gewerkschaften in der Ostseeregion eng zusammen arbeiten, damit dies nicht zu Lohndumping und Sozialabbau missbraucht wird", so Polkaehn. *www.nord.dgb.de*

••• Die ***DGB-Region Bremen-Elbe-Weser*** nimmt die Programme der politischen Parteien im Vorfeld der ***Bürgerschaftswahl*** in Bremen und Bremerhaven (22. Mai) unter die Lupe. Im Rahmen einer Veranstaltungsreihe diskutiert der DGB gemeinsam mit der Arbeitnehmerkammer Bremen, dem Forum für Arbeit Bremen und dem Kirchlichen Dienst in der Arbeitswelt (KDA) die Programme der Parteien in Sachen Arbeit, Finanzen und Bildung. Den Auftakt bildet eine Diskussion am 14. April zum Thema „Gute Arbeit in Bremen". Am 19. Mai folgt die Veranstaltung „Wohin geht`s in Bremen – Wohin mit dem Geld?". *www.dgb-bremen.de*

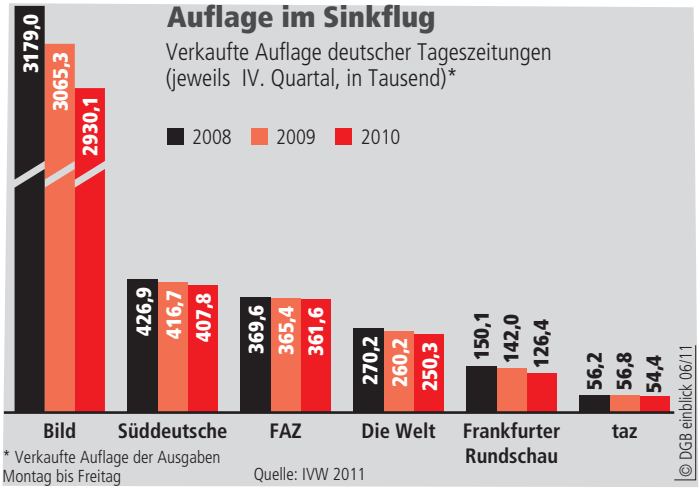
Verlage

Qualität auf dem Rückzug

Der Zeitungsmarkt ist seit Jahren massiven Veränderungen ausgesetzt. Die digitalen Medien verändern Kauf- und Leseverhalten. Anzeigen brechen weg, die Verkaufszahlen sind rückläufig, und die Verleger geben den Druck an die Beschäftigten weiter.

Die aktuellen Zahlen der Informationsgemeinschaft zur Feststellung der Verbreitung von Werbeträgern e.V. (IVW) lassen nichts Gutes ahnen. Laut IVW verzeichneten fast alle großen deutschen Tageszeitungen einen teilweise deutlichen Auflagenrückgang. Allen voran die *Frankfurter Rundschau* mit einem Minus von 10,1 Prozent bei der verkauften Auflage innerhalb eines Jahres. Aber auch *BILD* (-4,6%), *Süddeutsche Zeitung* (-1,6%), *Frankfurter Allgemeine* (-1,8%), *Die Welt* (-3,8%), das *Handelsblatt* (-1,8%), *Financial Times Deutschland* (-0,1%) und die *taz* (-3,2%) verzeichnen rückläufige Verkaufszahlen. Insgesamt sank innerhalb von zehn Jahren die verkaufte Auflage aller Zeitungen von über 28 Millionen auf rund 22 Millionen Exemplare pro Quartal.

Den dadurch entstehenden Druck geben die Verlage fast ausnahmslos an ihre Beschäftigten weiter. Arbeitsverdichtung, Personalabbau, Tarifflucht, Zusammenlegung von lokalen und regionalen Redaktionen und Umstrukturierung sind die Folge. Eine Analyse der Deutschen Journalistinnen und Journalisten-Union (dju) in ver.di zeigt, dass seit 2003 die Zahl der tarifgebundenen RedakteurInnen von mehr als 15 000 auf rund 14 000 gesunken ist. Matthias von Fintel, Tarifsekretär im ver.di-Fachbereich Medien, erklärt: „Wir beobachten seit mehreren Jahren, dass immer weniger Wert auf Qualitätsjournalismus gelegt wird. Stattdessen versuchen die Verlage dem schnelllebigen Internet hinterherzulaufen." Gut recherchierte Beiträge und politisch umfassende Beurteilungen würden so zunehmend zur Ausnahme. „Die Verleger haben ihre Chancen lange verpasst und Online nicht richtig entwickelt." Print und Online seien kein Widerspruch. „Vor allem aber muss bezahlter Inhalt auch qualitativ wertvoller sein als der Inhalt bisheriger Zeitungswebsites."



Alle Tageszeitungen verzeichnen Verluste. Die Klickraten auf den Homepages der Zeitung steigen hingegen. Eine schlüssige Strategie, wie die Verlage dies finanziell nutzen können, gibt es bisher nicht.

Eine aktuelle Studie zur Mediennutzung in den USA belegt, dass neben der Presse auch der Rundfunk an Reichweite verliert. Dafür stieg der Nachrichtenkonsum via Internet um 17 Prozent. Selbst die Fernsehnachrichten sind in den USA bereits vom ersten Platz verdrängt worden. Erstmals sollen in diesem Jahr die Einnahmen aus Online-Werbung die aus Zeitungsanzeigen übersteigen. Auch in Deutschland zeichnet sich dieser Trend ab. 2010 ist der Umsatz von Online-Werbung um 25 Prozent gestiegen.

Vor dem Hintergrund der laufenden Tarifverhandlungen (siehe Randspalte) nimmt ver.di deshalb die Verleger in die Pflicht. Der stellvertretende ver.di-Vorsitzende Frank Werneke erklärt: „Die erfolgreiche Verzahnung von journalistischer Qualität mit attraktiven Medienangeboten auf Papier, Computerbildschirmen und internetfähigen Mobilgeräten kann nur dann gelingen, wenn die Verlage ihre Redaktionen und Verlagsabteilungen für die Zukunft fit halten." Die mit Onlineangeboten bereits erfolgreichen Verlage zeigten deutlich: Nur durch gleichermaßen gute Einkommens- und Arbeitsbedingungen können die nötigen Fachkräfte für die klassischen wie für die neuen Verbreitungswege der Verlage gewonnen und gehalten werden. Werneke betont, „dass auch im Internet und in mobilen Medien die angestammten publizistischen Kompetenzen der Redaktionen und Verlage nur dann zu zählbaren Umsätzen führen, wenn ausreichend gut qualifizierte Medienschaffende beschäftigt werden".

Dass sich Tageszeitungen im Netz neben klassischen Werbeeinnahmen ihre Artikel auch „bezahlen" lassen können, machen so genannte Social-Payment-Services wie zum Beispiel „Flattr" möglich. Das Prinzip: Internet-Nutzer laden einen Account mit einem Geldbetrag auf und überweisen freiwillig eine bestimmte Geldsumme, wenn ihnen ein Artikel gefällt. Nur die *taz* nutzt „Flattr" bisher. Ertrag im Februar: rund 1200 Euro. •

Schwache Argumente

Die Vertreter des Bundesverbands Deutscher Zeitungsverleger (BDZV) haben die vierte Tarifrunde für die bundesweit rund 14 000 ZeitungsredakteurInnen spontan platzen lassen. Angeblicher Grund: 60 GewerkschafterInnen hatten gegen die vom BDZV geforderten massiven Einschnitte ins Tarifwerk demonstriert – direkt vor dem Verhandlungsraum. „Dass die Verleger bereits diese Art des Protestes scheuen, belegt, dass sie schwache Argumente haben. Wir werden unsere Kolleginnen und Kollegen ermutigen, sich auch weiterhin engagiert für anständige Tarifbedingungen und Gehaltserhöhungen einzusetzen", kündigte der stellvertretende ver.di-Vorsitzende Frank Werneke an. Zur Zeit läuft die Suche nach einem neuen Verhandlungstermin – bisher ohne Ergebnis.

Die Forderungen der Verleger sind drastisch: Das Tarifniveau für neue Verträge soll um etwa 25 Prozent abgesenkt werden. Zudem soll das Urlaubsgeld gestrichen, der Urlaubsanspruch abgebaut, die Arbeitszeit verlängert und der Arbeitgeberanteil zum Presseversorgungswerk gekürzt werden.

GEWERKSCHAFTEN

kurz&bündig

Anlässlich des Internationalen Tags des Wassers (22. März) hat ver.di gegen eine weitere Privatisierung der Wasserversorgung sowie gegen die geplante „Konzessionsrichtlinie" von EU-Kommissar Michel Barnier protestiert. Die Richtlinie würde öffentliche Stellen zwingen, Aufträge an den billigsten Anbieter zu vergeben – ohne Rücksicht auf soziale Kriterien.

Zum Auftakt des Internationalen Jahrs der Wälder in Deutschland hat die IG BAU die Bundesregierung aufgefordert, den Mindestlohn-Tarifvertrag für Forstarbeiter allgemeinverbindlich zu machen. Es sei unglaubwürdig, „für den Wald zu werben und gleichzeitig die Forstarbeiter im Stich zu lassen". Auch die Arbeitgeber fordern die Aufnahme der Branche ins Entsendegesetz.

Die EVG kritisiert die „schleppende Umsetzung" des EU-Lokführerscheins durch die Bundesregierung. Jede Verzögerung bedeute einen Wettbewerbsnachteil und eine Schwächung des Verkehrsträgers Schiene in Deutschland.

Nach einer Entscheidung des hessischen Verwaltungsgerichts müssen Personalräte künftig stärker beteiligt werden, wenn Polizisten als Ausbilder nach Afghanistan entsandt werden. Die GdP begrüßt das Urteil und fordert eine solidere Rechtsgrundlage für Afghanistan-Einsätze.

GEW

Chaos an Unis

Die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) hat die Bundesregierung aufgefordert, ein neues bundesweites Hochschulzulassungsgesetz zu schaffen. Noch immer würden nicht alle Hochschulen und Bundesländer verbindlich an einem bundesweit einheitlichen Zulassungsverfahren teilnehmen. „Jetzt muss der Bundesgesetzgeber eingreifen", fordert GEW-Vorstandsmitglied Andreas Keller.

Erst kürzlich war ein neues technisches Zulassungsverfahren für StudienbewerberInnen eingeführt worden. Beim Start gab es jedoch erhebliche Probleme, zudem haben diverse Hochschulen weiterhin eigene Verfahren. Die GEW befürchtet, dass so trotz Fachkräftebedarfs Studienplätze unbesetzt bleiben. Verschärft wird das Problem durch „doppelte Abiturjahrgänge" in Folge verkürzter Gymnasialzeiten und durch das Aussetzen der Wehrpflicht. Dadurch drohe „ein Zulassungschaos an den Hochschulen – zu Lasten der Lebensplanung und Bildungschancen junger Menschen", befürchtet die GEW. Ein weiteres Problem: Die Bundesländer wollen die Lehrer-Ausbildung komplett vom neuen Zulassungsverfahren ausnehmen. „Werden Studienplätze in Lehramtsstudiengängen nicht besetzt, wird das den Lehrkräftemangel weiter verschärfen", warnt Keller. •

T-Mobile USA

Besserung in Sicht

Für 39 Mrd. US-Dollar will die Deutsche Telekom ihre US-Tochter T-Mobile USA an Marktführer AT&T verkaufen. Gleichzeitig übernimmt die Telekom AT&T-Anteile. Der Mega-Deal erfreut nicht nur die Anteilseigner, sondern auch die über 40 000 Beschäftigten von T-Mobile USA. Denn AT&T ist für einen fairen Umgang mit Arbeitnehmerrechten bekannt, auch der gewerkschaftliche Organisationsgrad ist hoch. Ganz anders T-Mobile USA: Dort wird seit Jahren die Gewerkschaft CWA (Communication Workers of America) gezielt behindert *(einblick 03/11)*. Von allen in Frage kommenden Partnerunternehmen sei AT&T die beste Wahl, begrüßt CWA-Präsident Larry Cohen die geplante Übernahme, der jetzt noch die US-Kartellbehörden zustimmen müssen.

Auch der Internationale Gewerkschaftsbund (IGB), die Global Union UNI sowie die Dienstleistungsgewerkschaft ver.di sehen die Übernahme von T-Mobile USA durch AT&T positiv. Im Februar haben IGB und UNI eine weltweite Kampagne gegen die Diskriminierung von Gewerkschaften bei T-Mobile USA gestartet. Unter dem Motto „Wir erwarten Besseres" wollen IGB und UNI gemeinsam mit der CWA und ver.di erreichen, dass die Deutsche Telekom in einem globalen Abkommen mit UNI allen Konzern-Beschäftigten weltweit das Recht auf Mitgliedschaft in einer Gewerkschaft und auf Tarifverhandlungen zusichert. „Der Verkauf ändert nichts an unserer Position, dass die Telekom ein globales Abkommen mit UNI unterzeichnen soll, wie das bereits ihre europäischen Wettbewerber France Telecom und Telefonica getan haben", betont UNI-Generalsekretär Philip Jennings. Auch hierzulande schürt der Deal Hoffnungen: Die Telekom-Beschäftigten erwarten nun, dass ein Teil des Verkaufserlöses ihnen zugutekommt, schließlich hätten sie seit Jahren Entgeltverzicht geübt, so ver.di. •

www.weexpectbetter.org

EVG

Tariftreue für Schiene

Die Eisenbahn- und Verkehrsgewerkschaft (EVG) hat sich Ende März mit einem bundesweiten Aktionstag dafür eingesetzt, den kürzlich abgeschlossenen Branchentarifvertrag für den Schienenpersonen-Nahverkehr (SPNV) für allgemeinverbindlich zu erklären. Wenn die Bundesregierung diese Forderung nicht erfülle, müssten alternativ die Bundesländer den Tarifvertrag als Mindeststandard vorgeben und entsprechende Vergabe- und Tariftreuegesetze schaffen.

Der Hintergrund: In den kommenden Jahren werden laut EVG 325 Millionen Zugkilometer im Nahverkehr neu ausgeschrieben – das ist mehr als die Hälfte des gesamten SPNV-Marktes. Die EVG will verhindern, dass sich Bieter über Lohn- und Sozialdumping Wettbewerbsvorteile verschaffen. •

Übersicht der EVG zu den Tariftreueregelungen in den Bundesländern: www.einblick.dgb.de/hintergrund

Schweiz

Neue Mediengewerkschaft

In der Schweiz hat die neue Medien- und Kommunikationsgewerkschaft „syndicom" ihre Arbeit aufgenommen. Entstanden ist syndicom aus der Fusion der Gewerkschaft Kommunikation und der Gewerkschaft comedia – Delegierte der beiden Vorgängerorganisationen hatten den Zusammenschluss im Dezember 2010 beschlossen. syndicom organisiert Beschäftigte aus der Medienbranche, der Telekommunikation, der Logistikbranche sowie der grafischen Industrie und ist nach der Fusion die drittgrößte Gewerkschaft des Schweizerischen Gewerkschaftsbunds (SGB). •

www.syndicom.ch

EU-Pakt für den Euro

Pakt mit Langzeitwirkung

Der von Deutschland und Frankreich geschmiedete „Pakt für den Euro" kann dramatische Folgen für die Tarifautonomie und das Sozialstaatsprinzip in Europa haben, warnt DGB-Vorstand Claus Matecki.



Foto: DGB/Loessin

Claus Matecki, 62, ist im Geschäftsführenden DGB-Bundesvorstand unter anderem für Wirtschafts-, Finanz- und Steuerpolitik zuständig.

Europas Wirtschaft – Deutschland ausgenommen – sieht mit 0,6 Prozent Wachstum nicht gerade rosig aus. Die katastrophalen Folgen der Krise sind immer noch zu spüren. Die Krisenländer Europas – Portugal und Griechenland – schrumpfen, Irland und Spanien stagnieren faktisch. **Die Arbeitslosigkeit greift gerade dort um sich, wo man in der Vergangenheit den Arbeitsmarkt nach dem Wunsch der Europäischen Kommission liberalisiert hatte.** Die Krise ist noch da, und Staaten müssen alles daran setzen, den Menschen mehr Jobs, mehr Sicherheit und eine Perspektive zu geben. Doch: Fehlanzeige.

Im Jahr drei der Krise sieht sich Europa neuen Angriffen ausgesetzt. Konservative Kräfte in der EU wollen wie vor der Krise deregulieren, liberalisieren, privatisieren, Renten und Sozialleistungen kürzen, kurzum: den Sozialstaat abbauen. Und dafür ArbeitnehmerInnen und ihre Gewerkschaften zum Lohnverzicht „erziehen".

Die Lesart der Krise à la Merkel, Sarkozy und Cameron: Die Europäer haben über ihre Verhältnisse gelebt. Staaten geben mehr Geld aus, als sie einnehmen, die Löhne steigen schneller, als es sich die Unternehmen leisten können. Das gefährdet die Wettbewerbsfähigkeit, das müssen wir in den Griff bekommen. Erst waren es die Griechen, die in „Saus und Braus" lebten. Dann kamen die Iren, Spanier und Portugiesen. Nun will man einfach überall Klarschiff machen. **Keine Rede mehr von der Bändigung der Hedgefonds, Schattenbanken und Investmentbanken, kein Wort mehr von der Subprime-Krise in den USA.** Die öffentliche Meinung soll von Finanzjongleuren und Spekulanten, von den eigentlichen Ursachen der Krise abgelenkt werden.

Und so dramatisierten die Politik und die konservative Presse die Schuldenberge in den Krisenländern, machten Stimmung gegen Griechen, Iren und andere und bereiteten die Öffentlichkeit auf den vermeintlichen Sachzwang schmerzhafter Einschnitte vor. „Pakt für Wettbewerbsfähigkeit" hieß die ursprüngliche harte Fassung des Merkel-Sarkozy-Papiers. Nach der Devise „Drohe einem mit dem Tod, damit er mit Fieber zufrieden ist." präsentierten die Staats- und Regierungschefs später dann eine Softversion des Pakts, umgetauft in „Pakt für den Euro". Allerdings mit Langzeitwirkung.

Um die Wettbewerbsfähigkeit zu stärken, sieht der „Pakt" vor, in die Tarifautonomie und die historisch gewachsenen Lohnbildungsprozesse der Mitgliedstaaten einzugreifen. Tarifautonomie gilt dann nur innerhalb der Vorgaben aus Brüssel. So sollen die gewerkschaftliche Vormachtstellung geschwächt und die Lohnforderungen an die betriebliche Kassenlage angepasst werden. Lohnsteigerungen? Höchstens entsprechend der – natürlich überwachten – Produktivität. Auch die Arbeitsmärkte will man weiter flexibilisieren.

Um die vollständige Umsetzung des Stabilitäts- und Wachstumspakts zu gewährleisten, ist vorgesehen, Renten, Gesundheitsfürsorge und Sozialleistungen auf den Prüfstand zu stellen. So sollen die Rentensysteme an die nationale demografische Situation angepasst werden – etwa durch die Anhebung der Altersgrenzen oder die Begrenzung der Vorruhestandsregelungen. Rentner dürfen dafür ihre geringeren Renten mit neuen (Mini-)Jobs aufstocken. Gesundheitsausgaben sollen begrenzt werden. So soll die Sanierung der krisenbedingt hoch verschuldeten öffentlichen Haushalte auf Kosten der sozialen Sicherungssysteme und der ArbeitnehmerInnen gestemmt werden. **Die Folge: Das Sozialstaatsprinzip wird dramatisch ausgehöhlt.** Damit macht der „Pakt für den Euro" einmal mehr diejenigen zu Leidtragenden der Krise, die sie nicht verursacht haben – diejenigen, die mit Lohnverzicht Arbeitsplätze gesichert und mit ihren Steuergeldern das ganze System gerettet haben.

Zudem ist dieser „Schrumpfkurs" ökonomisch unvernünftig, weil den Märkten die Kauf- und Investitionskraft der ArbeitnehmerInnen und der Staaten entzogen wird. Ohne Markt lohnt es sich nicht zu produzieren. Ohne Produktion ist das Wachstum und damit auch die Beschäftigung gefährdet. Alles mit Langzeitwirkung. •

Europaweiter Protest

Die Vorsitzenden der Europäischen Gewerkschaften haben den von den Regierungen der EU-Länder auf Initiative von Deutschland und Frankreich geplanten „Pakt für den Euro" in einer gemeinsamen Erklärung strikt abgelehnt. Der Pakt sieht unter anderem vor, die Tarifautonomie de facto auszuhebeln, alle Sozialleistungen auf den Prüfstand zu stellen und das Renteneintrittsalter anzuheben.

Bereits am 21. März hatten belgische und luxemburgische Gewerkschaften gemeinsam mit deutschen KollegInnen vor dem Kanzleramt in Berlin gegen den „Merkel-Sarkozy-Pakt" demonstriert. Am 24. März machten der DGB-Vorsitzende Michael Sommer und DGB-Vorstand Annelie Buntenbach mit Vertretern französischer Gewerkschaftsverbände auf einer gemeinsamen Pressekonferenz klar, dass sie statt des unsozialen Pakts einen „Kurswechsel für ein faires und gerechtes Europa" fordern. Ebenfalls am 24. März setzten sich in Brüssel europäische GewerkschafterInnen mit einer Demo anlässlich eines Treffens des EU-Ecofin-Rats für eben diesen Kurswechsel ein. Für den 9. April schließlich ruft der Europäische Gewerkschaftsbund zu einer Demonstration in Budapest auf.

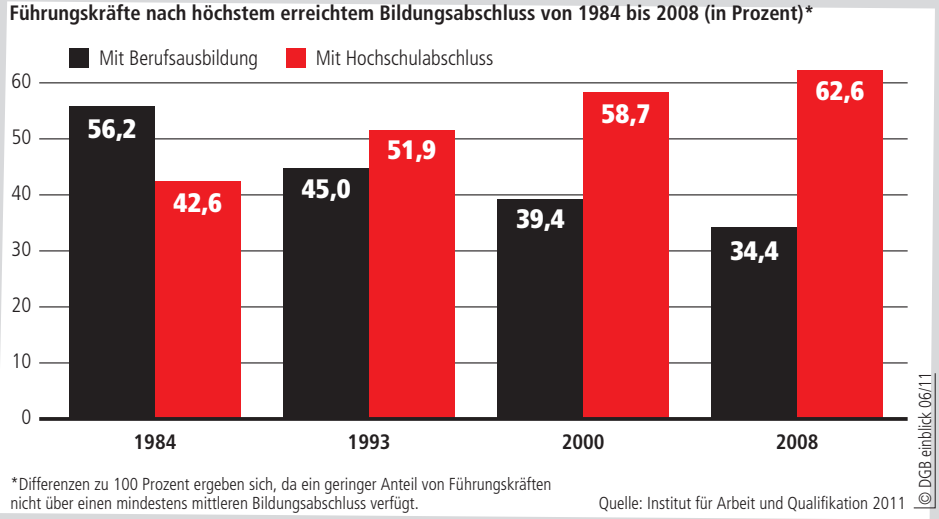
Der EGB-Aufruf auf Deutsch und weitere Infos:
www.einblick.dgb.de/links

DIES & DAS

die DGB grafik

FÜHRUNGSKRÄFTE: Akademiker auf dem Vormarsch

Fast zwei Drittel aller Führungskräfte in der Privatwirtschaft hatten 2008 einen akademischen Abschluss. Seit 1984 ist der Anteil damit um 20 Prozent angestiegen. Gleichzeitig nahm der Anteil von beruflich qualifizierten Führungskräften um über 20 Prozent ab. Das zeigt eine Studie des Instituts für Arbeit und Qualifikation (IAQ). Im Branchenvergleich haben beruflich Qualifizierte vor allem im Einzelhandel gute Chancen auf eine Führungsposition – insgesamt 65,2 Prozent der Führungskräfte haben dort eine Ausbildung absolviert.



personalien

••• ***Christian Lauschke,*** 34, ist ab 1. April neuer Leiter der Abteilung Organisationspolitik und -entwicklung beim DGB-Bundesvorstand. Zuvor war er Büroleiter von DGB-Vorstandsmitglied Dietmar Hexel. Er folgt auf ***Jupp Bergmann,*** 59, der in den passiven Teil der Altersteilzeit eintritt. Neuer Büroleiter von Dietmar Hexel wird ***Ulrich Wegst,*** 39, der zugleich politischer Referent in der Abteilung Struktur, Industrie- und Dienstleistungspolitik beim DGB-Bundesvorstand ist.

••• ***Annika Wünsche,*** 31, Juristin mit Schwerpunkt Arbeitsrecht, ist seit 1. März Büroleiterin der stellvertretenden DGB-Vorsitzenden Ingrid Sehrbrock sowie politische Referentin im Vorstandsbereich 2 der DGB-Bundesvorstandsverwaltung.

••• ***Claudia Menne,*** 49, Abteilungsleiterin Frauen-, Gleichstellungs- und Familienpolitik beim DGB-Bundesvorstand, ist am 8. März von der EGB-Exekutive für die Wahl zur politischen EGB-Sekretärin vorgeschlagen worden. Das EGB-Sekretariat wird auf dem EGB-Kongress vom 16. bis 19. Mai in Athen neu gewählt.

••• ***Silke Raab,*** 47, bisher politische Referentin in der Abteilung Beamte und Öffentlicher Dienst beim DGB-Bundesvorstand, ist seit 10. März für die Koordination der Familienpolitik in der DGB-Abteilung Frauen, Gleichstellungs- und Familienpolitik zuständig.

••• ***Nils Kammradt,*** 39, zuvor Leiter der Abteilung Beamte und Öffentlicher Dienst beim DGB-Bundesvorstand, ist seit 17. Januar Leiter des Parlamentarischen Verbindungsbüros der GEW in Berlin. Er folgt auf ***Wolfram Bundesmann,*** 65, der das Verbindungsbüro seit Oktober 2010 kommissarisch leitete.

14 TAGE

mehr Infos: www.einblick.dgb.de

29.3. Hans-Böckler-Stiftung und GEW, Fachtagung „Präventive Maßnahmen des Arbeits- und Gesundheitsschutzes für Lehrkräfte zur Verhinderung und zum Abbau psychischer Belastung", Berlin

1.4. ver.di, Bundeskonferenz Erwerbslose, Berlin

1.4. FoeBuD e.V., Verleihung des BigBrotherAwards, Bielefeld

2.4. DGB Thüringen, Diskussion „Soziale Frage und Gewerkschaften 1989/90 und 2011", Erfurt

5.4. ver.di, Fachdialog Genderpolitik „Gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit", Berlin

6.4. DGB, Tagung „Sozialwahl 2011 – Mitbestimmen!", Frankfurt am Main

11.4. DGB-Region Niedersachsen-Mitte und ver.di-Bildungswerk, Tagung „Versammlungsgesetz Niedersachsen – neu! Wie organisiere ich Kundgebungen und Streiks nach dem neuen Versammlungsrecht?", Hannover

Schlusspunkt.

„Das Buch ist eben doch keine Wurst!"

Die schweizerische Mediengewerkschaft syndicom zur Wiedereinführung der Buchpreisbindung in der Schweiz.

IMPRESSUM *einblick* erscheint vierzehntäglich **Herausgeber:** DGB **Verlag:** Graewis Verlag GmbH **GeschäftsführerInnen:** Anne Graef, Dr. Peter Wilke **Redaktion:** Anne Graef (verantw.), Sebastian Henneke, Timm Steinborn **Redaktionelle Mitarbeit:** Udo Böhlefeld, Luis Ledesma **Redaktionsanschrift:** Wallstraße 60, 10179 Berlin, Tel. 030/30882 4-0, Fax 030/30882420, Internet: www.einblick.dgb.de, E-Mail: redaktion@einblick.info **Anzeigen:** Bettina Mützel, Tel. 030/859946-240, Fax 030/859946-100, E-Mail: bettina.muetzel@berlin.de **Layout:** zang.design **Infografik:** Klaus Niesen **Druck und Vertrieb:** PrintNetwork Berlin **Abonnements:** Änderungen schriftlich an Redaktion *einblick* (Adresse s.o.)
Nachdruck frei für DGB und Gewerkschaften bei Quellenangabe und zwei Belegexemplaren. Alle Anderen nur nach schriftlicher Genehmigung durch den Verlag. Nachdruck von namentlich gezeichneten Artikeln nur nach Genehmigung durch Verlag und Autor.

Förderschulen

Staatliche Schule geht vor

Behinderte Kinder haben Anspruch auf Hilfen zu einer angemessenen Schulbildung im Rahmen der Eingliederungshilfe. Kann der besondere sonderpädagogische Bedarf in einer staatlichen Förderschule erbracht werden, so muss der Sozialhilfeträger das Schulgeld für den Besuch einer Privatschule nicht übernehmen.

Hessisches Landessozialgericht,
Urteil vom 22. November 2010 - L 9 SO 7/09

Arbeitszeugnis

Bei Bedarf Ersatz

Hat der Arbeitgeber das Arbeitszeugnis ausgestellt und übergeben, so hat er seine Verpflichtung erfüllt. Geht das Zeugnis dann verloren oder wird beschädigt, ist der Arbeitgeber im Rahmen des ihm Möglichen und Zumutbaren verpflichtet, dem Arbeitnehmer eine neue Ausfertigung zu überlassen. Hierbei kommt es nicht darauf an, ob der Verlust oder die Beschädigung von dem Arbeitnehmer zu vertreten ist. Entscheidend ist vielmehr allein die Frage, ob dem bisherigen Arbeitgeber die Ersatzausstellung zugemutet werden kann.

Hessisches Landesarbeitsgericht,
Urteil vom 7. Februar 2011 – 16 Sa 1195/10

Teilzeitarbeit

Nachmittagsschicht ist nicht zwingend

Einem Teilzeitwunsch muss auch dann stattgegeben werden, wenn die gewünschte Verteilung der Arbeitszeit dazu führt, dass nicht im betriebsüblichen Wechsel in Vormittags- und Nachmittagsschicht gearbeitet wird. Von einem Teilzeitbeschäftigten kann nicht pauschal Arbeit in der Nachmittagsschicht bis 18 Uhr verlangt werden.

Landesarbeitsgericht Schleswig-Holstein,
Urteil vom 15. Dezember 2010 - 3 SaGa 14/10

Altersgrenze

Keine Altersdiskriminierung

Der automatische Eintritt von Beamten in den Ruhestand mit Vollendung des 65. Lebensjahres verstößt nicht gegen das Verbot der Altersdiskriminierung. Zwar führt die Altersgrenze zu einer Ungleichbehandlung, sie stellt jedoch keine Diskriminierung wegen des Alters dar, da sie durch legitime Ziele gerechtfertigt ist. Die Altersgrenze dient einer ausgewogenen Altersstruktur in der öffentlichen Verwaltung und der Entlastung des Arbeitsmarktes durch die Schaffung zusätzlicher bzw. früherer Einstellungsmöglichkeiten für junge Beamte.

Oberverwaltungsgericht Rheinland-Pfalz,
Urteil vom 25. Februar 2011 - 2 A 11201/10.OVG

Betriebsratsschulung

Kostentragung auch in anderen Sprachen

Der Arbeitgeber hat die Kosten einer muttersprachlichen Betriebsratsschulung zu tragen, wenn das Betriebsratsmitglied nicht über ausreichende Deutschkenntnisse verfügt und die Schulung für die ordnungsgemäße Betriebsratstätigkeit erforderlich ist.

Arbeitsgericht Berlin,
Beschluss vom 3. März 2011 - 24 BV 15046/10

Schuldienst

Klassenfahrt keine Privatangelegenheit

Ein angestellter Lehrer, der auf einer Klassenfahrt mitfährt, hat Anspruch auf Erstattung der Reisekosten.

Der Fall: Die Klassenlehrerin einer 10. Klasse in Nordrhein-Westfalen beantragte die Genehmigung einer Studienfahrt nach Berlin. In dem von ihr unterschriebenen Antragsformular für eine Dienstreisegenehmigung erklärte sie formularmäßig den Verzicht auf die Erstattung der Reisekosten. Insgesamt zahlte die Lehrerin für die Fahrt, die Übernachtung und Verpflegung sowie den Besuch eines Musicals 234,50 Euro, von denen sie von der Schule 28,45 Euro erstattet bekam. Den Differenzbetrag klagte sie erfolgreich ein.

Das Landesarbeitsgericht: Die angestellte Lehrkraft im nordrhein-westfälischen Schuldienst hat bei Durchführung einer genehmigten Klassenfahrt Anspruch auf Erstattung der Reisekosten nach dem Landesreisekostengesetz. Dies sieht zwar die Möglichkeit des Verzichts vor, darauf kann sich das beklagte Land aber nicht berufen, wenn die Verzichtserklärung unter Verletzung der dem Bediensteten geschuldeten Fürsorgepflicht erwirkt worden ist. Dieser Fall liegt vor, weil die Genehmigung der Klassenfahrt nach der Richtlinie des Schulministeriums davon abhängig gemacht worden ist, dass die Lehrkraft zuvor schriftlich auf die Zahlung der Reisekosten verzichtet.

Landesarbeitsgericht Hamm,
Urteil vom 3. Februar 2011 – 11 Sa 1852/10

Weisungsrecht des Arbeitgebers

Strafversetzung ist unzulässig

Es ist einem Arbeitgeber untersagt, eine Mutter in Elternzeit aus Frankfurt am Main anzuweisen, zwei Tage pro Woche in der Konzernzentrale des Arbeitgebers in London zu arbeiten.

Der Fall: Die Arbeitnehmerin, Leiterin der Rechtsabteilung, hatte mit dem Arbeitgeber vereinbart, während der Elternzeit 30 Stunden/Woche weiter zu arbeiten, und zwar drei Tage zuhause und zwei Tage im 30 km entfernten Büro. Einige Monate später erhielt sie die Mitteilung, ihr Büro sei geschlossen, sie solle nun zwei Tage/Woche in der Konzernzentrale in London arbeiten. Die Reise- und Übernachtungskosten sollte die Arbeitnehmerin im Wesentlichen selbst tragen. Der Antrag der Arbeitnehmerin auf Eilentscheidung hatte Erfolg.

Das Landesarbeitsgericht: Der Arbeitgeber ist verpflichtet, die Arbeitnehmerin weiter von zuhause oder dem bisherigen Büro aus arbeiten zu lassen. Die Weisung des Arbeitgebers kommt einer unzulässigen „Strafversetzung" gleich. Die wöchentliche Reise von Frankfurt nach London zur Arbeitsleistung an zwei Tagen nimmt allein mehr als einen Arbeitstag in Anspruch. Den 30 Arbeitsstunden pro Woche stünde ein Reiseaufwand und Abwesenheitszeiten von mindestens gleicher Zeit gegenüber. Dies ist unzumutbar und sprengt das vereinbarte Modell zur Kinderbetreuung. Das Interesse des Arbeitgebers, die Leiterin der Rechtsabteilung regelmäßig am Firmensitz in London zu sehen, muss demgegenüber zurückstehen. Es ist auch geboten, im einstweiligen Verfügungsverfahren zu entscheiden, da die Weisungen offenkundig rechtswidrig sind und den betreffenden Arbeitnehmer in seinem Persönlichkeitsrecht beschränken oder andere erhebliche Beeinträchtigungen in der Lebensführung des Arbeitnehmers drohen.

Hessisches Landesarbeitsgericht,
Urteil vom 15. Februar 2011 - 13 SaGa 1934/10

einblick
gewerkschaftlicher Info-Service vom 11.04.2011 7/11

DGB

inhalt

Seite 3
Nichts gelernt
Das Resümee der europäischen Gewerkschaften ist eindeutig: Mit dem Euro-Plus-Pakt zeigen die europäischen Regierungschefs, dass sie nichts aus der Krise gelernt haben

Seite 5
Campus entern
Mit viel Engagement haben sich die Gewerkschaften in der Hochschularbeit etabliert – und gewinnen immer mehr Studierende als Mitglieder

Seite 7
Feldzug
Ultra-Konservative und rechte Think Tanks wollen die US-Gewerkschaften zerschlagen – und fördern so ihre Wiederbelebung

Arbeitsmarktinstrumente

DGB: Qualifizierung statt Streichkonzert

Bundesarbeitsministerin Ursula von der Leyen (CDU) geht die Reform der Arbeitsmarktinstrumente an. Ende März stellte sie erste Eckpunkte koalitionsintern vor. Was von den Plänen bisher bekannt geworden ist, deutet vor allem darauf hin, dass auch die aktive Arbeitsmarktpolitik ihren Beitrag zu den Sparplänen der Bundesregierung leisten soll. Kürzungen von sieben Milliarden Euro muss das Budget des Arbeits- und Sozialministeriums nach den Plänen des Finanzministeriums bis 2014 verkraften. Und auch der Bundesagentur für Arbeit (BA) werden bereits neue finanzielle Lasten aufgebürdet (siehe Seite 2).

Klar ist: Die Zahl der Instrumente und Fördermaßnahmen soll von derzeit über 40 auf rund 30 sinken. Abgeschafft werden wohl unter anderem die ohnehin bereits deutlich zusammengestrichenen Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen (ABM) und der Ausbildungsbonus für Altbewerber und Auszubildende aus Insolvenzbetrieben. Beibehalten werden offenbar die „Ein-Euro-Jobs", obwohl selbst der Bundesrechnungshof diese Maßnahme mehrfach als ineffektiv kritisiert hatte und sie nachweisbar reguläre Beschäftigung verdrängt *(einblick 10/2009)*.

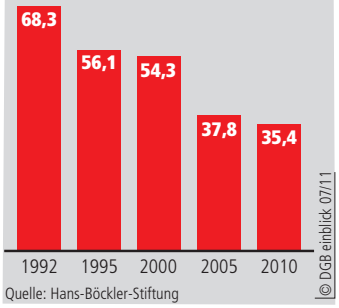
Andere Förderleistungen der BA, wie der unbestritten recht erfolgreiche Existenzgründerzuschuss, könnten von Pflichtleistungen zu „Ermessensleistungen" werden: Die VermittlerInnen vor Ort sollen im Einzelfall entscheiden, ob die Leistungen gewährt werden – mit Blick auf die rigiden Sparvorgaben dürfte die Entscheidung künftig nicht selten negativ ausfallen.

Der DGB hält dieses Vorgehen für nicht nachhaltig. „Alle reden vom Fachkräftebedarf, da müssen wir investieren", fordert DGB-Vorstand Annelie Buntenbach. Der Gewerkschaftsbund hat deshalb eigene umfassende Vorschläge für die Reform der arbeitsmarktpolitischen Instrumente vorgelegt. Ziel müsse sein, „unterwertige oder gar prekäre Beschäftigung" zu vermeiden. „Die Arbeitsvermittlung darf Arbeitslose nicht in Billigjobs drängen und Arbeitsverhältnisse in Kauf nehmen, die die Qualifikationen der Arbeitsuchenden entwerten."

Statt einer kurzsichtigen Vermittlung in prekäre Beschäftigung setzt der DGB deshalb auf eine Weiterbildungsförderung für bisher vernachlässigte Beschäftigtengruppen und eine bessere Beratung zu bestehenden Qualifizierungsangeboten. Außerdem müsse bei gering Qualifizierten der Erwerb eines Schul- oder Berufsabschlusses im Vordergrund stehen, nicht die Vermittlung in prekäre Jobs ohne Perspektive. Für Langzeitarbeitslose, die kaum Chancen auf dem regulären Arbeitsmarkt haben, schlägt der DGB einen „Sozialen Arbeitsmarkt" vor – mit öffentlich geförderten, sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnissen, beispielsweise bei Wohlfahrts- und Sozialverbänden. •

Arbeitslosengeld immer seltener

Anteil der Arbeitslosen, die Arbeitslosengeld bezogen (in Prozent)



Quelle: Hans-Böckler-Stiftung

Das Sicherungsniveau der Arbeitslosenversicherung ist deutlich zurückgegangen. Bezogen 1992 noch zwei Drittel der Arbeitslosen Arbeitslosengeld (heute Alg I), ist es heute nur noch ein Drittel.

plusminusBERLIN

+ ***Bundespräsident Christian Wulff hat der Finanzbranche auf dem 19. Deutschen Bankentag deutliche Worte ins Stammbuch geschrieben: Die Gründe für die Finanzkrise seien noch nicht beseitigt. „Ohne einen grundlegenden Kurswechsel drohen neue Finanzkrisen", so Wulff im Beisein der Kanzlerin.***

– ***Es sei eine Frage der Glaubwürdigkeit, Positionen „nicht vorschnell aufzugeben oder je nach politischer Großwetterlage einzutauschen", sagt Volker Wissing (FDP) – und meint die Steuersenkungsforderungen seiner Partei. Wie Wissing dann zum FDP-Atomschwenk steht, bleibt sein Geheimnis.***

Der Surf-Tipp fürs Internet

ehttp://bit.ly/verdi10
Themenportal: Zehn Jahre ver.di – 2001 bis 2011

Hintergrund

www.einblick.dgb.de/hintergrund
DGB-Vorschläge zur Reform der arbeitsmarktpolitischen Instrumente

Leiharbeit

Ländersache

Die IG Metall hat angekündigt, den politischen Druck zur Regulierung der Leiharbeit jetzt vorerst gegenüber den Bundesländern fortzusetzen. Ziel bleibe aber eine gesetzliche Regelung auf Bundesebene, die „Gleiches Geld für gleiche Arbeit" durchsetzt.

Erste Vertreter von Landesregierungen haben bereits eigene Initiativen angekündigt, um Leiharbeit einzudämmen. Der thüringische Wirtschaftsminister Matthias Machnig (SPD) will sich im schwarz-rot regierten Freistaat dafür einsetzen, die Wirtschaftsförderung für Unternehmen mit einer Leiharbeitsquote von 15 Prozent zu kürzen und bei einem Leiharbeiteranteil von 30 Prozent ganz zu streichen. Ähnliche Signale gibt es laut IG Metall auch vom Berliner Wirtschaftssenator Harald Wolf (Die Linke). •

BA-Finanzen

Nicht realistisch

Bundesarbeitsministerin Ursula von der Leyen (CDU) geht davon aus, dass die Bundesagentur für Arbeit (BA) ihre Schulden beim Bund bis 2015 abbauen kann. Sowohl Arbeitnehmer- als auch ArbeitgebervertreterInnen im BA-Verwaltungsrat halten das für unrealistisch. „Optimistische Prognosen sind ja schön und gut, aber sie müssen auch noch etwas mit der Wirklichkeit zu tun haben", kommentierte DGB-Vorstandsmitglied und BA-Verwaltungsrats-Vize Annelie Buntenbach. Selbst bei günstiger Prognose würden die vorliegenden Zahlen zeigen, „dass wir im Jahr 2015 neun Milliarden Defizit bei der Bundesagentur haben". Ein Grund: Die Bundesregierung will den Hartz-IV-Kompromiss des Vermittlungsausschusses unter anderem durch geringere Zahlungen an die BA gegenfinanzieren. •

Landtagswahlen vom 27. März:
So haben GewerkschafterInnen gewählt

Baden-Württemberg

Die SPD verliert bei den gewerkschaftlich organisierten WählerInnen an Boden, bleibt aber in dieser Wählergruppe vorn. Diesen Trend der letzten Wahlen bestätigt auch die Landtagswahl in Baden-Württemberg vom 27. März. Zwar verliert die SPD gegenüber 2006 mit einem Minus von sieben Prozent bei den Gewerkschaftsmitgliedern überdurchschnittlich, sie erhält aber mit 34 Prozent immer noch mehr Stimmen als die anderen Parteien, gefolgt von der CDU (29 %) und den Grünen (23 %).

Anders als bei den letzten Wahlen kann im Ländle die Linke bei den GewerkschafterInnen nicht punkten – gegenüber 2006 verringert sich ihr Stimmenanteil sogar um einen Prozentpunkt. Gewinner sind auch hier die Grünen mit elf Prozentpunkten mehr als 2006: Vor allem von den gewerkschaftlich organisierten Frauen erhalten die Grünen mit einem Stimmenanteil von 30 Prozent viel Zuspruch – auch das ein Trend, der sich schon bei vielen Wahlen zeigte.

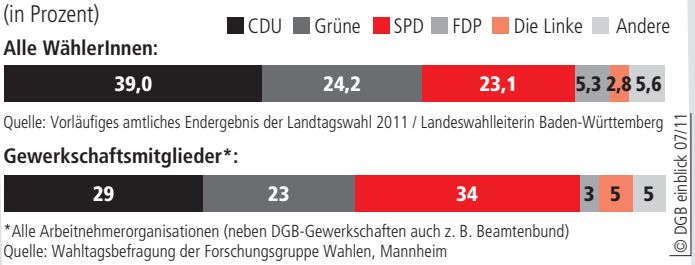
Rheinland-Pfalz

Kurt Beck darf sich freuen – mit einem Stimmenanteil von 50 Prozent bleiben die Sozialdemokraten bei der Landtagswahl in Rheinland-Pfalz unter den gewerkschaftlich organisierten WählerInnen unangefochtene Nummer eins. Mit einem Minus von sechs Prozent sind die Verluste in dieser Wählergruppe gegenüber 2006 geringer als unter allen WählerInnen (- 9,9 %).

Unterdurchschnittlich sind mit einem Plus von sieben Prozent die Gewinne der Grünen (alle WählerInnen: + 10,8 %). Nur sechs Prozent der gewerkschaftlich organisierten ArbeiterInnen wählten die Grünen.

Gewerkschafter: SPD bleibt vorn

Stimmenanteile bei der Landtagswahl in Baden-Württemberg vom 27. März 2011 (in Prozent)



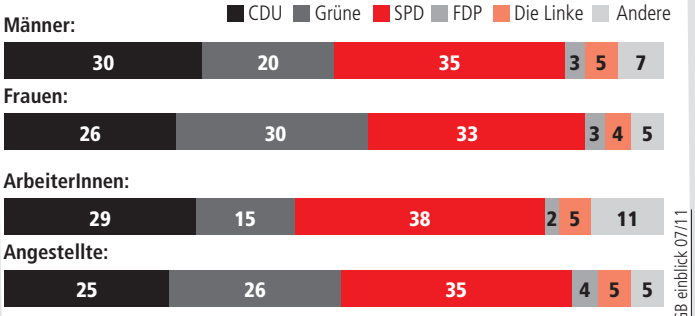
Quelle: Vorläufiges amtliches Endergebnis der Landtagswahl 2011 / Landeswahlleiterin Baden-Württemberg

*Alle Arbeitnehmerorganisationen (neben DGB-Gewerkschaften auch z. B. Beamtenbund)
Quelle: Wahltagsbefragung der Forschungsgruppe Wahlen, Mannheim

© DGB einblick 07/11

Grüne gewinnen vor allem bei Gewerkschaftsfrauen

Stimmenanteile von Gewerkschaftsmitgliedern* bei der Landtagswahl 2011 in Baden-Württemberg nach Geschlecht und Arbeitnehmerstatus (in Prozent)

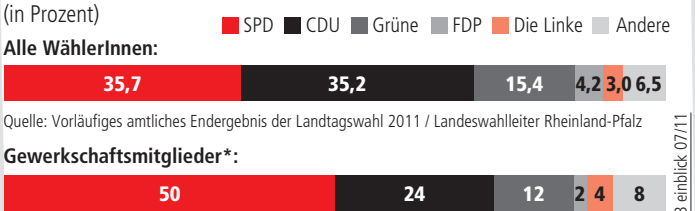


*Alle Arbeitnehmerorganisationen (neben DGB-Gewerkschaften auch z. B. Beamtenbund)
Quelle: Wahltagsbefragung der Forschungsgruppe Wahlen, Mannheim

© DGB einblick 07/11

Gewerkschafter: Absolute Mehrheit für die SPD

Stimmenanteile bei der Landtagswahl in Rheinland-Pfalz vom 27. März 2011 (in Prozent)



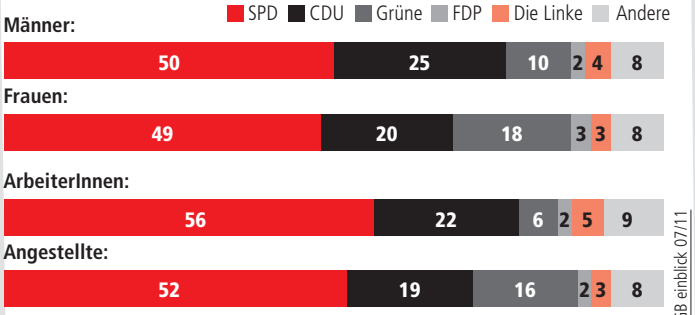
Quelle: Vorläufiges amtliches Endergebnis der Landtagswahl 2011 / Landeswahlleiter Rheinland-Pfalz

*Alle Arbeitnehmerorganisationen (neben DGB-Gewerkschaften auch z. B. Beamtenbund)
Quelle: Wahltagsbefragung der Forschungsgruppe Wahlen, Mannheim

© DGB einblick 07/11

Wenig Zuspruch für Grüne bei ArbeiterInnen

Stimmenanteile von Gewerkschaftsmitgliedern* bei der Landtagswahl 2011 in Rheinland-Pfalz nach Geschlecht und Arbeitnehmerstatus (in Prozent)



*Alle Arbeitnehmerorganisationen (neben DGB-Gewerkschaften auch z. B. Beamtenbund)
Quelle: Wahltagsbefragung der Forschungsgruppe Wahlen, Mannheim

© DGB einblick 07/11

Euro-Plus-Pakt

Sozialdumping als Modell für Europa

Die europäischen Staats- und Regierungschefs haben nichts aus der Krise gelernt. So lautet auf den Punkt gebracht die gewerkschaftliche Analyse des „Euro-Plus-Paktes", der auf dem Europagipfel vom 24./25. März beschlossen wurde.

Nur der Name hat sich geändert – nicht der Inhalt und auch nicht die Kritik der Gewerkschaften: Aus dem „Pakt für den Euro" wurde der „Euro-Plus-Pakt", weil auch sechs Nicht-Euroländer beigetreten sind. Die Gewerkschaften kritisieren vor allem, dass der Pakt den Mitgliedstaaten einen rigiden Sparkurs zulasten der ArbeitnehmerInnen verordnet, die Tarifautonomie de facto aushebelt und alle Sozialleistungen auf den Prüfstand stellt *(einblick 6/11)*. Er sei „ein Frontalangriff" auf die Rechte der ArbeitnehmerInnen in Europa, sagt DGB-Vorstand Annelie Buntenbach. Zwar enthalte er einige wenige „längst überfällige Schritte", heißt es in der DGB-Stellungnahme, wie etwa die Schaffung eines permanenten Krisenfonds. Aber ohne die wirksame Regulierung der Finanzmärkte „helfen all diese Maßnahmen mittel- und langfristig nicht", so der DGB.

?...nachgefragt

einblick fragte französische Gewerkschaftsführer, was sie vor allem am Euro-Plus-Pakt kritisieren und wie es nun weitergehen soll, nachdem der Pakt von den Staats- und Regierungschefs der Euroländer beschlossen wurde.

Marcel Grignard (CFDT): *„Der Pakt zeichnet sich vor allem durch ein sehr großes Ungleichgewicht aus. Es fehlen Maßnahmen, die wirklich die Dynamik der europäischen Wirtschaft befördern und damit die Beschäftigungssituation verbessern. Auch die soziale Entwicklung der EU bleibt außen vor. Doch nur wenn es gelingt, die soziale Dimension der europäischen Integration wieder stärker in den Mittelpunkt zu rücken, hat Europa eine Zukunft und Akzeptanz bei den Bürgern."*

Fréderic Imbrecht (CGT): *„Bisher hatte die EU keine Kompetenzen in der Sozialpolitik. Die Verantwortlichkeit etwa für die Renten- oder die Lohnpolitik lag in der Hand der einzelnen Staaten. Dass es jetzt den Willen gibt, die Sozialpolitik in Europa zu koordinieren und zu harmonisieren, weist aus Sicht der Gewerkschaften eigentlich in die richtige Richtung. Doch der rigorose Sparkurs, den der Pakt von den Ländern fordert, ist völlig falsch – er geht einseitig zu Lasten der ArbeitnehmerInnen."*

Marc-Antoine Marcantoni (CFTC): *„Die Gewerkschaften werden nicht nachlassen, gegen den unsozialen Kurs der EU zu protestieren. Ein starkes Signal dazu wird vom EGB-Kongress im Mai in Athen ausgehen. Die soziale Integration war immer eher ein ‚Anhängsel' der wirtschaftlichen Integration im EU-Binnenmarkt. Seit gut zehn Jahren ist der Ausbau des europäischen Sozialmodells vollends ins Stocken geraten. Dafür gibt es viele Indizien – von der Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofes bis zu den Beratungen über die EU-Richtlinien zur Arbeitszeit oder zu den Eurobetriebsräten. Vom EGB-Kongress in Athen erwarte ich, dass wir gemeinsam ein Aktionsprogramm für ein soziales Europa beschließen."*



Foto: Piegsa/DGB

Auf gemeinsamen Pressekonferenzen in Paris und Berlin bekräftigten führende deutsche und französische GewerkschafterInnen ihre Forderung nach einem politischen Kurswechsel für ein faires und gerechtes Europa. Auf dem Foto (v.l.n.r.): Fréderic Imbrecht (CGT), Marcel Grignard (CFDT), Marc-Antoine Marcantoni (CFTC), Annelie Buntenbach (DGB-Vorstand), Luc Bérille (UNSA).

Luc Bérille (UNSA): *„Wir sehen den Pakt sehr kritisch – nicht nur wegen seiner politischen Ausrichtung, sondern auch wegen der Art und Weise, wie er beschlossen wurde. Das Europäische Parlament wurde genauso wie die nationalen Parlamente mehr oder weniger übergangen. Obwohl Eingriffe in die Tarifautonomie geplant sind, hat es keinen Dialog mit den Tarif- und Sozialpartnern gegeben. Europäische Entscheidungen mit solcher Tragweite müssen auch diejenigen einbeziehen, die es betrifft: die ArbeitnehmerInnen in Europa. Nur so kann verhindert werden, dass deren Distanz zu Europa weiter wächst."*

Der Protest geht weiter

Europaweit haben die europäischen Gewerkschaften vorm letzten Europäischen Rat der Staats- und Regierungschefs mit Demonstrationen und Protestaktionen ihre Ablehnung der inhaltlichen Ausrichtung des „Paktes für den Euro" deutlich gemacht. Mit einer europaweiten Demonstration anlässlich eines Treffens der EU-Wirtschafts- und Finanzminister setzen sie ihre Proteste am 9. April in Budapest fort. Auch die deutschen Gewerkschaften sind mit einer Delegation, angeführt von DGB-Vorstandsmitglied Annelie Buntenbach, auf der Demonstration vertreten, zu der der EGB (www.etuc.org) gemeinsam mit den ungarischen Gewerkschaften aufgerufen hat. Auf dem EGB-Kongress vom 16. bis 19. Mai in Athen werden die Gewerkschaften über ihre weitere Strategie beraten.

Im Internet

www.dgb.de/-/qMA
Die gemeinsame Erklärung der deutschen und französischen Gewerkschaften zum Kurs der EU und weitere Infos zu den europäischen Initiativen der Gewerkschaften auf der DGB-Internetseite

Hintergrund

www.einblick.dgb.de/hintergrund
„Pakt der ökonomischen Unvernunft und sozialen Kälte" – Stellungnahme des DGB-Bundesvorstandes zum Euro-Plus-Pakt

PROJEKTE UND PARTNER

Bildungspaket

Nachzahlungen sichern

Die Koordinierungsstelle gewerkschaftlicher Arbeitslosengruppen (KOS) ruft Hartz-IV-BezieherInnen und Eltern aus einkommensschwachen Haushalten auf, sich rückwirkend für Januar bis März die Leistungen aus dem so genannten Bildungspaket zu sichern. Kritik übte die KOS am Bundesarbeitsministerium (BMAS). Das BMAS hatte behauptet, für rückwirkende Nachzahlungen müssten gesonderte Nachweise erbracht werden. Das ist laut KOS nicht der Fall. Die Nachzahlungen seien „glasklar und eindeutig" im Ende März veröffentlichten Gesetz geregelt, Nachweise seien nicht erforderlich.

Leistungen aus dem Bildungspaket können Eltern für ihre Kinder beantragen, wenn sie Hartz IV, Wohngeld, den Kinderzuschlag oder Sozialhilfe beziehen. Insgesamt geht es um einen dreistelligen Betrag – für einkommensschwache Familien „richtig viel Geld", betont die KOS. Bei den Anträgen ist Eile geboten: Hartz-IV- und Sozialhilfe-BezieherInnen müssen bis spätestens 30. April einen Antrag auf Nachzahlung stellen, Bezieher von Wohngeld oder Kinderzuschlag spätestens bis zum 31. Mai. •

Leistungen für Kinder beantragen

Leistungen, die BezieherInnen von Hartz IV, Wohngeld, Kinderzuschlag oder Sozialhilfe für jedes ihrer Kinder rückwirkend für Januar bis März 2011 beantragen können



*Essen in Kitas, Horts, Schulen **wenn es nicht zugemutet werden kann, die Kosten selbst zu tragen
Quelle: Koordinierungsstelle gewerkschaftlicher Arbeitslosengruppen

Die Koordinierungsstelle gewerkschaftlicher Arbeitslosengruppen (KOS) erklärt auf ihrer Website, welche Bedingungen erfüllt sein müssen, damit rückwirkend Leistungen aus dem Bildungspaket beantragt werden können und wo die Anträge jeweils einzureichen sind.

www.einblick.dgb.de/links

Clean Clothes Campaign

Hess Natur retten

Die Kampagne für Saubere Kleidung (CCC) plant gemeinsam mit anderen Verbänden die Gründung einer Genossenschaft, die den öko-fairen Textilhersteller Hess Natur übernehmen soll. So will das Bündnis gemeinsam mit dem Hess-Natur-Betriebsrat verhindern, dass der Private-Equity-Fonds Carlyle wie beabsichtigt Hess Natur übernimmt. Die Carlyle-Fonds investieren unter anderem auch in diverse Rüstungsgeschäfte. Über die Genossenschaft sollen Beschäftigte und Kunden von Hess Natur das Unternehmen selbst übernehmen und weiterführen. •

Infos zur Genossenschaftsgründung: www.hnGeno.de

BigBrotherAward 2011

Moderner Vampirismus

Anfang April hat der Verein FoeBud zum inzwischen zwölften Mal seine BigBrotherAwards, die „Oscars für Datenkraken", verliehen. Mit dem Preis werden Unternehmen und Behörden „ausgezeichnet", die in besonders frappierender Weise Datenschutz missachten. Preisträger in der Kategorie „Arbeitswelt" sind in diesem Jahr alle Unternehmen, die von BewerberInnen bei der Einstellungsuntersuchung Blutproben verlangen. Stellvertretend für alle Firmen, die so verfahren, erhielt die Daimler AG den Award. Dort wurde bis Ende 2009 diese „Form des modernen Vampirismus" praktiziert, wie es in der Jurybegründung von FoeBud heißt.

Den Award in der Kategorie Politik erhielt Niedersachsens Innenminister Uwe Schünemann (CDU). Schünemann war für den ersten nachgewiesenen Einsatz einer Mini-Drohne verantwortlich, mit der heimlich Anti-Castor-DemonstrantInnen im Wendland ausgespäht wurden. •

www.bigbrotherawards.de/2011

Otto-Brenner-Preis

Jetzt bewerben

Die Otto-Brenner-Stiftung lobt auch in diesem Jahr wieder den Otto-Brenner-Preis für kritischen Journalismus unter dem Motto „Gründliche Recherche statt bestellter Wahrheiten" aus. Vergeben werden drei Otto-Brenner-Preise (1. bis 3. Platz), ein Newcomer-Preis, ein Medienprojektpreis ein Brenner-Preis „Spezial" für Leitartikel, Kommentare oder Essays sowie drei Recherche-Stipendien. Bewerbungen und Nominierungen können bis zum 15. August 2011 eingereicht werden. •

www.otto-brenner-preis.de

interregio

••• Der ***DGB-Bezirk Berlin-Brandenburg*** ist Kooperationspartner der vom Land Berlin gestarteten ***Internetplattform*** „Dienstleistungsmetropole Berlin". Die Website soll alle relevanten Informationen zum Thema „Gute Arbeit im Dienstleistungssektor" bündeln. Ein erster thematischer Schwerpunkt ist die Berliner Landesinitiative „Gute Arbeit in der Pflege". Im Rahmen der Initiative will der Berliner Senat gemeinsam mit Gewerkschaften, der Bundesagentur für Arbeit, Krankenkassen und weiteren Verbänden für bessere Ausbildungs-, Arbeits- und Einkommensbedingungen in der Pflegebranche sorgen.

www.dienstleistungsmetropole-berlin.de

••• Die ***DGB-Region Ostsachsen*** verleiht am 14. April zum zweiten Mal den Ostsächsischen ***Mitbestimmungspreis.*** Die Auszeichnung geht an besonders engagierte Betriebs- und Personalräte. In diesem Jahr werden Gremien geehrt, die sich beispielhaft „um die Bewältigung von Krisen und die Erhaltung und Schaffung von vollwertigen Ausbildungs- und Arbeitsplätzen" verdient gemacht haben. *www.einblick.dgb.de/links*

••• Das „Baltic Sea Labour Network" (BSLN), in dem der ***DGB-Bezirk Nord*** mitarbeitet, hat beschlossen, ein ***„Forum für den Sozialen Dialog"*** in der Ostseeregion zu gründen. Im Forum wollen Gewerkschaften, Arbeitgeber und PolitikerInnen der Ostseeanrainerstaaten gemeinsam die Wettbewerbsfähigkeit der Region fördern, für die Einhaltung von Tarifverträgen sorgen sowie Bildungs- und Weiterbildungsangebote gestalten.

www.einblick.dgb.de/links

Studierende und Gewerkschaften

Den Campus entern

Studierende und Gewerkschaften – das war lange Zeit ein eher kühles Verhältnis. Doch mit viel Engagement an den Unis und Fachhochschulen haben die Gewerkschaften im vergangenen Jahr viele neue Mitglieder werben können. einblick stellt einige Projekte und Initiativen vor.

Die Zahlen stimmen optimistisch – Ende März konnte der DGB-Bundesjugendsekretär René Rudolf die aktuellen Mitgliederzahlen der DGB-Jugend für den Bereich Studierende vorstellen. Demnach sind innerhalb eines Jahres rund 1000 neue Studierende Mitglied in einer DGB-Gewerkschaft geworden. Das entspricht einem Zuwachs von drei Prozent auf mehr als 33 000 Studentinnen und Studenten. „Die DGB- Jugend wächst zu einem großen Studierendenverband in Deutschland heran. Das ist ein Erfolg unserer Arbeit der letzten Jahre an den Hochschulen", betont Rudolf. Gerade in Zeiten schlechter Studienbedingungen durch unterfinanzierte Hochschulen und Elitenbildung sei eine starke Interessenvertretung für Studierende wichtiger denn je.

Seit 2003 haben der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften unter dem Label „students at work" die gewerkschaftliche Präsenz an Unis und Fachhochschulen ausgebaut. Zurzeit gibt es bundesweit an über 50 Hochschulen gewerkschaftliche Aktivitäten und Angebote. Ein Schwerpunkt der Arbeit ist die Beratung studentischer JobberInnen – und das aus gutem Grund. Zahlen des 11. Studierendensurveys für 2010 (siehe Grafik) belegen, dass 75 Prozent aller Studierenden an Universitäten und 77 Prozent an Fachhochschulen neben dem Studium arbeiten, um ihren Lebensunterhalt zu bestreiten. Mit anderen Worten: Ein Großteil der Studierenden ist heute bereits während des Studiums in der Arbeitswelt unterwegs.

Mit großem Erfolg organisiert beispielsweise die IG Metall eine spezielle Gruppe von arbeitenden StudentInnen – angehende IngenieurInnen, die als Werksstudierende einen großen Teil ihrer Zeit im Betrieb arbeiten. Mit dem Hochschulinformationsbüro der IG Metall (HiB) ist die Gewerkschaft ganz nah dran an der Studien- und Arbeitsrealität angehender Ingenieurinnen und Ingenieure. Die IG Metall bietet unter anderem ein umfassendes Angebot an Broschüren und Seminaren, die eigene Zeitung *Die Schnittstelle* und Angebote im Internet, um die Berufsgruppe zu betreuen. Für BerufseinsteigerInnen gibt es zum Ende des Studiums passgenau zugeschnittene Tipps und Infos – auch online auf der Internetseite des HiB (www.hochschulinformationsbuero.de). Für Werksstudenten großer Unternehmen wie Siemens oder VW gibt es außerdem spezielle unternehmensbezogene Seminare und Themenbroschüren. Das HiB bietet allerdings auch umfassende allgemeine Infos zu den Themen BAföG, Nebenjobs und Hochschulpolitik.

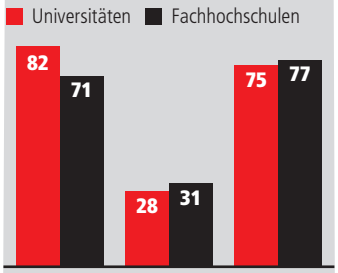
Auch die IG BCE engagiert sich für Studierende in dualen Studiengängen. Die IG BCE-Bundesjugendsekretärin Katy Hübner erklärt: „Gerade dieser Bereich ist in den letzten gut anderthalb Jahren explodiert. Das müssen wir als Gewerkschaften aufgreifen und uns verstärkt um die Themen der dual Studierenden kümmern." Darum startet die IG BCE-Jugend das Projekt mit dem Namen „Junge Kompetenz". Ziel ist es, die angehenden ChemikerInnen, ElektrotechnikerInnen und IngenieurInnen zu beraten und zu organisieren. „Das Potenzial für eine erfolgreiche gewerkschaftliche Betätigung ist in diesem boomenden akademischen Bereich groß", betont Hübner. Das Projekt soll dieses Jahr starten und sich neben den dual Studierenden auch um Ausgelernte und junge Erwachsene kümmern.

Um die gewerkschaftlichen Aktivitäten auf dem Campus weiterzuentwickeln, hat die DGB-Gewerkschaftsjugend die Aktivitäten der vergangenen Jahre ausgewertet. Eine Toolbox bereitet alle Bestandteile des gewerkschaftlichen Campus-Konzepts auf. Unter anderem sind Leitfäden zur arbeits- und sozialrechtlichen Beratung von Studierenden, Pläne für Campus- Touren, Organizing-Konzepte, Aktionskarten und ein digitales Veranstaltungsportfolio enthalten. René Rudolf erklärt: „Das Konzept soll Studierende auf Gewerkschaften ansprechen und sie in der Durchsetzung ihrer Interessen für ein qualitatives gutes Studium ohne soziale Hürden unterstützen." Alle Bestandteile der Toolbox können auf der Internetseite der DGB-Jugend heruntergeladen oder für 4,50 Euro zuzüglich Versandkosten per Post bestellt werden. •

www.dgb-jugend.de/studium/mehr_infos

Drei Viertel sind Arbeitnehmer

Finanzierungsquellen von Studierenden an Universitäten und Fachhochschulen im Jahr 2010 (in Prozent)



*Zusammenfassung von Arbeit im Semester und in den Semesterferien

Quelle: Studierendensurvey 1983 – 2010, AG Hochschulforschung, Universität Konstanz

© DGB einblick 07/11

Nur ein Viertel aller Studierenden kann sich ausschließlich auf das Studium konzentrieren. Ein Großteil kann sich zwar auf eine Teilfinanzierung durch die Eltern verlassen – doch drei Viertel müssen neben dem Studium trotzdem arbeiten. Das BAföG spielt nur für 30 Prozent der Studierenden eine Rolle.

Gutes Studium

Das 11. Studierendensurvey im Auftrag des Bundesministeriums für Bildung und Forschung zeigt, dass die Studienbedingungen nur von einem Teil der Studierenden als gut bewertet werden. So klagen 51 Prozent über großen Leistungs- und Zeitdruck. Nicht zuletzt verursacht durch die Umstellung auf die Bachelor- und Masterstudiengänge.

Diesem und anderen Hochschulthemen werden sich die Gewerkschaften auch im weiteren Verlauf des Jahres annehmen. Am 14. April legt die GEW ein Rechtsgutachten zur Einführung der Bachelor- und Masterstudiengänge vor. Am 4. Mai lädt die DGB-Jugend zu einer Pressekonferenz zum Thema „Generation Praktikum" ein. Am 11. Mai folgt ein „Parlamentarischer Sommerabend", um Bundestagsabgeordnete mit Praktikanten und prekär beschäftigten Jugendlichen und Studierenden in Kontakt zu bringen.

Außerdem werden die Gewerkschaften Ende August das Thema „40 Jahre BAföG" zum Anlass nehmen, um für eine bessere Studien-Finanzierung einzutreten.

Hintergrund
www.einblick.dgb.de/hintergrund
Termine der DGB-Jugend und das Studierendensurvey

GEWERKSCHAFTEN

kurz&bündig

Die IG BCE hat die Bundesregierung aufgefordert, einen Neustart in der Energiepolitik zu ermöglichen. Notwendig sei ein neuer Energiekonsens, der nicht nur einen Ausstieg aus der Kernenergie umfasse, sondern gleichzeitig die Bedeutung zentraler Energieträger für die Zukunft klärt. „Strom muss sicher und gesellschaftlich akzeptabel erzeugt werden", so die IG BCE.
www.einblick.dgb.de/links

Die IG Metall will die gesellschaftliche Debatte über die Zukunftsperspektiven junger Menschen ins Zentrum der Politik rücken. Die junge Generation leide besonders unter unsicheren Lebens- und Arbeitsbedingungen, betont der Erste Vorsitzende der IG Metall Berthold Huber. Geplant sind öffentliche und betriebliche Aktionen.

Der NGG-Vorsitzende Franz-Josef Möllenberg hat die Bundesregierung aufgefordert, beim Thema Lohndumping und Mindestlöhne endlich die „neoliberalen Regierungsscheuklappen" abzulegen. Bis zur vollen Arbeitnehmerfreizügigkeit am 1. Mai bleibe nicht mehr viel Zeit.

Die GdP warnt vor einer fortschreitenden Instrumentalisierung des Internets für „feige und hinterhältige" Mobbing-Attacken. Der GdP-Vorsitzende Bernhard Witthaut betont: Es könne nicht sein, dass die Gesellschaft tatenlos zusehe, wie schnell die „virtuelle Verwahrlosung" voranschreite.

GEW

Kriege bedrohen Bildung

Die GEW warnt vor den massiven Auswirkungen, die bewaffnete Konflikte in Krisenregionen auf Bildungschancen junger Menschen haben. Der GEW-Vorsitzende Ulrich Thöne betont: „Die Angriffe auf Bildungseinrichtungen und auf die Menschen, die in ihnen arbeiten und lernen, stellen eine ernsthafte Verletzung der Menschenrechte dar, insbesondere des Rechts auf Bildung und körperliche Unversehrtheit." Der Hintergrund: Der Weltbildungsbericht der UNESCO belegt, dass zwischen 1999 und 2008 in 35 Krisenländern Lehrkräfte, Kinder und Schulen beschossen und als legitimes Ziel betrachtet wurden. Allein in Afghanistan seien 2009 mindestens 613 Schulen angegriffen worden. Im Nordjemen sind 220 Schulen zerstört, beschädigt oder geplündert worden. Dies bedrohe die Ziele des UNESCO-Programms „Education for all" (EFA), warnt Thöne, die bis zum Jahr 2015 verwirklicht sein sollen. •

www.einblick.dgb.de/links

EVG-Grundsatzprogramm

„Wir machen Politik"

Die Eisenbahn- und Verkehrsgewerkschaft (EVG) ruft ihre Mitglieder auf, sich an den Diskussionen für ein Grundsatzprogramm zu beteiligen. Unter dem Motto „Wir machen Politik" können alle EVG-GewerkschafterInnen ihre Thesen zu den Themen soziale Gerechtigkeit, Gute Arbeit, Demokratie und Frieden, junge Generation sowie ökologische Verkehrswende einbringen. Bereits auf dem kleinen Gewerkschaftstag der EVG im November 2011 soll ein erster Entwurf vorgestellt werden. Der erste ordentliche EVG-Gewerkschaftstag im Herbst 2012 soll das Programm dann beschließen. Teilnehmen können die Mitglieder im Internet auf einem eigens eingerichteten Portal oder per Postkarte, die der nächsten Ausgabe der Mitgliederzeitung *imtakt* beiliegt. •

www.evg-online.org/wmp

Girls' Day 2011

Mädchen in „Männerjobs"

Der DGB ruft mit anderen Aktionspartnern auch in diesem Jahr zum Girls' Day, dem Mädchen-Zukunftstag, am 14. April auf. Bundesweit bieten vor allem Unternehmen, Verbände, Hochschulen und Forschungszentren mit technischer Ausrichtung Schülerinnen ab Klasse 5 einen Blick hinter die Kulissen an. Insgesamt stehen rund 120 000 Plätze bereit. Wer bisher noch keinen Platz gefunden hat, kann sich auf *www.girls-day.de* informieren. •

Fragenan ...



Foto: DGB

30 Prozent der wahlberechtigten Hessen haben sich per Volksentscheid gegen die Schuldenbremse ausgesprochen. Zu wenig, um zu verhindern, dass die schwarz-gelbe Landesregierung die Schuldenbremse in der Landesverfassung festschreibt. Der DGB Hessen-Thüringen hatte bis zuletzt als Partner der „Plattform Handlungsfähiges Hessen" gegen die Schuldenbremse gekämpft. Stefan Körzell, Vorsitzender des DGB-Bezirks Hessen-Thüringen, erklärt im *einblick*, wie der DGB nun mit dem Thema umgehen will.

■ Der DGB hat bis zuletzt gegen die Schuldenbremse gekämpft. Eine Mehrheit stimmte beim Volksentscheid trotzdem mit „Ja". Woran hat es gelegen?

■ *30 Prozent der Stimmen gegen die Verfassungsänderung können sich sehen lassen. Der DGB war mit den Plattformpartnern derjenige, der über die Inhalte und Folgen der Schuldenbremse aufgeklärt hat. Uns haben zwei Wochen Zeit gefehlt. Zudem haben die Wohlfahrtsverbände, der Landeselternbeirat, der Mieterbund und andere erst sehr spät zu einem Nein aufgerufen.*

■ Was sind die Folgen der Schuldenbremse?

■ *Im nächsten Jahr werden 68,3 Millionen Euro im Kulturetat eingespart, bei den Hochschulen sollen es nochmals 51 Millionen Euro sein. Die Nassauische Heimstätte mit ihren 63 000 erschwinglichen Mietwohnungen soll möglicherweise verkauft werden. Der Finanzminister will bis zum Jahr 2013 beim Land 1200 Stellen einsparen. Somit wird die Schuldenbremse zur Zukunftsbremse und führt zu Sozialabbau.*

■ Wie will der DGB in Zukunft mit dem Thema umgehen?

■ *Mit unserer Kampagne sind wir anschlussfähig für das, was jetzt kommt. Nun wird es darum gehen, die schlimmsten Auswirkungen zu verhindern. Viele sind dankbar dafür, dass wir zur Aufklärung beigetragen haben. Der Nutzen unserer Kampagne wird sich in Zukunft zeigen. Sie ist nachhaltig, da bin ich mir ganz sicher.*

Anti-Gewerkschaftsgesetze in den USA

Feldzug gegen die Gewerkschaften

Republikanische Rechtsaußen sind angetreten, um die US-Gewerkschaftsbewegung zu zerschlagen. Doch ihr Feldzug gegen die Gewerkschaften trägt eher zu deren Wiederbelebung bei, beschreibt der US-Gewerkschafter Ron Carver.

Erst Wisconsin und Indiana – jetzt Ohio, Maine, Florida und andere US-Bundesstaaten: Überall sollen per Gesetz Gewerkschaften kampfunfähig gemacht und Tarifverhandlungsrechte abgeschafft werden. „Wir werden nicht gefragt, welchen Beitrag wir zur Reduzierung des Haushaltsdefizits leisten können", fasste der Lehrer Courtney Johnson in einem Radiointerview zusammen. „Wir werden mundtot gemacht." Erleben wir gerade das Ende der amerikanischen Gewerkschaftsbewegung? Oder stehen die geprügelten US-Gewerkschaften am Anfang ihrer Wiederbelebung?

Die Anti-Gewerkschafts-Offensive hat sich schon lange angekündigt. Sie ist kein, wie einige Kommentatoren behaupten, spontanes Aufbäumen der auf Krawall gebürsteten „Tea Party"-Bewegung. Die Offensive ist vielmehr von einigen ultra-konservativen Politikern und rechten Think Tanks langfristig strategisch angelegt – finanziell unterstützt von Bier-Baron Joseph Coors, dem Verleger Rupert Murdoch und Richard Mellon, Erbe eines Banken- und Ölimperiums. Schon vor einem halben Jahrhundert haben konservative Regierungen damit begonnen, die Steuerlast von den Unternehmen und Wohlhabenden auf die Mittelschicht zu verlagern, um dort eine breit angelegte Steuer-Revolte zu provozieren. Sie wollen die Bundesregierung finanziell austrocknen, die Pensionskassen der öffentlichen Angestellten in den Bankrott treiben, öffentliche Dienstleistungen privatisieren, die noch verbliebenen Leistungen für öffentliche Angestellte abschaffen und ihre Gewerkschaften schwächen. Und genau das haben sie getan. Damit ist auch die Demokratische Partei unter Druck geraten – und hat nur noch wenige arbeitsrechtliche oder umweltfreundliche Regelungen übrig gelassen, die Unternehmen im Wege stehen könnten.

Wie konnte die Rechte all die Jahre so erfolgreich sein? Der Kern des Problems ist die Gewerkschaftsbewegung selbst. Sie hat sich in den vergangenen Jahren zu sehr darauf konzentriert, Wähler zu mobilisieren statt sie politisch aufzuklären. Wir Gewerkschaften haben gute Tarifpolitik für unsere Mitglieder gemacht. Aber wir haben nicht erklärt, was das Hauptziel der politischen Rechten ist: die Uhr zurückzudrehen, zurück in eine Zeit, in der ArbeitnehmerInnen immer das kleinste Stück vom Kuchen bekommen haben. Als die Wirtschaftskrise im vergangenen Jahr viele Gewerkschaftsmitglieder traf, erfüllte sie das mit Angst, und sie halfen mit, eine neue Truppe rechter Politiker ins Amt zu heben. **Die politische Rechte überbietet sich nun gegenseitig bei der Abschaffung von Arbeitnehmerrechten – und könnte damit letztlich über das Ziel hinausschießen.** In einem Radio-Interview gab Dwight Landis, pensionierter Angestellter einer Stadtverwaltung, zu, für die Republikaner gestimmt zu haben. Ihm habe die Idee gefallen, „unsere Finanzen wieder in Ordnung zu bringen". Aber der Gouverneur sei zu weit gegangen, so Landis. „Es sollte nicht in Raub ausarten."



Foto: privat

Ron Carver war bis 2010 Gewerkschaftssekretär der US-Transportarbeitergewerkschaft Teamsters und hat dort die Abteilung für strategische Kampagnen aufgebaut. Seitdem er im Ruhestand ist, berät er Organisationen für Menschen- und Arbeitnehmerrechte.

Auf den Feldzug der Rechten reagiert die Gewerkschaftsbewegung mit Kreativität, Entschlossenheit und Kampfgeist. Vielleicht inspiriert von dem Mut und der Hartnäckigkeit ägyptischer und tunesischer Demonstranten, gingen in den letzten Wochen Gewerkschaftsmitglieder und Studierende Tag für Tag zu Tausenden auf die Straße. Auf der März-Vorstandssitzung des amerikanischen Gewerkschaftsbundes AFL-CIO herrschte denn auch so etwas wie ernsthafte Aufbruchsstimmung. Randi Weingarten, Vorsitzende der Lehrer-Gewerkschaft, warnte, man müsse sich auf kurzfristige Angriffe und einen lang anhaltenden Kampf einstellen. Der Vorsitzende der Stahlarbeiter-Gewerkschaft Leo Gerard versetzte die Runde in Hochstimmung, als er berichtete, seine Gewerkschaft habe in den zurückliegenden drei Tagen mehr Mitgliedsanträge bekommen, als in den zwölf Monaten davor. **Die Angriffe der Rechten sind auch eine Chance für die Gewerkschaften.** Dass sie unter dem Motto „Arbeitnehmerrechte sind Menschenrechte" auf die Straße gehen, lässt wieder mehr Amerikaner den Wert kollektiver Tarifverhandlungen erkennen. Und sie werden Teil einer Gewerkschaftsbewegung werden wollen, die für ihre Rechte aufsteht. •

US-weite Proteste

Wisconsin sollte erst der Anfang sein: Wie die „New York Times" berichtete, entsandte Milliardär David Koch bereits kurz nach dem Wahlsieg des republikanischen Gouverneurs Scott Walker im November 2010 die Geschäftsführung seines Unternehmens nach Wisconsin, um Walker zu einer Kampfansage gegen die Gewerkschaften zu drängen.

Die ließ nicht lange auf sich warten: Im Rahmen eines Sparpakets zur Sanierung des maroden Haushaltes sollten die Tarifrechte der Gewerkschaften im öffentlichen Dienst massiv eingeschränkt werden. Ungeachtet aller Proteste und mit rechtlich bedenklichen Verfahrenstricks hat Walker sein Anti-Gewerkschaftsgesetz am 9. März im Senat von Wisconsin durchgedrückt. Ähnliche Initiativen gibt es auch in anderen Bundesstaaten.

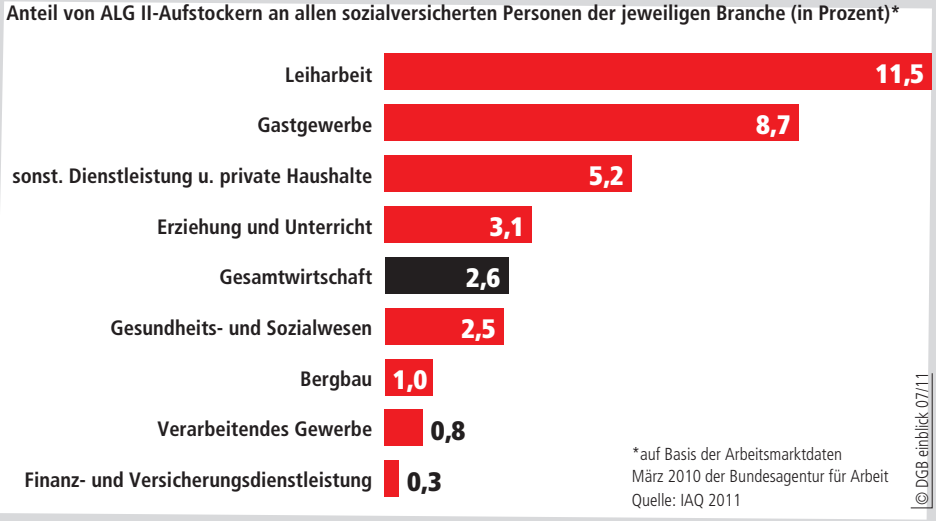
Auch nach der Verabschiedung reißen die Proteste nicht ab. Zigtausende US-Amerikaner beteiligten sich am 4. April, dem Jahrestag der Ermordung des Bürgerrechtlers Martin Luther King, an den über tausend Veranstaltungen des USA-weiten Aktionstages der amerikanischen Gewerkschaften. Die öffentliche Meinung gibt ihnen recht: Laut einer repräsentativen Umfrage lehnen 60 Prozent der US-BürgerInnen die Aushebelung der kollektiven Tarifverhandlungsrechte ab.

DIES & DAS

die DGB grafik

LEIHARBEIT: Elf Prozent stocken auf

Im März 2010 mussten 11,5 Prozent aller LeiharbeiterInnen ihren Lohn mit ALG II aufstocken. Das belegt eine Analyse des Instituts Arbeit und Qualifikation (IAQ). Nach Angaben der Bundesagentur für Arbeit lagen die Kosten für aufstockende Leistungen an LeiharbeiterInnen bei 531 Millionen Euro. Durch den Boom der Niedriglohnbeschäftigung sei es zu einem „partiellen Funktionswandel dieser aufstockenden Leistungen gekommen". Eine Folge: geringe Ansprüche bei der Rente und ALG I, so das IAQ.



personalien

••• ***Klaus Harbers,*** 40, Politik- und Kommunikationswissenschaftler, ist seit 1. April neuer Pressesprecher beim DGB-Bundesvorstand. Bisher arbeitete Harbers als PR-Berater bei der Agentur „Zum goldenen Hirschen", und von 1998 bis 2005 war er Mitarbeiter der SPD-Bundestagsabgeordneten Angelika Mertens.

••• Der Bundesarbeitskreis ARBEIT UND LEBEN hat im März seinen langjährigen Bundesgeschäftsführer ***Theo W. Länge,*** 66, verabschiedet. Die stellvertretende DGB-Vorsitzende und Präsidentin des Bundesarbeitskreises Ingrid Sehrbrock würdigte besonders Länges „Anstöße für beständige Innovation in der Weiterbildung und der politischen Bildung". Länge hatte die Geschäftsführung 20 Jahre inne. Seine Nachfolgerin hatte der Vorstand des Bundesarbeitskreises bereits im Mai 2010 ernannt: ***Barbara Menke,*** 49, seit 1994 in der Bundesgeschäftsstelle tätig, hat zum Jahreswechsel 2010/2011 die Geschäftsführung übernommen.

14 TAGE

mehr Infos: www.einblick.dgb.de

11.4. DGB Sachsen, Fachkonferenz „Für einen attraktiven öffentlichen Dienst in Sachsen", Dresden

13.4. DGB Thüringen, Diskussion „Soziale Frage und Gewerkschaften 1989/90 und 2011", Erfurt

14./15.4. Otto-Brenner-Stiftung, 12. Internationale Konferenz, Kattowitz/Polen

14.4. Aktionstag, Girls' Day – Mädchen Zukunftstag

14.4. IQ-Consult gGmbH, Regionaltagung West „Weiterbildung für, von und mit Menschen mit Migrationshintergrund", Dortmund

14.4. DGB-Region Ostsachsen, Preis „Verleihung des 2. Ostsächsischen Mitbestimmungspreises", Bautzen

15./16.4. GEW, Workshop „Bildung statt Kinderarbeit – Vorstellung der GEW-Initiative und Möglichkeiten zur Mitarbeit für ‚Junge Alte'", Fulda

15.-17.4. Friedrich-Ebert-Stiftung, Veranstaltung „Globalisierung und Soziale Demokratie", Berlin

15.-17.4. IG Metall, Forum politische Bildung 2011 „Kurswechsel für ein gutes Leben", Schliersee

22.4. Beginn der Ostermärsche

25.4. IG Metall Unterelbe und andere, Aktionstag, Anti-Atom-Demonstrationen in Norddeutschland, Brunsbüttel und Krümmel

26.4. 25 Jahre Reaktor-Katastrophe von Tschernobyl

28.4. DGB Sachsen, DGB Berlin-Brandenburg, Konferenz „Arbeit darf nicht krank machen: physischen und psychischen Schäden vorbeugen!", Dresden

IMPRESSUM *einblick* erscheint vierzehntäglich **Herausgeber:** DGB **Verlag:** Graewis Verlag GmbH **GeschäftsführerInnen:** Anne Graef, Dr. Peter Wilke **Redaktion:** Anne Graef (verantw.), Sebastian Henneke, Timm Steinborn **Redaktionelle Mitarbeit:** Udo Böhlefeld, Luis Ledesma **Redaktionsanschrift:** Wallstraße 60, 10179 Berlin, Tel. 030/30882 4-0, Fax 030/30882420, Internet: www.einblick.dgb.de, E-Mail: redaktion@einblick.info **Anzeigen:** Bettina Mützel, Tel. 030/859946-240, Fax 030/859946-100, E-Mail: bettina.muetzel@berlin.de **Layout:** zang.design **Infografik:** Klaus Niesen **Druck und Vertrieb:** PrintNetwork Berlin **Abonnements:** Änderungen schriftlich an Redaktion *einblick* (Adresse s.o.)
Nachdruck frei für DGB und Gewerkschaften bei Quellenangabe und zwei Belegexemplaren. Alle Anderen nur nach schriftlicher Genehmigung durch den Verlag. Nachdruck von namentlich gezeichneten Artikeln nur nach Genehmigung durch Verlag und Autor.

Schlusspunkt.

„Es ist besser, wenn jemand von innen aus dem Zelt rauspinkelt, als wenn er von draußen reinpinkelt."

Klaus Töpfer, Vorsitzender der von Kanzlerin Angela Merkel einberufenen Ethik-Kommission zur Atomkraft, laut „Spiegel" 13/2011 vom 28. März 2011

Stasi-Mitarbeit

Keine Entschädigung für Haft in DDR

Ein ehemaliger politischer Gefangener der DDR, der nach seiner Haft als inoffizieller Mitarbeiter (IM) der Stasi freiwillig Berichte über Ausreisewillige abgegeben hat, kann keine Entschädigungsleistungen beanspruchen.

Der Fall: Der ehemalige DDR-Bürger wurde wegen versuchter landesverräterischer Nachrichtenübermittlung, ungesetzlicher Verbindungsaufnahme und Beeinträchtigung staatlicher Tätigkeit in einem schweren Fall zu einer Freiheitsstrafe von zwei Jahren und zehn Monaten verurteilt. Nach seiner vorzeitigen Haftentlassung 1988 und Einreise in das Bundesgebiet wurde er als ehemaliger politischer Häftling anerkannt und erhielt Entschädigungszahlungen. Im Rahmen der Bearbeitung seines Antrages auf Opferpension wurde festgestellt, dass der Kläger während und nach der Haft als IM tätig war. Daraufhin entzog die Aufsichts- und Dienstleitungsdirektion ihm die Anerkennung als politischer Häftling und forderte die Entschädigung von rund 7.500 Euro zurück. Die Klage dagegen hatte keinen Erfolg.

Das Oberverwaltungsgericht: Der Anerkennung als ehemaliger politischer Häftling und der Gewährung von Entschädigung steht seine inoffizielle Mitarbeit bei der Stasi entgegen. Zwar kann zu Gunsten des Klägers bei der Abgabe der Verpflichtungserklärungen eine Zwangslage unterstellt werden. Jedoch hat der Kläger nach der Haftentlassung, ohne besondere Repressalien fürchten zu müssen, über eine Familie berichtet, die einen Besuch in der Bundesrepublik habe nutzen wollen, um nicht mehr zurückzukehren. Durch diese freiwillige IM-Tätigkeit hat er Grundsätze der Menschlichkeit und Rechtsstaatlichkeit verletzt. Deshalb hat er weder als politischer Häftling anerkannt werden noch Entschädigungsleistungen für seine Haft beanspruchen können.

Oberverwaltungsgericht Rheinland-Pfalz,
Beschluss vom 11. März 2011 - 7 A 11442/10.OVG

Hartz IV

Keine zwei Zimmer für zwei Kinder

Zwei Kleinkinder haben keinen Anspruch auf getrennte Kinderzimmer.

Der Fall: Die Bezieher von Hartz-IV-Leistungen mit zwei Kindern im Alter von vier und fast zwei Jahren beantragten die Zustimmung zum Umzug von einer 80 qm- in eine 89 qm große (teurere) Vier-Zimmer-Wohnung. Die Kinder hätten unterschiedliche Schlafrhythmen, das kleinere schreie nachts häufig. Die Behörde lehnte die Zustimmung ab. Die dagegen gerichtete Klage hatte keinen Erfolg.

Das Landessozialgericht: Grundsätzlich sind zwar die angemessenen Kosten der Unterkunft und Heizung zu übernehmen. Der Grundsatz gilt jedoch mit der Einschränkung, dass bei einem nicht erforderlichen Umzug nur die bisherigen Kosten übernommen werden, wenn sich die Kosten der Unterkunft infolge des Umzuges erhöhen. Ein Umzug ist erforderlich, wenn ein plausibler, nachvollziehbarer und verständlicher Grund vorliegt. Die derzeitige Wohnung der Antragsteller ist nicht wesentlich zu klein. Jede Familie mit zwei Kindern in diesem Alter habe derartige Umstände zu bewältigen. Dass auch kleine Kinder Anspruch auf eigenen Wohnraum haben, bedeute nicht, dass jedes Kind ein eigenes Zimmer beanspruchen kann. Ob ein eigenes Zimmer benötigt wird, hängt von den Umständen des Einzelfalls ab.

Sächsisches Landessozialgericht,
Beschluss vom 4. März 2011 - L 7 AS 753/10 B ER

URTEILE

Eingetragene Lebenspartnerschaft

Familienzuschlag für Beamte

In Hessen steht Beamten und Beamtinnen, die in einer eingetragenen Lebenspartnerschaft leben, seit dem 1. Juli 2009 ein Anspruch auf Familienzuschlag der Stufe 1 zu.

Verwaltungsgericht Gießen,
Urteil vom 1. Februar 2011 – 5 K 1336/09.GI

Leiharbeit

Kein Kurzarbeitergeld

Arbeitnehmer haben Anspruch auf Kurzarbeitergeld bei erheblichem Arbeitsausfall. Dies gilt nicht, wenn der Arbeitsausfall branchenüblich und damit vermeidbar ist. Davon ist auszugehen, wenn Leiharbeitnehmer nicht beschäftigt werden können. Denn auch dann haben sie Anspruch auf Lohn.

Hessisches Landessozialgericht,
Urteil vom 18. März 2011 - L 7 AL 21/08

Diskriminierung

Schlichter Fehler spricht nicht dafür

Behauptet ein/e Arbeitnehmer/in, wegen der Rasse oder ethnischen Herkunft benachteiligt worden zu sein, so genügt es, dass er/sie Tatsachen vorträgt, aus denen sich nach allgemeiner Lebenserfahrung eine überwiegende Wahrscheinlichkeit für eine solche Benachteiligung ergibt. Dann muss der Arbeitgeber nachweisen, dass keine Benachteiligung vorliegt. Die Verwechslung in der Anrede im Ablehnungsschreiben einer Bewerbung lässt keine Benachteiligung wegen der Rasse oder der ethnischen Herkunft vermuten. Es kann auch ein schlichter Fehler sein.

Arbeitsgericht Düsseldorf,
Urteil vom 9. März 2011 – 14 Ca 908/11

Freiheitsstrafe

Kann Kündigung mit sich bringen

Die Verbüßung einer mehrjährigen Freiheitsstrafe ist grundsätzlich geeignet, die ordentliche Kündigung des Arbeitsverhältnisses zu rechtfertigen. Das gilt auch, wenn die Taten keinen Bezug zum Arbeitsverhältnis haben. Bei einer Freiheitsstrafe von über zwei Jahren ist es dem Arbeitgeber nicht zumutbar, an dem Arbeitsverhältnis festzuhalten. Er kann den Arbeitsplatz dauerhaft neu besetzen.

Bundesarbeitsgericht,
Urteil vom 24. März 2011 - 2 AZR 790/09

Freistellung ohne Lohn

Als einseitige Maßnahme unzulässig

Der Arbeitgeber ist nicht berechtigt, einen Arbeitnehmer einseitig ohne Fortzahlung der Bezüge freizustellen, weil dieser sich weigert, die Verpflichtungserklärung zu IT-Sicherheitsrichtlinie und Datenschutzbestimmungen zu unterzeichnen.

Hessisches Landesarbeitsgericht,
Urteil vom 24. Januar 2011 - 16 Sa 1041/10

einblick
gewerkschaftlicher Info-Service vom 26.04.2011 8/11

DGB

inhalt

Seite 3
Jetzt aktiv werden
Ab 1. Mai gilt die volle Arbeitnehmerfreizügigkeit innerhalb der EU auch für Deutschland. Die Politik muss deshalb jetzt aktiv werden

Seite 5
Vor Gericht
Der DGB Rechtsschutz hat im vergangenen Jahr vor Gericht über 300 Millionen Euro für Gewerkschaftsmitglieder erstritten

Seite 7
Lobby für Versicherte
Gerade in diesem Jahr ist die Teilnahme an der Sozialwahl besonders wichtig, meint DGB-Vorstand Annelie Buntenbach

1. Mai 2011 – Tag der Arbeit

Das Mindeste und noch viel mehr



Das Jahr 2011 ist hierzulande bisher das Jahr des Stillstands, wenn es um Fortschritte für Gute Arbeit und gegen prekäre Beschäftigung geht: Schwarz-Gelb blockiert einen wirksamen Schutz gegen den Missbrauch der Leiharbeit, verweigert einen allgemeinen gesetzlichen Mindestlohn und lässt die paritätische Finanzierung der sozialen Sicherungssysteme in immer weitere Ferne rücken.

Dabei kann sich Deutschland gerade in diesem Jahr keinen Stillstand leisten: Denn der 1. Mai 2011 ist nicht nur Tag der Arbeit – es ist der Tag, ab dem auch in Deutschland die volle Arbeitnehmerfreizügigkeit innerhalb der EU endgültig Realität wird (siehe Seite 3). Dass

Das Motto des DGB zum 1. Mai 2011 ist eine klare Botschaft an die Politik, ihren Worten jetzt auch Taten folgen zu lassen. Mehr zu den aktuellen Forderungen der Gewerkschaften auf Seite 2.

sich die Koalition im Vermittlungsausschuss auf Initiative der Opposition mühsam zu Mindestlöhnen in zwei weiteren Branchen und einer Lohnuntergrenze in der Leiharbeit durchgerungen hat, kann nur ein erster Schritt sein. Um auch nach dem 1. Mai 2011 Lohndumping in Deutschland wirksam zu verhindern, braucht es „gleichen Lohn für gleiche Arbeit" für Stamm- und Leihbeschäftigte sowie einen allgemeinen gesetzlichen Mindestlohn von 8,50 Euro. „Das ist das Mindeste!", ist deshalb das Motto des DGB und seiner Mitgliedsgewerkschaften zum Tag der Arbeit: „Faire Löhne, Gute Arbeit, Soziale Sicherheit." Dafür werden auch in diesem Jahr Hunderttausende am 1. Mai in ganz Deutschland Flagge zeigen.

Nicht nur beim Schutz vor Lohndumping bleibt die Politik weitgehend tatenlos. Auch Konsequenzen aus der Finanz- und Wirtschaftskrise sind im vierten Jahr nach ihrem Ausbruch immer noch nicht gezogen – weder national noch international. Zwar hat sich kürzlich das Europäische Parlament für die Einführung einer Finanztransaktionssteuer ausgesprochen – die EU-Staats- und Regierungschefs scheinen aber nicht gewillt, dieses Votum auch umzusetzen.

Stattdessen haben sie den „Euro-Plus-Pakt" geschmiedet. Spekulanten wird damit nicht das Handwerk gelegt – auch für die Währungskrise sollen wieder die gerade stehen, die sie nicht verursacht haben: Beschäftigte, Arbeitslose, RentnerInnen. Der DGB ist überzeugt: Der Euro-Plus-Pakt ist nichts anderes als ein Angriff auf soziale Errungenschaften und gewerkschaftliche Rechte im Windschatten der Eurokrise. Mit Eingriffen in die Tarifautonomie, einer Ausweitung des Niedriglohnsektors und einem noch höheren Renteneintrittsalter rettet man keine Währung. „All das steht für ein Europa, das wir nicht wollen", heißt es im Aufruf des DGB zum 1. Mai 2011 – der Tag der Arbeit ist immer auch ein Tag der internationalen Solidarität. •

plusminusBERLIN

+ ***Ex-Bundesminister Franz Müntefering (SPD) fordert ein „Recht auf Bildung für jedes Alter". Ihm dränge sich der Verdacht auf, dass Ältere nur dann willkommen seien, wenn sie der Gesellschaft als Ehrenamtliche Kosten sparen. Bei Weiterbildung im Job würden sie hingegen diskriminiert.***

– ***Wer denkt, die FDP sei über die Situation in Libyen nicht voll im Bilde, wird vom FDP-Außenexperten Alexander Graf Lambsdorff eines Besseren belehrt: „Wir reden hier über eine Situation in Libyen, die ist erheblich ernster als die der FDP", sagte Lambsdorff im Deutschlandradio.***

Der Surf-Tipp fürs Internet

www.dgb.de/tag-der-arbeit
Online-Dossier des DGB zum Tag der Arbeit am 1. Mai

Hintergrund

www.einblick.dgb.de/hintergrund
Der Aufruf des DGB zum 1. Mai

1. MAI 2011

Mai-Aufruf

Von Mindestlohn bis Pflege

Fünf zentrale Forderungen erhebt der DGB in seinem diesjährigen Aufruf zum 1. Mai 2011 – dem Tag der Arbeit. Dazu gehört der immer noch nicht realisierte „Equal-Pay-Grundsatz": gleicher Lohn für gleiche Arbeit für Stamm- und Leihbeschäftigte. Außerdem setzt sich der DGB für einen allgemeinen gesetzlichen Mindestlohn von 8,50 Euro pro Stunde ein. Auch die Forderung nach „Guter Arbeit" steht für die Gewerkschaften weiterhin im Mittelpunkt – „gute Arbeit, die eine Familie ernährt, nicht krank macht und mitbestimmt ist".

In der Sozialpolitik setzt der DGB zum 1. Mai Schwerpunkte bei Rente, Gesundheit und Pflege. Der Gewerkschaftsbund fordert flexible Übergänge in die Rente statt der „Rente mit 67" und spricht sich bei Pflege und Gesundheit für eine Bürgerversicherung aus. •

Der Aufruf online:
www.dgb.de/tag-der-arbeit

Energiepolitik

Rascher Umstieg

„Der Atomausstieg ist ohne Alternative", heißt es im Aufruf des DGB zum 1. Mai. Doch der Atomausstieg ist nur ein Bestandteil künftiger Energiepolitik. Von einem „nötigen Kraftakt eines Energieumbaus in Deutschland" spricht etwa DGB-Vorstand Dietmar Hexel. „Eine nachhaltige Energieversorgung muss umweltverträglich, als Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge vom Bürger bezahlbar und besonders für Industrie, Handwerk und Handel jederzeit versorgungssicher gestaltet werden." Dazu gehören für den DGB unter anderem neue Netze, mehr Energieeffizienz und Energiesparen sowie ein möglichst rascher Umstieg auf erneuerbare Energien. Gerade in puncto Energiesparen muss die Bundesregierung jetzt schnell handeln: Der DGB fordert, dass Schwarz-Gelb die Fördersummen für die erfolgreichen Gebäudesanierungsprogramme auf fünf Mrd. Euro erhöht. •

Rente

Faktische Kürzung

Mitte April hat das Bundeskabinett eine Rentenerhöhung von 0,99 Prozent beschlossen. „Angesichts der Inflation werden die Rentnerinnen und Rentner am Ende ein deutliches Minus im Portmonee zu spüren bekommen", kritisiert DGB-Vorstand Annelie Buntenbach – die Mini-Erhöhung sei eine faktische Rentenkürzung. Die Leistungen der gesetzlichen Rentenversicherung seien in der Vergangenheit ohnehin um bis zu 25 Prozent abgesenkt worden. Angesichts der „künftig dramatisch steigenden Altersarmut" sei jede weitere Rentenminderung „eine schwere Hypothek für die Zukunft", so Buntenbach. Der DGB fordert statt verdeckter Rentenkürzungen durch die Rente mit 67 flexible Übergänge in die Rente. •

Anti-Nazi-Aufruf

Keinen Meter

Immer wieder versuchen Rechtsextreme und Neonazis den Tag der Arbeit für ihre Zwecke zu missbrauchen. „Der 1. Mai ist unser Fest der Solidarität und kein Ort für alte und neue Nazis", heißt es deshalb im Aufruf des DGB zum 1. Mai.

Vor allem in Bremen wollen in diesem Jahr Nazis aus der ganzen Bundesrepublik im Umfeld des 1. Mai für ihre menschenverachtende Ideologie und ihre demokratiefeindlichen Ziele werben. „Wir haben uns deshalb in einem großen Bündnis von über 100 Verbänden zusammengeschlossen, unter der klaren Aussage, den Nazis keinen Meter Raum in Bremen zu geben", betont die Vorsitzende der DGB-Region Bremen-Elbe-Weser Annette Düring. •

Finanztransaktionssteuer

Petition unterzeichnen

Im Rahmen einer europaweiten Kampagne haben über eine halbe Million EuropäerInnen an ihre EU-Abgeordneten appelliert, sich für die Einführung einer Finanztransaktionssteuer einzusetzen. Tatsächlich sprach sich eine Mehrheit der EU-Parlamentarier Anfang März für diese Steuer auf Finanzgeschäfte aus. Das EU-Parlament votierte sogar dafür, dass Europa diesen Schritt notfalls im Alleingang macht – selbst wenn andere Länder nicht mitziehen. Jetzt machen die InitiatorInnen der Kampagne Druck auf die EU-Kommission, das Votum des Parlaments umzusetzen. Denn derzeit verhindert vor allem EU-Steuerkommissar Algirdas Šemeta weitere Fortschritte. „Daher bitten wir Sie, Herrn Šemeta und der EU-Kommission eindrucksvoll klar zu machen, dass das Wohl und der Wille der Bürgerinnen und Bürger wichtiger ist als die Interessen der Finanzlobby", heißt es in einem aktuellen Aufruf zur Kampagne. Möglichst viele EU-BürgerInnen sollen die Petition für eine Finanztransaktionssteuer unterzeichnen. Der DGB unterstützt den Aufruf. •

www.einblick.dgb.de/links

Anzeige

bfw
Unternehmen für Bildung.

Beschäftigung stabilisieren

Wir engagieren uns seit rund **60 Jahren** für die **Sicherung von zukunftsfähigen Arbeitsplätzen** durch Qualifizierung und Vermittlung. In unseren **bundesweit 29 Geschäftsstellen und circa 300 Bildungsstätten** qualifizieren wir **jährlich etwa 60.000 Teilnehmer/innen.** Wir sind in den Regionen verankert und so der kompetente Partner für Arbeitsuchende, Arbeitnehmer/innen, Unternehmen, öffentliche Institutionen und Kommunen in der regionalen Arbeitsmarktpolitik. Das bfw ist zertifiziert nach DIN EN ISO 9001:2008.

Wir beraten Sie gerne!

Berufsfortbildungswerk Gemeinnützige Bildungseinrichtung des DGB GmbH (bfw), Schimmelbuschstr. 55, 40699 Erkrath, Tel.: 02104 499-0, Fax: 02104 499-255, E-Mail: info@bfw.de, www.bfw.de

Die bfw-Unternehmensgruppe:

bfw Unternehmen für Bildung.
weitblick personalpartner
max Partner für Kompetenz und Qualität im Netzwerk Gesundheit und Soziales
inab Unternehmen für Bildung.

Arbeitnehmerfreizügigkeit

Was noch getan werden muss

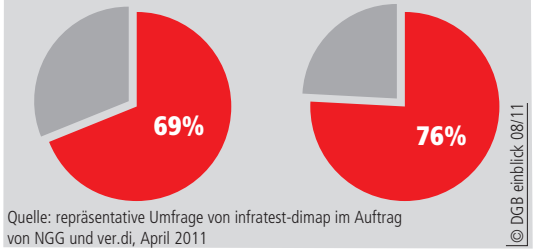
Europa wächst weiter zusammen: Ab dem 1. Mai 2011 gilt die volle EU-Arbeitnehmerfreizügigkeit auch in Deutschland (siehe Kasten). Damit Beschäftigte aus den Beitrittsstaaten hierzulande auch künftig nicht mit Dumpinglöhnen abgespeist werden können und so die deutschen Tariflöhne unter Druck geraten, muss die Politik aus Sicht der Gewerkschaften noch etliche Maßnahmen umsetzen.

Unter dem Titel „Arbeitnehmerfreizügigkeit sozial, gerecht und aktiv gestalten" hat der DGB einen 7-Punkte-Plan aufgestellt. Zentrale Bestandteile sind die Aufnahme aller Branchen ins Entsendegesetz sowie ein allgemeiner, gesetzlicher Mindestlohn von 8,50 Euro. Leitgedanke müsse der Grundsatz „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit am gleichen Ort" sein – auch „Equal Pay" in der Leiharbeit gehört deshalb zu den Forderungen. Außerdem ist der DGB für verschärfte Meldepflichten, etwa für deren Wiedereinführung im Gewerberecht. So sollen Gewerbeaufsicht, Finanzämter und Sozialversicherungen Betrugsfälle wie Scheinselbstständigkeit wirkungsvoll ahnden können. Auch Unternehmen, die als „Mischbetriebe" auftreten, de facto aber nur als Verleihunternehmen von Leiharbeitern fungieren, könnten so besser kontrolliert werden. ●

Der 7-Punkte-Plan online:
www.einblick.dgb.de/hintergrund

Deutschland will den Mindestlohn

Soviel Prozent der Bevölkerung stimmen den folgenden Aussagen „stark" oder „sehr stark" zu



Quelle: repräsentative Umfrage von infratest-dimap im Auftrag von NGG und ver.di, April 2011

© DGB einblick 08/11

ver.di und die NGG wollten es vor dem 1. Mai 2011 genau wissen – und das Ergebnis ist eindeutig: Drei Viertel der repräsentativ Befragten fordern von Schwarz-Gelb den gesetzlichen Mindestlohn – sofort.

Kontrolle nötig

Mindestlöhne helfen, Lohndumping zu vermeiden – aber nur, wenn sie auch flächendeckend kontrolliert werden. In seinem 7-Punkte-Plan fordert der DGB deshalb, die „Finanzkontrolle Schwarzarbeit" (FKS) mit deutlich mehr Personal auszustatten. Auch in einer gemeinsamen Erklärung mit dem Zentralverband des Deutschen Handwerks (ZDH) setzt sich der DGB für mehr Kontrolleure in der FKS ein. Ähnliches fordert die IG BAU und hat zum 1. Mai die Kampagne „Gute Arbeit in Europa – WIR schauen hin!" gestartet.

www.einblick.dgb.de/hintergrund

Der 1. Mai 2011 am deutschen Arbeitsmarkt

Was ändert sich?

Die Arbeitnehmerfreizügigkeit für Beschäftigte aus mittel- und osteuropäischen EU-Staaten (außer Bulgarien und Rumänien) gilt endgültig auch in Deutschland. ArbeitnehmerInnen aus den acht EU-Ländern Polen, Tschechien, Slowakei, Slowenien, Estland, Lettland, Litauen und Ungarn können ohne spezielle Arbeitserlaubnis hierzulande tätig werden. Außerdem war die EU-Dienstleistungsfreiheit in Deutschland für einige Branchen, vor allem für das Baugewerbe, bisher eingeschränkt. Auch diese Beschränkungen fallen weg und Firmen aus den genannten Staaten können hierzulande Aufträge annehmen und Beschäftigte entsenden – auch Zeitarbeitsfirmen. Möglich ist also auch der Einsatz von LeiharbeiterInnen aus Mittel- und Osteuropa.

Wer wird kommen?

Dazu gehen die Schätzungen auseinander – statistische Grundlagen fehlen weitgehend. Eine genaue Aussage ist deswegen nach Ansicht des DGB schwer möglich. Nach Meinung einiger ExpertInnen wird sich die zusätzliche Zuwanderung in Grenzen halten. Das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung wiederum rechnet jährlich mit rund 100 000 ArbeitnehmerInnen aus Mittel- und Osteuropa.
Auch die Frage, ob sich die Zahl der Arbeitnehmerentsendungen wesentlich erhöhen wird, ist unklar. Das rechne sich für die Arbeitgeber nur, wenn sie deutsche Löhne deutlich unterlaufen könnten, heißt es etwa in einer Untersuchung der Friedrich-Ebert-Stiftung. In den Branchen, für die bisher noch die Beschränkungen der Dienstleistungsfreiheit galten, existieren aber verbindliche Lohnuntergrenzen: Im Baugewerbe ein Mindestlohn nach dem Entsendegesetz und in der Leiharbeit die im Vermittlungsausschuss vereinbarte Lohnuntergrenze.
Der DGB ist sich dennoch sicher: Dem deutschen Arbeitsmarkt werden auf jeden Fall mehr Arbeitskräfte zur Verfügung stehen. „Das erhöht die Möglichkeit der Arbeitgeber, unter Beschäftigten auszuwählen" und so zu versuchen, den Unterbietungswettbewerb zwischen Beschäftigten „anzuheizen", fürchtet der DGB-Vorsitzende Michael Sommer. Außerdem könnte es eine Zunahme prekärer Beschäftigungsverhältnisse geben, ist der DGB überzeugt.

Welche Risiken gibt es noch?

Für alle Branchen, die nicht mit Mindestlöhnen ins Entsendegesetz aufgenommen sind, gilt das „Herkunftslandprinzip": ArbeitnehmerInnen aus anderen EU-Staaten könnten in diesen Branchen theoretisch zu den Löhnen ihrer Heimatländer eingesetzt werden. Auch bei der grenzüberschreitenden Leiharbeit muss künftig genau darauf geachtet werden, dass das Herkunftslandprinzip nicht zum Tragen kommt. Mittel- und Osteuropäische ArbeitnehmerInnen könnten außerdem über die neuen Dienstleistungsfreiheiten von Unternehmen in Deutschland als scheinselbstständige Sub-Unternehmer angemeldet und dann mit Dumpinghonoraren abgespeist werden.

PROJEKTE UND PARTNER

GEW-Stiftung

Gegen Kinderarbeit



Mit der Stiftung Fair Childhood will die GEW den Kampf gegen Kinderarbeit forcieren. Insgesamt mussten 2010 weltweit etwa 220 Millionen Kinder arbeiten, um ihre Existenz zu sichern.

Ob auf Kaffeeplantagen in Südamerika oder auf Baumwollfeldern in Indien – Kinderarbeit ist in vielen Ländern immer noch Realität. 2010 leisteten 6,2 Millionen Kinder Zwangs- oder Sklavenarbeit. Mit der Stiftung Fair Childhood (Faire Kindheit) setzt sich die GEW für diese Kinder ein, um ihnen eine Chance auf Bildung und ein würdiges Leben zu geben. So soll zum Beispiel in Indien das Projekt „Brückenschule" 100 Mädchen den Weg in ein anderes Leben ermöglichen – fernab von ihren ausbeuterischen Arbeitgebern. Die Projekte kümmern sich nicht nur um die Kinder. Auch Eltern, Jugendgruppen und die lokale Politik werden aufgeklärt und unterstützt. Fair Childhood arbeitet eng mit Gewerkschaften und sozialen Bewegungen zusammen. Denn überall dort, wo dies bisher geschehen ist, wurden „nicht nur Kinder aus dem Arbeitsprozess befreit und in Schulen gebracht. Dort wurden auch wieder Arbeitsplätze für Erwachsene mit deutlich besseren Löhnen geschaffen", so die InitiatorInnen. •

www.fair-childhood.eu

Friedrich-Ebert-Stiftung

Soziale Demokratie hören

Mit der Vertonung des Lesebuchs „Wirtschaft und Soziale Demokratie" geht die Friedrich-Ebert-Stiftung einen neuen Weg, um politische Sachbücher noch weiter zu verbreiten. Auf insgesamt sechs CDs liefert das Hörbuch eine fundierte und unterhaltsame Einführung in die zentralen Wirtschaftstheorien und Modelle. Unter anderem werden die Fragen erörtert: Wie kann eine gerechte und solidarische Wirtschaftsordnung aussehen? Welche Balance muss zwischen Staat und Markt gefunden werden? Dabei stellt das Hörbuch die Ansätze der verschiedenen Parteien dar und erklärt, welche Modelle in anderen Ländern verfolgt werden. Mehr Infos zum Hörbuch mit Bestellmöglichkeit (pro Exemplar 5 Euro inklusive Versandkosten) gibt es im Internet. •

www.fes-soziale-demokratie.de

interregio

••• Der ***DGB Hessen-Thüringen*** kritisiert die ersten Auswirkungen der neu eingeführten ***Schuldenbremse*** in Hessen. Medienberichten zufolge will die schwarz-gelbe Landesregierung massiv bei der Lehrerausbildung sparen. Der DGB-Bezirksvorsitzende Stefan Körzell warnt deshalb: „Nicht einmal drei Wochen nach der Volksabstimmung zeichnet sich ab, dass die Schuldenbremse zu einer Zukunftsbremse für die Jungen in unserem Land wird." Die geplanten Kürzungen würden sich nachträglich auf die Entwicklung der jungen Generation auswirken und somit ihre Chancen am Arbeitsmarkt verringern. „Ich befürchte", so Körzell, „dies ist erst der Anfang einer bitteren Zeit, die vor den Bürgerinnen und Bürgern in Hessen liegt."

www.hessen-thueringen.dgb.de

••• Der ***DGB Sachsen-Anhalt*** begrüßt das im ***Koalitionsvertrag*** der schwarz-roten Landesregierung festgeschriebene Vorhaben, Wirtschaftsförderung auch an soziale und tarifliche Standards zu binden. „Diese und andere Forderungen der Gewerkschaften können wir im Koalitionspapier wiederfinden. So auch gleiche Löhne für Leiharbeitnehmer", betont der DGB-Landesvorsitzende Udo Gebhardt. Allerdings sei es aus gewerkschaftlicher Sicht nicht nachvollziehbar, warum der Entwurf für ein Vergabegesetz erst 2012 vorliegen soll. Auf gänzliches Unverständnis stoße, dass eine Initiative für flächendeckende Mindestlöhne offenbar unter den Tisch gefallen sei. Mindestlöhne und höhere Tarifbindung seien Voraussetzungen für ein zukunftsfähiges Sachsen-Anhalt, so Gebhardt.

www.sachsen-anhalt.dgb.de

••• Der ***DGB Bremen-Elbe-Weser*** hat vor der Bürgerschaftswahl am 22. Mai ***Aufkleber für Briefkästen*** drucken lassen, damit Bürgerinnen und Bürger zeigen können, dass sie keine Nazi-Wahlwerbung bekommen wollen. Gleichzeitig machen die BremerInnen so klar, dass sie gegen Nazis in der Bremer Bürgerschaft sind. Die Aufkleber können in der ver.di-Infothek im Bremer Gewerkschaftshaus abgeholt werden.

www.dgb-bremen.de

Arbeitnehmerdatenschutz

Der neugierige Chef

Datenschützer im Betrieb haben einen schwierigen Job – immer mehr Arbeitgeber wollen ihren Betrieb rund um die Uhr per Video überwachen oder Krankenakten führen. Andere sammeln alle digitalen, arbeitnehmerbezogenen Daten und werten sie aus. Rückhalt für Arbeitnehmerinteressen durch die Bundesregierung ist nicht zu erwarten. Die von Schwarz-Gelb geplanten gesetzlichen Regelungen zum Arbeitnehmerdatenschutz werden von den Gewerkschaften massiv kritisiert *(einblick 3/2011)*. Aus diesem Grund veranstaltet die Technologieberatungsstelle TBS NRW am 10. Mai in Bochum eine Fachtagung unter dem Motto: „Der neue Beschäftigtendatenschutz – mehr Schutz für Beschäftigte?". Betriebs- und Personalräte können sich dort unter anderem zum aktuellen Stand des schwarz-gelben Gesetzesvorhabens informieren. Außerdem werden Handlungsoptionen für den Beschäftigtendatenschutz im Betrieb erläutert. •

www.tbs-nrw.de

DGB-Broschüre

Lohnsteuer leicht gemacht

Mit der Broschüre „Das ABC von 37 Lohnsteuer-Grundbegriffen 2011" bietet der DGB allen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern die Chance, sich kompakt und umfassend zum Thema Lohnsteuer zu informieren. Vom Altersentlastungsbetrag über Arbeitsmittel, Elterngeld, Reise-, Umzugs- und Werbekosten, bis zu den Zuschlägen für Feiertags- und Nachtarbeit erklärt der DGB detailliert, worauf bei der nächsten Steuererklärung zu achten ist. Die Broschüre kann online über den DGB-Bestellservice bezogen werden. •

www.einblick.dgb.de/links

DGB Rechtsschutz

Mehr Streit ums Geld

Die Streitfälle um Lohn und Gehalt vor Gericht haben 2010 wie bereits in den Vorjahren zugenommen, bilanziert der DGB Rechtsschutz. Allerdings gab es weniger Kündigungsschutzklagen als im Krisenjahr 2009. Insgesamt hat der gewerkschaftliche Rechtsschutz rund 307 Millionen Euro für Gewerkschaftsmitglieder erstritten.

In fast 29 000 neuen Fällen mussten im letzten Jahr JuristInnen des DGB Rechtsschutzes um Lohn und Gehalt für Gewerkschaftsmitglieder vor Gericht streiten. Damit ist das Fallaufkommen in diesem Bereich im Vergleich zu 2009 noch einmal gestiegen. Über die Hälfte aller Arbeitsrechtsverfahren des DGB Rechtsschutzes befassen sich mit der Bezahlung – ein neuer Rekord. Sabine Burgschat-Schuller, Leiterin PR, Marketing und Kommunikation beim DGB Rechtsschutz, erklärt: „Ursache dafür ist, wie auch schon in den Vorjahren die schlechte Zahlungsmoral einiger Arbeitgeber."

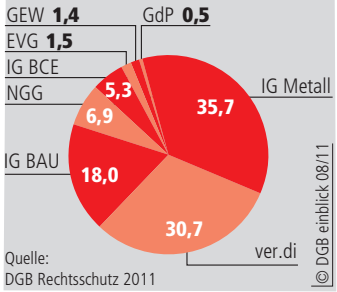
Im Sozialrecht waren es vor allem Streitigkeiten über die Grundsicherung von Arbeitsuchenden, in denen GewerkschafterInnen Rechtsbeistand benötigten. Auffällig ist die überproportionale Bedeutung der „SGB II-Verfahren" (Verfahren zu Hartz IV) in ostdeutschen Bundesländern. Spielen diese bundesweit bei den sozialrechtlichen Fällen nur zu einem Drittel eine Rolle, so liegt der Anteil bei den Verfahren im Osten bei über 50 Prozent. Insgesamt nahm der DGB Rechtsschutz 2010 bundesweit mehr als 135 000 neue Verfahren auf.

Im vergangenen Jahr konnten die RechtssekretärInnen 228 Millionen Euro im Arbeitsrecht, 75 Millionen Euro im Sozialrecht und 2,4 Millionen Euro im Verwaltungsrecht erstreiten. Das brachte für jedes vertretene Gewerkschaftsmitglied im Schnitt knapp 2300 Euro. Die positive wirtschaftliche Entwicklung mache sich auch vor den Gerichten bemerkbar, hat der DGB Rechtsschutz festgestellt. So gab es 2010 einen Rückgang der Klagen gegen betriebsbedingte Kündigungen auf das Niveau des 3. Quartals 2008. Daraus ergeben sich auch insgesamt sinkende Gesamtfallzahlen. Vor allem im Arbeitsrecht sei eine Abnahme von neuen Fällen um 10,8 Prozent auf rund 69 000 auffällig.

66,4 Prozent aller Mandanten waren Mitglieder der IG Metall oder von ver.di. Bei der IG Metall ist das Fallaufkommen um knapp zwei Prozent zurückgegangen – 2010 nahmen aber zwei Prozent mehr ver.di-Mitglieder als im Vorjahr den DGB Rechtschutz vor Gericht in Anspruch. Auch die Fusion von TRANSNET mit der GDBA zur neuen EVG macht sich bemerkbar: Das Fallaufkommen stieg um 5,9 Prozent. Am stärksten sank die Zahl neuer Gerichtsverfahren bei den Mitgliedern der IG BCE (-20,3 Prozent). •

Schutz für alle

Anteil der Mitgliedsgewerkschaften am Fallaufkommen 2010 des DGB-Rechtsschutz (in Prozent, gerundet)



Rund zwei Drittel aller GewerkschafterInnen, die 2010 vom DGB Rechtsschutz vertreten wurden, sind Mitglied bei IG Metall und ver.di.

Die DGB Rechtsschutz GmbH vertritt alle Mitglieder der acht DGB-Mitgliedsgewerkschaften kostenlos bei arbeits-, sozial- und verwaltungsrechtlichen Streitfällen.
www.dgbrechtsschutz.de

Arbeitsentgelt: Streitfall Nummer eins

Verfahren vor den Arbeits- und Sozialgerichten, in denen Gewerkschaftsmitglieder 2010 Rechtsschutz vom DGB erhalten haben, nach Streitgegenständen (in Prozent)



Das Arbeitsentgelt ist wie in den Vorjahren der arbeitsrechtliche Hauptstreitfall (51,9 Prozent). In einem Viertel der Fälle musste der DGB Rechtsschutz Gewerkschaftsmitglieder bei betriebsbedingten Kündigungen vor Gericht vertreten. In sozialrechtlichen Streitfällen geht es vor allem um die Grundsicherung für Arbeitslose.

Sorgenkind Arbeitsrecht

Eine Untersuchung der Hans-Böckler-Stiftung kommt zu dem Schluss, dass das Arbeitsrecht als eigenständiges Rechtsgebiet an den Universitäten an Bedeutung verliert. Die Politikwissenschaftlerin Britta Rehder warnt vor einem „schleichenden Ausbluten", das sich mit Zahlen belegen lässt. So habe sich zwar die Anzahl der Professuren, die eine Widmung für Arbeitsrecht im Titel tragen von 1968 bis 2009 auf 96 verdreifacht. Doch gleichzeitig sank der Anteil der Lehrstühle, die sich ausschließlich mit Arbeitsrecht befassen rapide – von 23 auf nur noch vier Prozent.

Eine Mehrzahl der ProfessorInnen befasse sich in erster Linie mit bürgerlichem Recht, betont Rehder. Arbeitsrechtliche Lehre und Forschung werde somit zunehmend von Juristen betrieben, „die sich den grundlegenden Annahmen des Rechtsgebiets nicht unbedingt verpflichtet fühlen". Der Typus des „forschenden Richters" mit wissenschaftsnahem Profil werde seltener. Es drohe eine gefährliche Entwicklung, in der sich das Privatrecht das Arbeitsrecht zurückhole, resümiert die Wissenschaftlerin.

Mehr Infos im Netz:
http://bit.ly/_arbeitsrecht

GEWERKSCHAFTEN

kurz&bündig

Vertrauensbeweis für die IG BAU bei den Wahlen der Arbeitnehmervertreter für den Aufsichtsrat der Hochtief AG: Sechs der acht Aufsichtsratsmitglieder von Arbeitnehmerseite stehen der IG BAU nahe. Auch der IG BAU-Vorsitzende Klaus Wiesehügel und IG BAU-Bundesvorstandssekretär Gregor Asshoff wurden als Aufsichtsräte wiedergewählt.

Den Gesetzentwurf der Bundesregierung zur CO_2-Speicherung (CCS-Technologie) hält die IG BCE für „vollkommen unzureichend". Er trage „nicht der Notwendigkeit Rechnung", CCS „weiter zu erforschen". Derzeit soll CCS nur in einem von sechzehn Bundesländern getestet werden – im rot-rot regierten Brandenburg.

Nach Aktionstagen zu den Themen Leiharbeit und Schienenpersonennahverkehr hat die Eisenbahn- und Verkehrsgewerkschaft Mitte April einen „Aktionstag Bordpersonal" organisiert – mit Veranstaltungen an allen großen Bahnhöfen, an denen sich Bahn-Bordpersonal zu Pausen oder zum Dienstantritt trifft.

Die NGG kritisiert die geplante Ampelkennzeichnung für die Hygiene in Gastronomie und Lebensmittelhandel als zu einseitig. So könnten Betriebe ein offizielles „Gütesiegel" für Hygiene bekommen, die gleichzeitig Dumpinglöhne zahlen und Arbeitsschutzregeln verletzen.

DGB-Projekt „Familienernährerinnen"

Frauen am Limit



Sie werden immer mehr, doch ihre spezifischen Probleme finden kaum Beachtung: Immer häufiger sind es Frauen, die die Rolle der Familienernährerin übernehmen. Ein Projekt des DGB widmet sich ihnen seit einigen Monaten.

Sie bringen das Haupteinkommen mit und haben dennoch eine andere Rolle als Männer in der gleichen Situation. Denn mit der neuen Aufgabe haben sich ihre Arbeitsbedingungen nicht verändert: Sie verdienen nach wie vor im Schnitt weniger als ihre Kollegen, können selten auf eine ausreichende Versorgungsinfrastruktur zurückgreifen und werden in ihrer neuen Rolle kaum wahrgenommen. Ihr Umfeld – im Beruf wie privat – hält sie meist immer noch für die Dazu-Verdienerinnen. Ihr Einkommen erreicht meist nicht die Höhe der Männer in gleicher Rolle. Hausarbeit und die Fürsorge für die Familie gehören überwiegend immer noch zu ihren Pflichten. Viele von ihnen führen ein Leben am Limit.

Wie können diese Frauen unterstützt werden? Welche politischen Schritte sind notwendig, um eine nachhaltige Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen für Familienernährerinnen zu erzielen? Was bedeutet diese Entwicklung für eine moderne Frauen- und Gleichstellungspolitik? Mit diesen Fragen beschäftigt sich das Projekt „Familienernährerinnen" beim DGB-Bundesvorstand. Online kann jede/r noch bis zum 26. Mai mitdiskutieren. Am 23. Mai ist die Problematik Thema des Workshops „Familienernährerinnen – ein Thema für Gewerkschaften?!" •

www.familienernaehrerinnen.de

1. Mai: Die Vorsitzenden vor Ort

Am 1. Mai laden DGB und Gewerkschaften in allen größeren Städten zu Kundgebungen und Demonstrationen ein. Der DGB-Vorsitzende Michael Sommer spricht auf der zentralen Kundgebung des DGB in Kassel.

RednerIn	Ort
Michael Sommer, DGB-Vorsitzender	Kassel
Ingrid Sehrbrock, stellvertretende DGB-Vorsitzende	Ingolstadt
Dietmar Hexel, DGB-Vorstandsmitglied	Wolfsburg
Annelie Buntenbach, DGB-Vorstandsmitglied	Berlin
Claus Matecki, DGB-Vorstandsmitglied	Salzgitter
Klaus Wiesehügel, Vorsitzender IG BAU	Hamburg
Michael Vassiliadis, Vorsitzender IG BCE	Bottrop
Alexander Kirchner, Vorsitzender EVG	Erfurt
Ulrich Thöne, Vorsitzender GEW	Trier
Berthold Huber, 1. Vorsitzender der IG Metall	Nürnberg
Detlef Wetzel, 2. Vorsitzender der IG Metall	Gelsenkirchen
Franz-Josef Möllenberg, Vorsitzender NGG	Rosenheim
Bernhard Witthaut, Vorsitzender GdP	Saarbrücken
Frank Bsirske, Vorsitzender ver.di	Zwickau

Weitere Infos: www.dgb.de/-/q32

Kündigungsschutz

BGB ändern

Im deutschen Kündigungsrecht werden Beschäftigungszeiten erst ab dem 25. Lebensjahr berücksichtigt. Das diskriminiert Jüngere und ist mit EU-Recht nicht vereinbar, hat der Europäische Gerichtshof im Januar 2010 entschieden. Der § 622 Abs. 2 Satz 2 BGB darf seitdem von den Gerichten nicht mehr angewendet werden. SPD und Grüne haben jetzt dazu im Bundestag Gesetzesentwürfe eingebracht. Sie fordern, zur Verbesserung des Kündigungsschutzes für unter 25-Jährige diesen Paragrafen ersatzlos zu streichen. Die Betriebstreue jüngerer Beschäftigter dürfe nicht schlechter bewertet werden als die älterer, fordern die Sozialdemokraten. „Der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften unterstützen die Gesetzesentwürfe nachdrücklich", heißt es in der DGB-Stellungnahme dazu. •

Ausstellung

Gewerkschafter im KZ

Die Schicksale von GewerkschafterInnen, die während des Nationalsozialismus im KZ inhaftiert waren, zeigt die Ausstellung „Seid wachsam, dass über Deutschland nicht wieder die Nacht hereinbricht". Erarbeitet wurde sie von Studierenden sowie Promovierenden des Otto-Suhr-Instituts der Freien Universität Berlin unter der Leitung von Prof. Dr. Siegfried Mielke und Prof. Dr. Günter Morsch, Direktor der Stiftung Brandenburgische Gedenkstätten. Letztere hat das Ausstellungsprojekt gemeinsam mit der Gedenkstätte Sachsenhausen, der Arbeitsstelle „Nationale und Internationale Gewerkschaftspolitik" der FU Berlin, der Hans-Böckler-Stiftung und dem DGB realisiert. Eröffnet wird die Ausstellung am 2. Mai, 14 Uhr, in der Berliner DGB-Bundesvorstandsverwaltung vom DGB-Vorsitzenden Michael Sommer. Dort ist sie bis zum 30. Juni zu sehen (montags bis samstags 10-18 Uhr), danach wird sie als Wanderausstellung in anderen gewerkschaftlichen Einrichtungen gezeigt. •

Sozialwahl 2011

Eine Lobby für die Versicherten

Mit dem Versand der Briefwahl-Unterlagen seit Mitte April geht die Sozialwahl 2011 in die heiße Phase. Weshalb die Gewerkschaften gerade in diesem Jahr jede Gelegenheit nutzen müssen, möglichst viele Wahlberechtigte zur Beteiligung an der Sozialwahl zu bewegen, erläutert DGB-Vorstand Annelie Buntenbach.

Die Sozialwahlen sind in diesem Jahr besonders wichtig. Durch die verschiedenen „Reformen" ist in den letzten Jahren viel Vertrauen in die soziale Sicherung zerstört worden. Künftige Kostensteigerungen werden – gleich ob in der Gesundheit oder bei der Rente – allein bei den Versicherten abgeladen. Die Arbeitgeber sind fein raus, **von Parität und Solidarität entfernen wir uns mit dieser Gesetzgebung immer mehr.** Um das Sicherungsniveau zu halten, müssen ArbeitnehmerInnen und RentnerInnen immer tiefer in die Tasche greifen – das ist ungerecht, und viele können sich das nicht leisten. Trotz Leistungskürzungen bleiben die Sozialversicherungen finanziell unter Druck. Zum einen bleibt die Arbeitslosigkeit hoch, zum anderen brechen immer mehr reguläre Arbeitsplätze weg oder werden in Billigjobs umgewandelt. Die Fundamente der sozialen Sicherung haben Risse bekommen.

Deshalb müssen wir **jede Möglichkeit nutzen, um Einfluss zu nehmen** – in der Politik, aber auch in der Selbstverwaltung der Sozialversicherungsträger. Diese beiden Ebenen miteinander verbinden zu können, darin liegt eine besondere Stärke des DGB. In der Selbstverwaltung lässt sich nach wie vor besonders in der Gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) etwas bewegen. Die VertreterInnen des DGB und seiner Mitgliedsgewerkschaften setzen sich in der GKV vor allem dafür ein, kassenwettbewerbliche Entscheidungen im Sinne der Versicherten zu beeinflussen: **Sozialpolitische Interessenvertretung muss vor unternehmerischer Ausrichtung gehen.** Dabei haben Qualität und Transparenz für alle Versicherten, unabhängig von Einkommen, Alter oder der sozialen Situation, Priorität.

Der DGB steht für eine flächendeckende, qualitätsorientierte Versorgung, für den konsequenten Ausbau von Prävention und Gesundheitsförderung und für die Etablierung innovativer Leistungen der Krankenkassen, die an den Bedürfnissen der Menschen ausgerichtet sind. Soziale Gerechtigkeit ist dabei unser Leitmotiv: Kopfpauschalen und das „Einfrieren" von Arbeitgeberbeiträgen lehnen wir entschieden ab. **Eine Sparpolitik auf Kosten der Versicherten muss verhindert werden.** Dafür stehen die KandidatInnen des DGB bei der Sozialwahl 2011.

Auch in der Rentenversicherung setzen wir auf die Verbindung von Engagement in der Selbstverwaltung mit politischen Initiativen des DGB. Um die gesetzliche Rente auf eine breite, sozial gerechte Grundlage zu stellen, wollen wir die Rentenversicherung zu einer Versicherung für alle Erwerbstätigen ausbauen. Und wir drängen auf Reformen am Arbeitsmarkt und in der Rente, um die Menschen vor Altersarmut zu schützen.



Annelie Buntenbach, 56, seit 2006 Mitglied im Geschäftsführenden DGB-Bundesvorstand, ist dort unter anderem für Sozialpolitik zuständig.

Die Rentenversicherung ist aber noch mehr – vor allem ein großer Rehabilitationsträger mit Ausgaben von über fünf Milliarden Euro. **Hier setzen sich die gewerkschaftlichen Selbstverwalterinnen und Selbstverwalter für hohe Qualitätsstandards ein,** für wohnortnahe Versorgung und die frühzeitige berufliche Orientierung der Rehabilitation – damit der Wiedereinstieg gelingen kann. Außerdem stellen wir den Zusammenhang von Reha-Maßnahmen mit guten Arbeitsbedingungen und Präventionsangeboten in der GKV her.

In der gesetzlichen Unfallversicherung haben die GewerkschafterInnen in der Selbstverwaltung in den vergangenen Jahren wichtige Impulse gesetzt – bei der Prävention von Arbeitsunfällen, arbeitsbedingten Gesundheitsrisiken und Berufskrankheiten und auch bei der umfassenden Rehabilitation für Opfer von Arbeitsunfällen und Berufskrankheiten. Außerdem haben die Selbstverwalter mit der Vorbereitung sowie Begleitung von Fusionen und Neustrukturierungen eine Menge zu stabilen und effizienten Strukturen beigetragen, die das System für die Zukunft gut aufstellen. Diese erfolgreiche Arbeit gilt es fortzusetzen.

Gute Leistungen – gerecht finanziert: Das ist unser Motto in der Sozialpolitik und in der sozialen Selbstverwaltung. Dazu brauchen wir eine hohe Wahlbeteiligung bei den Sozialwahlen und eine Stärkung des DGB und der Gewerkschaften in der Selbstverwaltung. Wir sollten in den kommenden Wochen alle Gelegenheiten nutzen, dafür zu werben. **Also die Briefwahlunterlagen nicht wegwerfen, sondern ausfüllen und einwerfen!**

Sozialwahl 2011 DGB

Mitbestimmen!

Solidarität wählen!

Mit diesem Motto werben die DGB-Gewerkschaften bei der Sozialwahl 2011 für die Gewerkschaftslisten. Gleichzeitig wollen sie möglichst viele der rund 48 Millionen Wahlberechtigten dazu bewegen, von ihrem Wahlrecht Gebrauch zu machen.

DIE GEWERKSCHAFTSLISTEN

Urwahlen gibt es in diesem Jahr bei der „Deutsche Rentenversicherung Bund" (DRV-Bund) sowie bei fünf Ersatzkassen.

DRV-Bund: DGB / IG BAU / IG BCE / NGG (Liste 12), IG Metall (Liste 8), ver.di (Liste 2)

BARMER GEK: IG BAU (Liste 7), DGB (Liste 6), IG Metall (Liste 4), ver.di (Liste 3)

Deutsche Angestellten-Krankenkasse (DAK): ver.di (Liste 4)

HKK: DGB (Liste 1), ver.di (Liste 3)

Kaufmännische Krankenkasse (KKH-Allianz): DGB (Liste 3), ver.di (Liste 2)

Techniker Krankenkasse (TK): IG Metall (Liste 5), ver.di (Liste 2)

DER WAHLKALENDER

Seit 11. April werden die Briefwahlunterlagen verschickt. Bis zum 12. Mai muss der Versand abgeschlossen sein.

Am 1. Juni ist Wahltag – bis 24 Uhr müssen die Wahlbriefe bei den Wahlausschüssen der Sozialversicherungsträger eingegangen sein.

Spätestens am 1. November findet die erste ordentliche Sitzung der neuen Vertreterversammlung bzw. des Verwaltungsrates statt.

www.sozialwahl.dgb.de

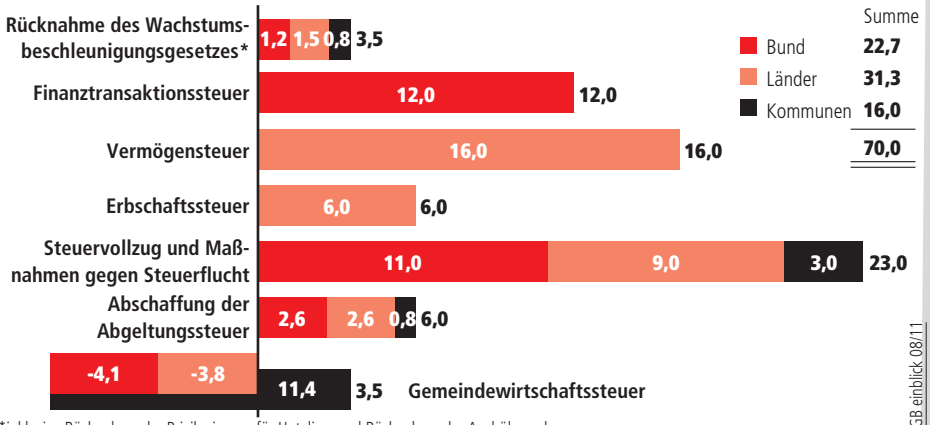
DIES & DAS

die DGB grafik

STEUEREINNAHMEN: DGB zeigt Perspektiven

Satte 70,0 Milliarden Euro könnten Bund, Länder und Kommunen mehr einnehmen, wenn die steuerpolitischen Vorschläge des DGB umgesetzt würden. Zu den vom DGB auf dem Bundeskongress 2010 beschlossenen Steuervorschlägen gehören unter anderem die Finanztransaktions-, die Gemeindewirtschafts-, die Vermögens- und die Erbschaftssteuer. Allein der Bund hätte rund 23 Milliarden Euro mehr in der Kasse. Und auch die Kommunen hätten mit 16 Milliarden Mehreinnahmen wieder Spielraum für Investitionen.

Erzielbare Steuermehreinnahmen gemäß der Beschlüsse des 19. Ordentlichen DGB-Bundeskongresses 2010
(in Milliarden Euro)



*inklusive Rücknahme der Privilegierung für Hoteliers und Rücknahme der Aushölung der Bemessungsgrundlagen im Rahmen der Unternehmensbesteuerung

Quelle: DGB

© DGB einblick 08/11

14 TAGE

mehr Infos: www.einblick.dgb.de

26.4. 25. Jahrestag Reaktor-Katastrophe von Tschernobyl

28.4. DGB-Region Dortmund-Hellweg in Kooperation mit der Evangelischen Männerarbeit, KAB und der ver.di-Gewerkschaftsjugend, Veranstaltung „Ökumenischer Gottesdienst: Leistung muss sich wieder lohnen! - Der Wert der Arbeit", Dortmund

1.5. DGB und Mitgliedsgewerkschaften, Tag der Arbeit, 1.Mai-Hauptkundgebung in Kassel

1.5. Eröffnungsfest der Ruhrfestspiele Recklinghausen

2.5. DGB, Ausstellungseröffnung „Seid wachsam, dass über Deutschland nie wieder Nacht hereinbricht" – Deutsche Gewerkschafter im KZ 1933 – 1945, Berlin

2.5. DGB, Hans-Böckler-Stiftung, Tagung „Lehren aus der Finanzkrise – Regulierungsbedarfe zu Derivaten und Schattenbanken", Berlin

4.-6.5. DGB-Region Köln-Bonn, Fest „1. Kölner Festival des politischen Kabaretts 2011", Köln

4./5.5. ver.di, BundesseniorInnenkonferenz, Berlin

6./7.5. ver.di, Bundeskonferenz MigrantInnen, Berlin

8.5. Tag der Befreiung

9.5. Öffentliche Anhörung im Bundestag zur Kopfpauschale

IMPRESSUM *einblick* erscheint vierzehntäglich **Herausgeber:** DGB **Verlag:** Graewis Verlag GmbH **GeschäftsführerInnen:** Anne Graef, Dr. Peter Wilke **Redaktion:** Anne Graef (verantw.), Sebastian Henneke, Timm Steinborn **Redaktionelle Mitarbeit:** Udo Böhlefeld, Birgit Böhret, Luis Ledesma **Redaktionsanschrift:** Wallstraße 60, 10179 Berlin, Tel. 030/30882 4-0, Fax 030/30882420, Internet: www.einblick.dgb.de, E-Mail: redaktion@einblick.info **Anzeigen:** Bettina Mützel, Tel. 030/859946-240, Fax 030/859946-100, E-Mail: bettina.muetzel@berlin.de **Layout:** zang.design **Infografik:** Klaus Niesen **Druck und Vertrieb:** PrintNetwork Berlin **Abonnements:** Änderungen schriftlich an Redaktion *einblick* (Adresse s.o.)
Nachdruck frei für DGB und Gewerkschaften bei Quellenangabe und zwei Belegexemplaren. Alle Anderen nur nach schriftlicher Genehmigung durch den Verlag. Nachdruck von namentlich gezeichneten Artikeln nur nach Genehmigung durch Verlag und Autor.

personalien

••• ***Hermann Nehls,*** 55, Referatsleiter für Grundsatzfragen der beruflichen Aus- und Weiterbildung beim DGB-Bundesvorstand, ist zum Vizepräsidenten des Management Board vom Europäischen Zentrum für die Förderung der beruflichen Bildung (CEDEFOP) benannt worden. Ab Juli 2011 übernimmt Nehls turnusgemäß die Funktion des Präsidenten.

••• ***Meinhard Geiken,*** 53, ist zum neuen Bezirksleiter der IG Metall Küste berufen worden. Der gelernte Betriebsschlosser und Diplom-Volkswirt tritt zum 1. Mai 2011 die Nachfolge von ***Jutta Blankau,*** 56, an, die seit Ende März das Amt der Senatorin für Stadtentwicklung und Umwelt in Hamburg übernommen hat. Blankau leitete den IG Metall Bezirk Küste von 2005 bis 2011.

Tipp

Buch: *Gustav A. Horn:* ***Des Reichtums fette Beute – Wie die Ungleichheit unser Land ruiniert,*** *Campus Verlag, 270 Seiten, 24,90 Euro*

Alles in Butter, könnte man meinen: Die Arbeitslosenzahlen sinken, die Konjunktur legt zu, die Krise ist überwunden. Gustav Horn, Leiter des Instituts für Makroökonomie und Konjunkturforschung, hält dagegen. In seinem neuen Buch „Des Reichtums fette Beute" kritisiert er die weiterhin bestehenden Mechanismen des Finanzkapitalismus mit seinen Gefahren für die Gesellschaft. Horn beschreibt, was passieren muss, um künftige Finanz- und Wirtschaftskrisen zu verhindern. Präzise und auch für Nicht-Ökonomen gut lesbar.

Schlusspunkt

„Es ist gut, einer Konferenz beizuwohnen, die älter ist als man selbst."

Der britische Premierminister David Cameron, 44, laut Tagesspiegel-Online auf der 47. Münchner Sicherheitskonferenz.

Opferentschädigung

Stalking ist kein tätlicher Angriff

Stalking-Opfer, also Personen, die unter beharrlichen Nachstellungen gelitten haben, können nur unter bestimmten Voraussetzungen mit Leistungen nach dem Opferentschädigungsgesetz rechnen.

Der Fall: Die inzwischen 60-jährige Frau hatte mehrere Monate mit einem alkoholkranken Mann zusammengelebt. Als sie versuchte, die Beziehung zu beenden, akzeptierte der Mann dies nicht. Er lauerte ihr immer wieder auf, um sie zu verfolgen und mit ihr zu sprechen, rief sie zu jeder Tages- und Nachtzeit an und sandte ihr SMS, Briefe, Postkarten und „Geschenke". Darüber hinaus veranlasste er Einsätze von Polizei, Notarzt und Feuerwehr zur Wohnung der Frau. Wiederholt kam es zu Bomben- oder Todesdrohungen gegenüber der Frau und ihren Familienangehörigen. Über den Zeitraum der Nachstellungen kam es, abgesehen von einem Griff an den Arm mit Herumreißen der Frau, nicht zu körperlichen Übergriffen. Die Frau wechselte infolge der jahrelangen Nachstellungen zweimal ihre Wohnung und ließ Auskunftssperren (Adresse, Telefonnummer) einrichten. Sie erkrankte schließlich an einer posttraumatischen Belastungsstörung; die Erkrankung führte zur Schwerbehinderung.

Das Bundessozialgericht: Nach dem Opferentschädigungsgesetz kann Versorgungsleistungen beanspruchen, wer infolge eines vorsätzlichen, rechtswidrigen tätlichen Angriffs eine gesundheitliche Schädigung erlitten hat. Stalking, das seit 2007 ein besonderer Straftatbestand ist, ist nicht generell als tätlicher Angriff im Sinne des Opferentschädigungsgesetzes zu werten. Dieser Begriff setzt grundsätzlich eine in feindlicher Willensrichtung unmittelbar auf den Körper eines anderen zielende gewaltsame Einwirkung voraus. Je geringer dabei die Kraftanwendung durch den Täter ist, desto genauer muss geprüft werden, inwiefern durch die Handlung eine Gefahr für Leib oder Leben des Opfers bestand. Die Drohung mit Gewalt ist nur als tätlicher Angriff anzusehen, wenn die Gewaltanwendung unmittelbar bevorsteht. Hingegen reichen „gewaltlose", insbesondere psychische Einwirkungen auf das Opfer nicht aus.

Bundessozialgericht,
Urteil vom 7. April 2011 - B 9 VG 2/10 R

Halbwaisenrente

Haushaltsaufnahme muss vorliegen

Eine Halbwaisenrente wird nur gezahlt, wenn das Stiefkind zuletzt für längere Zeit im Haushalt des verstorbenen Stiefelternteils gelebt hat. Dies erfordert eine familiäre Bindung, eine gemeinsame Wohnung und finanzielle Zuwendungen.

Der Fall: Der auf Montage beschäftigte Stiefvater war eineinhalb Jahre vor seinem Tod in eine eigene Wohnung gezogen. Zwar hatte er sich weiter fürsorglich um den Stiefsohn gekümmert und vor seinem Tod beschlossen, wieder zurückzuziehen. Dazu kam es aber nicht mehr. Der Stiefsohn verlangt nach dem Tod des Stiefvaters Halbwaisenrente. Die Klage hatte keinen Erfolg.

Das Landessozialgericht: Ein Rentenanspruch scheidet aus, weil der Stiefvater seit dem Auszug nicht mehr zum Unterhalt des Stiefsohnes beigetragen hat. Dieser hat von Sozialhilfe gelebt. Zweck der Halbwaisenrente ist jedoch der Ersatz des mit dem Tod entfallenden Unterhalts.

Landesozialgericht Sachsen-Anhalt,
Urteil vom 23. Juni 2010 - L 3 R 212/08

URTEILE

Firmenkarten

Keine Nutzung für private Zwecke

Wenn die Firma dem Arbeitnehmer Kredit- und Tankkarten überlässt, darf dieser sie nur für dienstliche Zwecke benutzen. Behauptet der Arbeitnehmer, dass ihm erlaubt worden sei, die Karten für private Zwecke zu verwenden, so muss er das beweisen.

Landesarbeitsgericht Schleswig-Holstein,
Urteil vom 15. März 2011 – 2 Sa 526/10

Häusliches Arbeitszimmer

Keine Pflicht zur Kostenübernahme

Angestellte Lehrer können nicht verlangen, dass ihr Arbeitgeber die Kosten für ihr häusliches Arbeitszimmer übernimmt. Das gilt vor allem, wenn der Dienstherr dem Arbeitnehmer das Recht eingeräumt hat, weitgehend frei darüber zu entscheiden, an welchem Ort und zu welcher Zeit er den Unterricht vor- und nachbereitet. Es bleibt dem Lehrer auf Grund des Steuerjahresgesetzes 2010 unbenommen, die Aufwendungen für sein häusliches Arbeitszimmer als Werbungskosten steuerlich geltend zu machen, wenn ihm ein anderer Arbeitsplatz nicht zur Verfügung steht.

Bundesarbeitsgericht,
Urteil vom 12. April 2011 - 9 AZR 14/10

Befristete Arbeitsverhältnisse

Auch bei zurückliegender Beschäftigung

Gesetzlich ist die Befristung eines Arbeitsvertrags ohne Vorliegen eines sachlichen Grundes bis zur Dauer von zwei Jahren zulässig. Das gilt nicht, wenn mit demselben Arbeitgeber bereits zuvor ein befristetes oder unbefristetes Arbeitsverhältnis bestanden hat. Eine „Zuvor-Beschäftigung" im Sinne dieser Vorschrift liegt nicht vor, wenn ein früheres Arbeitsverhältnis mehr als drei Jahre zurückliegt.

Bundesarbeitsgericht,
Urteil vom 6. April 2011 - 7 AZR 716/09

Hausstauballergie

Kasse zahlt Matratzenzwischenbezüge

Gesetzlich Krankenversicherte mit Hausstaubmilbenallergie haben einen Anspruch auf antiallergene Matratzenzwischenbezüge („Encasings"). Diese sind geeignet, den Kontakt zu den in der Matratze befindlichen Milben zu vermeiden. Sie sind auch keine Gebrauchsgegenstände des täglichen Lebens, die von der gesetzlichen Krankenkasse nicht übernommen werden. Denn es handelt sich nicht um antiallergene Bettwäsche oder um Matratzenschoner.

Landessozialgericht Sachsen-Anhalt,
Urteil vom 7. Oktober 2010 - L 10 KR 17/06

Polizeidienst

Straftatverdacht führt zur Kündigung

Der dringende Verdacht gegen einen Polizeiangestellten, dieser habe gegen das Betäubungsmittelgesetz verstoßen, rechtfertigt die Kündigung des Arbeitsverhältnisses. Das gilt auch, wenn das Fehlverhalten außerhalb der Arbeitszeit begangen wurde.

Arbeitsgericht Berlin,
Urteil vom 29. März 2011 – 50 Ca 13338/10

einblick
gewerkschaftlicher Info-Service vom 09.05.2011 9/11

DGB

inhalt

Seite 3
Soziales Europa
Auf dem EGB-Kongress in Athen vom 16. bis 19. Mai beraten die europäischen Gewerkschaften über Strategien für einen politischen Kurswechsel in Europa

Seite 5
Brennpunkt Hochschule
Schlechte Arbeitsbedingungen und soziale Auslese sind Alltag an deutschen Unis. DGB und GEW wollen das mit gewerkschaftlichen Konzepten ändern

Seite 7
Lücke schließen
Beschäftigte müssen besser vor Stress und Psychodruck geschützt werden. Meint IG Metall-Experte Klaus Pickshaus

Mindestlohn

Mehr Geld für die Staatskasse

Mit einem gesetzlichen Mindestlohn von 8,50 Euro könnte der Bundeshaushalt erhebliche zusätzliche Einnahmen verzeichnen und Geld bei den Sozialtransfers sparen. Das ist das Ergebnis einer Studie der Schweizer Beratungsfirma Prognos im Auftrag der Friedrich-Ebert-Stiftung.

Ein gesetzlicher Mindestlohn nutzt der Volkswirtschaft – davon sind die Gewerkschaften seit langem überzeugt. Die Forderung nach einem Mindestlohn von 8,50 Euro stand auch am diesjährigen 1. Mai im Mittelpunkt vieler gewerkschaftlichen Kundgebungen und Demonstrationen. Der DGB-Vorsitzende Michael Sommer resümierte: Der Tag der Arbeit habe „ein deutliches Signal" gesetzt. Die Bundesregierung müsse nun „ihre unsoziale, ungerechte Politik ändern und ihre Blockadehaltung in Sachen gesetzlichem Mindestlohn aufgeben".

Nach der Prognos-Studie würden die Erwerbseinkommen der privaten Haushalte bei einem Mindestlohn von 8,50 Euro um rund 14,5 Milliarden Euro ansteigen. Davon würden 6,9 Milliarden „ausgabefähige Einnahmen" verbleiben. Mit der Folge, dass der Staat zusätzliche Einkommensteuerzahlungen von ca. 2,7 Milliarden Euro verbuchen könnte. Weitere 2,7 Milliarden Euro könnten die Sozialkassen einnehmen. Staatliche Transferleistungen in Höhe von 1,7 Milliarden Euro würden entfallen. Darüber hinaus würde eine solche Lohnsteigerung den Konsum beleben. Allerdings mit dem Effekt einer „relativ kleinen" Preissteigerung, die Reallohnerhöhung bliebe somit erhalten.

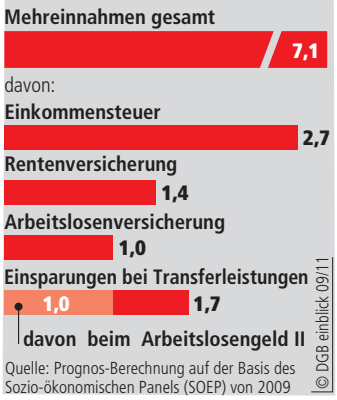
Nach der Studie ergibt sich ein fiskalischer Effekt von insgesamt 7,1 Milliarden Euro. Außer Acht gelassen wurden bei der Berechnung positive oder negative Beschäftigungseffekte. Die empirische Forschung liefert dazu nach Ansicht der Wissenschaftler „kein einheitliches Bild". Dennoch geht die Studie davon aus, dass selbst bei negativen Beschäftigungseffekten wohl kein Verlust für den Staatshaushalt zu erwarten wäre.

Einbezogen wurden in die Studie fünf Millionen Menschen, die heute einen Bruttostundenlohn unter 8,50 Euro beziehen. Wenig überraschend ist das Ergebnis, dass von einem Mindestlohn insbesondere Frauen, Alleinerziehende und Niedrigqualifizierte – vorwiegend in Ostdeutschland – profitieren würden.

Zu den Schlussfolgerungen heißt es in der Studie: „Die Ergebnisse verdeutlichen, dass mit einer Einführung von Mindestlöhnen erhebliche Chancen verbunden sind. Das gilt sowohl im Sinne einer Einkommensverbesserung auf individueller Ebene als auch gesamtwirtschaftlich." •

7 Milliarden Euro Plus

Mehreinnahmen / Minderausgaben des Staates bzw. der Sozialversicherungen bei Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns von 8,50 Euro (in Mrd. Euro)



Quelle: Prognos-Berechnung auf der Basis des Sozio-ökonomischen Panels (SOEP) von 2009

Ein gesetzlicher Mindestlohn von 8,50 Euro wirkt nicht nur gegen Lohndumping, sondern beschert auch der öffentlichen Hand erhebliche Mehreinnahmen.

plusminusBERLIN

+ ***Der bildungspolitische Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion Ernst Dieter Rossmann will einen „Pakt für Alphabetisierung" schmieden. Bei 7,5 Millionen Analphabeten fragt sich der Politiker, wo der „Alpha-Schock" bleibe, der endlich zu Taten führe.***

– ***„Jedes Unternehmen, das in Baden-Württemberg durch rot-grüne Planwirtschaft verprellt wird, ist in Bayern hochwillkommen." Offensichtlich hält der CSU-Generalsekretär Alexander Dobrindt dieses Angebot für gute Standortwerbung.***

Der Surf-Tipp fürs Internet

http://bit.ly/video_unions
Video auf Youtube: „Was haben Gewerkschaften je für uns getan?"

Hintergrund

www.einblick.dgb.de/hintergrund
Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung „Fiskalische Effekte eines gesetzlichen Mindestlohns"

POLITIK AKTUELL

DGB-Studie

Kein Klebeeffekt für Praktikanten

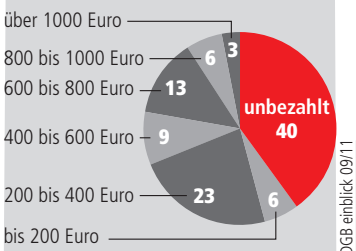
Die Motivation ist klar: Jede/r zweite PraktikantIn mit Hochschulabschluss erhofft sich im Anschluss an das Praktikum einen festen Job. Aber für gerade einmal 17 Prozent erfüllt sich dieser Wunsch nach dem „Klebeeffekt". Das belegt eine Studie der DGB-Jugend, für die rund 700 HochschulabsolventInnen von vier Universitäten befragt wurden. Die stellvertretende DGB-Vorsitzende Ingrid Sehrbrock kritisiert: „Praktikanten werden immer mehr als fester Bestandteil im Betrieb gesehen und leisten vollwertige Arbeit – zu einem Spottpreis." 40 Prozent arbeiten unbezahlt.

Die Studie belegt zudem, dass nur 36 Prozent aller HochschulabsolventInnen dreieinhalb Jahre nach dem Studium einen unbefristeten Job haben. Der DGB-Bundesjugendsekretär René Rudolf fordert, das Problem der „Praktika nach Studienabschluss" im Kontext der Prekarisierung des Arbeitsmarktes zu betrachten. Junge Menschen bräuchten Rahmenbedingungen, die es ihnen ermöglichen, ihre Zukunft zu planen und zu gestalten, so Rudolf. Die Befragung und weitere Infos gibt es im Internet. •

www.dgb-jugend.de

Praktikanten: 40 Prozent ohne Lohn

Bezahlung von Hochschulabsolventen, die nach dem Studium ein Praktikum absolvierten (in Prozent)



Quelle: DGB-Jugend 2011

© DGB einblick 09/11

40 Prozent aller HochschulabsolventInnen müssen im Praktikum ohne Bezahlung auskommen. Im Bereich Kunst und Kultur sind sogar zwei Drittel aller Praktika unbezahlt, im Bereich Gesundheit und Soziales 62, in Hochschule und Forschung 59 Prozent. Besser sieht es bei Verbänden und in der Beratungsbranche aus – dort arbeiten 31 Prozent der studierten Praktikanten ohne Entgelt. Und in der Industrie gibt es überhaupt keine Umsonst-Praktika von HochschulabsolventInnen.

Auftragsvergabe

NRW verlangt Tariftreue

Tariftreue hat Vorrang: Immer mehr Bundesländer sind auf dem Weg, „Tariftreuegesetze" zu verabschieden. Beispiel NRW: Das Gesetz, das die Koppelung bei der Auftragsvergabe durch die öffentliche Hand an die tarifliche Bezahlung der Beschäftigten in den Bewerberunternehmen vorschreibt, wurde 2006 von der CDU/FDP-Regierung in Nordrhein-Westfalen abgeschafft. Die neue rot-grüne Landesregierung will nun eine EU-kompatible Neufassung vorlegen. Ministerpräsidentin Hannelore Kraft (SPD) will schnell vorankommen. Noch vor der Sommerpause soll das neue Tariftreue-Gesetz verabschiedet werden, erklärte sie. •

Anzeige

Debeka Krankenversicherungsverein a. G.



Größte Selbsthilfeeinrichtung des öffentlichen Dienstes auf dem Gebiet der Krankenversicherung

Eine große Gemeinschaft bietet Schutz

Sie suchen eine optimale Vorsorge für den Krankheitsfall? Kostengünstig, leistungsstark, individuell, zuverlässig? Dann werden auch Sie Mitglied bei Deutschlands größtem privaten Krankenversicherer.
Mehr als 2,1 Millionen Vollversicherte profitieren bereits von den hervorragenden Leistungen der Debeka.

anders als andere

Debeka-Hauptverwaltung
Ferdinand-Sauerbruch-Str. 18
56058 Koblenz
Telefon (02 61) 4 98-0
www.debeka.de

Debeka

EGB-Kongress in Athen

Mobilisieren für ein soziales Europa

MOBILISING FOR SOCIAL EUROPE

Vom 16. bis 19. Mai stellen auf dem 12. EGB-Kongress in Athen 399 Delegierte aus 36 Mitgliedsländern die Weichen für die Ausrichtung der europäischen Gewerkschaftspolitik in den nächsten vier Jahren.

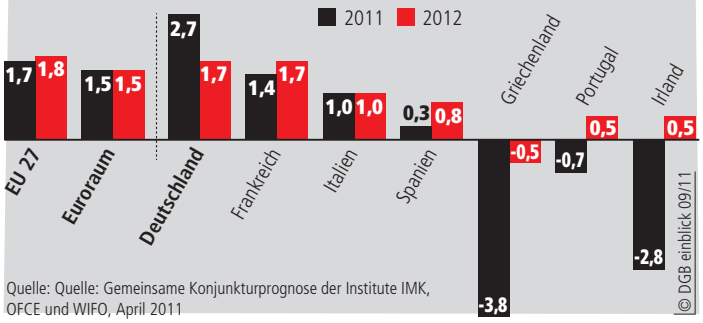
Die Herausforderungen, denen sich die europäischen Gewerkschaften in Athen stellen müssen, könnten kaum größer sein. Seit dem letzten Kongress vor vier Jahren in Sevilla habe die Wirtschafts- und Finanzkrise „einem Tsunami gleich" die wirtschaftlichen, politischen und sozialen Verhältnisse in Europa enorm verändert, wie der scheidende EGB-Generalsekretär John Monks es beschreibt.

Seit Beginn der Krise haben die europäischen Gewerkschaften mit zahlreichen Aktionen und Demonstrationen von der EU und den Mitgliedstaaten gefordert, die Lasten der Krise nicht allein den ArbeitnehmerInnen aufzubürden und die Verursacher an den Kosten zu beteiligen. Doch statt die Finanzmärkte wirksam zu regulieren, setzen die EU-Staaten ihren unsozialen Kurs fort. Jüngster Clou ist der „Euro-Plus-Pakt", der nichts anderes ist als ein „Frontalangriff" auf die Rechte der ArbeitnehmerInnen in Europa, so DGB-Vorstand Annelie Buntenbach.

Auf dem Kongress werden die Gewerkschaften deshalb ihre Debatte über Strategien für einen Kurswechsel in Europa fortsetzen. Grundlage dafür ist der über 70 Seiten starke Kongressantrag „Mobilisieren für ein soziales Europa – Strategie- und Aktionsplan 2011-2014". Gemeinsam mit den französischen Gewerkschaften bringt der DGB zudem einen Vorschlag für eine längerfristig angelegte EGB-Kampagne gegen Lohn- und Sozialdumping ein. Ziel soll sein, die durch die einseitige Anwendung der Marktfreiheiten in Gang gesetzte allmähliche Aushöhlung der nationalen und europäischen Arbeits- und Sozialstandards zu stoppen. •

Unterschiede in Europa wachsen

Wirtschaftswachstum in der EU und in ausgewählten Mitgliedstaaten (Veränderung des Bruttoinlandsprodukts gegenüber dem Vorjahr, in Prozent)



Quelle: Quelle: Gemeinsame Konjunkturprognose der Institute IMK, OFCE und WIFO, April 2011

Eine zentrale Rolle auf dem EGB-Kongress wird die Euro-Krise einnehmen. Auch in den nächsten Jahren wird sie die Konjunktur belasten. Zwar erwarten die Wissenschaftler des Düsseldorfer IMK, des Pariser OFCE und des WIFO aus Wien in ihrer ersten gemeinsamen Konjunkturprognose für 2011 und 2012 jeweils ein Wirtschaftswachstum von 1,5 Prozent in der Euro-Zone. Doch während etwa in Deutschland oder in Frankreich die Wirtschaft stärker zulege, schrumpfe sie in Griechenland oder Irland zunächst weiter. Mit dem „Euro-Plus-Pakt" ließen sich die Ungleichgewichte in der Währungsunion und die daraus entstandene Krise kaum lösen, kritisieren die Wissenschaftler. „Ein Politik-Mix, der Krisenstaaten undifferenzierte Sparprogramme und eine Kopie der einseitigen deutschen Exportorientierung verordnet, wird die Euroländer nicht stärken, sondern schwächen", betont Gustav Horn, der Wissenschaftliche Direktor des IMK.

Lobby der ArbeitnehmerInnen in der EU

Der Europäische Gewerkschaftsbund (EGB) wurde 1973 gegründet. Er umfasst 83 nationale Gewerkschaftsbünde aus 36 Ländern und 12 europäische Branchenverbände. Der EGB ist die größte gemeinsam agierende politische Organisation in Europa. Sitz des EGB ist Brüssel. Der EGB hat einen Präsidenten, einen Generalsekretär und zwei stellvertretende Generalsekretäre. Entscheidendes Gremium zwischen den Kongressen ist die EGB-Exekutive, der VertreterInnen aller Mitgliedsbünde angehören. Ziel des EGB ist es, Arbeitnehmerrechte in der europäischen Politik durchzusetzen und die wirtschaftliche Dimension der EU um ein soziales Europa zu ergänzen. Der EGB vertritt die gewerkschaftlichen Interessen gegenüber Kommission, Parlament und Rat. Gleichzeitig verhandelt der EGB auch mit den privaten und öffentlichen Arbeitgeberverbänden BUSINESSEUROPE und CEEP im europäischen sozialen Dialog.

www.etuc.org

Führungswechsel

Die 399 Delegierten, darunter 27 von den deutschen Gewerkschaften, werden in Athen auch die EGB-Spitze neu wählen.

Die bisherige EGB-Präsidentin, die Schwedin Wanja Lundby-Wedin, tritt ebenso wie der EGB-Generalsekretär John Monks nicht mehr zur Wahl an. Für das Amt des EGB-Präsidenten hat die EGB-Exekutive Ignacio Fernández Toxo, den Generalsekretär der spanischen Gewerkschaft Comisiones Obreras (CC.OO), vorgeschlagen. Als Nachfolgerin von John Monks kandidiert die Französin Bernadette Ségol, Regionalsekretärin der Gewerkschaftsföderation UNI-EUROPE.

Aus dem bisherigen EGB-Sekretariat tritt lediglich Józef Niemiec, NSZZ Solidarnosc Polen, für eine weitere Amtszeit an. Er ist als stellvertretender Generalsekretär vorgesehen. Zweiter Stellvertreter soll der Belgier Patrick Itschert werden, bisher Generalsekretär der Europäischen Gewerkschaftsföderation Textil, Bekleidung, Leder (TCL).

Außerdem sollen dem künftigen EGB-Sekretariat angehören: Claudia Menne, bisher Abteilungsleiterin für Frauen-, Gleichstellungs- und Familienpolitik beim DGB-Bundesvorstand, die Britin Judith Kirton-Darling (EMB), die Schwedin Veronica Nilsson (EGB) sowie der Italiener Luca Visentini (UIL).

PROJEKTE UND PARTNER

Arbeit und Leben

Älter und leistungsbereit

Menschen über 50 haben es oftmals schwerer am Arbeitsmarkt und auch im Job. Trotzdem sehen einige Arbeitgeber keinen Grund mehr, Ältere zu fördern. Mit der Broschüre „Potenziale für die Arbeitswelt nutzen" möchte Arbeit und Leben e.V. auf die großen Potenziale hinweisen, die ältere Beschäftigte für die Unternehmen bereithalten: viel Erfahrung, ein größeres Qualitätsbewusstsein und eine ausgeprägte Sozialkompetenz. Das sind laut wissenschaftlichen Studien nur einige wichtige Eigenschaften, die ältere ArbeitnehmerInnen einbringen können. In vielen Beiträgen analysieren WissenschaftlerInnen den aktuellen Forschungsstand. In einem zweiten Teil berichten Personalverantwortliche über ihre guten Erfahrungen mit älteren Beschäftigten. Die Broschüre kann im Internet bestellt werden. •

www.arbeitundleben.de

attac-Kongress

Jenseits des Wachstums

Entgegen aller politischen Bekundungen in Sachen Klimaschutz schreitet die ökologische Zerstörung des Planeten voran. Gleichzeitig wächst die Kluft zwischen Arm und Reich, national wie international. In der Kritik steht die Ausrichtung auf permanentes Wachstum. Doch welche alternativen Wirtschaftsmodelle gibt es? Und wie könnte eine „Postwachstumsökonomie" aussehen? Diesen Fragen will das globalisierungskritische Netzwerk attac vom 20. bis 22. Mai in Berlin auf dem Kongress „Jenseits des Wachstums" nachgehen. Über 100 ReferentInnen werden auf 13 Podien, in 12 Foren und 40 Workshops Optionen und Perspektiven analysieren und diskutieren. •

www.attac.de

neueBücher

Wie geht es in Europa nach der Wirtschafts-, Finanz- und Währungskrise weiter? Im Buch ***Europa in sozialer Schieflage*** analysiert ein internationales Wissenschaftlerteam die zentralen sozial- und arbeitsmarktpolitischen Bereiche Altersicherung, Gleichstellung der Geschlechter und Qualität der Arbeit. Die Autoren legen offen, dass die Krise auch durch Fehlentscheidungen von Mitgliedsstaaten und EU-Kommission ermöglicht wurde: Wenig Interesse an sozialen Standards und einer europäischen Wirtschaftsverfassung sowie ein strenger wirtschaftsliberaler Kurs seien, so die Autoren, mitverantwortlich für die aktuelle Lage. Neben Länderporträts, die sich vor allem Ost- und Südosteuropa widmen, enthält das Buch fundierte „sozialpolitische Vorschläge in Zeiten der Krise".

Busch, Klaus / Flore, Manfred / Kohl, Heribert / Schlatermund, Heiko (Hrsg.): Europa in sozialer Schieflage – Sozialpolitische Vorschläge in Zeiten der Krise, VSA 2011, 360 Seiten, Preis: 19,80 EUR

Fachtagung

Beratung organisieren

Der Bundesverband Arbeitsorientierter Beratung e.V. (BAB) lädt am 27. Mai zu einer Tagung nach Berlin ein. Unter dem Motto „Mitbestimmung braucht Beratung" analysieren und diskutieren PolitikerInnen, GewerkschafterInnen, WissenschaftlerInnen und BeraterInnen Wege, wie Betriebsräte und Gewerkschaften externe Hilfe hinzuziehen können. Dabei geht es auch um die Frage, welche Qualitätsstandards beteiligungsorientierte Beratung braucht. Teilnehmen werden unter anderem DGB-Vorstandsmitglied Dietmar Hexel und NRW-Arbeitsminister Guntram Schneider (SPD). •

www.bab-ev.de



Otto-Brenner-Stiftung

Bild-Studie vorgelegt

„Großes Geschrei und viel Gedöns", das sind die Hauptbestandteile, mit denen die *Bild-Zeitung* sich verkauft. Das primäre Ziel heißt „verkaufen". Statt auf seriösen Journalismus setzt *Bild* auf Werbung, Unterhaltung und Kampagnenkommunikation. Zu diesem Urteil kommen die Autoren der Studie „Drucksache ‚Bild' – Eine Marke und ihre Mägde" der Otto-Brenner-Stiftung. Durch ihre „aufreizende Machart und ihre offensive Vermarktung" sowie die Inszenierung als „Volksstimme", sichere sich *Bild* Aufmerksamkeit. Im Fokus der beiden Kommunikationswissenschaftler Hans-Jürgen Arlt und Wolfgang Storz steht die *Bild*-Berichterstattung über die Griechenland- und Euro-Krise im Jahr 2010. Ihr Urteil: Die Artikel zur Krise seien anders angelegt als journalistische Veröffentlichungen. Die Zeitung nehme die Möglichkeiten des Journalismus in Anspruch, soweit sie dem Ziel dienen, möglichst viele LeserInnen zu erreichen. „*Bild* erweist sich als ein fetter Parasit des Journalismus", bilanzieren Arlt und Storz. Die Autoren stellen ihre Studie am 10. Mai in Frankfurt/Main und am 17. Mai in Berlin vor. Die Untersuchung kann bei der Otto-Brenner-Stiftung bestellt werden – weitere Infos gibt es im Internet. •

www.bild-studie.de

interregio

••• Der ***DGB Bezirk Baden-Württemberg*** hat den von Grünen und SPD verabschiedeten ***Koalitionsvertrag*** gelobt. Unterm Strich sei der Start der neuen grün-roten Koalition ein guter Tag für die 5,6 Millionen Beschäftigten in Baden-Württemberg. Unter anderem begrüßte der DGB-Landesvorsitzende Nikolaus Landgraf das grün-rote Bekenntnis zur aktuellen Mindestlohnforderung von 8,50 Euro und die geplante Einführung eines Tariftreuegesetzes. Der DGB unterstütze zudem den ökologischen Wandel in der Industrie- und Wirtschaftspolitik. „Die Herausforderung besteht aus unserer Sicht darin, den notwendigen Kurswechsel hin zu mehr Umweltschutz mit sozialer Gerechtigkeit und wirtschaftlicher Effizienz in Einklang zu bringen", sagt Landgraf.

www.bw.dgb.de

••• Der ***DGB Bezirk Hessen-Thüringen*** veranstaltet am 14. Juni eine ***Fachtagung*** in Oberursel-Weißkirchen zum Thema „Arbeits- und Gesundheitsschutz in der Leiharbeit". „Kaum einer Beschäftigtengruppe werden solche Arbeitsbedingungen zugemutet wie den Leiharbeiterinnen und Leiharbeitern", heißt es in der Vorankündigung. In jeweils zwei Vorträgen und Workshops gehen WissenschaftlerInnen und PolitikerInnen der Frage nach, was auf politischer und betrieblicher Ebene getan werden kann, um Leiharbeiterinnen besser zu schützen.

www.hessen-thueringen.dgb.de

Hochschulen

Gute Wissenschaft braucht Gute Arbeit

Die Folgen neoliberaler Politik sind auch an den deutschen Universitäten und Fachhochschulen zu spüren: schlechtere Arbeitsbedingungen für die Beschäftigten, weniger Mitbestimmung und eine weiterhin starke soziale Auslese beim Hochschulzugang. GEW und DGB halten mit gewerkschaftlichen Konzepten dagegen.

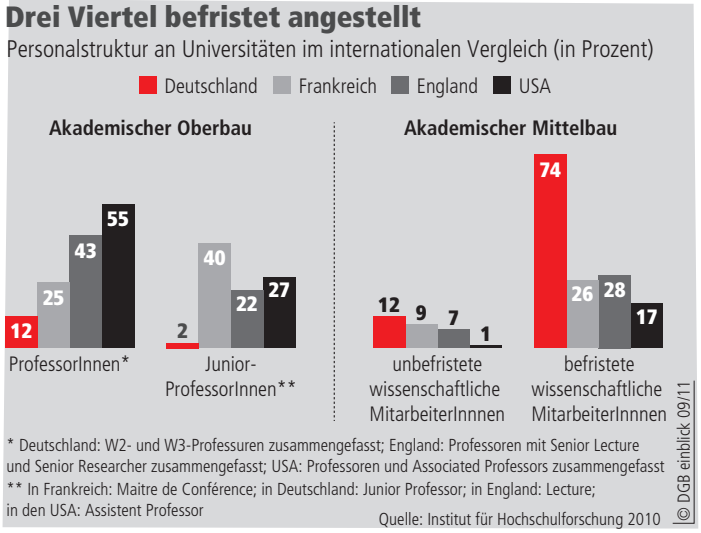
Die jüngste Sozialerhebung des Deutschen Studentenwerks (DSW) belegt einmal mehr: Nur 24 von 100 Kindern aus Arbeiterhaushalten nehmen ein Studium auf. Dagegen finden 71 Kinder aus akademisch gebildeten Elternhäusern den Weg an eine Hochschule. Politischen Willen, Arbeiterkinder zu unterstützen, gibt es auf Regierungsebene zurzeit keinen. Im Gegenteil – das von Schwarz-Gelb geplante bundesweite Stipendienprogramm soll nicht nach Bedarf vergeben werden, sondern nach Noten. Dabei gilt schon jetzt: 71 Prozent der StipendiatInnen stammen aus Akademikerfamilien.

Mit dem Leitbild der „Demokratischen und Sozialen Hochschule" will der DGB in Zusammenarbeit mit der Hans-Böckler-Stiftung den Weg in die Zukunft weisen. Matthias Anbuhl, Abteilungsleiter Bildungspolitik und Bildungsarbeit beim DGB-Bundesvorstand, erklärt: „Wir wollen die Hochschulen sozial öffnen und demokratisch gestalten." Unter anderem sollen Menschen mit einer abgeschlossenen Berufsausbildung grundsätzlich Zugang zum Studium haben. Das BAföG soll als Herzstück der staatlichen Studienfinanzierung gestärkt werden. Außerdem muss die Hochschulzulassung per Gesetz geregelt und die Mitbestimmung ausgebaut werden. „Wir brauchen Bewegung an unseren Hochschulen. Sie müssen nicht dereguliert und unternehmerisch sein, sondern demokratisch und sozial", betont Anbuhl. Das gelte vor allem auch für die Arbeitsbedingungen in Lehre und Forschung.

Zahlen der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) belegen, wie sehr sich die Situation der Beschäftigten in den letzten Jahren verschlechtert hat. Allen voran steht die Zunahme der befristet Beschäftigten. Allein in den Jahren 2005 bis 2009 ist deren Anteil von vier Fünftel auf sieben Achtel gestiegen. Andreas Keller, im GEW-Hauptvorstand zuständig für die Hochschulen, erklärt den Grund: „Die Grundfinanzierung der Hochschulen stagniert oder wird zurückgefahren, gleichzeitig nimmt der Anteil der projektförmigen Finanzierung zu: Drittmittelforschung, Hochschulpakt oder Exzellenzinitiative. Mit zeitlich begrenzten Projektmitteln werden aber in der Regel befristete Beschäftigungsverhältnisse finanziert." Besonders auffällig ist, dass mehr als 50 Prozent aller Neu- oder Folgeverträge nur auf ein Jahr oder weniger befristet sind.

Besorgniserregend ist zudem der stark gestiegene Anteil der Lehrbeauftragten. Dadurch würden die zusätzlichen Aufgaben durch gestiegene Studierendenzahlen und durch die Bologna-Reform vor allem auf den „Schultern der Schwächsten abgeladen", kritisiert Keller. Denn Lehrbeauftragte sind „scheinselbstständige akademische Tagelöhner", die pro Unterrichtsstunde gerade einmal zwischen 25 und 35 Euro verdienen. Vor- und Nachbereitung wird nicht bezahlt. Einige verzichten sogar ganz auf eine Entlohnung. Der Grund: Lehrerfahrung ist im akademischen Betrieb wichtig für den Aufstieg.

Diesem Trend der Ausbeutung im wissenschaftlichen Betrieb setzt die GEW das Templiner Manifest entgegen. Keller fordert: „Gute Wissenschaft und gute Arbeit dürfen nicht länger ein Gegensatz sein, sondern müssen zwei Seiten einer Medaille werden." Wichtigste Forderung des Templiner Manifests sind verlässliche berufliche Perspektiven für Jung-WissenschaftlerInnen, so genannte Postdocs. •



Wie stark an deutschen Hochschulen auf befristete Arbeit gesetzt wird, zeigt der internationale Vergleich. Demnach sind drei Viertel aller Stellen beim wissenschaftlichen Personal befristet.

Mehr zum Leitbild Demokratische und Soziale Hochschule sowie zum Templiner Manifest:
www.dgb.de/leitbild-hochschule
www.templiner-manifest.de

Da waren es nur noch zwei

Die neu gewählten Landesregierungen in Hamburg und Baden-Württemberg haben gute Nachrichten für Studentinnen und Studenten. In beiden Ländern sollen die Studiengebühren abgeschafft werden. Ein Anlass zur Freude, denn eine Studie des Hochschul-Informations-Systems (HIS) belegt: Studiengebühren sind ein Grund, warum sich junge Menschen gegen ein Studium entscheiden. Demnach verzichteten 26 000 AbiturientInnen des Jahrgangs 2008 deshalb auf ein Hochschulstudium. Der Präsident des Deutschen Studentenwerkes Rolf Dobischat kommentiert: „Studiengebühren haben bundesweit keine Akzeptanz mehr, sie sind bundesweit auf dem Rückzug. Das ist gut so."

Studiengebühren belasten Studierende und unterhaltspflichtige Eltern. Für 60 Prozent aller StudentInnen bundesweit mussten diese zahlen. Insgesamt setzten sieben Bundesländer in der Vergangenheit auf Studiengebühren: Baden-Württemberg, Bayern, Hamburg, Hessen, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen und das Saarland. Neben den Ankündigungen in Baden-Württemberg und Hamburg haben Hessen, das Saarland und seit dem 1. Mai auch NRW die Gebühren wieder abgeschafft.

GEWERKSCHAFTEN

kurz&bündig

Die Gewerkschaft der Polizei (GdP) hat nach den Überfällen auf U-Bahnhöfen in Berlin erneut eine stärkere Polizeipräsenz in Großstädten und mehr Sicherheitspersonal in U- und S-Bahnen gefordert. Die GdP kritisiert zudem, dass zwei Millionen Strafverfahren wegen Geringfügigkeit eingestellt wurden.

Die Deutsche JournalistInnen Union (dju) in ver.di hat Verlage und Rundfunkanstalten aufgefordert, die Urheberrechte ihrer AutorInnen zu respektieren. Texte zum Preise eines Butterbrotes trockneten den professionellen Journalismus aus. „Leistungen sind zu bezahlen – aufwandsgerecht und fair."

Angesichts einer Umfrage unter 3500 jungen Beschäftigten warnt die IG BAU davor, dass sich die junge Generation bereits beim Eintritt ins Arbeitsleben auf eine ungewisse berufliche Zukunft einstellt. Der stellvertretende IG BAU-Vorsitzende Robert Feiger forderte die Unternehmen auf, die Zukunftssorgen der jungen Generation ernst zu nehmen und für bessere Beschäftigung zu sorgen.

Die IG Metall hat für die Luft- und Raumfahrtindustrie verlässliche politische Rahmenbedingungen gefordert. Notwendig sei ein Konzept zur Zukunftssicherung und eine starke Flankierung durch Luftfahrtforschungsprogramme auf nationaler und europäischer Ebene.

Dumpinglöhne

Arm trotz Arbeit

Über 1500 NiedriglöhnerInnen, LeiharbeiterInnen oder AufstockerInnen erzählen auf der Internetplattform „dumpinglohnmelder" von ihrem Arbeitsalltag. Einige von ihnen haben ihre Geschichte ausführlicher in dem Buch *Leben ohne Mindestlohn – Arm wegen Arbeit* geschildert. Sie berichten von kargen Löhnen, von der Erniedrigung, staatliche Hilfe beantragen zu müssen, dem unter Schwindsucht leidenden Bankkonto, miserablen Arbeitsbedingungen und Chefs, die ihnen das Gefühl geben, an den Armutslöhnen selbst schuld zu sein.

Zahlen, Fakten und Analysen ergänzen die Berichte. Sie zeigen, warum im reichen Deutschland etwa 1, 4 Millionen Menschen darauf angewiesen sind, ihr Einkommen mit staatlichen Mitteln „aufzustocken", und wie einfach es für private Firmen immer noch ist, am Lohn zu sparen.

Günter Wallraff, der ver.di-Vorsitzende Frank Bsirske und der Vorsitzende der Gewerkschaft Nahrung-Genuss-Gaststätten (NGG) Franz-Josef Möllenberg sind die Herausgeber: *Leben ohne Mindestlohn – Arm wegen Arbeit, Niedriglöhner, Leiharbeiter und Aufstocker erzählen*, VSA-Verlag, Hamburg, 176 S. 12,80 Euro. ●

www.dumpinglohnmelder.de

Gewalt gegen Lehrer

Schutzlos ausgeliefert

Rund 3000 Lehrkräfte werden in Deutschland Jahr für Jahr Opfer von Gewalt in der Schule. GEW-Vorstandsmitglied Anne Jenter fordert deshalb ein „breit gefächertes, vielseitiges Unterstützungssystem" an den Schulen. Lediglich in Baden-Württemberg und Bremen würden zudem die physischen Belastungen von Lehrkräften flächendeckend erhoben. „Das ist ein Armutszeugnis", sagt die Arbeitsschutzexpertin. Vor allem, weil „Gefährdungsbeurteilungen seit 15 Jahren gesetzliche Pflicht sind". Meistens würden die Kultusministerien jedoch die Arbeitsschutz-Aufgaben den Schulen übertragen – ohne „die entsprechenden Mittel zur Lösung der Probleme bereit zu stellen". Benötigt würden Fachkräfte, die einen Schulentwicklungsprozess professionell moderierten. ●

Fragen an ...



Foto: IG BCE

... Michael Vassiliadis: Der IG BCE-Vorsitzende ist als einziger Gewerkschafter Mitglied in der Ethik-Kommission „Sichere Energieversorgung" der Bundesregierung.

■ Bereits am 28. Mai will die Ethik-Kommission ihre Empfehlung zum Atomausstieg vorlegen. Wie beurteilst du die bisherige Arbeit und die Debatten in dem Gremium?

■ *Es ist äußerst anspruchsvoll, innerhalb weniger Wochen die Chancen einer sicheren und verantwortbaren Energieversorgung ohne Kernkraft zu bewerten. Denn dieses Projekt ist in seinen Kosten und in seiner Komplexität durchaus mit der Deutschen Einheit vergleichbar. Doch es wird ernsthaft und an der Sache orientiert nach realistischen Wegen gesucht, wie das geschafft werden kann.*

■ Welche Rolle spielen Gewerkschaften bei der Energiewende bzw. sollten sie einnehmen?

■ *Energie ist die Grundlage der Wirtschaft und insbesondere der Industrie, sie ist Voraussetzung für Wohlstand und Lebensqualität. Deshalb müssen wir dieses zentrale Feld der Zukunftssicherung mit gestalten. Als die Bundesregierung 2010 ihr damaliges Energiekonzept mit der Laufzeitverlängerung für die Kernkraft beschlossen hat, da war niemand beteiligt – außer den vier großen Energiekonzernen. Jetzt hat Schwarz-Gelb offenbar dazu gelernt. Denn ein tragfähiges Energiekonzept braucht gesellschaftliche Akzeptanz und einen politischen Konsens. Sonst scheitert es schnell an Widerständen und unterschiedlichen Interessen. Die Gewerkschaften können Motor einer Energiewende sein, die auf leistungsfähiger Technologie beruht. Wir müssen die Stärken und die Innovationskraft unserer Industrien nutzen, damit der Ausstieg aus der Kernkraft den Menschen Fortschritt bringt.*

■ Worauf kommt es aus Sicht der IG BCE beim Atomausstieg vor allem an?

■ *Eine neue Energieversorgung können wir nicht aus der Portokasse bezahlen. Das wird über viele Jahre viele Milliarden Euro kosten – für neue Kraftwerke und Stromleitungen beispielsweise. Umso wichtiger ist eine gerechte Finanzierung. Mit höheren Strompreisen allein geht das nicht, denn das belastet insbesondere Arbeitnehmer-Haushalte. Genauso müssen wir aufpassen, dass die energieintensiven Unternehmen keinen Schaden nehmen. Auch weil wir ihre Produkte für die Energiewende brauchen – ob es sich um Dämmstoffe zur energetischen Gebäudesanierung oder High-Tech-Kunststoffe beim Windradbau handelt. Die Energieversorgung muss in Zukunft klimafreundlicher, aber auch sicher und bezahlbar sein.*

Stress am Arbeitsplatz

„Schutzlücke“ schließen

Dass Stress krank macht, ist eine Binsenweisheit. Doch die Beschäftigten sind vor den stetig steigenden psychischen Belastungen am Arbeitsplatz wenig geschützt. Klaus Pickshaus, Arbeitsschutzexperte der IG Metall, fordert deshalb, auf Basis des Arbeitsschutzgesetzes verbindliche Schutzvorschriften zur psychischen Belastung zu schaffen.



Foto: IG Metall

Klaus Pickshaus, 62, leitet den Bereich Arbeitsgestaltung und Qualifizierungspolitik beim Vorstand der IG Metall.

Hoher Zeitdruck, immer komplexere Arbeitsaufgaben und eine enorme Leistungsverdichtung prägen heute den Arbeitsalltag vieler Beschäftigter – auch und gerade in Bürojobs. Durch neue Arbeitsformen und Kommunikationstechnologien verschwimmen die Grenzen zwischen Beruf und Privatleben. Gleichzeitig wächst die Verunsicherung. Prekäre Beschäftigungsformen boomen, jeder zweite neue Job ist nur befristet. Die Folgen sind fatal, wie zahlreiche Studien belegen: **Psychosozial bedingte Erkrankungen, Schlafstörungen, Burn-out-Syndrome und Depressionen nehmen rapide zu.**

Dieser Entwicklung entgegen zu wirken, sich für gute Arbeit einzusetzen und zu verhindern, dass den Beschäftigten die Arbeit über den Kopf wächst – all das gehört zu den Kernaufgaben von Gewerkschaften und Betriebsräten. Mit zahlreichen Initiativen wie etwa dem DGB-Index Gute Arbeit setzen sich DGB und Gewerkschaften für einen besseren Schutz der ArbeitnehmerInnen vor Überlastung ein. Die IG Metall startete schon vor vielen Jahren die Initiative „Gute Arbeit“. Neuestes Projekt im Rahmen dessen ist die Fokussierung auf „Gute Arbeit im Büro“.

Mit der Initiative wollen wir ganz konkret Belastungen abbauen und **gemeinsam mit den Beschäftigten den Arbeits- und Gesundheitsschutz so gestalten, dass Arbeit keinesfalls mehr krank macht.** In einem ersten Schritt haben wir in fünf Pilotverwaltungsstellen der IG Metall Projektbetriebe ausgewählt, um dort gezielt die Arbeitsbedingungen zu verbessern. Um zu ergründen, wo den Beschäftigten ganz besonders der Schuh drückt, haben wir im Rahmen der Initiative einige Instrumente entwickelt. Etwa den „Stressbürometer“: Damit können Betriebsräte und Beschäftigte den Problemen im Büro auf den Grund gehen. Mit diesem Tool können sie Daten zur Arbeitsorganisation, zum Leistungsdruck oder zur Software-Ergonomie erheben und auswerten – und sie erhalten auch gleichzeitig Handlungshilfen, um die Situation zu verbessern. Die Erfahrungen aus den Pilotbetrieben zeigen: Manchmal sind es ganz einfache Mittel, mit denen die Betriebsparteien die Arbeitsumgebung verändern und Belastungen im Arbeitsalltag verringern können.

Fakt ist: **Von einem besseren Schutz vor Arbeitsüberlastung und Psychodruck profitieren Beschäftigte wie Unternehmen.** Gute Arbeit erhöht die Motivation und die Leistungsbereitschaft – und vermeidet unnötige Kosten. Das „Centrum für Disease Management“ der Technischen Universität München hat ermittelt, dass durch psychische Erkrankungen deutschlandweit alljährlich ein wirtschaftlicher Schaden von mindestens acht Milliarden Euro entsteht. Doch ökonomische Argumente für einen besseren Schutz der ArbeitnehmerInnen reichen nicht aus, um die Arbeitgeber zu bewegen, Sicherheit und Gesundheitsschutz der Beschäftigten zu verbessern. 90 Prozent der Arbeitgeber hierzulande gaben in einer Befragung an, dass sie vor allem dann in diesen Bereichen aktiv werden, wenn gesetzliche Vorgaben sie dazu zwingen.

Deshalb ist die Politik gefordert. Das Arbeitsschutzgesetz von 1996 verlangt eine Prävention bei körperlichen und psychischen Belastungen. Während jedoch in vielen Gefährdungsbereichen das Gesetz durch weitere Verordnungen – wie der Arbeitsstätten- oder der Gefahrstoffverordnung – konkretisiert wird, gibt es keinerlei Regelungen für psychische Belastungsfaktoren. Zwar verpflichtet das Gesetz die Arbeitgeber, Gefährdungsanalysen der Arbeitsplätze durchzuführen, doch nur die Hälfte von ihnen hält sich auch daran, wie Erhebungen belegen. Und selbst wenn eine solche Analyse im Betrieb durchgeführt wird, bleiben psychische Beeinträchtigungen, wie zu knappe Zeitvorgaben, ständig störende Unterbrechungen oder ein schlechtes Betriebsklima, unberücksichtigt.

Beschäftigte werden nur sehr unzureichend vor berufsbedingtem Stress geschützt. Diese „Schutzlücke“ muss dringend geschlossen werden. Natürlich führen neue Vorschriften nicht zwingend zu gesundheitsgerechteren Arbeitsbedingungen. Gesetzliche Vorgaben sind aber ein entscheidender Impuls, um die Verbindlichkeit des Schutzes von Arbeitgeberseite deutlich zu erhöhen. •

Gute Arbeit im Büro

Die IG Metall hat die Initiative „Gute Arbeit im Büro“ im April 2010 gestartet. Aufgrund der positiven Erfahrungen aus der ersten Projektphase wird der IG Metall-Gewerkschaftstag im Oktober darüber beraten, ob die Initiative fortgesetzt und ausgeweitet wird.
Das Thema „Gute Arbeit im Büro“ habe sich als ein geeignetes Handlungsfeld erwiesen, heißt es in einem Antrag an den Gewerkschaftstag, „um im Bereich der Büroarbeit zentrale Probleme der Arbeitsbedingungen aufzugreifen, Beschäftigte selbst zu aktivieren und damit die Mitgliederentwicklung zu befördern“.

Dabei geht es vor allem um die Problemfelder

- ***gesundheitliche Belastungen durch Leistungsverdichtung und überlange Arbeitszeiten***
- ***mangelnde Vereinbarkeit von beruflichen und privaten Interessen insbesondere wegen mangelnder Zeitsouveränität***
- ***schlechtes Betriebsklima***
- ***störende Arbeitsumgebungsbedingungen (Großraumbüros, Lärm, Raumklima)***
- ***eine Gefährdung der psychischen Gesundheit.***

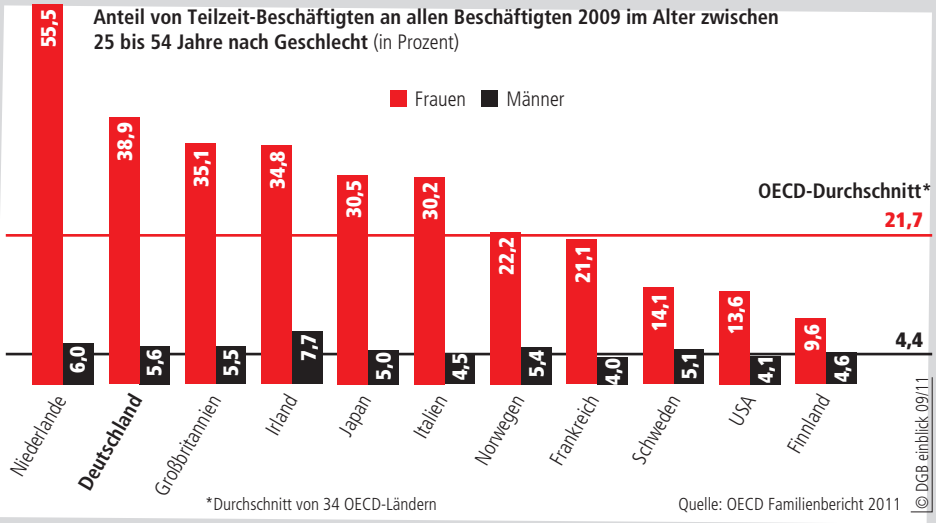
Links zum Projekt und zu weiteren gewerkschaftlichen Projekten zum Thema:
www.einblick.dgb.de/links

DIES & DAS

die DGB grafik

FRAUEN IN TEILZEIT: Deutschland weit über OECD-Schnitt

Eine Studie der „Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung" (OECD) zeigt, dass weltweit ein großer Teil der Frauen in Teilzeit-Jobs arbeitet. Damit bestünden neben den Lohnunterschieden auch weiterhin Geschlechterunterschiede bei der Teilhabe am Arbeitsmarkt, so die OECD. Besonders groß ist die Differenz in den Niederlanden, in Deutschland und Großbritannien. Relativ niedrig ist der Anteil von Frauen in Teilzeit in Estland (8,6 Prozent), Ungarn (3,9 Prozent) und in der Slowakei (3,4 Prozent).



personalien

••• ***Dieter Scholz,*** 64, bis 2010 Vorsitzender des DGB-Bezirks Berlin-Brandenburg, und ***Gottfried Feichtinger,*** 59, Geschäftsführer der Vermögens- und Treuhandgesellschaft des DGB (VTG), sind seit 1. Mai neue Geschäftsführer der DGB-Index Gute Arbeit GmbH, Berlin, und Nachfolger des bisherigen Geschäftsführers ***Ralf Stuth,*** 48.

14 TAGE

mehr Infos: www.einblick.dgb.de

12.5. Hans-Böckler-Stiftung, Tagung „Die Hartz IV-Entscheidung 2011. Ein bisschen Fortschritt oder schlicht zu kurz gesprochen?", Frankfurt am Main

12.5. DGB, Fachtagung „Erwerbsgeminderte Menschen besser absichern!", Berlin

12./13.5. Hans-Böckler-Stiftung, IG Metall, IG BCE, Tagung „Mitbestimmung – Blick zurück nach vorn – 60 Jahre Montanmitbestimmung", Dortmund

13./14.5. ver.di, Konferenz „Bundeskonferenz Selbstständige", Berlin

13./15.5. ver.di, Konferenz „Bundesjugendkonferenz", Berlin

13./15.5. ver.di, Konferenz „Bundesfrauenkonferenz", Fulda

16.-19.5. Europäischer Gewerkschaftsbund, 12. EGB-Kongress „Mobilisieren für ein soziales Europa", Athen

19.5. Hans-Böckler-Stiftung, IG Metall, ver.di, Tübinger Forschungsgruppe, Tagung „Was bewegt die jungen Beschäftigten im Dienstleistungsbereich?", Berlin

20./21.5. ver.di, Konferenz „Bundeskonferenz für Vertrauensleute und Aktive", Berlin

20.-22.5. attac, Kongress „Jenseits des Wachstums?!", Berlin

23.5. DGB, Workshop „Familienernährerinnen – ein Thema für Gewerkschaften?!", Berlin

26.5. ver.di, Antragsschluss zum ver.di-Bundeskongress und Termin für die Meldung der Delegierten und Wahlvorschläge

Tipp

DGB-Ratgeber: Gesundheitsreform 2011 – Informationen für Versicherte

Seit Januar gelten zahlreiche neue Regelungen im Gesundheitswesen. Von Kopfpauschale und Sozialausgleich über Vorkasse beim Arzt bis zur Mehrkostenregelung für Medikamente: Der DGB-Ratgeber informiert darüber, auf was die Versicherten bei dieser Reform achten müssen. Dazu gibt es zahlreiche Kontaktadressen oder Infos, wie man Widerspruch gegen Entscheidungen der Krankenkasse einlegen kann. Einzelexemplare kosten 0,50 Euro (plus Versand).

Bestellungen: www.dgb-bestellservice.de

Schlusspunkt.

„Aktive Arbeitsmarktpolitik ist jedoch kein Sozialklimbim, die die Arbeitsministerin von der Kassenlage abhängig machen darf, sie muss immer betrieben werden."

Thomas Öchsner von der Süddeutschen Zeitung kritisiert am 28. April den von Schwarz-Gelb geplanten Abbau der arbeitsmarktpolitischen Förderinstrumente.

IMPRESSUM *einblick* erscheint vierzehntäglich **Herausgeber:** DGB **Verlag:** Graewis Verlag GmbH **GeschäftsführerInnen:** Anne Graef, Dr. Peter Wilke **Redaktion:** Anne Graef (verantw.), Sebastian Henneke, Timm Steinborn **Redaktionelle Mitarbeit:** Udo Böhlefeld, Birgit Böhret, Luis Ledesma **Redaktionsanschrift:** Wallstraße 60, 10179 Berlin, Tel. 030/30882 4-0, Fax 030/30882420, Internet: www.einblick.dgb.de, E-Mail: redaktion@einblick.info **Anzeigen:** Bettina Mützel, Tel. 030/859946-240, Fax 030/859946-100, E-Mail: bettina.muetzel@berlin.de **Layout:** zang.design **Infografik:** Klaus Niesen **Druck und Vertrieb:** PrintNetwork Berlin **Abonnements:** Änderungen schriftlich an Redaktion *einblick* (Adresse s.o.)
Nachdruck frei für DGB und Gewerkschaften bei Quellenangabe und zwei Belegexemplaren. Alle Anderen nur nach schriftlicher Genehmigung durch den Verlag. Nachdruck von namentlich gezeichneten Artikeln nur nach Genehmigung durch Verlag und Autor.

Arbeit mit Asbest

Verpflichtet zum Schadenersatz

Die Anweisung an einen Arbeitnehmer, mit asbesthaltigem Material ohne Schutzmaßnahmen zu arbeiten, kann die bewusste Inkaufnahme von Gesundheitsschäden des Arbeitnehmers beinhalten.

Bundesarbeitsgericht,
Urteil vom 28. April 2011 - 8 AZR 769/09

Arbeitskleidung

Keine Piloten-Mütze nur für Männer

Ein Pilot ist nicht verpflichtet, seine Cockpit-Mütze im öffentlich zugänglichen Flughafenbereich zu tragen, solange der Arbeitgeber ausschließlich das männliche Cockpitpersonal hierzu verpflichtet.

Arbeitsgericht Köln,
Urteil vom 5. April 2011 - 12 Ca 8659/10

Auslandseinsatz im Baugewerbe

Zu zahlen ist die übliche Vergütung

Entsendet ein Unternehmen des Bauhauptgewerbes einen Bauarbeiter vorübergehend zum Arbeitseinsatz ins Ausland, und treffen die Arbeitsvertragsparteien für diesen Einsatz keine Vergütungsregelung, schuldet der Arbeitgeber die übliche Vergütung. Diese richtet sich nach dem Tarifvertrag zur Regelung der Mindestlöhne im Baugewerbe (TV Mindestlohn), sofern im vergleichbaren Wirtschaftskreis tatsächlich keine höhere Vergütung für Auslandseinsätze gewährt wird. Ob in diesen Fällen der Mindestlohn West oder der Mindestlohn Ost zu zahlen ist, bestimmt sich nach dem Einstellungsort.

Bundesarbeitsgericht,
Urteil vom 20. April 2011 - 5 AZR 171/10

Bedrohter Richter

Keine Erhöhung des Unfallruhegehaltes

Ein Richter, der infolge von Drohungen und Beleidigungen eines Prozessbeteiligten dienstunfähig erkrankt, kann keine Erhöhung seines Unfallruhegehalts verlangen. Eine Erhöhung des Unfallruhegehalts kommt von Gesetzes wegen nur in eng begrenzten Ausnahmefällen in Betracht und zwar insbesondere dann, wenn der Betroffene in Ausübung seines Dienstes durch eine Gewalttat in die Gefahr einer schweren Körperverletzung gebracht worden ist.

Oberverwaltungsgericht Rheinland-Pfalz,
Urteil vom 15. April 2011 - 10 A 11091/10.OVG

Freiwillig gesetzlich Krankenversicherte

Geringere Beiträge

Bei der Bemessung der Versicherungsbeiträge von freiwilligen Mitgliedern der gesetzlichen Krankenversicherung ist die Auszahlung aus einer privaten Lebensversicherung nicht zu berücksichtigen. Die „Beitragsverfahrensgrundsätze Selbstzahler" erfassten zwar im Vergleich zu den Beiträgen von Pflichtversicherten weitere Arten von Einnahmen. Diese Grundsätze sind jedoch vom Vorstand des Spitzenverbandes der gesetzlichen Krankenkassen erlassen worden, der hierzu nicht hinreichend demokratisch legitimiert ist.

Hessisches Landessozialgerichts,
Urteil vom 21. Februar 2011 - L 1 KR 327/10 B ER

Kündigung und Religionsfreiheit

„Jesus hat Sie lieb" nicht hinzunehmen

Der Arbeitgeber in einem Call-Center muss nicht hinnehmen, dass ein Arbeitnehmer statt der üblichen Grußformel die Kunden mit dem Satz „Jesus hat Sie lieb" begrüßt.

Der Fall: Der Arbeitnehmer steht seit 2004 im Call-Center als so genannter Telefonagent in einem Arbeitsverhältnis. Er beendet die telefonisch geführten Kundengespräche mit der Verabschiedungsformel „Jesus hat Sie lieb, vielen Dank für Ihren Einkauf bei QVC und einen schönen Tag". Bei Beanstandungen der verwendeten Schlussformel berief sich der Arbeitnehmer auf seine religiösen Überzeugungen und weigerte sich, sein Verhalten zu ändern. Ihm wurde darauf hin gekündigt. Die gegen die Kündigung gerichtete Klage hatte keinen Erfolg.

Das Landesarbeitsgericht: Der tiefgläubige Arbeitnehmer hat in nicht ausreichendem Maße darlegen können, warum er in innere Nöte gekommen wäre, hätte er im Rahmen seiner beruflichen Tätigkeit auf die Ergänzung verzichtet. Ein Arbeitnehmer, der sich darauf beruft, dass die Befolgung einer Arbeitsanweisung ihn in seiner Glaubensfreiheit beeinträchtigt, muss nachvollziehbar darlegen, dass er ohne innere Not nicht von einer aus seiner Sicht zwingenden Verhaltensregel absehen könne. Für das Gericht war in diesem Zusammenhang von Bedeutung, dass der Arbeitnehmer dem Call-Center anlässlich eines nachfolgenden Streitverfahrens angeboten hatte, im Rahmen einer sogenannten Prozessbeschäftigung für den Arbeitgeber tätig zu werden – und sich zugleich für diese Beschäftigung verpflichtet hatte, auf die Ergänzung der Grußformel zu verzichten.

Landesarbeitsgericht Hamm,
Urteil vom 20. April 2011 – 4 Sa 2230/10

Beiratstätigkeit

Bürgermeister muss abführen

Ein Bürgermeister, der im Regionalbeirat einer Aktiengesellschaft die Gemeinde als Aktionärin vertritt, erfüllt damit eine dienstliche Aufgabe seines Hauptamtes und muss eine gesonderte Vergütung für die Beiratstätigkeit abführen.

Der Fall: Der Kläger, hauptamtlicher Bürgermeister einer nordrhein-westfälischen Stadt, die an der RWE AG beteiligt ist, wurde 2001 durch den Vorstand einer Tochtergesellschaft des Unternehmens in einen Regionalbeirat berufen. Die beklagte Stadt forderte per Leistungsbescheid, die Vergütung für die Beiratstätigkeit in den Jahren 2004/2005 an sie abzuführen. Die dagegen gerichtete Klage hatte keinen Erfolg.

Das Bundesverwaltungsgericht: Die Pflicht zur Ablieferung der Vergütung folgt zwar nicht aus der Nebentätigkeitsverordnung, weil die Tätigkeit im Beirat des privaten Unternehmens nicht einer Nebentätigkeit im öffentlichen Dienst gleichgestellt werden kann. Eine Gleichstellung ist nur dann zulässig, wenn das Unternehmen von der öffentlichen Hand zumindest faktisch beherrscht wird und Vergütungen für Beiratsmitglieder mittelbar aus öffentlichen Kassen zahlt. Dies ist hinsichtlich der RWE nicht der Fall.
Ein Beamter ist aber zur Ablieferung einer Vergütung verpflichtet, wenn die Tätigkeit zu seinen dienstlichen Aufgaben im Hauptamt gehört. Der Kläger wurde als Bürgermeister und nicht als Privatperson in den Beirat berufen.

Bundesverwaltungsgericht,
Urteil vom 31. März 2011 - 2 C 12.09

einblick
gewerkschaftlicher Info-Service vom 23.05.2011 10/11

DGB

inhalt

Seite 3
Armutsrisiko verringern
Die Gewerkschaften fordern, den Zugang zur Erwerbsminderungsrente wieder zu erleichtern. Die Bundesregierung lädt für den Herbst zum „Regierungsdialog".

Seite 5
Wirtschaftsdemokratie überfällig
Der gewerkschaftlichen Forderung nach mehr Mitbestimmung begegnen die Arbeitgeber mit „ordnungspolitischer" und „dogmatischer" Ablehnung.

Seite 7
Energieumstieg und gute Arbeit
„Der Strukturwandel im Energie- und Wirtschaftssystem muss zu guter Arbeit führen, sonst ist Industriepolitik nicht sozial und nachhaltig", meint DGB Vorstandsmitglied Dietmar Hexel.

EGB-Kongress 2011 in Athen

Solidarität ist die Antwort





Fotos: Anne Graef

Mit 27 Delegierten gehörte der DGB zu den größten Delegationen beim EGB-Kongress. Delegierte aus 36 Ländern stellten vom 16. bis 19. Mai die Weichen für die europäische Gewerkschaftspolitik bis 2014.

Vom Euro bis zu Schengen: Die europäische Einheit bröckelt, das Projekt Europa ist in Gefahr. Die Antwort der europäischen Gewerkschaften ist eindeutig – mit Geschlossenheit und Solidarität setzen sie sich dagegen zur Wehr, dass die „grundfalsche Politik der europäischen Regierungen Europa in Gewinner und Verlierer spaltet", wie Annelie Buntenbach, im geschäftsführenden DGB-Bundesvorstand für Europapolitik zuständig, auf dem EGB-Kongress erklärte. „Mehr Europa, aber anders", brachte der ver.di-Vorsitzende Frank Bsirske die Sicht der Gewerkschaften auf den Punkt. Auf dem EGB-Kongress haben die Gewerkschaften die Strategie festgelegt, wie sie in den kommenden vier Jahren für ein soziales Europa mobilisieren.

Gleich am ersten Tag beschloss der EGB-Kongress eine Resolution, in der er seine Solidarität mit dem krisengeschüttelten Griechenland bekundete und von der EU und dem gleichzeitig tagenden Rat der EU-Finanzminister ein Umsteuern in der Krisenpolitik forderte. Griechenland sei das erste Land, das in diesem Ausmaß von der Krise betroffen sei, aber andere würden zweifellos folgen, erklärte der scheidende EGB-Generalsekretär John Monks. Griechenland brauche eine Perspektive für Wachstum und Entwicklung und keinen Sparzwang, heißt es in der Resolution. Konkret fordert das Papier unter anderem niedrige Kreditzinsen für die Defizit-Staaten, keine Verknüpfung von Hilfen an wachstumshemmende, unsoziale Sparmaßnahmen, mehr öffentliche Investitionen und keine Einmischung der europäischen Politik in die Tarifautonomie. Mittelfristig benötige der gemeinsame Währungsraum einheitliche Eurobonds, damit alle Mitgliedstaaten unter gleichen Finanzierungsbedingungen haushalten können, forderte DGB-Vorstand Claus Matecki.

Sorge bereitet Annelie Buntenbach, dass die arbeitnehmerfeindliche EU-Politik, die insbesondere in den Krisenstaaten eine Abwärtsspirale auslöst, die Menschen in Europa anfälliger für nationalistische Parolen macht. Sie betonte: „Die Alternative zum zerstörerischen Kurs der europäischen Politik ist nicht die nationalistische Karte, sondern gemeinsam für ein soziales und gerechtes Europa zu kämpfen." •

Mehr zum Kongress auf Seite 6 und 8 sowie im nächsten einblick.

plusminusBERLIN

+ ***Caren Marks, familienpolitische Sprecherin der SPD-Bundestagsfraktion, ist fassungslos: „Leistungen für Familien als Gebärprämien einzusetzen, ist schauderhaft", kommentiert sie die Überlegung der FDP, das Elterngeld abzuschaffen, weil es die Geburtenrate nicht gesteigert hat.***

– ***FDP-Generalsekretär Christian Lindner findet, dass das Elterngeld nur Mitnahmeeffekte ermögliche und deshalb abgeschafft werden sollte. Grundsätzlich beklagt er einen „bürokratisch verholzten Wohlfahrtsstaat". „Liberale Mission" sei es, Ansprüche „zu disziplinieren".***

Der Surf-Tipp fürs Internet

http://der-druck-muss-raus.de/
ver.di-Kampagne für bessere Arbeitsbedingungen in Krankenhäusern

Hintergrund

www.einblick.dgb.de/hintergrund
Beschlüsse und Resolutionen des EGB-Kongresses

Diskriminierung

Weniger Arbeit – weniger Rechte

Geht es der Wirtschaft schlechter, steigt die Zahl derer, die am Arbeitsplatz diskriminiert werden. Zu diesem Ergebnis kommt die Internationale Arbeitsorganisation (ILO). In ihrem Bericht „Gleichheit bei der Arbeit: die andauernde Herausforderung" zieht sie das Fazit, dass „Diskriminierung vielfältiger geworden ist". ILO-Generalsekretär Juan Somavia fürchtet, dass die globale Wirtschaftskrise die Situation verschärft hat: „Ökonomisch unsichere Zeiten sind ein Nährboden für Diskriminierung in der Arbeitswelt und darüber hinaus auch in der gesamten Gesellschaft."

Neu sind die Fälle nicht, die von der ILO aufgelistet werden. Dazu gehören die Lohnunterschiede zwischen Frauen und Männern. Trotz der Einführung flexibler, familienfreundlicher Arbeitszeiten sei die Diskriminierung bei Schwangeren und Müttern „immer noch weit verbreitet". Arbeitsmigranten würden weltweit beim Zugang zur Arbeit diskriminiert und „bittere Realität" sei zudem, dass Behinderte benachteiligt würden. Dies belege die niedrige Erwerbsquote der weltweit 650 Millionen behinderten Menschen. Die ILO weist aber auch darauf hin, dass noch immer nicht alle Staaten die ILO-Übereinkommen über Gleichheit und Nichtdiskriminierung unterzeichnet haben. Bislang haben 169 von insgesamt 183 ILO-Staaten zugestimmt. •

CDU-Sozialausschüsse

Für gesetzlichen Mindestlohn

Der Arbeitnehmerflügel der CDU will einen gesetzlichen Mindestlohn. In einem Leitantrag zu ihrer Bundestagung formuliert die Christlich Demokratische Arbeitnehmerschaft (CDA) ihre Forderung nach einer gesetzlich verankerten Lohnuntergrenze. Der stellvertretende CDA-Bundesvorsitzende, Christian Bäumler, betonte, mit dem gesetzlichen Mindestlohn für Leiharbeiter gehe die Bundesregierung den ersten Schritt in die richtige Richtung. Den liberalen Koalitionspartner forderte er auf, umzudenken: „Wir erwarten, dass sich die FDP neu ausrichtet, wenn sie in Zukunft wieder von mehr Menschen gewählt werden will." •

Nordafrika

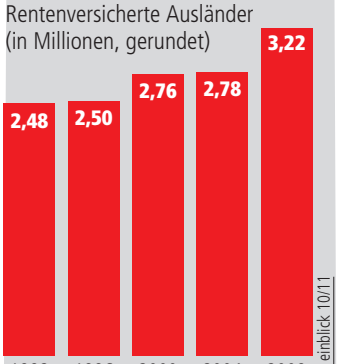
DGB will Gewerkschaften helfen

Der DGB will den Menschen in Nordafrika beim Aufbau von Gewerkschaften helfen. Das sagte der Vorsitzende des Deutschen Gewerkschaftsbundes, Michael Sommer, zugleich Präsident des Internationalen Gewerkschaftsbundes (IGB). Der Mut der Menschen, die in den Ländern Nordafrikas über Wochen gegen unmenschliche Regime protestierten und die zumindest in Ägypten und Tunesien schon einmal einen Systemwechsel erreichten, nötige ihm „Respekt und Bewunderung ab". Der DGB sei bereit, Ägyptern und Tunesiern beim Aufbau unabhängiger und starker Gewerkschaften zu helfen. Dabei gehe es darum, praktische Unterstützung zu leisten, um aus Aktivisten eine Organisation zu formen – aber auch um technische Hilfsmittel. Der IGB hat zum Tag der Arbeit am 1. Mai in Kairo ein Büro eröffnet. •

www.einblick.dgb.de/links

Ausländer stärken Sozialkassen

Rentenversicherte Ausländer (in Millionen, gerundet)



Quelle: Deutsche Rentenversicherung

Über drei Millionen Ausländer zahlten 2009 Beiträge in die Rentenkasse. Ihr Anteil an den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten stieg in den vergangenen Jahren kontinuierlich an. Mehr als zwei Drittel der hierzulande ansässigen Ausländer im erwerbsfähigen Alter seien berufstätig und „steigern die Leistung der deutschen Wirtschaft", berichtet die Deutsche Rentenversicherung.

DGB-Aufruf

Energiewende jetzt

Der Geschäftsführende DGB-Bundesvorstand (GBV) ruft zur Teilnahme an den bundesweiten Anti-Atom-Demonstrationen für eine Energiewende am 28. Mai 2011 auf. „Die große Mehrheit der Bevölkerung will die Energiewende, um Atomkraftwerke abschalten zu können", heißt es im DGB-Aufruf. Der Atom-GAU sei vom Menschen letztlich nicht beherrschbar, die Endlagerfrage nicht gelöst. Die Gewerkschaften erwarten von der Bundesregierung und den Ländern: „Belohnen Sie Energiesparer und nicht die Atomenergie-Konzerne." Denn künftig müsse an erster Stelle die Energieeinsparung stehen. Der DGB ruft dazu auf, sich an den bundesweiten Kundgebungen am 28. Mai 2011 aktiv zu beteiligen. •

Informationen zu den Kundgebungen: www.dgb.de/-/j69

Arbeitsgericht Hamburg

medsonet ist nicht tariffähig

ver.di hat die Entscheidung des Arbeitsgerichts Hamburg begrüßt, wonach die so genannte Gewerkschaft medsonet nicht tariffähig ist: „Damit wird der Ausbreitung von Phantomgewerkschaften ein weiterer Riegel vorgeschoben", betonte der stellvertretende ver.di-Vorsitzende Gerd Herzberg. medsonet war in den vergangenen Jahren als Tarifpartner von Privatkliniken aufgetreten. Ellen Paschke, Mitglied des ver.di-Bundesvorstands und zuständig für den Gesundheitsbereich sagte: „Es ist besorgniserregend, dass sich unter dem Schutz des Grundgesetzes vermeintliche Gewerkschaften gründen, um mit Arbeitgebern Tarifverträge abzuschließen, die jeder langfristigen tarifpolitischen Strategie im Sinne der Beschäftigten den Boden entziehen".

ver.di hatte vor dem Arbeitsgericht Hamburg ein entsprechendes Verfahren eingeleitet. „Obwohl sich medsonet erst im September 2010 – eineinhalb Jahre nach Gründung – ein Tarifstatut gab, hat diese Scheingewerkschaft schon zuvor Tarifverträge abgeschlossen", erläuterte Herzberg. ver.di verwies weiter darauf, dass medsonet bis heute keine Nachweise über ihre Mitgliederstärke vorgelegt hat. •

in eigener Sache

Entwarnung können wir allen ver.di-Kolleginnen und -Kollegen geben, die nach der letzten *einblick*-Ausgabe befürchteten, den **Antragsschluss für den ver.di-Bundeskongress** verpasst zu haben: Der ist erst am **26. Mai** – und nicht, wie von uns berichtet, am 13. Mai. Aufgepasst: Viel Zeit bleibt euch dennoch nicht, eure Anliegen einzubringen!

Erwerbsminderungsrente

Zugang erleichtern, Armutsrisiken verringern

Rund 180 000 Menschen sind 2010 in Erwerbsminderungsrente gegangen. Damit ist die Zahl im vierten Jahr in Folge gestiegen und das trotz strenger Regelungen. DGB und Gewerkschaften fordern, den Zugang wieder zu erleichtern und Armutsrisiken im Alter zu bekämpfen.

Die Voraussetzungen für den Zugang zur Erwerbsminderung sind streng. „Wer weniger als drei Stunden arbeiten kann, bekommt die volle Rente", heißt es in einer Broschüre des Bundesarbeitsministeriums lapidar. In der Realität ist die Anerkennung einer Erwerbsminderung für viele ArbeitnehmerInnen ein harter und langwieriger Kampf mit Medizinern, Versicherungen und nicht zuletzt Richtern.

Seit 2000 müssen Beschäftigte mit körperlichen oder psychischen Leiden eine schwierige Prozedur in Kauf nehmen, um als voll erwerbsgemindert anerkannt zu werden. Trotzdem belegen Statistiken der Deutschen Rentenversicherung (DRV), dass seit Mitte des vergangenen Jahrzehnts die Zahl der Neuzugänge wieder steigt – von rund 160 000 im Jahr 2006 auf aktuell 180 000. Mit einem Gesamtbestand von über einer Million erwerbsgeminderten Menschen in Rente handele es sich nicht um ein Randproblem, kritisiert der DGB. Besonders brisant: Die monatlichen Renten liegen oft an oder unter der Grundsicherung. Neun Prozent aller BezieherInnen voller Erwerbsminderungsrenten sind auf die Grundsicherung angewiesen. Mit anderen Worten: Hier ist Altersarmut bereits Realität.

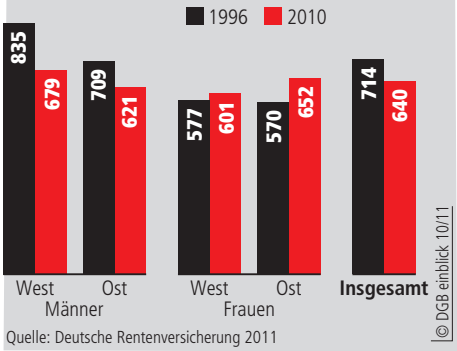
Vor diesem Hintergrund begrüßt der DGB, dass Schwarz-Gelb sich ab Herbst in einem „Regierungsdialog" unter Beteiligung der Gewerkschaften und Arbeitgeber generell mit dem Thema Rente befassen will. Annelie Buntenbach, Mitglied im DGB-Vorstand und zuständig für Sozialpolitik, erklärt: „Wir begrüßen, dass die Bundesregierung sich nicht in den Elfenbeinturm zurückzieht. Aber es darf nicht um eine billige PR-Aktion gehen. Die Koalition muss schnellstens handeln, damit sich die Probleme in der Rente nicht noch weiter auftürmen." Sie kündigt unter anderem an, dass sich der DGB verstärkt für bessere Bedingungen in der Erwerbsminderungsrente einsetzen will. „Die Abschläge bei der Erwerbsminderungsrente sind ein Skandal. In einem ersten Schritt müssen jetzt die so genannten Zurechnungszeiten verlängert werden. Außerdem muss auch die Rente mit 67 wenigstens auf Eis gelegt werden."

Denn von Beschäftigten, die körperlich oder psychisch krank sind, schaffen es nur die Wenigsten bis 67. Die DRV-Statistik zeigt: Im Schnitt gehen voll Erwerbsgeminderte mit knapp unter 50 Jahren in Rente. Dabei weist die Deutsche Rentenversicherung einen beachtlichen Trend bei den Ursachen aus. Demnach ist der Anteil der psychischen Krankheiten von 2000 bis 2010 bei Männern von 20 auf 34 Prozent und bei Frauen von 31 auf 45 Prozent gestiegen.

Eine weitere wichtige Diagnose bei den Neuzugängen zur Erwerbsminderung sind weiterhin Skeletterkrankungen. Deren Anteil ist bei den Männern zwar zwischen 2000 und 2010 von 27 auf 15 Prozent gefallen, gehört damit aber immer noch zu den dritthäufigsten Krankheitsbildern. Besonders in den Bauberufen ist dies ein Hauptgrund für Erwerbsminderung. Martin Mathes, Referatsleiter in der Abteilung Wirtschafts-, Bau- und Arbeitsmarktpolitik beim IG BAU-Bundesvorstand, erklärt: „Generell gibt es im Baugewerbe ein hohes Invaliditätsrisiko. Hinzu kommt, dass es in der Branche viele kleine Betriebe mit eingeschränktem Kündigungsschutz gibt. Da erhalten Beschäftigte mitunter schnell eine Kündigung, wenn sie körperlich nicht mehr so leistungsfähig sind." Er kritisiert die strengen Zugangsregeln für die ArbeitnehmerInnen. „Bei den oft jahrelangen Verfahren vor den Gerichten sind die Kolleginnen und Kollegen häufig starkem psychischen Druck ausgesetzt." Der DGB und die Gewerkschaften werden diese Aspekte – neben vielen anderen – ab Herbst in den „Regierungsdialog Rente" einbringen.

Erwerbsminderungsrente: Deutliche Einbußen

Durchschnittliche monatliche Rentenzahlbeträge für voll erwerbsgeminderte Neuzugänge 1996 und 2010 (in Euro)



Quelle: Deutsche Rentenversicherung 2011

Innerhalb von 14 Jahren sind die monatlichen Zahlbeträge in der Erwerbsminderungsrente im Durchschnitt um 75 Euro gesunken. Vor allem westdeutsche Männer müssen im Fall einer vollen Erwerbsminderung mit fast 20 Prozent weniger Rente auskommen als noch 1996. Leicht zugenommen haben die Renten für Frauen.

Kürzung verfassungskonform

Wer krank ist und vor dem 63. Lebensjahr nicht mehr arbeiten kann, muss ordentlich Abschläge bei der Erwerbsminderungsrente in Kauf nehmen. Ein Gesetz aus dem Jahr 2000 sieht vor, dass der so genannte Zugangsfaktor für jeden Monat des Rentenbezugs vor dem 63. Lebensjahr um 0,3 Prozent gekürzt wird. Maximal kann die Rente so um 10,8 Prozent gekürzt werden.

Im Januar hat das Bundesverfassungsgericht eine Verfassungsbeschwerde gegen die Kürzung des Zugangsfaktors um 10,8 Prozent bei Erwerbsminderungsrenten zurückgewiesen. Der Eingriff in die grundsätzlich geschützten Rechte stelle nach dem Ergebnis der Prüfung durch das Gericht „keine übermäßige Belastung dar und ist nicht als unverhältnismäßig anzusehen". Auch bei Rentenbeginn vor Vollendung des 60. Lebensjahres sei die Kürzung mit dem Grundgesetz vereinbar, erklärten die Richter.

Bundesverfassungsgericht, 11. Januar 2011 – 1 BvR 3588/08, 1 BvR 555/09

PROJEKTE UND PARTNER

Gelbe Hand

Wettbewerb gestartet

Der Verein „Mach meinen Kumpel nicht an" ruft auch in diesem Jahr zum Wettbewerb „Die Gelbe Hand" auf. Bis zum 10. Dezember können Schulklassen aus Berufsschulen, Projektgruppen aus Betrieben und Verwaltungen ihre Beiträge gegen Ausgrenzung, Rassismus und für Gleichberechtigung einreichen. Bereits seit 25 Jahren kämpft der Verein „Mach meinen Kumpel nicht an" gegen Fremdenfeindlichkeit und Rechtsextremismus. Damit zählt er zu den ältesten antirassistischen Organisationen in Deutschland. •

www.gelbehand.de/wettbewerb

neue**Bücher**

Eine **Berufsunfähigkeitsversicherung** ist neben einer privaten Haftpflichtversicherung ein absolutes Muss. Doch es gibt gerade einmal drei Millionen Verträge in Deutschland. Ein Grund für die geringe Nachfrage: Die Materie ist kompliziert. Denn für ArbeitnehmerInnen gilt es viele Fragen zu klären. Was ist die richtige Versicherung für mich? Worauf muss ich achten? Um das Dickicht im Tarif-Dschungel der privaten Versicherer ein wenig zu ordnen, hat die Verbraucherzentrale NRW ihren Ratgeber ***Berufsunfähigkeit gezielt absichern*** nun in der vierten Auflage herausgegeben. Mit vielen Tipps und Infos wird detailliert erklärt, welche Strategie für welche Berufsgruppe am besten ist. Egal ob Maurer, Chemiker oder Beamter: In Fallbeispielen werden verschiedene Szenarien veranschaulicht. Im Anhang sind ausgezeichnete Anbieter sowie Beratungsstellen aufgelistet.



Verbraucherzentrale NRW: Berufsunfähigkeit gezielt absichern – Der Weg zum besten Vertrag, 182 Seiten, 9,90 Euro (zuzüglich 2,50 Euro Porto und Versand)

DGB-Jugend

Praktikanten im Betrieb

Ob als Schüler oder im Studium – für viele junge Menschen heißt es mittlerweile: Ein Praktikum ist Pflicht. Außerdem nutzen viele Studierende die Chance, um Erfahrungen in der Arbeitswelt zu sammeln. Für Betriebsräte sowie Jugend- und Auszubildendenvertretungen stellt sich dann die Frage, wie man mit den PraktikantInnen im Betrieb umgehen soll. Welche gesetzlichen Standards gibt es? Dürfen PraktikantInnen an einer Betriebsversammlung teilnehmen? Diese und viele weitere Fragen beantwortet die Broschüre der DGB-Jugend „Praktikantinnen und Praktikanten im Betrieb". Von Betriebsvereinbarungen bis hin zu tarifrechtlichen Möglichkeiten erläutert die DGB-Jugend, wie Betriebsräte und JAVen für ein faires Praktikum sorgen können. Die Broschüre kann sowohl bei der DGB-Jugend als auch bei der IG BCE bestellt werden. •

Auto Club Europa

Verkehrssünder-Kartei reformieren

Der Auto Club Europa (ACE) begrüßt grundsätzlich eine Reform des Flensburger Punktesystems für Verkehrssünder, wie sie Verkehrsminister Peter Ramsauer (CSU) angeregt hat. Der Verkehrsrechtsexperte beim ACE, Volker Lempp, machte allerdings deutlich: „Gegen mehr Transparenz und eine Vereinfachung haben wir nichts einzuwenden, doch jede Änderung muss sich daran messen lassen, ob sie tatsächlich zu mehr Sicherheit im Straßenverkehr beiträgt." Es gelte: Die Höhe der Punktzahl müsse sich an der Gefährlichkeit des Verkehrsverstoßes orientieren. Einen Punkte-Rabatt für Vielfahrer lehnt der ACE ab. •

www.ace-online.de

Sozialwahl 2011

SMS-Alarm nutzen

Die Wahlunterlagen sind verschickt. Die Sozialwahlen 2011 laufen noch bis zum 1. Juni. Als Service bietet ver.di allen ArbeitnehmerInnen an, sich per SMS-Benachrichtigung an die Wahl erinnern zu lassen. Und so geht's: Einfach bei Erhalt der Unterlagen „Sozialwahl" sowie den Vornamen, Nachnamen und die Postleitzahl an die 84343 senden und eine Woche später an die Wahl erinnert werden. Die SMS wird vom Provider zu den üblichen Konditionen abgerechnet. ver.di betont, dass die Daten nicht weitergegeben und nach der Sozialwahl gelöscht werden. •

http://sozialwahl2011.verdi.de/

interregio

••• Der ***DGB-Bezirk West*** begrüßt den von SPD und Grünen in Rheinland-Pfalz vorgelegten ***Koalitionsvertrag.*** „Es ist zu begrüßen, dass Rot-Grün sich eindeutig zur Mitbestimmung, zu Tarifverträgen und zum flächendeckenden Mindestlohn bekennt, und gleichzeitig prekärer Beschäftigung und Dumpinglöhnen eine klare Absage erteilt", betont der DGB-Landesvorsitzende Dietmar Muscheid. Allerdings müssten die Gewerkschaften zur Kenntnis nehmen, dass die mit der Schuldenbremse verbundenen Einsparungen von 220 Millionen Euro vor allem von den Beschäftigten gezahlt werden sollen. Außerdem sei das Angebot zur Einkommensverbesserung von einem Prozent an die BeamtInnen zu wenig, kritisiert Muscheid.

http://dgb-rlp.de

••• Der ***DGB-Sachsen,*** die ***DGB-Jugend,*** das Dresdener Büro der Friedrich-Ebert-Stiftung und das Netzwerk Courage erinnern mit einem ***Theaterstück*** an den Hitler-Attentäter Georg Elser. Am 25. Mai wird „Der unbekannte Held" aus der Feder des Journalisten Heiko Ostendorf im Dresdener Volkshaus aufgeführt. In den Hauptrollen spielen Konrad Haller und Jörg Fabrizius. Nach der Aufführung steht das Ensemble dem Publikum für Fragen und Diskussionen zur Verfügung. *www.dgb-sachsen.de/*

••• Der ***DGB-Bezirk Berlin-Brandenburg*** unterstützt am 1. Juni in Berlin eine ***Veranstaltung*** gegen den Missbrauch von Arbeitsrechtsstandards in der Sportbekleidungsindustrie. Die Initiatoren Berlin Fair und die Christliche Initiative Romero erklären: „Das Eröffnungsspiel zur Frauen-WM am 26. Juni in Berlin werden viele Fußballfans mit großer Spannung verfolgen. Weniger präsent sind hingegen die Bedingungen, unter denen Fußball-Nationaltrikots und Bälle in Niedriglohnländern produziert werden." Im Fokus soll das Unternehmen Ocean Sky stehen.

www.berlin-brandenburg.dgb.de

Unternehmensmitbestimmung

Warten auf Regierungswechsel

Die gewerkschaftliche Forderung, die Mitbestimmungsrechte der ArbeitnehmerInnen gesetzlich zu stärken, ist der Inhalt zweier Anträge der Fraktionen von SPD und Die Linke.

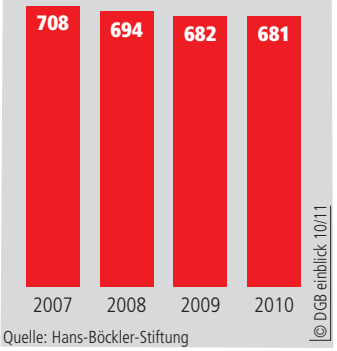
Die Montanmitbestimmung feierte ihren 60. Geburtstag am 12. Mai in Dortmund. Drei Tage zuvor diskutierten auf einer Anhörung des Bundestagsausschusses für Arbeit und Soziales Gewerkschaften, Arbeitgeber und Juristen über eine Erweiterung der geltenden Mitbestimmungsgesetze.

Die Montanmitbestimmung hat bewiesen, dass sie die beste Form der Mitbestimmung ist", sagte Detlef Wetzel, Zweiter Vorsitzender der IG Metall anlässlich des Festaktes zum Jubiläum der Montanmitbestimmung. Es sei sinnvoll, diese Mitbestimmungsform auf andere Branchen auszuweiten. „Wir fordern eine Grundsatzdebatte über mögliche Modelle, die eine stärkere Beteiligung der Beschäftigten an Unternehmensentscheidungen sowie nachhaltiger Beschäftigungspolitik ermöglichen", forderte Wetzel. „Die Montanmitbestimmung ist ein Modell, das funktioniert und das wir wieder viel stärker in den Blick nehmen sollten", unterstützte NRW-Ministerpräsidentin Hannelore Kraft (SPD) die Gewerkschaften auf dem Festakt.

Doch die Anhörung im Bundestag zeigte: Zwischen Befürwortern und Gegnern eines Ausbaus der Unternehmensmitbestimmung klafft noch eine breite Lücke. Zwei Anträge lagen dem Ausschuss zur Anhörung vor. Das SPD-Papier „Demokratische Teilhabe von Belegschaften und ihren Vertretern an unternehmerischen Entscheidungen stärken" sowie der Antrag der Linken „Unternehmensmitbestimmung lückenlos garantieren". Beide Oppositionsparteien plädieren für eine Ausweitung der Mitbestimmung. Vor allem möchten sie die Regeln auch auf Unternehmen in Deutschland mit einer ausländischen Rechtsform ausweiten. Darüber hinaus soll die Schwelle für das Mitbestimmungsgesetz von 2000 auf 1000 Beschäftigte abgesenkt werden und beim Drittelbeteiligungsgesetz von 500 auf 250. Die SPD will zudem einen „gesetzlichen Mindestkatalog zustimmungsbedürftiger Geschäfte" und die Abschaffung des Doppelstimmrechts des Aufsichtsratsvorsitzenden für Kapitalgesellschaften, die unter die 76er Regelung fallen.

Mitbestimmung auf dem Rückzug

Zahl der mitbestimmten Unternehmen nach der 76er Regelung



Quelle: Hans-Böckler-Stiftung

Die Zahl der mitbestimmten Unternehmen nimmt kontinuierlich ab. Der Höchststand lag im Jahr 2002 bei 767 Unternehmen. Die gesetzliche Montanmitbestimmung gilt heute nur noch in 31 Unternehmen. Bei ihrer Einführung im Jahr 1951 waren es 105 Unternehmen.

Am 9. Mai diesen Jahres konnten Sachverständige der Gewerkschaften, der Arbeitgeberverbände und Juristen den Abgeordneten ihre Sichtweise zu den beiden Anträgen vorlegen. Und die waren – erwartungsgemäß – gegensätzlich. Für den DGB gilt die Montanmitbestimmung als „Blaupause". Deshalb sollten wichtige Elemente daraus übernommen werden. Derzeit allerdings registriert der DGB „eine schleichende Flucht aus der Mitbestimmung" und argumentierte, die von der SPD formulierten Forderungen seien nicht nur eine „in hohem Maße aktuelle gesellschaftspolitische Frage, sondern auch eine Antwort auf die Europäisierung des Gesellschaftsrechtes". Eine Änderung könnte hier „endlich Rechtssicherheit schaffen".

Die Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA) hingegen lehnte erwartungsgemäß jegliche Veränderung konsequent ab. SPD und Linke, so die Argumentation, würden mit ihren Wünschen „die Isolierung des deutschen Mitbestimmungssystems in Europa vertiefen". Eine Erweiterung der Rechte im Sinne der Montanmitbestimmung widerspreche der Niederlassungsfreiheit. Zudem sei die Forderung nach einem gesetzlichen Mindestkatalog „aus ordnungspolitischen und dogmatischen Gründen" abzulehnen.

Dem Wirtschaftsrechtler Prof. Heinz-J. Bontrup von der Fachhochschule Gelsenkirchen hingegen reichen die Forderung der Opposition nicht aus. Diese wiesen zwar in die richtige Richtung, betont er in seiner Stellungnahme. Aber selbst bei vollständiger Umsetzung könne auch in Zukunft nicht von einer Wirtschaftsdemokratie gesprochen werden. Diese sei aber längst überfällig, sagte er während der Anhörung.

Die Parlamentsmehrheit von CDU/CSU und Liberalen wird vermutlich die Wünsche der Gewerkschaften nicht erfüllen. Der Antragsmitunterzeichner Josip Juratovic (SPD) versprach aber, spätestens nach der Bundestagswahl 2013 wolle seine Partei die Vorschläge auch umsetzen. •

Lob für den Standort

US-Unternehmen fühlen sich in Deutschland wohl. Für 60 Prozent der befragten Unternehmen ist der Standort Bundesrepublik neben China der eindeutige Favorit. Mit großem Abstand folgen die EU-Länder Großbritannien (18 %), Frankreich (15 %) oder auch Spanien (6 %). Die osteuropäischen EU-Staaten halten 28 Prozent für eine gute Alternative.

Das jährlich vorgelegte „Business Barometer" der Amerikanischen Handelskammer (AmCham) zeigt aktuell, dass sich die Unternehmen nicht nur wohlfühlen, sondern entgegen den Aussagen früherer Jahre, besonders „die gute Zusammenarbeit aller Tarifpartner" als Standortvorteil bewerten. In den vergangenen Jahren gehörte die Deregulierung des Arbeitsmarktes noch zur Standardforderung der Investoren.

AmCham-Vizepräsident Lutz Raettig schätzt, dass sich die amerikanischen Töchter zunehmend von ihren Müttern „emanzipiert" haben. Auch die Tatsache, dass die Unternehmen überwiegend von deutschen Managern geleitet werden, habe wohl die Sicht auf die deutsche Mitbestimmung verändert, glaubt Raettig. „Denen geht es gut, die sind gesund", betonte der Vize-Präsident bei der Vorstellung der Zahlen am 10. Mai in Berlin.

www.einblick.dgb.de/links

GEWERKSCHAFTEN

kurz&bündig

Der EVG-Vorsitzende Alexander Kirchner hat kritisiert, dass die beschlossene Förderung der Elektromobilität sich auf Elektroautos beschränkt. Verbesserung von neuen Antriebstechnologien und Umstieg auf regenerative Quellen seien auf der Schiene „schneller und kostengünstiger" zu erreichen.

Die zunehmende Radikalisierung und hohe Gewaltbereitschaft eines Teils der Ultra-Fußballfanszene gefährdet nach Auffassung der Gewerkschaft der Polizei (GdP) die von Fans, Fußball und Polizei initiierte Sicherheitspartnerschaft, warnt der Bundesvorsitzende der GdP Bernhard Witthaut.

„Die Akzeptanz der neuen Bachelor-Abschlüsse auf dem Arbeitsmarkt ist nach wie vor unbefriedigend", kritisiert GEW-Vorstandsmitglied Andreas Keller. Die GEW warnt deshalb Bund und Länder, „die Probleme bei der Umsetzung des Bologna-Prozesses an den deutschen Hochschulen zu verschleiern".

Die stellvertretende ver.di-Vorsitzende Margret Mönig-Raane begrüßt die Geldstrafe gegen einen ehemaligen Verwaltungsratschef von Aldi Nord wegen finanzieller Förderung des Berufsverbands AUB. ver.di werde nicht hinnehmen, dass Arbeitgeber versuchten, sich eine „passende" Arbeitnehmerorganisation ins Haus zu holen.

IG Metall Kampagne

Die Jugend im Blick

Bundesweit wird die IG Metall in Kürze auf Straßen und Plätzen präsent sein, um für ihre Kampagne „Arbeit – sicher und fair. Zukunft und Perspektiven für die Junge Generation" zu werben. „Junge Menschen sind überproportional von unsicherer Arbeit betroffen", kritisiert Detlef Wetzel, Zweiter Vorsitzender der IG Metall. Deshalb will die Gewerkschaft direkt mit den Jugendlichen ins Gespräch kommen und Unterstützung anbieten.

Unter anderem startet die IG Metall eine Roadshow. Das Ziel: „Die Interessen der jungen Generations ins Zentrum rücken". „Wir werden dort konkret handeln, wo unsere größte Gestaltungskompetenz liegt: im Betrieb, in den Branchen und in der Tarifpolitik", betont Wetzel. Mit mehr als 200 000 jugendlichen Mitgliedern ist die IG Metall der größte Jugendverband in Deutschland. 40 Prozent aller Neumitglieder sind Männer und Frauen bis 27 Jahre, meldet die Gewerkschaft. •

www.jungegeneration.de

EVG

Demo in Brüssel

Die Eisenbahn- und Verkehrsgewerkschaft (EVG) und die Europäische Transportarbeiter Föderation (ETF) rufen für den 24. Mai zu einer Demonstration in Brüssel auf. An diesem Tag wird das EU-Parlament über die Neufassung des Ersten EU-Eisenbahnpakets beraten. Mit diesem Paket will die EU Infrastruktur vom Betrieb der Bahnen trennen – und damit die verbliebenen integrierten Bahngesellschaften zerschlagen und die Personenverkehrsdienstleistungen europaweit vollständig liberalisieren. Zudem soll das Streikrecht eingeschränkt werden. Das Paket würde eine weitere Verschärfung des Wettbewerbs auf Kosten der Beschäftigten bedeuten, so die EVG. •

?...nachgefragt



Foto: Anne Graef

„Die Medikamente sind schlimmer als die Krankheit", beschreibt Yannis Panagopoulos, Präsident des griechischen Gewerkschaftsbundes GSEE, die Folgen der Krisenpolitik von EU und Internationalem Währungsfonds (IWF) in Griechenland. Weshalb die bisherige Krisenpolitik zum Scheitern verurteilt ist, erklärt er im *einblick*-Interview.

Die Krise in Griechenland hat vielerlei Gründe – einige sind hausgemacht, andere haben ihre Ursachen in der weltweiten Wirtschafts- und Finanzkrise und lassen sich nur gesamteuropäisch bekämpfen. Offensichtlich wurde das Scheitern des wirtschaftspolitischen Paradigmas, das Griechenland in den letzten Jahren verfolgt hat. Seit Jahren kritisieren die griechischen Gewerkschaften, dass die Politik kaum Wachstumsimpulse durch Investitionen gegeben hat und Steuerhinterziehung sowie Korruption nicht ausreichend bekämpft wurden.

Die so genannte Rettung Griechenlands aus der Schuldenkrise – und auch der anderen Defizitländer – geht aber einher mit hohen Zinsen und einem extremen Sparkurs, an den IWF, EZB und EU ihre Hilfen knüpfen. Sie führen zu radikalen sozialen Einschnitten und zur Rezession. Nachhaltige Wachstumsperspektiven werden im Keim erstickt. Die Armut wächst, und der Lebensstandard großer Teile der griechischen Bevölkerung wird irreparabel beschädigt. Die Diagnose kann deshalb nur lauten: Die Medikamente sind schlimmer als die Krankheit. Ein Teufelskreis wurde ausgelöst. Schon in den 1930er Jahren hat sich gezeigt, dass durch Sparmaßnahmen die Rezession weiter verschärft wird. Wenn das Bruttoinlandsprodukt sinkt, steigt die Verschuldungsquote, selbst wenn die Höhe der Schulden gleich bleibt. Die Steuern steigen, die Nachfrage sinkt, die Gefahr einer Inflation nimmt zu, die sinkende Nachfrage führt zum Bankrott von Unternehmen.

Der an den Rettungsschirm geknüpfte Politikkurs hat in keiner Weise die griechische Wirtschaft stabilisiert. Er ist gescheitert. Das Finanzsystem steht nicht besser da, auch die Kreditwürdigkeit Griechenlands hat sich nicht verbessert. Griechenland befindet sich in der Schuldenfalle. Arbeitslosigkeit und prekäre Arbeit haben extrem zugenommen, und die Gegensätze zwischen Arm und Reich verschärfen sich. Die Sparmaßnahmen haben den Arbeitsmarkt um 20 Jahre zurück geworfen, und Arbeitnehmerrechte wurden abgebaut. Gleichzeitig verdienen die Banken, die mit ihren Spekulationen die Krise mit ausgelöst haben, an den hohen Kreditzinsen, die Griechenland auferlegt werden.

Natürlich müssen wir hierzulande unsere Probleme lösen, aber das allein reicht nicht. Wir benötigen eine gesamteuropäische Strategie zur Bekämpfung der Krise und der Verschuldung – zumal nun der radikale Sparkurs mit all seinen negativen Folgen durch den Euro-Plus-Pakt auf ganz Europa übertragen werden soll. Ziel muss es stattdessen sein, in allen Ländern der Eurozone Wachstum zu fördern, Beschäftigung zu sichern und damit die Euro-Zone zu stabilisieren.

Energiepolitik

Energieumstieg nicht ohne gute Arbeit

Am Energieumstieg führt kein Weg vorbei. Davon ist DGB-Vorstandsmitglied Dietmar Hexel überzeugt. Er muss von einer sozialen und nachhaltigen Industriepolitik begleitet werden, um die Chancen auf mehr Lebensqualität und gute Arbeit zu nutzen.

Seit dem verheerenden Atomunfall in Japan steht Deutschland vor einem der radikalsten Umbrüche im Energie- und Wirtschaftssystem überhaupt. In atemberaubender Geschwindigkeit werden wir die Grundlagen der Energieerzeugung und -versorgung ändern und neue Infrastrukturen aufbauen. **Riesige Chancen für eine bessere Lebensqualität, neue Produkte, Märkte und Arbeitsplätze eröffnen sich.** Doch dieser Prozess muss sorgfältig organisiert werden und darf die sozialen Folgen des Umbruchs nicht außer Acht lassen.

Ein nachhaltiges Energiesystem muss umweltfreundlich, sicher und bezahlbar sein und den Industriestandort Deutschland weiterentwickeln. Der DGB hat sich für den raschen und geordneten Ausstieg aus der Atomenergie ohne die Verrechnung von Restlaufzeiten und ohne Revisionsklausel ausgesprochen. **Der zukünftige Energiemix kommt ohne Atomkraft aus.** Ohne Stromlücke sollte dies in den nächsten zehn Jahren bis spätestens 2020 möglich sein. Abgebrannte Atombrennstäbe sind in abgeschalteten Atomkraftwerken mit qualifizierten Mannschaften sicherer als unkontrolliert verbuddelt.

Der beste Weg in eine ökologisch nachhaltige Gesellschaft ist, CO_2 erst gar nicht zu erzeugen und Energie zu sparen. Die Senkung des Energieverbrauchs ist daher das Kernelement eines zukunftsfähigen Energiekonzepts. Öffentliche und private Gebäude stehen für rund 40 Prozent des Energieverbrauchs und 20 Prozent des gesamten CO_2-Ausstoßes in Deutschland. Die Kürzung der Fördermittel für die energetische Sanierung durch CDU/CSU/FDP war falsch. Die Fördermittel für öffentliche und private Gebäude müssen sofort wieder **mindestens auf das Niveau von 2009 mit zwei Mrd. Euro angehoben und auf fünf Mrd. gesteigert werden.** Durch Gebäude- und Heizungssanierung können in wenigen Jahren 30 Prozent der Primärenergie eingespart werden.

Material- und Energiekosten bilden in vielen Betrieben des verarbeitenden Gewerbes inzwischen einen größeren Kostenblock als die Personalkosten. Das Einsparpotenzial in der deutschen Industrie wird auf jährlich zehn Milliarden Euro geschätzt. **Energieeinsparung und -effizienz sind die größten Hebel für die Energiewende,** noch vor dem Ausbau von Windenergie oder Photovoltaik. Ein verbindliches Energiemanagementsystem in den Betrieben ist unerlässlich.

Der Übergang ins Zeitalter der Erneuerbaren Energien ist ohne neue Speicher und Netze nicht zu bewältigen. Er setzt auf absehbare Zeit noch „Brückentechnologien" wie Kohle und Gas voraus. Diese dürfen die Klimaziele jedoch nicht gefährden. Der DGB setzt sich für eine Erneuerung des bestehenden Kraftwerksparks ein. Alle genehmigten und im Bau befindlichen Kraftwerke müssen zu Ende gebaut und, soweit möglich, mit Kraft-Wärme-Kopplung verbunden werden. Bis 2020 muss mindestens die Hälfte des deutschen Kraftwerksparks effizienzsteigernd modernisiert bzw. durch neue Kraftwerke ersetzt werden. Die Forschung für die Abscheidung von CO_2 muss forciert und CO_2 als Rohstoff für chemische Produkte genutzt werden.



Foto: DGB

Dietmar Hexel, 61, im geschäftsführenden DGB-Bundesvorstand für Industrie-und Energiepolitik verantwortlich, ist auch Sachverständiger in der Bundestags-Enquetekommission Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität.

Der forcierte Wandel des Energiesystems ist eng mit einer aktiven Industrie-, Dienstleistungs- und Handwerkspolitik verknüpft. In der Vergangenheit sind die Ziele Klimaschutz, Wirtschaftlichkeit und Versorgungssicherheit gegeneinander ausgespielt worden. Zukunftsfähig ist eine Industriepolitik nur, wenn sie diese Ziele produktiv verbindet. Ein stimmiges Gesamtkonzept muss sich vorrangig an mehr Lebensqualität und sozialer Sicherheit bei gleichzeitiger Wettbewerbsfähigkeit orientieren.

Auch Risiken müssen bedacht werden. Die neuen Branchen der Erneuerbaren Energien boomen und werden in den nächsten Jahren weitere zehntausend neue Arbeitsplätze hervorbringen. Auch in diesen Branchen müssen eine tariflich gute Bezahlung und faire Arbeitsbedingungen durchgesetzt werden. **Strukturwandel muss zu guter Arbeit führen, sonst ist Industriepolitik nicht sozial und nachhaltig.** Ein verbindliches Konzept für faire Übergangsstrategien hat sicherzustellen, dass Arbeitnehmerinteressen berücksichtigt werden, auch und gerade in den stark betroffenen Sektoren, damit der begrüßenswerte Wandel nicht auf dem Rücken der Arbeitnehmer ausgetragen wird. •

Der Fahrplan zur Energiewende

Zwei Kommissionen beraten derzeit über die künftige Energieversorgung. Die 16 Experten der Reaktorsicherheitskommission, eine ständige Einrichtung des Bundesumweltministeriums, haben am 17. Mai ihren Endbericht vorgelegt. Dieser fließt in die Beratungen der Ethikkommission mit ein.

Die Ethikkommission, der 17 Mitglieder aus unterschiedlichen gesellschaftlichen Bereichen angehören, muss bis Ende Mai ihre Empfehlungen präsentieren. Die öffentliche Abschlusssitzung ist für den 28. Mai geplant. Am 30. Mai wird der Bericht an die Kanzlerin übergeben.

Am 6. Juni soll es bereits eine Kabinettsvorlage geben. Danach beschäftigt sich der Bundestag am 9. Juni in erster Lesung mit den Gesetzentwürfen. Für den 30. Juni sind die zweite und die dritte Lesung mit anschließender Abstimmung geplant. Der Bundesrat soll sich am 8. Juli mit den Gesetzen beschäftigen.

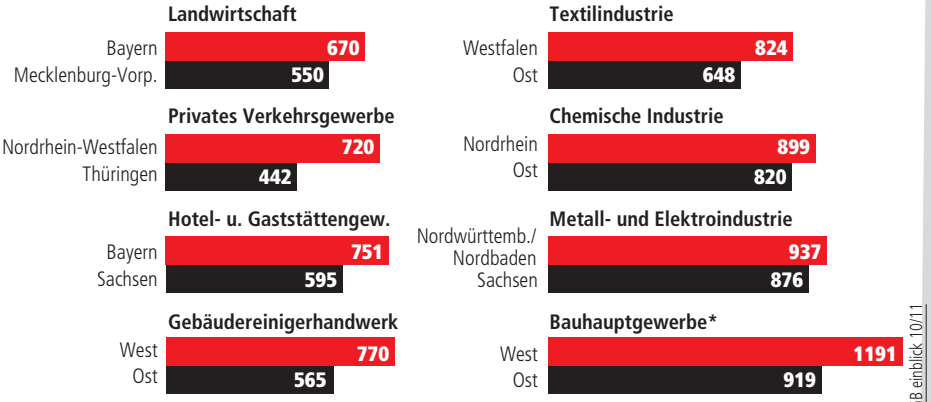
DIES & DAS

die DGB grafik

AUSBILDUNGSVERGÜTUNG: Große Unterschiede zwischen Ost und West

Je nach Branche, Region und Ausbildungsjahr fallen Ausbildungsvergütungen sehr unterschiedlich aus. Das zeigt ein Bericht des WSI-Tarifarchivs. Schlusslicht sind Azubis im privaten Verkehrsgewerbe in Thüringen. Sie verdienen gerade einmal 442 Euro pro Monat im dritten Lehrjahr. Mit 1191 Euro verdienen westdeutsche Bau-Azubis im dritten Lehrjahr am meisten. Die WSI-Experten konstatieren ein Vergütungsgefälle zwischen West und Ost aber auch zwischen Süd und Nord.

Ausbildungsvergütungen für gewerbliche und kaufmännische Auszubildende im dritten Ausbildungsjahr in ausgewählten regionalen Tarifbereichen (in Euro)



*Ohne Ost- und Westberlin

Quelle: WSI-Tarifarchiv 2011

© DGB einblick 10/11

personalien

••• Der IG BCE-Vorsitzende ***Michael Vassiliadis,*** 47, ist einstimmig zum neuen Präsidenten der Föderation der Europäischen Bergbau-, Chemie- und Energiegewerkschaften (EMCEF) gewählt worden. Er folgt ***Hubertus Schmoldt,*** 66, der die Organisation seit 1996 leitete. Zudem wählte die Generalversammlung des EMCEF ***Michael Wolters,*** 45, zum neuen Generalsekretär. Er folgt ***Reinhard Reibsch,*** 59, der in den Ruhestand geht.

••• ***Florian Moritz,*** 33, ist ab 1. Juni neuer Referent in der Abteilung Wirtschafts-, Finanz- und Steuerpolitik beim DGB-Bundesvorstand. Der Politikwissenschaftler und Volkswirt ist zuständig für Wachstums-, Konjunktur- und Beschäftigungspolitik auf internationaler und europäischer Ebene sowie Geldpolitik.

••• ***Ignacio Fernández Toxo,*** 58, Generalsekretär der spanischen Gewerkschaft Comisiones Obreras (CC.OO), wurde auf dem EGB-Kongress in Athen zum neuen EGB-Präsidenten gewählt. Er folgt der Schwedin ***Wanja Lundby-Wedin,*** 58, die das Amt seit 2007 innehatte. Neue Generalsekretärin ist die Französin ***Bernadette Ségol,*** 61, bisher Regionalsekretärin der Gewerkschaftsföderation UNI-EUROPE. Sie folgt dem bisherigen EGB-Generalsekretär ***John Monks,*** 65, vom britischen TUC. Als Ségols Stellvertreter wurden gewählt: ***Józef Niemiec,*** 56, NSZZ Solidarnosc Polen, der schon bisher dem EGB-Sekretariat angehörte, sowie ***Patrick Itschert,*** 57, bisher Generalsekretär der Internationalen Gewerkschaftsföderation Textil, Bekleidung, Leder. Neu im EGB-Sekretariat sind außerdem ***Claudia Menne***, 49, bisher Abteilungsleiterin für Frauen-, Gleichstellungs- und Familienpolitik beim DGB-Bundesvorstand, die Britin ***Judith Kirton-Darling*** (EMB), 33, die Schwedin ***Veronica Anna-Maria Nilsson*** (EGB), 39, sowie der Italiener ***Luca Visentini*** (UIL), 41.

IMPRESSUM *einblick* erscheint vierzehntäglich **Herausgeber:** DGB **Verlag:** Graewis Verlag GmbH **GeschäftsführerInnen:** Anne Graef, Dr. Peter Wilke **Redaktion:** Anne Graef (verantw.), Sebastian Henneke, Timm Steinborn **Redaktionelle Mitarbeit:** Udo Böhlefeld, Birgit Böhret, Luis Ledesma **Redaktionsanschrift:** Wallstraße 60, 10179 Berlin, Tel. 030/308824-0, Fax 030/30882420, Internet: www.einblick.dgb.de, E-Mail: redaktion@einblick.info **Anzeigen:** Bettina Mützel, Tel. 030/859946-240, Fax 030/859946-100, E-Mail: bettina.muetzel@berlin.de **Layout:** zang.design **Infografik:** Klaus Niesen **Druck und Vertrieb:** PrintNetwork Berlin **Abonnements:** Änderungen schriftlich an Redaktion *einblick* (Adresse s.o.)
Nachdruck frei für DGB und Gewerkschaften bei Quellenangabe und zwei Belegexemplaren. Alle Anderen nur nach schriftlicher Genehmigung durch den Verlag. Nachdruck von namentlich gezeichneten Artikeln nur nach Genehmigung durch Verlag und Autor.
Beilagenhinweis: Dem *einblick* 10/11 liegt eine Beilage des „Bundesverbandes Arbeitsorientierter Beratung" bei.

14 TAGE

mehr Infos: www.einblick.dgb.de

24.5. NGG, EFFAT u.a., Schlusskonferenz „cocoanet", Mechelen/Belgien

26.5. GEW, Fachveranstaltung „Zweiter Follow-Up-Kongress zum Templiner Manifest: Lizenz zum Befristen – das Wissenschaftszeitvertragsgesetz nach der Evaluation", Berlin

27.5. DGB, Fachgespräch „Netzwerktreffen Öffentliche Verwaltungen", Köln

28.5. Aktionstag „Atomkraft: Schluss!", Großdemonstrationen in 21 Städten

1.6. Sozialwahlen der Sozialversicherungsträger 2011

4.6. Bündnis gegen Rechts Braunschweig, Demonstration „Naziaufmarsch stoppen!", Braunschweig

Schlusspunkt.

„Nach der Zählung wird die Zahl übrigens immer noch nicht richtig sein, bloß weniger falsch."

Robert Birnbaum kommentierte im „Tagesspiegel" vom 8. Mai den Beginn der Volkszählung 2011.

Homosexuelle Paare

Keine Diskriminierung in der Rente

Schwule und Lesben, die in einer eingetragenen Lebenspartnerschaft leben, haben Anspruch darauf, bei der Berechnung ihrer Versorgungsbezüge wie verheiratete Ehepartner behandelt zu werden.

Europäischer Gerichtshof, Urteil vom 10. Mai 2011 - C-147/08

Arbeitsrecht in den Kirchen

Persönliche Grundrechte gehen vor

Bei der Abwägung der Interessen der Kirche gegen die individuellen Grundrechte genießen die persönlichen Grundrechte den Vorrang. Die persönliche Freiheit eines Arbeitnehmers, die Ehe nach dem Gesetz einzugehen, darf vom kirchlichen Arbeitgeber nicht beschnitten werden, auch wenn die Ehe mit den kirchlichen Grundsätzen nicht übereinstimmt. Es stellt eine Grundrechtsverletzung dar, wenn die Kirche den Arbeitsplatz verweigert, weil die Arbeitnehmerin einen geschiedenen Mann standesamtlich geheiratet hat.

Spanisches Verfassungsgericht, Urteil vom 14. April 2011 – Recurso de amparo 3338-2002

Kirchliche Einrichtungen

Dürfen bestreikt werden

Kirchliche Einrichtungen, in denen die Arbeitsbedingungen durch Tarifverträge geregelt werden, dürfen bestreikt werden. Auch ein Streik von Ärzten in kirchlichen Einrichtungen ist nicht generell unzulässig, solange die notwendige Patientenversorgung durch eine Notdienstvereinbarung abgesichert werden kann.

Landesarbeitsgericht Hamburg, Urteil vom 23. März 2011 -2 Sa 83/10

Urlaub

Kein eigenmächtiger Urlaubsantritt

Der Arbeitnehmer darf nicht eigenmächtig Urlaub nehmen. Tut er es trotzdem, stellt dieses Verhalten eine schwere Pflichtverletzung dar. Sie rechtfertigt aber nicht in jedem Fall eine fristlose Kündigung. Die Beschäftigung des Arbeitnehmers bis zum Ablauf der ordentlichen Kündigungsfrist ist zumutbar, wenn der Arbeitnehmer lange Zeit arbeitsunfähig erkrankt war, sich nicht sicher ist, ob er wieder vollständig genesen ist und subjektiv meint, zur endgültigen Wiederherstellung der Arbeitsfähigkeit eines Urlaubs zu bedürfen.

Landesarbeitsgericht Berlin-Brandenburg, Urteil vom 26. November 2010 - 10 Sa 1823/10

Pflegeheime

Können Berichte nicht blockieren

Alten- und Pflegeheime müssen die gesetzlich vorgeschriebene Veröffentlichung von Prüfergebnissen der Pflegequalität dulden. Sie können sich nicht grundsätzlich gerichtlich gegen den Aushang der Transparenzberichte im Heim sowie die Veröffentlichung im Internet wehren. Wettbewerbsnachteile durch negative Bewertungen sind hinzunehmen und überwiegen das Informationsbedürfnis der Pflegebedürftigen und ihrer Angehörigen nicht automatisch.

Landessozialgericht Sachsen-Anhalt, Beschluss vom 14. Juni 2010 - L 4 P 3/10 B ER

Ruhegehalt

Wegen Bestechlichkeit aberkannt

Einem ehemaligen Beamten, der sich im aktiven Dienst als bestechlich erwiesen hat, ist das Ruhegehalt abzuerkennen.

Der Fall: Der inzwischen wegen Dienstunfähigkeit in den vorzeitigen Ruhestand versetzte Beamte bei der Deutschen Bahn AG war als Teamleiter für drei Baugruppen verantwortlich. In mehreren Fällen hat er Sach- und Geldzuwendungen (einen Laptop, Sommerreifen, eine Kettensäge, einen Kaffeevollautomaten und mindestens dreimal Bargeld von jeweils 500,- Euro) von einem Auftragnehmer entgegengenommen und im Gegenzug überhöhte Abrechnungen als sachlich richtig bestätigt. Nach der Disziplinarklage erkannte das Verwaltungsgericht dem Beamten das Ruhegehalt ab. Die Berufung, mit der der Ruhestandsbeamte geltend machte, die begangenen Dienstpflichtverletzungen rechtfertigten keine Aberkennung des Ruhegehalts, hatte keinen Erfolg.

Das Oberverwaltungsgericht: Auch unter Berücksichtigung entlastender Umstände wiegt das Dienstvergehen so schwer, dass die Aberkennung des Ruhegehalts zwingend geboten ist. Er hat über einen längeren Zeitraum in zahlreichen Fällen gegen die beamtenrechtliche Pflicht zur uneigennützigen Amtsführung und gegen das Verbot der Vorteilsannahme verstoßen. Dabei hat er nicht nur Sachzuwendungen von erheblichem Wert, sondern auch bares Geld in beträchtlicher Höhe entgegengenommen. Entscheidend entlasten kann ihn insbesondere nicht, dass er die Taten auf Veranlassung seines Vorgesetzten begangen habe.

Oberverwaltungsgericht Rheinland-Pfalz, Urteil vom 31. März 2011 - 11 A 10222/11.OVG

Unfallversicherungsrecht

Hilfe in der Familie ohne Schutz

Arbeitnehmer sind während ihrer Arbeit gesetzlich unfallversichert. Dies gilt auch für Personen, die wie Arbeitnehmer tätig sind. Hilft ein Student seinen Eltern bei Eigenbauarbeiten, handelt es sich allerdings um eine übliche und zu erwartende Gefälligkeitsleistung, die nicht unter den Schutz der gesetzlichen Unfallversicherung fällt.

Der Fall: Der junge Mann mit Erstwohnsitz bei den Eltern half bei Umbauarbeiten am Haus und verletzte sich dabei. Die Unfallkasse lehnte eine Entschädigung mit der Begründung ab, dass es sich um eine Gefälligkeitsleistung unter Verwandten handele. Die dagegen gerichtete Klage hatte keinen Erfolg.

Das Landessozialgericht: Zwar können auch unentgeltliche Tätigkeiten unter Verwandten arbeitnehmerähnlich sein. Versicherungsschutz besteht jedoch nicht, wenn es sich aufgrund der konkreten sozialen Beziehungen um einen selbstverständlichen Hilfsdienst oder eine Tätigkeit handele, die bei besonders engen Beziehungen üblich und zu erwarten ist. Dies gilt in besonderem Maße für Eltern-Kind-Beziehungen, und zwar auch dann, wenn die Kinder volljährig sind und nicht mehr ständig im Haushalt der Eltern wohnen. Selbstverständliche Hilfe unter Verwandten ist keine arbeitnehmerähnliche Tätigkeit. Daher war die Mitarbeit des klagenden Studenten nicht gesetzlich unfallversichert. Die Umbauarbeiten sollten zur Kostenersparnis in Eigenleistung erbracht werden. Dabei haben die Eltern, die das Studium ihres Sohnes finanziell unterstützten und ihm in ihrem Haus kostenlos Unterkunft gewährten, dessen Hilfe erwarten können.

Hessisches Landessozialgericht, Urteil vom 15. März 2011 - L 3 U 90/09

Autor: Luis Ledesma, Kassel – einblick 10/11

einblick
gewerkschaftlicher Info-Service vom 06.06.2011 11/11

DGB

inhalt

Seite 3
Kürzungsarie
einblick erklärt, was die schwarz-gelbe „Reform" der Arbeitsmarktinstrumente wirklich bedeutet

Seite 5
Big Brother per Gesetz
Der schwarz-gelbe Gesetzentwurf zum Beschäftigtendatenschutz bietet keinen Schutz, sondern macht Schnüffeleien erst möglich, meinen Gewerkschafter und Datenschützer

Seite 7
Taxifahrer und Arzt
Die Bundesregierung will ausländische Berufsabschlüsse leichter anerkennen lassen. Die stellvertretende DGB-Vorsitzende Ingrid Sehrbrock sagt, worauf es ankommt

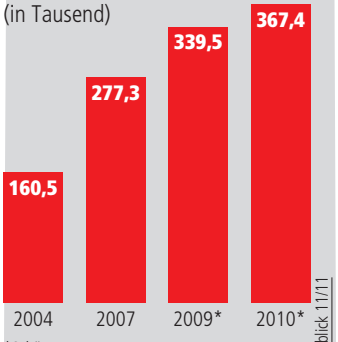
Energiewende

Wirtschaftlich vernünftig und sozial gerecht

Die Debatte um den Atomausstieg ist in vollem Gange. Am 15. Juni endet das Moratorium der Bundesregierung zur Laufzeitverlängerung, am 6. Juni will Schwarz-Gelb bereits im Kabinett über die erforderlichen Gesetzesänderungen beraten. Die DGB-Gewerkschaften sind sich einig: Der Atomausstieg ist „alternativlos", so der DGB-Vorsitzende Michael Sommer. Aber die Bedingungen müssen stimmen: „Die Energiewende ist ein Prozess, der wirtschaftlich vernünftig und sozial gerecht gestaltet werden muss, sonst wird sie scheitern", erklärt der Vorsitzende der IG BCE Michael Vassiliadis, der auch Mitglied der Ethikkommission „Sichere Energieversorgung" ist.

Die Kommission hat jetzt ihren Abschlussbericht vorgelegt, der von den Gewerkschaften positiv bewertet wird. Für DGB-Vorstandsmitglied Dietmar Hexel zeigte die Expertenrunde „mehr Mut und Konsequenz als die Bundesregierung". Die Kommissionsmitglieder hätten „klar Stellung bezogen". Im Gegensatz dazu suche die Bundesregierung nach „Formelkompromissen" beim Ausstiegsjahr. Auch die IG Metall sieht bei der Bundesregierung die Neigung, sich noch „Hintertürchen" offen zu halten.

Mehr als verdoppelt
Entwicklung der Bruttobeschäftigung im Bereich Erneuerbare Energien 2004 bis 2010 (in Tausend)



*Schätzungen
Quelle: Studie im Auftrag des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (BMU), Februar 2011
© DGB einblick 11/11

Erneuerbare Energien als Jobmotor: Die Gewerkschaften kritisieren allerdings, dass in vielen der oft noch jungen Unternehmen eine angemessene, tarifliche Bezahlung noch nicht selbstverständlich ist.

Die Gewerkschaften betonen aber auch, dass der industrielle Kern durch den Energieumstieg nicht gefährdet werden dürfe, sondern eher „gestärkt" werden müsse, so Hexel. Die Energiewende dürfe die Industrie nicht überfordern, sagt Vassiliadis. Dazu gehört nicht zuletzt Planungssicherheit. Hexel befürchtet, dass der Marathon, der nun vor den Politikern liegt, um alle notwendigen Gesetzesänderungen noch vor der Sommerpause abzuhaken, einem zu hohen Zeitdruck unterworfen ist. Dies könnte zu schweren handwerklichen Fehlern führen. Hexel: „Ein Vorhaben, das sich mindestens über ein Jahrzehnt erstrecken wird, kann mehr an Vorbereitungszeit für einzelne Gesetze vertragen."

Ein weiterer Punkt ist den Gewerkschaften wichtig: die Beteiligung der Bevölkerung. „Wer Akzeptanz in der Energiepolitik sucht, der muss Alleingänge ausschließen", warnt Vassiliadis. Und Klaus Wiesehügel, der Bundesvorsitzende der IG BAU, fordert, dass nach dem „Hin und Her" der vergangenen Monate nun „Vertrauen" aufgebaut wird. Sowohl bei den Bürgerinnen und Bürgern aber auch bei den Investoren. Vor allem beim notwendigen Ausbau der Stromnetze sieht Wiesehügel ein Problem. „Die Bürger müssen frühzeitig in die Planungen eingebunden werden", fordert er. Denn sonst werde die notwendige Akzeptanz nicht erreicht. Einigkeit herrscht auch darüber, dass die Fachkräfte, die künftig für den Umstieg auf Erneuerbare Energien gebraucht werden, eine gute Ausbildung und gute Arbeitsbedingungen erhalten müssen, aber auch ordentlich bezahlt werden. •

plusminusBERLIN

+ ***Monika Lazar (Bündnis 90/Die Grünen) will die rechtliche und soziale Situation von Prostituierten stärken. Ihre Partei würde dafür kämpfen, dass Beratungs- und Ausstiegsangebote qualitativ und quantitativ ausgebaut werden. Repressionen gegen Prostituierte lehne sie ab.***

– ***Kurz vor ihrer eigenen Elternzeit versucht sich Familienministerin Kristina Schröder (CDU) in Sicherheitspolitik. Sie findet, dass die gezielte Tötung von Terroristen als Mittel denkbar ist. „Man kann nicht sagen, dass so was nicht Mittel sein darf."***

Der Surf-Tipp fürs Internet

http://bit.ly/hbs_urlaub
Passend zum Beginn der Ferien – eine Übersicht der Hans-Böckler-Stiftung zum Urlaubsgeld

Hintergrund

www.einblick.dgb.de/hintergrund
Stellungnahmen des DGB und der Gewerkschaften zur Energiewende

CDA-Bundestag

Gleicher Lohn für gleiche Arbeit

Die Christlich Demokratische Arbeitnehmerschaft (CDA) will nicht nur einen gesetzlichen Mindestlohn (*einblick 10/11*), sondern setzt sich auch dafür ein, die Arbeitsbedingungen in der Leiharbeit durch mehr Mitbestimmung zu verbessern. Die Delegierten der CDA-Bundestagung am 28./29. Mai in Berlin beschlossen unter anderem, dass Betriebsräte „Informations- und Mitbestimmungsrechte bekommen sollen, um die Grundsätze gleicher Lohn für gleiche Arbeit in der betrieblichen Mitbestimmung durchzusetzen". Außerdem sollen Betriebsräte die Synchronisierung von Arbeitsleistungen und den Einsatz von LeiharbeiterInnen kontrollieren. Der CDA-Bundesvorsitzende Karl-Josef Laumann betonte: „Auf den Herbst der Entscheidungen muss jetzt der Sommer der Gerechtigkeit kommen." Die Delegierten plädierten zudem auch für die Wiedereinführung der Rente nach Mindesteinkommen. •

Arbeitsgericht Berlin

CGZP auch früher tarifunfähig

Ein Beschluss des Arbeitsgerichts Berlin bestätigt: Die Tarifgemeinschaft der Christlichen Zeitarbeitsgewerkschaften (CGZP) war auch in der Vergangenheit nicht tariffähig. Die Richter betonen, dass die CGZP in den Jahren 2004, 2006 und 2008 keine Tarifverträge abschließen konnte.

Außerdem folgen die Berliner Richter in ihrer Begründung dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts aus dem Dezember 2010. Demnach können LeiharbeiterInnen, die in der Vergangenheit zu Bedingungen der CGZP-„Tarifverträge" gearbeitet haben, nachträglich Forderungen geltend machen. DGB-Vorstandsmitglied Claus Matecki begrüßt die Entscheidung des Gerichts: „Das Urteil zeigt: Es lohnt sich, gegen unfaire Machenschaften vorzugehen und seine Rechte einzuklagen." Wie LeiharbeiterInnen ihre Ansprüche durchsetzen können, erklärt ein Themendossier auf der Internetseite des DGB. •

www.dgb.de/-/qGt

Hartz IV

Nicht schneller in den Job

Hartz IV hat Empfänger von Sozialleistungen nicht schneller in einen neuen Job gebracht. Arbeitslose sind nach der Reform im Durchschnitt ebenso lang ohne Stelle wie vorher. Zu diesem Ergebnis kommen Sonja Fehr vom Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) und Georg Vobruba von der Uni Leipzig. Vor der Reform seien Empfänger von Arbeitslosen- und Sozialhilfe im Mittel zwölf Monate arbeitslos gewesen, nach der Reform 13 Monate. Die Forscher haben Daten des sozio-ökonomischen Panels ausgewertet, einer jährlichen repräsentativen Haushaltsbefragung. Mehr zur Studie in der aktuellen Ausgabe der WSI-Mitteilungen. •

http://bit.ly/wsi_studie

? ... nachgefragt



Foto: DGB/Loessin

„Licht und Schatten" sieht DGB-Vorstandsmitglied Claus Matecki in den überarbeiteten OECD-Leitsätzen für multinationale Unternehmen. Die neue Fassung des Verhaltenskodexes für weltweit verantwortliches Handeln von Unternehmen wurde am 25. Mai anlässlich der 50-Jahr-Feier der OECD in Paris unterzeichnet. Sind die neuen Leitsätze eine Verbesserung? Das hat *einblick* Claus Matecki gefragt. Grundsätzlich sei die Novellierung ein Schritt in die richtige Richtung, erklärt er im *einblick*-Interview.

Gemeinsam haben die OECD-Mitgliedstaaten, die Arbeitgeber (BIAC), die Gewerkschaften (TUAC) sowie Vertreter der Zivilgesellschaft (OECD-Watch) in den letzten eineinhalb Jahren die Leitsätze überarbeitet. Notwendig geworden ist diese Überarbeitung durch die zunehmende Ausdifferenzierung der weltweiten Produktketten. Diese Novellierung ist aus Sicht des DGB überwiegend positiv, sie ist ein Schritt in die richtige Richtung. Gewerkschaften werden künftig bessere Möglichkeiten haben, Verletzungen von Arbeitnehmerrechten oder Umweltverstöße bei den nationalen Kontaktstellen für die OECD-Leitsätze im Beschwerdeverfahren einzubringen.

Neben dem neuen Menschenrechtskapitel erhöht vor allem die neu aufgenommene Sorgfaltspflicht von multinationalen Unternehmen für ihre Wertschöpfungskette den Schutz von Arbeitnehmerrechten und Umwelt. Diese neue operative Sorgfaltspflicht für Unternehmen in der Lieferkette ist eine wesentliche Verbesserung der OECD-Leitlinien. Eine soziale Gestaltung der Globalisierung, die Einhaltung von Menschenrechten, der Schutz von Arbeitnehmerrechten, der Schutz der Umwelt und Gute Arbeit auch in den Zuliefererbetrieben sind Verpflichtungen, denen sich multinationale Unternehmen aus Sicht des DGB stellen müssen.

Aber neben Licht gibt es auch Schatten. Bei der Ausstattung und Ansiedlung der nationalen Kontaktstellen hätten die Gewerkschaften und TUAC, das gewerkschaftliche Beratungskomitee bei der OECD, gern mehr erreicht. So hatte beispielsweise der DGB stets darauf hingewiesen, dass eine dreigliedrige Struktur der nationalen Kontaktstellen nach dem Vorbild der ILO – Regierung, Gewerkschaften und Arbeitgeberverbände – eine bessere und geeignetere Struktur ist als die gegenwärtige nationale Kontaktstelle, die im Bundeswirtschaftsministerium angesiedelt ist. Dennoch lautet unser Fazit: Die novellierten OECD-Leitsätze für multinationale Unternehmen geben Orientierung bei der sozialen Gestaltung der Globalisierung.

in eigener Sache

In der Nacht vom 6. auf den 7. Juni wird umgestellt: Mit dieser Ausgabe erscheint unsere Internetseite **www.einblick.dgb.de** frisch geliftet **im neuen Look** – bunter und noch informativer. Neben bewährten Rubriken, wie den sozial- und arbeitsrechtlichen Urteilen oder den Infografiken, haben wir eine Reihe neuer Elemente kreiert. Mehr wird hier nicht verraten – besser ist: Sich selbst ein Bild machen und die Seite anklicken! Wie immer freuen wir uns über ein Feedback. Im neuen System werden zunächst nur die Jahrgänge 2007 bis 2011 zu finden sein. Keine Sorge: Wer unser Archiv schätzt und in den Ausgaben von 1998 bis 2006 stöbern möchte, kann dies weiterhin tun. Per Link von der neuen Homepage bleibt die „alte" Seite vorerst online.

Arbeitsmarktpolitik

Sparpaket reduziert Chancen

Einfacher und übersichtlicher? Oder einfach nur ein Sparpaket? Die Änderungen der Arbeitsmarktinstrumente, von Bundesarbeitsministerin Ursula von der Leyen (CDU) als „Reform" eingebracht, sind aus Sicht des DGB-Vorstandsmitglieds Annelie Buntenbach eine „kopflose Kürzungsarie".

Das neu geordnete Instrumentarium ist für die Ministerin nun „übersichtlicher und effektiver". „Passgenaue Förderung" sei nun möglich. Für den DGB sind es meist Kürzungen, die den Betroffenen keinerlei Verbesserungen bringen. Im Gegenteil, für einen großen Teil der Arbeitslosen verschlechtere sich die Chance auf eine Integration in den ersten Arbeitsmarkt. Das „Gesetz zur Verbesserung der Eingliederungschancen am Arbeitsmarkt" ist – allem Eigenlob der Ministerin zum Trotz – schließlich Teil des Sparpaktes der Bundesregierung. Danach soll der Etat der Bundesagentur für Arbeit von 2012 bis 2014 um rund 8,5 Mrd. Euro gekürzt werden.

Dass der Rotstift der Ministerin die Hand führte, ist für die Gewerkschaften offensichtlich. Massiv gespart wird zum Beispiel beim Gründungszuschuss. Die Förderung, der in mehreren Studien – unter anderem vom Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) – Erfolg bestätigt wird, muss mit einer Mittelkürzung von 1,3 Mrd. Euro rechnen. Im vergangenen Jahr wurden 1,9 Mrd. Euro für Existenzgründungen bezahlt. Nun sollen gerade mal noch 600 Mio. Euro bleiben. Zudem wird aus der Pflicht- eine Ermessensleistung, die eine qualifizierte Abwägung der eingereichten Geschäftsideen erfordert. Dabei lässt sich noch heute auf der Internet-Seite des Ministeriums nachlesen: Gründungen aus der Arbeitslosigkeit seien „nicht weniger bestandsfest als andere Gründungen", und Existenzgründungen gehörten seit vielen Jahren „zu den erfolgreichsten Instrumenten der Arbeitsmarktpolitik".

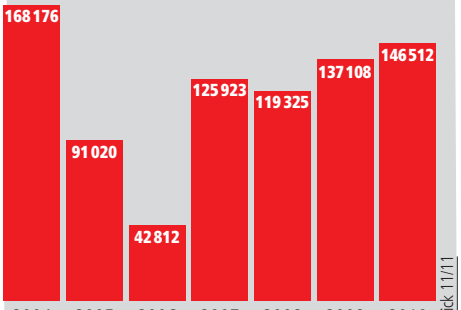
Bei der beruflichen Weiterbildung hätten die Gewerkschaften ein besonderes Engagement der Ministerin erwartet. Schon allein der Fachkräftebedarf wäre Anlass genug, die Ausgaben eher aufzustocken. Hier setzt auch die Hauptkritik des DGB an. Es fehle ein Angebot für eine zielgerichtete Aus- und Weiterbildung. „Hier wird fatalerweise darauf verzichtet, Arbeitslosen und vor allem auch Jugendlichen die nötigen Perspektiven zu geben", kritisiert Buntenbach. Und dies obwohl die Wirtschaft immer wieder betont, händeringend nach qualifizierten Arbeitskräften zu suchen. ver.di-Vorstandsmitglied Elke Hannack weist zudem darauf hin, dass bereits beschlossene Kürzungen schon zu „einem rasanten Rückgang" bei Weiterbildungsmaßnahmen geführt hätten. In diesem Bereich seien bereits von 2009 bis 2010 geförderte Maßnahmen um ein Fünftel zurückgegangen.

Die Einschränkungen bei der öffentlich geförderten Beschäftigung sind ein weiteres Problemfeld. Im Ministerium heißt es dazu, es habe sich gezeigt, „dass zu häufig die Falschen in den Maßnahmen landeten". Für den DGB hingegen ist die entscheidende Frage, wie eine sinnvolle Förderung aussehen muss. Wenn nicht Hunderttausende vom Arbeitsmarkt endgültig ausgeschlossen werden sollen, muss es eine geregelte, öffentlich geförderte Beschäftigung geben, fordert der DGB. Diese dürfe nicht vom Tarifsystem abgekoppelt sein. Mit der vorgeschlagenen Neuregelung nimmt die Bundesregierung „500 000 Hartz-IV-Empfängern, die seit Einführung von Hartz IV durchgehend arbeitslos sind, die Chance am Arbeitsmarkt teilzuhaben", kritisiert Buntenbach.

Da selbst mit den Einzelkürzungen und veränderten Förderbedingungen das Sparziel der Bundesregierung noch nicht erreicht ist, wird der finanzielle Druck auf die Arbeitslosenversicherung erhöht. Die Ministerin empfiehlt, über einen Stellenabbau nachzudenken: „Ein moderater Rückbau bei Personal und Verwaltung bringt weitere strukturelle Ersparnisse." Die Gesetzesvorlage geht nun in die parlamentarische Beratung. Ab April 2012 sollen die Neuregelungen gelten. •

Förderung der Selbstständigkeit von Arbeitslosen

Anzahl der Personen, die einen Existenzgründungszuschuss bzw. Gründungszuschuss* erhalten haben



*Der Gründungszuschuss wurde 2006 anstelle des bisherigen Existenzgründerzuschusses und des Überbrückungsgeldes eingeführt
Quelle: Institut für Mittelstandsforschung Bonn 2011

© DGB einblick 11/11

Knapp 150 000 Arbeitslose gingen 2010 in die Selbstständigkeit. Zusätzlich erhielten 16 734 Personen ein Einstiegsgeld und 8872 eine Sachmittel-Förderung. Ausgegeben wurden für die Existenzgründer knapp zwei Mrd. Euro.

Fördertöpfe werden kleiner

Wie wirksam und zielgenau sind arbeitsmarktpolitische Maßnahmen? Diese Frage stellt sich aktuell auch deshalb, weil die Bundesregierung weitreichende Änderungen im Instrumentarium der Förderpolitik plant. Am 25. Mai legte das Bundesarbeitsministerium einen Gesetzentwurf vor, der für zahlreiche Maßnahmen Kürzungen vorsieht.

Diese neuen Vorgaben wollen der DGB und die Friedrich-Ebert-Stiftung auf einer gemeinsamen Fachkonferenz am 8. Juni in Berlin diskutieren. Im Zentrum der Debatte soll die die Frage stehen, „welche Maßnahmen und Instrumente geeignet sind, um für unterschiedliche Problemlagen, Personengruppen und regionale Ausgangsbedingungen die Integration in Arbeit und Ausbildung zu fördern, soziale Teilhabechancen zu verbessern und langfristig Beschäftigungsfähigkeit sicher zu stellen", wie es in der Einladung zur Tagung heißt.

Mehr Infos zur Tagung „Reform der arbeitsmarktpolitischen Instrumente. Anforderungen und Konzepte":
www.einblick.dgb.de/hintergrund

PROJEKTE UND PARTNER

Türkei

Postkarten für Arbeiterrechte

In der Türkei entsprechen Arbeitnehmerrechte nach wie vor nicht internationalen Standards. So gibt es trotz einer Verfassungsänderung immer noch kein volles Streikrecht. Die Internationale Arbeitsorganisation ILO hat detaillierte Vorschläge gemacht, wie die Gesetze in der Türkei geändert werden müssten, um Organisationsfreiheit, Streikrecht und das Recht auf Kollektivverhandlungen umzusetzen – bislang ohne Ergebnis. Mit einer Postkartenaktion will Amnesty International (AI) die Gewerkschaften in der Türkei unterstützen. Die unterzeichneten Postkarten können bis Ende Juni einzeln oder gesammelt an die Türkei-Koordinationsgruppe von AI geschickt werden. Die Karten sollen danach dem Minister für Arbeit und Soziales der Türkei übergeben werden. •

Bezug: Türkei-Koordinationsgruppe, barbara.neppert@amnesty-tuerkei.de

Rededuell

Den Fortschritt gestalten

Mit „berlin buch battle" startet der Vorwärts Buchverlag eine neue Veranstaltungsreihe. Premiere ist am 15. Juni im Grünen Salon der Berliner Volksbühne. Der IG BCE-Vorsitzende Michael Vassiliadis und RWE-Vorstand Erwin Fitting, beide Autoren von Büchern zum Thema Fortschritt, treten gegeneinander an. Das neue Veranstaltungskonzept lässt zwei Autoren mit ihren Büchern zum gleichen Thema aus unterschiedlicher Sichtweise zu Wort kommen. Im Rede-Duell verteidigen sie ihre Thesen – gleichzeitig läuft die Uhr, denn die Redezeit ist begrenzt. Als Special Guest kann sich SPD-Fraktionsvorsitzender Frank-Walter Steinmeier jederzeit in die Diskussion einmischen. •

www.vorwaertsbuchverlag.de

neueBücher

Jugend bewegt: Die „Bewegung 15. Mai" in Spanien zeigt, welche Kraft der Protest der jungen Generation entwickeln kann, damit ihnen Regierungen endlich zuhören. Unter dem Titel ***Protest – Bewegung – Umbruch*** ist jetzt das erste umfassende Buch über politische Proteste junger Menschen in Europa erschienen. Die Herausgeber, die Bundesjugendsekretäre René Rudolf (DGB), Ringo Bischoff (ver.di) und Eric Leiderer (IG Metall) dokumentieren in dem Sammelband das neue Selbstverständnis der 18- bis 40-Jährigen. Die Autoren beleuchten die Vernetzung und Umsetzung von Protesten. Die Texte der jugendlichen Aktivisten aus ganz Europa zeigen, wie gut es sich anfühlt, Flagge zu zeigen. Leseproben unter: *www.protest-bewegung-umbruch.de*



René Rudolf, Ringo Bischoff, Eric Leiderer (Hrsg.), Protest – Bewegung – Umbruch", VSA Verlag Hamburg 2011, 184 Seiten, 12,80 Euro



Foto: Klaus Merbitz

Die Arbeit der SchülerInnen aus Melle über die Überfälle der Nazis auf das Osnabrücker Gewerkschaftshaus 1933 überzeugte. ver.di-Vorsitzender Frank Bsirske, Schirmherr des Schülerwettbewerbs, lobte ihr Engagement bei der Preisverleihung am 28. Mai in der Berliner ver.di-Zentrale.

Schülerwettwerb

Sieger gekürt

Sich mit der Geschichte auseinanderzusetzen lohnt, diese Erfahrung haben die 23 SchülerInnen der Klasse 9b der Wilhelm-Fredemann-Realschule in Melle gemacht. Mit ihrer Arbeit über die Ereignisse im Osnabrücker Gewerkschaftshaus rund um den 2. Mai 1933, dem Tag, an dem die Nazis die Gewerkschaftshäuser überfielen, haben sie den bundesweiten Schülerwettbewerb „Geschichte und Politik für junge Köpfe: Der 2. Mai 1933" gewonnen. Ihr Lohn: 3000 Euro. Gleichzeitig waren sie – wie auch die anderen Gewinner – gemeinsam mit ihren LehrerInnen für ein Wochenende nach Berlin eingeladen. Die PreisträgerInnen waren sich nach monatelanger Recherche einig, dass es spannend sein kann, sich mit Geschichte zu beschäftigen.

Der zweite Preis ging an Lena-Sophie Arnold, Schülerin des Albert-Schweitzer-Gymnasiums Kaiserslautern, die die Ereignisse in einer Erzählung aufbereitet hat. Mit dem dritten Preis wurden vier Schüler der 9. Klasse der Mittelschule Wiederitzsch in Leipzig ausgezeichnet. Jetzt produzieren sie auch noch einen Radiobeitrag zum Überfall der Nazis auf das Leipziger Gewerkschaftshaus 1933. Einen Sonderpreis erhielt eine Projektgruppe der 10. Klasse des Solinger Gymnasiums Schwertstraße, die ihre Erkenntnisse in einem Internetblog aufbereitet hat.

Ausgeschrieben hatte den Wettbewerb GIRO, die Gewerkschaftliche Immobiliengesellschaft für Restitutionsobjekte. SchülerInnen der achten bis elften Klasse sollten motiviert werden, sich mit der lokalen Geschichte der Arbeiterbewegung einerseits und des Nationalsozialismus andererseits auseinanderzusetzen. •

www.zweiter-mai-1933.de

Gute Arbeit

WiKi jetzt öffentlich

Eine Plattform für den Informations- und Wissensaustausch gewerkschaftlicher und gewerkschaftsnaher Expertinnen und Experten zum Thema Qualität der Arbeitsbedingungen, Arbeitsgestaltung und Arbeits- und Gesundheitsschutz ist das Wiki Gute Arbeit von ver.di im Internet. Das Wiki wurde als einer von sechs Modelltests des ver.di-Projekts E-Union aufgebaut und ist nach Ende der Projektlaufzeit für die öffentliche Nutzung zugänglich. Beiträge zu Guter Arbeit können von allen Mitwirkenden laufend bearbeitet werden. •

www.wiki-gute-arbeit.de/

interregio

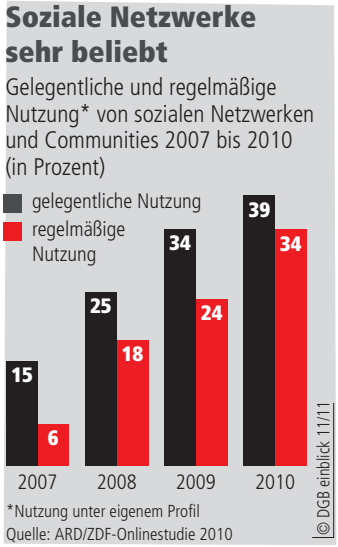
••• Als „falsche und unvernünftige Entscheidung" hat der ***DGB Rheinland-Pfalz*** das von der neuen Landesregierung angekündigte ***Sparprogramm*** bezeichnet, mit dem in den kommenden Jahren hunderte Arbeitsplätze in der Landesverwaltung abgebaut werden sollen. Auch die Debatte um die Nichtbesetzung von Lehrerstellen vertrage sich nicht mit den großen bildungspolitischen Ankündigungen der neuen Landesregierung. „Ein Sparkurs, der allein auf Entlassungen und Einsparungen in den Verwaltungen setzt, ist Haushaltskonsolidierung auf dem Rücken der Landesbeschäftigten", erklärte der DGB-Landesvorsitzende Dietmar Muscheid. *http://dgb-rlp.de*

Beschäftigtendatenschutz

Big Brother per Gesetz

Ob Datenschutzexperte oder Gewerkschafterin – alle sind sich einig: Der schwarz-gelbe Gesetzentwurf zum Beschäftigtendatenschutz bietet keinen Schutz, sondern legalisiert erst die Überwachung von ArbeitnehmerInnen.

Im Koalitionsvertrag aus dem Jahr 2009 hatte Schwarz-Gelb vollmundig angekündigt, Beschäftigte vor Schnüffeleien durch den Chef schützen zu wollen: „Wir setzen uns für eine Verbesserung des Arbeitnehmerdatenschutzes ein und wollen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter vor Bespitzelungen an ihrem Arbeitsplatz wirksam schützen." Zwei Jahre später sind diese Ankündigungen Schall und Rauch. Denn was im schwarz-gelben Entwurf für ein Beschäftigtendatenschutzgesetz steht, bedeutet eher das Gegenteil. So sollen Arbeitgeber unter bestimmten Voraussetzungen ohne große Probleme an die Gesundheitsdaten ihrer Beschäftigten kommen können. Verdeckte Videoüberwachung soll legalisiert werden. Außerdem in der Diskussion: Individuelle und betriebliche Vereinbarungen sollen Überwachung absichern und ermöglichen.



Soziale Netzwerke im Internet erfreuen sich immer größerer Beliebtheit. In den letzten Jahren ist der regelmäßige Gebrauch um 28 Prozent gestiegen. Für Arbeitgeber können persönliche Profile von BewerberInnen viele Infos liefern. Neben Daten zum Beziehungsstatus oder den politischen Einstellungen lassen auch Fotos von der letzten Party tiefe Einblicke ins Privatleben zu.

Anlässlich der Anhörung des Innenausschusses im Bundestages zum Gesetz am 23. Mai forderte der DGB-Vorsitzende Michael Sommer: „Wer Beschäftigtenschutz am Arbeitsplatz ernst nimmt, muss dieses Gesetz stoppen." Denn damit würden ausschließlich die Interessen der Arbeitgeber an Überwachung und Bespitzelung von Beschäftigten am Arbeitsplatz geschützt. Auch der stellvertretende ver.di-Vorsitzende Gerd Herzberg kritisiert: „Nach wie vor sind keine unserer Kernforderungen für einen wirksamen Schutz der Beschäftigtendaten erfüllt." Mit dem Regierungsentwurf würden die bekannten Datenskandale der Vergangenheit, etwa bei der Deutschen Telekom AG oder bei Lidl, erst legalisiert, warnt Herzberg.

Bei der Anhörung machten DatenschutzexpertInnen der Gewerkschaften klar, an welchen Stellen sie Bedenken haben. Für den DGB steht fest: Der Entwurf dient vor allem dem Interesse der Arbeitgeber, ihre Forderung nach Compliance (Wohlverhalten der Beschäftigten) durchzusetzen und Korruption zu bekämpfen. Dieser Begriff sei rechtlich nicht definiert und öffne der „Willkür Tor und Tür". Denn Arbeitgeber könnten sich fortan darauf berufen, nur die Compliance-Anforderungen kontrollieren zu wollen. An Begründungen für Schnüffeleien gebe es dann keinen Mangel mehr. Grundsätzlich sehe der schwarz-gelbe Entwurf keine klaren Vorschriften vor, um die Erhebung, Verarbeitung und Nutzung von Daten im Betrieb zu begrenzen.

In der Kritik steht auch, dass es Arbeitgebern erlaubt werden soll, ärztliche Eignungstests oder Untersuchungen unter bestimmten Voraussetzungen bei Arbeitsplatzwechseln oder für bereits Beschäftigte anzuordnen. Der DGB warnt: Damit werde personenbezogenen Kündigungen der Boden bereitet. Gefährdet seien vor allem ältere ArbeitnehmerInnen. Auch die erleichterte Internetrecherche zu BewerberInnen lehnen die Gewerkschaften kategorisch ab. Den Einsatz von Betriebsvereinbarungen zu Ungunsten von ArbeitnehmerInnen kritisiert der DGB scharf und fordert: „Abweichungen nach unten müssen unterbleiben."

Da eine Verbesserung des Schutzniveaus nicht zu erwarten ist, lehnt der DGB das gesamte Gesetz ab. Michael Sommer betont: „Wir fordern die Abgeordneten der schwarz-gelben Koalitionsfraktionen auf, diesen Entwurf zu beerdigen und einen neuen Anlauf zu nehmen." Durch den Entwurf würde es in der Tat in Zukunft weniger Datenschutzskandale geben, weil das, was bisher Skandal war, nun gesetzlich erlaubt würde, so Sommer. Auch Peter Schaar, Bundesbeauftragte für den Datenschutz und Informationsfreiheit, rät, auf den schwarz-gelben Entwurf zu verzichten. Einzig den Arbeitgebern geht der Entwurf noch nicht weit genug. BDA und BDI betonen: „Korruptions- und Kriminalitätsbekämpfung ist für Arbeitgeber und Arbeitnehmer ein wichtiges Anliegen. Arbeitnehmerdatenschutz muss die Bekämpfung von Korruption und Kriminalität unterstützen. Dazu sind präventive Kontrollen und Datenanalysen unabdingbar." •

Gesetz stoppen!

Auch aus den Betrieben kommt massive Kritik am schwarz-gelben Gesetzentwurf zum Beschäftigtendatenschutz. Die „Betriebsräteinitiative Gesetzgebungsverfahren Beschäftigtendatenschutz" wird mittlerweile von mehr als 1400 Betriebsräten aus allen Branchen unterstützt. Die ArbeitnehmervertreterInnen fordern die Bundestagsabgeordneten auf, das anstehende Gesetzgebungsverfahren „nicht weiter zu betreiben". Offensichtliches Ziel sei es, Datenerhebung, -speicherung und -verwendung für Arbeitgeber zu erleichtern. Die Initiative betont: „Wer es ernst mit der Geltung von Grundrechten auch im Arbeitsverhältnis meint, kann diesem Gesetz nicht zustimmen. Deshalb: Schluss mit einem Gesetz, das seinen Namen nicht verdient."

www.dgb.de/datenschutzaktion

Auch ohne schwarz-gelbes Gesetz ist Beschäftigtendatenschutz ein komplexes Thema. Darum bietet die Technologieberatung tbs Berlin allen Betriebs- und Personalräten vom 14.-16. Juni in Berlin die Gelegenheit, sich mit dem Seminar „Beschäftigtendatenschutz – Konflikt im Betrieb" auf den neuesten juristischen und technischen Stand zu bringen.

www.tbs-berlin.de

kurz&bündig

Die Eisenbahn- und Verkehrsgewerkschaft hat den Entwurf des Brandenburger Vergabegesetzes kritisiert. Der Gesetzentwurf biete „keinen wirkungsvollen Schutz" vor Lohndumping, schreibt EVG-Vorstand Reiner Bieck an Ministerpräsident Platzeck.

Die IG BAU hat an Bundeskanzlerin Merkel appelliert, von Indien die Einhaltung von Arbeits- und Sozialstandards zu fordern. Kinderarbeit sei an der Tagesordnung. IG BAU-Chef Wiesehügel: „Die Kanzlerin muss unmissverständlich klar machen, dass in Deutschland Waren aus menschenverachtender Produktion unerwünscht sind."

Der Bundesverband der Personaldienstleister (BAP) präsentiere alten Wein in neuen Schläuchen, merkt die IG Metall zum Zusammenschluss der beiden Leiharbeitgeberverbände zum BAP an. Detlef Wetzel, zweiter Vorsitzender der IG Metall: „Wir können nicht erkennen, dass der BAP ein ernsthaftes Interesse an fairen Regelungen in der Leiharbeit hat."

Deutsche Polizisten müssen auf ihren Auslandseinsatz besser vorbereitet werden, fordert der GdP-Vorsitzende Bernhard Witthaut. Es sei absehbar, dass Auslandseinsätze zunehmen. „Solche Einsätze bedürfen einer besseren Betreuung und Absicherung der hohen persönlichen Risiken für die eingesetzten Beamten", so Witthaut.

ver.di-Kampagne

Der Druck muss raus

Die Arbeitsbedingungen in vielen Krankenhäusern sind alarmierend: Stress, Überstunden, knappe Schichtbesetzungen sowie Dienst an eigentlich freien Tagen belasten die Beschäftigten zunehmend. Um gegen die schlechten Bedingungen zu protestieren und die Beschäftigten in Krankhäusern zu mobilisieren, hat ver.di die Kampagne „Der Druck muss raus" gestartet.

Unter dem Motto „Gemeinsam für bessere Arbeitsbedingungen im Krankenhaus" sind neben Krankenschwestern, Pflegern und Ärzten auch Diätassistentinnen, Gesundheits- und Kinderkrankenpflegerinnen, Haustechniker, Physiotherapeutinnen, Reinigungskräfte, Telefonistinnen und Verwaltungsangestellte aufgerufen, sich zu beteiligen.

Im Aufruf heißt es: „Wir schreien es hinaus – die Wahrheit über die krank machenden Bedingungen, unter denen wir arbeiten." Die Botschaft an die Arbeitgeber lautet: „Wir haben genug von grenzenlosen Belastungen. Wir brauchen gesunde Arbeitsbedingungen, die uns, unsere Familien und die Patienten schützen." Gewerkschaftlich Organisierte hätten die Möglichkeit, Lösungen durch Tarifverträge durchzusetzen. ver.di könne dies aber nicht alleine durchsetzen. Dazu seien aktive Mitglieder nötig, „die darüber mitbestimmen, was sie entlastet und die sich für die Durchsetzung ihrer Forderung an Aktionen beteiligen". •

www.der-druck-muss-raus.de

EGB

Aktionstag am 21. Juni

Nach dem Kongress ist vor dem nächsten Aktionstag: Für den 21. Juni ruft der Europäische Gewerkschaftsbund (EGB) zu einem europaweiten Aktions- und Informationstag gegen die verfehlten Pläne für eine EU-Wirtschaftsregierung auf. Der EGB beginnt damit bereits mit der Umsetzung der Beschlüsse des Athener EGB-Kongresses (*einblick 9 und 10/2011*). „Wir werden kompromisslos gegen antisoziale Praktiken in der EU und damit auch gegen die geplante Form der Wirtschaftsregierung kämpfen", erklärte die neu gewählte EGB-Generalsekretärin Bernadette Ségol bei der Vorstellung des am letzten Kongresstag beschlossenen „Athener Manifestes".

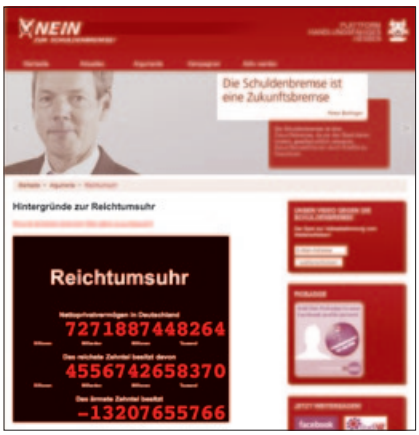
Das Manifest fasst die wichtigsten Aktivitäten zusammen, mit denen sich die Gewerkschaften gegen die Folgen der Wirtschafts- und Finanzkrise, gegen rigide Sparkonzepte und Beschäftigungsabbau zur Wehr setzen. So wollen sie sich aktiv für qualitatives Wirtschaftswachstum, Vollbeschäftigung und ein belastungsfähiges europäisches Sozialmodell einsetzen. Sie fordern die Einführung einer Finanztransaktionssteuer, die Harmonisierung der Besteuerungsgrundlagen und obligatorische Mindeststeuersätze für Unternehmen sowie die Auflage von Euro-Anleihen.

Mit durchgreifenden Regeln sollen die Finanzmärkte und die privaten Ratingagenturen kontrolliert werden, Steuerparadiese sollen geschlossen und überzogene Managergehälter und zu Unrecht gewährte Bonuszahlungen und Abfindungen unterbunden werden. Mit einer breit angelegten Kampagne wollen die europäischen Gewerkschaften zudem in den kommenden Monaten dem Prinzip „Vorrang der sozialen Grundrechte vor den wirtschaftlichen Freiheiten" Geltung verschaffen. Sie fordern dazu unter anderem, eine „soziale Fortschrittsklausel" in den europäischen Verträgen zu verankern und die Entsenderichtlinie zu überarbeiten. •

www.einblick.dgb.de

Reichtumsuhr

Privater Reichtum wächst schneller



Als Gegenstück zur Verschuldungsuhr des Deutschen Steuerzahlerbundes in Bonn hat das Bündnis Handlungsfähiges Hessen auf dem Dach des DGB-Hauses in Frankfurt/M. eine Reichtumsuhr installiert. Die Uhr zeigt: Jede Sekunde wächst der private Reichtum um beinahe 6000 Euro. Und der ist sehr „ungleich" verteilt: Rund 4,5 Billionen Euro sind im Besitz der reichsten zehn Prozent der Privathaushalte, dagegen sind die ärmsten zehn Prozent mit 13 Milliarden Euro verschuldet. Würde man die Verschuldungs- neben die Reichtumsuhr stellen, fiele auf, dass der private Reichtum schneller wächst als die Verschuldung. Gleichzeitig nimmt die Staatsverschuldung zu, sodass für Bildung, Soziales oder die Entwicklung der erneuerbaren Energien keine ausreichenden Mittel zur Verfügung stehen. •

http://bit.ly/fVbFjZ

MEINUNG

Ausländische Berufsabschlüsse

Taxifahrende Ärzte sind Luxus

Trotz des viel beklagten angeblichen Fachkräftemangels haben es ausländische Fachkräfte schwer, ihre Berufsabschlüsse hierzulande anerkennen zu lassen. Das will die Bundesregierung mit einem neuen Gesetz jetzt ändern. DGB-Vize Ingrid Sehrbrock befürchtet, dass der Bildungsföderalismus entscheidende Verbesserungen verhindert.

Das Phänomen lässt sich überspitzt so beschreiben: Wer rasch viele Akademiker treffen möchte, sollte zum Taxistand am örtlichen Bahnhof gehen. Hier arbeiten oft hoch qualifizierte Menschen, die in ihrem Beruf keine Chance haben. Ein iranischer Arzt fährt Taxi, die ukrainische Architektin verdingt sich als Putzfrau in deutschen Wohnzimmern. Zahlreiche Studien schätzen, dass hunderttausende Menschen – darunter viele Akademiker – unterhalb ihres Ausbildungsniveaus beschäftigt sind. Deshalb ist die Arbeitslosigkeit bei Menschen, die im Ausland studiert haben, besonders hoch. Die Quote liegt bei den Migranten bei rund acht Prozent, bei Nicht-Migranten sind es lediglich vier Prozent. **Ein Zustand, der so gar nicht zur aktuellen Debatte um den angeblichen Fachkräftemangel und die vermeintlich fehlende Integrationsbereitschaft von Migranten passt.**

Es ist deshalb richtig, dass die Bundesregierung nun ein Gesetz auf den Weg gebracht hat, das die Anerkennung im Ausland erworbener beruflicher, nicht akademischer Abschlüsse einfacher und transparenter machen soll. Fast 300 000 Menschen, so schätzt das Bundesbildungsministerium, könnten von dem Gesetz profitieren und ihre Berufsabschlüsse hier anerkennen lassen. Insgesamt haben 2,9 Millionen Menschen mit Einwanderungsgeschichte ihren Abschluss im Ausland erworben. Von ihnen haben bisher nur wenige Menschen die Möglichkeit, ihre Qualifikationen bewerten und anerkennen zu lassen. **Die Regeln sind verworren,** die Ansprüche der Migranten je nach Status (EU, Nicht-EU, deutschstämmige Zuwanderer) sehr unterschiedlich, einheitliche Anlaufstellen gibt es nicht.

Das neue Gesetz wird die Möglichkeiten der Migranten deutlich verbessern. So soll es für die rund 350 Ausbildungsberufe, für die der Bund zuständig ist, künftig einen Rechtsanspruch auf Bewertung geben – und das innerhalb von drei Monaten, wenn alle Nachweise vorliegen. Die Staatsangehörigkeit der Migranten soll bei dem Verfahren keine Rolle mehr spielen. Bisher ist die Zulassung in zahlreichen reglementierten Berufen – etwa bei Ärzten – an die deutsche Staatsangehörigkeit oder die eines EU-Landes geknüpft. Die Regierung greift mit ihrer Reform alte Forderungen der Gewerkschaften auf.

Doch es gibt auch Anlass zur Kritik: **Es werden zu wenige Menschen von dem neuen Gesetz profitieren.** Akademiker, die ihren Abschluss im Ausland gemacht haben, gehören nicht zum Adressatenkreis. Den Ingenieurs- oder Lehrermangel wird das neue Gesetz nicht beheben können, denn für die Anerkennung dieser Berufe sind die Bundesländer zuständig. Gleiches gilt für Erzieher oder Architekten. Die Bundesländer haben lediglich in Aussicht gestellt, eigene Regeln für die Berufe unter ihrer Zuständigkeit zu entwickeln. Zeitpunkt der Umsetzung: ungewiss. **So droht der föderale Flickenteppich einmal mehr zur Bildungs- und Integrationsbremse zu werden.**



Foto: DGB

Die stellvertretende DGB-Vorsitzende Ingrid Sehrbrock, 63, ist im geschäftsführenden DGB-Bundesvorstand unter anderem für Bildungspolitik zuständig.

Nicht geklärt ist zudem die Frage der Nachqualifizierung: Gibt es Lücken bei einem Antragsteller im Vergleich zum deutschen Ausbildungsniveau, sollen die Antragsteller umgehend informiert werden, sodass sie sich entsprechend fortbilden können. Der Haken: Wie diese Maßnahmen aussehen und welche Träger sie durchführen, lässt das Gesetz offen. **Es gibt keinen Anspruch auf Nachqualifizierung.** Zumindest qualifizierte Beratung müsste sichergestellt werden. So wird es vielen Migranten weiterhin schwer fallen, sich auf dem weitgehend deregulierten und unübersichtlichen Weiterbildungsmarkt zu orientieren.

Auch die Gebühren können ein Problem werden. Zurzeit planen die Kammern für die Bescheinigungen kostendeckende Gebühren. Nach Schätzungen von Experten können Bescheinigungen schnell zwischen 1000 und 5000 Euro kosten. Wer kann sich das leisten? Zumal viele dieser Migranten gerade wegen der fehlenden Anerkennung ihrer Abschlüsse im Niedriglohnsektor jobben oder arbeitslos sind.

Trotz aller Kritik: Wenn die Regierung bei den Nachqualifizierungen und den Gebühren nachbessert, wenn sich die Länder wider Erwarten doch auf gemeinsame Regeln für die akademischen Abschlüsse einigen, dann könnte sich die Lage vieler Einwanderer in Deutschland spürbar verbessern. •

Verlierer im Bildungssystem

Nicht nur bei der Anerkennung von im Ausland erworbenen Berufsabschlüssen werden Migranten hierzulande benachteiligt. Vor allem junge Einwanderer sind nach wie vor die Verlierer im deutschen Bildungssystem. Das beginnt bereits in den Kitas, setzt sich in den Schulen fort und zeigt sich ebenso in der beruflichen Bildung wie an den Unis.

Zahlreiche Belege dafür hält der Nationale Bildungsbericht der Bundesregierung parat. Kinder mit Migrationshintergrund besuchen seltener Kitas und sind häufiger sprachauffällig. Während 1,5 Prozent der Deutschen keinen allgemeinen Schulabschluss haben, ist der Anteil unter den Migranten beinahe zehnmal so hoch.

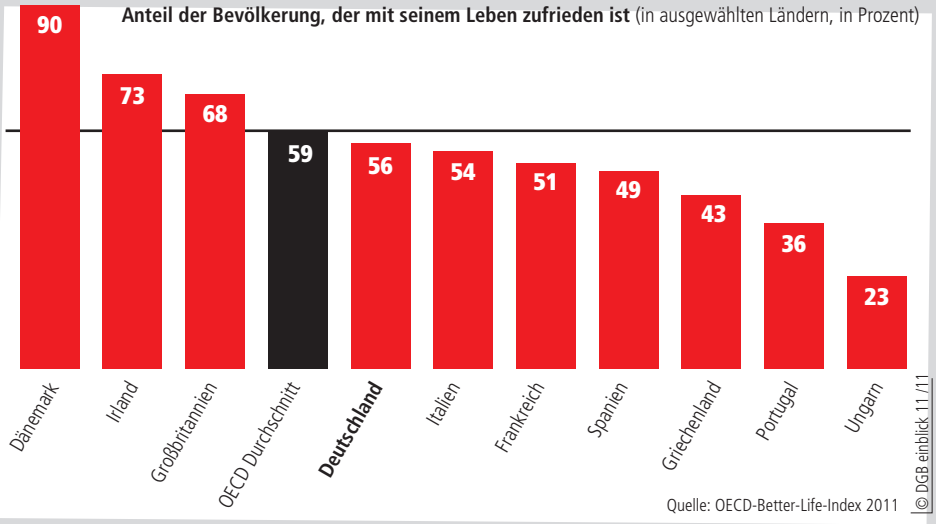
Extrem sind auch die Unterschiede beim Anteil der Menschen ohne beruflichen Abschluss – 11 gegenüber 39 Prozent. „Wer einen ausländisch klingenden Namen hat, wird deutlich seltener zu einem Vorstellungsgespräch für einen Ausbildungsplatz eingeladen", weiß DGB-Vize Ingrid Sehrbrock. Sie fordert: „Das Menschenrecht auf Bildung muss auch für Migranten gelten."

DIES & DAS

die DGB grafik

OECD-INDEX: Knapp die Hälfte der Deutschen unzufrieden

Unter dem Motto „Das Leben ist mehr als Bruttoinlandsprodukt und Wirtschaftsstatistik" hat die OECD das „Wohlfühlklima" in den 34 OECD-Mitgliedsstaaten erforscht. Für den Better-Life-Index wurden 21 Kriterien aus elf Lebensbereichen ausgewertet. Dazu gehören Einkommen, Wohnsituation, Luftverschmutzung, Arbeitsmarkt oder Gesundheit. Deutschlands Werte liegen meist oberhalb des OECD-Durchschnitts. Doch zufrieden sind nur 56 Prozent der Deutschen – Platz 19 im Wohlfühl-Ranking. ***www.oecdbetterlifeindex.org***



14 TAGE

mehr Infos: www.einblick.dgb.de

6.-10.6. Hans-Böckler-Stiftung, Friedrich-Ebert-Stiftung, Universität Kassel, Workshop „Kasseler Sommerakademie 2011", Kassel

7.6. 60 Jahre Montan-Mitbestimmungsgesetz (7. Juni 1951).

7./8.6. IG Metall, „Stahl- und Alukonferenz", Berlin

7.6. ver.di, Forum „9. Potsdamer Forum für Führungskräfte", Postdam

8./9.6. IG BCE, Stiftung Arbeit und Umwelt und andere, Kongress „3. Deutsche Elektro-Mobil Kongress", Bonn

8./9.6. Hans-Böckler-Stiftung, Fachtagung „IFRS I – eine problemorientierte Einführung für Aufsichtsratsmitglieder", Berlin

8.6. DGB, FES, Tagung „Reform der arbeitsmarktpolitischen Instrumente – Anforderungen und Konzepte", Berlin

10.-13.6. DGB-Jugend und andere, „Pfingstcamp '11", Störlitz/Fürstenwalde

10.-13.6. EVG, Motorradtreffen „13. BMT Extertal 2011", Hameln

12.6. Internationaler Tag gegen Kinderarbeit

14.6. DGB, Workshop „Arbeits- und Gesundheitsschutz in der Leiharbeit", Oberursel-Weißkirchen

14.6. Hans-Böckler-Stiftung, Workshop „Netzwerktreffen Europäische Union", Brüssel

15.6. DGB, Tagung „Schwerbehinderte Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer wirksam vertreten", Oberursel-Weißkirchen

15.6. Ende des Atom-Moratoriums für die sieben ältesten Atomkraftwerke

21.6. DGB-Region Dortmund-Hellweg, Diskussion „Burnout des Sozialen in der Arbeitsgesellschaft: Krankmachende Faktoren in der Arbeitswelt", Dortmund

IMPRESSUM *einblick* erscheint vierzehntäglich **Herausgeber:** DGB **Verlag:** Graewis Verlag GmbH **GeschäftsführerInnen:** Anne Graef, Dr. Peter Wilke **Redaktion:** Anne Graef (verantw.), Sebastian Henneke, Timm Steinborn **Redaktionelle Mitarbeit:** Udo Böhlefeld, Birgit Böhret, Luis Ledesma **Redaktionsanschrift:** Wallstraße 60, 10179 Berlin, Tel. 030/30 88 24-0, Fax 030/30 88 24 20, Internet: www.einblick.dgb.de, E-Mail: redaktion@einblick.info **Anzeigen:** Bettina Mützel, Tel. 030/859946-240, Fax 030/859946-100, E-Mail: bettina.muetzel@berlin.de **Layout:** zang.design **Infografik:** Klaus Niesen **Druck und Vertrieb:** PrintNetwork Berlin **Abonnements:** Änderungen schriftlich an Redaktion *einblick* (Adresse s.o.)
Nachdruck frei für DGB und Gewerkschaften bei Quellenangabe und zwei Belegexemplaren. Alle Anderen nur nach schriftlicher Genehmigung durch den Verlag. Nachdruck von namentlich gezeichneten Artikeln nur nach Genehmigung durch Verlag und Autor.

personalien

••• ***Karl-Josef Laumann,*** 53, ist von den Delegierten der 34. CDA-Bundestagung in seinem Amt als CDA-Bundesvorsitzender bestätigt worden. Die stellvertretende DGB-Vorsitzende ***Ingrid Sehrbrock,*** 63, und ver.di-Vorstandsmitglied ***Elke Hannack,*** 49, sind zu stellvertretenden Bundesvorsitzenden gewählt worden. IG Metall-Vorstand ***Dr. Regina Görner,*** 61, und IG BCE-Vorstand ***Egbert Biermann,*** 57, sind BeisitzerInnen im CDA-Vorstand.

Schlusspunkt.

„Angela Merkel hat erkannt, dass es so nicht weitergehen kann mit der Atomkraft in Deutschland. Deshalb hat sie umgesteuert. Deshalb ist sie nun die Sonnenkönigin. Zufällig passte das zum Willen des Volks. Wie schön."

Roland Nelles am 30.5. auf Spiegel Online zur Energiewende von Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU).

URTEILE

Unfallrente

Wird nicht auf Witwerrente angerechnet

Eine Verletztenrente aus der gesetzlichen Unfallversicherung darf nicht als Einkommen auf die Witwerrente angerechnet werden.

Der Fall: Der Mann hatte nach dem Tod seiner Ehefrau Witwerrente beantragt. Neben seiner Altersrente in Höhe von etwa 1000 Euro monatlich erhielt er von der Unfallversicherung auch eine Verletztenrente von 675 Euro. Die Witwerrente wurde dem Rentner zwar bewilligt, allerdings nicht ausbezahlt, da nach Auffassung des Rentenversicherungsträgers sowohl die eigene Altersrente als auch die Unfallrente anteilig als Einkommen zu berücksichtigen seien und zusammen den maßgeblichen Freibetrag übersteigen würden. Die dagegen gerichtete Klage hatte Erfolg.

Das Landessozialgericht: Die Verletztenrente als steuerfreie Einnahme muss anrechnungsfrei bleiben. Dafür spricht neben dem Wortlaut des Gesetzes auch seine Entstehungsgeschichte. Denn die maßgebliche Vorschrift ist deshalb geschaffen worden, um gleiche Bedingungen bei der Anrechnung von Einkommen im Steuer- und Sozialrecht zu gewährleisten.

Landessozialgericht Baden-Württemberg,
Urteil vom 25. Januar 2011 - L 9 R 153/09

Aufhebungsvertrag

Führt nicht zwingend zur Sperrzeit

Der Abschluss eines Aufhebungsvertrages mit Abfindung führt nicht automatisch und zu einer Sperrzeit beim Arbeitslosengeld.

Der Fall: Die 57-jährige Frau war als Arbeitnehmerin nicht mehr ordentlich kündbar. Nachdem bekannt geworden war, dass im Wege betrieblicher Umstrukturierungsmaßnahmen ihr Arbeitsplatz wegfallen sollte, unterschrieb sie nach beinahe 40-jähriger Betriebszugehörigkeit einen Aufhebungsvertrag unter Zahlung einer Abfindung. Auf ihren Antrag auf Arbeitslosengeld stellte die Arbeitsagentur den Eintritt einer Sperrzeit von zwölf Wochen mit der Begründung fest, der nicht mehr kündbaren Arbeitnehmerin wäre es zumutbar gewesen, das Beschäftigungsverhältnis fortzusetzen und eine eventuelle Kündigung des Arbeitgebers abzuwarten. Die dagegen gerichtete Klage hatte Erfolg.

Das Landessozialgericht: Die Sperrzeit ist nicht berechtigt. Die Frau hat zwar mit Abschluss des Aufhebungsvertrags sehenden Auges ihre Arbeitslosigkeit herbeigeführt. Dieses Verhalten ist jedoch nicht vorwerfbar, da sie dafür einen wichtigen Grund hatte. Die Kündigung bzw. die Modalitäten des Aufhebungsvertrags haben die Kriterien des Paragraphen 1a des Kündigungsschutzgesetzes beachtet. Insbesondere ist die dort vorgesehene Abfindungshöhe von 0,5 Monatsgehältern pro Beschäftigungsjahr nicht überschritten worden. Ob die Kündigung unter den Gesichtspunkten des Kündigungsschutzgesetzes rechtmäßig gewesen wäre, ist daher in Übereinstimmung mit der arbeitsgerichtlichen Rechtsprechung nicht mehr zu überprüfen. Anhaltspunkte seien nicht ersichtlich, denen zufolge der Aufhebungsvertrag eine Leistungsberechtigung zu Lasten der Versichertengemeinschaft erzeugen sollte.

Landessozialgericht Baden-Württemberg,
Urteil vom 16. Februar 2011 - L 3 AL 712/09

Opferentschädigung

Flucht des Täters erhöht den Schaden

Wer infolge eines vorsätzlichen, rechtswidrigen tätlichen Angriffs erkrankt, hat Anspruch auf Opferentschädigung. Wird eine durch den Angriff verursachte psychische Erkrankung durch die Flucht des Täters vor der Strafvollstreckung verschlimmert, ist das ebenfalls eine Folge der Gewalttat. Die Flucht des Täters vor der Strafvollstreckung ist nicht von der ursprünglichen Tat zu trennen und die hierdurch verursachte Zunahme von Angst und Depression ist auf die Tat zurückzuführen.

Hessisches Landessozialgericht,
Urteil vom 9. März 2011 - L 4 VE 14/10

Verbreitung von Pornos

Fahrlehrer verliert Erlaubnis

Einem Fahrlehrer, der seinen Fahrschülern pornographische Schriften zeigt, ist die Fahrlehr- und Fahrschulerlaubnis zu entziehen.

Bayerischer Verwaltungsgerichtshof,
Beschluss vom 9. Februar 2011 - 11 CS 10.3056

Hartz IV

Das Preiswerteste bei Instandhaltungen

Ein Hartz-IV-Empfänger, der Eigenheimbesitzer ist, hat Anspruch auf Leistungen zur Instandhaltung des von ihm selbst bewohnten Hauses. Voraussetzung dafür ist, dass die Maßnahmen notwendig und angemessen sind. Als Ersatz einer nicht mehr reparierbaren Haustür ist die preiswerteste Kunststoffhaustür vom Baumarkt angemessen.

Landessozialgericht Sachsen-Anhalt,
Beschluss vom 3. Januar 2011 - L 5 AS 423/09 B ER

Kündigung in der Probezeit

Betriebsratsanhörung muss korrekt sein

Eine ordnungsgemäße Anhörung des Betriebsrats liegt nicht vor, wenn der Arbeitgeber den Betriebsrat wie folgt über die beabsichtigte Kündigung informiert: „Die Geschäftsleitung möchte das Arbeitsverhältnis mit Herrn C. innerhalb der Probezeit beenden. Objektive Kündigungsgründe liegen nicht vor."

Hessisches Landesarbeitsgericht,
Urteil vom 14. März 2011 - 16 Sa 1477/10

Sozialplanabfindung

Darf sich nach dem Alter richten

Arbeitgeber und Betriebsrat dürfen bei der Bemessung der Abfindungshöhe in einem Sozialplan Altersstufen bilden, weil ältere Arbeitnehmer auf dem Arbeitsmarkt in der Regel größere Schwierigkeiten als Jüngere haben, eine Anschlussbeschäftigung zu finden.
Die konkrete Ausgestaltung der Altersstufen darf aber die Interessen der benachteiligten Altersgruppen nicht unangemessen vernachlässigen.

Bundesarbeitsgericht,
Urteil vom 12. April 2011 - 1 AZR 764/09

einblick
gewerkschaftlicher Info-Service vom 20.06.2011 12/11

DGB

inhalt

Seite 3
„Soziale Weltära“
Auf der 100. Jahrestagung der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) forderte der DGB-Vorsitzende Michael Sommer „eine neue Weltära der sozialen Gerechtigkeit“

Seite 5
Kein Garant
Trotz Job-Boom gilt: Grüne Jobs sind nicht automatisch gute Jobs. einblick zeigt, wie es in einzelnen Branchen der Erneuerbaren Energien aussieht und was Gewerkschaften wichtig ist

Seite 7
Bank gründen
Um Krisenländern in der EU zu helfen, plädiert DGB-Wirtschaftsexperte Mehrdad Payandeh für die Gründung einer „Europäischen Bank für öffentliche Anleihen“

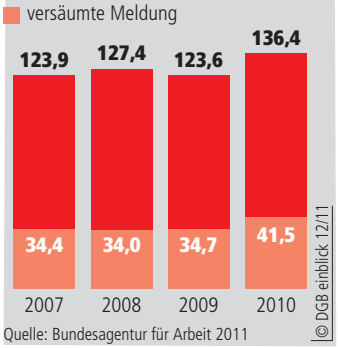
Arbeitsmarktpolitik

Fördern statt strafen

Sanktionen gegen Arbeitssuchende sind der falsche Weg. Die Fraktionen von Bündnis 90/Die Grünen und Die Linke forderten von der Bundesregierung die Aussetzung bzw. Abschaffung der Strafen im Hartz IV-System. In einer Anhörung des Ausschusses für Arbeit und Soziales erklärte auch der DGB: Das Grundrecht auf ein menschenwürdiges Existenzminimum werde durch Leistungskürzung verletzt. Die bestehende Sonderregelung für Jugendliche – Kürzung bis auf Null – verschärfe die Problematik zusätzlich.

„Es fehlt an regulären Stellenangeboten, und ‚kompensiert‘ wird der Mangel durch Abschreckung“, kritisiert DGB-Vorstandsmitglied Annelie Buntenbach die gängige Praxis der Jobcenter. Der DGB stellt fest, dass Jobcenter nicht in der Lage sind, Arbeitslosen vernünftige Angebote zu machen – weder bei Arbeitsplätzen noch bei Eingliederungsmaßnahmen. Mit Sanktionen und deren Androhung werden Erwerbslose gefügig gemacht und abgeschreckt, Ansprüche anzumelden. Wenn sich Erwerbslose dann zurückziehen, gilt dies als statistischer Erfolg.

Rekordjahr 2010
Durchschnittliche Anzahl der Sanktionen in der Grundsicherung pro Monat, davon wegen des Sanktionsgrundes „versäumte Meldung“ (in Tausend)



Quelle: Bundesagentur für Arbeit 2011

Es geht nicht um Arbeitsunwilligkeit: Der Hauptanteil der Leistungskürzungen wird wegen Meldeversäumnissen angeordnet.

Der DGB hat schon mehrmals die Bundesregierung aufgefordert, das Sanktionsrecht zu ändern. Beim Prinzip „Fördern und Fordern“, auf das sich die Politik ständig beruft, kommt, so Buntenbach, „das Fördern schon lange zu kurz“. Ständig werden die Sanktionen verschärft, ohne dass überhaupt gefördert wird. Z.B. eine individuelle Eingliederungsplanung, in der die Vorstellungen und Qualifikationen der Arbeitssuchenden berücksichtigt werden.

„Die Sanktionsregeln müssen geändert werden“, betonte der DGB-Sachverständige Ingo Kolf: Der DGB habe große Bedenken, ob die bestehenden Regeln überhaupt verfassungskonform seien. Dazu zeige ein Blick in die Statistik, dass der Hauptteil aller Sanktionen aufgrund von Meldeversäumnissen erfolgt, während der Anteil bei den Mittelkürzungen wegen Arbeitsverweigerung im vergangenen Jahr gerade mal bei 1,7 Prozent lag. Meldefehler lassen sich häufig auf mangelnde Kenntnis zurückführen. Von einem massenhaften Leistungsmissbrauch könne also nicht gesprochen werden. Mit bürokratischen Ritualen werde „viel Zeit und Energie vergeudet“, rügt Kolf.

Noch dramatischer ist die Situation der Jugendlichen: „Der offensichtlich pädagogisch gemeinte Ansatz, junge LeistungsbezieherInnen stärker zu sanktionieren, kann nicht überzeugen“, heißt es in der DGB-Stellungnahme. Auch das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) erklärte bei der Anhörung: „Eine wissenschaftlich fundierte Begründung dieser Sonderregelung bei Jüngeren fehlt unseres Wissens.“

Der als Sachverständige geladene Leiter des Jobcenters Duisburg, Norbert Maul, weiß aus seinem Arbeitsalltag, mit der bisherigen Systematik, „bleibt in der Beziehung zum Vermittler mitunter das Vertrauen auf der Strecke“. •

plusminusBERLIN

+ ***Die SPD will sich weiter für mehr Bürgerbeteiligung einsetzen, versicherte Präsidiumsmitglied Heiko Maas: Spätestens nach dem nächsten Bundesparteitag würden Volksbegehren, Volksentscheide und „Volksgesetzgebung“ Bestandteil eines SPD-Regierungsprogramms.***

– ***Ralf Brauksiepe (CDU), Parlamentarischer Staatssekretär im Bundesarbeitsministerium, lobt die Reform der Arbeitsmarktinstrumente seines Ministeriums, weil sich so „die Erfolge auf dem Arbeitsmarkt fortsetzen können“, mit „passgenauer Förderung“, wie er betont.***

Der Surf-Tipp fürs Internet

http://m.lohnspiegel.de/
Das Gehaltsportal lohnspiegel.de bietet seine Infos ab sofort auch als App für Smartphones an

Hintergrund

www.einblick.dgb.de/hintergrund
Stellungnahme des DGB im Bundestag zum Thema Sanktionen gegen Arbeitsuchende

POLITIK AKTUELL

Vergabegesetz NRW

„Wegweisender Entwurf“

Als beispielhaft für die ganze Republik hat DGB-Vorstandsmitglied Claus Matecki den vom nordrhein-westfälischen Kabinett beschlossenen Referentenentwurf zum Vergabegesetz begrüßt: „Dieser Entwurf ist wegweisend für die ganze Republik. Öffentliche Aufträge dürfen nur an Unternehmen vergeben werden, die sich zur Tariftreue verpflichten, ihren Beschäftigten mindestens aber 8,62 Euro pro Stunde zahlen. Zudem müssen die Auftragnehmer Leiharbeitnehmer für die gleiche Tätigkeit ebenso entlohnen wie ihre regulär Beschäftigten. Zur Überwachung dieser Regeln soll es eine neue Kontrollbehörde geben.“ Mit diesen Regelungen könne Lohndumping im Bereich öffentlicher Auftragsvergaben wirksam der Riegel vorgeschoben werden, so Matecki. Zudem sei es erfreulich, dass auch die ILO-Kernarbeitsnormen aufgenommen wurden sowie Frauenförderung und eine umweltfreundliche Beschaffung vorgeschrieben werden können. „Diesem guten Beispiel aus Nordrhein-Westfalen sollten nun auch die anderen Bundesländer folgen und ihre Vergabegesetze entsprechend gestalten oder nachbessern.“ •

Atomausstieg

DGB formuliert Vorgaben

Innerhalb von zehn Jahren kann die Energiewende gelingen. Der DGB hat in einem 28-Seiten-Papier die Voraussetzungen formuliert. In drei Phasen könnte der Umbau realisiert werden, heißt es im Positionspapier „Energieumstieg“. Phase 1 betrifft Sofortmaßnahmen wie die entsprechenden gesetzlichen Vorgaben. In der zweiten Phase könnten dann über einen Zeitraum von fünf bis acht Jahren der Ausbau der Erneuerbaren Energien vorangetrieben werden, die Fertigstellung der bereits im Bau befindlichen Kraftwerke abgeschlossen sowie – sofern nötig – neue Kraftwerke gebaut werden. In der Schlussphase geht es um die Modernisierung vorhandener Kraftwerke, neue Stromtrassen und ein neues nationales und europäisches Netzmanagement.

Prioritäten sieht der DGB unter anderem in der langfristigen Verbindlichkeit von Planungen. Bezahlbar müsse die Energie für alle bleiben. Es geht aber auch um die Chancen und Risiken der ArbeitnehmerInnen. DGB-Vorstandsmitglied Dietmar Hexel: „Wir werden sehr genau darauf achten, dass die Beschäftigten nicht zu den Leidtragenden des Energieumstiegs werden.“ Der DGB will unter anderem Investitionsentscheidungen durch mitbestimmte Aufsichtsräte stärker beeinflussen, eine ökologische Arbeitsplatzgestaltung und den Wandel mit „gewerkschaftsübergreifenden Plattformen und Dialogforen für Lösungen und Aktionen“ unterstützen. •

www.dgb.de/-/jRj

Familienpflegezeit

Gesetz verbessern

Die stellvertretende DGB-Vorsitzende Ingrid Sehrbrock hat die Pläne der Bundesregierung für ein Familienpflegegesetz kritisiert. „Während in anderen Politikbereichen mit Schnelligkeit Entscheidungen getroffen werden, wendet die Bundesregierung beim Thema ‚Vereinbarkeit von Beruf und Pflege‘ die Methode Autofahren mit angezogener Handbremse an.“ Das größte Manko sei der fehlende Rechtsanspruch auf Familienpflegezeit. Hier sei politischer Gestaltungswille gefragt. Die vorgesehene Verpflichtung, eine private Versicherung gegen Berufsunfähigkeit oder Tod abzuschließen, „gehöre komplett gestrichen“. Sehrbrock kündigt an: „Entweder gelingt es noch im parlamentarischen Verfahren die Handbremse zu lösen und das Gesetz entscheidend zu verbessern. Oder man muss aussteigen und sich nach anderen Wegen umsehen.“ •

WSI

Weniger Streiks wegen Krise

2010 haben erneut weniger Beschäftigte gestreikt als im Vorjahr. Das ergibt eine Berechnung des Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Instituts (WSI) in der Hans-Böckler-Stiftung. Demnach haben sich 2010 etwa 120 000 Beschäftigte an Streiks und Warnstreiks beteiligt. Im Jahr zuvor waren es noch 400 000. Laut WSI-Statistik ist das der niedrigste Wert seit 2004. Für die WSI-Forscher steht fest: Die akute Wirtschaftskrise und ihre Bewältigung lässt sich auch an der Arbeitskampfstatistik ablesen. „Ein wesentlicher Grund liegt darin, dass 2010 in der Metall- und Elektroindustrie ohne Arbeitskampf eine Verhandlungslösung erzielt wurde und es im Dienstleistungssektor deutlich weniger betriebliche Arbeitskämpfe gab als in den Vorjahren.“ Auch die Zahl der Ausfalltage durch Streiks war 2010 sehr niedrig, so das WSI •

Anzeige

Otto Brenner Stiftung

OTTO BRENNER PREIS 2011

KRITISCHER JOURNALISMUS

»Gründliche Recherche statt bestellter Wahrheiten«

Preis-Kategorien: Otto Brenner Preis (1. Preis, 2. Preis, 3. Preis)
Otto Brenner Preis „Spezial“ (Leitartikel, Kommentar, Essay)
Doppelkategorie Newcomer- / Medienprojektpreis
drei Recherche-Stipendien, ausgelobt in Zusammenarbeit mit netzwerk recherche e.V.

Der Otto Brenner Preis ist mit einem Preisgeld von insgesamt **45.000 Euro** dotiert

Die Bewerbungsformulare und alle wichtigen Informationen zum Preis finden Sie unter: **www.otto-brenner-preis.de**

Einsendeschluss für Bewerbungen ist der 15. August 2011

© Foto: www.marco-urban.de

100. ILO-Jahrestagung

„Mehr Mut“ ist gefordert

Vom 1. bis zum 17. Juni 2011 tagte in Genf die 100. Jahreskonferenz der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO). Bemerkenswert: Als erste deutsche Regierungschefin überhaupt sprach Kanzlerin Angela Merkel vor dem internationalen „Parlament der Arbeit“.

„Standing ovations“ vermerkt das Protokoll, als Bundeskanzlerin Angela Merkel vor dem Plenum der Genfer Jahrestagung erschien. Und Juan Somavia, Generaldirektor der ILO beschied danach, das sei das erste Mal, dass er so etwas erlebt habe. Die Kanzlerin lobte in ihrer Rede das „hohe Maß an Legitimität und Verbindlichkeit“ der ILO-Normen, die das Verbot von Zwangsarbeit, Kinderarbeit und Diskriminierung sowie die Vereinigungsfreiheit in einer globalen Welt verankerten. Die Gipfeltreffen von G8 und G20 seien ohne den Erfahrungsschatz der ILO nicht denkbar, nur gemeinsam könne man die „Globalisierung formen und ihr eine neue Struktur geben“. Die Bundeskanzlerin forderte aber auch mehr „Leidenschaft und Mut“ von der ILO, „neue Themen anzugehen und zu den Organisationen zu gehören, die die Globalisierung prägen.“ Merkel bezeichnete das Prinzip des sozialen Dialogs, wie er in Deutschland mit der Sozialpartnerschaft und von der ILO mit dem globalen Beschäftigungspakt praktiziert wird, als „Werkzeugkasten“, mit dessen Hilfe die Probleme der Zukunft gelöst werden könnten.

Zuvor hatte der DGB-Vorsitzende Michael Sommer, zugleich Präsident des Internationalen Gewerkschaftsbundes (IGB), in seiner Rede auf der Jubiläumstagung eine aktivere Rolle der Organisation bei der notwendigen Neuformung einer internationalen Ordnung gefordert. „Die Krise hat uns vor Augen geführt, wohin unregulierte Finanz- und Handelsmärkte führen. Es wäre nun an der Zeit, eine neue Weltära der sozialen Gerechtigkeit zu gestalten.“ Dabei müsse die ILO wieder stärker „Antriebskraft für mehr soziale Gerechtigkeit“ sein und dürfe sich nicht darauf beschränken, „nur die eine oder andere Hilfestellung zu leisten“.

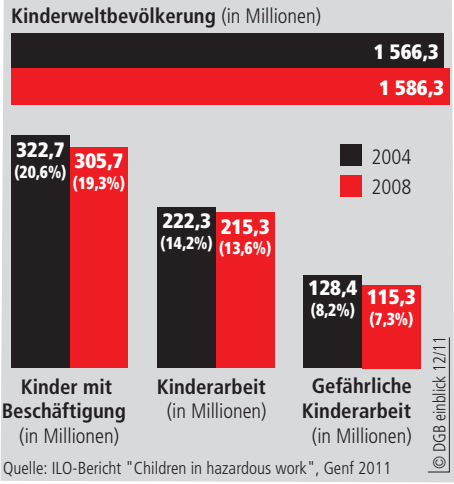
Sommer, der zu Beginn der Tagung erneut für drei Jahre in den Verwaltungsrat der ILO gewählt worden war, begrüßte das Übereinkommen der ILO für die Hausangestellten (siehe Randspalte): „Ich freue mich ausdrücklich, dass die 100. Jahreskonferenz für die Hausangestellten ein neues Übereinkommen beschließt, die diesen hart arbeitenden Menschen mehr Rechte gibt.“ Er kritisierte aber zugleich, dass diese Übereinkunft die „vorerst letzte auf der Agenda der ILO“ ist. Prekäre und informelle Arbeit in all ihren Formen zu bekämpfen, sei ein Auftrag an die ILO, der mindestens ebenso dringend der Bearbeitung bedürfe wie die Beschäftigung mit der weltweiten Jugendarbeitslosigkeit.

Sommer brachte aber auch die Verletzung bereits gültiger ILO-Normen auf den Punkt. „Die weltweiten Verletzungen von Gewerkschaftsrechten sind erschreckend“, erklärte er am Rande der Konferenz. „Menschen, die für grundlegende Arbeitnehmerrechte eintreten, erleiden immer noch Repressionen, Bedrohungen und Gewalt bis hin zum Tod.“ Der Bericht über die Verletzung von Gewerkschaftsrechten des Internationale Gewerkschaftsbundes (IGB) umfasse für das Jahr 2010 143 Länder, in denen Arbeitnehmerrechte verletzt worden sind.

Um 25 Fälle ging es auch während der ILO-Konferenz, darunter um die Ermordung von GewerkschafterInnen in Guatemala, die Vereinigungsfreiheit in Simbabwe und Swasiland und um Kinderarbeit in der Baumwollernte in Usbekistan. Ein Thema, mit dem sich die ILO am Welttag gegen Kinderarbeit zum wiederholten Male befasste. Ihr Fazit: Die Situation hat sich nur unwesentlich verbessert. Dem Rückgang der Kinderarbeit auf der einen Seite steht eine Zunahme gefährlicher Kinderarbeit mit Chemikalien, in Bergwerken oder mit gefährlichen Maschinen auf der anderen Seite gegenüber. •

Uneinheitliche Entwicklung

Verbreitung von Kinderarbeit 2004 und 2008, Anzahl der arbeitenden Kinder zwischen 5 und 17 Jahren und deren Anteil an der gesamten Kinderweltbevölkerung (in Prozent)



Quelle: ILO-Bericht "Children in hazardous work", Genf 2011

Es gibt Fortschritte bei der Bekämpfung von Kinderarbeit – leider nicht durchgängig. Der ILO-Bericht zur Kinderarbeit stellt eine alarmierende Zunahme um rund 20 Prozent von gefährlicher Kinderarbeit in der Altersgruppe der 15- bis 17-Jährigen fest.

Übereinkommen für Hausangestellte

Weltweit werden mehr als 100 Millionen Hausangestellte – meist Frauen – schlecht bezahlt, grundlegende Arbeitnehmer- und Menschenrechte werden ihnen vorenthalten. Arbeitsschutzgesetze finden kaum Anwendung. Selten sind sie sozial versichert, da es sich um vertraglich oft nicht abgesicherte Arbeit handelt. MigrantInnen ohne Aufenthaltsstatus können im Extremfall ihr Gehalt nicht einfordern, da sie mit sofortiger Ausweisung rechnen müssen.

Auf Initiative des IGB hat die ILO-Jahreskonferenz ein Übereinkommen verabschiedet, dass die Situation der Hausangestellten weltweit verbessern soll. Zu den Forderungen der Übereinkunft gehören:

- ***Anerkennung der Arbeitnehmerrechte***
- ***Soziale Sicherung und Mutterschutz***
- ***Faire Bezahlung auf der Grundlage tariflicher oder gesetzliche Mindestlöhne***
- ***anständige Arbeits- und Lebensbedingungen***
- ***keine Kinderarbeit in Privathaushalten***
- ***das Recht, sich gewerkschaftlich zu organisieren***

Die Nationalstaaten müssen das Übereinkommen nun ratifizieren und in nationales Recht umsetzen. Ob eine Ratifizierung hierzulande ohne Gesetzesänderungen möglich ist, wird zurzeit vom DGB geprüft.

PROJEKTE UND PARTNER

DGB-Jugend

Schüler-Magazin neu aufgelegt



Welcher Job passt zu mir? Welche Berufe gibt es überhaupt und wie viel verdiene ich da? Das sind Fragen, auf die SchülerInnen am Ende ihrer Schulzeit eine Antwort finden müssen. Gut, dass sich die Gewerkschaftsjugend in Sachen Berufswahl, Bewerbungen und Ausbildung auskennt. Darum hat die DGB-Jugend nun das Magazin „Montag!" neu aufgelegt. Damit will die DGB-Jugend SchülerInnen beim Einstieg in die Arbeitswelt unterstützen und beraten. Fundiert und detailreich portraitiert „Montag!" mehr als 150 Berufe aus unterschiedlichen Ausbildungsbranchen. Wichtig: Sowohl die Vor- als auch die Nachteile werden hierbei erläutert.

Das Magazin zeigt auch, wann und wie die Gewerkschaftsjugend in den einzelnen Branchen mit Rat und Tat zur Seite steht. Der DGB-Bundesjugendsekretär René Rudolf betont: „Wir helfen, falls es mit der Ausbildungssuche nicht sofort klappt." Die Gewerkschaftsjugend vertrete die Rechte und Interessen junger Menschen. „Montag!" steht auf der Homepage zum kostenfreien Download bereit oder kann als Print-Ausgabe bestellt werden. •

www.dgb-jugend.de

Kampagne gegen Killer-Jeans

Große Modeketten verzichten

Ein großer Erfolg der Kampagne für saubere Kleidung: Die deutschen Modeketten Orsay und New Yorker verzichten ab sofort auf Jeansprodukte, die mit der Sandstrahltechnik bearbeitet wurden. Hunderte AktivistInnen aus ganz Europa hatten im Vorfeld Protest-Emails an die beiden Unternehmern geschickt.

Mit Erfolg: New Yorker und Orsay folgen nun vielen anderen Jeansherstellern und Modefirmen, die bereits ein Verbot der Sandstrahltechnik eingeführt haben. Die InitiatorInnen kritisieren allerdings, dass kein Unternehmen sich dazu bereit erklärt hat, ArbeiterInnen kostenlos zu untersuchen oder auch erkrankte ArbeiterInnen medizinisch und finanziell zu versorgen. Der Hintergrund: Mit der Sandstrahltechnik werden Jeans künstlich abgenutzt, um ihnen ein gebrauchtes Aussehen zu verleihen. Alleine in der Türkei sind bereits 46 ArbeiterInnen an einer unheilbaren Lungenkrankheit gestorben. Mehr als 1200 sind schwer erkrankt *(einblick 22/2010)*. Bisher nicht reagiert haben große italienische Modefirmen. Der Protest kann weiterhin online unterstützt werden. •

www.inkota.de

IG Metall-Jugend

Laut und stark

Mit einem Jugend-Aktionstag will sich die IG Metall-Jugend am 1. Oktober in Köln für Zukunft und Perspektiven der jungen Generation einsetzen. Unter dem Motto „wir sind viele, wir sind laut und wir sind stark" soll insbesondere für die unbefristete Übernahme demonstriert werden. An drei Sammelplätzen in der Innenstadt finden die Auftaktveranstaltungen statt – anschließend geht es in einem Sternmarsch zum Kölner Neumarkt.

Für das Abendprogramm hat die IG Metall-Jugend namenhafte KünstlerInnen und Bands gebucht, wie Culcha Candela, Revolverheld oder Jennifer Rostock. Aktuelle Infos und alles zum Aktionstag gibt es im Internet. •

www.igmetall-jugend.de

Europa-Kampagne

attac macht mobil

Mit einer E-Mail-Protestaktion macht das globalisierungskritische Netzwerk attac mobil gegen „Angriffe auf soziale und demokratische Rechte in Europa". Unter dem Motto „Our Europe" (unser Europa) kann von der Internetseite *www.oureurope.org* aus eine vorformulierte Mail an die Mitglieder des Europäischen Parlaments verschickt werden. Dort heißt es: „Mit meinen Steuergeldern werden nach wie vor Banken und vermögende Anleger gerettet, während ich mit Kürzungen bei öffentlichen Leistungen, Löhnen und Renten zu kämpfen habe." Der Anlass: Am 23. Juni wird in Brüssel über Sparvorschläge von Kommission und Regierungen entschieden. attac betont im Aufruf: „Es gibt viele Alternativen zu diesen Sparprogrammen – etwa eine Finanztransaktionssteuer oder eine wirksame Regulierung der Finanzmärkte." •

www.oureurope.org

interregio

••• Der ***DGB-Bezirk Hessen-Thüringen*** hat einen Kabinettsentwurf der Thüringer Landesregierung zur ***Reform der Personalvertretungen*** „vorsichtig positiv" beurteilt. Der DGB-Bezirksvorsitzende Stefan Körzell betont: Ein Quantensprung sei besonders der Plan, dass der Personalrat bei Organisationsänderungen eigene Arbeitsgruppen bilden und auch externe Beratung in Anspruch nehmen könne. In diese Kategorie gehöre für den DGB auch, dass Beschäftigte, die in eine andere Dienststelle abgeordnet sind, zweimal den Personalrat wählen können, nämlich in der entsendenden und in der aufnehmenden." Allerdings habe man sich statt der Mitwirkung mehr echte Mitbestimmung gewünscht. Laut neuem Gesetz entscheidet am Ende der Dienstvorgesetzte allein, kritisiert der DGB-Bezirksvorsitzende Stefan Körzell.

http://hessen-thueringen.dgb.de

••• Der DGB-Bezirk Sachsen hat den Vorschlag zur ***Reform des Zuwanderungsrechts*** als „halbe Sachen mit neuen Mauern" kritisiert. Besonders die vorgesehene „regionalisierte Mindestgehaltsgrenze" bemängelt der stellvertretende DGB-Bezirksvorsitzende Markus Schlimbach. „Wenn Ausländer nach Deutschland kommen, erleben sie als erstes die bestehenden Mauern innerhalb der Republik. Ein blamabler Vorschlag, der da aus Sachsen kommt. Das würde auch dazu führen, dass die Daueraufenthaltserlaubnisse auf bestimmte Bundesländer bezogen werden. Angesichts der freien Arbeitsplatzwahl ist das nicht akzeptabel", so Schlimbach.

www.dgb-sachsen.de

Energiewende und Beschäftigung

Kein Garant für Gute Arbeit

Die Energiewende befeuert die Hoffnung auf viele tausend neue Jobs in der Branche der Erneuerbaren Energien. Doch wie sollen diese aussehen, und wie sind die Arbeitsbedingungen bisher? einblick zeigt, wie Gewerkschaften mit der Energiewende umgehen und was für sie wichtig ist.

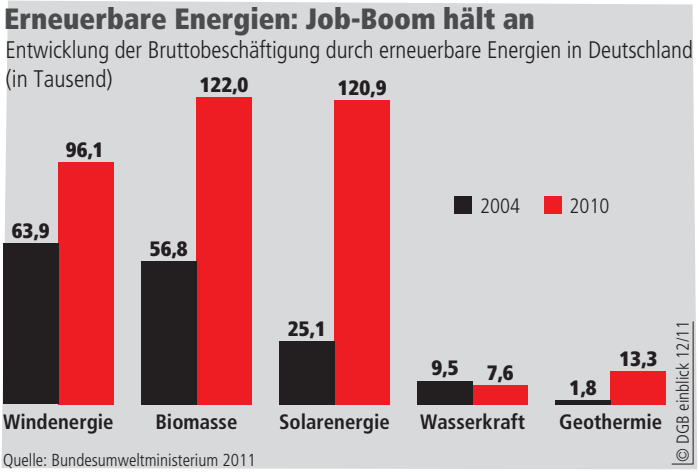
Rund 360 000 Menschen arbeiten mittlerweile in der Branche der Erneuerbaren Energien. Zahlen des Bundesumweltministeriums belegen, dass innerhalb von sieben Jahren somit 200 000 neue Jobs geschaffen wurden – eine stolze Leistung. DGB-Vorstandsmitglied Dietmar Hexel betont allerdings: „Grüne Jobs sind nicht automatisch gute Jobs. Die Branche muss gute Arbeit und tariflich gesicherte, faire Löhne bieten."

Sören Niemann-Findeisen, Ressortleiter für Strategische Erschließungsprojekte beim IG Metall-Vorstand, erklärt, dass es beispielsweise in der Photovoltaik-Industrie einige schwarze Schafe gebe, für die soziale Aspekte keine Rolle spielen. Besonders „Investoren getriebene" Unternehmen gehörten hierzu. Einstiegslöhne lägen in der Produktion nicht selten zwischen 1300 bis 1450 Euro brutto – und das für Vollzeit im Schichtdienst. „Zudem ist Leiharbeit in diesen Unternehmen keine Seltenheit. „Quoten bis zu 30 Prozent seien bekannt", kritisiert er. Allerdings berichtet Niemann-Findeisen auch von Unternehmen in denen Gute Arbeit selbstverständlich ist. So zum Beispiel bei einem Hersteller für Wechselrichter aus Kassel: Dieser sei Weltmarktführer und biete gute und faire Arbeitsbedingungen.

„In der Windkraft-Industrie gibt es vor allem bei den Endherstellern Beispiele für schlechte Arbeitsbedingungen", so Niemann-Findeisen. Dort gehörten lange Arbeitszeiten und Leiharbeitsquoten von mehr als 50 Prozent vielfach zum Geschäftsmodell. Darum macht die IG Metall mobil. Allein im letzten Jahr sind mehr als 20 neue Betriebsratsgremien in dieser Branche gegründet und erste Tarifverträge abgeschlossen worden. Detlef Wetzel, zweiter Vorsitzender der IG Metall betont: „Tarifverträge und faire Arbeitsbedingungen sind ein wichtiger Teil des Erfolgsmodells der sozialen Marktwirtschaft. Das wollen wir auch für die Windkraft- und Solarindustrie erreichen."

Die Energiewende erfordert nicht nur, dass die Gewerkschaften in den neuen Branchen Gute Arbeit durchsetzen, sie braucht auch gute Aus- und Weiterbildungsmöglichkeiten. Reinhard Klopfleisch, Referatsleiter Ver- und Entsorgungspolitik beim ver.di-Bundesvorstand, stellt klar: „Manche Qualifikationen verlieren in kurzer Zeit ihre frühere Bedeutung, andere sind plötzlich gefragt." Entscheidend sei, wie Fort- und Weiterbildung dazu beitragen können, vorhandene Arbeitskräfte in den Unternehmen zu halten. Er schlägt beispielsweise vor: Ausgebildete Elektroniker und Mechatroniker könnten zu Fachkräften für Windkraft und Photovoltaik-Anlagen umgeschult werden. Zudem müssten die Betriebe der Erneuerbaren Energien genügend Ausbildungsplätze bereitstellen.

Ralf Bartels, IG BCE-Ressortleiter Bergbau und Energiepolitik, weist noch auf einen weiteren Punkt in Sachen Energiewende und Beschäftigung hin. Er betont: „Die IG BCE steht dem Aufbau Erneuerbarer Energien und der wachsenden Beschäftigung positiv gegenüber." Allerdings betrachte man diese realistisch. Viele der Jobs würden sich nicht selber tragen, sondern würden durch das Erneuerbare Energiengesetz (EEG) mit finanziert. Zudem weist Bartels darauf hin, dass auch die 875 000 Beschäftigten in den energieintensiven Industrien, wie Chemie, Glas oder Stahl, direkt durch die Energiewende betroffen seien. „Diese Arbeitsplätze hängen an einer sicheren Rund-um-die-Uhr-Stromversorgung zu global wettbewerbsfähigen Preisen." Die IG BCE werde sich dafür einsetzen, dass Strom bezahlbar bleibt und die Wettbewerbsfähigkeit des Industriestandorts Deutschland nicht gefährdet wird. •



Die meisten Beschäftigten arbeiten zurzeit in der Biomasse- und Solarindustrie. 2010 waren insgesamt 367 000 Menschen in der Branche der Erneuerbaren Energien beschäftigt.

Leiharbeiter im AKW

Ein Bericht der Bundesregierung auf Anfrage der Linken zeigt, dass LeiharbeiterInnen gefährliche Aufgaben in deutschen Kernkraftwerken übernehmen und deutlich höherer Strahlung ausgesetzt sind als die Stammbelegschaft.

Laut Bundesregierung sind in den 17 deutschen Leichtwasserreaktoren 2009 knapp 6000 Beschäftigte mittels eines Strahlenpasses überwacht worden. Deutlich höher ist allerdings die Zahl des überwachten „Fremdpersonals", zu denen auch die Leiharbeiter und die Werksvertragsbeschäftigten zählen. Von diesen wurden 24 000 Beschäftigte überwacht. Dabei sind die Risiken unter den Mitarbeitern sehr ungleich verteilt. Nach dem Regierungsbericht ist Fremdpersonal bei Wartungsarbeiten durchschnittlich fast doppelt so starken Strahlendosen ausgesetzt wie die Stammbelegschaften der Energiekonzerne.

Nach Angabe der Regierung arbeite das „Fremdpersonal meist international". Um Geld zu sparen, setzen Energieversorger auch in anderen Ländern auf LeiharbeiterInnen. In Frankreich ziehen laut Medienberichten bis zu 30 000 „Atom-Nomaden" von einem AKW zum anderen, um beispielsweise Brennelemente zu wechseln oder Reparaturen in stärker verstrahlten Zonen durchzuführen.

GEWERKSCHAFTEN

kurz&bündig

Die GEW fordert eine gesetzliche Mindestlaufzeit für Zeitverträge an Hochschulen. Wenn 83 Prozent aller wissenschaftlichen Mitarbeiter mit Zeitverträgen abgespeist werden, muss der Gesetzgeber dieser Entwicklung einen Riegel vorschieben", so GEW-Vorstandsmitglied Andreas Keller.

Der GdP-Vorsitzende Bernhard Witthaut hat die Anbieter sozialer Netzwerke im Internet aufgefordert, deutlich auf Folgen von Bedienungsfehlern oder Missbrauch ihres Angebots hinzuweisen. „Wer ein solches Instrument nutzt, muss sich des Risikos bewusst sein. Eskalierende Social-Network-Partys führen bei der Polizei zu völlig unnötiger Zusatzbelastung."

Die IG BAU und der Verein Xertifix fordern deutsche Kommunen auf, beim Kauf von Natursteinen aus Indien auf das Verbot der Kinderarbeit zu achten. IG BAU-Vorstandsmitglied Andreas Steppuhn: „Die öffentliche Hand muss den Nachweis der sauberen Produktion der Natursteine verlangen."

Für adidas und Puma versprechen die kommenden Wochen mit der Frauenfußball-WM wieder klingende Kassen. Den Preis dafür zahlen vor allem die Näherinnen in Entwicklungsländern. Die IG Metall ruft dazu auf, mit Mails an adidas gegen Hungerlöhne in der Sportbekleidungsindustrie zu protestieren.
bit.ly/ldHX5j

GdP-Kampagne

Polizei wehrt sich



Ihr Einsatzgebiet ist überall. Den Ort können sie sich nicht aussuchen. Ihre eigene Meinung ist nicht gefragt. Ob Neonazis demonstrieren, oder Gegner von Stuttgart 21 vom Platz getragen werden müssen. Polizistinnen und Polizisten sind nicht selten der Blitzableiter für den Unmut der Bürgerinnen und Bürger. Dabei wäre „Unmut" vielleicht noch erträglich. Die Junge Gruppe in der Gewerkschaft der Polizei registriert aber auch zunehmend Gewalt. Die Polizei sei eine „präsente und ständig verfügbare Zielscheibe", sagt Sabrina Kunz, Vorsitzende der Jungen Gruppe der GdP.

Dagegen will die neue Kampagne „Auch Mensch – Polizei im Spannungsfeld" der GdP-Jugendorganisation angehen Sie richtet sich vor allem an Jüngere. PolizeibeamtInnen seien immer stärker im Spannungsfeld zwischen der Erfüllung ihres grundgesetzlichen Auftrages und der zunehmenden Ablehnung ihres Einsatzes ausgesetzt. „Mit unserer Kampagne wollen wir das Bewusstsein junger Menschen für gewaltfreie Formen der Auseinandersetzung schärfen. Die Polizei ist nicht der Gegner, sondern der Partner im demokratischen Miteinander", erklärt Kunz. •

www.gdp.de

EMB und EMCEF

Fusion geplant

Europäische und internationale Industriegewerkschaften rücken enger zusammen. Ein neues gewerkschaftliches Schwergewicht soll in naher Zukunft die Interessen der ArbeitnehmerInnen aus einem Großteil der Industriebranchen in Europa vertreten. Bereits im Mai hat sich die Europäische Föderation Bergbau, Chemie- und Energiegewerkschaften (EMCEF) für den Zusammenschluss mit der Europäischen Metallgewerkschaftsbund (EMB) und der Föderation der Europäischen Textil-, Bekleidung und Leder-Gewerkschaften (EGV:TBL) ausgesprochen. Jetzt hat auch der EMB-Kongress in Duisburg grünes Licht für die geplante Fusion gegeben. Der geplante neue Bund wird die Interessen von rund acht Millionen Mitgliedern europaweit vertreten.

Der Zusammenschluss wird, da ist sich der neu gewählte EMB-Generalsekretär Ulrich Enkelmann (IG Metall) sicher, in den industriepolitischen Debatten eine stärkere Rolle spielen können. Auf dem EMB-Kongress forderte Berthold Huber, Erster Vorsitzender der IG Metall, „neue Finanzierungsmaßnahmen und Instrumente, die an soziale und ökologische Bedingungen geknüpft werden". Zudem brauche Europa eine Industriepolitik, die sich an den Bedürfnissen und Interessen der Beschäftigten orientiere und „gute Arbeit" schaffe.

Auch auf internationaler Ebene wollen die Gewerkschaftsbünde aus dem industriellen Sektor ihre Kräfte in einer neuen Organisation bündeln. Die Exekutivausschüsse der Internationalen Föderation der Chemie-, Energie-, Bergbau- und Fabrikarbeitergewerkschaften (ICEM), des Internationalen Metallgewerkschaftsbunds (IMB) und der Internationalen Textil-, Bekleidung- und Leder-Arbeitervereinigung (ITBLAV) haben sich in Genf auf Eckpunkte einer Satzung für die neue Global Union geeinigt. Der Gründungskongress soll im Juni 2012 in Kopenhagen stattfinden. •

Bibliotheken

Kein Traumjob

Der Arbeitsalltag in der Bibliothek ist weit weniger befriedigend, als es vielleicht den Anschein hat. Verträge werden zunehmend nur noch befristet ausgestellt. Weiterbildungswünsche werden ignoriert, und das Wort Karriere ist eher ein Fremdwort.

Die Bundesarbeitsgruppe Bibliotheken, Archive und Dokumentationseinrichtungen im ver.di-Fachbereich Bildung, Wissenschaft und Forschung, befragte im Februar über 1200 Beschäftigte in Bibliotheken. „Das Ergebnis der Umfrage ist ernüchternd und zeigt, dass die Arbeitsbedingungen in Bibliotheken als schlecht empfunden werden", fasst ver.di-Bundesvorstandsmitglied Petra Gerstenkorn zusammen.

Die Umfrage orientierte sich am DGB-Index „Gute Arbeit". ver.di schließt aus den Ergebnissen der Umfrage: Aufstiegschancen, Einkommen und Arbeitsintensität müssen im Sinne der Beschäftigten „wahrnehmbar verbessert" werden. Die Gewerkschaft fordert ein Bibliotheksgesetz mit Mindeststandards sowie eine ausreichende finanzielle Ausstattung. •

Militärforschung

Friedliche Lösungen

Die GEW hat sich der Initiative „Hochschule für den Frieden" angeschlossen. Ziel der Initiative ist es, an den Universitäten eine „Zivilklausel" zu etablieren. Sie besagt, dass „jede Beteiligung von Wissenschaft und Forschung mit militärischer Nutzung bzw. Zielsetzung" von der Uni abgelehnt wird. Die Unis sollen zudem Forschungsthemen und -mittel ablehnen, „die Rüstungszwecken dienen könnten". •

Der Appell im Netz: http://bit.ly/l5u5Wb

Krise in der Eurozone

Marktmacht der Banken brechen

Um den Krisenländern in der EU die Chance zu geben, ihre Haushalte zu sanieren und der Schuldenfalle zu entrinnen, plädiert der DGB-Wirtschaftsexperte Mehrdad Payandeh für die Gründung einer „Europäischen Bank für öffentliche Anleihen".

Europas Schicksalsmomente sind gekommen. Ein wenig Wehmut und Machtlosigkeit breiten sich aus in Europa. Sparorgien und Geldspritzen scheinen nicht zu helfen. Ratingagenturen stufen die Krisenländer ständig ab: Gerade wurde Griechenlands Kreditwürdigkeit von B auf CCC gesetzt – das heißt: Die griechischen Staatsanleihen haben auf den Finanzmärkten nun den Ramschstatus.

Die Eurozone steuert zielgenau auf den ökonomischen, sozialen und politischen Kollaps zu, wenn kein Kurswechsel vorgenommen wird. Allein die Schuldenkrise von drei ökonomisch eher unbedeutenden Ländern wie Griechenland, Irland und Portugal hat die Eurozone aus der Fassung gebracht. Was erwartet uns, wenn ähnliche Verwerfungen die größeren Volkswirtschaften wie Spanien, Italien, Belgien oder sogar Frankreich erfassen?

In den Geberländern schwindet schon heute die Bereitschaft zu weiteren Hilfen für die Krisenländer. Und in den Krisenländern wächst die Wut wegen massiver sozialer Einschnitte. Wer dort regiert, wird abgewählt. Unabhängig von Parteibuch. **Bürger wenden sich von Europa und mittlerweile von der Demokratie ab.** Die Krise ist längst nicht mehr nur eine ökonomische, sondern hat auch politische Dimensionen erreicht: Ausweg gesucht. Denn bisherige Rettungsmaßnahmen scheiterten, ein Kurswechsel tut Not.

Der Kern des Problems sind nicht die Märkte, sondern die politische Klasse Europas. Sie hält an Grundsätzen fest, die von der Krise längst entzaubert wurden: Danach wird Staaten nur Misswirtschaft zugeschrieben, Privatwirtschaft bedeutet hingegen höchste Effizienz. Und Finanzmarktakteure sind besonders famose Vertreter der Privatwirtschaft.

Die Eurozone ist ein Paradies für die Banken und die Hölle für die Staaten, wenn es bei ihnen eng wird mit dem Geld. Banken dürfen sich gegen Hinterlegung von Sicherheiten bei der Europäischen Zentralbank (EZB) verschulden – und das fast unabhängig von der Qualität ihrer Sicherheiten. Die Staaten bleiben bei der EZB außen vor und dürfen sich ausschließlich am Kapitalmarkt refinanzieren. Bei Turbulenzen am Markt können die Anleger sehr hohe Zinsen verlangen – so wie es gegenwärtig der Fall ist. Appelle der Politik an die Vernunft der Märkte bringen nichts, denn deren „Vernunft" kennt nur kurzfristige hohe Rendite.

Die Krisenländer müssen aber in die Lage versetzt werden, der Schuldenfalle zu entrinnen. Deshalb muss eine günstige Finanzierung der Staatsfinanzen



Foto: DGB/Jan Piegsa

Mehrdad Payandeh, 50 , leitet die Abteilung Wirtschafts-, Finanz- und Steuerpolitik beim DGB-Bundesvorstand.

gegen die Marktmacht durchgesetzt werden: **Der Markt braucht eine ernstzunehmende Konkurrenz.** Die könnte mit der Gründung einer eigenen „Europäischen Bank für öffentliche Anleihen" entstehen. Sie kauft ähnlich wie eine Privatbank als Geschäftspartner der EZB die Staatsanleihen der Euroländer auf, hinterlegt sie als Sicherheit bei der EZB und leitet das dafür erhaltene günstige EZB-Geld zu günstigen Bedingungen an die Euroländer weiter. Sie benötigt lediglich Eigenkapital von 100 Milliarden Euro, um 1000 Milliarden Euro Kredite an Mitgliedstaaten zu vergeben bzw. deren Staatsanleihen aufzukaufen.

Damit kann der Finanzierungsbedarf von fünf Krisenländern bis 2020 mit nur 100 Milliarden Euro gewährleistet werden. Die Bank kann die hierfür geliehenen Steuergelder aus ihren laufenden Kreditgeschäften mit den Mitgliedstaaten in nächsten Jahren an die Geberländer zurückzahlen. **Die Steuerzahler müssten also nicht um ihr Geld fürchten** und würden deshalb solche Stabilisierungsmaßnahmen akzeptieren. Gepaart mit einem Investitions- und Entwicklungsprogramm für Krisenländer wie Griechenland oder Portugal gewinnt Europa so eine positive Perspektive. Auch für Deutschland **ist es besser, wohlhabende Nachbarn in der Nachbarschaft zu haben** als „arme Schlucker".

Europas Schicksalsmomente sind gekommen. Wehmut und Empörung müssen in rationalem politischen Handeln münden, mit dem Ziel, die Marktmacht zu brechen: für ein Europa, das Wohlstand für alle bietet. •

Auf nach Luxemburg

Der Europäische Gewerkschaftsbund ruft für den 21. Juni zum europaweiten Aktionstag in Luxemburg auf. Unter dem Motto „Nein zu den Sparmaßnahmen" wollen die europäischen Gewerkschaften für ein soziales und solidarisches Europa demonstrieren.

Im Zentrum der Kritik soll vor allem die aktuelle Wirtschafts- und Finanzpolitik stehen. Im Aufruf des DGB heißt es: „Die Maßnahmen, die zurzeit im Namen der europäischen Wirtschaftsregierung und des Euro-Plus-Paktes getroffen werden, verschärfen die wirtschaftliche und soziale Situation in Griechenland, Portugal und Irland."

Auch in den anderen EU-Mitgliedstaaten würden die Pläne für eine Wirtschaftsregierung und die Empfehlungen des Euro-Plus- Paktes weitreichende negative Auswirkungen haben. Die Sparpolitik übe Druck auf Löhne, öffentliche Dienstleistungen, soziale Sicherheit, Renten sowie Lebens- und Arbeitsbedingungen aus und erhöhe damit Prekarität und soziale Ungleichheiten. „Das soziale Europa muss gestärkt und nicht angegriffen werden", betont der DGB.

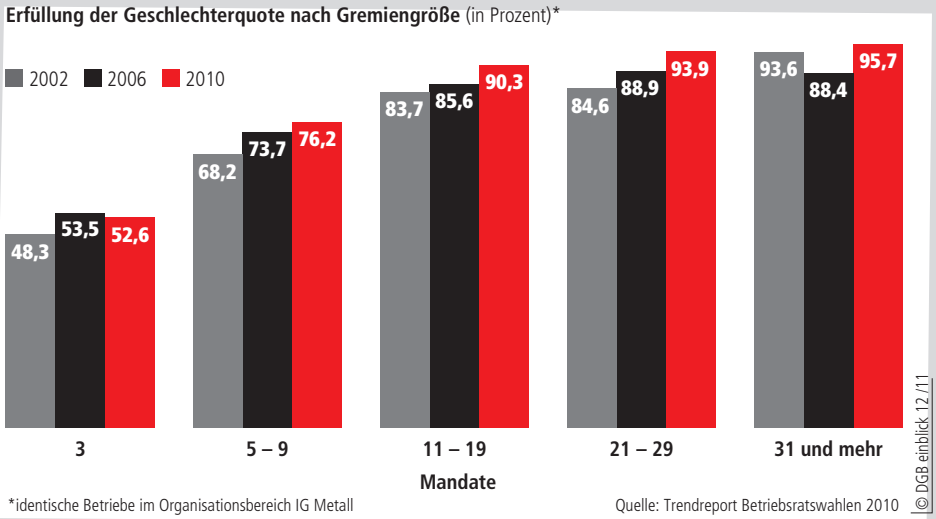
www.dgb.de/-ljQD

DIES & DAS

die DGB grafik

FRAUEN IM BETRIEBSRAT: Quote in Großbetrieben fast erfüllt

Je größer der Betrieb, umso eher werde der Frauenquote für Betriebsräte entsprochen, analysieren die Autoren des Trendreports Betriebsratswahlen 2010. In mittelgroßen und großen Betrieben wird die Quote von rund 96 Prozent aller gewählten Gremien erfüllt. Die Forscher stellen zudem fest: Wenn der Frauenanteil an der Belegschaft mehr als die Hälfte beträgt, führt das zu einer „fast geschlechterparitätischen Besetzung" im Betriebsrat. In der Summe seien 2010 mehr Frauen in die Betriebsräte gekommen.



14 TAGE

mehr Infos: www.einblick.dgb.de

20.6. Welttag des Flüchtlings

21.6. EGB und DGB, Aktionstag „Die europäische Wirtschaftsregierung braucht einen Kurswechsel", Luxemburg

21.6. DGB Niedersachsen-Mitte, Diskussion „Demokratische Staatsreform statt Privatisierung – Die Zukunft des öffentlichen Sektors", Hannover

21.6. DGB Region Dortmund-Hellweg, Diskussion „Burn-Out des Sozialen in der Arbeitsgesellschaft: Krankmachende Faktoren in der Arbeitswelt", Dortmund

21./22.6. IG BCE und Hans-Böckler-Stiftung, Arbeitsdirektorenkonferenz der Hans-Böckler-Stiftung und der IG BCE, Berlin

22.6. Friedrich-Ebert-Stiftung, Diskussion „Abseitsfalle Homosexualität?, Berlin

23.6. ver.di, Lesung „So wird Geld verdient", Hannover

23.6. Friedrich-Ebert-Stiftung, Fachgespräch „Reihe Demografie - Ältere Arbeitnehmer auf dem Arbeitsmarkt Beschreibung", Erfurt

26.6.-17.7. 6. Fußball-Weltmeisterschaft der Frauen in Deutschland

28.6. Friedrich-Ebert-Stiftung, Diskussion „Rechtsextremismus im Internet – Was tun?", Leipzig

29.6. DGB, Tagung „Die Macht der Rollenbilder. Gerechte Leistungsbewertung von Frauen – ein Traum?", Stuttgart

29.6. ver.di, Diskussion „Vortrag und Diskussion: Zwangsarbeit in der Rüstungsproduktion", Berlin

2.7. Internationaler Tag der Genossenschaften

IMPRESSUM *einblick* erscheint vierzehntäglich **Herausgeber:** DGB **Verlag:** Graewis Verlag GmbH **GeschäftsführerInnen:** Anne Graef, Dr. Peter Wilke **Redaktion:** Anne Graef (verantw.), Sebastian Henneke, Timm Steinborn **Redaktionelle Mitarbeit:** Udo Böhlefeld, Birgit Böhret, Luis Ledesma **Redaktionsanschrift:** Wallstraße 60, 10179 Berlin, Tel. 030/308824-0, Fax 030/30882420, Internet: www.einblick.dgb.de, E-Mail: redaktion@einblick.info **Anzeigen:** Bettina Mützel, Tel. 030/859946-240, Fax 030/859946-100, E-Mail: bettina.muetzel@berlin.de **Layout:** zang.design **Infografik:** Klaus Niesen **Druck und Vertrieb:** PrintNetwork Berlin **Abonnements:** Änderungen schriftlich an Redaktion *einblick* (Adresse s.o.)
Nachdruck frei für DGB und Gewerkschaften bei Quellenangabe und zwei Belegexemplaren. Alle Anderen nur nach schriftlicher Genehmigung durch den Verlag. Nachdruck von namentlich gezeichneten Artikeln nur nach Genehmigung durch Verlag und Autor.

personalien

••• ***Karsten Schneider,*** 40, ist seit 1. Juni neuer Leiter der Abteilung Beamte und Öffentlicher Dienst beim DGB-Bundesvorstand. Der Politikwissenschaftler war zuvor Referatsleiter für den Bereich Forschungsförderung in der Hans-Böckler-Stiftung und unter anderem zuständig für die Themenfelder Mitbestimmung und öffentlicher Dienst. Schneider ist Herausgeber der Schriftenreihe „Die gelbe Reihe – Modernisierung des öffentlichen Sektors".

••• ***Susanne Uhl,*** 44, ist seit 1. Juni neue Regionsgeschäftsführerin der DGB-Region Schleswig-Holstein Nordwest. Uhl war zuvor Referatsleiterin für Steuerpolitik beim DGB-Bundesvorstand.

Schlusspunkt.

„Der Vatikan hat sie 2007 abgeschafft, die Bahn hat sie vergangenes Jahr wieder eingeführt: die Vorhölle."

Till Bartels, Autor auf Stern.de, am 6. Juni über seine Erlebnisse in einem ICE, in dem die Klimaanlage bei hochsommerlichen Temperaturen ausgefallen war.

Europäische Union

Freie Berufsausübung auch für Notare

Die Mitgliedstaaten der Europäischen Union dürfen den Zugang zum Beruf des Notars nicht ihren den Staatsangehörigen vorbehalten.

Europäischer Gerichtshof,
Urteil vom 24. Mai 2011 - C-47/08

Altersgrenze

Für Beamte rechtmäßig

Das Land Rheinland-Pfalz darf eine Berufung ins Beamtenverhältnis davon abhängig machen, dass das 45. Lebensjahr noch nicht vollendet ist. Die Höchstaltersgrenze ist gerechtfertigt; denn das Land muss für die Versorgungsbezüge nach der Pensionierung aufkommen. Dafür darf das Land eine Mindestarbeitszeit des Beamten verlangen.

Oberverwaltungsgericht Rheinland-Pfalz,
Urteil vom 13. April 2011 - 2 A 11385/10.OVG

„medsonet"

Ist keine Gewerkschaft

Die unter der Bezeichnung „medsonet. Die Gesundheitsgewerkschaft" auftretende Arbeitnehmervereinigung ist keine tariffähige Gewerkschaft. Diese Feststellung gilt für die Vergangenheit und zum gegenwärtigen Zeitpunkt.

Arbeitsgericht Hamburg,
Beschluss vom 17. Mai 2011 - 1 BV 5/10

Leiharbeitnehmer

Niedriglohn-Tarifverträge unwirksam

Die Tarifgemeinschaft Christlicher Gewerkschaften für Zeitarbeit und Personalserviceagenturen (CGZP) ist keine Spitzenorganisation, die in eigenem Namen Tarifverträge abschließen kann. Ihr fehlte von Anfang an die Tariffähigkeit. Demnach sind die sogenannten Tarifverträge unwirksam, die sie in den Jahren 2004, 2006 und 2008 geschlossen hat. Leiharbeitnehmer, deren Arbeitsverhältnisse auf der Grundlage dieser „Tarifverträge" abgewickelt wurden, können möglicherweise im Nachhinein eine Gleichstellung mit vergleichbaren Arbeitnehmern des Entleihers verlangen.

Arbeitsgericht Berlin,
Beschluss vom 30. Mai 2011 - 29 BV 13947/10

Sozialplanabfindung

Kleiner bei Erwerbsminderungsrente

Arbeitgeber und Betriebsrat können in einem Sozialplan vereinbaren, dass solche Arbeitnehmer keine Abfindung erhalten, die wegen des Bezugs einer befristeten vollen Erwerbsminderungsrente nicht beschäftigt sind und bei denen damit zu rechnen ist, dass ihre Arbeitsunfähigkeit auf nicht absehbare Zeit fortbesteht. Durch den Sozialplan werden erwerbsgeminderte Arbeitnehmer nicht unmittelbar wegen ihrer Behinderung benachteiligt. Diese befinden sich nicht in einer vergleichbaren Lage mit den vom Sozialplan begünstigten Arbeitnehmern. Anders als diese erleiden die von Sozialplanleistungen ausgeschlossenen Erwerbsgeminderten typischerweise durch den Arbeitsplatzverlust keine weiteren wirtschaftlichen Nachteile.

Bundesarbeitsgericht,
Urteil vom 7. Juni 2011 - 1 AZR 34/10

Künstliche Befruchtung

Kosten nur teilweise beihilfefähig

Bundesbeamte können nicht für sämtliche Kosten einer künstlichen Befruchtung eine Beihilfe beanspruchen.

Der Fall: Der Bundesbeamte beantragte Beihilfe für die Kosten einer künstlichen Befruchtung bei einer Fertilitätsstörung, die eine Behandlung beider Partner erfordert. Er erhielt eine Beihilfe zu den Kosten seiner Behandlung, nicht aber zu den Aufwendungen der Ehefrau, da diese als hessische Landesbeamtin selbst beihilfeberechtigt ist. Während allerdings das Bundesrecht eine Beihilfe nur für die Behandlung des Beihilfeberechtigten vorsieht, gewährt das hessische Landesrecht Beihilfen für beide Partner, jedoch nur dann, wenn die Ursache der Störung in der Person des beihilfeberechtigten Landesbeamten liegt. Die Klage des Beamten hatte keinen Erfolg.

Das Bundesverwaltungsgericht: Es ist nicht zu beanstanden, dass das für Bundesbeamte geltende Beihilferecht für die Kostenerstattung bei künstlicher Befruchtung im Wesentlichen auf das Recht der gesetzlichen Krankenversicherung verweist. Danach sind nur die Aufwendungen beihilfefähig, die die Behandlung des Beihilfeberechtigten betreffen. Dies gilt selbst dann, wenn die Kosten für diea Behandlung des Ehepartners von dessen Dienstherrn nicht übernommen werden, weil im Einzelfall das für diesen maßgebliche Beihilferecht einen Anspruch nicht vorsieht. Der Normgeber der Bundesbeihilfevorschriften ist jedoch nicht verpflichtet, das sich aus der Anwendung des nicht auf das Bundesrecht und das Recht der gesetzlichen Krankenversicherung abgestimmten hessischen Landesrechts möglicherweise ergebende Defizit gegenüber dem klagenden Beamten auszugleichen, solange die Beihilfesysteme gleichwertig sind. Das ist hier der Fall.

Bundesverwaltungsgericht,
Urteil vom 24. Februar 2011 - 2 C 40.09

Versorgungsheirat

Schließt Witwenrente aus

Dient die erst kurz vor dem Tod des Versicherten geschlossene Ehe vor allem der Versorgung des hinterbliebenen Ehegatten, erhält dieser keine Hinterbliebenenrente.

Der Fall: Die Frau hatte mit ihrem zuletzt unheilbar erkrankten Lebensgefährten seit fast 30 Jahren zusammengelebt. Erst auf dem Sterbebett entschloss sich der Versicherte, seine persönlichen Verhältnisse zu regeln und seine Lebensgefährtin zu heiraten. Zuvor hatte der Versicherte seinen Nachlass umfassend geregelt und dabei auch die Lebenspartnerin mit erheblichen Vermögenswerten bedacht. Der Rentenversicherungsträger lehnte den Antrag auf eine Witwenrente ab. Die dagegen gerichtete Klage blieb erfolglos.

Das Landessozialgericht: Entscheidend ist, ob die Hochzeit vorrangig aus Versorgungsgesichtspunkten erfolgte, auf die Versorgungsart kommt es nicht an. Deshalb liegt eine Versorgungsehe vor, wenn die Versorgung der Hinterbliebenen durch Übertragung privater Vermögenswerte erfolge. Dem Verstorbenen ist es erkennbar um die Versorgung der späteren Ehefrau für die Zeit nach seinem Tod gegangen. Dies ist auch tragendes Motiv für die Heirat gewesen. Deshalb hat eine Versorgungsehe vorgelegen; unerheblich ist, dass der Verstorbene und die Frau bei der Heirat die Witwenrente und ihre Höhe nicht in ihre Überlegungen eingestellt hatten.

Landessozialgericht Baden-Württemberg,
Urteil vom 12. April 2011 - L 13 R 203/11

Autor: Luis Ledesma, Kassel – einblick 12/11

einblick
gewerkschaftlicher Info-Service vom 04.07.2011 13/11

DGB

inhalt

Seite 3
Sackgasse Minijobs
Für die Autoren des Gleichstellungsberichts steht fest: 400-Euro-Jobs sind für Frauen eine „erwerbsbiographische Falle". Der DGB fordert mehr Mut in der Gleichstellungspolitik

Seite 5
Gemeinsam weiterbilden
Das Sozialpartner-Projekt „weiter bilden" will, dass sich mehr Beschäftigte beruflich weiterqualifizieren. einblick zeigt, was das Projekt zu bieten hat

Seite 7
Ohne Klage kein Geld
Hunderte Leiharbeiter, die mit CGZP-Dumpinglöhnen abgespeist wurden, klagen auf Lohnnachzahlung. Die Arbeitgeber mauern. ver.di-Justiziarin Martina Trümner rät: Nicht bange machen lassen!

Schwarz-gelbe Steuersenkungen

Merkels „vergiftetes Zückerli"

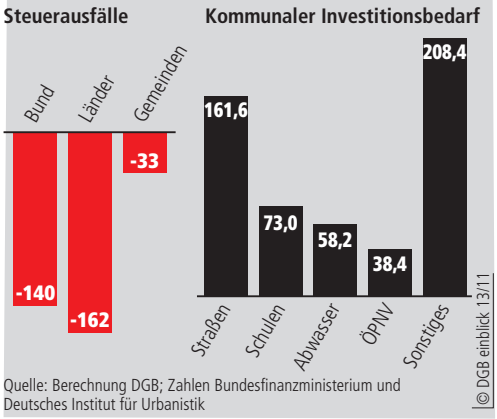
Die gute Konjunktur soll es möglich machen – Schwarz-Gelb will die Steuern senken. Mit massiver Kritik reagiert DGB-Vorstandsmitglied Claus Matecki auf die Ankündigung: „Zu diesem Zeitpunkt Steuersenkungen in Aussicht zu stellen, ist so populistisch wie unverantwortlich." Angesichts ausgezehrter kommunaler Haushalte, die sich kaum die Beleuchtung für die Straßen leisten könnten und der zu bewältigenden europaweiten Krisenkosten, sei dieser Vorstoß „grob fahrlässig". Steuersenkungen von heute seien die Sozialkürzungen von morgen.

Fakt ist: Im Herbst soll der Umfang der Steuersenkung in der Koalition verhandelt werden. Für Matecki verfolgt der Vorstoß zweierlei: Zum einen ist er ein Rettungsversuch für die FDP als selbsternannte Steuersenkungspartei, andererseits aber auch ein Ablenkungsmanöver von der dramatischen Rettungsaktion Griechenlands. Für diese habe die Kanzlerin nämlich in der Bevölkerung keinen Rückhalt – „auch, weil sie es falsch anstellt". „Mit dem Verteilen von vergifteten Zückerlis versucht sie, sich die Zuneigung zurück zu erkaufen", so Matecki.

Die Koalitionäre verbreiten indes ihr Lieblingsargument: mehr Binnennachfrage durch weniger Steuern. Mehrdad Payandeh, Wirtschaftsexperte beim DGB-Bundesvorstand, räumt mit diesem Argument auf: „Verantwortlich für die schwache Binnennachfrage sind niedrige Löhne, nicht zu hohe Steuern. Rund die Hälfte der privaten Haushalte zahlt keine Einkommensteuer, weil sie zu wenig verdienen. Ihnen helfen nur kräftige Lohnerhöhungen. Erst dann klappt es auch mit mehr Binnennachfrage. Zudem führte in den vergangenen 30 Jahren nachweislich keine einzige Steuersenkung zu mehr Wachstum. Stattdessen hinterließ sie jedesmal klamme öffentliche Kassen, kaputte Straßen, marode Schulden, soziale Schieflage und wachsende öffentliche Armut".

Payandeh fordert: „Statt die Steuern zu senken, sollte das Geld für bessere Bildung, öffentliche Dienstleistungen, intelligente Verkehrssysteme, gut ausgestattete Schulen sowie Universitäten und insgesamt für Zukunftsinvestitionen eingesetzt werden." •

335 Milliarden Euro Steuerausfälle
Konjunkturunabhängige Einnahmeausfälle seit 2000 durch Steuerrechtsänderungen und kommunaler Investitionsbedarf in ausgewählten Bereichen bis 2020 (in Milliarden Euro)



Quelle: Berechnung DGB; Zahlen Bundesfinanzministerium und Deutsches Institut für Urbanistik

Riesigen Steuerausfällen in den vergangenen Jahren steht ein massiver Investitionsbedarf bis 2020 gegenüber.

plusminusBERLIN

+ ***Die SPD-Bundestagsabgeordnete Kerstin Griese fordert, nordafrikanische Flüchtlinge in Deutschland aufzunehmen. „Die Chance auf Bildung und Arbeit in Deutschland ermöglicht ihnen, zum Aufbau einer stabilen Demokratie und Wirtschaft in ihrer Heimat beitragen zu können."***

– ***CSU-Generalsekretär Alexander Dobrindt findet, dass sich die Union verabschieden müsse „von den ewigen Schulexperimenten und Systemdebatten". Er will an Hauptschulen festhalten. Vielfalt sei besser als Uniformität. Individuelle Förderung sei der Schlüssel zum Erfolg.***

Der Surf-Tipp fürs Internet

http://bit.ly/fes_bib
Projektportal der Friedrich-Ebert-Stiftung und der Hans-Böckler-Stiftung: Archivierung von Quellen der Angestelltengewerkschaften bis 1933

Hintergrund

www.einblick.dgb.de/hintergrund
Informationen und Statements des DGB zur Steuerpolitik

Sozialwahlen 2011

Gewerkschaftslisten stabil

Die Gewerkschaftslisten konnten bei den Sozialwahlen 2011 ihre Position behaupten. Bereits zum elften Mal seit 1953 wählten bis zum 1. Juni die Versicherten ihre VertreterInnen in die Selbstverwaltungsgremien der gesetzlichen Kranken-, Renten- und Unfallversicherung. Insgesamt wurden bei 206 Versicherungsträgern Wahlen durchgeführt, bei neun Trägern fanden bisher Wahlen mit Wahlhandlung statt.

Mit 51,5 Millionen Wahlberechtigten waren noch nie so viele Versicherte an Urwahlen beteiligt wie in diesem Jahr. Obwohl die Wahlbeteiligung mit 30,0 Prozent gegenüber 2005 (30,8 %) nahezu stabil blieb, nahmen bislang bereits eine halbe Million mehr Versicherte als 2005 aktiv an der Wahl teil. Und die Sozialwahlen 2011 sind noch nicht beendet. Die Berufsgenossenschaft Holz und Metall – mit mehr als vier Millionen Wahlberechtigten – wählt noch bis zum 5. Oktober.

Die Gewerkschaftslisten haben bei den bisherigen Wahlen unterschiedlich abgeschnitten. Bei der DRV-Bund konnte die Fraktionsgemeinschaft aus DGB, Gewerkschaften und der Arbeitsgemeinschaft Christlicher Arbeitnehmerorganisationen (ACA) gegenüber 2005 ein Plus von knapp einem Prozentpunkt erzielen, und bei der DAK erhielt sie knapp 1,5 Prozent mehr Stimmen. Erfolgreich waren die Gewerkschaften vor allem bei der KKH-Allianz mit fast sechs Prozent Stimmenzuwachs. Verluste gab es bei der BARMER GEK und bei der Techniker Krankenkasse. Wie bei den letzten Sozialwahlen lagen vor allem Wählerlisten, die unter dem Namen des Versicherungsträgers antreten, in der Gunst der WählerInnen vorn. Die Namenslisten suggerieren eine vermeintliche Nähe zu den Versicherten. •

Alle Ergebnisse der Sozialwahlen: www.sozialwahl.dgb.de

Sozialwahlen: Ergebnisse der Gewerkschaftslisten

Vergleich der Sozialwahlen 2005 und 2011, Stimmenanteil der Gewerkschaftslisten[1] (in Prozent) sowie Sitzverteilung[2]

	2011		2005	
	Wahlergebnis	Sitze	Wahlergebnis	Sitze
Deutsche Rentenversicherung Bund (DRV-Bund)	24,9	4	24,0	7
BARMER-GEK	18,8	6	21,5	6
Deutsche Angestellten Krankenkasse (DAK)	18,1	5	16,7	5
Techniker Krankenkasse (TK)	18,0	3	20,7	6
KKH-Allianz	18,7	3	13,1	4
Handelskrankenkasse (hkk)[3]	–	–	15,1	2

[1] Stimmenanteil der Fraktionsgemeinschaft bestehend aus den Listen von DGB, ver.di, IG Metall, IG BAU sowie ACA (Arbeitsgemeinschaft Christlicher Arbeitnehmerorganisationen)

[2] Gesamtzahl der Versichertenvertreter-Sitze bei BARMER und DAK jeweils 30, bei der hkk 12. Bei DRV-Bund, TK und KKH-Allianz verringerte sich die Zahl der Sitze seit 2005 jeweils von 30 auf 15.

[3] Kein Vergleich mit 2005 möglich, da bei der hkk vor sechs Jahren Friedenswahlen stattfanden.

Quelle: DGB-Bundesvorstand

© DGB einblick 13/11

Gegenüber 2005 hat sich der Stimmenanteil, den die Gewerkschaftslisten bei den Sozialwahlen 2011 erreichten, kaum verändert. Leicht verbessern konnten sie sich bei der DRV-Bund sowie der DAK, fast sechs Prozent mehr Wählerstimmen als 2005 können sie bei der KKH-Allianz verbuchen.

Fachkräfte

Der Mangel ist hausgemacht

„Konzept Fachkräftesicherung" ist die etwas sperrige Überschrift über einem Papier, mit dem die Bundesregierung den Fachkräftemangel beseitigen will. Das Kabinett hat das Konzept bereits gebilligt. Doch so richtig klar, wo es hingehen soll, wird nicht erläutert, stellt der DGB-Vorsitzende Michael Sommer fest. Die Suche nach qualifizierten Arbeitskräften ist ein Thema, das schon Vorgängerregierungen beschäftigt hat. Sommer findet daher: „Der Mangel ist hausgemacht, er spiegelt die Versäumnisse der Vergangenheit wider."

Unbestritten ist, dass zumindest in einigen Branchen bereits heute Fachkräfte fehlen. Der DGB verweist jedoch darauf, dass in der Altersgruppe der 20- bis 30-Jährigen 1,5 Millionen keinen Berufsabschluss haben. Ein Potenzial, das durch eine „Weiterbildungsoffensive" genutzt werden könnte, die den jungen Menschen eine zweite Chance bietet. Und den 1,2 Millionen gut ausgebildeten Müttern, die die Bundesregierung gezählt hat, fehlt noch immer die Infrastruktur, um Familie und Arbeit kombinieren zu können. Auch das ist ein Problemfeld, auf das der DGB verweist.

Wenn die nationalen Anstrengungen – so sie denn tatsächlich in Angriff genommen würden – nicht ausreichen, dann, so Sommer, hilft auch ein Blick nach Spanien oder Irland: „Die jungen Menschen in diesen Ländern sind gut ausgebildet und motiviert". Eine klare Absage aber gibt es von den Gewerkschaften für die weltweite Suche nach billigen Arbeitskräften. „Es ist eine Schande, dass die deutschen Arbeitgeber mit ihrer Niedriglohnstrategie erneut Druck auf die Löhne ausüben wollen, indem sie billige Fachkräfte außerhalb Europas anwerben", kritisiert der DGB-Vorsitzende. •

Akademikerinnen

Männerdomäne Hochschule

Es könnte eine gute Meldung sein: Der Anteil der Professorinnen an Deutschlands Hochschulen steigt kontinuierlich. Doch die Gemeinsame Wissenschaftskonferenz (GWK), die seit 1992 die Daten erhebt, räumt ein: „Trotz sichtbarer Verbesserungen ist das Ziel der angemessenen Repräsentanz von Frauen noch nicht erreicht." Gerade einmal 18 Prozent der Wissenschaftlerinnen haben eine Professur. 1992 lag der Anteil bei 7,5 Prozent. Auch in den Führungspositionen der wissenschaftlichen Einrichtungen gibt es heute mit 11,3 Prozent mehr Frauen als 1992 (2 %), von einem Durchbruch kann aber kaum die Rede sein. Dies sei „Chancengleichheit im Schneckentempo", kommentiert die GWK. •

Antidiskriminierung

Sexuelle Identität schützen

DGB-Vize Ingrid Sehrbrock fordert, homosexuelle ArbeitnehmerInnen vor Diskriminierung im Job zu schützen. „Sexuelle Identität darf kein Grund für Diskriminierung sein." Der Artikel 3 des Grundgesetzes müsste dazu entsprechend ergänzt werden, so Sehrbrock. Dieser besagt, dass niemand wegen des Geschlechts, der Abstammung, der Rasse oder des Glaubens benachteiligt werden darf. Sehrbrock kritisiert: Noch immer würden viele Menschen ihre sexuelle Identität im Beruf aus Angst verschweigen. „Dabei sollte die Akzeptanz von sexueller Vielfalt in der Arbeitswelt normal sein." •

Gleichstellung

Weg mit den Minijobs

Minijobs, das hat nun Bundesfamilienministerin Kristina Schröder (CDU) schriftlich, sind für Frauen die Fahrkarte in die Altersarmut. Eine „erwerbsbiographische Falle" nennen die Sachverständigen, die den ersten Gleichstellungsbericht für die Bundesregierung ablieferten, die 400-Euro-Jobs.

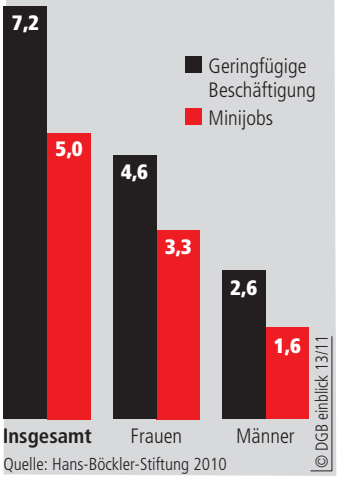
Die schlechtere Bezahlung und weniger Aufstiegschancen sind die bekannten Defizite, die von der Kommission ausführlich beleuchtet werden. Besonders kritisch bewerten die Sachverständigen die Minijobs: Mit Nachdruck spricht sich die Kommission für die Abschaffung der Subventionierung von geringfügigen Beschäftigungsverhältnissen aus: „Die gegenwärtige Minijobstrategie muss aus der Perspektive der Geschlechtergleichstellung über den Lebensverlauf als desaströs bezeichnet werden." Die Vorteile, die möglicherweise für die Aufnahme dieser gering bezahlten Arbeit sprechen, enden in „Sackgassen", heißt es im Bericht.

Gegen die Jobs sprechen viele Gründe, betonen die Berichterstatter: Die Chance, aus dem Niedriglohnsektor in eine bessere Position aufzusteigen, sei „für Frauen signifikant geringer als für Männer", eine eigenständige Existenzsicherung sei auf einer solchen Basis „unmöglich". Am Ende des Arbeitslebens warte die Altersarmut.

Die Entscheidung für einen schlecht bezahlten Minijob treffen verheiratete Frauen meist wegen der vermeintlichen Vorteile. So kritisieren die Sachverständigen die „starken Anreize", die zu dieser Entscheidung führen. Ehegattensplitting und die Mitversicherung in der gesetzlichen Krankenkasse verstellten oft den Blick auf die Konsequenzen. Zwei Drittel der Niedriglöhner sind weiblich, weist die Statistik des Jahres 2007 aus. Darunter fallen zahlreiche „frauendominierte Tätigkeiten", die von keinem Tarifvertrag erfasst werden. Konsequent und notwendig wäre deshalb die Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns. Die sei „alternativlos", glauben die Sachverständigen. Das Ziel müsse letztendlich sein, „alle Erwerbsverhältnisse sozialversicherungspflichtig zu machen".

Frauen in Minijobs

Geringfügige Beschäftigung und Minijobs (in Millionen)



Quelle: Hans-Böckler-Stiftung 2010

Der Frauenanteil ist bei den schlecht bezahlten Jobs besonders hoch. Im vergangenen Jahr waren über 60 Prozent der Geringverdiener weiblich – mit erheblichen negativen Auswirkungen.

Lohnunterschiede lassen sich nach Auffassung der Kommission nicht mit unterschiedlichen Qualifikationen, Berufserfahrung oder Branchenzugehörigkeit erklären. Vielmehr stecke in diesen Zahlen ein „schwer zu quantifizierender Anteil an Diskriminierung". Der Grundsatz „gleicher Lohn für gleiche Arbeit" sei noch lange nicht flächendeckend umgesetzt. Einen weiteren Missstand haben die Sachverständigen in der Dienstleistungsbranche ausgemacht. Gerade dieser klassische Frauenarbeitsbereich sei in den vergangenen 15 Jahren von der Einkommensentwicklung abgekoppelt worden. Zudem seien viele Stellen gerade im personenbezogenen, sozialen Dienstleistungsbereich von vornherein als „Zuverdienst" konzipiert. Es sind die typischen Frauenpositionen, die sich entsprechend negativ im Hinblick auf spätere Einkommens- und Karrierechancen auswirken.

Mitte Juni verabschiedete die Bundesregierung eine Stellungnahme zum Gleichstellungsbericht. Konkrete Schritte werden darin nicht formuliert. So heißt es unverbindlich, die Bundesregierung sehe sich „bestärkt, die bestehenden Benachteiligungen in Arbeitswelt, Politik und Gesellschaft zu beseitigen". Und sie will sich auf „europäischer und internationaler Ebene weiterhin für die Förderung der Chancengleichheit einsetzen". Darüber hinaus verweist die Bundesregierung auf den schwarz-gelben Koalitionsvertrag. Darin allerdings lehnt die Koalitionsfraktion den Mindestlohn eindeutig ab. Zu den Mini- und Midijobs heißt es dort: „Unser Ziel ist es, die Brückenfunktion von Mini- und Midi-Jobs in voll sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse zu stärken."

Für DGB-Vorstandsmitglied Ingrid Sehrbrock wäre der Bericht „eine gute Blaupause", die konsequent umgesetzt werden sollte. Sehrbrock fordert deshalb „mehr Mut bei der Gleichstellungspolitik". Der Zweite Vorsitzende der IG Metall, Detlef Wetzel, lobt ebenfalls die „gute Vorlage" der Sachverständigenkommission, die aber von der Bundesregierung in ihrer Stellungnahme nicht aufgegriffen werde. •

www.einblick.dgb.de/hintergrund
- *Gleichstellungsbericht*
- *Stellungnahme der Bundesregierung*

Politik muss nachbessern

Die Sachverständigenkommission mahnt in ihrem Gutachten Handlungsbedarf an. Dabei geht sie davon aus, dass Gleichstellung über die komplette „Lebensverlaufsperspektive" beachtet werden muss. Die Kommission kritisiert unter anderem:

- ***Zwar wird die vorschulische Erziehung propagiert, gleichzeitig setzt die Politik aber Anreize, Kinder nicht teilnehmen zu lassen.***
- ***Frauen haben zwar häufig die bessere Ausbildung, doch viele junge Mütter unterbrechen Ausbildungs- und Studienzeiten. Zudem fehlen für typisch weibliche Dienstleistungsberufe die berufliche Anerkennung und eine damit verbundene bessere Bezahlung.***
- ***Bei der betrieblichen Weiterbildung werden Frauen häufig benachteiligt.***
- ***Frauen sind in Führungspositionen nach wie vor die Ausnahme. Die freiwillige Verpflichtung der Wirtschaft hat keine Besserung gebracht.***
- ***Mit dem Zusatz „familienfreundlich" schmücken sich zwar immer mehr Unternehmen, doch gleichzeitig wird durch Personalabbau und zunehmende Arbeitsdichte die gute Absicht konterkariert.***

PROJEKTE UND PARTNER

DGB-Filmpreis 2011

Mit 84 auf die Schulbank

Justin Chadwick hat den Filmpreis des DGB-Bezirks Niedersachsen – Bremen – Sachsen-Anhalt gewonnen. Der britische Regisseur erzählt in „The First Grader" die Geschichte eines 84-jährigen Kenianers, der im afrikanischen Busch lesen und schreiben lernen will. Ein neu geschaffenes Grundrecht auf Bildung gibt ihm auch im hohen Alter das Recht dazu.

Chadwick erklärt: „Hinter dieser realen Figur verbirgt sich eine



© 2009 Kerry Brown

„The First Grader", auf Deutsch „Der Erstklässler", erzählt die Geschichte eines kenianischen Senioren, der mit 84 lesen und schreiben lernen will.

gesamte Nation." Deren Erlebnisse zeigten, was Kenia unter britischer Kolonialherrschaft durchgemacht habe, so der Regisseur. In Rückblenden erzählt der Film von den Mau-Mau-Aufständen und der britischen Regierung in den 50er Jahren. Das Publikum des 22. Internationalen Filmfestes Emden-Norderney vergab die höchste Wertung für die auf einer wahren Begebenheit fußende Geschichte. Überreicht wurde der mit 5000 Euro dotierte Preis von Alexander Kirchner, dem Vorsitzenden der EVG. •

Auto Club Europa

Unfall im Ausland

Wer in den Sommerferien mit dem Auto in den Urlaub aufbricht, sollte vorab nochmal auf der Internetseite des Auto Club Europa (ACE) vorbeischauen. Die Verkehrsexperten erklären pünktlich zum Ferienbeginn, was man nach Verkehrsunfällen im Ausland beachten muss. Vom Versicherungscheck im Vorfeld der Reise über Sprachbarrieren bis zum Umgang mit der ausländischen Polizei erläutert der ACE Tipps und Tricks, um den Ärger gering zu halten. So gelte beispielsweise: Je mehr Daten des Unfallgegners gesammelt würden, desto schneller könnten Anwälte und Versicherungen den Schaden kalkulieren. Nachträglich Informationen einzuholen, sei in einigen Ländern erheblich schwieriger. Außerdem rät der ACE reichlich Fotos vom Unfallort zu machen. Weitere Infos gibt der ACE auf seiner Internetseite. •

www.ace-online.de

ver.di-Fernsehpreis

Nachdenklich und engagiert

Die Preisträger des ver.di-Fernsehpreises sind Robert Thalheim für das Drehbuch „Am Ende kommen Touristen" und Aelrun Goette für die Regie des Films „Keine Angst". Übergeben werden die mit 7500 Euro dotierten Preise im Oktober. Jurorin und ver.di-Vorstandsmitglied Dina Bösch erklärt: „Wir prämieren Filme, die eine politische Botschaft haben und zum Nachdenken, Diskutieren und zu politischem Engagement anregen." Dafür brauche es Filme, die unter die Haut gingen. Mit den zwei Fernsehspielen werden nach Auffassung der Jury Filme prämiert, die „unter Wahrung künstlerischer Gesichtspunkte zeit- und gesellschaftspolitische Stoffe behandeln, die geeignet sind, die politische Bildung zu vertiefen". •

www.verdi.de

August-Schmidt-Stiftung

139 Waisen unterstützt

Die August-Schmidt-Stiftung hat im vergangenen Jahr 139 (Halb-)Waisen in ihrer schulischen, beruflichen oder akademischen Ausbildung finanziell unterstützt. 72 Mädchen und 67 Jungen wurde somit die Chance auf eine gute Ausbildung gegeben. Seit 1962 unterstützt die von der damaligen IG Bergbau und Energie gegründete August-Schmidt-Stiftung Waisen. Anlass war ein schweres Grubenunglück im saarländischen Luisenthal mit insgesamt 299 Toten. Heute haben neben Unfall-Hinterbliebenen auch Kinder und Jugendliche, die einen Elternteil auf Grund einer berufsbedingten Krankheit wie Asbestose, Lungenkrebs oder Siliko-Tuberkulose verloren haben, die Möglichkeit, durch die Stiftung gefördert zu werden. •

www.august-schmidt-stiftung.de

Hans-Böckler-Stiftung

Schutz für Leiharbeiter

LeiharbeiterInnen müssen oft körperlich anspruchsvolle Arbeit verrichten – zudem sorgt die unsichere Jobsituation für psychischen Stress. Eine Folge: LeiharbeiterInnen sind deshalb öfter krank als andere ArbeitnehmerInnen. Mit der Broschüre „Leiharbeit und Gesundheitsschutz" will die Hans-Böckler-Stiftung Betriebsräte unterstützen, Arbeits- und Gesundheitsschutz auch für LeiharbeiterInnen im Betrieb durchzusetzen. Die Broschüre erläutert, worauf es ankommt – von der Gefährdungsbeurteilung bis zur persönlichen Schutzausrüstung. Außerdem gibt die Broschüre allgemeine Ratschläge, wie das Thema Leiharbeit in die Betriebsratsarbeit eingebunden werden kann. •

www.boeckler.de

interregio

••• Der ***DGB-Bezirk Hessen-Thüringen*** unterstützt die gemeinsam mit Arbeitgebern neu aufgelegte ***„Allianz für Familien"*** in Thüringen. Der DGB-Bezirksvorsitzende Stefan Körzell betont: „Arbeitsplätze und Arbeitsbedingungen familienfreundlich zu gestalten, ist uns sehr wichtig." Die Allianz könne dazu beitragen, die hohe Abwanderung von gut ausgebildeten Fachkräften zu bremsen und Fachkräfte für Thüringen zu sichern. Außerdem sei Vereinbarkeit ein Mitbestimmungsthema, für das Gewerkschaften Betriebsrätinnen und Betriebsräte schulen, so Körzell. „Wir nehmen diese Allianz ernst."

www.hessen-thueringen.dgb.de/

••• Mit dem Buch ***„Weiterbildung in Berliner Betrieben"*** bietet die arbeitsorientierte Beratungsgesellschaft Wert.Arbeit einen fundierten und detaillierten Überblick über die vielfältigen betrieblichen Weiterbildungsaktivitäten in und um Berlin. In vielen Beiträgen stellen AutorInnen aus Gewerkschaften, Wirtschaft, Politik und Bildung ihre Sicht auf Angebot und Möglichkeiten in der Hauptstadt dar. Unter anderem erklärt Doro Zinke, Vorsitzende des ***DGB-Bezirks Berlin-Brandenburg,*** wie Gewerkschaften die Weiterbildungskultur in der Region gestalten. Neben Positionen, Trends und Herausforderungen gibt das Buch einen Ausblick auf das Jahr 2020 .

Kopel / Dunst / Saeed (Hrsg.), Weiterbildung in Berliner Betrieben, Berlin 2011, Verlag tredition, 13,49 Euro

Sozialpartner-Programm

Weiterbildung geht gemeinsam

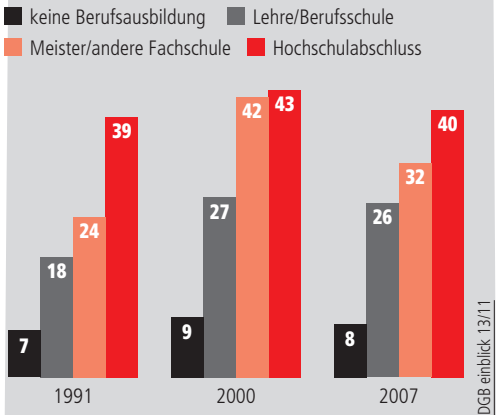
Im Rahmen des Programms „weiter bilden" fördern das Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS) und der Europäische Sozialfonds (ESF) die betriebliche Weiterbildung mit 140 Millionen Euro. Ziel des Programms ist es, die Anpassungs- und Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen zu stärken und die Beschäftigten beim Erhalt ihrer Beschäftigungsfähigkeit zu unterstützen. Eine Regiestelle begleitet und unterstützt die Projekte.

In den letzten Jahren wurde eine Vielzahl innovativer Konzepte für eine neue betriebliche Lernkultur entwickelt und erprobt. In mehreren Branchen wurden Qualifizierungstarifverträge abgeschlossen.

Für die Gewerkschaften bietet das Programm die Chance, Weiterbildung als Gestaltungsfeld der Tarifvertragsparteien in die bildungspolitische Diskussion zu rücken und Strategien zum Ausbau der Weiterbildung umzusetzen. Dabei muss selbstverständlich werden, dass Weiterbildung im Betrieb eine Aufgabe aller und ein Thema für die Mitbestimmung ist.

Höherer Bildungsabschluss, höhere Weiterbildungsbereitschaft

Teilnahmequoten an beruflicher Weiterbildung nach Berufsabschluss (19- bis 64-jährige, in Prozent)



Quelle: Berufsbildungsbericht 2010 (BIBB)

Seit 1991 haben sich die Weiterbildungsquoten in den Unternehmen nicht wesentlich verändert. Nach wie vor ist die Beteiligung von MigrantInnen sehr niedrig, Frauen nehmen seltener an Weiterbildung teil als Männer. Schlecht oder gar nicht Ausgebildete sind deutlich weniger an betrieblicher Qualifizierung beteiligt als gut Ausgebildete.

Aber es bedarf weiterer Impulse, um diese tatsächlich in den Betrieben umzusetzen und in weiteren Branchen Qualifizierungsvereinbarungen zu erreichen. Das ist das Ziel der ESF-Richtlinie zur Förderung der berufsbegleitenden Bildung von Beschäftigten (Sozialpartnerrichtlinie). Mittlerweile werden mit dem Programm „weiter bilden", das gemeinsam von BMAS, DGB und Arbeitgeberverband BDA entwickelt und getragen wird, mehr als 90 Weiterbildungsprojekte gefördert. Sie konzentrieren sich auf Qualifizierungsmaßnahmen für Un- und Angelernte, systematische Personalentwicklung, Qualifizierung Älterer, Bedarfsanalysen und Beratung sowie auf die Professionalisierung am Lernort Betrieb.

Hans-Ulrich Nordhaus ist beim DGB-Bundesvorstand dafür zuständig, das Projekt in den Modellbetrieben zu begleiten. Für ihn ist die Initiative „weiter bilden" ein wichtiges Instrument, um die Ziele des Dresdner Bildungsgipfels vom Herbst 2008 zu erreichen: „Dort haben Bund und Länder vereinbart, die Beteiligungsquote an betrieblicher Weiterbildung bis 2015 auf 50 Prozent zu steigern. Die Initiative „weiter bilden" ist die einzige Weiterbildungsallianz, die sich nicht auf Empfehlungen begrenzt, sondern Weiterbildung aktiv fördert."

Gefördert werden mit dem Programm betriebliche Weiterbildungsmaßnahmen wie auch Projekte zur Verbesserung der Rahmenbedingungen. Die Sozialpartner und Tarifvertragsparteien sollen zum einen bei der Umsetzung bestehender Vereinbarungen unterstützt werden, zum anderen sollen aber auch neue Tarifverträge oder Sozialpartnervereinbarungen initiiert werden. Aktuell werden 23 Tarifverträge „gefördert". Positiv sei außerdem, so Nordhaus, „dass im Rahmen des Programms bereits zehn Sozialpartnervereinbarungen in Branchen ohne Qualifizierungstarifvertrag neu abgeschlossen wurden".

So wird im Projekt „QUASIE" im nordrhein-westfälischen Einzelhandel eine Weiterbildungsarchitektur entwickelt und erprobt, die auf die Rahmenbedingungen der Branche abgestimmt ist. Nun werden kurze Lerneinheiten von 15 bis 30 Minuten entwickelt (Mikro-Lernen), die auf drei didaktischen Methoden aufbauen: kurze Impulsseminare, Einsatz von eLearning und Mobil-Learning sowie Coaching in realen Arbeitssituationen. Das Lernprogramm wird zunächst in Hamm in Verbünden von Einzelhändlern durchgeführt. Partner sind das Allee-Center Hamm und die in der Stadtmarketing Hamm GmbH zusammengeschlossenen Händler. Durch diese beiden Organisationen soll die Nachhaltigkeit der Weiterbildung gesichert werden.

Die Vielfalt der Maßnahmen ist groß: So soll in einem Projekt die Weiterbildungsintensität der chemischen Industrie erhöht werden. In einem anderen ist das Ziel, die internationale Wettbewerbsfähigkeit im Maschinenbau zu stabilisieren und auszubauen, ein weiteres will dem Fachkräftemangel im Gesundheitswesen mit Qualifizierungsmaßnahmen und Personalentwicklung entgegenwirken. •

Richtlinie

Das Bundesministerium für Arbeit und Soziales hat im März 2009 die so genannte Sozialpartnerrichtlinie des Europäischen Sozialfonds national umgesetzt. Ziel ist, „die kontinuierliche Anpassung der beruflichen Fähigkeiten an die sich beständig wandelnden Arbeitsplatzanforderungen" zu fördern. „Die Sozialpartner sind hierbei wesentliche Akteure und haben das Thema Qualifizierung in verschiedenen Bereichen zum Gegenstand auch gemeinsamer Vereinbarungen, Initiativen und Projekte gemacht. Es besteht ein großer Konsens, dass es weiterer Initiativen und Impulse bedarf, die bisherigen Anstrengungen zu verstärken und zu beschleunigen."

Die gemeinsam von BDA, DGB und BMAS erarbeitete deutsche Richtlinie im Internet:
www.initiative-weiter-bilden.de

Fachtagung

Bei einer Fachtagung „weiter bilden – gemeinsam die berufliche Weiterbildung stärken" am 16. November 2011 in Berlin sollen Erfahrungen und Erfolge der Initiative „weiter bilden" vorgestellt und zukünftige Strategien der beruflichen Qualifizierung erörtert werden. Im Rahmen der Initiative geförderte Projekte zeigen beispielhaft Wege zur Umsetzung geltender Tarifverträge zur beruflichen Weiterbildung auf.

www.initiative-weiter-bilden.de

GEWERKSCHAFTEN

kurz&bündig

Mit dem Analyseinstrument BIWIN will die IG Metall Betriebsräte bei der Analyse von Gewinn- und Verlustrechnungen in den Unternehmen unterstützen. Ziel soll sein, mögliche Krisen des Unternehmens vorab zu erkennen. *http://bit.ly/igm_biwin*

Die GEW hat den vom CDU-Bundesvorstand vorgelegten Entwurf für ein gegliedertes Schulsystem kritisiert. GEW-Vorstand Marianne Demmer bemängelt, dass das Gymnasium weiter über der Oberschule stehe. Diese bleibe damit weiter die „untere Schulart".

Kraft-Wärme-Kopplung (KWK) müsse im Gesetz klar geregelt werden, fordert ver.di-Vorstandsmitglied Erhard Ott. Es sei notwendig, den Anteil der KWK zu erhöhen.

Der stellvertretende GdP-Vorsitzende Jörg Radek warnt, dass die kommende Saison der 2. Fußball-Bundesliga die Polizei stark belasten wird. Wenn Risikospiele angesetzt würden, müsse die Einsatzsituation der Polizei berücksichtigt werden.

„Die Sozialpartnerschaft hat einen echten Härtetest bei der Überwindung der schwersten Wirtschaftskrise in der Nachkriegszeit schnell und gut gemeistert", hat Michael Vassiliadis, IG BCE-Vorsitzender, eine Studie von Birger P. Priddat, Professor an der privaten Universität Witten/Herdecke gewürdigt.

Ägypten

DGB hilft freien Gewerkschaften

Michael Sommer, Vorsitzender des DGB und Präsident des Internationalen Gewerkschaftsbundes (IGB), hat angekündigt, die junge und freie Gewerkschaftsbewegung in der arabischen Welt beim Aufbau zu unterstützen. Das erklärte er anlässlich des Besuchs einer Gewerkschafts-Delegation aus Ägypten in Berlin, die sich unter anderem beim ver.di-Bundesvorstand und beim DGB-Bundesvorstand über die Organisation deutscher Gewerkschaften informierte. Michael Sommer betonte, dass die deutschen Gewerkschaften es immer als ihre Aufgabe betrachtet hätten, freie und unabhängige Gewerkschaften in ihrer Entstehung zu unterstützen. So hätte der DGB den portugiesischen und spanischen GewerkschafterInnen in den 70er Jahren sowie der polnischen Solidarnosc-Bewegung in den 80er Jahren zur Seite gestanden. „So werden wir das jetzt auch mit den freien Gewerkschaften in der arabischen Welt tun." In Ägypten waren die Gewerkschaften bis zum Umschwung fester Bestandteil des Mubarak-Regimes. Unter anderem waren Funktionäre der alten Gewerkschaften auch gewalttätig gegen die Demonstranten auf dem Tahrir-Platz vorgegangen, berichteten Mitglieder der Delegation. •



Foto: DGB/Jan Piegsa

Der DGB-Vorsitzende Michael Sommer erhielt von der ägyptischen Delegation eine Trommel als Geschenk, die bei den Kairoer Protesten gegen das Mubarak-Regime im Einsatz war.

Datenskandal

ver.di geht vor Gericht

Zu einer Gremiensitzung besonderer Art hatte ver.di-Landesbezirksleiter Thomas Voß im Februar eingeladen: Die GewerkschafterInnen des Landesbezirks Sachsen, Sachsen-Anhalt, Thüringen tagten unter freiem Himmel. Bei dieser Landesvorstandssitzung wurden die Handydaten der Beteiligten offensichtlich genauso aufgezeichnet wie die der zahlreichen Demonstranten, die den Dresdner Aufmarsch der Nazis im Februar dieses Jahres verhindern wollten.

Die ver.di-Sitzung wird nun gerichtliche Konsequenzen haben. Denn wie sich erst jetzt herausstellte, könnten unter den massenhaft von der sächsischen Polizei eingesammelten Daten auch die Verbindungsdaten der GewerkschafterInnen sein. Die Sammelwut in Sachsen bringt Voß noch immer in Rage, „da sind unsere Rechte massiv betroffen". In der Berliner ver.di-Zentrale ist die Empörung nicht geringer. „Wir werden definitiv dagegen juristisch vorgehen", heißt es beim Bundesvorstand. Ein Anwalt prüft derzeit die geeigneten Schritte. •

IG Metall-Betriebsräte

Gute Arbeit konkret

Betriebsräte haben während der Finanz- und Wirtschaftskrise eine entscheidende Rolle gespielt, um den Schaden für die Beschäftigten so gering wie möglich zu halten. Nun hat die IG Metall nachgefragt, was für sie nach der Krise wichtig ist und was sich in ihren Augen dringend ändern muss. Insgesamt 16 Betriebsräte von Unternehmen wie zum Beispiel VW, Siemens, ThyssenKrupp oder Carl Zeiss geben in Interviews ihre Sicht der Dinge wieder. Einig sind sich alle: Deutschland braucht mehr Mitbestimmung in der Wirtschaft. Zudem fordern sie, unsichere Beschäftigung stärker zu bekämpfen. Die Broschüre „Kurswechsel: Nachgefragt bei Betriebsrätinnen und Betriebsräten" steht im Internet zum Download bereit. •

http://bit.ly/igm_br

IG Metall NRW

Unbefristete Übernahme

„Diese Tarifgespräche werden alles andere als ein Spaziergang", hat Oliver Burkhard, Bezirksleiter der IG Metall NRW, für die Tarifrunde 2012 ankündigt. Unter anderem will der Bezirk die unbefristete Übernahme für alle Azubis nach bestandener Abschlussprüfung durchsetzen. Die Verhandlungen würden zwar erst im März nächsten Jahres beginnen, doch das Thema Übernahme dulde keinen Aufschub, so Burkhard.

Er fordert: „Übernahme muss zur Regel werden." Die IG Metall wolle eine Alternative zu befristeten Jobs und Leiharbeit schaffen. Der Aufschwung dürfe nicht an der jungen Generation vorübergehen. Es sei ein Widerspruch, den drohenden Fachkräftemangel zu beklagen und gleichzeitig jungen FacharbeiterInnen eine sichere berufliche Perspektive zu verweigern, so Burkhard. Die Metallarbeitgeber in NRW reagierten mit Kritik. Sie unterstellten, dass die IG Metall die „Quasi-Verbeamtung der Ausgebildeten im Auge habe". •

Leiharbeitsbranche

Ohne Klage kein Geld

Wie oft noch soll der „Tarifgemeinschaft Christlicher Gewerkschaften für Zeitarbeit und Personalserviceagenturen" (CGZP) bestätigt werden, dass sie nicht tariffähig ist, fragt sich ver.di-Justiziarin Martina Trümner. Nach dem BAG-Urteil zur CGZP rät sie allen LeiharbeiterInnen, die nach ungültigen CGZP-Tarifen bezahlt wurden, Nachzahlungen einzuklagen.



Foto: Michaela Schneider

Martina Trümner, 55, Rechtsanwältin, ist Justiziarin beim ver.di-Bundesvorstand in Berlin.

Im Dezember 2010 stellte das Bundesarbeitsgericht fest, dass die CGZP nicht tariffähig ist. Ihr mangelt es an Mächtigkeit: Die CGZP – ein Zusammenschluss mehrerer „Arbeitnehmer"-Organisationen – sollte ausschließlich für den Bereich der Leiharbeit Tarifverträge abschließen. Ihre Mitgliedsorganisationen waren und sind bis heute jedoch für diese Branche nicht in Gänze zuständig. Sie versetzen die CGZP auch nicht in die Lage, eigene Mächtigkeit zu entwickeln. **Das ist dann wie beim Auto: kein Sprit, kein Start. Keine Mächtigkeit, kein Tarifvertrag.** Die obersten Richter in Kassel haben damit einen entscheidenden Schritt gegen das Lohndumping in der Leiharbeitsbranche getan. Denn obwohl auch seit der Revision des Arbeitnehmerüberlassungsgesetzes (AÜG) der Equal-Pay-Grundsatz gilt, also LeiharbeitnehmerInnen das gleiche Entgelt erhalten sollen wie die Stammbelegschaften, gibt es eine kleine, aber entscheidende Einschränkung – abgewichen werden kann davon, wenn ein Tarifvertrag existiert. Das rief die CGZP auf den Plan. Um den Equal-Pay-Anspruch auszuhebeln, wurden viele Haustarifverträge mit der CGZP abgeschlossen. Bekannt wurde vor allem der Fall eines Tariflohns von tatsächlich nur 4,31 Euro.

Die selbst ernannten Tarifpartner hatten offenbar ein BAG-Urteil zu ihren Ungunsten erwartet und gingen schon vor der Verkündung in die Offensive: Sie schlossen zusammen mit anderen so genannten „Gewerkschaften" neue, mehrgliedrige Tarifverträge ab, auf die nun in den Equal Pay-Verfahren verwiesen wird. Mit dem Hinweis, die mit ins Boot geholten „Gewerkschaften" seien schließlich tariffähig. Eine rückwirkende Entlohnung lehnen die Leiharbeitgeber mit der Begründung ab, das BAG-Urteil gelte nicht für die Vergangenheit.

Eine Sichtweise, die das Arbeitsgericht Berlin nicht teilt. Ende Mai stellten die Richter fest, dass die Tarifabschlüsse der Jahre 2004, 2006 und 2008 natürlich ebenfalls nicht tariffähig waren. Gegen dieses Urteil will der beteiligte Arbeitgeberverband Rechtsmittel einlegen. Die gegenwärtige Strategie ist offensichtlich: **Die Gegenseite beruft sich darauf, dass die Tarifunfähigkeit für die Vergangenheit noch nicht festgestellt worden sei.** Außerdem verweisen sie auf die angebliche Verjährung.

Wie oft noch will sich die CGZP denn noch bestätigen lassen, dass sie nicht tariffähig ist? Hunderte von betroffenen LeiharbeitnehmerInnen haben bereits Klage auf Lohnnachzahlung eingereicht. Neben Berlin haben mittlerweile die Arbeitsgerichte Dortmund, Herford und Frankfurt/Oder klar gestellt: Die Equal-Pay-Klagen müssen nicht ausgesetzt werden. Angesichts der Urteilsbegründung des Bundesarbeitsgerichts können die Arbeitsgerichte die Tarifunfähigkeit voraussetzen und über die Ansprüche der Betroffenen entscheiden. Die überwiegende Zahl der bisherigen Entscheidungen der örtlichen Arbeitsgerichte lassen die Schlussfolgerung zu, dass sich die Klage lohnt. Allerdings gibt es keinen anderen Weg, als selbst aktiv zu werden. Jeder und jede Einzelne muss sich um die Ansprüche gegenüber ihren Arbeitgebern selbst kümmern.

Nun warnt die Arbeitgeberseite vor drohenden Insolvenzen und Arbeitsplatzverlusten. Eine unsinnige Drohung. Denn die Arbeitsleistung wird im Entleihbetrieb erbracht. Dort wird letztlich entschieden, wofür und in welchem Umfang Arbeitskräfte benötigt werden – nicht bei den Verleihern. Es ist äußerst bedenklich, dass die Arbeitgeber im Schulterschluss mit so genannten Arbeitnehmerorganisationen die Forderungen der LeiharbeiterInnen einfach aussitzen wollen. Dies dient nicht gerade dem Ansehen der ohnehin nicht gerade beliebten Leiharbeitsbranche.

Auch die DGB-Gewerkschaften haben Tarifverträge für die Leiharbeit abgeschlossen – nicht immer auf dem Niveau, das sie gerne erreicht hätten. Sie wollten verhindern, dass die CGZP-Verträge allein das Entgelt und den Mindestlohn in der Branche bestimmen. Um bessere Bedingungen für die Leiharbeit aushandeln zu können, brauchen die DGB-Gewerkschaften Mitglieder, die sich aktiv beteiligen. **Letztendlich aber führt kein Weg daran vorbei, die Ausnahmen vom Equal-Pay-Grundsatz aus dem AÜG zu streichen.** Das fordern nicht nur die Gewerkschaften seit langem, die Ausnahmen verstoßen auch gegen EU-Recht. •

Urteil gegen Dumpinglöhne

Am 14. Dezember 2010 entschied das Bundesarbeitsgericht über die Tariffähigkeit der Tarifgemeinschaft Christlicher Gewerkschaften für Zeitarbeit und Personaldienstleistungen (CGZP). Das Urteil war eindeutig, diese Gruppierung ist nicht tariffähig. Die CGZP musste einräumen, dass ihre Mitgliedsorganisationen Ende 2008 nicht mal 1400 Mitglieder in der Branche organisiert hatten.

Tatsache ist, dass viele Arbeitskräfte der Leiharbeitsbranche in ihren Arbeitsverträgen Verweise auf die – nun als ungültig deklarierten – Tarifverträge hatten oder noch haben. Sie bekamen deshalb erheblich niedrigere Löhne als die Stammbelegschaften.

Nach diesem Urteil sah alles ganz einfach aus: Klagen und Gewinnen war die Hoffnung der betroffenen Arbeitskräfte. Doch die Klagen gegen die Dumping-Verträge sind nicht problemlos. Die Arbeitgeberseite versucht, sich herauszuwinden. Um nicht den vom Gericht geforderten „gleichen Lohn für gleiche Arbeit" nachzahlen zu müssen.

Betroffen sind auch die Sozialkassen. Ihnen stehen Nachforderungen für die zu niedrigen Abgaben in Milliardenhöhe zu.

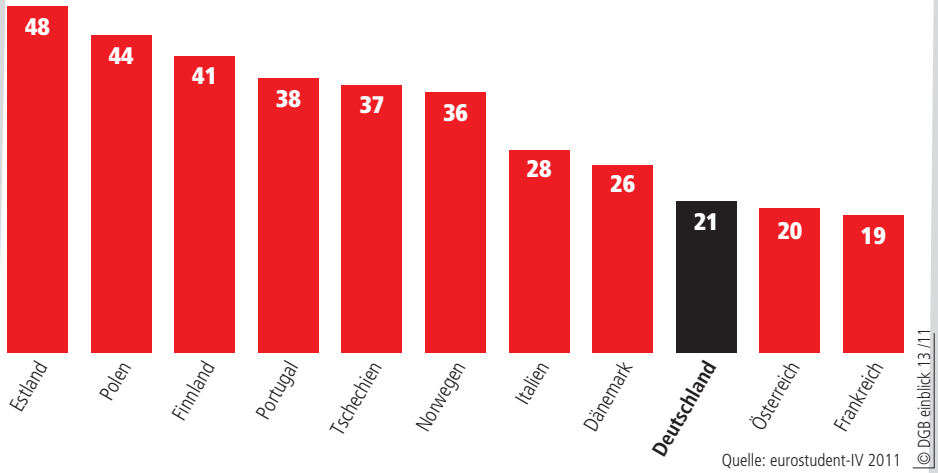
DIES & DAS

die DGB grafik

DEUTSCHE HOCHSCHULEN: Geringe Chancen für Arbeiterkinder

Gerade einmal ein Fünftel aller Studierenden in Deutschland stammt aus einer Arbeiterfamilie. Das zeigt der „eurostudents"-Bericht, der die Studienbedingungen in 25 europäischen Ländern untersucht. Geringere Chancen auf ein Hochschulstudium haben nur noch Arbeiterkinder in Österreich und Frankreich. Gute Zugangsmöglichkeiten zur Universität haben junge Menschen in Estland, Polen und Finnland. Der Bericht belegt zudem: Kinder aus bildungsfernen Schichten verzichten eher auf ein Auslandssemester.

Anteil von Arbeiterkindern an allen Studierenden in ausgewählten europäischen Ländern (in Prozent)



Quelle: eurostudent-IV 2011

© DGB einblick 13/11

14 TAGE

mehr Infos: www.einblick.dgb.de

6.7. Hans-Böckler-Stiftung, Institut Arbeit und Qualifikation der Universität Duisburg-Essen, IG Metall-Bezirk NRW, Tagung „Rückenwind für die Betriebsräte? Eine Analyse betrieblicher Modernisierungskampagnen in der Metall- und Elektroindustrie", Düsseldorf

6.7. GEW, Diskussion „Arbeitsplatz Hochschule – Zwischen Exzellenz und Prekariat", Aachen

7.7. DGB Bezirk Sachsen, Informationsforum „Sparen wir uns ein soziales Europa?", Dresden

8./9.7. IG Metall, Tagung „Der Vernichtungskrieg gegen die Sowjetunion – Arbeitswelt im Zeichen von Gewalt und Zwangsarbeit und das Schicksal der sowjetischen Kriegsgefangenen 1941-45", Berlin

8.-10.7. DGB-Jugend NRW, Workshop „Qualifizierung: Bildungsarbeit gegen Neonazis und Rassismus", Hattingen

13./14.7. IG Metall Bayern, „Automobilkonferenz der IG Metall Bayern", Bad Gögging

14.7. Gemeinsame Arbeitsstelle Ruhr-Universität Bochum/IG Metall, Hans-Böckler-Stiftung, Otto-Brenner-Stiftung, Workshop „Hochschulzugang für Berufstätige – Exemplarisch analysiert am Beispiel der Ruhr-Universität Bochum", Bochum

IMPRESSUM *einblick* erscheint vierzehntäglich **Herausgeber:** DGB **Verlag:** Graewis Verlag GmbH **GeschäftsführerInnen:** Anne Graef, Dr. Peter Wilke **Redaktion:** Anne Graef (verantw.), Sebastian Henneke **Redaktionelle Mitarbeit:** Udo Böhlefeld, Birgit Böhret, Luis Ledesma **Redaktionsanschrift:** Wallstraße 60, 10179 Berlin, Tel. 030/30882 4-0, Fax 030/30882420, Internet: www.einblick.dgb.de, E-Mail: redaktion@einblick.info **Anzeigen:** Bettina Mützel, Tel. 030/859946-240, Fax 030/859946-100, E-Mail: bettina.muetzel@berlin.de **Layout:** zang.design **Infografik:** Klaus Niesen **Druck und Vertrieb:** PrintNetwork Berlin **Abonnements:** Änderungen schriftlich an Redaktion *einblick* (Adresse s.o.)
Nachdruck frei für DGB und Gewerkschaften bei Quellenangabe und zwei Belegexemplaren. Alle Anderen nur nach schriftlicher Genehmigung durch den Verlag. Nachdruck von namentlich gezeichneten Artikeln nur nach Genehmigung durch Verlag und Autor.

personalien

••• ***Ulrich Eckelmann,*** 59, ist neuer Generalsekretär des Europäischen Metallgewerkschaftsbundes (EMB). Die Delegierten des Kongresses wählten ihn mit 99 Prozent in sein Amt. Eckelmann war zuvor beim IG Metall-Vorstand zuständig für Wirtschaft, Technologie und Umweltfragen. Er folgt Peter Scherrer. Alter und neuer Präsident des EMB ist ***Renzo Ambrosetti,*** 59, Co-Präsident der Schweizer Gewerkschaft Unia. Im Amt des stellvertretenden Generalsekretärs wurde ***Bart Samyn,*** 53, bestätigt.

Tipp

***Buch:* Norbert Blüm, *Ehrliche Arbeit – Ein Angriff auf den Finanzkapitalismus und seine Raffgier,* Gütersloher Verlagshaus, 319 Seiten, 19,99 Euro**

In seinem Buch „Ehrliche Arbeit" widmet sich der Ex-Arbeitsminister Norbert Blüm der aktuellen Situation auf den weltweiten Finanzmärkten samt Folgen für die ArbeitnehmerInnen. Präzise Analysen der neoliberalen Mechanismen konterkariert er mit privaten Anekdoten aus Familie und der eigenen Ausbildung bei Opel. Für Blüm steht fest: Die Privatisierung der „sozialen Sicherheit" ist ein Rohrkrepierer. Seine Lösung: Subsidiäre Solidarität durch stärkere Selbstverwaltung.

Schlusspunkt.

„Ohne Not wollen nun SPD und Linke das Mitbestimmungsgesetz novellieren und Unternehmertum zurückdrängen."

Regina Seidel, Chefin der Seidel Consulting GmbH & Co.KG, zu den Anträgen der Opposition zur Unternehmensmitbestimmung im Berliner IHK-Magazin 6-2011.

Zeiterfassung

Wer manipuliert, riskiert Kündigung

Eine systematische Manipulation von Zeiterfassungsdaten stellt eine schwerwiegende arbeitsvertragliche Pflichtverletzung dar, die grundsätzlich geeignet ist, eine fristlose Kündigung zu begründen.

Dies gilt auch, wenn der Arbeitnehmer einen anderen anweist, die Zeiterfassung zu manipulieren, um selbst eine höhere Vergütung zu erzielen. Handelt es sich dabei aber um eine geringfügige Pflichtverletzung, ist eine Kündigung nicht gerechtfertigt. Eine solche Bagatelle liegt etwa vor, wenn ein Arbeitnehmer einen Auszubildenden anweist, sich für eine einminütige Mitarbeit nicht in das Zeiterfassungssystem einzustempeln.

Landesarbeitsgericht Schleswig-Holstein, Urteil vom 29. März 2011 - 2 Sa 533/10

Alkohol am Steuer

Radfahren darf nicht verboten werden

Die Straßenverkehrsbehörde darf einem Verkehrsteilnehmer, der allein als Kraftfahrer alkoholauffällig wurde, nicht das Führen eines Fahrrads verbieten, weil er kein medizinisch-psychologisches Gutachten vorgelegt hat. Das Oberverwaltungsgericht Rheinland-Pfalz entschied, es sei nicht statthaft, die Zweifel an der Fähigkeit zum Führen eines Kraftfahrzeuges einfach auf ein Fahrrad zu übertragen.

Oberverwaltungsgericht Rheinland-Pfalz, Beschluss vom 8. Juni 2011 - 10 B 10415/11.OVG

Daimler AG

Betriebsratswahl ungültig

Die Betriebsratswahl im Betrieb „Zentrale" der Daimler AG vom 10 März 2010 ist unwirksam. Die Zuordnung von 636 Mitarbeitern der so genannten Führungsebene E 3 als leitende Angestellte ist offensichtlich fehlerhaft erfolgt.

Landesarbeitsgericht Baden-Württemberg, Beschluss vom 29. April 2011 – 7 TaBV 7/10

Hartz IV

Für Einzelpersonen 50 Quadratmeter

Alleinstehende Bezieher von Hartz-IV-Leistungen haben in Nordrhein-Westfalen ab 1. Januar 2010 Anspruch auf 50 Quadratmeter Wohnfläche.

Landessozialgericht Nordrhein-Westfalen, Urteil vom 16. Mai 2011 – L 19 AS 2202/10

Hartz IV

Nicht immer Geld für Nachhilfe

Kinder von Hartz-IV-Empfängern haben bei schlechten Noten nicht immer einen Anspruch auf Übernahme der Kosten für Nachhilfe. Das gilt vor allem, wenn die bisherige Nachhilfe zu keiner Verbesserung der Schulleistungen geführt hat.

Sozialgericht Frankfurt/M, Beschluss vom 5. Mai 2011 - S 26 AS 463/11 ER

Arbeitszeugnis

„Gute Wünsche" sind erlaubt

Steht als Schlussformel in einem Arbeitszeugnis, man wünsche dem Arbeitnehmer „für die Zukunft alles Gute", muss dies nicht als negative Bewertung der Arbeitsleistung verstanden werden.

Der Fall: Nach der Beendigung des Arbeitsverhältnisses erteilte der Arbeitgeber dem Arbeitnehmer, der als Marktleiter im Baumarkt tätig war, ein qualifiziertes Arbeitszeugnis. Das Zeugnis enthielt am Ende die Formulierung: „Wir wünschen ihm für die Zukunft alles Gute." Damit war der Arbeitnehmer nicht einverstanden und verlangte, das Zeugnis um die Formulierung „Wir bedanken uns für die langjährige Zusammenarbeit und wünschen ihm für seine private und berufliche Zukunft alles Gute" zu ergänzen. Er begründete seine Klage, dass eine fehlende bzw. unzureichende „Wunschformel" ein besonders gutes Zeugnis entwerte. Aus dem vollständigen oder teilweisen Fehlen von Schlussformulierungen zögen potenzielle Arbeitgeber negative Schlussfolgerungen. Die Klage blieb erfolglos.

Das Landesarbeitsgericht: Ein Zeugnis muss allgemein verständlich sein. In dem Rahmen ist der Arbeitgeber grundsätzlich frei in der Formulierung des Zeugnisses, solange es nichts Falsches enthält. „Falsch" ist ein Zeugnis auch, wenn der Arbeitgeber durch Auslassungen zu verstehen gibt, dass der Arbeitnehmer in Wahrheit anders beurteilt werde, nämlich ungünstiger als im Zeugnis bescheinigt. Die Grundsätze aus diesem so genannten „beredten Schweigen" betreffen aber den gesetzlich geschuldeten Zeugnisinhalt, also unter anderem die Leistungs- und Führungsbeurteilung, und sind auf das Fehlen von Schlusssätzen nicht zu übertragen. In der vorliegenden Schlussformulierung liegt kein beredtes Schweigen vor, sondern die Formulierung einer Höflichkeitsbekundung.

Landesarbeitsgericht Baden-Württemberg, Urteil vom 3. Februar 2011 - 21 Sa 74/10

Unfallversicherung

Sturz vom Pferd kein Arbeitsunfall

Ein Reitunfall mit einem Pferd, das bei einem Viehhändler zum Weiterverkauf im Kundenauftrag stand, fällt nicht unter den Schutz der gesetzlichen Unfallversicherung.

Der Fall: Der 28-jährige Mann war mit zwei Bekannten ausgeritten und in einer Gaststätte eingekehrt. Dort konsumierten die Reiter Alkohol. Auf dem Rückweg über einen frisch gepflügten Acker kam es zu einem tragischen Sturz vom Pferd, bei dem er eine Querschnittslähmung davon trug. Nach dem Unfall behauptete der Verletzte, er habe den Wallach im Auftrag des Viehhändlers geritten, da es noch nicht hinreichend straßen- bzw. geländesicher gewesen sei. Die Klage auf Anerkennung als Arbeitsunfall hatte keinen Erfolg.

Das Landessozialgericht: Dem verletzten Reiter steht keine Entschädigung der gesetzlichen Unfallversicherung zu. Denn weder war er bei dem Viehhändler abhängig beschäftigt, noch wurde er bei dem Ausritt wie ein Beschäftigter tätig. Eine Beauftragung durch den Viehhändler zum Ausreiten – mit der Folge des Versicherungsschutzes – ließ sich nicht nachweisen, auch wenn dieser ihm das Pferd überlassen hatte. Zweck des Ausritts war nicht, den Wallach einzureiten, sondern der Wunsch, einen Ausritt mit Bekannten zu unternehmen. Hierfür sprach auch das Ziel des Ausritts zum Alkoholkonsum. Eine arbeitnehmerähnliche Tätigkeit des Reiters konnte nicht festgestellt werden.

Landessozialgericht Niedersachsen-Bremen, Urteil vom 25. Januar 2011 - L 9 U 267/06

einblick
gewerkschaftlicher Info-Service vom 18.07.2011 14/11

DGB

inhalt

Seite 3
Panzer-Deal inkognito
Der Panzer-Deal nach Saudi-Arabien hat die Debatte um Rüstungsexporte voll entfacht. einblick beleuchtet gewerkschaftliche Positionen

Seite 5
Gut beraten
Seit einem Jahr berät das Beratungsbüro für entsandte Beschäftigte des DGB Berlin-Brandenburg ArbeitnehmerInnen aus Osteuropa. einblick stellt das erfolgreiche Projekt vor

Seite 7
Falsche Weichenstellung
Für IG BCE-Vorstandsmitglied Edeltraud Glänzer steht fest: Das von Schwarz-Gelb geplante Betreuungsgeld stellt die Weichen vollkommen falsch

Krise der Eurozone

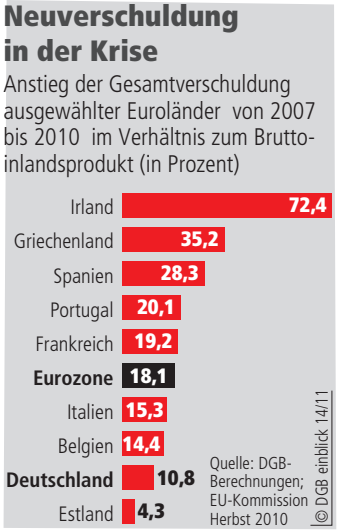
Die Politik hat versagt

Jetzt also auch Italien: Nach Griechenland, Portugal und Irland stellen nun die Finanzmärkte dessen Kreditwürdigkeit infrage. Die Empfehlung von Kanzlerin Angela Merkel an den südlichen Nachbarn kam prompt und wenig überraschend: Berlusconi müsse mehr sparen. Italien solle einen Haushalt verabschieden, „der den Anforderungen an die notwendige Sparsamkeit und Haushaltskonsolidierung Rechnung trägt". Im Klartext heißt das nichts anderes, als zu deregulieren, zu liberalisieren, zu privatisieren, Renten und Sozialleistungen zu kürzen, kurzum: den Sozialstaat abzubauen.

„Mit Kaputtsparen kann die Krise nicht überwunden werden", betont DGB-Vorstandsmitglied Annelie Buntenbach. Das zeige das Beispiel Griechenland. Sie kritisiert: „Statt die eigentlichen Ursachen der Krise zu bekämpfen und die Finanzmärkte wirksam zu regulieren, müssen die Beschäftigten in ganz Europa allein die Lasten der Krise tragen." Zu Beginn der Finanzkrise überboten sich die PolitikerInnen noch mit Ankündigungen, wie etwa die Hedgefonds bändigen zu wollen oder die Verursacher der Krise an ihren Kosten zu beteiligen. Zwei Jahre hat die Politik Zeit gehabt, das umzusetzen. Weder wurde eine Finanztransaktionssteuer eingeführt, noch wurden weitreichende Maßnahmen zur Kontrolle der Finanzmärkte initiiert. „Europas Eliten haben versagt. Die Politik hat ihre Hausaufgaben nicht gemacht", fasst Buntenbach zusammen.

Und so haben die Gewerkschaften Zweifel, dass den markigen Politikerworten, die Macht der drei marktbeherrschenden Ratingagenturen Standard & Poor's, Moody's und Fitch zu zerschlagen oder europäische Konkurrenzagenturen zu schaffen, Taten folgen. Die viel Gescholtenen zeigen sich auch wenig beeindruckt von der Politiker-Kritik. Nach Griechenland und Portugal hat Moody's nun Irlands Staatsanleihen als Ramsch eingestuft. „Die Ratingagenturen waren maßgeblich mitverantwortlich für den Kollaps des globalen Finanzsystems. Nun gefährden sie mit ihren Bewertungen ganze Staaten, und ein Ende ist nicht in Sicht", stellt DGB-Vorstand Claus Matecki klar.

Die Gewerkschaften in Europa sehen hinter dem miserablen Krisenmanagement der Politik noch einen anderen Plan. Konservative und liberale PolitikerInnen in ganz Europa nutzen die Krise für einen Umbau Europas. Dafür sei der Euro-Plus-Pakt mit seiner restriktiven Lohnpolitik und rigiden Spar- und Deregulierungsvorgaben nur ein Beispiel, erklärt Annelie Buntenbach. Die Gewerkschaften sehen dem nicht tatenlos zu und setzen ihre Aktionen gegen diese Politik fort – etwa mit einer Demonstration am 17. September in Breslau. •



Sinkende Steuereinnahmen oder die Kosten der Bankenrettung: Infolge der Finanzmarktkrise ist in allen EU-Staaten die Neuverschuldung gestiegen, während das Bruttoinlandsprodukt (BIP) abnahm.

plusminusBERLIN

+ ***Hans Michelbach** (CSU), Obmann für die Union im Finanzausschuss des Bundestags, will die Macht der US-Rating-Agenturen brechen: „Den großen Drei muss jetzt klar gemacht werden: Wenn sie nicht unverzüglich die Bedingungen für eine Zulassung für die EU erfüllen, sind sie aus dem Spiel."*

– ***Sein Koalitionskollege Volker Wissing** (FDP), Vorsitzender des Finanzausschusses, meint, die Bewertungen der Rating-Agenturen entsprächen deren legitimen Auftrag: „Schließlich käme wohl kaum jemand auf die Idee, den TÜV haftbar zu machen, wenn bei einem Auto die Bremsen versagen."*

Der Surf-Tipp fürs Internet

www.respekt.tv
Internetplattform der IG Metall für die Initiative „Respekt! Kein Platz für Rassismus" – jetzt mit vielen neuen Videos und Promi-Botschaften

Hintergrund

www.einblick.dgb.de/hintergrund
DGB-Broschüre: Europa neu justieren – Wachstum fördern, Beschäftigung sichern, Euro stabilisieren

Alternsgerechtes Arbeiten

Fehlanzeige

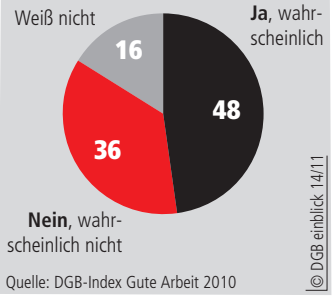
Schwarz-Gelb will an der Rente mit 67 nicht rütteln. Doch wie gut ist die Bundesregierung auf die Verlängerung der Lebensarbeitszeit vorbereitet? Die Bundestagsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen sieht riesige Defizite. Mit einer Kleinen Anfrage an die Bundesregierung wollten die Grünen den aktuellen Stand in Sachen „alterns- und altersgerechte Arbeitsbedingungen" erfahren. „Die Antworten der Bundesregierung sind ernüchternd", fasst Beate Müller-Gemmeke, Fraktionssprecherin für Arbeitnehmerrechte, zusammen. Wenn sich in Kürze nichts ändere, führe die Rente mit 67 nur zu „einer Rentenkürzung durch die Hintertür".

Weder gebe es Zahlen oder – wie es in der Antwort heißt – „umfassende Kenntnisse" über alterns- und altersgerechte Arbeitsplätze, noch kenne die Regierung die Realität in den Unternehmen. So sei es auch nicht verwunderlich, dass Schwarz-Gelb keinen Bedarf für „zielgerichtete gesetzliche Maßnahmen" sieht, um längeres Arbeiten zu ermöglichen. Zudem zeigten die Antworten der Regierung, dass es einen „undurchschaubaren Dschungel" an Projekten, Initiativen, Kampagnen und Kontaktpersonen zur Thematik gebe. Das überfordere die Unternehmen, kritisiert Müller-Gemmeke.

Die Gewerkschaften lehnen die Rente mit 67 ab, weil die Voraussetzungen für ein höheres Rentenalter nicht gegeben sind. So arbeiten gerade mal gut sechs Prozent der 64-Jährigen in Vollzeit, wie der vierte Monitoring-Bericht des „Netzwerks für eine gerechte Rente" belegt. DGB-Vorstandsmitglied Annelie Buntenbach forderte bei der Vorstellung des Berichts im vergangenen Jahr die Bundesregierung auf, die Rente mit 67 „zumindest auf Eis zu legen" und erst einmal für einen besseren Gesundheitsschutz und Weiterbildung zu sorgen. •

Gesund in Rente

Selbsteinschätzung der Beschäftigten, ob sie ihre Arbeit bis ins Rentenalter ausüben können (in Prozent)



Quelle: DGB-Index Gute Arbeit 2010

Mehr als ein Drittel aller Beschäftigten kann sich nicht vorstellen, angesichts der derzeitigen Arbeitsbedingungen bis zur Rente im Job durchzuhalten.

Praktikanten

Missbrauch beenden

Praktika müssen besser geregelt werden: Sie brauchen klare gesetzliche Definitionen, ordentliche Arbeitsverträge und eine monatliche Vergütung. Das fordert der DGB seit langem – ebenso auch alle drei Oppositionsparteien im Bundestag. Mit deren ähnlichen Anträgen zur Situation der Praktikanten beschäftigte sich der Bildungsausschuss des Bundestages Ende Juni in einem Fachgespräch.

Nicht nur die Opposition ist sich in den Grundforderungen einig, geladene Experten bestätigten überwiegend den Handlungsbedarf. Mit einer Ausnahme: Jürgen Wuttke, Arbeitsmarktexperte des Arbeitgeberverbandes BDA, warnte vor einer stärkeren Regulierung und höheren Kosten für die Unternehmen. Die Folge sei, dass keine Praktikantenplätze mehr angeboten würden. DGB-Bundesjugendsekretär René Rudolf verwies darauf, dass nach einer DGB-Studie 38 Prozent der Jungakademiker nach dem Studium ein Praktikum oder eine praktikumsähnliche Beschäftigung absolvieren. Die Hoffnung auf eine Festanstellung danach erfülle sich aber nur für jeden Fünften. Martina Rebien vom Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) sieht „Anzeichen", dass Praktika von den Arbeitgebern nicht als Chance für einen Berufseinstieg angeboten würden, sondern als Ersatz für reguläre Beschäftigung.

Ob sich mit der derzeitigen Bundesregierung etwas verbessern lässt, ist fraglich. Für die Union erklärten die beiden Abgeordneten Albert Rupprecht (CSU) und Uwe Schummer (CDU): „Wer (…) Praktikanten gegenüber allen anderen Beschäftigten sogar noch privilegieren will, der setzt Praktikantenplätze aufs Spiel, die zum Erwerb beruflicher Handlungskompetenz dringend benötigt werden." •

www.einblick.dgb.de/hintergrund

Jugendarbeitsschutz

Erfolg dank Beharrlichkeit

Nach jahrelangem Einsatz kann die DGB-Jugend nun einen Etappensieg verbuchen: Das Jugendarbeitsschutzgesetz (JArbSCHG) soll nicht verschlechtert werden. Das empfiehlt zumindest eine Bund-Länder-Arbeitsgruppe. Das über 50 Jahre alte Gesetz, das Kinderarbeit verbietet und Jugendliche vor gesundheitsschädigenden Arbeitsbedingungen schützen soll, stand immer wieder auf der Tagesordnung des Bundestages. 2006 setzte die damalige Große Koalition – nach drei Novellierungen durch Vorgängerregierungen – eine Bund-Länder-Arbeitsgruppe ein, die jetzt nach fünf Jahren Arbeit festgestellt hat, dass das Gesetz in seinen wesentlichen Grundzügen erhalten bleiben sollte.

Die DGB-Jugend hat seit 2006 kontinuierlich jegliche Verschlechterung bekämpft – mit Schutzpaten, Postkartenaktionen oder gewerkschaftlichem Sachverstand bei den Bundestags-Anhörungen. Nun kann Benjamin Krautschat, Ausbildungsexperte der DGB-Jugend, mit Recht feststellen: „Wir waren – vorerst – erfolgreich." Das positive Votum der Arbeitsgruppe ist der DGB-Jugend auch deshalb wichtig, weil Schwarz-Gelb 2009 im Koalitionsvertrag ankündigt hatte: „Ausbildungshemmnisse im Gastgewerbe werden durch ein flexibleres Jugendarbeitsschutzgesetz abgebaut." Und war dabei offensichtlich einem Wunsch des Hotel- und Gaststättenverbandes DEHOGA gefolgt, der sich ja schon erfolgreich bei der Mehrwertsteuerreduzierung für Hoteliers durchgesetzt hatte.

Nun will die Bund-Länder-Arbeitsgruppe, dass, von kleinen Änderungen abgesehen, alles beim Alten bleibt. Sie erteilt sowohl einer Erweiterung der Nachtarbeit als auch einer Ausdehnung der Arbeitszeit eine Absage, nicht zuletzt dank zahlreicher Expertenanhörungen und drei wissenschaftlicher Studien im Auftrag der Arbeitsgruppe. •

www.dgb-jugend.de

Mitbestimmung

Exportschlager

In punkto Mitbestimmung ist die Schweiz ein „zahnloser Tiger". Das will die Schweizer sozialdemokratische Nationalrätin Susanne Leutenegger-Oberholzer ändern, wie sie im Interview mit *syndicom*, der Zeitung der Schweizer Gewerkschaft Medien und Kommunikation, erklärte. Mit einer Gesetzesinitiative im Parlament will sie erreichen, dass Arbeitnehmervertretungen für alle Firmen ab 100 Beschäftigte obligatorisch und ihre Rechte verbessert werden. Gleichzeitig fordert sie, dass die EU-Betriebsratsrichtlinie auch für die Schweiz anwendbar wird. •

Waffenexport

Rüstung braucht Regeln

Der von der Bundesregierung geplante Panzerexport nach Saudi-Arabien schlägt hohe Wellen. Die Opposition verlangt die Rücknahme des Waffengeschäftes. Für die IG Metall, zu deren Organisationsbereich die Rüstungsunternehmen zählen, ist die Lösung der strittigen Frage dennoch eindeutig. Rüstungsexport könne nicht beliebig sein.

Die IG Metall hat's geahnt: „In den nächsten Monaten ist mit einer verstärkten öffentlichen Debatte um das Für und Wider von Rüstungsexporten zu rechnen." So steht es seit August 2010 im Extranet der IG Metall, dem Internetportal für Mitglieder. Mit Prophetie habe das nichts zu tun, sagt Kai Burmeister, der damalige Koordinator des Arbeitskreises Wehrtechnik und Arbeitsplätze beim IG Metall-Vorstand: „Die Diskussion war abzusehen."

Denn Rüstung wird ausschließlich aus den öffentlichen Haushalten finanziert. In Zeiten nationaler Sparetats hat die Rüstungsindustrie also ein Problem. Das ist für den weltweit drittgrößten Waffenexporteur Deutschland bitter. Aber es gibt ausreichend Interessenten weltweit, die sich für die deutsche Wertarbeit interessieren. Saudi-Arabien gehört dazu. Ein Land, dem die Bundesregierung „strategische Bedeutung" zumisst, wie sie formuliert. Ein Argument, das offensichtlich über jedes Menschenrecht erhaben ist.

Für IG Metall-Vorstand Wolfgang Rohde ist diese Lösung keine Lösung, er sagt: „Eine ‚Rüstungsexportpolitik der offenen Tür' ist mit der IG Metall nicht zu machen." Doch die „Waffen" der Gewerkschaft sind in diesem Fall nicht die treffsichersten. Denn die Betriebsräte unterschreiben keine Exportpapiere. Die Haltung der Gewerkschaften ist ohnehin eindeutig. Bereits im DGB-Grundsatzprogramm von 1996 heißt es: „Rüstungsexporte müssen dauerhaft reduziert, Rüstungsausgaben nachhaltig gesenkt werden."

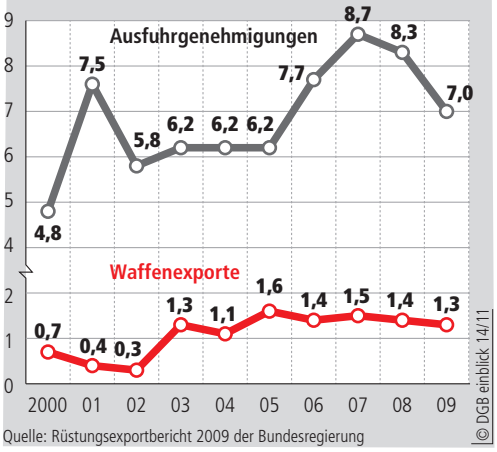
In den 1980er und 1990er Jahren befassten sich viele Arbeitskreise engagierter Metaller und Betriebsräte aus Rüstungsbetrieben mit dem Thema Konversion, der Umwandlung militärischer in zivile Produkte. Diese Initiativen hatten nicht den erhofften Erfolg. Denn auch hier gilt, Betriebsräte können zwar mitbestimmen, wie produziert wird, aber nicht, was. Produktmitbestimmung gibt es in Deutschland nicht. Viele gute Ideen wurden von den Unternehmen nicht aufgegriffen. Konversion gelang in der Regel dort, wo sich anderes nicht mehr rechnete. Sei es an früheren Standorten der Alliierten oder bei Unternehmen, deren Produkte keine Zukunft mehr hatten.

Die IG Metall nahm 2007 einen neuen Anlauf. Auf ihrem Gewerkschaftstag in Leipzig wurde ein Antrag angenommen, das Aktionsprogramm Rüstungskonversion von 1998 zu aktualisieren. Der Arbeitskreis Wehrtechnik, in dem sich die Betriebsräte der Rüstungsbranche zusammengeschlossen haben, beschäftigt sich mit diesen Fragen. Denn den ArbeitnehmervertreterInnen ist klar: Eine dauerhafte, gute Beschäftigung heißt, langfristig brauchen die Unternehmen zivile Güter in ihrem Produktionsprogramm.

Schätzungsweise 80 000 Arbeitsplätze sind direkt oder indirekt von der Rüstungsindustrie in Deutschland abhängig (1990 waren es noch 240 000). Die Zahl der Rüstungsfirmen ist noch schwieriger zu erfassen; der junge Bundesverband der Deutschen Sicherheits- und Verteidigungsindustrie mit Sitz in Berlin, erst 2009 gegründet, zählt 98 Mitgliedsunternehmen. Es sind große Namen dabei, von EADS bis Thyssen-Krupp oder Rheinmetall, Unternehmen, die zu einem großen Teil auch über umsatzstarke zivile Produktionsbereiche verfügen. Mit dem Branchenverband wollen sie jedoch speziell für ihre Rüstungssparte ihre Interessen im politischen Berlin sichern. •

Waffenexport verdoppelt

Genehmigungen für Lieferungen von Rüstungsgütern und tatsächlich erfolgte Ausfuhren von Kriegswaffen 2000 – 2009 (Wert in Milliarden Euro)



Quelle: Rüstungsexportbericht 2009 der Bundesregierung

© DGB einblick 14/11

In der Zeit von 2005 bis 2009 sind Kriegswaffen im Wert von knapp 7,3 Milliarden Euro exportiert worden – fast doppelt so viele wie in den fünf Jahren davor (3,8 Milliarden Euro); 76 Prozent der Ausfuhren gingen 2009 in EU-, Nato- und der Nato gleichgestellte Länder. Gestiegen ist auch der Wert der Ausfuhrgenehmigungen für alle Rüstungsgüter – obwohl die Bundesregierung im Jahr 2000 beschlossen hat, ihre Rüstungsexportpolitik „restriktiv zu gestalten". Das wird allerdings zunehmend schwieriger, weil immer mehr Firmen europaweit kooperieren.

Antikriegstag 2011: Nie wieder Krieg!

Unter dem Motto „Freiheit und Frieden für alle – Nie wieder Krieg!" ruft der DGB zum Antikriegstag am 1. September 2011 auf. Im Aufruf fordert der DGB die Bundesregierung unter anderem auf, den Bundeswehreinsatz in Afghanistan zu beenden und die Zivilgesellschaft stärker zu unterstützen.

Beim Thema Rüstungsexporte nimmt der DGB die Bundesregierung in die Pflicht, Lehren aus den Fehlern der Vergangenheit zu ziehen: „Die Waffen, die Machthaber in der arabischen Welt gegen ihr eigenes Volk einsetzen, haben unter anderem deutsche und europäische Rüstungsfirmen geliefert. Deutschland ist der drittgrößte Waffenexporteur der Welt. Wir fordern die Bundesregierung einmal mehr auf, Rüstungsexporte in Krisenregionen zu verbieten und Rüstungsausgaben nachhaltig zu senken!"

Außerdem gelte es, den Demokratieprozess in der arabischen Welt stärker zu unterstützen – auch finanziell. Die Bundesregierung soll sich zudem für eine atomwaffenfreie Welt einsetzen.

Den DGB-Aufruf zum Antikriegstag gibt es im Internet:

www.einblick.dgb.de/hintergrund

Anzeige

Arbeitskampf: Was ist zulässig, was nicht.



Arbeitskampfrecht
Handbuch für die Rechtspraxis
Herausgegeben von Prof. Dr. Wolfgang Däubler
3. Auflage 2011, 1.005 S., geb., 128,– €
ISBN 978-3-8329-4647-0
Weitere Informationen: www.nomos-shop.de/11454

Das neue Handbuch behandelt umfassend alle aktuellen **Grundsatzprobleme des Arbeitskampfrechts**,wie z.B. die Zulässigkeit des **„wilden" und des politischen Demonstrationsstreiks** sowie die Möglichkeit des Arbeitgebers, mit **Aussperrung** oder der **Einstellung von Streikbrechern** zu reagieren. Aber auch praktisch bedeutsame Einzelfragen wie der Erlass von **einstweiligen Verfügungen** sind einbezogen.

Besonders hilfreich und praxisnah:
Alle wichtigen atypischen Kampfformen wie

- der Flashmob
- die Lahmlegung von Servern
- die gebündelte Ausübung von Individualrechten oder
- der Dienst nach Vorschrift

werden übersichtlich kommentiert.

Hochaktuell:
Das grundlegende Standardwerk zum Arbeitskampfrecht nimmt bereits Stellung zum geplanten Tarifeinheitsgesetz.

Nomos
Bitte bestellen Sie im Buchhandel oder versandkostenfrei unter ► www.nomos-shop.de

Otto-Brenner-Stiftung

Info-TV unter der Lupe

Gemeinsam mit dem Netzwerk Recherche präsentiert die Otto-Brenner-Stiftung die Studie „Wa(h)re Information – Interessant geht vor relevant". Autor Fritz Wolf analysiert darin die TV-Aufbereitung von Informationen. Sein Fazit: „Private Sender bauen seit einiger Zeit ihren Informationsteil systematisch ab." Zudem sei die Primetime – das Abendprogramm ab 18 Uhr – „die informationsärmste Zeit des Tages". Hier stünden vor allem die Öffentlich-Rechtlichen in der Pflicht. Sie sollten ihren Informationsbegriff in Richtung „größere Vielfalt" ausweiten. Wolf kritisiert außerdem den Vormarsch so genannter Scripted Reality-Sendungen. Das sind Pseudo-Dokumentationen, in denen LaienschauspielerInnen zum Beispiel dramatische Familienprobleme nachstellen. •
www.otto-brenner-shop.de

Handbuch

Erfolgreiche Medienarbeit

Öffentlichkeit für Themen der Arbeitswelt zu schaffen, ist nicht einfach. Das Handbuch „Medien machen" will für Abhilfe sorgen. Die vier AutorInnen aus dem gewerkschaftlichen Umfeld geben in ihrem Werk Tipps und Infos, wie erfolgreiche Medienarbeit in Gewerkschaften, Betrieben und nichtkommerziellen Organisationen aussehen kann. ExpertInnen aus Rundfunk und Presse erörtern wichtige Punkte der Medienproduktion wie zum Beispiel Zielgruppen, journalistische Darstellungsformen und Gestaltung. Auch Presse- und Öffentlichkeitsarbeit und Trends in Sachen Web 2.0 werden beleuchtet. Das Handbuch erscheint im August im Schüren Verlag. Begleitet wird das Handbuch von einem Blog. •
www.handbuch-medien-machen.de

DGB-Jugend

Politik und Urlaub

Gemeinsam mit Jugendverbänden und den Jugendorganisationen von SPD und Grünen lädt die DGB-Jugend vom 25.-28. August zum Bündniscamp an den Werbellinsee in Brandenburg ein. Unter dem Motto „Is nich? – Gibt es nicht! Änder das" bieten die Veranstalter Workshops und Diskussionen zu unterschiedlichen politischen Themen an, etwa zum Sozialabbau, zur Bildungsmisere und zur Ausbeutung in der Arbeitswelt. Die OrganisatorInnen versprechen zudem: „Die Freizeit kommt nicht zu kurz: ob Fußball-Turnier, Lagerfeuer oder Karaoke." Für alle sei etwas dabei. Die Teilnahme kostet 30 Euro pro Person. Anmeldung und weitere Infos gibt's im Netz. •
www.aenderdas.de/buendniscamp/

interregio

••• Gemeinsam mit Unternehmerverbänden aus Mecklenburg-Vorpommern lädt der ***DGB Nord*** am 5. Oktober alle Jungen ab der fünften Klasse zum ***„JungsTag MV"*** ein. Ziel ist es, dass Jungen soziale Berufe kennenlernen und sich über ihre spätere Berufs- und Lebensplanung austauschen. Für LehrerInnen und SchulsozialarbeiterInnen gibt es speziell entwickelte Unterrichtsmodule, um zum Beispiel Rollenbilder aufzubrechen oder unterschiedliche Berufe vorzustellen. Die Veranstalter betonen, dass man sich anders als vom Bundesarbeitsministerium vorgeschlagen, bewusst gegen eine Zusammenlegung von Girls' Day und Boys' Day entschieden habe. Weitere Infos gibt's im Internet.
www.jungstag-mv.de

Beratungsbüro für entsandte Beschäftigte

Dumping mit Methode

Mindestlöhne, Urlaubsanspruch, Arbeitszeit – seit gut einem Jahr berät das Beratungsbüro für entsandte Beschäftigte in Berlin ArbeitnehmerInnen aus osteuropäischen Ländern über ihre Rechte auf dem deutschen Arbeitsmarkt. einblick stellt das Projekt des DGB Berlin-Brandenburg vor.

„Eine große Veränderung durch die volle Arbeitnehmerfreizügigkeit in der EU seit dem 1.Mai können wir nicht feststellen", betont Bettina Wagner vom Beratungsbüro für entsandte Beschäftigte in Berlin. Missachtung von Lohn- und Sozialstandards sei kein neues Phänomen.

Osteuropa: Mindestlöhne unter zwei Euro

Gesetzliche Mindestlöhne pro Stunde in ausgewählten osteuropäischen Ländern (in Euro)



Quelle: WSI-Mindestlohndatenbank 2011

Die Mindestlöhne in den mittel- und osteuropäischen Ländern liegen weit unter den Mindestlöhnen in den westlichen Staaten, wie zum Beispiel in Frankreich. Dort liegt er aktuell bei 9 Euro.

Menschen aus anderen EU-Ländern in solchen Fällen zu unterstützen, ist die Aufgabe des Beratungsbüros. Gefördert durch den Berliner Senat kümmert es sich als eine der ersten Anlaufstellen in Deutschland um abhängig Beschäftigte, die vorübergehend in Berlin arbeiten.

Eine Betrugsvariante, mit der Wagner und ihre Kollegin Marta Böning in den vergangenen zwölf Monaten häufig konfrontiert wurden, ist die Scheinselbstständigkeit. Besonders auf dem Bau, in der Pflege und in der Gebäudereinigung werden polnische und rumänische ArbeiterInnen wissentlich oder unwissentlich gezwungen, ein Gewerbe anzumelden, um dann zu Spottpreisen Dienstleistungen anzubieten. Bei gesetzlichen Lohnuntergrenzen von knapp 150 Euro pro Monat in Rumänien und knapp 300 Euro in Polen sind deutsche Dumpingentgelte immer noch „Gold wert".

Zudem werden Scheinselbstständige häufig Opfer von Betrugsfällen. Löhne werden nicht gezahlt, und Arbeitgeber sind plötzlich wie vom Erdboden verschwunden. Sofern kein Gewerbe angemeldet wurde, hilft dann nur noch eines: eine Selbstanzeige, um dem Auftraggeber das Handwerk zu legen. Auch werden hierzulande geltende Mindestlöhne nicht selten umgangen. So werden polnische Altenpflegerinnen einfach als „Haushaltshilfen mit Pflegeaufgaben" für drei Monate eingestellt. Die Realität sieht dann anders aus: Oftmals steht die Pflege im Vordergrund. Wagner berichtet vom Fall einer polnischen „Haushaltshilfe", die sich für einen Dumpinglohn von 860 Euro pro Monat täglich 13 Stunden lang um zwei Senioren kümmern musste. Wagner erklärt: EU-BürgerInnen müssen nach drei Monaten ihren Aufenthaltsstatus klären. Bevor das passiert, sind die Frauen wieder zurück in ihrer Heimat, und die Beschäftigungsverhältnisse werden nie statistisch erfasst.

Scheinselbstständigkeit ist auch auf dem Bau ein großes Problem. „Es gibt Fälle, wo es innerhalb kürzester Zeit zu über 80 Gewerbeanmeldungen in einer Region gekommen ist", berichtet Wagner. Die osteuropäischen Bauarbeiter seien mit Bussen zu den jeweiligen Ämtern gefahren worden. Leider seien die Behörden diesem mutmaßlichen Betrug nicht auf die Schliche gekommen. Die Daten werden untereinander nicht abgeglichen.

Die IG BAU warnt seit langem vor Lohn- und Sozialdumping. Effektive Schutzmechanismen wie zum Beispiel ein flächendeckender Mindestlohn fehlen weiterhin in Deutschland. Die IG BAU fordert, den Kampf gegen Schwarzarbeit und Lohndumping zu forcieren und die Finanzkontrolle Schwarzarbeit um 4600 Beamte aufzustocken.

Die Beratungsstelle für entsandte Beschäftigte nutzt auch das Internet, um die ArbeitnehmerInnen in Polen und Rumänien aufzuklären. „Wir waren am Anfang selber überrascht, wie viele Menschen sich im Internet über die Arbeitsverhältnisse in Deutschland informieren." Vor allem auf Blogs und in Foren tauschen sich beispielsweise die reisewilligen Polen und Rumänen aus. „Wichtig ist es, die Infos in der jeweiligen Sprache in den Portalen zu platzieren." Wagner spricht rumänisch, Böning postet in den polnischen Internetportalen. „Wenn unsere Beiträge von Arbeitgebern gelöscht werden, versuchen wir, direkt mit den Beschäftigten per E-Mail in Kontakt zu kommen." Und das mit Erfolg: Täglich informieren sie Dutzende Beschäftigte. Auch die Beratung vor Ort ist ein Erfolg. In bisher knapp 200 Fällen konnte das Beratungsbüro rund 300 ArbeitnehmerInnen aus Osteuropa zur Seite stehen. •

www.postedwork.dgb.de

Faire Mobilität

Mit dem bundesweiten Beratungsprojekt „Faire Mobilität – Arbeitnehmerfreizügigkeit sozial, gerecht und aktiv" will der DGB die wachsende Mobilität in Europa fairer gestalten.

Das Konzept sieht vor, dass die Beratungsangebote für ausländische ArbeitnehmerInnen ausgebaut werden. Unter anderem soll es sechs Informations- und Beratungsangebote in Schwerpunktregionen geben. Betriebs- und Personalräte sowie gewerkschaftliche Multiplikatoren sollen gezielt mit Workshops geschult werden.

Ziel ist es, faire und sozial gerechte Arbeitsbedingungen für mobile Beschäftigte aus den mittel- und osteuropäischen Staaten durchzusetzen und zu verhindern, dass sie in ausbeuterische Beschäftigungsverhältnisse und Lohndumping abgedrängt werden.

Im transnationalen Beirat sind das Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS), die Gewerkschaften Solidarnosc und OPPZ sowie der DGB und die Mitgliedsgewerkschaften vertreten. Start des mit Mitteln des BMAS und des Europäischen Sozialfonds (ESF) geförderten Projekts ist August 2011.

kurz&bündig

ver.di und GEW fordern, den Mindestlohn-Tarifvertrag für die rund 26 000 Beschäftigten in der Weiterbildung für allgemeinverbindlich zu erklären. GEW-Vorstand Ilse Schaad betont: „Wir wollen keine weitere Verschlechterung der Arbeitsbedingungen, sondern eine Lohnuntergrenze, die den Abwärtstrend stoppt und Beschäftigung unter Wert verhindert."

Die IG BCE sieht in dem vom Bundestag verabschiedeten CCS-Gesetz eine verpasste Chance. „In der jetzigen Fassung torpediert das Gesetz die EU-Klimapolitik, statt sie zu unterstützen", kritisiert der IG-BCE-Vize Ulrich Freese. Das Gesetz erfülle nicht die Anforderungen, eine rechtssichere Möglichkeit zur Speicherung von CO_2 zu schaffen.

Der NGG-Vorsitzende Franz-Josef Möllenberg fordert die PolitikerInnen der G20 auf, Spekulationen auf Nahrungsmittelrohstoffe zu verbieten. Der rasante Anstieg von Nahrungsmittelrohstoffpreisen habe nicht unwesentlich zu den Hungerkrisen des Jahres 2008 beigetragen."

Die GdP begrüßt den von der Bundesregierung vorgelegten Gesetzentwurf, der ein höheres Strafmaß bei Widerstand gegen Polizeibeamte vorsieht. Höhere Strafen seien ein Schritt in die richtige Richtung.

T-Mobile USA

OECD-Beschwerde

Mit einer Beschwerde wegen gewerkschaftsfeindlichen Verhaltens der Telekom-Tochter T-Mobile USA haben sich ver.di, die US-Gewerkschaft CWA und der UNI Global Union an die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) gewandt. Seit Jahren unterbinde das Management Versuche der 40 000 Beschäftigten, sich gewerkschaftlich zu organisieren, sagt ver.di-Bundesvorstand Lothar Schröder. Mit Hilfe von Anwälten und Beratern, die allein das Ziel hätten, Gewerkschaften aus dem Unternehmen herauszuhalten, werde massiver Druck ausgeübt.

Gewerkschaften werfen der Telekom-Tochter seit geraumer Zeit vor, systematisch Gewerkschaftsrechte zu verletzen (*einblick 3/11* und *6/11*). „Die Deutsche Telekom misst mit zweierlei Maß. Deutsche Beschäftigte haben das Recht auf Gewerkschaftvertretungen und Tarifverhandlungen, ihre KollegInnen in den USA nicht. Das ist ein klarer Verstoß sowohl gegen die unternehmenseigenen Richtlinien der Telekom als auch gegen die OECD-Leitsätze", so UNI-Generalsekretär Philip Jennings.

Für die Telekom könnte die Beschwerde durchaus Folgen haben: Der unlängst vereinbarte Verkauf der US-Tochter an Marktführer AT&T bedarf der Zustimmung der US-Behörden. Und die seien „verpflichtet, sicherzustellen, dass die in ihrem Land ansässigen Multis die Leitsätze der OECD respektieren", erklärt Sharan Burrow, Generalsekretärin des Internationalen Gewerkschaftsbundes (IGB). •

www.einblick.dgb.de/hintergrund

neueBücher

Alljährlich veröffentlicht der IGB erschreckende Zahlen, wie überall auf der Welt GewerkschafterInnen verfolgt und Gewerkschaftsrechte missachtet werden. **Der neueste Bericht listet 143 Länder auf, in denen 2010 Arbeitnehmerrechte verletzt wurden.** 90 Menschen wurden wegen ihres gewerkschaftlichen Engagements ermordet, 2500 verhaftet, weit mehr als 5000 Menschen entlassen.

„Die große Ungleichheit, die eine der Hauptursachen der weltweiten Wirtschaftskrise war, wächst weiter", heißt es im Vorwort. **Der Bericht sollte Pflichtlektüre für alle PolitikerInnen sein.** Der Bundesregierung sei aus aktuellem Anlass besonders die Seite 296 ans Herz gelegt: In Saudi-Arabien, so der IGB, werden Hausangestellte gefoltert und Wanderarbeitskräfte systematisch ausgebeutet. Wer versuche, eine Gewerkschaft zu gründen, müsse mit Entlassung oder einer Gefängnisstrafe rechnen.

IGB, Jährliche Übersicht über die Verletzungen von Gewerkschaftsrechten 2011, 312 Seiten, Bestellungen: info@ituc-csi.org

?...nachgefragt



Foto: Fraport AG

Im Rahmen eines so genannten Flughafen-Pakets will die EU-Kommission die Bodenabfertigungsdienste auf den europäischen Flughäfen weiter liberalisieren und deregulieren. Edgar Stejskal, Konzernbetriebsratsvorsitzender der Fraport AG, erläutert, welche verheerenden Folgen das – nicht nur für die Beschäftigten – hat.

Die Kommission sagt, sie wolle mit der neuen Richtlinie mehr Wettbewerb und niedrigere Preise erreichen. Dabei hat die EU bereits in den 1990ern Jahren die Flugfelder für Wettbewerber geöffnet. Seitdem erhöhen die übermächtigen, den Luftverkehrsmarkt beherrschenden Airlines und ihre Allianzen den Kostendruck stetig. Und der wird, wie in so vielen Branchen, einseitig auf die Beschäftigten abgewälzt. Die Folgen sind gravierend: Lohn- und Sozialdumping, eine Zunahme prekärer Arbeitsverhältnisse, Tarifflucht. Immer mehr Teilbereiche im Bodenverkehrsdienst werden in Gesellschaften ausgegliedert, für die keine Tarifverträge gelten. Gut ein Drittel der Beschäftigten auf dem Frankfurter Flugfeld sind Leiharbeiter. Das erhöht den Druck auf alle Beschäftigten. Zulagen wurden gestrichen, Löhne und Gehälter sind gesunken, Befristungen nehmen zu, Pausen wurden reduziert.

Es gibt keinen Spielraum für weitere Liberalisierung. Schon jetzt können die Dienstleistungen nicht mehr rentierlich erbracht werden. Viele Flughafenbetreiber schreiben rote Zahlen. Und die Qualität der Infrastruktur leidet. Der letzte Winter hat gezeigt, dass der grenzenlose Preisdruck schon jetzt einen reibungslosen und sicheren Betrieb der Flughäfen massiv einschränkt, wenn zum rauhen Wind aus Brüssel noch Schnee und Eis hinzu kommen. Wir werden deshalb im Widerstand gegen die unsozialen Pläne der EU-Kommission nicht nachlassen. Mit Aktionen, Demos oder Briefen an politische Entscheider mobilisieren wir gegen die EU-Pläne. Ein erster Erfolg: Mitte Juni hat sich der Bundesrat gegen eine weitere Liberalisierung des Bodenverkehrs ausgesprochen.

Betreuungsgeld

Falsche Weichenstellung

Schwarz-Gelb will ab 2013 Eltern, die ihr Kind nicht in einer Krippe betreuen lassen, ein Betreuungsgeld von 150 Euro im Monat zahlen. IG BCE-Vorstand Edeltraud Glänzer erklärt, weshalb das eine völlig falsche Weichenstellung ist.

Die Pläne von Schwarz-Gelb zielen in eine falsche Richtung. Das Betreuungsgeld macht weder volkswirtschaftlich noch gleichstellungspolitisch Sinn. Es ist integrations- und sozialpolitisch verfehlt, und zudem bestehen verfassungsrechtliche Bedenken. Dies wird von wissenschaftlichen Studien untermauert. Zudem würden finanzielle Anreize geschaffen, die die Bildungsbeteiligung von Kindern und die Erwerbstätigkeit von Eltern verringern, statt sie zu erhöhen. Richtig wäre es, die vorgesehenen zwei Milliarden Euro pro Jahr für den **dringend notwendigen Ausbau einer qualitativ hochwertigen Kinderbetreuung** zu nutzen, um allen Kindern gleiche Chancen auf eine frühkindliche Förderung, gute Bildung und Ausbildung zu geben und Mütter und Väter in ihrer Berufstätigkeit zu unterstützen. Das schließt nicht aus, dass Familien ihre Kinder auch zu Hause betreuen. Beruf und Familie stehen nicht im Widerspruch zueinander. Es geht vielmehr um bessere Möglichkeiten der Vereinbarkeit und um eine echte Wahlmöglichkeit auch für den Beruf. Es gilt, diese Wahlfreiheit zwischen den Rollenmodellen staatlich zu fördern. Das Betreuungsgeld ist jedoch eine Weichenstellung, die die Erwerbsbeteiligung – in erster Linie – von Frauen senkt, Brüche in der Erwerbsbiografie fördert und damit den Erwerb eigener Rentenanwartschaften schmälert.

In den vergangenen zehn Jahren wurden wichtige Meilensteine für eine bessere Familienpolitik gesetzt. Die Einführung von Elternzeit- und Elterngeld mit den so genannten Partnerschaftsmonaten, der Ausbau der Kinderbetreuung mit der Schaffung eines Rechtsanspruchs auf Betreuung ab 2013 seien hier beispielhaft genannt. Wir brauchen einen **Dreiklang aus Geld, Zeit und Infrastruktur,** dann sind Beruf und Familie so zu vereinbaren, dass alle gewinnen. Diesen Weg gilt es, konsequent fortzusetzen. Erheblichen Handlungsbedarf sehen wir nach wie vor bei den Öffnungszeiten von Kinderbetreuungseinrichtungen oder der Möglichkeit, Kita-Plätze zu teilen. Kommunen und Kita-Träger sind insbesondere gefragt, Lösungen zu schaffen, die den Bedürfnissen der Eltern besser gerecht werden.

Die Vereinbarkeit ist ein **bedeutendes politisches aber auch betriebliches Handlungsfeld** geworden und hat die Ecke des „familienpolitischen Gedöns" verlassen. Frauen und Männer wollen den „Dreiklang" und unterstützende Aktivitäten in den Unternehmen. Zukunftsfähige, familienorientierte Personalkonzepte gewinnen auch vor dem Hintergrund der demografischen Entwicklung und des Fachkräftemangels an Bedeutung. Wir, als IG BCE, treiben das Thema voran. Mit vielfältigem Engagement sensibilisieren wir für seine Bedeutung und initiieren Vereinbarungen in den Betrieben. Mit großem Erfolg: Wir haben eine Vielzahl von Regelungen abschließen können, die ganz unterschiedliche Antworten auf die jeweiligen Vereinbarkeitsprobleme geben. Das Spektrum reicht von der familiengerechten Flexibilisierung von Arbeitszeiten und Arbeitsorten über Information, Kommunikation und Weiterbildung während der Elternzeit bis zu betrieblich unterstützter Kinderbetreuung und Familienserviceleistungen.



Foto: IG BCE

Edeltraud Glänzer, 55, ist als Mitglied des geschäftsführenden Hauptvorstandes der IG BCE unter anderem für Frauen und Gleichstellung zuständig. Seit November 2010 gehört sie außerdem dem Rat der Evangelischen Kirche Deutschlands (EKD) an.

Ein wichtiger Baustein war und ist dabei die **Sozialpartnervereinbarung,** die wir 2006 mit dem Bundesarbeitgeberverband Chemie (BAVC) abgeschlossen haben. Zudem haben wir die Gestaltung der Vereinbarkeit in unserem Tarifvertrag „Demografie und Lebensarbeitszeit" als zentrales Handlungsfeld aufgegriffen. Wir legen den Fokus auf die Nachhaltigkeit unserer Aktivitäten, indem wir die Betriebsparteien zum Handeln auffordern, mit unterschiedlichsten Materialien unterstützen, Beispiele guter Praxis kommunizieren, Erfahrungsaustausch organisieren und die Vernetzung über die betriebliche Ebene hinaus fördern.

Das Betreuungsgeld ist und bleibt eine **falsche Weichenstellung und „muss vom Tisch".** Wir sehen die Politik in der Verantwortung, Rahmenbedingungen für ein zeitgemäßes Verständnis von Familie, Partnerschaft und Kindern zu schaffen. Wer eine moderne Familienpolitik und Wahlfreiheit für Eltern will, der muss sie in ihrer Berufstätigkeit unterstützen und gleichzeitig Chancengleichheit gewährleisten. Wer allen Kindern gleiche Chancen auf eine frühkindliche Förderung, gute Bildung und Ausbildung geben will, der führt kein Betreuungsgeld ein, sondern investiert in die Infrastruktur. **Wir fordern: Zwei Schritte vor und keinen zurück** – für einen schnellen, qualitätsorientierten und flächendeckenden Ausbau der öffentlichen Betreuung – und zwar noch möglichst vor 2013. •

Bessere Kinderbetreuung

„Statt ein Betreuungsgeld einzuführen, sollten die Mittel besser in den dringend erforderlichen Ausbau der Kinderbetreuung investiert werden", heißt es in einer gemeinsamen Erklärung des DGB und der Bundesvereinigung der Arbeitgeberverbände (BDA) anlässlich der Bundestags-Anhörung zum geplanten Betreuungsgeld am 4. Juli. „Die Einführung des Betreuungsgeldes wäre eine bildungspolitische Katastrophe", betont DGB-Vize Ingrid Sehrbrock. Für Eltern aus einkommensschwachen Haushalten sei es ein starker finanzieller Anreiz, ihre Kinder nicht in die Kita zu schicken. Damit würde ihnen die Chance auf eine frühe Förderung verbaut.

„Das Betreuungsgeld ist nicht im Sinne der Kinder", bekräftigen auch 21 Verbände und Gewerkschaften, darunter die AWO, der Kinderschutzbund, Pro Familia, die GEW, die NGG, ver.di oder die IG Metall, in einer gemeinsamen Erklärung. Sie fordern, die „ideologischen Debatten" über ein Betreuungsgeld zu beenden.

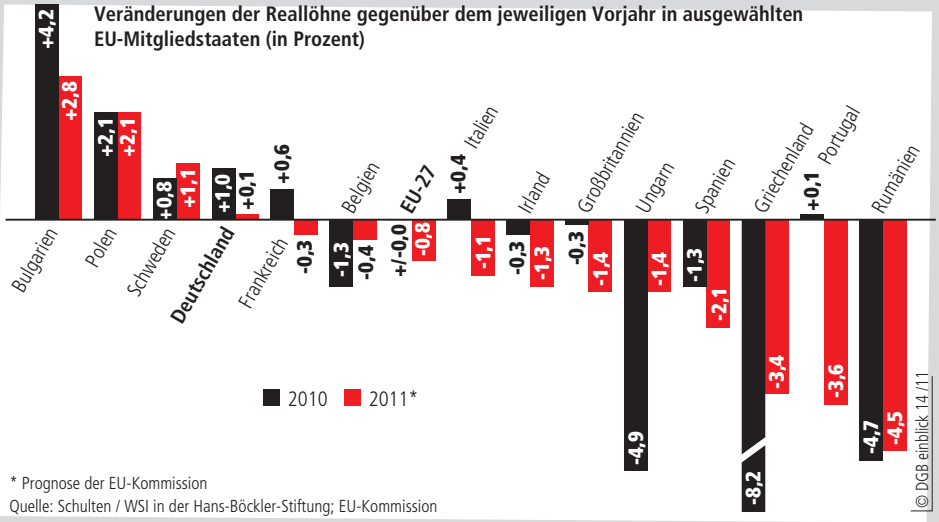
www.einblick.dgb.de/hintergrund

DIES & DAS

die DGB grafik

KRISE: In zwei Drittel der EU-Staaten drohen 2011 Reallohnverluste

In 18 von 27 EU-Ländern müssen die Beschäftigten 2011 mit Reallohnverlusten rechnen. Das zeigt der Europäische Tarifbericht des Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Instituts (WSI) in der Hans-Böckler-Stiftung. Im Schnitt sinken die Reallöhne um 0,8 Prozent. Bereits 2010 waren die Reallöhne in 13 EU-Staaten gesunken, in Griechenland sogar um 8,2 Prozent. Angesichts der im „Euro-Plus-Pakt" vereinbarten restriktiven Lohnpolitik warnt WSI-Experte Thorsten Schulten vor einer „europaweiten Lohnsenkungsspirale".



49 TAGE

mehr Infos: www.einblick.dgb.de

20.7. Nationaler Gedenktag an den Widerstand gegen die nationalsozialistische Gewaltherrschaft

20.7.-1.8. GEW, Treffen „Sommerakademie Masuren 2011", Nowa Kaletka/Polen

31.7.-7.8. Institut für Makroökonomie (IMK), Workshop „3. International Summer School on Keynesian Macroeconomics and European Policies", Berlin

2.8. Gedenktag an die von den Nationalsozialisten ermordeten Sinti und Roma

21.-26.8. Hans-Böckler-Stiftung, Sommeruniversität „Zwischen Freiheit und Solidarität: Welchen Staat wollen wir?", Werbellinsee (Brandenburg)

22.8. Friedrich-Ebert-Stiftung, Diskussion „Kinderzimmer, Krankenbett, Küche und Karriere? Der weibliche Spagat zwischen Erwerbs- und Sorgearbeit", Mainz

31.8.-3.9. GEW, 5. Wissenschaftskonferenz „Gut – besser – exzellent?", Weißenhäuser Strand (Schleswig-Holstein)

1./2.9. Hans-Böckler-Stiftung, Fachtagung „Finanzierung", Düsseldorf

1.9. DGB und andere, Antikriegstag/Gedenktag: Beginn des Zweiten Weltkriegs vor 72 Jahren

IMPRESSUM *einblick* erscheint vierzehntäglich **Herausgeber:** DGB **Verlag:** Graewis Verlag GmbH **GeschäftsführerInnen:** Anne Graef, Dr. Peter Wilke **Redaktion:** Anne Graef (verantw.), Sebastian Henneke **Redaktionelle Mitarbeit:** Udo Böhlefeld, Birgit Böhret, Norbert Hüsson, Luis Ledesma **Redaktionsanschrift:** Wallstraße 60, 10179 Berlin, Tel. 030/30882 4-0, Fax 030/30882420, Internet: www.einblick.dgb.de, E-Mail: redaktion@einblick.info **Anzeigen:** Bettina Mützel, Tel. 030/859946-240, Fax 030/859946-100, E-Mail: bettina.muetzel@berlin.de **Layout:** zang.design **Infografik:** Klaus Niesen **Druck und Vertrieb:** PrintNetwork Berlin **Abonnements:** Änderungen schriftlich an Redaktion *einblick* (Adresse s.o.)
Nachdruck frei für DGB und Gewerkschaften bei Quellenangabe und zwei Belegexemplaren. Alle Anderen nur nach schriftlicher Genehmigung durch den Verlag. Nachdruck von namentlich gezeichneten Artikeln nur nach Genehmigung durch Verlag und Autor.
Der nächste *einblick* erscheint am 5. September 2011

personalien

••• ***Anja Weusthoff,*** 44, ist ab 1. August Abteilungsleiterin für Frauen-, Gleichstellungs- und Frauenpolitik beim DGB-Bundesvorstand. Seit 2004 war die Politikwissenschaftlerin in der GdP-Bundesgeschäftsstelle u.a. für Frauen- und Gleichstellungspolitik zuständig. Sie folgt ***Claudia Menne,*** 49, die im Mai in das EGB-Sekretariat in Brüssel gewählt wurde. Menne ist dort für die Bereiche Mitbestimmung, Corporate Governance, Frauengleichstellung, Antidiskriminierung und soziale Sicherungssysteme verantwortlich.

Tipp

***Buch:* Andreas Drinkuth, Eine soziale Elite – die Betriebsräte, Schüren Verlag, 167 Seiten, 16,90 Euro**

Gehören Betriebsräte zur Elite? Der Autor, Andreas Drinkuth, IG Metall-Gewerkschaftssekretär im Ruhestand, ist sich sicher: Sie sind eine „soziale Elite", denn die Gesellschaft benötige diese Führungspersönlichkeiten, die „Verantwortung für die Gemeinschaft übernehmen". In 20 Porträts werden Persönlichkeit und Engagement von BetriebsrätInnen beleuchtet. Ob Lidl-Verkäuferin oder Physiker bei SAP – alle Porträtierten zeichneten sich, so der Autor, aus durch die Bereitschaft, Verantwortung für andere zu übernehmen.

Schlusspunkt.

„66,6 Prozent"

So hoch würde der Berliner Finanzwissenschaftler Giacomo Corneo den Spitzensteuersatz ab einem Einkommen von 350 000 Euro in Deutschland setzen. Zahlen müssten diesen rund 35 000 Menschen, wie Corneo in einem Interview auf „Zeit Online" am 6. Juli erklärte.

„Führerscheintourismus"

Deutscher Wohnsitz - deutscher Schein

Ist in einem ausländischen EU-Führerschein ein deutscher Wohnsitz eingetragen, muss die Fahrerlaubnis in Deutschland nicht anerkannt werden. Es kommt nicht darauf an, ob dem Inhaber vorher in Deutschland eine Fahrerlaubnis entzogen wurde.

Europäischer Gerichtshof,
Urteil vom 19. Mai 2011 - C-184/10

Lernmittelfreiheit

Kopien sind auch kostenlos

Öffentliche Schulen können von Eltern und Schülern kein Kopiergeld verlangen. Die in der Sächsischen Verfassung garantierte Lernmittelfreiheit erstreckt sich auch auf Kopien aus Schul- und Arbeitsbüchern sowie Lern- und Übungsheften. Die Schulen sind verpflichtet, Schülern diese Kopien unentgeltlich zur Verfügung zu stellen.

Verwaltungsgericht Dresden,
Urteil vom 30. Juni 2011 - 5 K 1790/08

Schadenersatz

Bei Unfall mit Privatwagen

Ein Arbeitnehmer, der im Rahmen seiner Rufbereitschaft bei der Fahrt von seinem Wohnort zur Arbeitsstätte mit seinem Privatwagen verunglückt, hat grundsätzlich Anspruch gegen seinen Arbeitgeber auf Ersatz des an seinem Pkw entstandenen Schadens.

Bundesarbeitsgericht,
Urteil vom 22. Juni 2011 - 8 AZR 102/10

Betriebsratstätigkeit

Nicht immer Abmeldung erforderlich

Ein Betriebsratsmitglied, das an seinem Arbeitsplatz während seiner Arbeitszeit Betriebsratsaufgaben erledigt, ist grundsätzlich verpflichtet, sich beim Arbeitgeber abzumelden und die voraussichtliche Dauer der Betriebsratstätigkeit mitzuteilen. Damit soll dem Arbeitgeber die Überbrückung des Arbeitsausfalls ermöglicht werden. Daher besteht keine vorherige Meldepflicht, wenn eine vorübergehende Umorganisation der Arbeitseinteilung nicht ernsthaft in Betracht kommt. Auf den Einzelfall kommt es an. Hat sich das Betriebsratsmitglied nicht vorher abgemeldet, ist es verpflichtet, dem Arbeitgeber auf dessen Verlangen nachträglich die Gesamtdauer der in einem bestimmten Zeitraum geleisteten Betriebsratstätigkeit mitzuteilen.

Bundesarbeitsgericht,
Beschluss vom 29. Juni 2011 - 7 ABR 135/09

Jugendvertretung

Auflösungsantrag nur mit Vollmacht

Nach dem Bundespersonalvertretungsgesetz muss der öffentliche Arbeitgeber, der einen Jugendvertreter nach Abschluss der Ausbildung nicht in ein Arbeitsverhältnis übernehmen will, innerhalb von zwei Wochen einen Auflösungsantrag bei Gericht stellen. Wird damit ein Rechtsanwalt beauftragt, so muss dieser auch innerhalb der Frist eine schriftliche Vollmacht im Original bei Gericht einreichen.

Bundesverwaltungsgericht,
Beschluss vom 3. Juni 2011 - BVerwG 6 PB 1.11

Fristlose Kündigung

Auch bei Schuldunfähigkeit

Auch schuldlose Pflichtverletzungen des Arbeitnehmers können ausnahmsweise ein wichtiger Grund zur fristlosen Kündigung sein.

Der Fall: Der 52-jährige Mann war im Betrieb als Sachbearbeiter beschäftigt. Seit der Trennung von seiner Familie befand er sich zunächst in ambulanter psychologischer Behandlung. Von Ende 2008 bis Mitte 2009 war er aufgrund eines psychischen Zusammenbruchs arbeitsunfähig. Anfang 2010 ermahnte der Arbeitgeber ihn, seine wiederholten anzüglichen Bemerkungen gegenüber dem weiblichen Personal zu unterlassen. Als der Arbeitnehmer zwei Tage später die mit ihm im Großraumbüro tätige Vorgesetzte und weitere Arbeitnehmerinnen mit den Worten „Besser eine Frau mit Charakter, als drei Schlampen" beleidigte, mahnte der Arbeitgeber ihn ab. Einige Tage später forderte der Arbeitnehmer seine Kollegen und Kolleginnen trotz der Mittagspause auf, zu bleiben, da er gleich eine „Bombe platzen" lassen würde. Als seine Vorgesetzte erschien, behauptete er, dass sie die Nacht bei einem Geschäftspartner verbracht hätte. Er habe ihr Auto gesehen und sie, die Vorgesetzte, wisse ja, dass der Mann HIV-positiv sei und was sie sich damit jetzt eingefangen habe. Sowohl die Vorgesetzte als auch der betroffene Mann bestritten das und stellten gegen den Arbeitnehmer Strafanzeige wegen Verleumdung. Der Arbeitgeber kündigte dem Arbeitnehmer fristlos. Die Klage dagegen hatte keinen Erfolg.

Das Landesarbeitsgericht: Es kommt nicht darauf an, ob die Vorgesetzte tatsächlich bei dem Geschäftspartner übernachtet hat. Der Arbeitnehmer wollte die Vorgesetzte gezielt bloßstellen. Der Arbeitnehmer wurde auch bereits einschlägig abgemahnt. Zwar setzt eine verhaltensbedingte fristlose Kündigung in der Regel ein schuldhaftes Verhalten des Arbeitnehmers voraus. Indes ist dem Arbeitgeber nicht zuzumuten, die durch den Arbeitnehmer verursachte erhebliche Störung des Betriebsfriedens auch künftig hinzunehmen, selbst wenn der manisch-depressiv ist und deshalb schuldlos gehandelt haben sollte.

Landesarbeitsgericht Schleswig-Holstein,
Urteil vom 9. Juni 2011 - 5 Sa 509/10

Opferentschädigung

Nur bei unmittelbarer Schädigung

Der Klassenlehrerin des Amokläufers am Erfurter Gutenberg-Gymnasium steht keine Opferentschädigung zu.

Der Fall: Am 26. April 2002 hat ein 19-jähriger ehemaliger Schüler des Erfurter Gutenberg-Gymnasiums bei einem Amoklauf 16 Menschen und sich anschließend selbst getötet. Die Klassenlehrerin war am Tattag wegen einer Krankheit selbst nicht anwesend. Die vertretende Kollegin war unter den Opfern. Die Klassenlehrerin des Amokläufers beantragte Opferentschädigung wegen einer posttraumatischen Belastungsstörung. Die zuständige Behörde lehnte den Antrag ab. Die dagegen gerichtete Klage hatte keinen Erfolg.

Das Landessozialgericht: Nach dem Gesetz wird entschädigt, wer infolge eines vorsätzlichen rechtswidrigen tätlichen Angriffs gegen seine oder eine andere Person eine gesundheitliche Schädigung erlitten hat. Die Klassenlehrerin ist nicht als Opfer unmittelbar von der Straftat betroffen. Einen Entschädigungsanspruch gibt es darüber hinaus nur bei Verwandten der Opfer oder besonderer persönlicher Nähe, was hier nicht der Fall war.

Thüringer Landessozialgericht,
Urteil vom 10. Februar 2011 – L 5 VG 799/07

Autor: Luis Ledesma, Kassel – einblick 14/11

einblick
gewerkschaftlicher Info-Service vom 05.09.2011 15/11

DGB

inhalt

Seite 3
Gegen Armut
Der DGB hat ein Sofortprogramm gegen Altersarmut gefordert. Details für eine Rente, mit der es sich besser leben lässt, stellt der einblick vor

Seite 5
Wunsch-Arbeitszeiten
Arbeitszeiten, die planbar sind, gehören zwar zum Alltag politischer Forderungen, doch angekommen sind die Modelle zur Zeitsouveränität in der Realität noch lange nicht überall

Seite 7
Krise braucht Führung
Michael Sommer vermisst eine verlässliche Linie bei der Bewältigung der Finanz- und Eurokrise. Mehr Europa fordert der DGB-Vorsitzende im Interview

Junge Generation

Politik muss Dialog aufnehmen

Um es klar zu sagen – spanische, griechische oder gar englische Verhältnisse drohen in Deutschland nicht, was die Situation der Jugend angeht. Besonders rosig sehen aber auch hierzulande die beruflichen Perspektiven für einen großen Teil der unter 35-Jährigen nicht aus. Diverse Studien zeigen: Es gibt eine Million Leiharbeitsverhältnisse, 2,7 Millionen befristete Jobs und rund fünf Millionen Mini-Jobs – ein Großteil besetzt mit Menschen unter 35 Jahren. Fazit: Fast 50 Prozent der Jungen arbeiten in prekärer Beschäftigung.

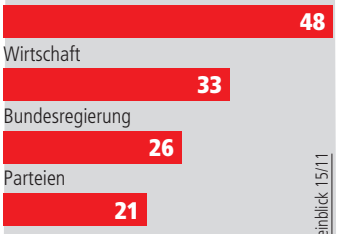
Detlef Wetzel, Zweiter Vorsitzender der IG Metall, betont: „Bildung und Ausbildung werden immer noch vernachlässigt, unsichere Arbeitsverhältnisse akzeptiert oder gefördert. Zu viele junge Menschen haben keine berufliche Perspektive und keine soziale Sicherheit. Damit drohen auch in Deutschland die Fundamente einer stabilen Gesellschaft zerstört zu werden, wenn wir nicht gegensteuern."

Eine repräsentative Studie im Auftrag der IG Metall belegt: Mehr als zwei Drittel aller Erwerbstätigen unter 35 Jahren und 79 Prozent aller Arbeitslosen unter 35 Jahren meinen, dass für die junge Generation in Deutschland nicht genug getan wird. Dabei ist die Mehrheit der Befragten (83 Prozent) überzeugt: Unsichere Beschäftigungsverhältnisse haben einen „äußerst hohen", „sehr hohen" oder „hohen" Einfluss auf den sozialen Frieden – im negativen Sinn. Für Wetzel steht fest: Die Politik muss handeln und den Dialog zum Beispiel mit Jugendorganisationen suchen. Als Organisation mit einem hohen Anteil junger Mitglieder will sich die IG Metall in ihren Bereichen noch stärker für die Belange der Jungen einsetzen. Drei Ziele sollen laut Wetzel deshalb in den anstehenden Tarifrunden erkämpft werden: gleicher Lohn für gleiche Arbeit in der Leiharbeit, die unbefristete Übernahme aller Azubis nach der Ausbildung und eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf.

In Sachen Work-Life-Balance hat sich in den Betrieben noch nicht genug getan. Das zeigt eine Betriebsräte-Befragung der IG Metall. Gerade einmal zehn Prozent von ihnen berichten von umfassenden Vereinbarungen in ihrem Unternehmen. Bei den Arbeitgebern spielt das Thema nur selten eine Rolle. 93 Prozent aller betrieblichen Initiativen für eine bessere Vereinbarkeit wurden von Betriebsrat, Vertrauensleuten oder Belegschaft angeregt. Die IG Metall will wie die anderen DGB-Gewerkschaften das Thema noch stärker vorantreiben. Das trifft den Nerv auch der jungen Menschen – 90 Prozent von ihnen sehen darin eine wichtige künftige Herausforderung. Das Engagement der IG Metall für die junge Generation kommt an. Jedes zweite Neumitglied ist unter 27. •

Jugend: Gewerkschaften vorn

Einschätzung von Erwerbstätigen unter 35 Jahren, welche Akteure sich „sehr stark" oder „stark" für die Zukunftsperspektiven der jungen Generation einsetzen (in Prozent)



Quelle: Jugend und Politik. Ergebnis der repräsentativen Erhebung von Infratest Politikforschung im Auftrag der IG Metall 2011

© DGB einblick 15/11

Fast jeder zweite Jugendliche vertraut den Gewerkschaften bei ihrem Einsatz für bessere Lebens- und Berufsperspektiven. Andere relevante Akteure, wie Parteien, Regierung und Wirtschaft, schneiden wesentlich schlechter ab.

plusminusBERLIN

+ ***Matthias Zimmer, CDU-MdB, kritisiert die FDP-Forderungen, den ALG I-Bezug für Ältere zu kürzen, als „eine mentale Aufrüstung zum Generationenkonflikt". Er stellt klar: Gerade ältere ArbeitnehmerInnen bräuchten länger, um wieder in Arbeit zu kommen.***

– ***FDP-Generalsekretär Christian Lindner will die längere Bezugsdauer des ALG I für Ältere kürzen. „Die Lage auf dem Arbeitsmarkt erfordert keine Quasi-Frühverrentungsformen." Sein Rat an CDU/CSU: „Wenn die Union Mut hat, folgt sie mit uns dem Rat der Experten."***

Der Surf-Tipp fürs Internet

http://bit.ly/igm_jugend
Internetseite der IG Metall zum Jugendaktionstag am 1. Oktober in Köln

Hintergrund

www.einblick.dgb.de/hintergrund
Altersübergangsreport des Instituts Arbeit und Qualifikation (IAB) an der Universität Duisburg-Essen

POLITIK AKTUELL

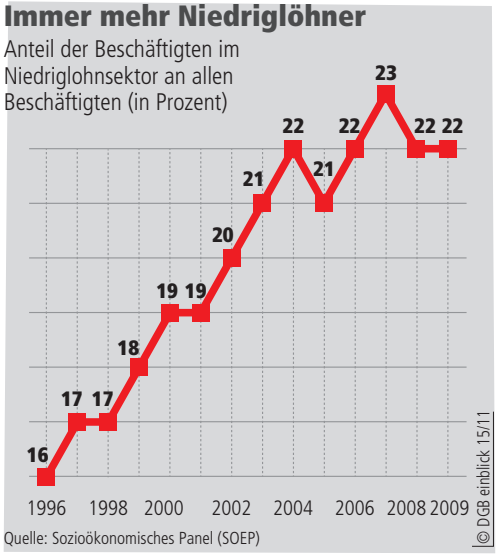
Niedriglohnsektor

Zahlenspiele

Niedriglohn als Chance, so sehen es die Arbeitgeber. Mit einer neuen Studie versuchen sie, diese These zu belegen. Der Auftraggeber, die Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (INSM) – finanziert von der Metall- und Elektroindustrie – ließ vom arbeitgebernahen Institut der Deutschen Wirtschaft (IW) Zahlen vorlegen, die INSM-Geschäftsführer Hubertus Pellengahr auf das Fazit brachte, Niedriglöhne seien vor allem „Einstiegslöhne".

„Der Niedriglohnsektor ist kein Sprungbrett, sondern für Millionen von Beschäftigten eher eine Armutsfalle", kritisiert DGB-Vorstandsmitglied Annelie Buntenbach. Der Niedriglohnsektor ist in den letzten Jahren auf über 22 Prozent der Beschäftigten gewachsen. Gleichzeitig sind die Löhne in den Keller gegangen. 40 Prozent der Niedrigverdiener haben nur ein Einkommen unter der Armutslohngrenze (50 Prozent des Durchschnittslohnes).

Die IW-Wissenschaftler kommen zu dem Ergebnis, dass gerade mal ein Viertel den Sprung aus der unterbezahlten Arbeit in ein reguläres Arbeitsverhältnis schafft. Das heißt im Umkehrschluss, dass 75 Prozent der BezieherInnen von Niedriglöhnen keine Chance haben, der Armutsfalle zu entkommen. Zum Niedriglohnsektor zählen auch Berufsanfänger und ehemalige Studenten, die meist nur vorübergehend zu den Geringverdienern gehören. Dies zeige, dass für alle anderen Geringverdiener die tatsächliche Aufstiegschance noch deutlich niedriger liege, so Buntenbach. „Schönfärberei" nennt denn auch der ver.di-Vorsitzende Frank Bsirske die INSM-IW-Erkenntnisse. Klaus Wiesehügel, Vorsitzender der IG BAU, ergänzt: „Das Lob auf Niedriglöhne ist der durchsichtige Versuch der Wirtschaft, sich auch für die Zukunft billige Arbeitskräfte zu sichern." •



Aller Zahlenakrobatik zum Trotz – auch die IW-Studie kommt nicht umhin, zu konstatieren, dass seit den 90er Jahren der Anteil der Niedriglohnbeschäftigten in Deutschland kontinuierlich gestiegen ist – auf nunmehr über 22 Prozent aller Beschäftigten.

Eurobonds

Ablehnung unsinnig

Eurobonds können einen entscheidenden Beitrag zur Lösung der Schuldenkrise im Euroraum leisten, ohne dass die Zinsen für deutsche Staatskredite wesentlich steigen. Zu diesem Schluss kommt das Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung (IMK) in der Hans-Böckler-Stiftung. Nach der IMK-Analyse lag das Zinsniveau in den letzten Jahren für Anleihen der Europäischen Investitionsbank fast gleichauf mit dem deutscher Staatsanleihen.

Die Veränderung begann mit den Turbulenzen im Euroraum und dem Run auf deutsche Staatsanleihen, deren Zinsen daraufhin spürbar nach unten gingen. Für IMK-Direktor Gustav Horn ist dies ein „starkes Indiz", das zeige, dass mit der Einführung von Eurobonds „keine markanten Zinsänderungen für Deutschland zu erwarten wären".

„Die Bundeskanzlerin muss ihren Widerstand gegen Eurobonds aufgeben", fordert DGB-Vorstandsmitglied Claus Matecki. Jede weitere Blockade setze die Währungsunion und damit die europäische Einigung aufs Spiel. •

Hoch- und Geringqualifizierte

Der Abstand wächst

Die Einkommensschere zwischen Gering- und Hochqualifizierten klafft immer weiter auseinander. Das geht aus einer Untersuchung des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) hervor. Deutschland gehöre unter den OECD-Ländern zu denen mit dem höchsten Anstieg der Lohnungleichheit, stellt IAB-Direktor Joachim Möller fest.

Nach der Untersuchung von Möller hatten 40-jährige vollzeitbeschäftigte Männer mit einer abgeschlossenen Berufsausbildung 1984 durchschnittlich ein 19 Prozent höheres Bruttogehalt als gleichaltrige Ungelernte. Die Differenz ist seitdem kontinuierlich gestiegen. 2008 lag sie bereits bei 27 Prozent.

Noch schlechter fällt die Bilanz bei den Reallöhnen aus. Bei den um den Preisanstieg bereinigten Bruttolöhnen fielen die Geringqualifizierten auf das Niveau der 1980er Jahre. Möller: „Bis etwa zum Zeitpunkt der Wiedervereinigung stiegen die Reallöhne auch für die Geringqualifizierten noch deutlich an. Seitdem sinken sie. An der Zunahme des gesellschaftlichen Wohlstands in den vergangenen 25 Jahren nahmen die Geringqualifizierten daher nicht teil."

Bei den Akademikern hingegen stiegen seit 1980 die Reallöhne um 22 Prozent. Bei den Fachhochschulabsolventen und Meistern noch um 17 beziehungsweise 18 Prozent. Geringqualifizierte, so Möllers Fazit, müssten seit 1990 Reallohnverluste hinnehmen, die sich seit 2005 nochmals beschleunigt hätten. •

Investitionen

Beliebter Standort

Trotz Krise liefert derzeit nicht nur der Arbeitsmarkt erfreuliche Zahlen: Nach einer Umfrage des Deutschen Industrie- und Handelstages (DIHK) sind die Unternehmen investitionsfreudig wie schon lange nicht mehr. Danach liegt das Investitionsplus bei zwölf Prozent für Maschinen, Anlagen und Fahrzeuge. Bei den Bauinvestitionen sind es sechs Prozent. Die guten Absichten melden die Exportbranchen Chemie, Metall, Elektro und Fahrzeugbau ebenso wie der inlandsorientierte Handel.

Nach den DIHK-Angaben wollen außerdem 43 Prozent der befragten Unternehmen zusätzlich Personal einstellen. Positiv entwickelte sich auch die Haltung zum Standort Deutschland. Noch 2004 hatten sich 41 Prozent über „Kostennachteile" beschwert und über eine Verlagerung ins Ausland nachgedacht. Aktuell sei dies nur noch für 22 Prozent der Anlass „für den Schritt über die Grenze". •

Maßnahmen gegen Altersarmut

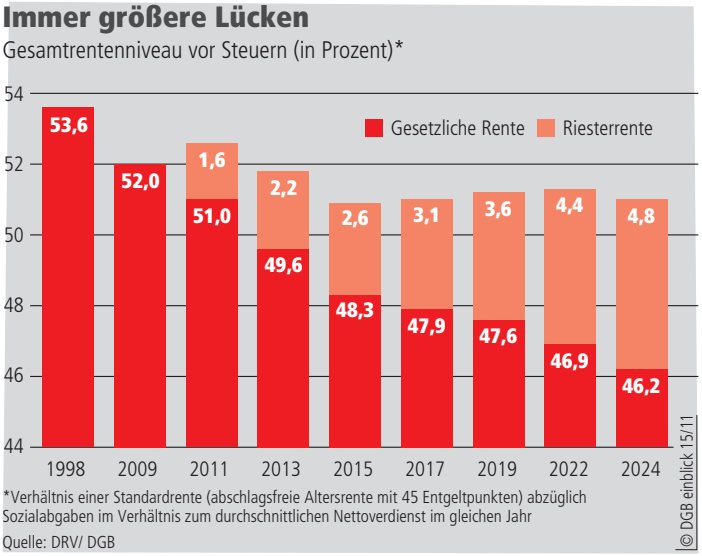
Nicht zum Nulltarif

Am 7. September nimmt die Bundesregierung den „Regierungsdialog Rente" auf. In Gesprächsrunden mit Rentenexperten, Sozialpartnern und Sozialverbänden will Ministerin Ursula von der Leyen nach Wegen suchen, Altersarmut zu verhindern. Im Vorfeld der Gespräche hat der DGB ein Sofortprogramm gefordert.

„Wir nehmen den Regierungsdialog ernst", erklärt DGB-Bundesvorstandsmitglied Annelie Buntenbach. Eine reine Showveranstaltung sei mit den Gewerkschaften aber nicht zu machen: „Altersarmut ist eine tickende Zeitbombe, und die Koalition darf die Chance nicht verspielen, sie rechtzeitig zu entschärfen. Wenn die Bundesregierung allerdings nur Placebos anbieten und gleichzeitig die Nachhaltigkeitsrücklage verpulvern sollte, kann sie sich den Regierungsdialog gleich ganz sparen. Der Kampf gegen Altersarmut lässt sich nicht zum Nulltarif gewinnen", so Buntenbach.

In einem Neun-Seiten-Papier hat der DGB die gewerkschaftlichen Anforderungen an den Regierungsdialog zur Altersarmut zusammengefasst. Zentrale Forderung des DGB ist, auf die Absenkung des Rentenbeitrags zu verzichten und den dadurch entstandenen finanziellen Spielraum zur Bekämpfung der Altersarmut einzusetzen. „Wir fordern Bundesarbeitsministerin Ursula von der Leyen auf, die Spielräume der Nachhaltigkeitsrücklage der Gesetzlichen Rentenversicherung zu nutzen, um die Alterssicherung armutsfest zu machen", erklärt Buntenbach. Der DGB schlägt vor, den Beitragssatz der Gesetzlichen Rentenversicherung konstant bei 19,9 Prozent zu belassen. Dadurch könnten alle notwendigen Maßnahmen finanziert werden. Die Rücklage würde trotz der Mehrausgaben gegen Altersarmut und der demografischen Entwicklung selbst im Jahr 2025 noch über 18 Milliarden Euro betragen. Diese Spielräume dürften nicht einer waghalsigen Beitragssatzsenkung geopfert werden. Derzeit ist gesetzlich geregelt, dass der Beitragssatz gesenkt werden muss, wenn die Rücklagen der Rentenkassen 1,5 Monatsausgaben übersteigen. Der DGB spricht sich dafür aus, diesen „Automatismus" auszusetzen.

Denn wenn die Bundesregierung nicht endlich handelt, ist Altersarmut in Zukunft kein Randphänomen mehr, sondern nimmt drastisch zu – insbesondere im Osten. Ursachen sind der boomende Niedriglohnsektor und die in den letzten Jahren beschlossenen Rentenkürzungen, die sich im Jahr 2030 auf bis zu 25 Prozent summieren. „Die Bundesregierung muss das Problem an beiden Enden gleichzeitig anpacken, den Arbeitsmarkt in Ordnung bringen und die Rentenleistungen verbessern", stellt Buntenbach klar. Das vom DGB geforderte Sofortprogramm soll langfristig wirken. Notwendig sei neben der Eindämmung von Armutslöhnen und der Neuauflage der steuerfinanzierten „Rente nach Mindesteinkommen" insbesondere eine wirksame Verbesserung der Erwerbsminderungsrente und der Reha-Leistungen sowie die Abschaffung der Rente mit 67. •



Die Rentenreformen der letzten Jahre führen dazu, dass das Gesamtrentenniveau künftig weiter sinken wird und neue Versorgungslücken entstehen.

Das DGB-Sofortprogramm gegen Altersarmut

Kostenneutrale Sicherungselemente:

- **Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns von 8,50 Euro pro Stunde**
- **Equal Pay in der Leiharbeit**

Steuerpolitisch relevante Sicherungselemente:

- **Wiedereinführung der „Rente nach Mindesteinkommen"**
- **Stopp der Subventionierung von Niedriglöhnen**

Beitragsrelevante Sicherungselemente:

- **Aufwertung der Erwerbsminderungsrente**
- **Abschaffung der Rente mit 67**
- **Erhöhung des Reha-Budgets**

Mehr Rente für Niedriglöhner

Wer nach einem langen Arbeitsleben am unteren Ende der Einkommensskala verrentet wird, dem droht künftig Altersarmut. Um das zu verhindern, fordert der DGB, die „Rente nach Mindesteinkommen" wieder einzuführen. Sie war 1992 abgeschafft worden. Anfang August hatte das bereits der CDA-Vorsitzende Karl-Josef Laumann vorgeschlagen.

Nach diesem Konzept werden unterdurchschnittliche versicherungspflichtige Einkommen bei Rentenbeginn um den Faktor 1,5 auf maximal 75 Prozent des Durchschnittsentgelts hoch gewertet. Voraussetzung ist, dass mindestens 35 Jahre Beiträge gezahlt wurden. Je länger die Lebensarbeitszeit, umso höher ist der Rentenanspruch.

Ein Beschäftigter mit zum Beispiel 40 Beitragsjahren und einem Einkommen von 50 Prozent des Durchschnitts, läge aktuell bei einer Rente von 549,40 Euro. Seine „Rente nach Mindesteinkommen" hingegen würde 824,10 Euro betragen. Die Erhöhung orientiert sich an der erbrachten Beitragsleistung, bietet aber auch für Beschäftigte im Niedriglohnbereich mit langer Erwerbsbiografie die Chance auf eine Rente, die ihm im Alter die Abhängigkeit von staatlicher Fürsorge erspart.

Hintergrund und Materialien:
http://www.dgb.de/-/wRr

PROJEKTE UND PARTNER

Otto-Brenner-Stiftung

Talk des Herrn

Am 11. September startet Günter Jauch seine Talkshow in der ARD. Dann lassen allein im Ersten insgesamt fünf ModeratorInnen ihre Talkgäste wöchentlich über den aktuellen Zustand von Politik und Gesellschaft diskutieren. Die Studie „... und unseren täglichen Talk gib uns heute!" der Otto-Brenner-Stiftung geht dem drohenden „Talkshow-Overload" auf den Grund. Bernd Gäbler, Autor der Studie, hat ein Vierteljahr lang alle relevanten Talkshows untersucht. Ein Ergebnis: Bosse aus der Wirtschaft stellen sich höchst selten der Fernsehöffentlichkeit, PolitikerInnen – entgegen anders lautender Mutmaßungen – sind als Dauergäste längst abgelöst durch Medienleute. „Die Wiederholungsquote bei der Gästeschar ist auch deswegen so hoch, weil das Fernsehen sich immer stärker auf sich selbst rückbezieht", so der Medienwissenschaftler. Die Form dominiere den Inhalt und die Beliebigkeit wachse, konstatiert er. Seine Ergebnisse verdichtet er in „Handlungsanweisungen", die dazu einladen, kontrovers diskutiert zu werden. Die Studie steht im Internet zum Download bereit. •

www.otto-brenner-stiftung.de



Zu einem konstruktiven Dialog will der Sammelband ***Gewerkschaftliche Modernisierung*** einladen. Die Autoren beleuchten aus sozialwissenschaftlicher Sicht die Modernisierungsbemühungen der Gewerkschaften. Sie analysieren die Gratwanderung zwischen Korporatismus und Konfliktorientierung bei der Bewältigung der jüngsten Krise. Kritisch bewerten sie, dass es Betriebsräten und Gewerkschaften noch nicht gelungen sei, eine politisch adäquate Strategie gegen die massive Ausweitung prekärer Beschäftigung sowie gegen Tarifaufweichung zu finden. Die einzelnen Befunde sezieren widersprüchliche Bewusstseinsmuster, zeigen aber auch an Einzelbeispielen erfolgreiche Modernisierungen, etwa mit Organizing-Modellen.

Thomas Haipeter, Klaus Dörre, (Hrsg.) Gewerkschaftliche Modernisierung. Gewerkschaft im Wandel, VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden, 2011, 304 Seiten, 34,95 Euro

Um die Zukunft von ver.di geht es Martin Kempe, bis 2007 Chefredakteur von ver.di publik, in seinem Buchessay ***10 Jahre ver.di – Die Chancengewerkschaft.*** Mit der kritisch-wohlwollenden Distanz des ehemaligen Insiders untersucht er, ob es der Multibranchengewerkschaft gelungen ist, den hohen Erwartungen von Mitgliedern und Öffentlichkeit aus der Gründungsphase gerecht zu werden. Kempe benennt Erfolge – von Tarifkämpfen über Organizing-Projekte bis zur Mindestlohnkampagne, er zeigt aber auch, dass der Mitgliederverlust der Großorganisation zwar zurückgeht, aber noch nicht gestoppt ist. Und doch ist sich Kempe sicher, dass ver.di noch jede Menge Chancen hat – etwa dann, wenn die Gewerkschaft den Prozess, den sie 2008 mit dem Projekt „Chance 2011" beschritten hat, konsequent weitergeht: Mitgliederorientierung als Ziel und Maßstab für das gesamte Organisationshandeln.

Martin Kempe, 10 Jahre ver.di – Die Chancengewerkschaft, Verlag Westfälisches Dampfboot, Münster 2011, 113 Seiten, 9,90 Euro.

ACE und ver.di

Fernbusse nicht ohne Gute Arbeit

ver.di und der Auto Club Europa (ACE) haben dem Plan der Bundesregierung, ein neues Netz von Fernbuslinien zu schaffen, grundsätzlich zugestimmt. Allerdings dürften dabei Fahrgastrechte und Arbeitnehmerrechte „nicht unter die Räder geraten". Fernbusse müssten zudem Maut-pflichtig sein. Beide Organisationen betonen: Der Fernbuslinienverkehr trage dazu bei, „das Mobilitätsangebot in Deutschland sinnvoll zu ergänzen". Das Argument, mit der Einführung von Fernbussen ginge eine Ausdünnung der Angebote der Bahn einher, weisen ver.di und ACE zurück. Dafür gebe es keine Belege. •

WEED

Spekulation auf Nahrung

Mit einem kostenlosen Internetfilm zeigt das globalisierungskritische Netzwerk WEED, wie mit Nahrungsmitteln spekuliert wird. Vor allem so genannte Terminbörsen, die in den USA und auch zunehmend in Europa eine Rolle spielen, stehen im Fokus der Kritik. WEED erklärt anschaulich die Gefahren, die die immer stärkere Beteiligung von Banken und Fonds an diesen Börsen mit sich bringt. WissenschaftlerInnen sind überzeugt: Finanzspekulation sorgt nicht nur für steigende Lebensmittelpreise, sie ist auch mitverantwortlich für Millionen zusätzliche Hungernde.

WEED fordert eine strenge Regulierung der Rohstoffmärkte. Dazu gehören hohe Sicherheitsleistungen für den Handel außerhalb von regulären Börsen, Preislimits und eine Transaktionssteuer auf Rohstoffterminhandel. Die G20-Finanzminister wollen bis November über Maßnahmen entscheiden. •

http://bit.ly/weed_vid

interregio

••• ver.di, der ***DGB Nord*** und der Deutsche Journalistenverband (DJV) wollen mit einer ***gemeinsamen Kampagne*** auf die schwierige Situation der Medien in Mecklenburg-Vorpommern hinweisen. Unter dem Motto „Unser Land braucht seine Zeitungen. Qualität und Vielfalt sichern" wollen die Initiatoren gerade im Wahlkampf auf die wichtige Funktion der „vierten Gewalt" hinweisen. In einem Bundesland, in dem keine wirkliche Zeitung mehr erscheine, in dem die Basis für kritischen Journalismus etwa durch Tarifflucht, wie zuletzt bei der *Schweriner Volkszeitung*, systematisch in Frage gestellt werde, dürfe die Politik nicht wegschauen. Die Kampagne läuft parallel zum Landtagswahlkampf. Gefordert wird mehr Transparenz über die Besitzverhältnisse von Verlagen sowie demokratische Mitwirkungsrechte für JournalistInnen, um Meinungsmonopole zu verhindern.

http://nord.dgb.de

••• Stefan Körzell, Bezirksvorsitzender des ***DGB Hessen-Thüringen,*** und der SPD-Fraktions- und Landesvorsitzende Thorsten Schäfer-Gümbel haben gemeinsam die hessische Landesregierung aufgefordert, die ***Energiewende*** endlich anzugehen. Körzell ist sich sicher, dass die Energiewende in Hessen machbar ist: „Hessen hat die industriellen Möglichkeiten, hier ganz vorn mitzuspielen. Diese sollten wir nutzen, um als Vorreiter auf die ersten Plätze bei der zukunftsgewandten Energieerzeugung zu kommen, statt wie bisher am Tabellenende auf der Stelle zu treten."

http://hessen-thueringen.dgb.de

Zeitsouveränität

Firmen lernen langsam

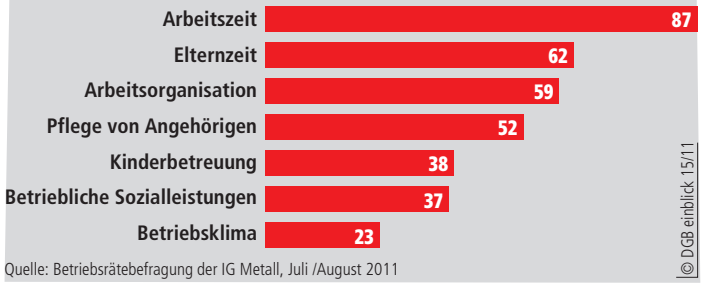
Alle reden von familienfreundlichen Arbeitszeiten und mehr Zeitsouveränität der Beschäftigten. Doch die Umsetzung in der Praxis verläuft schleppend. Die Arbeitszeiten der meisten Beschäftigten sind starr, echte Zeitsouveränität gibt es nicht – von Ausnahmen abgesehen.

Zahlreiche Studien belegen: Mit familienfreundlichen Arbeitszeiten sammeln Firmenchefs nicht nur Pluspunkte bei ihren Beschäftigten, ein ausgewogenes Konzept von der Kinderbetreuung bis zu Arbeitszeitkonten kann auch die mittlerweile gesuchten Fachkräfte locken.

„Unternehmensmonitor Familienfreundlichkeit 2010" konstatiert, dass mittlerweile fast alle Unternehmen mindestens eine Maßnahme im Bereich Arbeitszeitflexibilisierung / Telearbeit anbieten. Doch bleibt die Zahl der explizit zum Thema Vereinbarkeit abgeschlossenen Betriebsvereinbarungen eher gering – eine aktuelle IG Metall-Betriebsrätebefragung zum Thema spricht von rund 10 Prozent. Und bei 93 Prozent aller familienfreundlichen Maßnahmen ging die Initiative von Betriebsrat, Vertrauensleuten oder Beschäftigten aus.

Regelungen zur Arbeitszeit am wichtigsten

Regelungsbereiche in Betriebsvereinbarungen zur Vereinbarkeit von Beruf und Familie (Häufigkeit in Prozent)



Quelle: Betriebsrätebefragung der IG Metall, Juli /August 2011

Arbeitszeitfragen stehen im Zentrum von vielen existierenden Betriebsvereinbarungen für eine bessere Vereinbarkeit. Meist von Betriebsrat, Vertrauensleuten oder Beschäftigten initiiert, geht es dabei nicht um flexible Arbeitszeitregelungen wegen Maschinenlaufzeiten, sondern um mehr Zeitsouveränität für die Beschäftigten.

Arbeitszeiten sind das wichtigste Instrument einer familienfreundlichen Arbeitsgestaltung. DGB und die Gewerkschaften rühren deshalb auf vielfältige Art die Werbetrommel für neue, kreative Arbeitszeitmodelle. An Unterstützung für Unternehmen wie auch Betriebs- und Personalräte, die familienfreundliche Arbeitszeiten umsetzen wollen, mangelt es nicht – nicht nur von den Gewerkschaften, auch von der Bundesregierung oder der EU. Christina Stockfisch, Leiterin des DGB-Projektes „Vereinbarkeit von Familie und Beruf gestalten", registriert bei der Bereitschaft der Unternehmen dennoch „eher Stagnation" als einen positiven Aufwärtstrend. Zwar hat das arbeitgebernahe Institut der deutschen Wirtschaft (IW) im Jahren von der Hertie-Stiftung als familienfreundlicher Arbeitgeber zertifizieren.

Die Hertie-Stiftung, die 1998 die Zertifizierung mit ihrem Audit „berufundfamilie" startete, hat bis August 2011 rund 900 Unternehmen, Verwaltungen und Organisationen Familienfreundlichkeit bestätigt. Nicht jedes zertifizierte Unternehmen bietet den Beschäftigten identische Angebote. So kann die Handelskette Rewe mit „Gleitzeit" oder „Personalentwicklungsangeboten für alle Beschäftigten" schon punkten. Bei Vodafone hingegen gehört eine umfassende Betriebsvereinbarung ebenso zum Angebot wie firmeneigene Kinderkrippen.

Insgesamt haben sich die Rahmenbedingungen für eine innovative Arbeitszeitpolitik in den letzten Jahren eher verschlechtert. Arbeitsverdichtung und Entgrenzung der Arbeit bestimmen immer mehr den Arbeitsalltag. DGB-Expertin Stockfisch ist dennoch optimistisch. Der zunehmende Fachkräftemangel werde die Unternehmen vielleicht doch schneller auf neue Ideen bringen.

So entschied sich der schwäbische Maschinenbauer Trumpf für ein umfassendes Konzept. Das sei eine „Arbeitszeit-Revolution", lobte das Magazin *Mitbestimmung* der Hans-Böckler-Stiftung: Bei Trumpf können die Beschäftigten zwischen 15 und 40 Stunden wöchentlich arbeiten. Oder bis zu zwei Jahren pausieren (fürs halbe Geld, nachdem sie ebenso lang fürs halbe Geld gearbeitet haben). Oder bis zu 1000 Stunden auf einem Arbeitszeitkonto ansparen und dann in Freizeitblöcke ummünzen. Der Grund ist einfach: Die Firma braucht Fachkräfte, und die IG Metall will die Zeitsouveränität der Beschäftigten stärken. Die Maßnahmen von Trumpf könnten sich lohnen: Zwei Drittel der Beschäftigten zwischen 25 und 39 Jahren würden für eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf den Arbeitsplatz wechseln, hat das Allensbach-Institut für Demoskopie ermittelt. •

Flexible Arbeitszeiten gegen Fachkräftemangel

Mehrere Hunderttausend Mütter könnten einen Job annehmen, wenn es mehr familienfreundliche Arbeitszeiten und mehr Ganztagsbetreuung geben würde. Das hat das Institut zur Zukunft der Arbeit (IZA) im Auftrag des Bundesfamilienministeriums in seinem im Februar 2011 veröffentlichten Bericht „Familienfreundliche flexible Arbeitszeiten – Ein Baustein zur Bewältigung des Fachkräftemangels" festgestellt. Um das ungenutzte Fachkräftepotenzial ausschöpfen zu können, sollte sich familienfreundliche Personalpolitik nicht nur nach dem Bedarf des Unternehmens richten, sondern Flexibilität und Planungssicherheit für die Beschäftigten bieten, so die Empfehlung der WissenschaftlerInnen.

http://bit.ly/iza_zeit

DGB-Projekt

Familienbewusste Arbeitszeiten sind seit Anfang des Jahres der neue Schwerpunkt des DGB-Projektes „Vereinbarkeit von Familie und Beruf gestalten!". Mit einer Vielzahl von Angeboten will es Gewerkschaften, Betriebs- und Personalräte, aber auch Unternehmen dabei unterstützen, familienfreundliche Arbeitszeitkulturen aufzubauen.

www.familie.dgb.de

kurz&bündig

Die EVG kritisiert Bundesverkehrsminister Peter Ramsauer (CSU) für das bisher unvollständige Teststreckennetz, auf dem die über 25 Meter langen Gigaliner-LKWs geprüft werden sollen. Zudem lehnt sie die Einführung von Testfahrten ohne Zustimmung des Bundesrates ab.

Die IG BAU hat sich mit den Arbeitgebern im Gebäudereiniger-Handwerk auf eine deutliche Lohnerhöhung geeinigt. Der Tarifabschluss sei der erste große Schritt auf dem Weg zur Überwindung der Lohnmauer zwischen Ost und West. Die Ostlöhne steigen in zwei Stufen auf 84 Prozent des Westlohns.

Die NGG unterstützt mit einer Service-Hotline und dem Internetangebot Dr. Azubi auf www.junge-ngg.net den Berufsstart von jungen Menschen. Vor allem Azubis in Betrieben ohne Betriebsrat soll damit geholfen werden. Junge Menschen bräuchten Schutz vor Ausbeutung, so die NGG.
Hotline Gastgewerbe: 040/38013255
Hotline Bäckerhandwerk: 040/38013265

Die GdP fordert klare Regeln für polizeiliche Auslandseinsätze. Der stellvertretende GdP-Vorsitzende Jörg Radek betont: „Auslandseinsätze der deutschen Polizei müssen klar definierte und transparente Ausbilder-Einsätze sein."

EGB-Demo in Breslau

Ja zu europäischer Solidarität



Für einen Richtungswechsel in der europäischen Politik demonstrieren am 17. September GewerkschafterInnen aus ganz Europa im polnischen Wroclaw / Breslau. Am 16. und 17. September tagt dort der EU-Rat der Wirtschafts- und Sozialminister.

Zur Demo rufen der Europäische Gewerkschaftsbund (EGB) und seine Mitgliedsbünde auf. Das Motto: „Ja zu europäischer Solidarität. Ja zu guter Arbeit und Tarifautonomie. Nein zum unsozialen Spardiktat". Die europäischen Gewerkschaften wollen verhindern, dass die Krise Menschen in Europa in Gewinner und Verlierer spaltet. „Solidarität ist das Gebot der Stunde", heißt es im Demo-Aufruf. Und weiter: „Turbulenzen und Spekulation auf den Finanzmärkten bedrohen die wirtschaftliche und soziale Stabilität der EU." Die Gewerkschaften erwarten von der Politik jetzt entschlossenes und solidarisches Handeln: „Macht Schluss damit, dass Finanzmärkte und Ratingagenturen die Politik bestimmen!" Überfällig seien klare politische Entscheidungen für eine nachhaltige, solidarische Wirtschaftspolitik im Interesse der BürgerInnen Europas. Die DGB-Regionen in den an Polen angrenzenden Bezirken haben Busse organisiert. Mehr Infos dazu gibt es bei den DGB-Regionen. •

http://bit.ly/egb_aktion

ver.di-Website

Starker Auftritt

Zehn Jahre nach der Gründung präsentiert sich ver.di rechtzeitig vorm diesjährigen Bundeskongress mit einem völlig überarbeiteten Internet-Auftritt. Mit großzügiger Raumgestaltung – überwiegend in weiß – wirkt *www.verdi.de* sehr nutzerfreundlich und übersichtlich.

Bisher hat sich ver.di im Netz hauptsächlich über die Struktur der Fachbereiche und -gruppen präsentiert. Nun bietet die Homepage vier klar umrissene Bereiche: Über uns, Themen, Service und Wegweiser. So wird die alte Unübersichtlichkeit aufgehoben, bei der es des Öfteren auch zu Doppelungen kam. Andreas Stangl, vom ver.di-Bereich Kommunikation und Marketing, der den Relaunch mit betreut hat, erklärt: „Es war uns wichtig, einen Auftritt zu schaffen, der sich stärker an den Bedürfnissen der Mitglieder orientiert oder solchen, die es werden wollen." Die neue Struktur setzt nun nicht mehr die Kenntnis der ver.di-Fachbereichsstrukturen voraus, um die gewünschten Infos zu finden. Über die Meta-Navigation gelangt man direkt ins ver.di-Mitgliedernetz, ein Wegweiser führt die an die Fachbereichsstrukturen gewöhnten NutzerInnen in die entsprechenden Bereiche.

„Wir wollen unterschiedliche Zugänge zu ver.di bieten und zeigen, dass wir eine vielseitige Organisation sind, die viel zu bieten hat. Wir wollen zeigen, dass es sich lohnt, ver.di-Mitglied zu sein", sagt Stangl. Der neue ver.di-Auftritt stellt deutlicher heraus, welche Vorteile Mitglieder haben. Auch sprachlich setzt der neue Auftritt Akzente – „Gewerkschaftsdeutsch" soll künftig der Vergangenheit angehören. •

IG Metall

Flexibler Ausstieg aus dem Erwerbsleben

Die Rente mit 67 ist Gesetz. In absehbarer Zeit – so fürchtet die IG Metall – wird es wohl keine entscheidende Novellierung geben. „Eine einfache Neuauflage unseres ‚Nein' zur Rente mit 67 reicht nicht", sagt IG Metall-Vorstandsmitglied Hans-Jürgen Urban, zuständig unter anderem für Sozialpolitik. Anstelle des schlichten „nicht mit uns" wollen die Metaller nun stärker die Forderung nach flexiblen Ausstiegsmöglichkeiten in den Vordergrund rücken. Dazu gehören unter anderem, den Zugang zur Erwerbsminderungsrente zu erleichtern, die Altersteilzeit weiter öffentlich zu fördern und den abschlagsfreien Rentenzugang nach 40 Versicherungsjahren für 60-Jährige zu ermöglichen. Zudem müsse sichergestellt werden, dass 65-jährige und ältere Arbeitslose „keine sozialrechtlichen Sanktionen befürchten müssen", wie beispielsweise Sperrfristen. Neben der Forderung nach einer entsprechenden Gesetzgebung will die IG Metall die Arbeitgeber in die Pflicht nehmen. Sie sollen altersgerechte Arbeitsplätze bereitstellen. Ältere ArbeitnehmerInnen benötigen zudem ein „Recht auf Freistellung von alterskritischen Tätigkeiten wie Schichtarbeit", fordern die Rentenexperten der IG Metall. •



Foto: DGB

Der DGB-Vorsitzende Michael Sommer, 59, ist seit Juni 2010 auch Präsident des Internationalen Gewerkschaftsbundes (IGB).

Michael Sommer im Interview

Europa braucht klaren Kurs

Durch eine Inflation von Gipfeln und halbherzigen Versprechungen lassen sich weder die Finanzkrise noch die Krise der Eurozone überwinden. Von der Kanzlerin erwartet der DGB-Vorsitzende Michael Sommer „eine klare, verlässliche Linie" und erinnert daran, dass bereits der G20-Gipfel 2009 in London ein umfassendes Programm zur Regulierung der Finanzmärkte vorgelegt hat – ohne Folgen.

Seit Mitte August spielen nun auch die Börsen verrückt. Droht eine neue Wirtschafts- und Finanzkrise?

Keine neue – die Wirtschafts- und Finanzkrise dauert weiter an, nur die Erscheinungsform ändert sich immer wieder. Die Krise begann 2007 mit der US-Immobilienkrise, ging dann mit der Lehman-Pleite und den damit einhergehenden weltweiten Turbulenzen auf den Finanzmärkten weiter. Jetzt hat sie als Spekulationswelle den Euroraum erreicht, möglicherweise bald auch die USA oder andere. Diese andauernde Krise des kapitalistischen Finanzsystems wird man nur in den Griff bekommen, wenn tatsächlich die Finanzmärkte gezähmt und den Zockern das Handwerk gelegt wird.

Hat die Politik hier versagt?

Ja. Denn die G20-Staats- und Regierungschefs hatten diese Erkenntnis bereits im April 2009. Auf ihrem Londoner Gipfel haben sie ein umfassendes Programm zur Regulierung der Finanzmärkte vorgelegt. Leider ist davon bis heute nur sehr, sehr wenig umgesetzt worden – schon gar nicht im weltweiten Maßstab. Solange das nicht geschieht, werden wir die Krise nicht in den Griff bekommen. Mehr noch: Der Kapitalismus droht, an seiner eigenen Gier zu ersticken und dabei weltweit die Menschen und ganze Volkswirtschaften in den Abgrund zu reißen.

Was ist aktuell zu tun, um das zu verhindern?

Was den Euro betrifft, gilt es, die Spekulation gegen den Euro einzudämmen. Das gelingt nur mit einer gemeinsamen Währungspolitik und Eurobonds. Darüber hinaus muss man die eigentlichen Ursachen der Krise angehen. Dazu gehören zum einen die wirtschaftlichen Ungleichgewichte und die wachsende soziale Ungleichheit. Der private Reichtum wächst immer mehr, gleichzeitig nimmt die Armut zu, sowohl die private als auch die staatliche. Zum anderen müssen die Märkte reguliert werden. Wir brauchen die Finanztransaktionssteuer, und wir müssen dafür sorgen, dass Steuern auf Spekulationsgewinne tatsächlich abgeschöpft werden. Dabei müsste zumindest der Euroraum gemeinsam handeln, ein weltweit abgestimmtes Vorgehen wäre besser. Angesichts der Stärke der Spekulanten in Großbritannien und in den USA fehlt mir dazu der Glaube. Bei der Haushaltskrise in den USA hat sich erneut gezeigt, dass letztendlich die Wall Street regiert.

Und die nimmt in Kauf, dass die Arbeitslosigkeit in den USA rapide wächst?

Nicht nur in den USA, sondern weltweit. Dabei muss man sehen, dass wir in Deutschland in einer Sondersituation leben. Wir spüren die Auswirkungen der weltweiten Krise, aber trotz verdeckter Arbeitslosigkeit ist der Arbeitsmarkt hierzulande stabil. Auch die Jugendarbeitslosigkeit ist nicht so hoch wie bei unseren europäischen Partnern. Überall sonst auf der Welt hat die Finanzkrise eine Beschäftigungskrise zur Folge – allein durch ihre erste Welle haben weltweit über 40 Millionen Menschen ihren Job verloren.

Trotz aller Stabilität ist Deutschlands Wirtschaft über den Euro, über die Globalisierung mit den anderen Volkswirtschaften verwoben. Was heißt das für uns, wenn ein Staat Bankrott anmelden müsste?

Das hätte gravierende Folgen – in mehrfacher Hinsicht. Als eine Art Gesamtschuldner im Euroraum würde Deutschland finanziell belastet. Viel katastrophaler wäre aber, dass Absatzmärkte für unsere exportorientierte Wirtschaft wegbrechen würden. Allein deshalb müssen wir ein Interesse daran haben, den Euro als gemeinsame Währung zu stabilisieren. Unser EU-Binnenmarkt funktioniert im Wesentlichen über den Euro, und größter Profiteur ist dabei Exportweltmeister Deutschland.

Seit Beginn der Krise hat die Politik viel versprochen, aber wenig umgesetzt. Jetzt verspricht die Kanzlerin wieder viel – was ist von den Vorschlägen von Merkel und Sarkozy zu halten?

Zum Teil gehen sie in die falsche Richtung, weil sie auf Sozialabbau und Abbau von Arbeitnehmerrechten setzen. Damit wird die Krise nicht bekämpft, sondern neoliberale Ideologie über wirtschaftliche Vernunft gesetzt. Merkel und Sarkozy haben auch vernünftige Dinge vorgeschlagen, aber noch längst nicht beschlossen. Der Vorschlag der Finanztransaktionssteuer ist nicht neu: Die G20-Staaten haben sich mit dieser Steuer bereits auf dem Gipfel in London befasst – ohne Folgen. Jetzt verteufelt Herr Ackermann von der Deutschen Bank die Finanztransaktionssteuer. Und die Bundesregierung knickt schon ein, wenn Ackermann hustet. So geht das nicht! Frau Merkel muss endlich konsequent handeln. Und wenn sie von einer europäischen Wirtschaftsregierung redet, dann muss sie auch dafür sorgen, dass diese nicht nur die Währungs- und Haushaltspolitik koordiniert. Dazu gehört auch, in den Krisenländern die Konjunktur zu fördern oder gemeinsame Programme gegen die Jugendarbeitslosigkeit aufzulegen.

Fordern die Gewerkschaften also mehr Europa statt weniger?

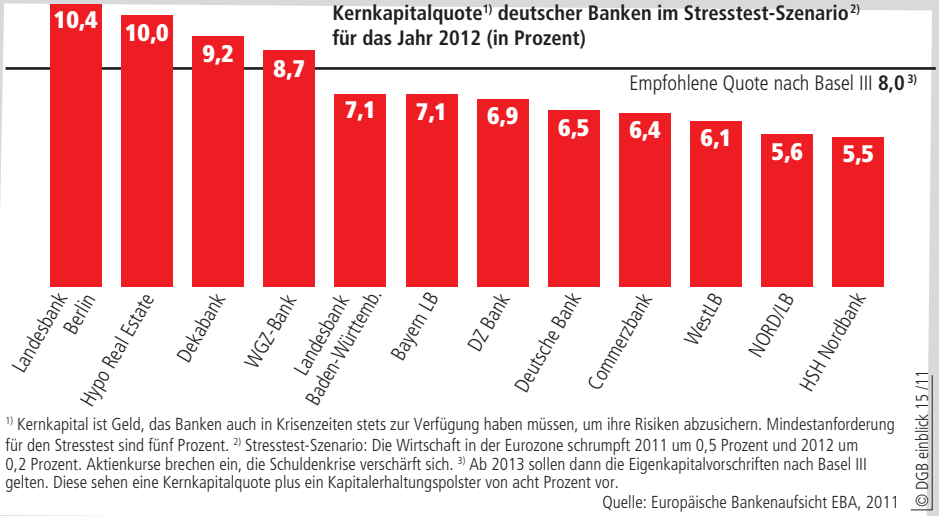
Wir stehen am Scheideweg. Europa ist tatsächlich in der Krise. Wir können die Krise überwinden – aber nicht durch eine Inflation von Gipfeln und halbherzigen Versprechungen. Die Menschen erwarten eine klare, verlässliche Linie. Europa muss den nächsten Schritt der Integration machen – nicht nur in der Ökonomie, sondern auch in der Sozialstaatlichkeit. Wenn das nicht gelingt, bricht Europa auseinander. Solange Frau Merkel keinen klaren Kurs fährt, wird es kein Vertrauen der Menschen zu ihrer Europapolitik geben. Aber selbst wenn Frau Merkel eine konsequente europapolitische Linie fahren sollte, werden die Gewerkschaften einer Reihe ihrer Vorschläge, etwa zur Schleifung der Tarifautonomie in Europa, niemals zustimmen. Wir lassen uns auch in Europa unsere Freiheitsrechte nicht nehmen.

DIES & DAS

die DGB grafik

STRESSTEST: Deutsche Banken unter Druck

Alle deutschen Banken haben den aktuellen EU-weiten Stresstest bestanden, das zeigen die Zahlen der Europäischen Bankenaufsicht (EBA). Doch spätestens ab 2013 reichen die geforderten fünf Prozent Kernkapitalquote nicht mehr aus – denn dann tritt Basel III in Kraft und sieht acht Prozent vor. Unter diesen Bedingungen wären auch die Deutsche Bank mit einer aktuellen Quote von 6,5 und die Commerzbank mit 6,4 Prozent durchgefallen. Insgesamt fielen acht von rund 90 Banken in Europa durch.



[1] Kernkapital ist Geld, das Banken auch in Krisenzeiten stets zur Verfügung haben müssen, um ihre Risiken abzusichern. Mindestanforderung für den Stresstest sind fünf Prozent. [2] Stresstest-Szenario: Die Wirtschaft in der Eurozone schrumpft 2011 um 0,5 Prozent und 2012 um 0,2 Prozent. Aktienkurse brechen ein, die Schuldenkrise verschärft sich. [3] Ab 2013 sollen dann die Eigenkapitalvorschriften nach Basel III gelten. Diese sehen eine Kernkapitalquote plus ein Kapitalerhaltungspolster von acht Prozent vor.

Quelle: Europäische Bankenaufsicht EBA, 2011

© DGB einblick 15/11

personalien

••• ***Heike Kauls,*** 48, bisher Leiterin der Abteilung Energie- und Umweltpolitik beim DGB-Bundesvorstand, ist ab 15. September Sozialattachée an der Deutschen Botschaft in Israel. Sie ist Nachfolgerin von ***Raja Nejedlo,*** 63, zuvor u.a. Abteilungsleiterin Frauenpolitik beim DGB-Bundesvorstan. Raja Nejedlo vertritt ab 1. September als Referentin in der Abteilung Europapolitik ***Alexandra Kramer,*** 34, die sich zurzeit im Mutterschutz und danach in Elternzeit befindet.

••• ***Erhard Pumm,*** bis 2009 Vorsitzender der DGB-Region Hamburg, ist im Alter von 65 Jahren verstorben. Pumm war 1988 von den Mitgliedsgewerkschaften des DGB erstmals zum Vorsitzenden gewählt worden. Zudem vertrat er 17 Jahre lang als Abgeordneter der Hamburger Bürgerschaft die Interessen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer.

14 TAGE

mehr Infos: www.einblick.dgb.de

5./6.9. DGB, OpenSpace-Workshop „(Alles) anders als gedacht. Wenn Frauen das Geld verdienen", Frankfurt am Main

6.-18.9. Friedrich-Ebert-Stiftung, Foto-Ausstellung „50 Jahre ‚Gastarbeiter' aus der Türkei", Mainz

8.9. Weltbildungstag/ Weltalphabetisierungstag

13.9. DGB, Frauenfachtagung „Gute Arbeit für alle statt prekäre Beschäftigung – Chancen für Frauen auf dem Arbeitsmarkt", Dresden

13.9. DGB, Workshop „Beschäftigungssituation von Frauen in der Branche der Erneuerbaren Energien", Berlin

14./15.9. Hans-Böckler-Stiftung, Fachtagung „Personalstrategie im Aufsichtsrat", Lohr am Main

16.-18.9. GEW, Arbeitstagung des Bundesarbeitskreises Junge GEW, Steinbach

17.9. EGB, u.a. mit DGB, Demonstration des Europäischen Gewerkschaftsbundes „Ja zur europäischen Solidarität, Ja zu Guter Arbeit und Tarifautonomie, Nein zum unsozialen Spardiktat", Breslau/Wroclaw, Polen

17.9. NGG u.a., Aktion „Rockkonzert für Vielfalt und gegen Rassismus in Hannover", Hannover

17.-24.9. ver.di, 3. ver.di-Bundeskongress „Vereint für Gerechtigkeit", Leipzig

17.9. DGB Sachsen, ver.di, GEW u.a., Seminar „Der sächsische Hochschulentwicklungsplan aus studentischer und gewerkschaftlicher Perspektive", Leipzig

18.9. Wahl zum Berliner Abgeordnetenhaus

19.9. DGB-Sachsen, 10. Sächsischer Seniorentag, Dresden

IMPRESSUM *einblick* erscheint vierzehntäglich **Herausgeber:** DGB **Verlag:** Graewis Verlag GmbH **GeschäftsführerInnen:** Anne Graef, Dr. Peter Wilke **Redaktion:** Anne Graef (verantw.), Sebastian Henneke **Redaktionelle Mitarbeit:** Udo Böhlefeld, Birgit Böhret, Norbert Hüsson, Luis Ledesma **Redaktionsanschrift:** Wallstraße 60, 10179 Berlin, Tel. 030/30882 4-0, Fax 030/30882420, Internet: www.einblick.dgb.de, E-Mail: redaktion@einblick.info **Anzeigen:** Bettina Mützel, Tel. 030/859946-240, Fax 030/859946-100, E-Mail: bettina.muetzel@berlin.de **Layout:** zang.design **Infografik:** Klaus Niesen **Druck und Vertrieb:** PrintNetwork Berlin **Abonnements:** Änderungen schriftlich an Redaktion *einblick* (Adresse s.o.)
Nachdruck frei für DGB und Gewerkschaften bei Quellenangabe und zwei Belegexemplaren. Alle Anderen nur nach schriftlicher Genehmigung durch den Verlag. Nachdruck von namentlich gezeichneten Artikeln nur nach Genehmigung durch Verlag und Autor.

Schlusspunkt.

„Lieber Gott, viel Spaß!"

Der Verband Art Directors Club für Deutschland (ADC) nahm so in der FAZ am 24. August Abschied von Vicco von Bülow, der dort Ehrenmitglied war.

Gesetzliche Unfallversicherung

Kein Schutz „rund um die Uhr"

Bei einer Dienstreise besteht grundsätzlich gesetzlicher Unfallversicherungsschutz. Ereignet sich ein Unfall hingegen bei einem Fußballspiel im Rahmen der Dienstreise, so handelt es sich in der Regel nicht um einen versicherten Arbeitsunfall. Versichert sind lediglich solche Tätigkeiten, die mit dem Beschäftigungsverhältnis rechtlich wesentlich zusammenhängen.

Hessisches Landessozialgericht,
Urteil vom 15. März 2011 - L 3 U 64/06

Altersteilzeit

Erst ab Grad 50 der Behinderung

Der öffentliche Arbeitgeber ist nach dem Altersteilzeitgesetz grundsätzlich berechtigt, aus wirtschaftlichen Gründen den Kreis der Beschäftigten zwischen dem 55. und dem 59. Lebensjahr, mit denen er einen Altersteilzeitvertrag abschließen möchte, auf schwerbehinderte Menschen mit einem Grad der Behinderung ab 50 zu beschränken.

Landesarbeitsgericht Nürnberg,
Urteil vom 9. Juni 2011 - 2 Sa 114/10

Gesetzliche Unfallversicherung

Kein Schutz für Vorlesungsbesucher

Ein Versicherungsschutz in der gesetzlichen Unfallversicherung als Studierender besteht nicht für eine Person, die lediglich eine Universitätsveranstaltung besucht, ohne als Student immatrikuliert oder von der Universität in anderer Form, etwa als Gasthörer, offiziell registriert zu sein.

Landessozialgericht Rheinland-Pfalz,
Urteil vom 14. Juli 2011 - L 5 U 240/10

Gesetzliche Krankenversicherung

Anspruch auf einen Elektro-Rollstuhl

Zum Ausgleich einer Behinderung im Bereich der Mobilität haben Versicherte gegenüber ihrer gesetzlichen Krankenkasse einen Anspruch auf Versorgung mit einem geeigneten Elektro-Rollstuhl. Ein zweiter Elektro-Rollstuhl muss hingegen regelmäßig nicht gewährt werden. Etwas anderes gilt erst dann, wenn der Erst-Rollstuhl regelmäßig über längere Zeit nicht verfügbar ist und ein passender Ersatz-Rollstuhl nicht gestellt werden kann. Hinzukommen muss dann aber noch, dass der Versicherte ohne den Erstrollstuhl den überwiegenden Teil des Tags im Bett verbringen muss und auch nicht mit anderen Hilfsmitteln und mit fremder Hilfe mobilisierbar ist.

Hessisches Landessozialgericht,
Urteil vom 19. Mai 2011 - L 8 KR 310/08

Mutterschutzzeiten

Zählen auch bei der Zusatzversorgung

Die Nichtberücksichtigung von Mutterschutzzeiten bei der betrieblichen Zusatzversorgung der Versorgungsanstalt des Bundes und der Länder (VBL) ist verfassungswidrig.

Bundesverfassungsgericht,
Beschluss vom 28. April 2011 - 1 BvR 1409/10

HIV-Infektion

Stellt keine Behinderung dar

Die Kündigung eines Arbeitnehmers wegen einer Behinderung kann eine Diskriminierung sein. Die HIV-Infektion allein ist keine Behinderung.

Der Fall: Der Arbeitnehmer ist HIV-infiziert und wurde vom Arbeitgeber als chemisch-technischer-Technischer Assistent beschäftigt. Der Arbeitgeber kündigte das Arbeitsverhältnis in der Probezeit wegen der HIV-Infektion. Der Arbeitnehmer hielt die Kündigung für unwirksam, die bloße Infektion mit dem HI-Virus könne nicht zur Kündigung berechtigen. Zudem habe der Arbeitgeber ihn durch die Kündigung wegen einer Behinderung diskriminiert und sei daher nach dem allgemeinen Gleichbehandlungsgesetz zur Entschädigungszahlung verpflichtet. Der Arbeitgeber machte demgegenüber geltend, die Kündigung sei noch in der Probezeit erfolgt; sie sei aus Gründen der Arbeitssicherheit unumgänglich gewesen. Eine Diskriminierung sei nicht erfolgt. Die Klage des Arbeitnehmers hatte keinen Erfolg.

Das Arbeitsgericht: Die Kündigung kann nicht auf ihre sachliche Rechtfertigung hin überprüft werden, weil der Arbeitnehmer noch keine sechs Monate beschäftigt war und das Kündigungsschutzgesetz keine Anwendung findet. Die Kündigung wurde auch nicht willkürlich ausgesprochen, weil die vom Arbeitgeber angeführten Gründe nachvollziehbar sind. Der Arbeitgeber hat den Arbeitnehmer zudem nicht wegen einer Behinderung diskriminiert. Die bloße HIV-Infektion führt nicht zu einer Beeinträchtigung der Erwerbsfähigkeit und stellt daher keine Behinderung im Rechtssinne dar.

Landesarbeitsgericht Schleswig-Holstein,
Urteil vom 9. Juni 2011 - 5 Sa 509/10

Hartz IV

Nach Geldgewinn keine Leistungen mehr

Macht ein Hartz-IV-Empfänger einen größeren Geldgewinn, verliert er den Anspruch auf staatliche Unterstützung.

Der Fall: Die 40-jährige Frau bezog Hartz-IV-Leistungen. Nachdem sie in einer Fernsehsendung 20.000 Euro gewonnen hatte, verlangte das Sozialamt die Vorlage eines Bankkontoauszuges mit dem Gewinneingang, setzte den Gewinnbetrag als einmalige Einnahme an und stoppte die Zahlungen. Die Frau argumentierte, sie habe den Gewinn zur Schuldentilgung und sonstige Anschaffungen aufgebraucht und verlangte die Weitergewährung der Leistungen. Ihr Antrag auf Erlass einer einstweiligen Anordnung hatte keinen Erfolg.

Das Sozialgericht: Die Antragstellerin hat mit dem Geldgewinn in Höhe von 20.000 Euro Einkommen erzielt, das nach dem Gesetz anzurechnen ist. Sie ist bis auf weiteres nicht mehr hilfebedürftig. Die Einnahmen sind auf einen Zeitraum von sechs Monaten gleichmäßig aufzuteilen und monatlich mit einem entsprechenden Teilbetrag zu berücksichtigen. Das monatlich anzusetzende Einkommen ist damit geeignet, den Bedarf der Antragstellerin unter Zugrundelegung der Regelleistung und Kosten der Unterkunft zu decken.

Von dem erzielten Einkommen sind auch keine Schulden und Ausgaben abzuziehen. Denn andernfalls würde die Allgemeinheit als Steuerzahler zur Schuldentilgung verpflichtet. Einkünfte sind in erster Linie dazu da, den Lebensbedarf zu decken. Im Übrigen ist es unverständlich, dass die Antragstellerin Schulden tilgt und teure Anschaffungen tätigt, statt die Miete zu zahlen, um sich im Verfahren auf die fristlose Kündigung des Mietverhältnisses zu berufen.

Sozialgericht Frankfurt/Main,
Beschluss vom 14. Juli 2011 - S 32 AS 788/11 ER

einblick
gewerkschaftlicher Info-Service vom 19.09.2011 16/11

DGB

inhalt

Seite 3
Fachkräfte sichern
Analysen zeigen, von flächendeckendem Fachkräftemangel kann keine Rede sein. Die Gewerkschaften raten: Mit Guter Arbeit kann man qualifizierte Beschäftigte gewinnen

Seite 6
Zukunft im Betrieb
Der ver.di-Vorsitzende Frank Bsirske im Interview über die Chancen der Gewerkschaften

Seite 7
Für Gerechtigkeit
Vom 17. bis zum 24. September tagt der dritte ver.di-Bundeskongress in Leipzig. einblick stellt die zentralen Themen, Fakten und Personalien vor

Ausbildungsreport 2011

Handeln statt klagen

Die Klagen von Arbeitgebern und Verbänden über fehlende Auszubildende und Fachkräfte werden lauter. Doch die Qualität der Ausbildung hat sich auch im vergangenen Jahr nicht verbessert. Das ist ein zentrales Ergebnis des DGB-Ausbildungsreports 2011. Die stellvertretende DGB-Vorsitzende Ingrid Sehrbrock betont: „Die Auszubildenden von heute sind die qualifizierten Fachkräfte von morgen. Arbeitgeber haben es selbst in der Hand, Fachkräfte zu qualifizieren." Leider seien die Probleme von Azubis in den letzten Jahren nicht geringer geworden.

Wie auch in den Vorjahren belegen die Ausbildungsberufe im Hotel- und Gaststättengewerbe die hinteren Plätze. Die Rote Laterne hält 2011 der Beruf Hotelfachmann/-frau. „Kein Zufall", wie DGB-Bundesjugendsekretär René Rudolf meint. Schließlich müssten zwei Drittel der Azubis regelmäßig Überstunden leisten – zwischen acht und neun Stunden wöchentlich. Ein rauer Umgangston und eine schlechte Betreuung durch die Ausbilder geben den jungen Menschen zudem das Gefühl, als „billige Arbeitskräfte ausgenutzt zu werden", so Rudolf. Auf die Plätze eins bis drei kommen Bankkaufmann/-frau, Industriemechaniker/in und Mechatroniker/in.

Ingrid Sehrbrock ruft insbesondere die Kammern auf, mit unangemeldeten Betriebsbesuchen die Einhaltung der gesetzlichen Regelungen zu kontrollieren. Denn weiterhin müssen 40 Prozent aller Azubis Überstunden leisten. Fast jede/r Dritte muss ausbildungsfremde Tätigkeiten verrichten, wie zum Beispiel das Auto des Chefs waschen.

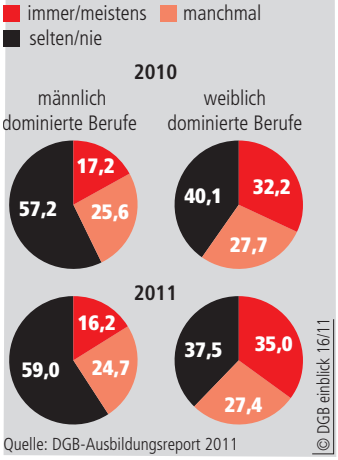
Auffällig ist, dass die Schere zwischen männlich und weiblich dominierten Berufen, wie auch in den Vorjahren, auseinander geht. Frauen bekommen demnach weniger Geld und Urlaub und müssen zudem mehr Überstunden leisten bei gleichzeitig schlechterem Ausgleich. Das gilt unter anderem für Friseurinnen, Kauffrauen für Bürokommunikation und Medizinische Fachangestellte.

Die weiterhin oft unklare Übernahme der Azubis kritisiert Rudolf scharf und fordert die Arbeitgeber auf, selbst gegen den Fachkräftemangel aktiv zu werden und jungen Menschen per Übernahme eine reelle Chance auf dem Arbeitsmarkt zu geben. Der Hintergrund: Rund 66 Prozent wissen nicht, ob sie übernommen werden. Zehn Prozent hatten bereits eine Absage.

Der Ausbildungsreport untersucht jährlich, wie es um die Qualität der Ausbildung bestellt ist. So werden die Auszubildenden zum Beispiel zu Arbeitszeit, Vergütung und fachlichen Anleitung befragt. Dieses Jahr haben 9325 junge Menschen teilgenommen. •

Frauenjobs: Feierabend ohne Entspannung

Antworten von weiblichen und männlichen Auszubildenden auf die Aussage „Ich habe Probleme, mich nach der Ausbildung in meiner Freizeit zu erholen" im Vergleich 2010 und 2011 (in Prozent)



Quelle: DGB-Ausbildungsreport 2011

Die Zahl der Frauen, die sich nach Feierabend oft oder manchmal schlecht entspannen können, ist im Vergleich zum Vorjahr gestiegen.

plusminusBERLIN

+ ***Swen Schulz** (SPD-MdB) fordert, den Hochschulpakt aufzustocken. Durch doppelte Abiturjahrgänge und die überstürzte Aussetzung der Wehrpflicht würden im kommenden Semester viel mehr junge Menschen an die Unis gehen, als von Bund und Ländern erwartet.*

– ***Der stellvertretende bayerische Ministerpräsident Martin Zeil (FDP) findet, dass gesetzliche Mindestlöhne Langzeitarbeitslosen und Geringqualifizierten die Chancen rauben. Sein Wunsch: Kombilöhne, „mit einer aktivierenden Komponente", die Anreize schaffe, Arbeit anzunehmen.***

Der Surf-Tipp fürs Internet

www.boeckler.de
Die Internetseite der Hans-Böckler-Stiftung im neu gestalten Design mit allen Fakten und Hintergründen zu gewerkschaftlichen Themen

Hintergrund

www.einblick.dgb.de/hintergrund
Der aktuelle Ausbildungsreport 2011 des Deutschen Gewerkschaftsbundes

Landtagswahlen

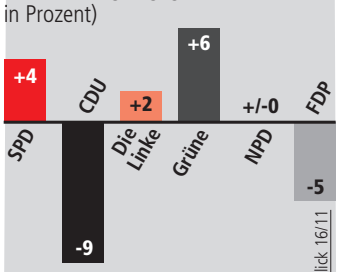
GewerkschafterInnen im Trend

Deutliche Gewinne für SPD und Grüne, leichte für die Linke und hohe Verluste für CDU und FDP: Das Wahlverhalten der Gewerkschaftsmitglieder bei der Wahl in Mecklenburg-Vorpommern entspricht den allgemeinen Wahltrends. Mit 15 Prozent liegt die CDU in der Gunst der GewerkschafterInnen abgeschlagen auf Platz drei – hinter SPD (40 %) und der Linken (23 %).

Ein Wahlziel haben die demokratischen Parteien nicht erreicht – zu verhindern, dass die NPD erneut in den Landtag einzieht. Besorgniserregend: 12 Prozent der Arbeitslosen und 15 Prozent der ErstwählerInnen stimmten für die NPD. Auch gewerkschaftlich organisierte WählerInnen sind nicht immun gegen die rechte Propaganda: Bei den organisierten ArbeiterInnen und den männlichen Gewerkschaftsmitgliedern machten jeweils neun Prozent ihr Kreuz bei der NPD.

Hohe Verluste für die CDU

Zweitstimmen von Gewerkschaftsmitgliedern* bei der Landtagswahl 2011 in Mecklenburg-Vorpommern (Veränderungen gegenüber 2006, in Prozent)

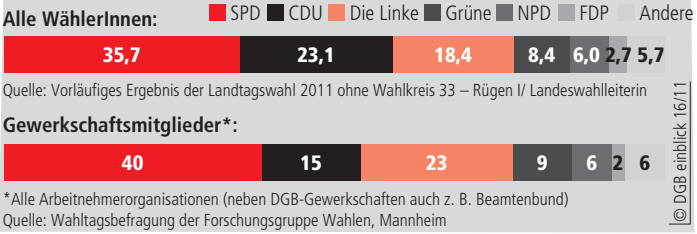


*Alle Arbeitnehmerorganisationen (neben DGB-Gewerkschaften auch z. B. Beamtenbund)
Quelle: Wahltagsbefragung der Forschungsgruppe Wahlen, Mannheim

© DGB einblick 16/11

GewerkschafterInnen: SPD und Linke vorn

Zweitstimmen bei der Landtagswahl in Mecklenburg-Vorpommern vom 4. September 2011 (in Prozent)



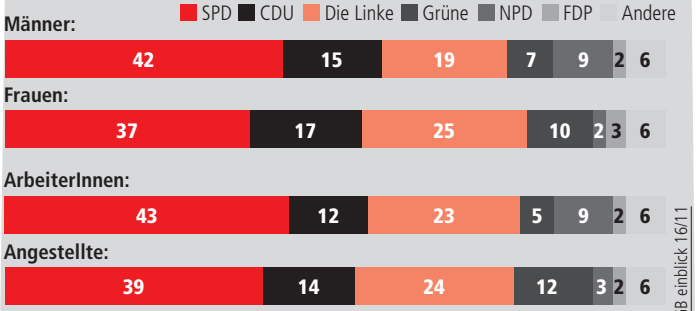
Quelle: Vorläufiges Ergebnis der Landtagswahl 2011 ohne Wahlkreis 33 – Rügen I/ Landeswahlleiterin

*Alle Arbeitnehmerorganisationen (neben DGB-Gewerkschaften auch z. B. Beamtenbund)
Quelle: Wahltagsbefragung der Forschungsgruppe Wahlen, Mannheim

© DGB einblick 16/11

Männer anfälliger für rechte Propaganda

Zweitstimmen von Gewerkschaftsmitgliedern* bei der Landtagswahl 2011 in Mecklenburg-Vorpommern nach Geschlecht und Arbeitnehmerstatus (in Prozent)



*Alle Arbeitnehmerorganisationen (neben DGB-Gewerkschaften auch z. B. Beamtenbund)
Quelle: Wahltagsbefragung der Forschungsgruppe Wahlen, Mannheim

© DGB einblick 16/11

Anzeige

Debeka Lebensversicherungsverein a. G.



Stiftung Warentest Finanztest
SEHR GUT (1,3)
Tarif BUZ TRI: Vergleich von 82 Angeboten für die Berufsunfähigkeits-Zusatzversicherung
Ausgabe 7/2009

Jetzt Dienstunfähigkeit absichern!

Mit der Berufung in das Beamtenverhältnis auf Lebenszeit ist die Versorgung bei Dienstunfähigkeit noch keineswegs gesichert. Noch gravierender sieht die Situation als Beamter auf Probe bzw. auf Widerruf aus.
Die Versorgungslücke zwischen Arbeitseinkommen und Pension wird immer größer. Wenn Sie Ihre Existenz nicht aufs Spiel setzen wollen, sichern Sie Ihre Arbeitskraft jetzt privat ab.

Wir haben spezielle Angebote für Sie. Rufen Sie uns an.

anders als andere

Debeka-Hauptverwaltung
Ferdinand-Sauerbruch-Str. 18
56058 Koblenz
Telefon (0261) 498-0

www.debeka.de

Debeka

Fachkräftesicherung

Arbeitgeber gefordert

Schenkt man Arbeitgebern und einigen PolitikerInnen Glauben, dann ist ein flächendeckender Mangel an Fachkräften bereits Realität. Analysen zeigen hingegen: Es gibt Engpässe, aber keinen umfassenden Mangel. Vielmehr haben es die Arbeitgeber selbst in der Hand, Nachwuchs und Fachkräfte zu sichern. Die Mittel: Gute Arbeit, Übernahme, Vereinbarkeit von Familie und Beruf, Weiterbildung sowie faire Löhne.

Der Zentralverband des deutschen Handwerks (ZDH) lässt sich seine Kampagne eine ordentliche Stange Geld kosten. Mit bis zu 50 Millionen Euro wollen die Arbeitgeber im Handwerk ihr Image aufpolieren. Die Angst vor dem drohenden Fachkräftemangel treibt sie um. Einer ihrer Slogans lautet „Unser größtes Talent: Talente fördern". Ein Blick in das Ranking mit den schlechtesten Ausbildungsvergütungen macht klar, die finanzielle Förderung ist damit nicht gemeint. Der DGB-Vorsitzende Michael Sommer nimmt die Arbeitgeber im Handwerk daher in die Pflicht: „Wer im Wettbewerb um qualifizierte Fachkräfte nicht den Anschluss verlieren will, darf Auszubildende und Beschäftigte nicht in prekäre Arbeitsverhältnisse mit schlechter Bezahlung drängen." Gute Arbeitsbedingungen und leistungsgerechte Entlohnung seien immer noch die beste Imagekampagne, so Sommer.

Auch in anderen Branchen haben es die Arbeitgeber in der Hand. So zum Beispiel im IT-Bereich. Laut Arbeitgebern fehlen 35 000 Beschäftigte. Gleichzeitig suchen aber 31 000 IT-Fachleute einen Job. Die Zahl ist im vergangenen Jahr sogar um zehn Prozent gestiegen. Und trotz des Aufschwungs sind die Gehälter nur um knappe 1,5 Prozent gestiegen. Für ver.di steht fest: Die Probleme sind hausgemacht. Die Gewerkschaft fordert eine höhere Ausbildungsquote, mehr Weiterbildung und deutlich mehr Übernahmen von Auszubildenden.

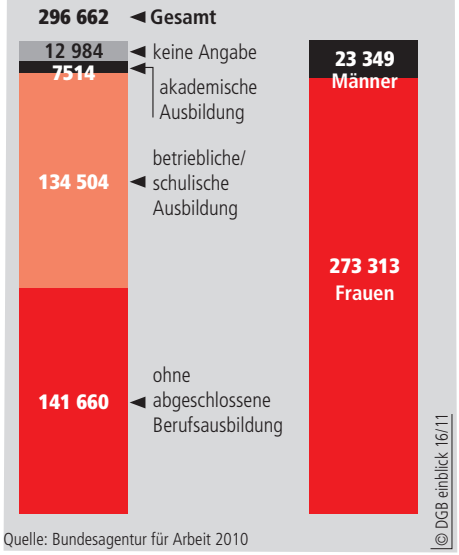
Sorgen bereiten ver.di allerdings einige Sozial- und Pflegeberufe. Jobs mit zum Teil harten psychischen und physischen Anforderungen, wie zum Beispiel ErzieherInnen und AltenpflegerInnen. Laut Berechnungen fehlen bis 2025 rund 268 000 Fachkräfte in den Kindertagesstätten. Und auch die Pflegebranche steuert auf einen hohen ungedeckten Bedarf an Fachkräften zu. Das Statistische Bundesamt rechnet mit 221 000 fehlenden ausgebildeten Fachkräften bis 2025. Die Forderungen von ver.di lauten: bessere Bezahlung, eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf und vor allem mehr und umfassenderen Gesundheitsschutz.

Eine DGB-Analyse zeigt: Im Bereich des Maschinen- und Fahrzeugbaus gibt es Engpässe bei Ingenieuren. Ursache hierfür sei, dass die Politik keine ausreichenden strukturellen Bildungsreformen eingeleitet habe. Außerdem sei die Bildungsexpansion vergangener Jahre gestoppt worden. Der DGB fordert: mehr Aus- und Weiterbildung, eine bessere Anerkennung von Bildung, die gezielte Förderung bildungsferner Schichten und eine „zweite Chance" für die „Opfer sozialer Auslese". Die Analyse belegt, dass von einem flächendeckenden Fachkräftemangel keine Rede sein kann. Ein Beleg: 70 Prozent derjenigen, die 2010 ihren Job verloren haben, hatten eine betriebliche oder akademische Ausbildung.

Wie die Fachkräftesicherung der Zukunft aussehen kann, zeigt die IG Metall. In einem Zehn-Punkte-Papier erklärt sie, was Arbeitgeber, und Politik beachten müssen (siehe Randspalte). Die IG Metall betont: „Ob es langfristig wirklich zu einem starken Fachkräftemangel kommt, hängt aber von der wirtschaftlichen Entwicklung ab." Wer vor diesem Hintergrund ein Horrorszenario an die Wand male, verhindere sinnvolle Lösungen. Was sinnvolle Lösungen sind, hat die IG Metall beispielsweise in Bayern mit dem Tarifvertrag „Zusätzliche Ausbildungsplätze" bewiesen. Ebenfalls ein gutes Beispiel, der Tarifvertrag mit dem technischen Gebäudeausrüster Imtech GmbH. Gemeinsam haben sie einen bisher einmaligen Tarifvertrag zur unbefristeten Übernahme von Auszubildenden vereinbart. •

Fachkräftepotenzial: Alleinerziehende Arbeitslose

Alleinerziehende Arbeitslose nach Bildungsabschlüssen und nach Geschlecht im Jahr 2010



Quelle: Bundesagentur für Arbeit 2010

Viele arbeitslose Alleinerziehende wollen arbeiten. Mehr als 140 000 haben eine schulische, betriebliche oder akademische Ausbildung. Allerdings ist der (Wieder-)Einstieg in die Arbeitswelt nicht leicht für diese Gruppe. Eine bessere Förderung ist hier notwendig.

Fachkräfte sichern

Mit dem Zehn-Punkte-Papier zur Fachkräftesicherung steckt die IG Metall die zentralen Aspekte für die Zukunft ab. Um Engpässen in einigen Berufsgruppen zu begegnen, schlägt sie eine Reihe von Maßnahmen am Arbeitsmarkt, in den Unternehmen und in der Bildung vor. Unter anderem soll die Leiharbeit reduziert und der Niedriglohnsektor eingedämmt werden. Flächendeckend müssten zumindest das Prinzip Equal Pay und allgemeinverbindliche Mindestlöhne durchgesetzt werden. Mehr Menschen müssten zudem in Arbeit gebracht und zusätzlich Ausbildungsplätze geschaffen werden. Die IG Metall stellt auch ihre eigene Verantwortung bei der Sicherung von Fachkräften klar: „Wir beteiligen uns gleichzeitig an der bisher sehr einseitigen Debatte über Fachkräftesicherung mit seriösen Vorschlägen und durchdachten Konzepten." Mit detaillierten Forderungen nimmt die IG Metall Arbeitgeber und die Politik in Pflicht. Im Zentrum der Forderungen: Gute Arbeit, mehr Bildung und eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf.

Das Zehn-Punkte-Papier der IG Metall und die DGB-Analyse gibt es hier:
www.einblick.dgb.de/hintergrund

kurz&bündig

Die GdP fordert, das Grundgesetz zu ergänzen und damit Bestrebungen zur Wiederbelebung nationalsozialistischen Gedankengutes für verfassungsfeindlich zu erklären. „Neonazistischen Bestrebungen jeglicher Couleur muss konsequent das Wasser abgegraben werden", so die GdP.

Die NGG hat gemeinsam mit der Arbeitgebervereinigung Nahrung und Genuss (ANG) gefordert, die tarifvertragliche Altersvorsorge zu stärken und diese nicht mehr auf die Grundsicherung anzurechnen. Im Kampf gegen Altersarmut mahnen die Sozialpartner stärkere gesetzliche Flankierungen an.

Gemeinsam mit dem Deutschen Mieterbund und der Bau- und Immobilienwirtschaft hat die IG BAU den Bundeshaushalt 2012 kritisiert. Umwelt und Wohnungsbau blieben auf der Strecke. Der IG BAU-Vorsitzende Klaus Wiesehügel: „Die Hängepartie bei der Förderung der energetischen Gebäudesanierung gefährdet Arbeitsplätze."

Die IG Metall hat ihr neues Bildungszentrum in Sprockhövel am 12. September eröffnet. Rund 33 Millionen Euro hat sie in den Neubau investiert. Der Neubau war nach 40 Jahren Bildungsbetrieb und nahezu 500 000 Teilnehmern notwendig geworden. Das neue energieeffiziente Haus bietet mehr Komfort und moderne Konferenztechniken.

Hans-Böckler-Stiftung

Verfehlte Steuerpolitik

Die FDP will sie immer noch, die CDU/CSU will sie vielleicht, die Steuersenkungen. Das Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung (IMK) der Hans-Böckler-Stiftung stellt fest: Seit 1998 haben Bund, Länder und Kommunen Einnahmeausfälle in Milliardenhöhe. Würden heute noch die 98er Steuergesetze gelten, wären 51 Milliarden Euro mehr in den öffentlichen Kassen. Vor allem die Einkommensteuerreform der rot-grünen Koalition habe zu den Mindereinnahmen beigetragen, stellt IMK-Steuerexperte Achim Truger fest. Die Große Koalition und Schwarz-Gelb haben das Minus weiter vergrößert.

Für Truger steht fest: „Die Hoffnung auf eine weitgehende Selbstfinanzierung von Steuersenkungen über Wachstumsimpulse seien im In- und Ausland regelmäßig enttäuscht worden." Wer den Haushalt konsolidieren wolle, komme um Steuererhöhungen nicht herum. Das IMK befürwortet eine Anhebung des Einkommensteuertarifs für höhere Einkommen, eine höhere Erbschaftssteuer, die Wiedereinführung der Vermögenssteuer sowie eine Finanztransaktionssteuer. •

http://bit.ly/hbs_steuer

neueBücher

Ein-Euro-Jobs sollten für Arbeitslose eine Brücke zum ersten Arbeitsmarkt schlagen. Das geht in der Praxis gründlich daneben. Als brandenburgische Landtagsabgeordnete betrieb Esther Schröder zehn Jahre lang ein „Hartz-IV-Kontaktbüro". Ihre Erfahrungen aus Gesprächen mit Arbeitslosen hat sie in 27 Fallbeispielen in ihrem Buch ***Vermittelt, Verwaltet, Vergessen – Was Ein-Euro-Jobs mit Menschen machen*** zusammengefasst. Ihr Fazit: Zu selten passen Beruf und Ein-Euro-Job zusammen, zu oft bedeuten Ein-Euro-Jobs Personalabbau. Ein-Euro-Jobber sehen sich eher stigmatisiert, akzeptieren ihre Jobs aus Resignation, kaum mit der Hoffnung auf eine neue Berufstätigkeit. Für Esther Schröder ist die Praxis der Ein-Euro-Jobs alte Arbeitsmarktpolitik mit anderen Mitteln. Sie bestätigt damit, was die Gewerkschaften schon bei der Einführung der Ein-Euro-Jobs befürchteten.



Esther Schröder, Vermittelt, Verwaltet, Vergessen, Was Ein-Euro-Jobs mit Menschen machen, J.H.W. Dietz-Verlag, 189 Seiten, 16,80 Euro

Sozialgerichte

DGB gegen neue Initiative

Die Idee, Verwaltungs- und Sozialgerichtsbarkeit zusammenzulegen, wähnte der DGB schon im politischen Ablagekorb. Jetzt setzen die Justizminister der Länder Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen das Thema wieder auf die Tagesordnung. Auf der nächsten Justizministerkonferenz, am 9. November in Berlin, will die Länderallianz eine entsprechende Initiative starten.

Für den DGB ist dieser Schritt nicht nachvollziehbar. Schließlich seien die Argumente altbekannt und hätten bereits früher nicht zum Erfolg geführt. Der Anstieg der Verfahren an den Sozialgerichten sei „einerseits auf das handwerkliche Unvermögen des Gesetzgebers bei der Erarbeitung der Hartz-IV-Regelungen und andererseits auf die inneren Struktur- und Organisationsprobleme der Jobcenter zurückzuführen", schreibt die Abteilung Recht des DGB-Bundesvorstands und bittet um Unterstützung – durch Verbreitung ihres Newsletters zum Thema oder Protestbriefe und -mails an die drei Länderministerien. Deren Anschriften und Mail-Adressen sind im Newsletter enthalten. •

Newsletter: http://bit.ly/dgb_recht

GEW

Gewerkschaftsrechte in der Türkei

Verhaftungen, Strafversetzung, Reiseverbote: Mit allen Mitteln versucht der türkische Staat missliebige Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter zu isolieren. Gewerkschaften würden „als Gefahr" von der türkischen Regierung wahrgenommen, schreibt die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) in der Einladung zu der Veranstaltung „Gewerkschaftsrechte unterm Halbmond". Gemeinsam mit der Friedrich-Ebert-Stiftung lädt die GEW ein, mit Mitgliedern der türkischen Bildungsgewerkschaft „Egitim Sen" zu diskutieren. Vom 18. bis 29. September werden die türkischen Gäste in acht Städten über ihr Gewerkschaftsleben berichten. •

Nähere Informationen über: manfred.brinkmann@gew.de oder kristina.schatz@fes.de

POLITIK AKTUELL



Foto: Gambarini/picture alliance/dpa

Zugegeben, Bundeskanzlerin Angela Merkel braucht ihn nicht (mehr), den roten Schuh der IG BAU-Frauen. Der Hingucker ist der gut sichtbare Begleiter einer Aktion für mehr Frauen in Führungspositionen: „Fuß in der Tür – bis an die Spitze". Aber erfreut-interessiert war Angela Merkel offensichtlich schon an dem Tischschmuck. IG BAU-Vorstandsmitglied Bärbel Feltrini hatte den Pumps zum Treffen des CDU-Präsidiums mit den Gewerkschaften im Saal platziert. Erwerben kann allerdings den Türstopper nicht Jede/r. Noch sind die Exemplare ausschließlich für IG-BAU-Mitglieder reserviert.

Einzelhandel

Gold für Nachhaltigkeit

Unternehmen engagieren sich heute stärker in den Bereichen Umwelt- und Sozialverantwortung. Die Verbraucher-Initiative e.V. (VI) kommt nach einer aktuellen Befragung des Einzelhandels zu diesem positiven Ergebnis. Gegenüber einer Studie aus 2009 zieht Projektleiterin Melanie Weber-Moritz in diesem Jahr das Fazit: Das Engagement ist gestiegen. Untersucht wird von der VI das nachhaltige Engagement in der gesamten Lieferkette – von der Rohstoffgewinnung bis zur Entsorgung. Auch die Arbeitsbedingungen innerhalb der Lieferkette und die der Beschäftigten vor Ort sowie Verbraucherschutz und Kundeninteressen fließen in die Bewertung ein. Die Besten erhalten Gold-Medaillen.

In diesem Jahr gab es das Metall – wie bereits im Vorjahr – für gepa und hessnatur. Dazu kam die REWE-Gruppe mit ihren Vertriebslinien, der Versandhandel tegut, die Deutsche Telekom, H&M und Tchibo (Textilien). Den Fragebogen entwickelte das Öko-Institut. Unterstützt wird das Projekt vom Bundesumweltamt und dem Bundesumweltministerium. •

www.nachhaltig-einkaufen.de

Wirtschaftskriminalität

Betrüger nutzen Netz

Einen Schaden von rund 4,66 Milliarden Euro verursachten Wirtschaftskriminelle im vergangenen Jahr. Ein neuer Rekord, wie der Präsident des Bundeskriminalamtes Jörg Ziercke bei der Vorstellung des Lageberichts 2010 erklärte. Obwohl die Fallzahlen mit 102 813 (2009: 101 340) Straftaten nahezu gleich blieben, lag die Schadenssumme 2009 noch bei 3,43 Milliarden Euro. Ein Ergebnis, das noch nicht einmal alle tatsächlich verübten Straftaten erfasst, weil viele gar nicht gemeldet würden, so Ziercke. Sei es, weil Schwarzgeld dabei eine Rolle spielte oder weil sich die Opfer schämten. In mehr als 31 000 Fällen spielte das Internet eine Rolle.

Der Anstieg bei den Taten im Netz spiegle das „geänderte Konsumverhalten" wider, erklärte Ziercke. Neue Sicherheitssysteme helfen dann oft nur begrenzt. Es dauere nie lange, bis Kriminelle wieder auf neue Ideen kämen. Die Aufklärungsquote lag bei 91 Prozent. Der BKA-Präsident hält eine bessere Quote für möglich. Dies erfordere aber mehr Geld für Personal, Fachkompetenz, Spezialisten und technische Ausrüstung. Eine möglicherweise lohnende Investition, denn lediglich 379 Millionen Euro konnten bei den Tätern sichergestellt werden. Für Ziercke ist das ein „deutliches Missverhältnis" in Anbetracht der tatsächlichen Schadenshöhe. •

Mindestlohn

CDA kontra CDU

Ein Satz mit Missverständnissen: In einem Interview hatte Bundesarbeitsministerin Ursula von der Leyen (CDU) erklärt, sie sei überzeugt, dass „wir über kurz oder lang einen Mindestlohn in allen Branchen haben werden". Die MindestlohnbefürworterInnen freuten sich. Und auch beim Arbeitnehmerflügel der Christdemokraten dürfte der Satz kurzfristig Jubel ausgelöst haben.

Doch das Ministerium korrigierte. Die Interview-Aussage sei wohl überinterpretiert worden, die Ministerin sei nach wie vor gegen einen gesetzlichen Mindestlohn und werde diese Haltung auch auf dem Parteitag vertreten. Auf diesem Parteitag im November will die Christlich-Demokratische Arbeitnehmerschaft (CDA) um Unterstützung für einen gesetzlichen Mindestlohn werben – und rechnet mit breiter Zustimmung.

Nicht nur auf die Bundesarbeitsministerin, sondern wohl auch auf die CDU-Vorsitzende, Bundeskanzlerin Angela Merkel, wird die CDA dabei kaum bauen können. Zumindest erklärte Regierungssprecher Steffen Seibert am 12. September: „Die Tarifautonomie zu stärken und sie zu bewahren, ist eines der Hauptanliegen dieser Bundesregierung. Sie hat begrüßt, dass es in einzelnen und zusätzlichen Branchen zu solchen Mindestlohnregelungen gekommen ist." •

OECD-Bildungsbericht

Schlechtes Zeugnis

Die Deutschen rutschen im jährlichen Bericht der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD), „Bildung auf einen Blick" immer weiter nach unten. Vor allem bei den Hochqualifizierten stellt die OECD Defizite fest. Bei jungen Erwachsenen mit einem Hoch-, Fachschulabschluss oder Meisterbrief lag Deutschland vor 50 Jahren im Mittelfeld der OECD-Länder. Heute rangiert das Land auf einem der hinteren Plätze. Mit sieben Prozentpunkten weist Deutschland zudem die geringste Zuwachsrate bei den Hochqualifizierten auf. Das gilt ebenso für die Bildungsinvestitionen. Im Verhältnis zur Wirtschaftskraft geben nur fünf der insgesamt 36 Staaten weniger Geld aus als Deutschland. Das ist „ein schlechtes Zeugnis", konstatiert DGB-Vorstandsmitglied Ingrid Sehrbrock.

Nicht zum ersten Mal erinnern die OECD-Wissenschaftler daran, dass sich Bildungsausgaben auch rechnen. Zudem zeigten Untersuchungen, dass die Zufriedenheit bei den besser Ausgebildeten größer sei, sie engagieren sich auch stärker ehrenamtlich, und selbst die Wahlbeteiligung steige mit der Qualität des Abschlusses.

Bei der ohnehin niedrigen Investitionsquote sind vor allem GrundschülerInnen die Verlierer. Während im OECD-Mittel pro Schüler 7200 US-Dollar ausgegeben werden, liegt der Betrag in Deutschland bei 5900 US-Dollar. Für Sehrbrock ein Zeichen, dass die Bundesländer allein „offenkundig mit der Finanzierung eines hervorragenden Bildungswesens überfordert" sind. Die Bundesländer müssten endlich ihre Rotstift-Politik bei Kindergärten, Schulen und Hochschulen beenden. Sehrbrock fordert unter anderem: „Wenn wir mehr Hochqualifizierte wollen, müssen sich die Hochschulen für Menschen ohne Abitur öffnen." •

Der ver.di-Vorsitzende Frank Bsirske im Interview

„Die Zukunft der Gewerkschaft entscheidet sich im Betrieb“

Frank Bsirke im einblick-Interview über „Chance 2011“, mehr Mitgliederorientierung, das Konzept Tarifeinheit und die Bedeutung des DGB für die Mitgliedsgewerkschaften.

■ „Chance 2011“ ist eines der Themen auf dem ver.di-Kongress. Welche Chancen hat ver.di, haben die Gewerkschaften 2011?

■ *Wesentlich mehr als vor fünf, sechs Jahren in der Hochphase der Agenda 2010, in der auch das Bashing der Gewerkschaften Hochkonjunktur hatte. Damals veröffentlichte die Frankfurter Rundschau eine Karikatur mit zwei Kindern im Sandkasten. Eines heult hemmungslos und erklärt: „Der hat Gewerkschafter zu mir gesagt.“ Mittlerweile haben die Menschen durch die Krise erfahren, dass die Gewerkschaften mit ihren Warnungen richtig gelegen haben. Nach einer Allensbach-Umfrage halten heute 76 Prozent der Deutschen Gewerkschaften für wichtig und unverzichtbar. Aber „Chance 2011“ meint eigentlich etwas anderes: Das ist ein Arbeitsplan für die eigene Organisation, den ver.di nach dem Kongress 2007 entwickelt hat. Sein Ziel: die Organisation handlungsfähiger und mitgliederorientierter zu machen.*

■ Was beinhaltet dieser Arbeitsplan?

■ *Unsere Analyse hat gezeigt: Die Sozialpartnerschaft ist brüchiger geworden, die Bereitschaft der Arbeitgeber, Kompromisse zu schließen, ist gesunken. Das erschwert die Vertretung der Arbeitnehmerinteressen. Wir haben erkannt, dass wir die Art und Weise, wie wir die Interessen der Beschäftigten vertreten, ändern müssen: Wir müssen beteiligungsorientierter, konfliktorientierter, aktivierender agieren. Wir müssen nah am Mitglied arbeiten, kommen mit Stellvertreterhandeln nicht zum Erfolg. Das bedeutet auch, die inneren Strukturen der Organisation zu verändern und Themen- und Handlungsfelder besser miteinander zu verzahnen.*



Foto: Kay Herschelmann/ver.di

Frank Bsirske, 59, ist seit der Gründung der Vereinten Dienstleistungsgewerkschaft ver.di 2001 deren Vorsitzender. Der studierte Politikwissenschaftler, Gewerkschaftsmitglied seit 1978, ist Mitglied von Bündnis 90/Die Grünen und u.a. Vorsitzender der Region Europa von Union Network International (UNI) sowie Mitglied im Exekutivausschuss des Europäischen Gewerkschaftsbundes (EGB).

■ Was habt ihr in den letzten vier Jahren dazu erreicht? Was bleibt zu tun?

■ *Wir haben deutliche Schritte nach vorn gemacht – etwa in der Verzahnung der Bildungsarbeit mit den strategischen Schwerpunktthemen der Organisation oder auch in der Kommunikation nach außen wie nach innen. Unser neuer Internetauftritt setzt an den Erwartungen und Ansprüchen von Beschäftigten, Mitgliedern wie Nicht-Mitgliedern, an eine Gewerkschaft an, statt die Vielfalt der Organisation aus der Innensicht zu präsentieren. Mit unserem neuen Mitgliedernetz wollen wir dialogischer und transparenter werden und Diskussionsforen jenseits von Facebook bieten. Natürlich bleibt noch eine Menge zu tun – vom Selbstverständnis der Führungskräfte in der Organisation bis zur Nachwuchsgewinnung und -ausbildung, schließlich gehen viele hauptamtliche ver.dianer in den kommenden Jahren in Rente. Auch die gezielte Förderung von Frauen und Menschen mit Migrationshintergrund gehört zu den Themen, an denen wir weiterarbeiten müssen. Und über die Verteilung der finanziellen Mittel müssen wir reden. In den letzten vier Jahren haben wir 170 Mio. Euro Streikunterstützung gezahlt. Angesichts dessen wollen wir den Streikfonds noch besser polstern. Das führt natürlich zu der Frage, woher das Geld dafür kommen soll.*

■ Nach zehn Jahren ver.di: Haben die fünf Gründungsgewerkschaften zu einer neuen Organisation zusammengefunden?

■ *Ja. Wir haben in den letzten zehn Jahren bewiesen, dass wir absolut handlungsfähig sind. Beispiel Mindestlohnkampagne: Zusammen mit anderen Gewerkschaften ist es uns gelungen, den Blick der Öffentlichkeit auf die Armutslöhne zu richten. Heute ist die Mehrheit der Bevölkerung überzeugt, dass man von Vollzeitarbeit auch leben können muss. Unsere Kampagne „Gerecht geht anders“ hat die Frage aufgegriffen, in welche Richtung sich unsere Gesellschaft entwickeln soll. Gerecht geht anders, als Schwarz-Gelb regiert – mit einseitiger Klientelpolitik, ob im Gesundheitswesen, in der Rentenversicherung oder in der Arbeitsmarktpolitik.*
Wir haben Einiges auf den Weg gebracht, sind in den Krisen der letzten Jahre zusammengewachsen und haben auch eine eigene Organisationskultur entwickelt.

■ Wie sieht die aus?

■ *Ich erlebe sie als wesentlich dialogischer, konsensorientierter, weiblicher und politischer als zuvor. Aber auch als toleranter und pluralistischer, als man es von anderen Organisationen gewohnt war und ist. Ein Indiz, dass die Bindung an die Gründungsorganisationen zunehmend an Gewicht verliert, ist auch, dass seit 2001 immerhin 1,1 Millionen eingetreten sind – ohne Bindung an eine der Gründungsorganisationen.*

■ Hat sich also das Konzept einer Multibranchengewerkschaft bewährt?

■ *Ja. Zwar war nicht zu erwarten, dass ver.di Tarifbewegungen der unterschiedlichsten Branchen synchronisieren kann. Und doch hat etwa die Verkäuferin im Einzelhandel vom Müllwerker profitiert: Durch die Stärke der gesamten Organisation, durch die bessere Ausstattung der Streikfonds, durch die Zusammenarbeit mit den anderen Fachbereichen im Tarifkonflikt. Sonst wären beispielsweise in einem Bezirk wie Stuttgart 40 Warnstreiks an einem Tag im Einzelhandel in diesem Frühjahr ohne die Unterstützung der anderen Fachbereiche kaum möglich gewesen.*

■ Und welche Antwort hat von Berufsgewerkschaften von Cockpit für die Piloten bis zu Neugründungen etwa im Bereich der Feuerwehr?

■ *Machen wir uns nichts vor – wenn eine Berufsgruppe wie die Piloten erst einmal erkannt hat, dass sie allein – ohne die Pförtner,*

Stewardessen oder Cateringleute – tarifpolitisch besser unterwegs ist, wird es sehr schwer, sie für ver.di zurückzugewinnen. Aber auch diese Entwicklung hat Grenzen, nicht jede Gruppe, die aus der Solidarität der großen Gewerkschaften ausschert, wird ähnlich erfolgreich sein. Um dieser Tendenz aktiv entgegenzuwirken, setzen wir auch in der Tarifpolitik auf mehr Mitgliederorientierung und auf mehr Differenzierung, um den Interessen aller Beschäftigtengruppen besser gerecht zu werden.

■ **Die Forderung nach einer gesetzlichen Regelung der Tarifeinheit ließ sich in ver.di aber nicht durchsetzen.**

■ *Das ist richtig. Die Mehrheit der ver.di-Funktionäre war überzeugt, dass eine gesetzliche Festschreibung der Tarifeinheit der falsche Weg ist. Der Gewerkschaftsrat von ver.di hat sich daher gegen jede Form des gesetzlichen Eingriffs in das Tarifvertrags- und Streikrecht ausgesprochen. Das heißt aber nicht, dass wir politisch nicht weiter für die Tarifeinheit kämpfen.*

■ **Braucht die Multibranchengewerkschaft ver.di den DGB überhaupt noch?**

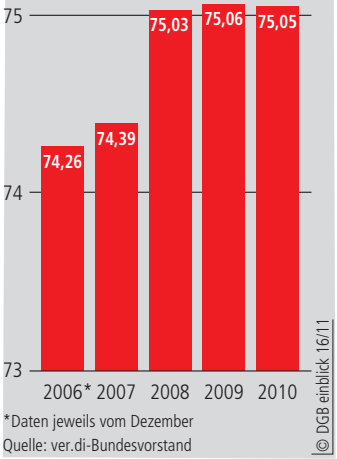
■ *Der DGB ist von elementarer Bedeutung. Er bündelt unsere Kräfte und verbessert die Einflussmöglichkeiten. Außerdem hat der DGB eine zivilisierende Funktion, was den Umgang miteinander angeht. Jenseits der Zivilisation stünde die ständige Auseinandersetzung: Seien es Arbeitgeber oder Betriebsräte, die mit einer Gewerkschaft unzufrieden sind und die Arbeitnehmervertretungen gegeneinander ausspielen, eine gegen die andere.*
Denn: Je größer aufgrund der Mitgliederentwicklung der Druck auf einzelne Organisationen wird, umso größer wird auch die Bereitschaft, nach den Mitgliedern anderer zu greifen. Deswegen müssen wir auch unbedingt festhalten an dem Grundorganisationsprinzip des DGB: ein Betrieb – eine Gewerkschaft.

■ **Welche Rolle kommt den Gewerkschaften in der aktuellen Krise zu?**

■ *Fakt ist, die Politik hat im Krisenmanagement versagt. Aufgabe der Gewerkschaften ist es, in der aktuellen tiefgehenden ökonomischen, ökologischen und sozialen Krise die Zusammenhänge deutlich zu machen, Orientierung zu geben und Alternativen zu zeigen. Miteinander. Und mit den Kolleginnen und Kollegen. Ob es uns gelingt, diesen Herausforderungen überzeugend zu begegnen, entscheidet maßgeblich über die Zukunft der Gewerkschaften. Und dann gilt es, diese Antworten in die Betriebe zu tragen und dort zu verankern. Denn nach wie vor gilt: Die Zukunft der Gewerkschaft entscheidet sich im Betrieb.* •

Mitten im Leben

Anteil der erwerbstätigen Mitglieder an der Gesamtmitgliedschaft von ver.di (in Prozent)



*Daten jeweils vom Dezember
Quelle: ver.di-Bundesvorstand

Noch ist es ver.di nicht gelungen, den Mitgliederschwund komplett zu stoppen. Immerhin konnten von 2007 bis 2011 die Verluste gegenüber den vier Jahren zuvor halbiert werden. Vor allem dann, wenn Mitglieder in Rente gehen oder arbeitslos werden, kehren sie der Gewerkschaft den Rücken. Der Anteil der erwerbstätigen Mitglieder hat sich dagegen stabilisiert. Im ersten Halbjahr 2011 konnte ver.di im Saldo über 10 000 Berufstätige mehr als Mitglieder gewinnen.

1300 Anträge

Gemeinsam für Gerechtigkeit

1009 Delegierte stellen vom 18. bis zum 24. September die Weichen für die Politik der Dienstleistungsgewerkschaft ver.di in den nächsten vier Jahren.

Vier Schwerpunktthemen werden die inhaltliche Debatte auf dem ver.di-Kongress in Leipzig bestimmen: die Dienstleistungspolitik, das Streikrecht der Beschäftigten in kirchlichen Einrichtungen, die Zunahme prekärer Beschäftigung und Europa. „Wir wollen Europa aber anders“, stellt der ver.di-Vorsitzende Frank Bsirske klar. Auch ver.di sei für eine europäische Wirtschaftsregierung, aber mit einer anderen Ausrichtung als von Merkel und Sarkozy vorgeschlagen. Weder Rente mit 67 und Schuldenbremse noch rigide Sparprogramme sind der richtige Weg, um der Krise der Eurozone zu begegnen.

Im Mittelpunkt des Kongresses steht neben den Wahlen die Beratung der rund 1300 Anträge zum Kongress. Drei dicke Ordner füllen sie, und ihr Themenspektrum ist riesig: Soll die gewerkschaftliche Forderung nach einem gesetzlichen Mindestlohn auf 10 Euro erhöht werden? Ist ein bedingungsloses Grundeinkommen anstrebenswert? Wie muss die Gewerkschaftsarbeit der Zukunft aussehen? Was heißt Mitgliederorientierung in der Tarifpolitik? Brauchen wir ein politisches Streikrecht? Alle 1300 Anträge stehen im Internet unter *www.verdi.de/ueber-uns/bundeskongress/downloads*.
Sortiert sind die Anträge nach 17 Themengebieten. Das hat die 26-köpfige ehrenamtliche Antragsberatungskommission geleistet, die im Vorfeld des Kongresses alle eingereichten 1698 Anträge gelesen, wortgleiche zusammengefasst und für alle verbliebenen Anträge eine Vorempfehlung gegeben hat. •

Wahlen

Neben dem Gewerkschaftsrat – dem höchsten ehrenamtlichen Gremium zwischen den Bundeskongressen – wird auch der ver.di-Bundesvorstand in Leipzig neu gewählt. Auch künftig sollen zum ver.di-Vorstand 14 Mitglieder gehören. Das schlägt der ver.di-Gewerkschaftsrat vor. Wiedergewählt werden soll der Vorsitzende Frank Bsirske. Künftig soll es nicht mehr vier, sondern nur noch zwei stellvertretende Vorsitzende – Andrea Kocsis und Frank Werneke – geben. Nicht mehr kandidieren werden die bisherigen stellvertretenden Vorsitzenden Margret Mönig-Raane und Gerd Herzberg sowie Vorstandsmitglied Uwe Foullong.

Neu zur Wahl stellen sich Beate Mensch als Vorstandsmitglied für den Fachbereich 1, Finanzdienstleistungen, Christine Behle als Vorstandsmitglied für den Fachbereich 11, Verkehr, sowie Stefanie Nutzenberger als Vorstandsmitglied für den Fachbereich 12, Handel.

Alle Infos zum Kongress gibt es unter ***www.verdi.de***

Alle, die nicht live in Leipzig dabei sein können, können wichtige Abschnitte des Kongresses per Livestream im Internet verfolgen.

Unter www.mitgliedernetz.verdi.de lädt ver.di Mitglieder ein, sich an der Diskussion von ausgewählten Schwerpunkten des Kongresses zu beteiligen – von der Höhe des Mindestlohns bis zu einer mitgliedernahen Tarifpolitik.

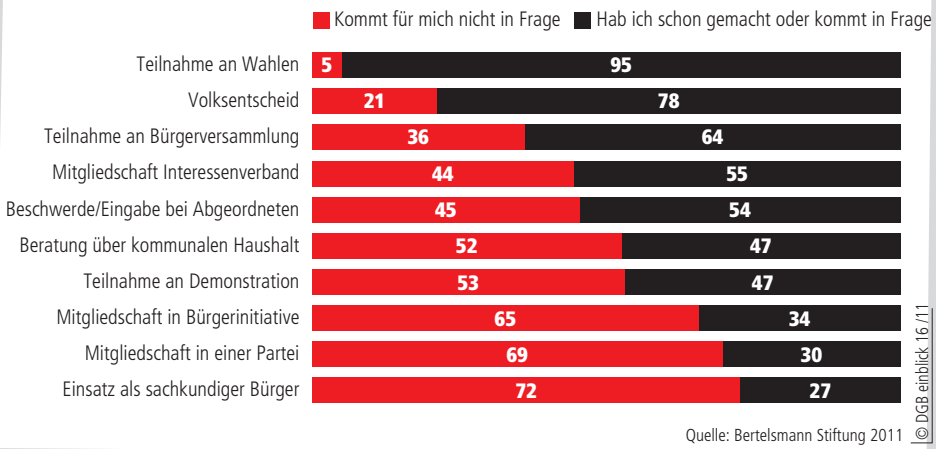
DIES & DAS

die DGB grafik

POLITISCHE BETEILIGUNG: Parteien haben es schwer

Eine Studie der Bertelsmann Stiftung belegt: Nur etwa ein Drittel der BürgerInnen kann sich vorstellen, Mitglied einer Partei zu sein. Für zwei Drittel der Befragten ist dies keine Option. Besser steht es um den Willen, in einem Interessenverband – wie etwa einer Gewerkschaft – aktiv zu sein. Weitere Zahlen einer Allensbach-Studie bestätigen das gute Bild der Gewerkschaften: Demnach finden 76 Prozent der Befragten Gewerkschaften wichtig. Allerdings fordern 37 Prozent, dass sie moderner werden sollten.

Antworten auf die Frage „Welche Formen politischer Beteiligung werden von Ihnen praktiziert oder sind für Sie erstrebenswert?" (in Prozent)



Quelle: Bertelsmann Stiftung 2011

© DGB einblick 16/11

personalien

••• ***Michael Kronacher,*** 57, selbstständiger Kommunikationsberater, leitet seit 1. September das Kommunikationsmanagement der Dienstleistungsgewerkschaft ver.di.

14 TAGE

mehr Infos: www.einblick.dgb.de

17.-24.9. ver.di, 3. ver.di-Bundeskongress „Vereint für Gerechtigkeit", Leipzig

19.9. DGB-Sachsen, Treffen „10. Sächsischer Seniorentag", Dresden

20.9. DGB-Sachsen, Betriebs- und Personalrätekonferenz „Tariftreuegesetz für Sachsen – keine Vergabe unter 8,50 Euro", Dresden

20./21.9. IG Metall, Tagung „Engineering: Global Engineering – Solidarität statt Konkurrenz", Essen

22.9. DGB-Bildungswerk, „Arbeitsmarktpolitisches Fachgespräch für ARGen und Optionskommunen", Düsseldorf

22./23.9. Hans-Böckler-Stiftung, Fachtagung „Unternehmensstrategien als Thema im Aufsichtsrat", Düsseldorf

22./23.9. DGB Rechtsschutz, 25. Fachkonferenz „Flexibilität rund um das Arbeitsverhältnis – Der Betriebsrat bestimmt mit!", Goslar

23.-25.9. ver.di, Seminar „5. ver.di-Drucker Tage", Lage-Hörste

26.9. DGB, Workshop „Fachkräfte gesucht! Personalbedarf für Bildung, Wissenschaft und Forschung", Berlin

27./28.9. WSI, Tariftagung 2011 „Stabilisierung des Flächentarifvertrages – Reform der Allgemeinverbindlichkeit", Düsseldorf

28.9. DGB Bildungswerk, Fachgespräch „Fachkräftebedarf zwischen Mythos und betrieblicher Realität", Düsseldorf

28.-30.9. TBS Berlin, Seminar „Na, schon wieder online? – Internet und E-Mail am Arbeitsplatz", Berlin

29./30.9. Hans-Böckler-Stiftung, Gleichstellungstagung „Frauen in die Chefsessel – Männer in die Familie?", Berlin

Tipp

***Veranstaltung:* Hans-Böckler-Stiftung, Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Institut: WSI-Herbstforum „Gespaltene Gesellschaft", 24. November, Berlin**

Das WSI-Herbstforum 2011 nimmt in diesem Jahr die schwerwiegenden gesellschaftlichen Prozesse in den Fokus, die durch die diversen Finanz-, Wirtschafts-, und Euro-Krisen überlagert werden. Unter dem Motto „Gespaltene Gesellschaft" diskutieren WissenschaftlerInnen Ursachen, Hintergründe und Probleme der sozialen Spaltung in Deutschland. *http://bit.ly/wsi_herbst*

IMPRESSUM *einblick* erscheint vierzehntäglich **Herausgeber:** DGB **Verlag:** Graewis Verlag GmbH **GeschäftsführerInnen:** Anne Graef, Dr. Peter Wilke **Redaktion:** Anne Graef (verantw.), Sebastian Henneke **Redaktionelle Mitarbeit:** Udo Böhlefeld, Birgit Böhret, Gunter Lange, Luis Ledesma **Redaktionsanschrift:** Wallstraße 60, 10179 Berlin, Tel. 030/30 88 24-0, Fax 030/30 88 24 20, Internet: www.einblick.dgb.de, E-Mail: redaktion@einblick.info **Anzeigen:** Bettina Mützel, Tel. 030/859946-240, Fax 030/859946-100, E-Mail: bettina.muetzel@berlin.de **Layout:** zang.design **Infografik:** Klaus Niesen **Druck und Vertrieb:** PrintNetwork Berlin **Abonnements:** Änderungen schriftlich an Redaktion *einblick* (Adresse s.o.)
Nachdruck frei für DGB und Gewerkschaften bei Quellenangabe und zwei Belegexemplaren. Alle Anderen nur nach schriftlicher Genehmigung durch den Verlag. Nachdruck von namentlich gezeichneten Artikeln nur nach Genehmigung durch Verlag und Autor.

Schlusspunkt

„Ohne Betriebsrat kommen wir nicht in den Himmel."

Der Berliner Arbeitsrichter Claus-Peter Morof begründete so seine Entscheidung in der Auseinandersetzung eines Betriebsrates mit der Geschäftsleitung einer H&M-Boutique. Die vom Arbeitgeber geforderte Auflösung des Betriebsrates sei nach „aufgeregter Debatte" und dem daraus resultierenden Richterspruch nicht umgesetzt worden, so die „Berliner Morgenpost" vom 17. August.

Kündigung

Späte Krankmeldung kann Job kosten

Wiederholte Verletzungen der Anzeigepflicht bei Arbeitsunfähigkeit nach erfolgter Abmahnung rechtfertigen eine Kündigung.

Der Fall: Der Arbeitnehmer war als Vorarbeiter in der Flugzeugreinigung auf dem Frankfurter Flughafen tätig. In der Vergangenheit war er wiederholt arbeitsunfähig, meistens wegen Beschwerden an der Lendenwirbelsäule. Bereits 2003 erinnerte der Arbeitgeber den Arbeitnehmer schriftlich daran, eine Erkrankung möglichst noch vor Dienstbeginn anzuzeigen, damit anderweitig disponiert werden könne. Der Arbeitnehmer zeigte in der Folgezeit seine Arbeitsunfähigkeit dennoch sechsmal verspätet an und wurde dafür abgemahnt. Als der Arbeitnehmer im September 2009 wiederum nicht unverzüglich seine Arbeitsunfähigkeit meldete, wurde ihm fristlos, hilfsweise ordentlich gekündigt. Die Klage dagegen hatte keinen Erfolg.

Das Landesarbeitsgericht: Die wiederholte Verletzung der Meldepflicht bei Erkrankung rechtfertigt nach erfolgloser Abmahnung die ordentliche Kündigung. Die Pflicht zur unverzüglichen Mitteilung der Arbeitsunfähigkeit und deren voraussichtlicher Dauer ergibt sich aus dem Gesetz. Sie besteht unabhängig von der Pflicht zur Vorlage einer ärztlichen Arbeitsunfähigkeitsbescheinigung. Die Eigenart der vom Arbeitgeber erbrachten Dienstleistung, der Flugzeuginnenreinigung, bringt es mit sich, dass sie nur in einem engen zeitlichen Fenster erledigt werden kann. Dafür ist es zwingend erforderlich, dass das eingeteilte Personal zu den vorgegebenen Zeiten erscheint bzw. im Verhinderungsfall unverzüglich das Nichterscheinen mitteilt, damit der Arbeitgeber den Personaleinsatz kurzfristig umdisponieren kann.

Hessisches Landesarbeitgericht,
Urteil vom 18. Januar 2011 - 12 Sa 522/10

Pause überzogen

Fluglotse verliert Arbeitsplatz

Ein Flugsicherungsunternehmen darf einem Fluglotsen fristlos kündigen, der seine Pausen nachts mehrfach um bis zu einer Stunde überzogen hat, wodurch sein Arbeitsplatz unbesetzt blieb.

Der Fall: Der 35-jährige Fluglotse war im Tower eines Flughafens eingesetzt. In der Nachtschicht ist dort eine Besetzung von zwei Fluglotsen vorgeschrieben. Die Pausen von je zwei Stunden sind abzusprechen. Jeder Fluglotse muss auch in der Pause erreichbar bleiben. Nach Videoaufzeichnungen wurde festgestellt, dass der Fluglotse entgegen seinen Eintragungen im Arbeitsplatznachweis an mindestens fünf Nächten die Towerkanzel länger als zwei Stunden verlassen und die Pausen mehrfach zwischen 20 Minuten und einer Stunde überzogen hatte. Daraufhin sprach der Arbeitgeber eine fristlose Kündigung aus. Die Klage dagegen hatte keinen Erfolg.

Das Landesarbeitsgericht: Der Fluglotse hat seinen Arbeitsplatz übermäßig lange verlassen und die Sicherheit des Luftverkehrs gefährdet. Ihm war bekannt, welche Risiken entstehen können, wenn nicht genügend Fluglotsen am Platz sind. Er wusste, dass es deshalb sechs Wochen zuvor zu einer gefährlichen Situation auf dem Flughafen Frankfurt gekommen war. Erschwerend komme hinzu, dass er seinen Arbeitsplatznachweis falsch ausgefüllt hat und so den Eindruck erwecken wollte, er habe die Pausen vorschriftsmäßig genommen. Die Pflichtverletzung war so krass, dass eine vorherige Abmahnung überflüssig war.

Hessisches Landesarbeitsgericht,
Urteil vom 18. Januar 2011 - 12 Sa 522/10

Autor: Luis Ledesma, Kassel – einblick 16/11

URTEILE

Rufbereitschaft

Auch Grundvergütung ist fällig

Ordnet der Arbeitgeber einem Arzt für einen Wochenfeiertag Rufbereitschaft an, hat der Arbeitnehmer für die Zeiten der tatsächlichen Inanspruchnahme Anspruch auf Vergütung nach dem einschlägigen Tarifvertrag für Ärzte. Dieser Anspruch besteht zusätzlich zur Feiertagsvergütung.

Landesarbeitsgericht Nürnberg,
Urteil vom 23. Mai 2011 – 7 Sa 757/10

Zeugniserteilung

Bei Weigerung Zwangsgeld

Der Arbeitgeber ist verpflichtet, dem ausgeschiedenen Arbeitnehmer ein Zeugnis auszustellen. Weigert er sich, kann gegen ihn ein Zwangsgeld verhängt werden. Das gilt auch, wenn der Betrieb inzwischen nicht mehr existiert.

Landesarbeitsgericht Rheinland Pfalz,
Beschluss vom 3. August 2011 - 9 Ta 128/11

Beamte

Dürfen auch streiken

Das Streikrecht kann auch Beamten zustehen. Voraussetzung ist, dass sie nicht hoheitlich tätig sind, also nicht im Bereich der Eingriffsverwaltung, der Polizei und der Landesverteidigung.

Verwaltungsgericht Kassel,
Urteil vom 27. Juli 2011 - 28 K 574/10.KS.D

Polizeidienst

Dienstkleidung passt in das Spind

Ein Dienstspind von 1,75 m Höhe, 1 m Breite und 0,46 m Tiefe genügt, um die Dienstkleidung eines Ordnungspolizisten ordnungsgemäß zu verwahren. Uniformjacken und Mützen kann man auch an der Garderobe aufhängen.

Hessisches Landesarbeitsgericht,
Urteil vom 31. Mai 2011 - 19 Sa 1753/10

Feiertagszuschläge

Nur für gesetzliche Feiertage

Sieht ein Tarifvertrag Zuschläge für Feiertagsarbeit vor, so wird dieser Zuschlag nur für die Arbeit an gesetzlichen Feiertagen gezahlt. In Sachsen-Anhalt sind Ostersonntag und Pfingstsonntag nach dem Landesrecht keine gesetzlichen Feiertage.

Bundesarbeitsgericht,
Urteil vom 17. August 2011 - 10 AZR 347/10

HIV-Infektion

Stellt keine Behinderung dar

Das Aktenzeichen zur Entscheidung „HIV-Infektion" in einblick 15/2011 ist falsch. Es muss richtig lauten:

Arbeitsgericht Berlin,
Urteil vom 21. Juli 2011 – 17 Ca 1102/11

einblick
gewerkschaftlicher Info-Service vom 04.10.2011 17/11

DGB

inhalt

Seite 3
Zurück zum Sozialen
Die Delegierten des ver.di-Bundeskongresses haben die Weichen für die kommenden vier Jahre gestellt: Das Soziale in Arbeitswelt und Gesellschaft soll zurückgewonnen werden

Seite 5
Sonntagsallianz
Gemeinsam mit Kirchen, Organisationen und Initiativen fordert der DGB, den Sonntag in ganz Europa generell frei von Arbeit zu halten

Seite 7
Für ein gutes Leben
Der IG Metall-Kongress tagt vom 9. bis zum 15. Oktober in Karlsruhe. Unter dem Motto „Gemeinsam für ein gutes Leben" werden die 481 Delegierten über rund 500 Anträge beraten

Gewerkschaften

Für gemeinsame EU-Wirtschaftsregierung

Zum Euro-Rettungsschirm EFSF gibt es keine „vernünftige Alternative", betont der DGB-Vorsitzende Michael Sommer. In einem Appell an die Bundestagsabgeordneten hat er sich gemeinsam mit den Vorsitzenden der Mitgliedsgewerkschaften im Vorfeld der Abstimmungen in Bundestag und Bundesrat für die Zustimmung zum Euro-Rettungsschirm ausgesprochen. „Europa braucht Deutschland und Deutschland braucht Europa", heißt es in dem Aufruf, der als Anzeige in führenden Tageszeitungen veröffentlicht wurde.

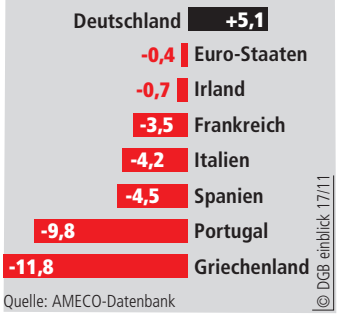
Die Zustimmung zum Euro-Rettungsschirm allein reicht aber für die Gewerkschaften nicht aus, um Europa wieder auf Kurs zu bringen. „Wir wollen Europa, aber wir wollen es anders – mit einer gemeinsamen Währung, aber auch mit einer gemeinsamen, demokratisch kontrollierten und legitimierten Wirtschafts- und Finanzpolitik", fasst Sommer zusammen.

Europa dürfe nicht in nationale Abgrenzungen zurückfallen und das Verbindende aus den Augen verlieren, bekräftigen die Gewerkschaftsvorsitzenden in ihrem Aufruf: „Es geht auch um Griechenland oder den Euro, aber es geht vor allem um unser gemeinsames europäisches Projekt." Gleichzeitig warnen sie davor, die Haushalte über soziale Einschnitte zu konsolidieren oder in die Tarifautonomie einzugreifen. Dies gefährde den sozialen Frieden. Europa brauche vielmehr „ein Zukunftsprogramm, das in allen europäischen Ländern Wachstum fördert, Beschäftigung sichert und den Euro stabilisiert". Zur Bewältigung der Krise müssten Vermögende, hohe Einkommen und Kapitaleinkünfte einen deutlich höheren Beitrag leisten.

Zudem haben es aus Sicht der Gewerkschaften die Regierungen der Mitgliedsstaaten und die EU-Kommission versäumt, die Finanzmärkte wirkungsvoll zu regulieren. Begrüßt wird von den Gewerkschaften der Plan der EU-Kommission, endlich eine Finanztransaktionssteuer einzuführen (Seite 2). Einhellig fordern sie die Einführung von Eurobonds, die verhindern, dass einzelne Länder zum Spielball der Spekulanten werden. „Wir brauchen eine Strategie, die einen europäischen Marshallplan für die Länder des Südens verbindet mit einer Ankurbelung des Binnenmarktes in den Überschussländern. Das gilt besonders für Deutschland", forderte der ver.di-Vorsitzende Frank Bsirske auf dem ver.di-Kongress in Leipzig. Eine EU-Wirtschaftsregierung solle – demokratisch gewählt und kontrolliert vom EU-Parlament – bestimmen, „ob auf Konsolidierungs- oder auf Expansionskurs gegangen wird". Er sprach sich für eine Grundgesetzänderung aus, um eine solche gemeinsame EU-Wirtschaftspolitik zu ermöglichen: „Wer mehr Europa will, muss mehr Europa in die Verfassung schreiben." •

Eurozone: Handelsungleichgewichte gefährden Erholung

Leistungsbilanzsaldo 2010 in ausgewählten Euro-Staaten (in Prozent des Bruttoinlandsproduktes)



Quelle: AMECO-Datenbank

Nicht nur die Schuldenkrise ist Gift für den Euro, auch die Ungleichgewichte in den Handelsbilanzen der Eurostaaten gefährden die wirtschaftliche Erholung des Euroraums. Die Gewerkschaften fordern, mit einer gemeinsamen EU-Wirtschaftsregierung gegenzusteuern.

plusminusBERLIN

+ ***SPD-Fraktionsvize Christine Lambrecht will die Strafen für die Bestechung von Abgeordneten verschärfen. Es sei „ein beschämender Vorgang", dass Deutschland immer noch nicht die UN-Konvention gegen Korruption ratifiziert habe.***

– ***Für volle Hörsäle hat Uwe Schummer, Bildungsexperte der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, die Lösung: Erst mal Lehrling, dann die Uni. Denn: „Dann sind auch die Hörsäle wieder leerer und die Betreuungsrelationen besser."***

Der Surf-Tipp fürs Internet

http://bit.ly/space_azubi
Das Computerspiel Space-Azubi der DGB-Jugend zum Download für PC und Mac

Hintergrund

www.einblick.dgb.de/hintergrund
DGB-Newsletter Sozialpolitik aktuell unter anderem zum Rentendialog, zur Pflegereform und zum Arbeitsschutz

Finanztransaktionssteuer

Vorschlag der EU-Kommission

Anfang Oktober will die EU-Kommission einen Richtlinienentwurf zur Einführung einer Finanztransaktionssteuer vorlegen. Das hat EU-Kommissionspräsident José Manuel Barroso gegenüber dem EU-Parlament angekündigt. Der Deutsche Gewerkschaftsbund wie auch die Kampagne „Steuer gegen Armut" begrüßen die Pläne der Kommission ausdrücklich. Mit der seit langem überfälligen Einführung dieser Steuer könnte die anhaltende Finanzmarktspekulation eingedämmt und könnten die unterfinanzierten öffentlichen Haushalte entlastet werden, erklärte DGB-Vorstandsmitglied Claus Matecki. Deutschland müsse nun zusammen mit anderen handlungswilligen EU-Staaten dafür sorgen, dass die Steuer nicht noch am Widerstand Großbritanniens scheitere.

Mitte September hatte Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble bereits angekündigt, die Finanztransaktionssteuer notfalls zumindest in der Eurozone einzuführen. Das EU-Parlament hatte sich schon im März mit großer Mehrheit für ihre Einführung ausgesprochen. Die Kommission plant, dass die Steuer weltweit für alle Finanztransaktionen gilt, an denen Europäer beteiligt sind. •

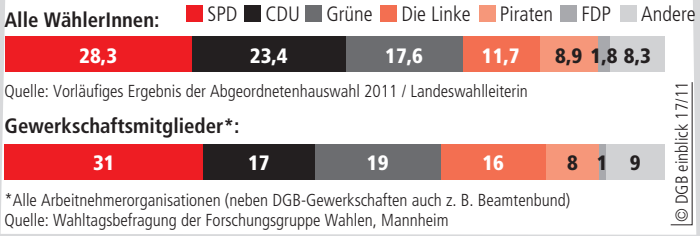
31 Prozent der gewerkschaftlich organisierten WählerInnen haben bei den Wahlen zum Berliner Abgeordnetenhaus vom 18. September für die SPD gestimmt. Damit bleiben die Sozialdemokraten in der Gunst der Berliner Gewerkschaftsmitglieder auf Platz 1 – trotz Verlusten gegenüber 2006 von vier Prozent. Erstmals auf dem zweiten Rang rangieren die Grünen, die in dieser Wählergruppe gegenüber der letzten Wahl ein Plus von sechs Prozent erringen konnten. Den größten Erfolg können – dem allgemeinen Trend entsprechend – die Piraten erzielen: Acht Prozent der Gewerkschaftsmitglieder wählten die Newcomer-Partei.

Nullnummer für die Liberalen: Den höchsten Verlust musste die FDP hinnehmen. Unter den gewerkschaftlich organisierten WählerInnen verlor sie gegenüber 2006 fünf Prozentpunkte. Mit einem Stimmenanteil von null Prozent erhielt sie von den gewerkschaftlich organisierten Frauen, ArbeiterInnen und WählerInnen im Ostteil der Stadt die Höchststrafe für ihre arbeitnehmerfeindliche Politik. Vorn in der Gunst der Gewerkschaftsfrauen liegen SPD und Grüne: Gemeinsam haben sie in dieser Gruppe einen Stimmenanteil von 56 Prozent erreicht.

Nach wie vor groß sind die Unterschiede im Wahlverhalten zwischen West und Ost – auch bei den Gewerkschaftsmitgliedern. Das zeigt sich insbesondere am Wahlergebnis der Linken. Während die bisherige Regierungspartei im Westen nur sieben Prozent erreicht, folgt die Linke im Ostteil der Stadt mit 28 Prozent gleich hinter der SPD (29 %). Und die Grünen bleiben Westpartei mit 24 Prozent gegenüber 12 Prozent im Osten.

Berlin-Wahlen: SPD bei GewerkschafterInnen vorn

Zweitstimmen bei der Wahl zum Abgeordnetenhaus in Berlin vom 18. September 2011 (in Prozent)

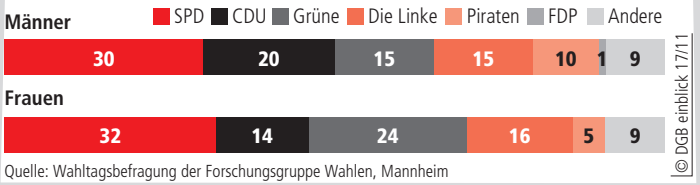


Quelle: Vorläufiges Ergebnis der Abgeordnetenhauswahl 2011 / Landeswahlleiterin

*Alle Arbeitnehmerorganisationen (neben DGB-Gewerkschaften auch z. B. Beamtenbund)
Quelle: Wahltagsbefragung der Forschungsgruppe Wahlen, Mannheim

Gewerkschaftsfrauen: Satte Mehrheit für Rot-Grün

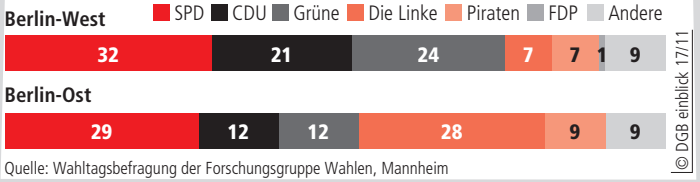
Zweitstimmen von Gewerkschaftsmitgliedern bei der Wahl zum Berliner Abgeordnetenhaus 2011 nach Geschlecht (in Prozent)



Quelle: Wahltagsbefragung der Forschungsgruppe Wahlen, Mannheim

Ost/West: Immer noch große Unterschiede

Zweitstimmen von Gewerkschaftsmitgliedern bei der Wahl zum Abgeordnetenhaus 2011 in Berlin-West und Berlin-Ost (in Prozent)



Quelle: Wahltagsbefragung der Forschungsgruppe Wahlen, Mannheim

Praktikanten

Verbesserung abgelehnt

Erst vor gut drei Monaten hat sich der Bildungsausschuss des Bundestags mit dem Thema Praktikanten beschäftigt. Geladen waren Experten, wie auch der DGB-Bundesjugendsekretär René Rudolf *(einblick 14/11)*. Mit der Mehrzahl der Sachverständigen sprach sich auch der DGB dafür aus, Praktika besser zu regeln. Im September brachte die SPD ihren Antrag „Für Fairness beim Berufseinstieg – Praktikanten und Praktikantinnen stärken" im Bundestag ein. Das Ergebnis: Die Regierungskoalitionen von CDU/CSU und FDP lehnten den Antrag ab. Verärgert stellt der bildungspolitische Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion Swen Schulz fest: Die Regierung lehne jede gesetzliche Verbesserung ab, obwohl die Sachverständigen im Bildungsausschuss deutlich gemacht hätten, „dass viele Praktikantinnen und Praktikanten ausgenutzt werden". Eigene Vorschläge für Veränderungen legten die Regierungsparteien nicht vor. •

Mindestlohn

IW Köln kontra Prognos

Im April legte die Schweizer Prognos AG Zahlen vor: Im Auftrag der Friedrich-Ebert-Stiftung hatten die Forscher festgestellt, dass der Staat bei einem Mindeststundenlohn von 8,50 Euro sieben Milliarden Euro Mehreinnahmen verbuche *(einblick 9/11)*. Jetzt hält das Kölner Institut der deutschen Wirtschaft (IW) dagegen: Die Einführung eines Mindestlohns von 8,50 Euro führe zu Mindereinnahmen von jährlich bis zu 6,6 Milliarden Euro. Die Kölner gehen davon aus, dass ein Mindestlohn „Menschen arbeitslos machen kann". Dieses „kann" koste den Staat 5,7 Milliarden Euro. Dazu kämen Mindereinnahmen bei den Unternehmenssteuern, „weil höhere Arbeitnehmerentgelte" – sprich der Mindestlohn – die Gewinne der Unternehmen „entsprechend schmälern". Der NGG-Vorsitzende Franz-Josef Moellenberg protestiert: So würden u.a. die zehn Milliarden nicht eingerechnet, mit der „Aufstocker" subventioniert würden. Abgesehen davon, dass Arbeitsplatzverluste durch Mindestlöhne bis heute nicht nachweisbar seien. •

ver.di-Bundeskongress

Zurück zum Sozialen

Die Delegierten haben ganze Arbeit geleistet – rund 1300 Anträge hat der dritte ver.di-Bundeskongress in Leipzig vom 17. bis zum 24. September bearbeitet und beschlossen. ver.di will die Arbeitswelt fairer und gerechter machen. Unter anderem mit einem gesetzlichen Mindestlohn von 8,50 Euro und strikten Regeln für die Leiharbeit.

Frank Bsirske, alter und neuer ver.di-Vorsitzender, stellte in seiner Grundsatzrede klar, wie er sich die Gestaltung von Arbeitswelt und Gesellschaft in den kommenden vier Jahren vorstellt: „Es geht um nichts Geringeres als das, was ich die Rückgewinnung des Sozialen nenne – im betrieblichen Alltag, in der Wirtschaft, in der Politik und in der Gesellschaft." Er kritisierte die Entstaatlichung der vergangenen zehn Jahre, den Boom der prekären Beschäftigung und die zunehmende Arbeitsverdichtung.

Der Kongress fordert deshalb eine umfassende Regulierung des Arbeitsmarktes. Ziel ist das gewerkschaftliche Leitbild eines „Dauerarbeitsverhältnisses". Zudem kämpft ver.di für einen Mindestlohn von zunächst 8,50 Euro, für die „Rückkehr zur strikt regulierten Leiharbeit" und „Gleiches Geld für gleiche Arbeit" sowie für das Ende der sachgrundlosen Befristung und für Regeln bei Werkverträge.

Ein Negativbeispiel für schlechte Arbeitsbedingungen im Dienstleistungssektor sind zum Beispiel kirchliche Einrichtungen. 1,3 Millionen Menschen arbeiten dort – ohne Streikrecht und ohne Tarifverträge. Die Delegierten beschlossen, dass für Beschäftigte in kirchlichen Einrichtungen die gleichen Arbeitsrechte gelten müssen wie für alle anderen ArbeitnehmerInnen. Und ver.di macht Ernst: Mit der „Aktionswoche Diakonie" geht die Gewerkschaft dagegen an, dass sich diakonische Einrichtungen mit der Verweigerung von Arbeitnehmerrechten Wettbewerbsvorteile gegenüber anderen Unternehmen verschaffen.

Bundespräsident lobt Einsatz der Gewerkschaften

Bundespräsident Christian Wulff würdigte in seiner Rede auf dem ver.di-Kongress die Arbeit der Gewerkschaften. Wichtige Passagen dokumentiert einblick in Auszügen.

Gewerkschaften: *„Was wäre unser Land, die Bundesrepublik Deutschland ohne Gewerkschaften? Es wäre materiell ärmer und vor allem ärmer an Gemeinsinn und Engagement für unser Land." (…) „Die Gewerkschaften haben einen wesentlichen Anteil an der Stabilität unserer Demokratie, am wirtschaftlichen Erfolg und am Gelingen unserer Sozialen Marktwirtschaft."*

Mitbestimmung: *„Ich finde, wir müssen darüber mehr reden in unserem Land, dass man gemeinsam erfolgreicher ist, dass Sozialpartnerschaft ein Wettbewerbsvorteil für unser Land ist und kein zeitaufwändiger Nachteil."*

Integration: *(…) „wofür ich Ihnen als Gewerkschaftern sehr dankbar bin. Das ist die Integration der vielen Zuwanderer, die gerade über den Arbeitsplatz in den Betrieben den Weg in unser Land finden."*

Geringfügig Beschäftigte: *(…) „für die, die eine Vollzeitbeschäftigung suchen, von der sie leben können, dürfen Zeitarbeit, Minijobs und befristete Beschäftigungsverhältnisse nicht zur Sackgasse werden, sondern müssen eine Brücke zu einer Beschäftigungssituation sein, von der man leben kann und seine Familie ernähren kann. Unter diesem Aspekt muss staatliche Förderung überprüft werden, und Missbrauch darf nicht toleriert werden."*

Dienstleistung: *„Beispielsweise beim Handel oder bei der Altenpflege wünscht man sich höhere Organisationsgrade und höhere Tarifbindung." (…) „weil gerade im Dienstleistungssektor Arbeitsplätze der Zukunft entstehen müssen und entstehen können. Damit das gute Arbeitsplätze werden, brauchen wir die gesellschaftliche Anerkennung für Dienstleistungen und solide Aus- und Weiterbildung – gute Arbeitsplätze, von denen jede und jeder auch leben kann."*

Pflege & Gesundheitswesen: *„Was ist uns dieser aufopferungsvolle Dienst am Menschen in unserer Gesellschaft wert? Da kann ich nur sagen: Er muss uns offenkundig zukünftig mehr wert sein, um auch die Beschäftigten zu finden, die wir in diesem Bereich brauchen." „Unbestreitbar ist, dass sich die Arbeitsbedingungen in den sozialen Diensten bessern müssen."*



Foto: ver.di/Kay Herschelmann

Frank Bsirske und Monika Brandl, Vorsitzende des ver.di-Gewerkschaftsrats (rechts), begrüßen Bundespräsident Christian Wulff. Im Hintergrund Sabine von Schorlemer, sächsische Staatsministerin

Weitere Auszüge: www.einblick.dgb.de
Die gesamte Rede: http://bit.ly/verdi_wulff

Selbstbewusste Dienstleistungen

In mehreren Anträgen haben sich die Delegierten des ver.di-Bundeskongresses für eine selbstbewusste und zukunftsorientierte Dienstleistungspolitik ausgesprochen. Unter anderem fordern sie eine bessere gesellschaftliche Anerkennung und Aufwertung von Dienstleistungsarbeit, eine den Qualifikationen angemessene Bezahlung, ein Ende der Einkommensschere zwischen Männern und Frauen sowie Maßnahmen, die gesundes Altern im Beruf ermöglichen.

Der ver.di-Vorsitzende Frank Bsirske erwartet von der Politik, eine andere Dienstleistungspolitik voranzutreiben. Diese solle stärker auf die sozialen Bedürfnisse der Menschen eingehen. Viele Männer und Frauen könnten Beruf und Familie nicht in Einklang bringen, weil die notwendigen Betreuungseinrichtungen fehlten. „Viele Schüler erreichen keinen Abschluss, weil es für individuelle Förderung zu wenig Lehrer gibt." Auch in Krankenhäusern und in der Pflegebranche gebe es zu wenig Personal, bemängelte er.

Alle Beschlüsse, Reden, Personalien und Hintergrundinfos zum ver.di-Bundeskongress gibt es im Internet:
www.verdi.de/ueber-uns/bundeskongress

GEWERKSCHAFTEN

kurz&bündig

Die GEW unterstützt die Oppositionsparteien im Bundestag in ihrer Forderung, die Beschäftigungsbedingungen an Hochschulen zu verbessern. Mehr als die Hälfte aller Zeitverträge laufen weniger als ein Jahr, kritisiert die GEW. Es sei richtig, WissenschaftlerInnen zu schützen. Hochschulen gingen verantwortungslos mit Befristungen um. Deshalb müsse u.a. das Wissenschaftszeitvertragsgesetz reformiert werden.

Die IG BAU hat die Benachteiligung von Saisonarbeitskräften in der Landwirtschaft beendet. Mit der Kündigung des bisher gültigen Tarifvertrags gelten nun die „normalen Tarifverträge des Agrarsektors". Diese liegen bis zu zehn Prozent höher. Es dürfe keine Gerechtigkeit zweiter Klasse geben, so die IG BAU.

Die EVG hat die Vorschläge der Monopolkommission zur Trennung von Netz und Betrieb bei der Bahn zurückgewiesen. Wettbewerb auf dem Rücken der Beschäftigten müsse verhindert werden. „Das könnte sich auch die Monopolkommission zum Ziel setzen", fordert die EVG.

Die NGG fordert, den Generationenvertrag neu zu definieren. Der demografische Wandel solle begleitet werden „durch die Qualifizierung älterer Beschäftigter, flexible Übergänge in die Rente, gesundheitliche Prävention und altersgerechte Arbeitszeiten", so die NGG.

7. Oktober

Gemeinsam für Gute Arbeit

Für den 7. Oktober ruft der Internationale Gewerkschaftsbund (IGB) zum Welttag für menschenwürdige Arbeit (decent work) auf – zum vierten Mal seit 2008. Im Fokus stehen der Kampf gegen prekäre Beschäftigung und die globale Regulierung der Finanzmärkte. Der IGB warnt: „Gelingt es den Regierungen nicht, ihre Wirtschaftspolitik so umzugestalten, dass menschenwürdige, nachhaltige Arbeitsplätze geschaffen werden, hätte dies katastrophale soziale und wirtschaftliche Folgen." Prognosen gingen von weiteren 45 Millionen junger Menschen aus, die im kommenden Jahrzehnt arbeitslos werden. ●

www.wddw.org

DGB-Ratgeber Leiharbeit

Kein Job wie jeder andere

Leiharbeit boomt – doch die Arbeits- und Entgeltbedingungen der Leiharbeitskräfte bleiben schlecht. Mit der aktualisierten Neuauflage des Ratgebers „Leiharbeit – Tipps und Hilfen für Beschäftigte" zeigt der DGB, worauf LeiharbeiterInnen achten müssen. Was zeichnet einen seriösen Leiharbeitsbetrieb aus? Kann ich als ALG-II-BezieherIn einen Job in der Branche ablehnen



und mit welchen Konsequenzen muss ich rechnen? Mit vielen Tipps und Checklisten gibt der DGB fundiert Antwort. Vom Arbeitsvertrag bis zu Zeitarbeitstarifen – alle Regelungen sind auf dem neuesten Stand. Ein Exemplar kostet einen Euro zuzüglich Versand und Porto. ●

www.dgb-bestellservice.de

mobifair

Lokführerscheine kontrollieren

Das Internet macht es möglich: ob Doktortitel oder ein Grundstück auf dem Mond, alles kann man über dubiose Wege im Internet bekommen. Auch ein Lokführerschein kann so erworben werden. Der Verein für fairen Wettbewerb in der Mobilitätswirtschaft e.V. mobifair fordert, Erwerb und Registrierung von Lokführerscheinen zu kontrollieren. „Das zentrale Register für Lokführerscheine muss so erweitert werden, dass alle Berechtigungen dokumentiert werden und damit überprüfbar sind. Und das nicht erst im Jahr 2016, sondern jetzt", betont Helmut Diener, Geschäftsführer bei mobifair. Zudem müsse ein einheitliches Prüfungssystem eingeführt werden. ●

www.mobifair.eu

ver.di-Broschüre

Harte Bandagen an der Charité

Schlechte Arbeitsbedingungen, wenig Lohn und kein Tarifvertag: Mit diesem Negativmix sorgt die Charité Facility Management GmbH (CFM) in Berlin nicht nur bei den rund 2600 Beschäftigten für Unmut. Seit 2008 kämpfen sie für gute Arbeit, faire Löhne und einen Tarifvertrag, der den Namen wert ist. Im „Schwarzbuch CFM" hat ver.di Berlin ihren Kampf dokumentiert. Von ersten Erfolgen, dem Taktieren der Arbeitgeber bis zur Gründung eines Solidaritätskomitees zeigt ver.di, unter welchen Bedingungen Küchenpersonal, Wachmänner und -frauen sowie BetriebstechnikerInnen bei der CFM für gute Arbeit kämpfen. Das Schwarzbuch soll anderen in einer ähnlichen Situation Mut machen. Die Broschüre kann bei ver.di bestellt werden. ●

www.berlin.verdi.de

Gelbe Hand

Bilder gesucht

Der Verein „Mach meinen Kumpel nicht an" wird in diesem Jahr 25 Jahre alt. Aus diesem Anlass werden alte Fotos gesucht, auf denen das Logo der Gelben Hand zu sehen ist. Abzüge, Dias oder Negative können dem Verein zugesandt werden. Die Rücksendung wird garantiert. Jedes Jahr ruft der Kumpelverein BerufsschülerInnen, Berufsschulklassen und Betriebe dazu auf, mit Reportagen, Interviews, Filmen oder mit anderen kreativen Mitteln gegen Fremdenfeindkichkeit und Rassismus einzutreten. Einsendeschluss ist der 10. Dezember 2011. Kontaktadresse und Teilnahmebedingungen gibts im Internet. ●

www.gelbehand.de

Mobile Arbeitnehmer

EGB-Ratgeber aktualisiert

Der EGB hat seinen „Leitfaden für den mobilen europäischen Arbeitnehmer" in einer aktualisierten Auflage veröffentlicht. Er enthält unter anderem Infos zum Arbeitsrecht, zur Sozialversicherung, zu Renten oder Steuern für unterschiedliche Gruppen mobiler ArbeitnehmerInnen. Besonders Grenzgänger, Entsandte und WanderarbeiterInnen finden wertvolle Tipps und Informationen zu rechtlichen und sozialen Aspekten. Der Leitfaden kann in vier verschiedenen Sprachen im Internet heruntergeladen werden. ●

www.etuc.org/a/50

POLITIK AKTUELL

Abfallrecht

Das Gute ins private Töpfchen

Die Neuregelung des Kreislaufwirtschafts- und Abfallrechts steht in der Kritik. Für den DGB ist nicht nachvollziehbar, dass nach der Gesetzesvorlage der Bundesregierung die privaten Abfallentsorger den Gewinn bringenden Anteil des Mülls erhalten sollen. Die DGB-Vorstandsmitglieder Dietmar Hexel und Claus Matecki kritisieren, es werde auf das bekannte Prinzip zurückgegriffen: „Gewinne privatisieren und Verluste sozialisieren".

Der DGB steht mit seiner Kritik nicht allein. Andreas Zuber vom Verband kommunaler Unternehmen befürchtet, die privaten Unternehmer könnten sich die „Rosinen herauspicken". Mit im Boot der Gegner sitzt auch die SPD-Fraktion. Der Gesetzentwurf berücksichtige „einseitig die Interessen der privaten Entsorgungswirtschaft". Der DGB hat seine Bedenken in einem Schreiben an die Bundestagsabgeordneten sowie an die zuständigen Minister Norbert Röttgen (CDU/Umwelt) und Philipp Rösler (FDP/Wirtschaft) zusammengefasst: Für den DGB und seine Gewerkschaften sei die Abfallentsorgung aus privaten Haushalten Aufgabe der öffentlichen Daseinsvorsorge. Außerdem sollten bei öffentlichen Ausschreibungen auch soziale Kriterien wie Tarifbindung, Mindestlohn und gute Arbeitsbedingungen gewährleistet werden. •

Gesundheitswesen

Kein Konzept gegen Betrug

Transparency International (TI) fordert von der Bundesregierung eine systematische – und vor allem genauere – Berichterstattung über Betrug und Korruption im Gesundheitswesen. Seit 2004 müssen Kranken- und Pflegekassen sowie die kassenärztlichen und kassenzahnärztlichen Vereinigung qua Gesetz im Zwei-Jahres-Rhythmus Berichte abliefern. Seit 2005 bemühten sich die Kassen, Fehlverhalten aufzudecken, so TI. Da das Gesetz aber nicht eindeutig formuliert sei, sei eine einheitliche Berichterstattung nahezu „unmöglich", kritisiert TI-Vorstand Anke Martiny. Die Bundesregierung habe zur Bekämpfung der Korruption im Gesundheitswesen kein Konzept. •

Steuersünder

Schlupfloch statt Strafe

Das ausgehandelte Abkommen der Bundesregierung mit der Schweiz zur Besteuerung des Geldes deutscher Steuerbetrüger bringt die Opposition in Rage. Die SPD und Bündnis 90/Die Grünen wollen das Abkommen mit ihrer Mehrheit im Bundesrat stoppen. Es sieht eine Pauschalsteuer zwischen 19 und 35 Prozent vor, die Schweizer Banken dem deutschen Fiskus überweisen. Auch der DGB hält die ausgehandelte Steuer-Amnestie für falsch. Für DGB-Vorstandsmitglied Claus Matecki ist sie ein „verteilungspolitischer Sündenfall", mit der der Staat auf Milliarden Steuereinnahmen verzichtet. „Diese Quasi-Steueramnestie ist nicht nur moralisch verwerflich, sondern auch fiskalpolitisch irrwitzig", kritisiert Matecki. Während für die Eurokrise milliardenschwere Rettungspakete notwendig werden, das Gemeinwesen unter der Schuldenlast ächze und der Konjunktur Abkühlung drohe, gebe sich die Bundesregierung mit knapp zwei Milliarden Euro zufrieden. Geschätzt haben die Steuersünder den Staat um Einnahmen von rund 50 Milliarden Euro betrogen. •

Bundesrat

CCS-Erprobung abgelehnt

„Das ist kein guter Tag für den Klimaschutz", bedauert der IG BCE-Vorsitzende Michael Vassiliadis die Bundesratsentscheidung zu CCS (Carbon Capture Storing) vom 23. September. Ohne diese Technologie werde es nicht gelingen, die CO_2-Ziele zu erreichen. Die unterirdische Lagerung von Kohlendioxid (CO_2) hat der Bundesrat vom Tisch gefegt. CO_2 fällt unter anderem bei der Verbrennung von fossilen Energieträgern wie Kohle an. Bis 2017 sollte erprobt werden, ob eine unterirdische Speicherung von CO_2 möglich ist. Das bislang einzige CCS-Projekt wird derzeit in Brandenburg von Vattenfall betrieben. Der Bundesrat hält die Risiken für zu hoch und verweigerte dem Gesetz seine Zustimmung. Bundestag und Bundesregierung können allerdings noch den Vermittlungsausschuss anrufen. •

interregio

••• Auf dem ***Energiegipfel,*** zu dem der ***DGB-Bezirk West*** einlädt, geht es um die Konsequenzen der Energiewende für Verbraucher, Beschäftigte, Unternehmen und Energieversorger. Die Konferenz „Energiewende und der Industriestandort Rheinland Pfalz" findet am 15. Oktober in Frankenthal statt.
www.west.dgb.de/rheinland-pfalz

••• Der ***DGB-Bezirk Baden-Württemberg*** ist sich mit der Landesregierung einig, Baden-Württemberg zum ***Land der Guten Arbeit*** zu machen. „Wir sind dankbar, dass uns der DGB und seine Einzelgewerkschaften unterstützen, dieses Ziel zu erreichen", erklärte Ministerpräsident Winfried Kretschmann (Bündnis 90/die Grünen) nach einem Treffen mit SpitzenvertreterInnen der Gewerkschaften im Ländle.
www.bw.dgb.de

Europäische Sonntagsallianz

Der DGB ist der Europäischen Sonntagsallianz beigetreten. Gemeinsam mit Kirchen, Organisationen und Initiativen tritt der DGB dafür ein, den Sonntag in ganz Europa generell frei von Arbeit zu halten. Der Gründungsaufruf der Allianz wird mit dem Artikel 31 der EU-Grundrechtecharta eingeleitet. Dort heißt es: „Jede Arbeitnehmerin und jeder Arbeitnehmer hat das Recht auf eine Begrenzung der Höchstarbeitszeit, auf tägliche und wöchentliche Ruhezeiten sowie auf bezahlten Jahresurlaub." Zu den 65 Gründungsmitgliedern gehören ver.di und die IG BAU. Bereits 2010 hatte sich der DGB als Mitveranstalter einer Konferenz im EU-Parlament für die Forderung nach dem arbeitsfreien Sonntag stark gemacht.



Seit langem setzen sich die Gewerkschaften für ein freies Wochenende ein. Am 1. Mai 1956 stritten sie unter dem Motto „Samstags gehört Vati mir" für den arbeitsfreien Samstag. Gesetzlich war der Sonntag bereits damals und ist bis heute geschützt, in der Realität müssen immer mehr Beschäftigte sonntags arbeiten.

IG METALL-KONGRESS

Im Interview: Berthold Huber, Erster Vorsitzender der IG Metall

„Es gibt nichts neben der Mitgliederfrage“

Im einblick-Interview spricht Berthold Huber, Erster Vorsitzender der IG Metall, über zentrale Themen des IG Metall-Gewerkschaftstags in Karlsruhe. Huber über den Umbau der IG Metall, den Betrieb als wichtigsten Aktionsraum der Gewerkschaften, Herausforderungen durch die Globalisierung und die Forderung nach mehr Mitbestimmung als Antwort auf die Krise.

Vier Jahre an der Spitze, mehr als zwei Jahrzehnte Hauptamtlicher in der IG Metall. Was war im Rückblick dein größter Erfolg?

Die Tatsache, dass es uns gelungen ist, die Beschäftigung auch während der schwersten Wirtschaftskrise der Nachkriegszeit zu sichern und die industrielle Substanz zu erhalten. Das war nicht selbstverständlich, und es war auch nicht einfach, aber wir haben es geschafft. Ein weiterer Punkt ist die Trendwende der IG Metall. Nach über 20 Jahren Abwärtstrend steht Ende 2011 wieder ein reales Plus bei den Mitgliederzahlen. Und wir sind für junge Menschen attraktiv. Die dritte Erfolgsbotschaft ist unser ausgeglichener Haushalt. Auch das hat es seit 20 Jahren nicht gegeben.

Die IG Metall hat ihre Organisation in den letzten zwei Jahren massiv umgebaut. Was hat das gebracht?

Detlef Wetzel, Bertin Eichler und ich sind 2007 angetreten, um die IG Metall fit für die Zukunft zu machen. Schlank an der Spitze, stark in der Fläche und nah am Betrieb war und ist unser Leitmotiv. Das ist auch die beste Basis für zielgerichtete Gewerkschaftsarbeit vor Ort, in den Betrieben, wo Gewerkschaft für die Beschäftigten erlebbar sein muss.

Erstmals wieder ein echtes Plus bei der Mitgliederentwicklung – wo habt ihr noch Defizite und mit welchen Strategien begegnet ihr denen?

Das Geld, das durch unsere neue Struktur frei wird, fließt jetzt direkt dorthin, wo es am besten angelegt ist: in die Verwaltungsstellen. Nur dort werden neue Mitglieder gewonnen und neue Potenziale erschlossen. Wir wollen die Beschäftigtenstrukturen in den Betrieben 1:1 abbilden und investieren gezielt in Schwerpunktfelder wie junge Beschäftigte, Ingenieure, Frauen und Migranten.



Foto: IG Metall

Berthold Huber, 61, gelernter Werkzeugmacher und ehemaliger Betriebsrats- und Gesamtbetriebsratsvorsitzender, hat Geschichte und Philosophie an der Uni Frankfurt/M. studiert. Seit 1990 ist er hauptamtlicher Funktionär der IG Metall. Von 1998 bis 2003 war er Bezirksleiter in Baden-Württemberg, 2003 wurde er zum Zweiten und 2007 zum Ersten Vorsitzenden der IG Metall gewählt.

Dafür nehmen wir zusätzlich 20 Millionen Euro in die Hand, um neue Mitgliederprojekte zu starten.

So neu sind diese Felder nicht.

Das war ja auch nur ein Teil. Wir haben die Beschäftigten der Zukunftsindustrien wie Wind- und Solarbranche oder den Bereichen E-Mobilität und neue Antriebs- und Speichertechnologie im Blick. Und wir reden nicht nur über die Stammbeschäftigten, sondern über die komplette Wertschöpfungskette. Damit meine ich die Leiharbeiter, die Entwicklungsdienstleister und die Logistikkette. Und nicht zuletzt wollen wir unsere Kraft in den Konzernen stärken und in Betrieben, die bisher keinen Betriebsrat haben, neu entfalten.

Ein ehrgeiziges Programm.

Weniger geht nicht. Aber die harte Arbeit wird sich am Ende auszahlen, davon bin ich überzeugt.

Mehr Präsenz vor Ort, im Betrieb, ist eure Devise. Ist das auch der Erkenntnis geschuldet, dass sich Noch-Nicht-Mitglieder laut Allensbach mehr individuelle Ansprache von den Gewerkschaften wünschen?

Für diese Erkenntnis brauchen wir nicht Allensbach, denn die IG Metall lebt diesen Grundsatz ja immer mehr. Unsere Stärke entscheidet sich im Betrieb, und das setzen wir um.

Was sind neben der Mitgliedergewinnung eure künftigen Schwerpunktthemen und damit auch auf dem Gewerkschaftstag?

Es gibt nichts „neben“ der Mitgliederfrage. Nur als starke Organisation können wir die großen technologischen und ökologischen Innovationen der nächsten Jahre mitgestalten. Nur durch beständigen Wandel bleibt unsere Industrie das Rückgrat unserer Gesellschaft. Energiewende, E-Mobilität, neue Antriebs- und Speichertechnologien sind nur einige der Projekte, die mit darüber entscheiden, in welcher Welt wir morgen leben. Aber technologische Innovationen müssen mit sozialen Innovationen verwoben werden. Ohne selbstbewusste Beschäftigte, die mitdenken und mitgestalten, werden wir den Anschluss verpassen.

Wie kann der zunehmenden Prekarisierung der Arbeit begegnet werden?

Der Kampf gegen die Prekarisierung und für eine neue, faire Ordnung am Arbeitsmarkt ist die strategische Auseinandersetzung für die Gewerkschaften. Beschäftigte brauchen Sicherheit und Zukunftsperspektiven. Sonst zerreißt es nicht nur unsere Gesellschaft, sondern wir werden auch nicht mehr in der Lage sein, die ökonomischen Herausforderungen im globalen Wettbewerb zu bewältigen. Konkret heißt das: Leiharbeiter gleich bezahlen, das Synchronisationsverbot wieder einführen. Das heißt aber auch, überall dort einen gesetzlichen Mindestlohn einführen, wo es keine Flächen- oder für allgemeinverbindlich erklärten Tarifverträge gibt, und eine unbefristete Übernahme nach der Ausbildung.

Ihr fordert eine Ausweitung der betrieblichen und der Unternehmensmitbestimmung. Wie soll das aussehen?

Mehr Mitbestimmung ist die Antwort auf Kurzfristökonomie und Shareholder-Vorrang. Die Lehre aus der Wirtschafts- und Finanzkrise lautet Weiterentwicklung der Mitbestimmung auf allen Ebenen. Wir wollen eine stärkere Beteiligung der Beschäftigten an Unternehmensentscheidungen, die immer häufiger aus europäischen oder internationalen Schaltzentralen heraus getroffen werden. Es macht doch keinen Sinn – um

nur ein Beispiel zu nennen – paritätisches Mitbestimmen auf besondere Unternehmensformen über 2000 Beschäftigten zu reservieren, bei 1999 Beschäftigten aber die Drittelparität für systemgerecht zu halten. Und mehr Mitbestimmung im Betrieb kann nicht zuletzt auch die Teilhabe am Betriebsergebnis sein.

■ **Europa ist in der Krise. Ist Europa noch zu retten? Was fordert die IG Metall?**

■ *„Ob" Europa zu retten ist, ist die falsche Frage, es geht um das „Wie". Ich bin der festen Überzeugung, dass wir den Euro stabilisieren müssen. Dazu gehört der Euro-Rettungsschirm EFSF. Vor allem brauchen wir die Stärkung des europäischen Parlaments. Das Europaparlament ist Ausdruck des Souveränitätsrechts der Bürger und Bürgerinnen Europas. Und wir brauchen eine demokratisch legitimierte Wirtschafts- und Finanzregierung. Nur so ist eine koordinierte Einnahmen- und Ausgabenpolitik in den Mitgliedstaaten durchsetzbar.*

Wer denkt, allein mit einer rigiden Sparpolitik die Probleme der Euroländer zu lösen, der irrt. Sicher: Staatsfinanzen müssen konsolidiert werden, bei gleichzeitigen zielgerichteten Investitionen. Das entfaltet wirtschaftliche Dynamik. ●

Perspektiven für die junge Generation

Arbeit – sicher und fair

Die IG Metall macht sich für die Belange junger Menschen stark – nicht nur an ihrem Jugendaktionstag am 1. Oktober in Köln. Detlef Wetzel, Zweiter Vorsitzender der IG Metall, erklärt, worauf es ankommt.

Die IG Metall setzt mit dem Jugendaktionstag in Köln am 1. Oktober ein Zeichen. Unübersehbar und unüberhörbar: Mehr als 20 000 junge Metallerinnen und Metaller demonstrieren. Für das, was jungen Menschen wichtig ist: eine gute berufliche Entfaltung und sichere private Lebensplanung. Für die unbefristete Übernahme nach der Ausbildung, für sichere und gute Arbeit, für bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie.

Die Bedingungen in Deutschland sind besser als in anderen europäischen Ländern. Erfolgreiche gewerkschaftliche Gestaltungskraft verhinderte, dass alle sozialen Errungenschaften dem neoliberalen Zeitgeist geopfert wurden. Damit haben wir Stärke und Innovationskraft der deutschen Gesellschaft erhalten. Wir sorgen dafür, dass in einer flexiblen, dynamischen Arbeitswelt Stabilität und Sicherheit für Beschäftigte weitgehend erhalten bleiben. Aber: Gerade für die junge Generation ist das keine Selbstverständlichkeit mehr. Damit finden wir uns nicht ab. Wer eine funktionierende Gesellschaft will, muss der Jugend eine sichere Zukunft ermöglichen. Mit guter Bildung, qualifizierter Ausbildung, sicheren Arbeitsplätzen, sozialer Absicherung und einer besseren Vereinbarkeit von Beruf und Familie.

Die Entwicklungen gefährden den Zusammenhalt unserer Gesellschaft. In Deutschland beginnen nur 23 von 100 Arbeiterkindern ein Studium.



Foto: IG Metall

Detlef Wetzel, 58, gelernter Werkzeugmacher und ehemaliger Jugendvertreter, hat Sozialarbeit in Siegen studiert. Seit 1980 ist er Gewerkschaftssekretär der IG Metall. Von 2004 bis 2007 war er Leiter des IG Metall-Bezirks Nordrhein-Westfalen. 2007 wurde er zum Zweiten Vorsitzenden der IG Metall gewählt.

Ein Drittel findet keinen Ausbildungsplatz, der den Wünschen entspricht. Aktuell ist jeder zehnte junge Mensch ohne Arbeit. Mehr als 50 Prozent arbeiten in prekärer Beschäftigung. Jobwunder sehen anders aus.

Für 90 Prozent ist eine der wichtigsten Herausforderungen, Familie und Beruf unter einen Hut zu bringen. Wer Bildung und Ausbildung vernachlässigt, wer unsichere Arbeitsverhältnisse akzeptiert oder fördert, wer die berufliche Perspektive und soziale Sicherheit vernachlässigt, wird am Ende in einer unsicheren Gesellschaft leben.

Wir schaffen Perspektiven für die Jugend. Die IG Metall setzt die Interessen der jungen Generation dort durch, wo sie es kann. Wir haben tarifpolitisch viel erreicht: der Tarifvertrag „Zukunft in Bildung" regelt Weiterbildungsmöglichkeiten, im jüngsten Stahltarifabschluss gelang die Gleichstellung der Leiharbeitnehmer. Eine befristete Übernahme für Auszubildende haben wir in fast allen Branchen durchgesetzt. Mit Betriebsvereinbarungen haben wir in ca. 1200 Unternehmen Verbesserungen für Leiharbeiter erreicht. In der Tarifrunde für die Metall- und Elektroindustrie werden wir Übernahme und Leiharbeit anpacken. Wir wollen die unbefristete Übernahme für Auszubildende durchsetzen, wir wollen „Gleiche Arbeit – Gleiches Geld" für Leiharbeiter.

Die IG Metall steht bei der Jugend hoch im Kurs. Mit rund 400 000 Mitgliedern unter 35 Jahren – davon 210 000 unter 27 – ist die IG Metall die größte politische Jugendorganisation in Deutschland. Jedes zweite neue Mitglied ist unter 27 Jahren – Tendenz steigend. Jusos und Junge Union kommen zusammen auf nicht mal 195 000 Mitglieder – Tendenz fallend.

Wer sagt, die Jugend sei demokratiemüde und politikverdrossen, kann sich bei der IG Metall vom Gegenteil überzeugen. Wir sind attraktiv, weil die Themen der Jungen oben auf unserer Tagesordnung stehen. Dazu haben wir uns mit der Charta „Zukunft und Perspektiven für die junge Generation" verpflichtet.

Wir fordern die Politik auf, endlich die Themen der jungen Generation auf die politische Tagesordnung zu setzen und in einen Dialog mit den jungen Menschen und ihren Verbänden einzutreten. ●

„Kurswechsel: Gemeinsam für ein gutes Leben"

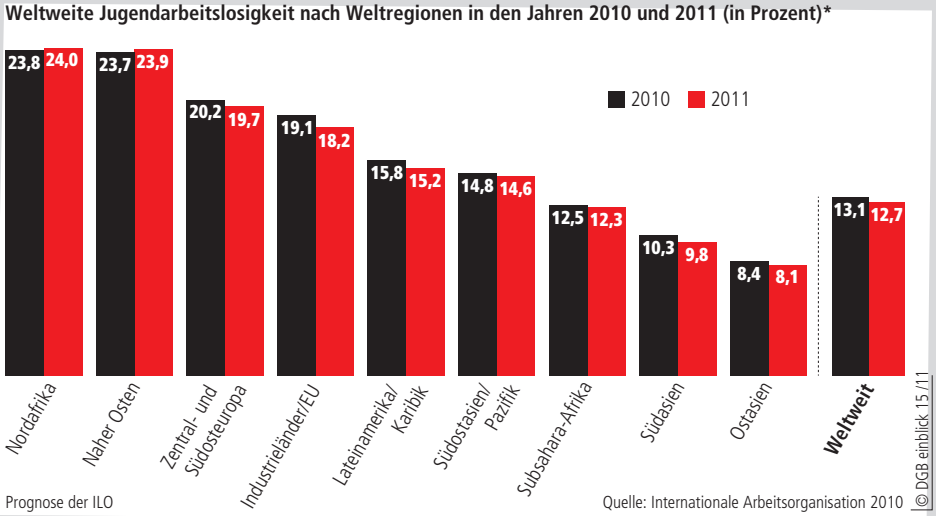
Das ist das Motto des IG Metall-Gewerkschaftstags in Karlsruhe. Vom 9. bis 15. Oktober stellen 481 Delegierte die Weichen für die nächsten vier Jahre und wählen den Vorstand neu, der um zwei Mitglieder verkleinert werden soll. Zur Wiederwahl treten neben Berthold Huber und Detlef Wetzel der Kassierer Bertin Eichler sowie die Vorstandsmitglieder Helga Schwitzer und Hans-Jürgen Urban an. Nicht mehr kandidieren werden Wolfgang Rhode und Regina Görner. Die Delegierten beraten über sechs Entschließungen und 485 Anträge, die die gesamte Bandbreite der Gewerkschaftspolitik umfassen – von der Leiharbeit über mehr Perspektiven für die Jugend bis zur Eurokrise. Sowohl der Bundespräsident als auch wahrscheinlich die Kanzlerin werden zu den Delegierten sprechen. ***www.igmetall-gewerkschaftstag-2011.de***

DIES & DAS

die DGB grafik

ARBEITSLOSIGKEIT: Jugend braucht Perspektiven weltweit

Jugendliche in Nordafrika, dem Nahen Osten und den zentral- und südosteuropäischen Ländern sind besonders häufig arbeitslos. Eine ILO-Studie geht davon aus, dass fast ein Viertel der nordafrikanischen Jugend keinen Job hat. Michael Sommer, DGB-Vorsitzender und Präsident des IGB, setzt sich für einen weltweiten Jugendbeschäftigungspakt ein, der nicht nur Ausbildungs- und Arbeitsplätze in den G20-Staaten schafft. Die OECD fordert mehr frühkindliche Bildung und flexiblere Bildungssysteme weltweit.



14 TAGE

mehr Infos: www.einblick.dgb.de

6.10. DGB Sachsen, Tagung „Pflege: Reform", Plauen/Oelsnitz

6.10. DGB-Region Düsseldorf-Bergisches Land, Aktion „Welttag für menschenwürdige Arbeit", Düsseldorf

6.10. Friedrich-Ebert-Stiftung, Fachtagung „Erfurter Forum für Arbeits- und Sozialrecht: Sozialgerichtsbarkeit bei „Hartz IV", Erfurt

6./7.10. DGB-Jugend und Friedrich-Ebert-Stiftung, Konferenz „Menschenwürdige Arbeit für die nächste Generation", Berlin

7.10. IGB, 4. Welttag für menschenwürdige Arbeit

9.-15.10. IG Metall, 22. Ordentlicher Gewerkschaftskongress der IG Metall, Karlsruhe

13.10. DGB, Diskussion „Wie weiter in der Pflege? Eine Standortbestimmung zur geplanten Reform der Pflegeversicherung", Berlin

13.10. Friedrich-Ebert-Stiftung, Diskussion „Zukunft der Pflegeversicherung in Deutschland", Zwickau

14.-16.10. DGB, Seminar „Gesundheitspolitik – Einführung für GewerkschafterInnen", Berlin/Pichelsee

17.10. Internationaler Tag zur Beseitigung der Armut

19.10. DGB, GEW, ver.di, Tagung „Wo bleibt die Bildungsrepublik?", Berlin

IMPRESSUM *einblick* erscheint vierzehntäglich **Herausgeber:** DGB **Verlag:** Graewis Verlag GmbH **GeschäftsführerInnen:** Anne Graef, Dr. Peter Wilke **Redaktion:** Anne Graef (verantw.), Sebastian Henneke **Redaktionelle Mitarbeit:** Udo Böhlefeld, Birgit Böhret, Luis Ledesma **Redaktionsanschrift:** Wallstraße 60, 10179 Berlin, Tel. 030/308824-0, Fax 030/30882420, Internet: www.einblick.dgb.de, E-Mail: redaktion@einblick.info **Anzeigen:** Bettina Mützel, Tel. 030/859946-240, Fax 030/859946-100, E-Mail: bettina.muetzel@berlin.de **Layout:** zang.design **Infografik:** Klaus Niesen **Druck und Vertrieb:** PrintNetwork Berlin **Abonnements:** Änderungen schriftlich an Redaktion *einblick* (Adresse s.o.)
Nachdruck frei für DGB und Gewerkschaften bei Quellenangabe und zwei Belegexemplaren. Alle Anderen nur nach schriftlicher Genehmigung durch den Verlag. Nachdruck von namentlich gezeichneten Artikeln nur nach Genehmigung durch Verlag und Autor.

personalien

••• Die Delegierten des dritten ver.di-Bundeskongresses haben ***Frank Bsirske,*** 59, als ver.di-Vorsitzenden mit 94,7 Prozent im Amt bestätigt. Als stellvertretende Vorsitzende wurden ***Andrea Kocsis,*** 46, mit 88,1 Prozent und ***Frank Werneke,*** 44, mit 85,3 Prozent wieder gewählt. Nicht mehr zur Wahl angetreten sind die bisherigen Vize ***Margret Mönig-Raane,*** 63, und ***Gerd Herzberg,*** 61. Mitglieder im ver.di-Bundesvorstand sind außerdem ***Dina Bösch*** (51 Jahre/81,7 Prozent), ***Elke Hannack*** (50/78,8), ***Beate Mensch*** (49/91,1), ***Erhard Ott*** (58/85,9), ***Ellen Paschke*** (63/88,7), ***Isolde Kunkel-Weber*** (57/59,1), ***Petra Gerstenkorn*** (57/87,2), ***Achim Meerkamp*** (56/89,6), ***Lothar Schröder*** (52/92,3), ***Christine Behle*** (43/82,0) und ***Stefanie Nutzenberger*** (47/88,8). Ausgeschieden aus dem Vorstand ist ***Uwe Foullong*** (54).

Außerdem haben die Delegierten die 90 Mitglieder des ver.di-Gewerkschaftsrates gewählt. Als Vorsitzende wurde ***Monika Brandl*** bestätigt. Im Präsidium sitzen ***Simona König, Andrea Pohl, Herbert Beck, Werner Filipowski*** und ***Timo Heider.*** Im Haushalts- und Finanzausschuss des Gewerkschaftsrates fungiert ***Bernd Rose*** künftig als Vorsitzender, ***Karola Güth*** als seine Stellvertreterin. Den Vorsitz im Personalausschuss übernimmt ***Anita Liebholz,*** Stellvertreter ist ***Dieter Schäfer.***

Schlusspunkt.

„Wir haben bereits viel erreicht."

CDU-Generalsekretär Hermann Gröhe in einer Presseerklärung vom 21. September zur CDU-Halbzeitbilanzkampagne, die gerade gestartet ist.

Gesetzliche Unfallversicherung

Kein Schutz bei Fahruntüchtigkeit

Arbeitnehmer sind auf dem Weg zwischen Arbeitsplatz und Wohnung gesetzlich unfallversichert. Dieser Versicherungsschutz entfällt, wenn der Versicherte absolut fahruntüchtig ist.

Der Fall: Der Arbeitnehmer verunglückte auf der Heimfahrt von der Arbeit. Er wurde 1 ½ Stunden nach der Spätschicht tot im Straßengraben mit einer Alkoholkonzentration von 2,2 Promille gefunden. Die Berufsgenossenschaft lehnte die Entschädigung der Hinterbliebenen ab, die absolute Fahruntüchtigkeit sei allein wesentliche Unfallursache gewesen. Die Ehefrau führte dagegen an, Alkoholkonsum während der Arbeit sei üblich und vom Arbeitgeber toleriert worden. Zudem hätten Vorgesetzte mitgetrunken und selbst Alkohol mit in die Firma gebracht. Mit ihrer Klage hatte sie keinen Erfolg.

Das Landessozialgericht: Die absolute Fahruntüchtigkeit, die bereits bei einer Blutalkoholkonzentration von 1,1 Promille vorliegt, ist die rechtlich allein wesentliche Ursache für den Unfall gewesen. Anhaltspunkte für andere Ursachen – wie z.B. Fahrzeugmängel, schlechte Straßenverhältnisse, Verschulden Dritter oder Wildwechsel – lagen nicht vor. Der Unfallversicherungsschutz ist auch nicht aufgrund einer etwaigen Verletzung der Fürsorgepflicht des Arbeitgebers erhalten geblieben. Denn Alkoholmissbrauch stellt eine eigenverantwortliche Schädigung dar. Unterlässt es der Arbeitgeber, diesen während der Arbeitszeit zu unterbinden, führt dies allenfalls zu einer untergeordneten Mitverursachung. Eine maßgebliche Verletzung der Fürsorgepflicht käme nur dann in Betracht, wenn der Arbeitgeber den Alkoholkonsum am Arbeitsplatz geduldet und keinerlei Schutzvorkehrungen gegen das anschließende Benutzen eines Pkw im verkehrsuntüchtigen Zustand getroffen hätte. Mit dem erteilten Alkoholverbot, einer entsprechenden Betriebsvereinbarung und dem Bereitstellen alkoholfreier Getränke hat der Arbeitgeber des Verstorbenen jedoch die gebotenen Schutzmaßnahmen ergriffen.

Hessisches Landessozialgericht,
Urteil vom 13. Mai 2011 – L 9 U 154/09

Arbeitslosenversicherung

Attest als Nachweis nicht immer nötig

Der Arbeitsunfähigkeitsnachweis ist nicht an die Vorlage einer Arbeitsunfähigkeitsbescheinigung gebunden. Er kann auch in anderer Form erfolgen, um den Eintritt einer Sperrzeit abzuwenden.

Der Fall: Der Bezieher von Arbeitslosengeld war zu einem Termin bei der Agentur für Arbeit nicht erschienen, bei dem über seine Bewerbungen um einen Arbeitsplatz gesprochen werden sollte. Er entschuldigte sein Ausbleiben und teilte mit, dass er krank gewesen sei. Die Agentur für Arbeit stellte den Eintritt einer Sperrzeit fest. Ihre Entscheidung begründete sie damit, dass der Arbeitslose keine Arbeitsunfähigkeitsbescheinigung vorgelegt und damit eine Erkrankung nicht nachgewiesen habe. Die dagegen erhobene Klage hatte Erfolg.

Das Sozialgericht: Für die Beurteilung der Sperrzeit ist allein entscheidend, ob ein wichtiger Grund für das Versäumen des Termins vorgelegen habe. Auf die Form des Nachweises kommt es dagegen nicht an. Der Sachverhalt ist durch die Agentur für Arbeit zu prüfen, wobei der Arbeitslose mitwirken muss. Erst wenn trotz Ausschöpfung aller Möglichkeiten eine ernsthafte Erkrankung am Termin nicht nachgewiesen werden kann, trägt der Arbeitslose die Beweislast.

Sozialgericht Stuttgart,
Urteil vom 12. Juli 2011 - S 16 AL 8129/09

URTEILE

Unterkunftskosten

Obergrenze darf überschritten werden

Einer Bezieherin von Leistungen der Grundsicherung im Alter, die sehr stark sehbehindert und daher in ihrer Orientierungsfähigkeit eingeschränkt ist, ist ein Umzug in eine andere Wohnung nicht zuzumuten, wenn ihre monatliche Miete die zulässige Mietobergrenze um rund 60 Euro übersteigt.

Sozialgericht Stuttgart,
Urteil vom 20. Juni 2011 - S 7 SO 3292/09

Altersdiskriminierung

Keine 60-Jahre-Grenze für Piloten

Ein Verbot für Verkehrspiloten, über das vollendete 60. Lebensjahr hinaus ihrer Tätigkeit nachzugehen, stellt eine Diskriminierung wegen des Alters dar. Ab diesem Alter kann zwar das Recht, dieser Tätigkeit nachzugehen, beschränkt werden; ein vollständiges Verbot geht aber über das zum Schutz der Flugsicherheit Notwendige hinaus.

Europäischer Gerichtshof,
Urteil vom 13. September 2011 - C-447/09

Urlaubsabgeltung

Anspruch wird nicht vererbt

Nach dem Bundesurlaubsgesetz ist der Urlaub abzugelten, wenn er wegen Beendigung des Arbeitsverhältnisses nicht genommen werden kann.
Mit dem Tod des Arbeitnehmers endet das Arbeitsverhältnis und erlischt der Urlaubsanspruch. Er wandelt sich nicht in einen Abgeltungsanspruch, der auf die Erben übergehen könnte.

Bundesarbeitsgericht,
Urteil vom 20. September 2011 - 9 AZR 416/10

Schulausschluss

Nach Körperverletzung rechtens

Eine Berufsbildende Schule (BBS) darf einen Schüler auf Dauer ausschließen, wenn der eine Schlägerei anzettelt und dabei andere erheblich verletzt. Dafür muss die Schule nicht erst das Ergebnis der strafrechtlichen Ermittlungen abwarten.
Sie kann ihre Entscheidung auf der Grundlage der eigenen Feststellungen treffen.

Verwaltungsgericht Koblenz,
Beschluss vom 28. Juli 2011 - 7 L 616/11.KO

Arbeitnehmerhaftung

Bei Lkw-Fahrern bis drei Bruttolöhne

Der Schadensersatzanspruch des Arbeitgebers gegenüber einem bei ihm angestellten Lkw-Fahrer, der grob fahrlässig einen Verkehrsunfall verursacht, ist regelmäßig auf drei Bruttomonatsvergütungen zu beschränken.

Landesarbeitsgericht München,
Urteil vom 27. Juli 2011 - 11 Sa 319/11

einblick
gewerkschaftlicher Info-Service vom 17.10.2011 18/11

DGB

inhalt

Seite 3
Billig, billiger, Nokia
Das Entsetzen am Nokia-Standort in Rumänien ist groß. Der finnische Konzern schließt sein erst vor drei Jahren eröffnetes Werk und zieht nach Asien

Seite 5
Duale Renovierung
Das duale Berufsbildungssystem ist im stetigen Wandel. In zehn Jahren sind gut 200 Berufsbilder erneuert worden. Der DGB fordert mehr Qualität in der Ausbildung

Seite 7
Bilanz Sozialpolitik
Der Politikwissenschaftler Christoph Butterwegge analysiert die vergangenen zwei Jahre schwarz-gelber Sozialpolitik

Arbeitnehmerdatenschutz

Entwurf für den Mülleimer

„Der Entwurf zum Beschäftigtendatenschutz schützt nicht die Daten der Beschäftigten, sondern die Interessen der Arbeitgeber", kritisiert der DGB-Vorsitzende Michael Sommer. Der Gesetzentwurf führte bereits bei der Anhörung der Sachverständigen im Mai zu harscher Kritik. Ursprünglich hatte die schwarz-gelbe Bundesregierung ihr Ziel im Koalitionsvertrag-Passus zum geplanten Gesetz sehr schön formuliert: „Privatheit ist der Kern persönlicher Freiheit". Dieser Kern ging dann wohl allerdings bei der Abfassung des Gesetzes verloren.

Der Entwurf, der zuvor das Kabinett passiert hatte, wurde selbst von der innenpolitischen Expertin der Liberalen, Gisela Piltz, kritisiert: Ein Gesetz, das einen massenhaften Abgleich von Mitarbeiterdaten legalisiere, werde es mit ihrer Fraktion nicht geben. Piltz versprach, bis zum Ende der Sommerpause werde eine neue Fassung vorliegen.

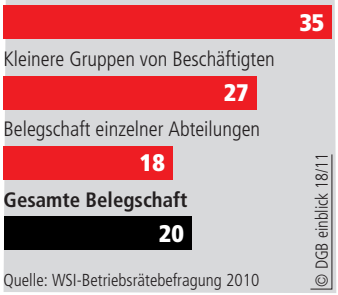
Diese gibt es noch nicht, zumindest nicht offiziell. Dem DGB liegen jedoch Informationen vor, dass es bei den Fraktionsberatungen ab Ende Oktober eher um Verschärfungen geht. So sollen persönliche Daten der Beschäftigten mit ihrer Einwilligung erhoben, gespeichert und verwendet werden dürfen selbst dann, wenn damit der ohnehin geringe gesetzliche Schutz unterschritten wird. Ebenso sollen Betriebsvereinbarungen solche Verschlechterungen vorsehen können.

Der DGB-Vorsitzende Michael Sommer warnt in einem Brief an politisch Verantwortliche in der Koalition: „Sollten diese Pläne tatsächlich umgesetzt werden, wird eine Atmosphäre des Misstrauens und der Überwachung in den Betrieben und Unternehmen entstehen." Bereits im April gründete sich eine Initiative der Betriebs- und Personalräte. Sie fordern „Schluss mit dem Gesetz", weil es letztlich den Grundrechtsschutz der Beschäftigten verschlechtere.

Die Kommentare der Betriebsräte sind deutlich: In den „Mülleimer" möchte Martin Simon Schwärzel (Asklepios Kliniken) das Gesetz entsorgen. Für Robert Oswald (BASF SE) ist es ein „Etikettenschwindel", der den Arbeitgebern weitgehende Rechte einräume. Klaus-Theo Sonnen-Aures (Deutsche Bahn AG) warnt vor allem vor der Einführung eines „Konzernprivilegs": „In der Praxis würde das bedeuten, dass die Konzernspitze auch auf die Daten von Tochterunternehmen Zugriff hätte." Doris Hülsmeier (Gesamtpersonalrat Bremen) sieht sehr viel „Spielraum für die Arbeitgeber", „während die Mitbestimmungsrechte der ArbeitnehmerInnen außen vor bleiben".

In ihrem Aufruf zieht die Initiative das Fazit: „Wir fordern die Parlamentarier im Deutschen Bundestag auf, das anstehende Gesetzgebungsverfahren zu einem Beschäftigungsdatenschutzgesetz nicht weiter zu betreiben." Offensichtliches Ziel sei es Datenerhebung, -speicherung und -verwendung im Arbeitsverhältnis für Arbeitgeber zu erleichtern und deren Möglichkeiten auszuweiten. Die Kritik der Betriebs- und Personalräte sollte der Regierung zu denken geben, mahnt Sommer. Seine Empfehlung: „Die Bundesregierung sollte diesen Entwurf geräuschlos entsorgen und noch mal bei Null anfangen." •

Arbeitnehmerdatenschutz
Beschäftigte, deren Datenschutzrechte missachtet wurden (in Prozent)



Quelle: WSI-Betriebsrätebefragung 2010

Betroffen war von den Verstößen rund jeder siebte Betrieb. Im Auftrag des WSI befragte Infas knapp 2000 Betriebsräte in der privaten Wirtschaft.

plusminusBERLIN

+ ***„Mit der FDP wird es kein Betreuungsgeld geben", versichert auch nach einem neuen Vorstoß der Bundesfamilienministerin Kristina Schröder (CDU), die familienpolitische Sprecherin der Liberalen, Miriam Gruß.***

– ***Der bildungspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Albert Rupprecht, ist sich sicher: „Ein qualitativ hochwertiges Studium ist in Deutschland dauerhaft nur mit Studienbeiträgen möglich."***

Der Surf-Tipp fürs Internet

www.streikrecht-ist-grundrecht.de
ver.di-Internetportal gegen die Ungleichbehandlung von Beschäftigten in der Diakonie

Hintergrund

www.einblick.dgb.de/hintergrund
DGB-Informationen und rechtlicher Hintergrund zum Thema Arbeitnehmerdatenschutz

DGB-Projekt

Mobil und fair behandelt

DGB-Vorstandsmitglied Annelie Buntenbach und Ralf Brauksiepe (CDU), Parlamentarischer Staatssekretär im Bundesarbeitsministerium (BMAS), haben gemeinsam das Projekt „Faire Mobilität – Arbeitnehmerfreizügigkeit sozial, gerecht und aktiv" eröffnet. Ziel von DGB, BMAS und weiteren Partnern ist es, ArbeitnehmerInnen aus Ost- und Mitteleuropa zu beraten, um sie vor Lohn- und Sozialdumping zu schützen. Buntenbach erklärt: „Sie dürfen nicht in ausbeuterische und menschenunwürdige Bedingungen abgedrängt werden." Verhindert werden soll außerdem, dass sie gegen ansässige Beschäftigte ausgespielt werden.

In sechs deutschen Ballungsräumen werden ab sofort ArbeitnehmerInnen aus Polen, Rumänien und weiteren ost- und mitteleuropäischen Staaten über ihre Rechte beraten. Brauksiepe zeigte sich erfreut, dass sich der DGB „mit seiner organisatorischen Schlagkraft" beteilige. Die Beratung erfolgt in den Herkunftssprachen. Im Fokus stehen Beschäftigte aus den Branchen Gastronomie, Nahrungsmittelproduktion, Baugewerbe, Gebäudereinigung, Gesundheit, Pflege sowie Leiharbeit.

Hintergrund: Beschäftigte aus Ost- und Mitteleuropa werden oft um Lohn und Sozialleistungen betrogen – nicht selten mit Vorsatz. Die Beratungsstellen kümmern sich auch im Nachhinein um die Anliegen der Betroffenen. Das Projekt läuft bis 2014. •

www.dgb.de/fairmobil

Anzeige



Abgeordnetenbestechung

Hamburg geht voran

Bereits 2005 legte die UN eine Konvention gegen Abgeordnetenbestechung vor. Seither diskutiert der Bundestag in Abständen über eine gesetzliche Regelung. Zuletzt im Juni diesen Jahres. Doch bislang verweigern sich die Fraktionen von CDU/CSU und FDP jeder Neuregelung. Mit einem Vorstoß über den Bundesrat will nun die Hamburger Bürgerschaft das Thema auf die Tagesordnung bringen.

Die Regierungsmehrheit forderte den Senat auf, sich für eine Verschärfung des Straftatbestandes der Abgeordnetenbestechung einzusetzen. Dies wäre die Voraussetzung, um die UN-Konvention auch in Deutschland zu ratifizieren. Unterstützt wird die Aktion von Transparency International (TI). Gerd Leilich, Leiter der TI-Regionalgruppe: „Die Fraktionen der CDU/CSU und FDP im Deutschen Bundestag wären gut beraten, sich endlich des Themas anzunehmen." Schließlich wurde die UN-Konvention bereits in 150 Ländern ratifiziert. Von den G20-Ländern fehlen noch Deutschland, Japan und Saudi-Arabien. •

Griechenland

Protest der Gewerkschaften

An harten und unzumutbaren Auflagen mangelt es nicht. Die so genannte Troika formuliert für das Rettungsprogramm immer neue Vorgaben. Nun sollen auch noch alle Tarifverträge außer Kraft gesetzt werden. Für DGB-Vorstandsmitglied Claus Matecki heißt dies, die Tarifautonomie wird abgeschafft. Matecki sieht darin einen Angriff auf die Arbeitnehmerrechte in ganz Europa. Denn „Armutslöhne" seien für kein Land „ein erstrebenswertes Ziel". Zudem stellten die Pläne „eine eklatante Verletzung der EU-Verträge und der Grundrechte dar". •

Familienpflegezeitgesetz

Ablehnung empfohlen

Die Pflege von Familienangehörigen will die Bundesregierung gesetzlich regeln. Doch der Gesetzentwurf enthält gravierende Mängel. Nach einer Anhörung Mitte September im zuständigen Bundestagsausschuss legte der DGB – gemeinsam mit anderen Verbänden – eine Erklärung vor. In erster Linie fehle ein Rechtsanspruch der ArbeitnehmerInnen auf die Pflegeauszeit. Ohne diesen seien weder Beginn noch Ende einer Familienpflege klar geregelt. Darüber hinaus wollen die Gewerkschaften einen Passus, der sicherstellt, dass nach dem Ende der Pflegezeit sofort das vorherige Arbeitszeitvolumen wieder aufgenommen werden kann.

Ein weiterer wichtiger Punkt: Für die Arbeitgeberseite sieht der Gesetzentwurf vor, dass die Beschäftigten während der Pflege eine Gehaltsaufstockung bekommen, die die Unternehmen über zinslose Bundesdarlehen finanzieren können. Nach der Auszeit muss dann solange zu einem geringeren Gehalt gearbeitet werden, bis dieser Kredit abgezahlt ist. Damit wegen möglicher Arbeitsunfähigkeit oder Tod in dieser Zeit den Arbeitgebern keine Verluste entstehen, sollen die pflegenden Angehörigen eine Pflichtversicherung abschließen. Eine „Geschmacklosigkeit" sei dies, heißt es in der Erklärung, wenn sich ArbeitnehmerInnen noch gegen ihren eigenen Tod versichern sollen.

Die Empfehlung des DGB und der Mitunterzeichner: Ablehnung im Bundestag. Denn besser wäre „kein Gesetz als so ein schlechtes". •

www.einblick.dgb.de/hintergrund

Internationaler Standortwettbewerb

Die Karawane zieht weiter

Der finnische Handy-Konzern Nokia, der erst 2008 die Produktion von Bochum ins rumänische Jucu in der Nähe von Cluj (Klausenburg) verlagerte, will nun auch das Werk in Rumänien Ende des Jahres schließen und weiter nach Asien ziehen. Über 2000 Beschäftigte verlieren ihren Arbeitsplatz. Silviu Mihai, freier Journalist und Osteuropa-Experte, war vor Ort. Eine Geschichte vom kurzen Glück im internationalen Standortwettbewerb.

„Die Nachricht war wie ein Blitzschlag", erzählt Valentin Ilcas, Vorsitzender von Nokia Metal, einer der Gewerkschaften, die über 1800 Beschäftigten im Werk Jucu vertreten. Der finnische Handy-Konzern kündigte Ende September an, das Werk in Rumänien zu schließen. Die Arbeit soll nur bis Jahresende weitergehen, danach werden die Mitarbeiter noch drei Monatslöhne erhalten und dann soll Schluss sein.

In einer Pressemitteilung begründete das Unternehmen den Schritt mit der „notwendigen Optimierung der Produktionsprozesse", die aufgrund der „Nähe zu unseren wichtigsten Zielmärkten" zukünftig an Standorten in Asien stattfinden sollen. „Das Beispiel Bochum zeigt, dass wir die Grundentscheidung kaum ändern oder verhindern können", sagt Gewerkschafter Ilcas. „Das Kapital profitiert schlicht von seiner Freizügigkeit und geht dahin, wo es günstiger ist", fügt er resigniert hinzu. Dabei sind die Beschäftigten im kleinen siebenbürgischen Dorf alles andere als teuer. Nach mehreren Lohnerhöhungen, die der Konzern in den letzten drei Jahren auf Druck der ArbeitnehmervertreterInnen akzeptieren musste, beträgt der Durchschnittslohn bei Nokia aktuell keine 300 Euro – ein auch für rumänische Verhältnisse niedriges Entgelt, knapp unterm nationalen Durchschnitt.

„Angesichts der schwierigen Situation des Unternehmens haben wir schlechte Nachrichten erwartet, aber nicht die Schließung des Werks. Jeder Beschäftigte hier bringt dem Arbeitgeber rund eine Million Euro Umsatz im Jahr und kostet weniger als 10 000 Euro", empört sich Cristian Copil, Vorsitzender der Freien Gewerkschaft Nokia. Er arbeitet selbst als Techniker im Werk. Seine Gewerkschaft vertritt rund 600 Beschäftigte und gehört zum Dachverband CNSLR Fratia, einem der größten in Rumänien.

Tatsächlich machen die Lohnkosten in Jucu, inklusive Steuer und Sozialabgaben, nur ein Prozent des Umsatzes aus: Ein Verhältnis, das sich auch in Asien kaum unterbieten lässt, so sagen Marktexperten. Der Hauptgrund für die Entscheidung von Nokia liegt also kaum darin, dass die rumänischen Arbeiter zu teuer geworden sind. Vielmehr waren es die unternehmerische Strategie und insbesondere die Fehleinschätzung der zukünftigen Marktentwicklungen, die eine Schrumpfung des globalen Marktanteils von Nokia verursachten. Die Investition in das Werk von Jucu, die laut Angaben des Konzerns 60 Millionen Euro betrug, hat sich nichtsdestotrotz innerhalb von nur drei Jahren amortisiert.

Seit Anfang Oktober verhandeln die beiden Gewerkschaften mit den Vertretern des Unternehmens in der Hoffnung auf angemessene Kündigungsbedingungen. „Drei Monatslöhne als Entschädigung sind ein schlechter Witz", sagt Bogdan Hossu, Vorsitzender des Gewerkschaftsdachverbandes Cartel Alfa, bei dem auch Nokia Metal Mitglied ist. „Unsere deutschen Kollegen in Bochum haben nach Verhandlungen eine anständige Entschädigung bekommen, dies war aber nur möglich, weil sie mit der Unterstützung der Regierung rechnen konnten, was bei uns nicht der Fall ist", erklärt Hossu.

Tatsächlich stehen die Chancen der ArbeitnehmerInnen auf angemessene Entschädigungen schlecht.



Foto: Dagmar Gester

Nach nur drei Jahren macht Nokia sein Werk in Rumänien dicht.

Im Frühjahr hat die Mitte-Rechts-Koalition von Ministerpräsident Emil Boc das rumänische Arbeitsrecht an entscheidenden Stellen gelockert, um das von der Wirtschaftskrise schwer getroffene Land attraktiver für ausländische Investoren zu machen. Die Verpflichtung des Arbeitgebers, bei Werksschließungen oder Massenentlassungen überhaupt Verhandlungen mit den Gewerkschaften aufzunehmen, ist in der neuen Version des Gesetzeswerks nicht mehr enthalten. „Der Sozialstaat ist gescheitert, und zwar nicht nur in Rumänien, sondern auch in Westeuropa, obwohl viele Politiker dort dies noch nicht einsehen", erklärte unlängst Staatspräsident Traian Basescu den Kurs seiner Regierung. „Unter dem Vorwand von notwendigen Reformen und Sparmaßnahmen ist der Regierung ein Kahlschlag gegen die Sozialrechte gelungen", kommentiert Victor Ponta, Vorsitzender der Sozialdemokratischen Partei PSD. •

Staatsgelder für große Konzerne

Der Skandal um die EU-Subventionen, die Nokia in Bochum kassiert haben soll, hat ein rumänisches Pendant. Im Moment spekulieren die Medien in Bukarest über die genauen Bedingungen, unter denen der Konzern sein Werk in Siebenbürgen 2008 eröffnet hat.

Die Lokalbehörden in Cluj unterstützten 2007 massiv die Gründung des Industrieparks in Jucu, wo Nokia kurz darauf als erster und eine Zeit lang einziger Investor einzog. Der Landkreis Cluj hat der Zweckgesellschaft Tetarom das Grundstück (160 Hektar) kostenlos zur Verfügung gestellt und rund 30 Millionen Euro für die Erschließung des Geländes ausgegeben.

Die EU-Kommission hatte schon damals Ermittlungen aufgenommen, doch bis heute blieben sie ergebnislos. Sämtliche Verträge zwischen dem Unternehmen und der Landkreisverwaltung wurden von Anfang an als „vertraulich" eingestuft. Dank einer vagen Formulierung im Gesetzestext werden die meisten wichtigen Verträge mit Schlüsselinvestoren geheim gehalten, auch wenn öffentliche Gelder fließen. Zahlreiche Nichtregierungsorganisationen in Bukarest versuchen seit Jahren mehr Transparenz zu erreichen, mit bisher nur mäßigem Erfolg.

Otto-Brenner-Stiftung

Migranten und Leiharbeit

Der Billigste wird gewinnen – dieses fatale Motto gilt in der Leiharbeitsbranche. Der Verdrängungswettbewerb hat massive Folgen für die Beschäftigten. Je geringer ihr Bildungsniveau, umso flexibler müssen sie sein. Besonders MigrantInnen sind diesen Mechanismen ungeschützt ausgeliefert. Das belegt die Studie „Integrationshemmnis Leiharbeit" der Otto-Brenner-Stiftung. Die Autorin untersucht die Situation von MigrantInnen auf dem Arbeitsmarkt und speziell als Beschäftigte in der Leiharbeit. Sie resümiert, dass Leiharbeit die „strukturelle, institutionelle und interpersonalen Diskriminierungen" für Migranten vervielfache. Unter anderem werden sie trotz des bereits geringen Lohnniveaus in der Leiharbeit noch mal deutlich schlechter bezahlt als ihre deutschen KollegInnen. Mehr dazu im Internet. •

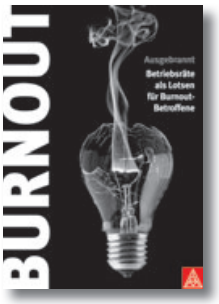
www.einblick.dgb.de/hintergrund

DGB Jugend

Europa vernetzen

Die DGB Jugend NRW hat gemeinsam mit den Jugendverbänden der Gewerkschaften aus Belgien, Luxemburg und Frankreich das Projekt „Working connexion" ins Leben gerufen. Das Ziel: Junge Menschen sollen einfacher Informationen über Ausbildungsbedingungen in europäischen Nachbarländern finden. In einem ersten Schritt sind 1000 Azubis in den vier Ländern befragt worden. Ein Fazit der Umfrage: Unterschiedliche rechtliche Vorgaben erschweren eine Ausbildung im Ausland, etwa weil Zeugnisse nicht anerkannt werden. Für April 2012 ist ein Treffen europäischer Jugendlicher geplant, um Lösungen zu erarbeiten. •

http://nrw.dgb.de/presse



IG Metall Ratgeber

Gesünder arbeiten

Zwei Ratgeber der IG Metall zeigen Betriebsräten und Beschäftigten, wie Gesundheitsschutz in Zeiten von Arbeitsverdichtung und Globalisierung aussieht. Mit dem Band „Burnout – Betriebsräte als Lotsen für Burnout-Betroffene" zeigen die GesundheitsexpertInnen der IG Metall, worauf Betriebsräte bei dem Thema achten müssen. Angefangen von den verschiedenen Erscheinungsformen über die Häufigkeit bis hin zu Präventionsmaßnahmen – der Ratgeber gibt Hinweise für die Praxis.

Die Broschüre „Initiative Gute Arbeit im Büro" widmet sich den Angestellten im Bürobereich. Vor allem Vertrauensleute und Betriebsräte finden hier Fakten und Hinweise, wie sie Bürobeschäftigte ansprechen und für Gute Arbeit werben können. Unter anderem enthält sie Bausteine, um Projekte im Betrieb durchzuführen. Denn nicht nur in den Werkshallen steigt die Arbeitsbelastung, sondern auch in der Verwaltung wird den Beschäftigten immer mehr abverlangt – und das oft auf Kosten der Gesundheit. Beide Broschüren können bei der IG Metall bestellt werden. •

gutearbeit@igmetall.de

Hans-Böckler-Stiftung

Gefördertes Projekt ausgezeichnet

Die Soziologin und Journalistin Sybille Plogstedt erhält für ihr Buch „Knastmauke" den Bürgerpreis zur deutschen Einheit 2011. Gefördert worden ist das Projekt von der Hans-Böckler-Stiftung (HBS). Die Studie würdige „diejenigen, die ihren Widerstand gegen das Regime teuer bezahlt haben und gibt den Opfern ein Gesicht". Durch ihre intensive Arbeit habe Plogstedt „ein Thema der Öffentlichkeit zugänglich gemacht, das bis heute noch unzureichend aufgearbeitet ist", so die Jury.

Die Studie vermittelt auf breiter empirischer Basis, warum viele der insgesamt rund 200 000 Menschen, die zwischen 1949 und 1989 in der DDR aus politischen Gründen inhaftiert waren, bis heute unter der Zeit im Gefängnis leiden. Plogstedt zeigt: Heute verdient die Hälfte der Befragten weniger als 1000 Euro im Monat, überdurchschnittlich viele von ihnen leben unter der Sozialhilfegrenze. Rund 70 Prozent geben an, sie hätten mit der Haft auch nach 1989 nicht abschließen können. •

Sibylle Plogstedt, Knastmauke – Das Schicksal von politischen Häftlingen der DDR nach der deutschen Wiedervereinigung. Psychosozial-Verlag 472 Seiten, 32,90 Euro

IRENE-Netzwerk

Checkliste Restrukturierung

Das Netzwerk „Innovative Restrukturierung – europäisches Netzwerk von ExpertInnen – IRENE" *(einblick 5/2011)* hat einen Verhaltenskodex für beteiligungsorientierte und sozialverträgliche Restrukturierung entwickelt. Die ExpertInnen empfehlen Unternehmen, den sozialen Dialog zu führen. Zudem soll der Firmenumbau durch einen Gesundheitsdienst begleitet werden. Das Strategiepapier steht im Internet zum Download bereit. (Auf der Internetseite nach „restructurations socialement responsables" suchen.) •

www.astrees.org

interregio

••• Der ***DGB-Bezirk Niedersachsen – Bremen – Sachsen-Anhalt*** lädt am 3. November zu einer ***Fachtagung*** nach Hannover ein. Unter dem Motto „Wohlstand ohne Wachstum? Wirtschafts- und Umweltpolitik im Spannungsfeld von Arbeit, Produktion und Ökologie" diskutieren ExpertInnen aus Gewerkschaften, Politik und Wissenschaft Perspektiven für eine nachhaltige und sozial gerechte Zukunft. Hintergrund: Wachstum als einziger Indikator für Wohlstand gerät zusehends in die Kritik. Die Gewerkschaften plädieren dafür, soziale und ökologische Faktoren mit einzubeziehen. Mit der Tagung feiert der DGB zudem die Gründung eines Ausschusses für Umweltfragen vor 40 Jahren.

http://niedersachsen.dgb.de/-/weS

••• Der ***DGB-Bezirk Baden-Württemberg*** ruft für den 27. November auf, an der Volksabstimmung über das ***Bahnhofsprojekt S21*** teilzunehmen. Abgestimmt wird über das Kündigungsgesetz der grün-roten Landesregierung. Ziel dieses Gesetzes ist es, die Mitfinanzierung des Landes Baden-Württemberg an S21 zu beenden. Der DGB ist Mitglied im Bündnis gegen S21 und Erstunterzeichner des Aufrufs „Ja zum Ausstieg". Vor diesem Hintergrund betont der DGB: „Am 27. November können wir Geschichte schreiben, wenn wir die erste Volksabstimmung seit Gründung des Landes Baden-Württemberg zum Erfolg bringen!" Es sei schön, wenn es dann heißen würde: „Wir können alles – auch Demokratie", so der DGB.

www.bw.dgb.de

Berufsbildung

Renovierung im dualen System

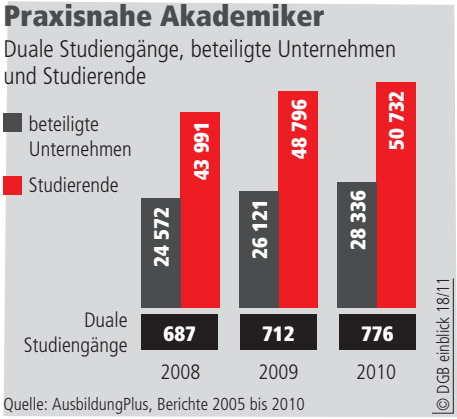
Das duale Berufsbildungssystem befindet sich im ständigen Wandel. In den vergangenen zehn Jahren sind mehr als 200 Ausbildungsberufe modernisiert worden. Über weiteren Reformbedarf diskutierten Ende September Experten auf einem Kongress des Bundesinstituts für Berufsbildung (BIBB) in Berlin.

„Lehrlinge, die vergessene Majorität", titelte vor gut 40 Jahren der Ökonom Wolfgang Dieter Winterhager sein Plädoyer für eine tief greifende Reform der Berufsausbildung. Das Berufsbildungsgesetz war nur wenige Monate zuvor in Kraft getreten. Eine Reform des dualen Berufsbildungssystems folgte nicht, aber es wird ständig renoviert. Dazu zwingen die Veränderungen in der Arbeitswelt. Nach wie vor gibt es regelrechte Baustellen in quantitativer wie qualitativer Hinsicht, davon war die Mehrheit der 1200 Berufsbildungsexperten auf dem 6. BIBB-Kongress überzeugt.

„Die Betriebe sollten die sinkenden Bewerberzahlen nutzen, um endlich wieder jungen Menschen mit Haupt- und Realschulabschluss bessere Chancen auf einen Ausbildungsplatz bieten", mahnt die DGB-Vizevorsitzende Ingrid Sehrbrock. Sie erinnert daran, dass sich im vergangenen Jahr rund 320 000 Jugendliche in Warteschleifen und Ersatzmaßnahmen befanden. Unbesetzte Ausbildungsplätze führt sie auch auf betriebliche Ausbildungsmängel zurück.

Es gebe in der Berufsausbildung „Villenviertel" und „soziale Brennpunkte" spitzt der Bildungsexperte Prof. Dieter Euler zu. Er sieht die Modernisierung der Berufsausbildung als einen kontinuierlichen Prozess – nur eben nicht überall. Es gelte die Struktur- wie auch die Lehr- und Lernkonzepte weiterzuentwickeln. Ziel müsse sein, das Übergangssystem mit den Warteschleifen zu überwinden. Er plädiert für eine Kompetenzdiagnostik, die individuellen Förderbedarf ermittelt, statt bei vermeintlich fehlender Ausbildungsreife die Jugendlichen in irgendwelche Maßnahmen zu stecken.

Qualitätsmängel moniert auch Hermann Nehls, beim DGB-Bundesvorstand zuständig für Grundsatzfragen in der Berufsbildungspolitik, und fordert „mehr Qualitätssicherung in der Berufsausbildung" und „mehr ausbildungsreife Betriebe". Den Qualitätslücken in der Berufsbildung hat das BIBB Ende 2010 einen Förderschwerpunkt mit Modellversuchen gewidmet, die bis 2013 Lösungen entwickeln und erproben sollen.



Wirtschafts- und Ingenieurwissenschaften überwiegen bei den dualen Studiengängen.

Zu den Baustellen in der Berufsbildung zählt der Deutsche Qualifikationsrahmen für Lebenslanges Lernen (DQR). Als nationale Umsetzung des Europäischen Qualifikationsrahmens will der DQR Unterschiede und Gleichwertigkeiten von Qualifikationen transparenter machen, Vergleichbarkeit normieren und damit auch die Mobilität von Lernenden und Beschäftigten europaweit erleichtern. Schon jetzt absolvieren jährlich mehr als 23 500 Auszubildende Ausbildungsabschnitte im Ausland; davon werden 12 000 mit öffentlichen Zuschüssen gefördert. BIBB-Präsident Hubert Esser plädiert dafür, dass im DQR dreijährige duale Berufsausbildungen mit dem Abitur als gleichwertig zertifiziert werden. Für ihn sei nun „die Stunde der Wahrheit" gekommen, in der die Aussagen über die Gleichwertigkeit von akademischer und beruflicher Bildung in konkretes Handeln überführt werden müssten.

Vor dem Hintergrund des Fachkräftemangels und der begrenzten Aufnahmekapazität der Hochschulen für die Doppeljahrgänge der Abiturienten hat der BIBB-Kongress sich mit dualen Studiengängen befasst, die betriebliche Ausbildung mit akademischen Studiengängen kombinieren. Nach BIBB-Angaben durchlaufen derzeit mehr als 60 000 junge Menschen diese Ausbildung. Tendenz seit zwei Jahren deutlich steigend. Bildungsministerin Schavan sieht darin einen Beitrag für steigende Nachfrage an anspruchsvollen dualen Ausbildungswegen. Bei den Studienfächern dominieren Wirtschafts- und Ingenieurwissenschaften. Die BIBB-Experten haben ein wachsendes Interesse der Betriebe an Absolventen festgestellt; einer Umfrage zufolge würden sich drei Viertel eher für Absolventen dualer Studiengänge als für Absolventen klassischer Studiengänge entscheiden. Die Kombination von dualer Berufsausbildung mit Studium ist variantenreich, aber arm an Transparenz. Etwa 900 Varianten hat das BIBB identifiziert. •

Bildung im Europa-Vergleich

Der DQR – Deutscher Qualifikationsrahmen für lebenslanges Lernen – ist die nationale Vorarbeit für den Europäischen Qualifikationsrahmen (EQR). Mit dem DQR soll erstmals ein umfassendes, bildungsbereichsübergreifendes Profil der deutschen Ausbildungskompetenzen vorgelegt werden.

Die nationale Ausarbeitung soll die Besonderheiten des deutschen Bildungssystems berücksichtigen „und zur angemessenen Bewertung und Vergleichbarkeit deutscher Qualifikationen in Europa beitragen", heißt es auf dem gemeinsamen DQR-Internetportal des Bundesministeriums für Bildung und Forschung und der Kultusministerkonferenz.

www.deutscherqualifikationsrahmen.de/

Erfolg für Gewerkschaften

Jahrzehntelanger haben es die Gewerkschaften gefordert, jetzt haben sie es durchgesetzt: Der Deutsche Qualifikationsrahmen wird künftig Abitur und Ausbildungsabschluss auf einem Niveau verzeichnen. Bereits vor einigen Monaten hatte die Kultusministerkonferenz dem Drängen der Gewerkschaften nachgegeben und der Öffnung der Hochschulen für beruflich Qualifizierte ohne Abitur zugestimmt.

kurz&bündig

ver.di hat sich mit der Deutschen Post AG auf ein neues Tarifmodell zu alternsgerechtem Arbeiten geeinigt. Die stellvertretende ver.di-Vorsitzende Andrea Kocsis betont: „Wir haben heute einen Generationenvertrag abgeschlossen, der es ermöglicht, auch unter den Voraussetzungen der Rente mit 67 gesund das Rentenalter zu erreichen."

Die EVG hat die Deutsche Bahn aufgefordert, das Sicherheitspersonal aufzustocken. Der Brandsatz nahe des Berliner Hauptbahnhofs sei durch einen Mitarbeiter gefunden worden und nicht durch Überwachsungskameras. Die bisherige Aufstockung des Personals reiche nicht, so die EVG.

Der IG BCE-Vorsitzende Michael Vassiliadis hält Überlegungen von Politik und Wirtschaft, eine Stiftung zum Rückbau der Atomwirtschaft zu gründen, für vorstellbar. „Grundsätzlich könnte das ein Erfolg versprechender Weg sein, die Energiewende voranzubringen", so Vassiliadis.

Der NGG-Vorsitzende Franz-Josef Möllenberg hat den Preiskampf bei der Produktion von Lebensmitteln kritisiert: „Viel zu oft wird er auf dem Rücken der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer ausgetragen." Auf Dauer würden schlechte Arbeitsbedingungen und Bezahlung zu einer Absenkung der geforderten Qualität führen.

IG Metall-Kongress

Neue Kultur der Arbeit

In alter, neuer Stärke hat sich die IG Metall auf ihrem 22. Ordentlichen Gewerkschaftstag vom 9. bis 15. Oktober präsentiert. Wie die IG Metall das Kongressmotto „Kurswechsel: Gemeinsam für ein Gutes Leben" umsetzen will, beschrieb der wieder gewählte Erste Vorsitzende Berthold Huber in seinem Zukunftsreferat. Vor den 481 Delegierten forderte er einen Green New Deal, um einen sozialen und ökologischen Kurswechsel voranzutreiben. Der könne aber nur gelingen, wenn er auch ein „Good Deal für die Beschäftigten" wird. „Nachhaltigkeit gibt es nur im Doppelpack: ökologisch und sozial", betonte Huber.

Die Bundesregierung forderte er auf, zusammen mit den Gewerkschaften ein Projekt „Neue Kultur der Arbeit" aufzulegen. Gute Arbeit müsse die Grundlage unseres Wachstums- und Wohlstandsmodells werden. Es brauche sichere und faire Arbeit statt Leiharbeit, Niedriglohn und Werkverträgen sowie eine aktive europäische Industriepolitik anstelle von Mutlosigkeit und Shareholder-Denken. Die IG Metall werde zu ihrer gesamtgesellschaftlichen Verantwortung stehen: „Gute Arbeit muss für alle gelten." Sowohl auf politischer als auch auf betrieblicher und tarifpolitischer Ebene soll prekäre Arbeit reguliert und zurückgedrängt werden, kündigte Huber an.

Tags zuvor hatte auch der DGB-Vorsitzende Michael Sommer in seinem Grußwort an die Delegierten den wachsenden Niedriglohn-Sektor und die Zunahme von prekärer Arbeit scharf kritisiert. Massiv versuchten Arbeitgeber, „durch den Missbrauch der Leiharbeit Lohndrückerei zu betreiben und Tarifnormen ad absurdum zu führen". Um das Prinzip „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit" durchzusetzen, müsse der Gesetzgeber handeln: „Ohne eine Änderung des Arbeitnehmerüberlassungsgesetzes geht es nicht." Mit Blick auf die Eurokrise forderte Sommer, den Spekulanten das Handwerk zu legen und mit einer innovativen Industriepolitik und aktiven Beschäftigungspolitik den Menschen Hoffnung und Perspektive zu geben.

„Die IG Metall ist die Innovationsgewerkschaft, die gesellschaftliche Projekte wie den Energiewandel vorantreibt", betonte Berthold Huber in seiner Grundsatzrede „Wir sind auf einem guten Weg", hatte er zwei Tage zuvor den Umbau der IG Metall seit 2009 bilanziert. Die IG Metall wachse wieder und sei richtig aufgestellt. „Wir haben unsere Kräfte gebündelt, um unsere Organisation zu stärken. Schlank und effizient an der Spitze, breit und stark in der Fläche und nah am Betrieb war und bleibt unser Leitmotiv", fasste er zusammen. Nur konsequent wäre es aus seiner Sicht gewesen, den Vorstand von sieben auf fünf Mitglieder zu verkleinern. Ein entsprechender Satzungsantrag verpasste knapp die erforderliche Zweidrittelmehrheit. Huber nahm es gelassen. Es sei für die IG Metall nicht existenziell, wie viele geschäftsführende Vorstände sie habe. Existenziell sei es, Entlassungen zu verhindern, Tarifverträge durchzusetzen und viele Mitglieder zu haben. •

www.igmetall-gewerkschaftstag-2011.de



Foto: IG Metall

Neu im IG Metall-Vorstand: Jürgen Kerner, 42, bisher 1. Bevollmächtigter der IG Metall in Augsburg (links) sowie Christiane Benner, 43, bisher als Teamleiterin „Strategische Personen- und Zielgruppen" u.a. für Angestellte, IT, Frauen- und Gleichstellungspolitik zuständig



Foto: DGB/Ralf Steinle

Auf Einladung der DGB-Jugend und der Friedrich-Ebert-Stiftung haben rund 70 Jugendliche aus 24 Ländern den „Welttag für menschenwürdige Arbeit" am 7. Oktober in Berlin begangen. Unter dem Motto „Menschenwürdige Arbeit für die Jugend – Verloren in der Globalisierung" diskutierten sie weltweite Perspektiven für Gute Arbeit und ein Gutes Leben. Die jungen GewerkschafterInnen unterstützen unter anderem die Kampagne für bessere Arbeitsbedingungen bei T-Mobile USA.

Halbzeitbilanz von Schwarz-Gelb

Auf dem Weg in eine andere Republik

Halbzeit für das Kabinett Merkel II: Seit zwei Jahren, seit dem 28. Oktober 2009, stellen Union und FDP die Bundesregierung. Die sozialpolitische Halbzeitbilanz der Koalition, die der Politikwissenschaftler Prof. Christoph Butterwegge zieht, ist eindeutig: Schwarz-Gelb hat den bereits von den Vorgängerregierungen betriebenen Um- bzw. Abbau des Sozialstaates noch verschärft.



Foto: Markus J. Feger

Prof. Dr. Christoph Butterwegge, 60, lehrt Politikwissenschaft an der Universität Köln.

Den im Titel ihres Koalitionsvertrages „Wachstum – Bildung – Zusammenhalt" erhobenen Anspruch, bei einem Wirtschaftsaufschwung mehr für die Zukunftsperspektiven der jungen Generation zu tun und die gesellschaftliche Kohäsion zu stärken, **haben CDU, CSU und FDP nicht eingelöst.** Vielmehr hat sich die Kluft zwischen Arm und Reich nach Bewältigung der Weltwirtschaftskrise 2008/09 eher vertieft. Wegen der relativ günstigen konjunkturellen Rahmenbedingungen folgte den Hartz-Gesetzen zwar keine „Agenda 2020". Den von ihren Amtsvorgängerinnen betriebenen Um- bzw. Abbau des Sozialstaates setzte die „bürgerliche Wunschkoalition" aber fort und verschärfte ihn besonders im Gesundheitsbereich noch: Zusatzbeiträge für Krankenversicherte in unbegrenzter Höhe und die Verschonung der Arbeitgeber von künftigen Beitragserhöhungen sind Beispiele für die **ausgeprägte Klientelpolitik von Schwarz-Gelb.**

CDU, CSU und FDP trieb vor allem die Sorge um, „Leistungsträger" könnten – auch für ihre Kinder – zu viel Steuern zahlen. Deshalb hoben sie den steuerlichen Kinderfreibetrag auf 7008 Euro an, wohingegen das Kindergeld nur von 164 Euro auf 184 Euro monatlich stieg. Das führte zur **Begünstigung von Bessergestellten und Begüterten:** Während ein Spitzenverdiener mit Kind jährlich 443 Euro Steuern „spart" und ein Normal- oder Geringverdiener 240 EUR mehr Kindergeld erhält, wird die Not einer alleinerziehenden Mutter im Hartz-IV-Bezug kein bisschen gelindert.

„Korrekturen" der Unternehmen- und Erbschaftssteuerreform boten den Vorteil, dass sie von der breiten Öffentlichkeit weniger stark wahrgenommen wurden als Senkungen des Spitzensteuersatzes oder die Abschaffung der Gewerbesteuer, wie sie die FDP forderte. Die schwarz-gelbe Koalition **nahm Regelungen zurück oder weichte sie auf,** die ein drastisches Absinken des Steueraufkommens im Unternehmensbereich durch Finanzmanipulationen der Konzerne verhindern sollten, etwa die Einführung der „Zinsschranke" und der Mindestbesteuerung sowie die zeitweilige Aussetzung der degressiven Abschreibung. Erben von Familienunternehmen wurden durch die Verkürzung der Behaltensfrist und Absenkung der Lohnsumme, die zur Befreiung von der betrieblichen Erbschaftsteuer führt, noch mehr entlastet.

Das auf einer „Sparklausur" geschnürte **„Zukunftspaket" traf hauptsächlich die Sozialleistungsbezieher.** Hartz-IV-Betroffenen wird das Elterngeld seit dem 1. Januar 2011 vorenthalten bzw. auf die Transferleistung angerechnet. Ersatzlos gestrichen wurden der Zuschlag, den es beim Übergang vom Bezug des Arbeitslosengeldes zum Bezug von Arbeitslosengeld II gab, und der Beitrag zur Rentenversicherung, den die Bundesagentur für Arbeit für Hartz-IV-Bezieher entrichtete. Den höchsten Betrag „spart" die schwarz-gelbe Koalition durch eine arbeitsmarktpolitische „Instrumentenreform". Mit ihren Kürzungsmaßnahmen im Bereich der beruflichen Weiterbildung zeigt die Bundesregierung, dass sich ihr Bekenntnis zur „Bildungsrepublik Deutschland" auf Exzellenzbereiche und die **Elitebildung von Privilegierten** beschränkt, aber Erwerbslose nicht einbezieht, obwohl diese angeblich „gefördert und gefordert" werden sollen.

Anstatt die Hartz-IV-Regelsätze mittels einer schlüssigen Methodik neu zu berechnen, nutzte das Arbeitsministerium die durch das Bundesverfassungsgerichtsurteil vom 9. Februar 2010 entstandene Lage für **Gesetzesverschärfungen:** Jetzt können die Bundesländer ihre Kommunen ermächtigen oder verpflichten, die „angemessenen" Kosten für Unterkunft und Heizung per Satzung festzulegen. Mietpauschalen dürften noch mehr Hartz-IV-Empfänger veranlassen, ihre Wohnung in einem gutbürgerlichen Stadtviertel aufzugeben und in eine Hochhaussiedlung am Stadtrand zu ziehen. Wer einer sozialräumlichen Segregation der Armutspopulation auf diese Weise Vorschub leistet, darf sich nicht wundern, wenn es hierzulande demnächst „Jugendunruhen" wie kürzlich in Großbritannien gibt, wo die Gettobildung bereits viel weiter fortgeschritten ist. **Wir sind auf dem Weg in eine andere Republik, und die CDU/CSU/FDP-Koalition ebnet ihn durch ihre unsoziale Politik.** •

Bürgerversicherung ist die Zukunft

Kaum jemand bezweifelt es: Der Sozialstaat ist in einer Krise. In seinem Buch „Krise und Zukunft des Sozialstaates" stellt Christoph Butterwegge in Frage, ob es sich tatsächlich um eine Krise des Sozialstaates handelt oder ob dieser nicht vielmehr Opfer einer Entwicklung ist, deren Ursachen ganz woanders liegen.

Das Buch liefert fundierte Grundlagen, um die Entwicklung des Sozialstaates und die Kontroversen um ihn verstehen zu können. Butterwegge schlägt einen weiten Bogen von den Bismarckschen Sozialgesetzen über die Entwicklung des Wohlfahrtsstaates nach dem Zweiten Weltkrieg bis zum Um- bzw. Abbau in der Gegenwart. Eine solidarische Bürgerversicherung, so sein Plädoyer, ist am ehesten geeignet, das historische Projekt der Gewährleistung sozialer Sicherheit und Gerechtigkeit durch den Staat fortzusetzen.

Daneben erörtert der Autor Alternativen zur gegenwärtigen Arbeitsmarkt-, Wirtschafts-, Finanz-, Steuer- und Familienpolitik. Am 21. Oktober erscheint das Buch in überarbeiteter Auflage – ergänzt u.a. um ein Kapitel zu den Angriffen auf den Sozialstaat unter Schwarz-Gelb.

Christoph Butterwegge, ***Krise und Zukunft des Sozialstaates, 4. überarbeitete und erweiterte Auflage,*** *VS – Verlag für Sozialwissenschaften Wiesbaden 2011, 454 Seiten, 24,90 Euro*

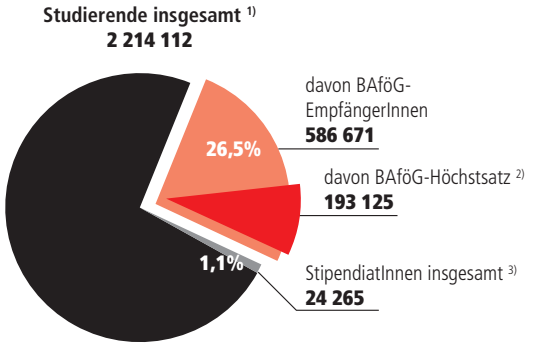
DIES & DAS

die DGB grafik

STUDIENFINANZIERUNG: Stipendien sind die Ausnahme

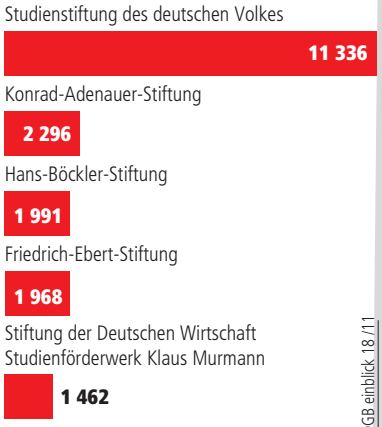
Gerade einmal ein Prozent aller Studierenden erhält ein Stipendium. Das zeigen Zahlen des Statistischen Bundesamtes. Die Mehrheit ist auf die Unterstützung durch die Familie angewiesen oder muss sich das Studium selbst finanzieren. Den BAföG-Höchstsatz von 551 Euro oder mehr bekommen rund 193 000 Studierende – das waren 2010 nicht einmal zehn Prozent aller StudentInnen. Die meisten Stipendien vergibt die Studienstiftung des Deutschen Volkes. Die Hans-Böckler-Stiftung unterstützt rund 2000 Studierende.

Verschiedene Formen von Studienfinanzierung im Jahr 2010



1) Universitäten, Pädagogische Hochschulen, Kunsthochschulen, Fachhochschulen, Verwaltungsfachhochschulen
2) 551 Euro und mehr
3) nur Studienförderung ohne Promotion

StipendiatInnen der fünf größten Begabtenförderungswerke im Jahr 2010



Quelle: Statistisches Bundesamt 2011/eigene Berechnungen

© DGB einblick 18/11

personalien

••• ***Berthold Huber*** (61) ist als Erster Vorsitzender der IG Metall von den Delegierten des 22. Ordentlichen IG Metall-Gewerkschaftstages wiedergewählt worden. Mit 96,2 Prozent ist er im Amt bestätigt worden. Zweiter Vorsitzender der IG Metall bleibt ***Detlef Wetzel*** (58). Er bekam 83,8 Prozent der Stimmen. Die Delegierten bestätigten auch Kassierer ***Bertin Eichler*** (59/97,9 Prozent) sowie die Vorstandsmitglieder ***Helga Schwitzer*** (60/75,1 Prozent) und ***Hans-Jürgen Urban*** (50/82,5 Prozent) im Amt. Neu in den Vorstand gewählt wurden ***Christiane Benner*** (43/88,9 Prozent) und ***Jürgen Kerner*** (42/93,2 Prozent). Nicht mehr kandidiert haben ***Regina Görner*** (61) und ***Wolfgang Rhode*** (60).

••• ***Cornelia Haß*** (39) ist seit 1. Oktober Geschäftsführerin der Deutschen Journalistinnen- und Journalisten-Union (dju) in ver.di. Sie löst ***Ulrike Maercks-Franzen*** (65) ab, die ver.di Ende November aus Altersgründen verlässt. Nachfolgerin von Haß als Pressesprecherin beim ver.di-Bundesvorstand wird zum 1. November ***Christiane Scheller*** (40). Sie war bisher Redakteurin in der ver.di-Internet-Redaktion.

IMPRESSUM *einblick* erscheint vierzehntäglich **Herausgeber:** DGB **Verlag:** Graewis Verlag GmbH **GeschäftsführerInnen:** Anne Graef, Dr. Peter Wilke **Redaktion:** Anne Graef (verantw.), Sebastian Henneke **Redaktionelle Mitarbeit:** Udo Böhlefeld, Birgit Böhret, Gunter Lange, Luis Ledesma, Silviu Mihai **Redaktionsanschrift:** Wallstraße 60, 10179 Berlin, Tel. 030/3088 24-0, Fax 030/3088 24 20, Internet: www.einblick.dgb.de, E-Mail: redaktion@einblick.info **Anzeigen:** Bettina Mützel, Tel. 030/859946-240, Fax 030/859946-100, E-Mail: bettina.muetzel@berlin.de **Layout:** zang.design **Infografik:** Klaus Niesen **Druck und Vertrieb:** PrintNetwork Berlin **Abonnements:** Änderungen schriftlich an Redaktion *einblick* (Adresse s.o.)
Nachdruck frei für DGB und Gewerkschaften bei Quellenangabe und zwei Belegexemplaren. Alle Anderen nur nach schriftlicher Genehmigung durch den Verlag. Nachdruck von namentlich gezeichneten Artikeln nur nach Genehmigung durch Verlag und Autor.

14 TAGE

mehr Infos: www.einblick.dgb.de

17.10. Internationaler Tag zur Beseitigung von Armut

18.-21.10. ILO u.a., Konferenz „32. Internationaler Kongress für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin (A+A) Sicherheit, Gesundheit, Ergonomie", Düsseldorf

19.10. DGB, GEW und ver.di, Fachtagung: „Wo bleibt die Bildungsrepublik?", Berlin

19.10. DGB Jugend, Workshop „Ansprache von dual Studierenden durch Gewerkschaften", Berlin

19.10. DGB Jugend NRW, Diskussion „Wie willst du leben?", Düsseldorf

24.10. DGB, Workshop „Arbeitszeiten familienbewusst gestalten!", Berlin

25.10. DGB-Bezirk Baden-Württemberg, Symposium „Leiharbeit – Perspektiven in einer Boombranche", Stuttgart

27.-29.10. Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung (IMK), Internationale Fachtagung „From crisis to growth? The challenge of imbalances, debt, and limited resources", Berlin

29.10. DGB Jugend Berlin-Brandenburg, Aktion „Halloween Party 2011", Berlin

29.10.-4.11. DGB Jugend Bayern, Seminar „Gegen das Vergessen – Gedenkstättenfahrt nach Auschwitz", Auschwitz

3.11. DGB Niedersachsen – Bremen – Sachsen-Anhalt, Fachtagung „Wohlstand ohne Wachstum – Wirtschafts- und Umweltpolitik im Spannungsfeld Arbeit, Produktion und Ökologie", Hannover

Schlusspunkt.

„Wir haben kein Programm, wir haben ein Betriebssystem."

Marina Weisband, Bundesvorstandsmitglied der Piratenpartei, erklärte JournalistInnen am 5. Oktober, was die Piratenpartei ausmacht.

URTEILE

Hartz IV

Kein Geld für Ersatzbeschaffung

Das Jobcenter ist nicht verpflichtet, die Kosten für einen neuen Kühlschrank zu übernehmen, nur weil dieser weniger Energie verbraucht als der ältere, noch funktionsfähige Kühlschrank.

Der Fall: Der arbeitslose Bezieher von Hartz-IV ist im Besitz eines älteren, voll funktionstüchtigen Kühlschranks. Er beantragte die Übernahme der Kosten für einen neuen Kühlschrank. Das Jobcenter lehnte den Antrag ab. Es handle sich um eine Ersatzbeschaffung, die von der Regelleistung zu bestreiten sei. Hiergegen richtete sich die Klage, zu deren Begründung der Arbeitslose geltend machte, der beantragte Kühlschrank verbrauche deutlich weniger Energie als sein alter Kühlschrank. Er habe Anspruch auf Haushaltsgeräte der Energieeffizienzklasse A+, weil die Pauschale für Haushaltsenergie dementsprechend berechnet werde. Die Klage blieb ohne Erfolg.

Das Sozialgericht: Der Arbeitslose hat keinen Anspruch auf die Kostenübernahme für einen energieeffizienteren Kühlschrank. Es handelt sich bei diesem Austausch nicht um eine Erstausstattung, es sei vielmehr eine Ersatzbeschaffung. Eine darlehensweise Übernahme der Kosten scheitert am fehlenden unabweisbaren Bedarf.

Sozialgericht Stuttgart,
Urteil vom 28. März 2011 - S 25 AS 8172/10

Sozialhilfe

Keine Leistung für Deutsche im Ausland

Ein in Thailand lebender Deutscher hat keinen Anspruch auf deutsche Sozialhilfe wegen der Pflege und Erziehung seiner Tochter.

Der Fall: Ein seit 1995 mit kurzen Unterbrechungen in Thailand lebender Deutscher hatte beim deutschen Sozialhilfeträger Sozialhilfe wegen der Pflege und Erziehung seiner 2000 geborenen Tochter beantragt. Die Tochter lebe bei ihm, spreche die deutsche Sprache nicht und werde im buddhistischen Glauben erzogen. Die Kindesmutter kümmere sich nicht um die Tochter. Er sei sich mit dieser aber einig, dass ein Umzug der Tochter nach Deutschland nicht in Betracht komme. Er könne nicht aus eigenen Mitteln für den Lebensunterhalt sorgen und habe bereits die Goldinlays seiner Zähne verkauft, um an Geld zu kommen. Der Sozialhilfeträger lehnte den Anspruch ab. Das dagegen eingelegte Rechtsmittel hatte keinen Erfolg.

Das Landessozialgericht: Deutsche, die ihren gewöhnlichen Aufenthalt im Ausland haben, erhalten keine Leistungen der Sozialhilfe. Eine Ausnahme wird nur dann gemacht, wenn eine außergewöhnliche Notlage unabweisbar ist und darüber hinaus aus bestimmten, im Gesetz aufgeführten Gründen, eine Rückkehr nach Deutschland zur Behebung der Notlage nicht möglich ist. Der Antragsteller hat jedoch nicht nachgewiesen, dass eine solche Notlage besteht. Er hat unterschiedliche Angaben darüber gemacht, bis wann er wovon seinen Lebensunterhalt in Thailand tatsächlich verdient hat. Entsprechendes gilt für das behauptete Verhalten der Kindesmutter gegenüber der Tochter. Angesichts dieser Widersprüche ist die behauptete Notlage nicht glaubhaft gemacht. Dabei ist aber nicht verkannt worden, dass angesichts der Auswirkungen einer ablehnenden Entscheidung sowie der besonderen Schwierigkeiten, Belege über die bestehende Hilfebedürftigkeit in Thailand zu beschaffen, die Anforderungen an die Glaubhaftmachung nicht überspannt werden dürften.

Landessozialgericht Baden-Württemberg,
Beschluss vom 27. Juni 2011 - L 2 SO 2138/11 ER-

Lebenspartnerschaft

Auch Anspruch auf Familienzuschlag

Einem Beamten, der in eingetragener gleichgeschlechtlicher Partnerschaft lebt, steht der Familienzuschlag rückwirkend ab Juli 2009 zu. Zu diesem Zeitpunkt wurde in der Bundesrepublik Deutschland die Ungleichbehandlung von Ehen und eingetragenen gleichgeschlechtlichen Partnerschaften gerichtlich untersagt.

Hessischer Verwaltungsgerichtshof,
Urteil vom 28. September 2011 – 1 A 2381/10

Polizeidienst

Info an Straftäter kostet den Job

Ein Polizeibeamter, der einen wegen Vergewaltigung und versuchtem Totschlag gesuchten Täter von dem bevorstehenden Festnahmeeinsatz informiert und ihm Zuflucht gewährt, begeht ein schweres Dienstvergehen. Ein derartiges schweres Dienstvergehen macht in aller Regel eine Entfernung aus dem Dienst erforderlich.

Verwaltungsgericht Wiesbaden,
Urteil vom 24. August 2011 – 28 K 157/10.WI.D

Gesetzliche Unfallversicherung

Geringfügige Hilfe ist nicht geschützt

Arbeitnehmer sind während ihrer Arbeit gesetzlich unfallversichert. Dies gilt auch für Personen, die wie Arbeitnehmer tätig sind. Geringfügige und selbstverständliche Hilfe aus Gefälligkeit steht hingegen nicht unter dem Schutz der gesetzlichen Unfallversicherung.

Hessisches Landessozialgericht,
Urteil vom 28. Juni 2011 - L 3 U 134/09

Finanzgerichte

Klage muss Unterschrift tragen

Wer Klage bei einem Finanzgericht erhebt, muss die entsprechende Klageschrift eigenhändig unterschreiben. Eine Klageerhebung per E-Mail ist nur zulässig, wenn das betreffende Bundesland dies erlaubt und eine qualifizierte digitale Signatur beigefügt wird.

Bundesfinanzhof,
Beschluss vom 26. Juli 2011 - VII R 30/10

Detektivkosten

Sind vom Arbeitgeber zu tragen

Lässt ein Arbeitgeber einen seiner Mitarbeiter bespitzeln, kann er nicht automatisch davon ausgehen, dass er von dem Arbeitnehmer die Detektivkosten ersetzt bekommt. Das gilt vor allem, wenn die Höhe der Detektivkosten in keinem angemessenen Verhältnis zum befürchteten Schaden steht.

Landesarbeitsgericht Hamm,
Urteil vom 20. Juli 2011 - 4 Sa 322/11

einblick
gewerkschaftlicher Info-Service vom 31.10.2011 19/11

DGB

inhalt

Seite 3
In der Warteschleife
Das Thema Mindestlohn scheint endlich bei Schwarz-Gelb angekommen zu sein. Trotzdem warten drei Mindestlohn-Tarifverträge darauf, allgemeinverbindlich erklärt zu werden

Seite 5
Erfolgreiche Tarifarbeit
Bedingungsgebundene Gewerkschaftsarbeit nennt ver.di einen neuen Ansatz, um Beschäftigte in die Tarifarbeit einzubinden. Mit großem Erfolg, wie Beispiele aus dem Gesundheitsbereich zeigen

Seite 7
Das Phantom
Fachkräftemangel ist das große Sorgenthema von Arbeitgebern, Politik und Medien. Doch was ist dran? Der Statistik-Professor Gerd Bosbach hakt nach

Finanzmarktkrise

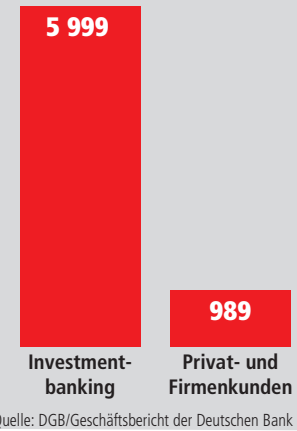
Banken regulieren – Arbeitsmarkt stärken

Der Deutsche Bundestag hat der Hebelung des Euro-Rettungsschirms EFSF zugestimmt. Der Hebel, sozusagen eine Versicherungslösung für eine robustere Ausgestaltung des Rettungsschirms, ist für den DGB nur zweite Wahl. Die Gewerkschaften hatten sich bereits im Vorfeld für die von Frankreich geforderte Variante einer Bankenlizenz für den erweiterten Rettungsschirm ausgesprochen. Über diesen Weg könnte ein einheitlicher Markt für Staatsanleihen geschaffen werden. Vorstandsmitglied Claus Matecki hält es für „die einzige Möglichkeit, jetzt Ruhe in die Eurozone zu bringen".

Vor den Verhandlungen von Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) auf dem Krisengipfel der Euroländer in Brüssel erinnert der DGB noch einmal daran, die ArbeitnehmerInnen und ihre Rechte nicht zu vergessen. Michael Sommer wandte sich in einem Schreiben an die Bundestagsfraktionen: Eine soziale Schutzklausel soll in den Brüsseler Beschluss aufgenommen werden. Der Europäische Rat müsse sicherstellen, dass „die Europäische Grundrechtecharta gewahrt und das Sozialstaatsgebot und die Tarifautonomie nicht angetastet werden". Der Druck auf soziale Sicherheitssysteme „gefährdet den sozialen Frieden in Deutschland und Europa", warnt der DGB.

Die Geschäfte der Deutschen Bank

Gewinn-/Verlustbeitrag vor Steuern 2010 (in Millionen Euro)



Quelle: DGB/Geschäftsbericht der Deutschen Bank

Das «Kerngeschäft» hat sich eindeutig verschoben: Die Deutsche Bank verlieh 2010 nur noch 4,1 Prozent ihrer Bilanzsumme an die Realwirtschaft – die restlichen 86 Prozent kamen aus spekulativen Investmentgeschäften.

Denn mit der Krise wächst auch die Gefahr in der Realwirtschaft. Bereits auf dem G20-Arbeitsministertreffen im September in Paris, erneuerte der DGB-Vorsitzende und IGB-Präsident die Forderung, den Arbeitsmarkt bei allen Entscheidungen im Blick zu behalten. Die einhellige Erwartung der Gewerkschaften weltweit heiße, „die Arbeitsplätze in den Mittelpunkt der Krisenbewältigung zu rücken", erinnerte Sommer die Politiker. Es gelte, das Wachstum in allen Euroländern zu fördern, Beschäftigung zu sichern und die Gemeinschaftswährung Euro zu stabilisieren. Von der deutschen Regierung erwartet der DGB auch nationale Voraussicht. Dazu gehöre, dass sie „die notwendigen Instrumentarien" – wie beispielsweise die Kurzarbeiterregelung – bereithalte, um schnell reagieren zu können.

Bislang, so der DGB, haben sich die Politiker mit ihren Rettungsschirmen nur Zeit gekauft, an den strukturellen Problemen habe sich hingegen nichts verändert. Zu diesen Problemen zählen die Banken. Ihr Kerngeschäft ist in erster Linie die Kreditvergabe für die Realwirtschaft sowie das Privatkundengeschäft. Der Weg zurück aus dem Kasino-Kapitalismus führt für den DGB deshalb nur über eine stärkere Regulierung der Finanzmärkte. Michael Sommer hält es für „ein Alarmsignal", auf das die Politiker achten sollten, wenn weltweit Tausende junger Menschen auf den Straßen gegen die Banken und ihr Geschäftsverhalten protestierten. •

plusminusBERLIN

+ ***Das Familienpflegegesetz der Regierungskoalition kommentiert die stellvertretende SPD-Vorsitzende Manuela Schwesig: „Dieses Gesetz ist allenfalls ein Nischenangebot für Besserverdiener."***

– ***Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion ist sich sicher, das Gesetz zur Familienpflege sei „besonders arbeitnehmerfreundlich ausgestaltet", sagt zumindest ihre familienpolitische Sprecherin Dorothee Bär.***

Der Surf-Tipp fürs Internet

www.facebook.com/OccupyFfM
Facebook-Gruppe der Occupy-Bewegung für Frankfurt am Main

Hintergrund

www.einblick.dgb.de/hintergrund
„Verkehrte Bankenwelt": DGB-Newsletter „klartext" zum Thema Finanzkrise

Bildungsgipfel

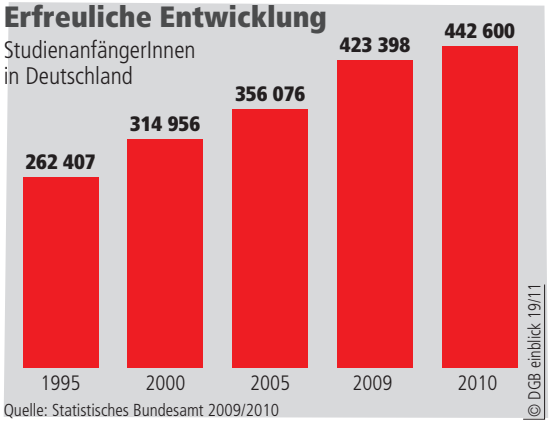
Ziele bislang verfehlt

Vor drei Jahren – im Oktober 2008 – klang alles nach Aufbruch. Auf dem Dresdner Bildungsgipfel rief Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) die „Bildungsrepublik Deutschland" aus. Der DGB ließ nun prüfen, wie weit das Land in den letzten drei Jahren gekommen ist. Das Fazit ist ernüchternd. Für die stellvertretende DGB-Vorsitzende Ingrid Sehrbrock ist die Bildungsrepublik eine „Fata Morgana". Der Bildungsforscher Klaus Klemm, der die Studie erarbeitete, bilanziert kritisch: Bei fünf von sechs Zielen laufe die Umsetzung schleppend oder mit kaum wahrnehmbaren Fortschritten.

Das beginnt mit der Steigerung der Bildungsausgaben auf zehn Prozent des Bruttoinlandsprodukts. Erreicht wurden bislang 8,7 Prozent. Die versprochenen Krippenplätze für unter Dreijährige decken 2009/2010 gerade mal einen Bedarf von 25 Prozent. Bis zu den anvisierten 35 Prozent im Jahr 2013 ist es noch ein langer Weg (siehe auch Seite 8). Die angestrebte Halbierung der Anzahl junger Menschen ohne Schulabschluss ist für Klemm „nicht einmal ansatzweise erkennbar". Die Zahl sank zwischen 2000 und 2009 um 2,4 Prozent auf sieben Prozent. Für den Wissenschaftler heißt das, die angestrebten vier Prozent können „in absehbarer Zeit" nicht erreicht werden.

Eine weitere Senkung um 50 Prozent sollte bei den fehlenden Berufsabschlüssen geschafft werden. Das bisherige Ergebnis: negativ. Die Quote verharrt auf dem gleichen Level wie 2008 bei 17,2 Prozent. Das Ziel, bis 2015 auf 8,5 Prozent zu kommen, hält der Bildungsexperte für „ausgeschlossen". Die Ergebnisse für die Weiterbildung konnte der Wissenschaftler „mangels statistischer Grundlagen" nicht überprüfen. Bleibt als einzige Erfolgsmeldung die steigende Zahl der Studierenden. Bei den StudienanfängerInnen wurde das anvisierte Ziel von 40 Prozent bereits überschritten. Im Jahr 2010 waren es 46 Prozent. Der Nachteil dieser erfreulichen Entwicklung ist allerdings, dass bei der Ausbauplanung der Hochschulen ein solcher Anstieg nicht berücksichtigt wurde.

Für Ingrid Sehrbrock, aber auch für den ver.di-Vorsitzenden Frank Bsirske und seinen GEW-Kollegen Ulrich Thöne ist klar, es muss deutlich mehr Geld in die Bildung fließen, wenn aus der Bundesrepublik tatsächlich eine Bildungsrepublik werden soll. •



Quelle: Statistisches Bundesamt 2009/2010

Die positive Steigerung hat einen bitteren Nachgeschmack: Schon heute sind die Hochschulen kaum in der Lage, den StudienanfängerInnen auch adäquate Lernbedingungen zu bieten.

DGB-Umfrage

Rentenbeitrag nicht absenken

Das Ergebnis ist eindeutig: 79 Prozent der Deutschen würden auf eine Minderung des Rentenbeitrages verzichten, wenn die Überschüsse stattdessen für die Bekämpfung der Altersarmut eingesetzt würden. Annelie Buntenbach, DGB-Vorstandsmitglied, sieht in diesem Ergebnis eine Bestätigung der Gewerkschaftslinie. Im Gegensatz zur Bundesregierung, die die überschüssigen Mittel in eine Beitragsreduzierung stecken will, fordert der DGB die finanziellen Spielräume besser zu nutzen und mit dem Geld die Altersarmut wirksam zu bekämpfen.

Die Umfrage, die das Meinungsforschungsinstitut forsa für den DGB durchführte, zeigt, dass selbst die Anhänger von CDU/CSU mehrheitlich gegen geringere Rentenbeiträge sind. 71 Prozent der Unionsanhänger halten die Altersarmut für das größere Problem. Ähnlich die Anhänger der FDP (64 Prozent). Für Buntenbach ist dies ein klares Signal an die Bundesregierung, ihre Pläne noch einmal zu überdenken. •

Bundesregierung

Schwache Halbzeitbilanz

„Für eine Koalition, die regieren will, gäbe es noch viel zu tun." Der DGB-Vorsitzende Michael Sommer zieht eine kritische Halbzeitbilanz der schwarz-gelben Regierungskoalition. Viel wurde nicht erreicht in den vergangenen zwei Jahren. Ohnehin hätten der DGB und die Gewerkschaften nicht allzu viel von einer „konservativ-liberalen Bundesregierung" erwartet. „Es ist den Koalitionären nicht gelungen, den Regierungszug richtig auf die Schiene zu setzen, geschweige denn in Fahrt zu bringen", kritisiert der DGB-Vorsitzende.

Zwar stehe auf der Habenseite der Mindestlohn für das Bewachungsgewerbe, dies sei aber eine der wenigen positiven Ausnahmen. Immerhin hätten sich auch Befürchtungen nicht realisiert. Massive Angriffe auf die Rechte der Beschäftigten seien ausgeblieben. Dennoch sind die Defizite groß. Sommer erwartet, dass Schwarz-Gelb in der verbleibenden Regierungszeit unter anderem den gesetzlichen Mindestlohn und gleichen Lohn für gleiche Arbeit in der Leiharbeit umsetzt. Der DGB-Vorsitzende fordert zudem, dass endlich die Finanztransaktionssteuer eingeführt wird und die Finanzmärkte „festen Regeln unterworfen werden". Weitere Punkte sind die überfällige Reform der Pflegeversicherung und eine zielführende politische Gestaltung der beschlossenen Energiewende. •

Lebensmittel

Spekulation beenden

„Es geht doch", stellt der NGG-Vorsitzende Franz-Josef Möllenberg befriedigt fest und verweist auf einen Vorstoß der amerikanischen Börsenaufsicht CFTC. Sie hat einen Entwurf vorgelegt, der die Spekulation mit Rohstoffen einschränkt. Die EU-Kommission signalisierte ebenfalls Handlungsbereitschaft. Allerdings in sehr kleinen Schritten. Und nachdem die Verbraucherorganisation Foodwatch in einem aktuellen Report der Deutschen Bank vorwarf, auf „ Kosten der Ärmsten mit Lebensmittel" zu spekulieren, versprach auch Deutsche-Bank-Chef Josef Ackermann, zumindest die Sachlage zu prüfen.

Nun wäre die Bundesregierung an der Reihe ebenfalls aktiv zu werden, fordert die NGG. Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) solle das Thema Rohstoffspekulation zur „Chefsache" erklären und „die Regulierung, beispielsweise durch Mengenbegrenzung der Kontrakte, auch in der Europäischen Union" vorantreiben. Auch in Deutschland gibt es zunehmend Kritik in Medien und Gesellschaft an Spekulanten, die auf Lebensmittel setzen und die Preise in die Höhe treiben. •

Mindestlohn

In der Warteschleife

Das Thema Mindestlohn ist endlich auch bei Schwarz-Gelb angekommen. Trotzdem warten drei Mindestlohn-Tarifverträge darauf, allgemeinverbindlich erklärt zu werden. Einige CDU-Landesverbände positionieren sich derweil zum gesetzlichen Mindestlohn.

Drei Branchen verfügen aktuell über Mindestlohn-Tarifverträge, die allerdings von der Bundesregierung nicht allgemeinverbindlich umgesetzt werden. Dies sind berufliche Weiterbildung, das Steinmetzhandwerk sowie die Forstlichen Dienstleistungen.

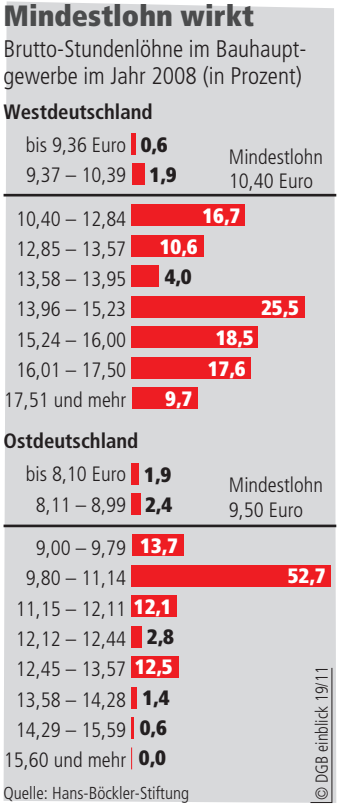
Harald Schaum, IG BAU-Vorstandsmitglied und zuständig für den Bereich Forst, erklärt: „Wir haben gemeinsam mit den Arbeitgebern einen Tarifvertrag für Arbeitnehmer bei forstlichen Dienstleistern ausgearbeitet und beim Bundesarbeitsministerium beantragt, diesen allgemeinverbindlich zu erklären." Eigentlich sollte der Mindestlohn von 10,52 Euro ab dem 1. Dezember 2010 gelten. Schaum kritisiert: „Getan hat sich allerdings nichts. Seitdem warten die rund 22 000 Beschäftigten bei den forstlichen Dienstleistern auf die Lohnuntergrenze." Er betont, dass es ihm nicht nur um ein Mindestmaß an finanzieller Sicherheit für die ForstarbeiterInnen geht, sondern dass auch der in den vergangenen Jahren fortwährende Preiskampf in der Forstarbeit gestoppt werden muss. Politik und Auftraggeber müssten endlich einsehen, dass der Preiskampf nicht nur zu Lasten der Beschäftigten gehe, sondern letztendlich das Ökosystem Wald bedrohe. „Arbeitsministerin Ursula von der Leyen ist in der Pflicht, den Tarifvertrag endlich in den Geltungsbereich des Arbeitnehmerentsendegesetzes aufzunehmen." Beschäftigte im Wald verdienten für ihre körperlich belastende und ökologisch verantwortungsvolle Arbeit fairen Lohn, so Schaum.

Für Unternehmen der Weiterbildungsbranche, die im Auftrag der Bundesagentur Arbeitslose qualifizieren, liegt ein Mindestlohn-Tarifvertrag bereits seit 2009 vor – ausgehandelt zwischen ver.di, der GEW und dem Bundesverband der Träger beruflicher Bildung (BBB). Ein damals gestellter Antrag beim Bundesarbeitsministerium (BMAS) auf Allgemeinverbindlicherklärung wurde abgelehnt. Die Begründung: „mangelndes öffentliches Interesse". Die Tarifvertragsparteien haben nun einen neuen Antrag gestellt. Renate Singvogel, zuständig für Weiterbildung beim ver.di-Bundesvorstand, erklärt: „Nach Inkrafttreten der ‚Hartz'-Reformen mussten die Maßnahmen von der Bundesagentur für Arbeit (BA) ausgeschrieben werden, weshalb in diesem Bereich ein geradezu ruinöser Wettbewerb entfacht wurde. Den Zuschlag bekam meistens der Billigste." Die Folge: Niedriglöhne und prekäre Arbeitsbedingungen. Durch einen allgemeinverbindlich erklärten Branchen-Mindestlohn würde das Tarifgefüge stabilisiert und dem Lohndumping Einhalt geboten, so Singvogel. GEW-Vorstandsmitglied Ilse Schaad fordert: „Wir erwarten von der Politik, dass sie unseren Mindestlohntarifvertrag baldmöglichst für allgemeinverbindlich erklärt." Im November tagt der Tarifausschuss beim BMAS. Sollte sich hier wieder keine Mehrheit für die Allgemeinverbindlichkeit finden, kann diese nur noch per Rechtsverordnung durch die Bundesregierung erfolgen.

Derweil befassen sich die Landesverbände der CDU mit dem Thema gesetzlicher Mindestlohn. Der Anlass: Auf dem CDU-Bundesparteitag vom 13. bis 15. November entscheiden die Delegierten über einen Antrag der Christlich-Demokratischen Arbeitnehmerschaft (CDA). Dieser fordert die Einführung eines gesetzlichen Mindestlohnes in Deutschland, der sich am Tarifabschluss für die Zeitarbeit orientiert.

Die Mindestlohn-Befürworter erhalten dabei Unterstützung durch einen Bericht der Bundesregierung. Dieser belegt: Die bestehenden gesetzlichen Mindestlöhne vernichten weder Arbeitsplätze, noch verzerrten sie den Wettbewerb. DGB-Vorstandsmitglied Claus Matecki kommentiert: „Nun haben es die Mindestlohn-Skeptiker schwarz auf weiß: Mindestlöhne sind kein Teufelszeug, sondern ein Gebot sozialer und ökonomischer Vernunft. Mindestlöhne bedeuteten eine Win-Win Situation". Der DGB appelliert daher an die Koalitionsparteien auf ihren Parteitagen nun endlich den Weg freizumachen für gesetzliche Mindestlöhne nicht unter 8,50 Euro pro Stunde. •

www.netzwerk-weiterbildung.info



Eine WSI-Studie zeigt, der Mindestlohn am Bau wird nur in wenigen Fällen unterschritten. 1997 wurde der erste Mindestlohn-Tarifvertrag allgemeinverbindlich erklärt.

Wald und Arbeit

Die IG BAU fordert bessere Arbeitsbedingungen für die Beschäftigten im Forst. In der Frankfurter Erklärung „Menschen für Wälder" nimmt die Gewerkschaft Politik, Wirtschaft und Waldbesitzer in die Pflicht. IG BAU-Vorstandsmitglied Harald Schaum betont: „Ein gesunder Wald ist keine Selbstverständlichkeit. Wir verdanken ihn dem Einsatz hochqualifizierter und verantwortungsvoll handelnder Fachleute."

Für die Forstbeschäftigten fordert die IG BAU die Beachtung der Qualitätsstandards und der tarifvertraglichen Bestimmungen, die Umsetzung des bereits vor einem Jahr vereinbarten Mindestlohns durch die Bundesregierung, die Förderung des Nachwuchses sowie Bedingungen, die ein Arbeiten bis zur Rente ermöglichen.

Darüber hinaus müsse die Forstwirtschaft die Balance halten zwischen Wirtschafts- und Beschäftigteninteressen, dem Naturschutz und der Landschaftsgestaltung. Gute Arbeitsbedingungen und sichere Zukunftsperspektiven seien keine Luxusforderung, sondern müssten eine Selbstverständlichkeit sein, so Schaum. Die IG BAU unterstützt mit ihrer Erklärung das von den Vereinten Nationen ausgerufene „Internationale Jahr der Wälder".

Mehr dazu:
www.einblick.dgb.de/hintergrund

GEWERKSCHAFTEN

Otto-Brenner-Stiftung

Preise für die Presse

Seit sieben Jahren würdigt die Otto-Brenner-Stiftung kritischen Journalismus mit dem Otto-Brenner-Preis. In diesem Jahr geht die renommierte Auszeichnung an Volker ter Haseborg und Lars-Marten Nagel, Autorenduo des *Hamburger Abendblatt*, für ihre Berichterstattung über die Wohnungsgesellschaft Gagfah. 10 000 Euro erhalten sie für den ersten Platz. Mit 5000 Euro Preisgeld wird eine Recherche zur HSH Nordbank ausgezeichnet, die im *Spiegel* erschien. Die Autoren sind Jürgen Dahlkamp, Gunther Latsch und Jörg Schmitt. Den dritten Preis und 3000 Euro erhält Ursel Sieber für ihr Buch „Gesunder Zweifel" über die Selbstbedienungspraktiken der Medizinindustrie. Mit 10 000 Euro ist der „Spezialpreis" dotiert, der an Kaja Thimm für ihren *Spiegel*-Artikel „Vaters Zeit" zum Thema Pflegebedürftigkeit geht. Bei der Preisverleihung am 22. November in Berlin wird zudem Jonathan Stock ausgezeichnet. Er erhält den „Newcomerpreis" und 2000 Euro für „Peters Traum" in der *Allgemeinen Frankfurter Sonntagszeitung*. Zur Jury gehören neben dem IG Metall-Vorsitzenden Berthold Huber renommierte JournalistInnen. Festredner bei der Verleihung ist Bundestagspräsident Norbert Lammert (CDU). Die Stiftung verbindet die Preisverleihung mit einer medienpolitischen Tagung. •

www.otto-brenner-stiftung.de



Foto: Frank Walensky-Schweppe

Ausgezeichnet wurden die PreisträgerInnen im alten Plenarsaal des Deutschen Bundestages in Bonn.

Deutscher Betriebsräte-Preis

Engagiert und erfolgreich

Gold gab es für die Betriebsräte des Flugzeugbauers Airbus Operations GmbH: Sie kamen auf den ersten Rang bei der jährlichen Auszeichnung „Deutscher Betriebsräte-Preis". Den Hamburgern gelang es, mit ihrem „Engeneering-Forum" hochqualifizierte Beschäftigte aus dem Bereich Forschung und Entwicklung in die betriebliche Interessenvertretung einzubinden, begründete die Jury ihre Entscheidung. Silber ging an den Gesamtbetriebsrat der Mainzer Schott AG für sein Demografie-Projekt und die daraus resultierenden Betriebsvereinbarungen. Für die InteressenvertreterInnen bei Risse + Wilke Kaltband in Iserlohn gab es Bronze. Sie schafften es, zahlreiche MitarbeiterInnen aus einer im Krisenjahr 2009 gegründeten Beschäftigungsgesellschaft wieder zurück in den Betrieb zu holen.

Der Preis wird jährlich von der Zeitschrift *Arbeitsrecht im Betrieb* verliehen. Schirmherrin ist Bundesarbeitsministerin Ursula von der Leyen. Sie sorgte für die einzige negative Nachricht bei der Preisverleihung: Weder sie noch ihre Vertretung, Staatssekretär Ralf Brauksiepe (CDU), waren erschienen. DGB-Vorstandsmitglied Dietmar Hexel hatte wenig Verständnis für diese Entscheidung: Vor dem Hintergrund der guten Arbeit von vielen Betriebsräten in der Krise „empfinden wir ein solches Verhalten als Brüskierung", erklärte er – vor allem, weil sie vorab ihre Teilnahme zugesagt habe. •

Mehr Infos, auch zur Ausschreibung für den Preis 2012:
www.deutscherbetriebsraetepreis.de

Schöneberger Forum 2011

Fataler Sparkurs

Der DGB lädt gemeinsam mit der Fachzeitschrift *Der Personalrat* zum 14. Schöneberger Forum ein. Unter dem Motto „Ausgebremst! Der öffentliche Dienst vor dem Kollaps" werden BeamtInnen, Personalräte, GewerkschafterInnen und PolitikerInnen über die Zukunft des öffentlichen Dienstes diskutieren. So sollen in verschiedenen Foren die aktuelle Steuerpolitik, das Sparpaket sowie die defizitäre finanzielle Lage der öffentlichen Haushalte analysiert und Perspektiven erörtert werden. Das Schöneberger Forum findet am 15. und 16. November im Rathaus Berlin-Schöneberg statt. •

www.schoeneberger-forum.de

interregio

••• Der ***DGB-Bezirk Nord*** hat die Bildung eines ***neuen Ministeriums für Arbeit, Soziales und Gleichstellung*** in Mecklenburg-Vorpommern begrüßt. Der DGB-Bezirksvorsitzende Uwe Polkaehn betont: „Die Bündelung von sozialer Kompetenz und arbeitsmarktpolitischer Verantwortung in einem Ministerium kann neue landespolitische Impulse auslösen." Er kündigt an: „Wir werden darauf drängen, eine eigenständige Arbeitsmarktpolitik des Landes zu initiieren." Der DGB sieht Chancen, den Menschen in den Mittelpunkt der politischen Entscheidungen zu stellen und damit den Interessen der ArbeitnehmerInnen und der Wirtschaft noch besser dienen zu können. Mit der Ansiedelung der Gleichstellungspolitik im Ministerium ließen sich Arbeitswelt und Gleichstellungspolitik enger miteinander verzahnen, so der DGB. Mehr Frauen in Führungspositionen, bessere Vereinbarkeit von Berufs- und Familienleben, höhere Entlohnung für Frauen und Beseitigung prekärer Beschäftigungsverhältnisse, die Frauen besonders hart treffen – diese Themen seien im fachlich verantwortlichen Arbeits- und Sozialministerium gut verortet, so der DGB-Nord.

http://nord.dgb.de

••• Der ***DGB-Bezirk Hessen-Thüringen*** hat gemeinsam mit dem Verein für Wanderarbeiterfragen (EVW) eine ***Beratungsstelle für Beschäftigte aus Ost- und Mitteleuropa*** in Frankfurt am Main eröffnet. Hintergrund: Seit 1. Mai 2011 können Bürger aus fast allen Ländern der EU in Betrieben hierzulande einer Beschäftigung nachgehen (*einblick 18/2011*). Dadurch entsteht Beratungsbedarf über Rechte und Pflichten. Neuzuwanderer aus Mittel- und Osteuropa erhalten kostenlosen Rat und Unterstützung in vier Sprachen, unter anderem in Polnisch und Rumänisch.

www.dgb.de/fairmobil

ver.di-Fernsehpreis

Zwei Filme ausgezeichnet

Für sein Drehbuch zum Film „Am Ende kommen die Touristen" erhält Robert Talheim den mit 7500 Euro dotierten ver.di-Fernsehpreis. Ebenfalls 7500 Euro gehen an Aelrun Goette für die Regie des Films „Keine Angst". Die Auszeichnung erhielten sie Ende Oktober in Lübeck. ver.di vergibt diesen Preis jährlich für Filme, die „zeit- und gesellschaftspolitische Stoffe behandeln und geeignet sind, die politische Bildung zu vertiefen". •

www.verdi.de

ver.di-Gewerkschaftsarbeit

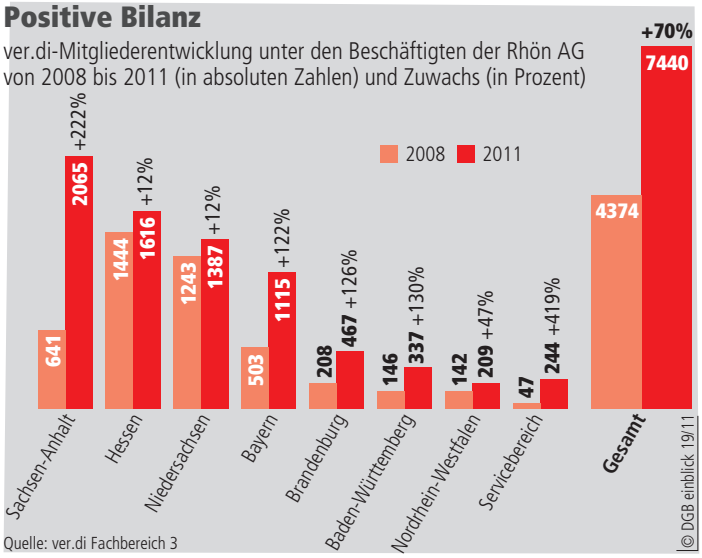
Die Beschäftigten bestimmen selbst

Mit der bedingungsgebundenen Gewerkschaftsarbeit schlägt ver.di neue Wege ein, um mehr Beschäftigte zu mobilisieren. Im Gesundheitsbereich ist diese Strategie erfolgreich. einblick zeigt, was dahinter steckt.

Die Kurve zeigt kontinuierlich nach oben. Von Januar 2010 bis Mai 2011 hat sich der Organisationsgrad unter den Beschäftigten der Wirtschafts- und Logistikgesellschaft des St. Georg Klinikums in Leipzig auf rund 50 Prozent erhöht. Die anfänglich vier ver.di-Mitglieder samt den hauptamtlichen KollegInnen haben vor Ort ganze Arbeit geleistet. 104 der 210 Beschäftigten sind nun ver.di-Mitglied. Und: Sie sind durchsetzungsstark. Das musste nun auch der Arbeitgeber nach mehreren Warnstreiks erkennen. Seit Herbst 2011 sitzt er nun mit am Verhandlungstisch, um einen Entgelttarifvertrag auszuarbeiten. Ein Vorgang, dem er sich bis dahin hartnäckig verweigert hat.

Bedingungsgebundene Gewerkschaftsarbeit nennt Oliver Dilcher, Tarifsekretär beim ver.di-Bundesvorstand, diesen erfolgreichen Ansatz. Er erklärt, warum so viele Krankenhausbeschäftigte sich ver.di anschließen und sich selbst für bessere Arbeitsbedingungen einsetzen: „Der Anlass ist häufig das grundlegende Gefühl, ungerecht behandelt zu werden. Und das Ziel ist, dies gemeinsam mit anderen Kollegen zu ändern."

Das zentrale Motiv für die Gewerkschaft lautet: „Sage was du tust und tue was du sags!" Deshalb macht ver.di in solchen Fällen gezielt öffentlich, wie es um den Organisationsgrad bestellt ist. Er ist der Schlüssel, wie durchsetzungsfähig die Gewerkschaft im Betrieb ist. Die Rechnung ist einfach und überzeugend. Je höher die Zahl der ver.di-Mitglieder ist, desto leichter lassen sich gute Arbeits- und Entgeltbedingungen durchsetzen. „Es war schön zu sehen, wie die bis dahin frustrierten Kolleginnen und Kollegen neuen Mut gefasst und sich an den Aktionen und Streiks beteiligt haben", freut sich Dilcher. Er hat das Konzept der bedingungsgebundenen Gewerkschaftsarbeit vor drei Jahren für den Gesundheitsbereich erarbeitet. Dilcher ist sich sicher: „Der Ansatz hat drei Effekte: deutlich bessere Tarifabschlüsse, mehr Gewerkschaftsmitglieder und glückliche Funktionäre."



Rund 7500 von knapp 30 000 Beschäftigten der Rhön-Klinikum AG sind Mitglied bei ver.di.

Ein weiteres gutes Beispiel sind die Ergebnisse im Zentralklinikum Bad Berka in Thüringen, ein Standort der Rhön-Klinikum AG. Den Anfang machte dort ein Workshop. Dilcher erklärte den bis dahin noch relativ wenigen aktiven ver.di-Mitgliedern sein Konzept. Darauf hin befragten sie ihre KollegInnen, was ihre größten Sorgen sind. Das Resultat: Das Lohngefälle im Vergleich zu den Löhnen im Westen empfanden viele als ungerecht. Mit Flugblättern rechnete ver.di vor, wie mehr Mitglieder mehr durchsetzen können. Von da an stiegen die Mitgliedszahlen, der bis dahin geltende schlechte Haustarifvertrag wurde gekündigt. Am Ende konnte für jeden Beschäftigten ein Lohnplus von 350 bis 400 Euro pro Monat erkämpft werden. Jede/r Zweite ist nun ver.di-Mitglied. Im gesamten Konzern der Rhön-Klinikum AG sind so 3000 neue Mitglieder hinzugekommen.

Idealtypisch läuft ein solcher Prozess in fünf Phasen ab, erklärt Dilcher. Zuerst werden Betriebsräte und Vertrauensleute in Workshops informiert. Dann werden die Mitarbeiter befragt. Die von der Belegschaft angeregten Themen werden mit Zahlen und Fakten untermauert. Durch Flugblätter und Betriebsversammlungen wird informiert, wie es um die Durchsetzungskraft bestellt ist. Reicht sie aus, werden Tarifverhandlungen vorbereitet. Dilcher betont: „Der Ansatz der bedingungsgebundenen Tarifarbeit ist kein ‚Patentrezept', sondern ein methodischer Ansatz unter vielen. Aber er wirkt, wenn er richtig angewendet wird." Mit der Kampagne „Der Druck muss raus" will ver.di nun Krankenhausbeschäftigte mobilisieren, um einen Tarifvertrag „Gesundheitsschutz/Gute Arbeitsbedingungen" durchzusetzen (s. Randspalte). •

„Der Druck muss raus"

Die Arbeitsbedingungen in Krankenhäusern sind vielerorts katastrophal. Mit der Kampagne „Der Druck muss raus" will ver.di nun die Beschäftigten mobilisieren, um bessere Arbeitsbedingungen durchzusetzen. Per Tarifvertrag „Gesundheitsschutz/ Gute Arbeitsbedingungen" sollen klare und bessere Regelungen u.a. zur Arbeitszeit, zu einer Mindestbesetzung auf den Stationen und zur Begrenzung von Überstunden für alle Beschäftigten in Krankenhäusern gelten.

Cordula Kiank, ver.di-Gewerkschaftssekretärin und zuständig für die Kampagne, betont: „Weder Politik noch Arbeitgeber sind bisher aktiv geworden. Nun werden die Beschäftigten das selbst in die Hand nehmen – mit Unterstützung von ver.di."

In der ersten Phase haben die ArbeitnehmerInnen das Thema Arbeitsbelastung in Befragungen selbst gesetzt. Bis Ende Oktober wird mit Aktionen vor Ort für den Tarifvertrag geworben. In der nächsten Phase wird es nun darum gehen, die Arbeitgeber zu Tarifverhandlungen aufzufordern.

www.der-druck-muss-raus.de

GEWERKSCHAFTEN

kurz&bündig

Die NGG lehnt die Abschaffung von geltenden Regelungen und eine weitere Liberalisierung des Zuckermarktes durch die EU-Kommission ab. „Das jetzt existierende System mit einer Quotenregelung und Mindestpreisen für Zucker funktioniert und sollte nicht abgeschafft werden", so der NGG-Vorsitzende Franz-Josef Möllenberg.

ver.di lehnt die Pläne zur Aufweichung der Pressefusionskontrolle ab. „Die Bundesregierung sollte sich gut überlegen, ob sie den Zeitungsverlegern den Weg zu publizistischen Monopolen ebnet", warnte der stellvertretende ver.di-Vorsitzende Frank Werneke. Ohne Kontrolle durch das Kartellamt drohten unüberwindliche Meinungsmonopole.

Die GEW begrüßt, dass das Bundesarbeitsgericht dem Einsatz von Befristungen an Hochschulen Grenzen auferlegt hat. Arbeitsverträge dürfen nun nur dann befristet werden, wenn die Beschäftigten im engeren Sinne überwiegend wissenschaftlich arbeiten.

Die EVG bedankt sich bei ihren Mitgliedern für die große Teilnahme bei ihrer Kampagne „Wir machen Politik". Die eingegangenen Anregungen fließen nun ein in den ersten Entwurf des Grundsatzprogramms, der Ende November auf einem kleinen Gewerkschaftstag vorgestellt wird.

Bildung

Abitur schlägt Praxis

Mitte Oktober haben sich der DGB-Vorsitzende Michael Sommer und Otto Kentzler, Präsident des Zentralverbandes des Deutschen Handwerks (ZDH), in die Debatte um den Deutschen Qualifizierungsrahmen (DQR) eingeschaltet. Die Sozialpartner fordern die Kultusministerkonferenz dringend auf, die duale Berufsausbildung dem Abitur gleichzustellen. In einem gemeinsamen Schreiben an Bundesbildungsministerin Annette Schavan (CDU) heißt es: „Wir möchten Sie dringend bitten, der dualen Berufsausbildung den ihr gebührenden Platz im DQR einzuräumen." Sollte dies nicht geschehen, so erklärten beide, müssten die Sozialpartner ihre Beteiligung an der weiteren Implementierung des DQR zur Disposition stellen.

Die Kultusministerkonferenz (KMK) hat sich dennoch anders entschieden. Lediglich ein geringer Anteil von Berufsbildungsabschlüssen kommt nun in die Kategorie fünf, die auch für die Hochschulreife gilt. Die stellvertretende DGB-Vorsitzende Ingrid Sehrbrock – zuständig für den Bildungsbereich – ist enttäuscht: „Die Kultusminister hat der Mut zu einem fälligen Reformschritt verlassen. Mit ihrem Wunsch, das Abitur grundsätzlich höher als berufliche Ausbildung einzustufen, stellen sie sich nicht nur gegen die Bundesregierung und die Sozialpartner, sondern auch gegen die Wirtschaftsminister der Länder. Sie haben sich mit ihrem Beschluss selbst isoliert." •

Beruf und Familie

Praxistest

Der DGB und das Bundesfamilienministerium laden am 7. Dezember gemeinsam zum „Praxistest" nach Berlin, um zu überprüfen, wie es um die Vereinbarkeit von Familie und Beruf in Betrieben und Verwaltungen bestellt ist. „Best-practice-Tandems" aus Betriebs- und Personalräten und Geschäftsführung werden von ihren erfolgreichen Maßnahmen berichten. Ziel ist es, dass ArbeitnehmervertreterInnen und Multiplikatoren von einander lernen und neue Impulse gesetzt werden. •

www.familie.dgb.de

Arbeitsschutz

Fehlende Kontrolle

Mehr Personal fordert Hans-Jürgen Urban, geschäftsführendes Vorstandsmitglied der IG Metall, für die Aufsichtsbehörden im Arbeits- und Gesundheitsschutz. „Mit dem aktuellen Personalbestand der Aufsichtsämter ist eine wirksame Kontrolle der Betriebe nahezu unmöglich", macht Urban deutlich. Der Arbeits- und Gesundheitsschutzexperte hält die Lage für „dramatisch". Die Bundesländer hätten in den vergangenen zehn Jahren 1300 Stellen bei den Gewerbeärzten und Aufsichtspersonen abgebaut. In einigen Bundesländern liege die Quote der Stellenstreichungen sogar über 40 Prozent. Mit der Folge, dass die Anordnungen zu Arbeitsschutzmaßnahmen um 46 Prozent zurückgegangen seien, weil „schlicht das Personal in den Behörden fehlt".

Kritisch bewertet Urban auch die Qualifikation der Beschäftigten in den Aufsichtsbehörden. So spielten psychische Belastungen in den Betrieben so gut wie keine Rolle. Sein Fazit: Die Gesundheit der Beschäftigten in den Büros und Werkhallen scheine die Verantwortlichen in den Bundesländern nicht zu interessieren. •

Gebäudesanierung

Förderung vorantreiben

Die IG BAU hat die Entscheidung des Bundeskabinetts begrüßt, die steuerliche Förderung für die energetische Gebäudesanierung voranzutreiben. Der Streit zwischen Bund und Ländern über die Kosten soll nun im Vermittlungsausschuss geklärt werden. Der IG BAU-Vorsitzende Klaus Wiesehügel betont: „Wir fordern Bund und Länder auf, im Vermittlungsausschuss zügig einen ausgewogenen Kompromiss zu finden, der insbesondere auch die Belange der Mieter angemessen berücksichtigt." Die Eigentümer erhielten so endlich die erforderliche Investitionssicherheit, um notwendige Sanierungen anzugehen. „Das nutzt zugleich der Umwelt und den Beschäftigten der mit der Sanierung beauftragten Unternehmen", so Wiesehügel. •

Seminarreihe

Engagement braucht Wissen



Gemeinsam mit der Universität Siegen hat die nordrhein-westfälische DGB-Jugend eine Seminarreihe aufgelegt: „Arbeit und Kapital im globalen Umfeld". Das Seminar ist in zwei Module aufgeteilt. Modul 1 beschäftigt sich vom 18. bis 20. November mit einem Überblick über die ArbeiterInnenbewegung in Europa und über die Gewerkschaften in Deutschland nach 1945. Im Modul 2 geht es um internationale Mobilisierung und strategische Planung von Online- und Offline-Kampagnen. Studierende können im Rahmen ihres Studiums Credit Points erwerben. •

Mehr Infos: marc.neumann@dgb.de

Fachkräftemangel

Das Phantom der Unternehmer

„Die Magie der Prognose" haben die Autoren des Buches „Lügen mit Zahlen" ein Kapitel genannt. In diesen Bereich fallen auch die Zahlen über den zu erwartenden Fachkräftemangel. Der Statistiker Prof. Gerd Bosbach zeigt, wie mit Zahlen Fakten geschaffen werde. Er empfiehlt die Frage: Cui bono – wer hat den Vorteil?



Foto: privat

Prof. Dr. Gerd Bosbach (58) lehrt an der Fachhochschule Koblenz Statistik, Mathematik und Empirie.

Fast täglich beklagen Arbeitgeber, Politiker und Medien den angeblich schon heute existierenden Mangel an gut ausgebildeten Fachkräften. Wirtschaftliche Ausfälle in Milliardenhöhe seien die Folge. Auf dem Höhepunkt der Kampagne behauptete im Mai der Chef der Bundesagentur für Arbeit Frank-Jürgen Weise, 2025 fehlten in Deutschland sechs bis sieben Millionen Fachkräfte.

Arbeitssuchende können sich da nur verwundert die Augen reiben. **Trotz guter Qualifikation gibt es meist nur schlecht bezahlte Arbeit,** oft befristet, manchmal nur als Praktikum. Passen die eigenen Qualifikationen nicht so ganz, wird man erst gar nicht zum Vorstellungsgespräch eingeladen. Als Statistiker unterliege ich schnell der Versuchung, die Horrorzahlen der Arbeitgeber und ihrer Nachbeter statistisch zu widerlegen. Stattdessen stelle ich zunächst aufgrund logischer Überlegungen ein paar Fragen:

Warum bieten Unternehmer, die händeringend nach Arbeitskräften suchen, keine guten Gehälter an? Keine unbefristeten Vollzeitstellen? Keine Weiterqualifizierung im Job? Von alledem ist kaum etwas zu sehen. Selbst die Gehälter für Ingenieure steigen nur geringfügig, **jede zweite Neueinstellung ist befristet,** und mangels Nachfrage liegt die Weiterbildungsbranche am Boden. Warum gibt es keine Anwerbebüros in Frankreich, Italien und Spanien? Dort sind bis zu 50 Prozent auch der akademischen Jugend arbeitslos.

Warum wird die heutige Jugend nicht bestens ausgebildet, um zukünftige Mängel abzuwenden? Das passiert in vielen Betrieben nicht, **aber auch an den Hochschulen herrschen katastrophale Zustände.** Warum fehlen fast überall hoch qualifizierende Masterstudienplätze? Warum gibt es selbst in Fächern, wo angeblich schon heute die Fachkräfte fehlen, aberwitzige Zulassungsbeschränkungen? Das beste Beispiel ist der viel beklagte Ärztemangel bei einem gleichzeitigen Medizin-NC von bis zu 1,0! Es fehlt also nicht an jungen Leuten, sondern an dem Willen, sie auszubilden. Warum vergessen einige, dass die jetzige Jugend noch bis weit nach 2050 auf dem Arbeitsmarkt steht?

Warum hat man von 1990 bis 2005 Hunderttausenden von Jugendlichen die Ausbildung verweigert? Damals gab es angeblich „zu viele Bewerber". Warum haben selbst 2009, als Arbeitgeber schon mit der Klage über fehlende Fachkräfte begannen, viele Arbeitgeber die Zahl der Ausbildungsplätze reduziert? Dabei könnte ein 1995 abgelehnter Jugendlicher heute eine gut 30-jährige Fachkraft sein. Sollte es tatsächlich heute in einigen Bereichen einen Mangel geben, dann ist das jedenfalls nicht das Ergebnis der demografischen Entwicklung, sondern **ein politisches und volkswirtschaftliches Versäumnis der letzten Jahrzehnte.**

Karl Brenke vom Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung hat die Situation konkret untersucht, offene Stellen, arbeitslose Bewerber und Absolventenzahlen von Hochschulen einander gegenübergestellt. Sein Fazit: „Fachkräftemangel kurzfristig noch nicht in Sicht". Ich habe mir die Zukunftsprognosen der Bundesagentur für Arbeit näher angeschaut. Ergebnis: **Es sind haarsträubende Annahmen nötig,** um eine Schockmeldung von 6,5 Millionen fehlenden Kräften begründen zu können. Eine Rechnung mit den Zahlen des Statistischen Bundesamtes ergab dagegen, dass das Erwerbspersonenpotenzial bis 2025 jährlich nur um 0,3 Prozent absinken würde, selbst wenn wir die Rente mit 67 ignorieren und so tun, als würde die Arbeitslosigkeit nicht abgebaut. Bezieht man diese beiden Faktoren sowie die Produktivitätsentwicklung mit ein, ist von einem Mangel an Personen gar nichts mehr zu spüren.

Mit Logik und anhand der Fakten lässt sich die Diskussion nicht verstehen. Da bleibt nur die Frage: „Wem nutzt das?" Von der Mangel-Debatte profitieren alle Unternehmer, die billige ausländische Fachkräfte ins Land holen wollen, die bei der eigenen Ausbildung sparen, die eine Konkurrenz-Situation für heimische Fachkräfte schüren wollen. Die Politiker können **mit dem Phantom „Fachkräftemangel" von der eigenen Unfähigkeit ablenken,** die tatsächliche Arbeitslosigkeit deutlich zu senken. Hartz IV braucht dann auch nicht mehr sozial diskutiert zu werden; es ist ja nur noch die Strafe für offensichtlich Arbeitsunwillige. **Aus dem Gerede über Fachkräftemangel entstehen teuflische soziale Folgerungen.**

Vorsicht, Falle!

„Unser Drang nach Sicherheit lässt uns oft Daten als Fakten betrachten, die maximal grob geschätzt sind." Dies ist eine der Begründungen, die das Autorenduo Bosbach/Korff hinter der Neigung vermutet, dass wir Zahlen, die wir vorgelegt bekommen, auch glauben. Anhand zahlreicher Beispiele zeigt das Buch „Lügen mit Zahlen" , wie Daten Objektivität und Genauigkeit nur vorspiegeln.

Ob bei der Altersvorsorge, Gesundheitsausgaben oder Wahlprognosen: Die Empfehlung lautet, immer erst die Quellen zu prüfen, denn sie könnten Aufschluss über die Interessen geben. Aber auch bei der Optik heißt es „Vorsicht, Falle". Häufig basieren die vermeintlich klar aufgebauten Grafiken auf sehr unterschiedlichen Vorgaben.

Der Statistiker Gerd Bosbach und der Werbetexter Jens Jürgen Korff haben ein leicht lesbares, amüsantes Buch vorgelegt, das belegt: was immer ein Auftraggeber sich wünscht, es lässt sich mit Statistik belegen. Zum Buch gibt es noch eine eigene Seite im Internet: www.luegen-mit-zahlen.de

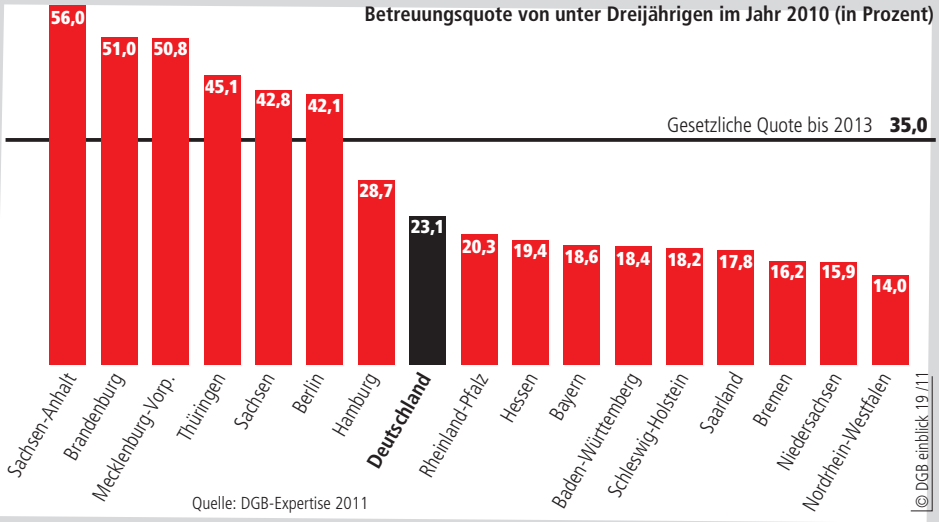
Gerd Bosbach/Jens Jürgen Korff, ***Lügen mit Zahlen – Wie wir mit Statistiken manipuliert werden,*** *4. Auflage, Heyne Verlag München 2011, 319 Seiten, 18,99 Euro*

DIES & DAS

die DGB grafik

KINDERTAGESBETREUUNG: Im Westen nicht viel Neues

Die Betreuungsquote für unter Dreijährige lässt in den westdeutschen Bundesländern weiterhin zu wünschen übrig. Das zeigen aktuelle Zahlen des DGB. Wenn die Länder die verabredete Quote von 35 Prozent bis 2013 erreichen wollen, stehen die Landesregierungen in der Pflicht. Vor allem NRW muss innerhalb von zwei Jahren noch fast 90 000 Plätze schaffen – in Bayern sind es 50 000, in Baden-Württemberg 34 000. Die ostdeutschen Länder erfüllen die Quote bereits jetzt.



14 TAGE

mehr Infos: www.einblick.dgb.de

1.11. ver.di, „8. Arbeitsschutzkonferenz", Hannover

2.11. ver.di, Tagung „Diversity – Vom Managementkonzept zum MitarbeiterInnen-Konzept", Berlin

2.11. ver.di, Tagung „1. Branchendialog Ver- und Entsorgung", Berlin

2./3.11. ver.di, 10. ver.di IT-Forum – „Stresstest: Die Zukunftsfähigkeit der IT- Arbeit in Deutschland", Kassel

2.-4.11. Katholische Betriebsseelsorge, DGB-Bezirk Baden-Württemberg, KDA u.a., Fachtagung „Baden-württembergische Erwerbslosentagung: Welche Arbeit brauchen wir?", Bad Herrenalb

3.11. DGB Niedersachsen, Tagung „Wohlstand ohne Wachstum", Hannover

3.11. DGB Thüringen, Diskussion „Ausbildung – Was fehlt sind junge Menschen!?", Altenburg

3.-5.11. GEW, ÖGB, polnische Lehrergewerkschaft (ZNP), und Berufsfortbildungswerk des DGB, „EU-Konferenz: Der Mensch im Mittelpunkt von Beratung in Bildung und Beruf – bessere Chancen durch kompetente Beratung in verlässlichen Strukturen", Weimar

4.11. ver.di, Demo „Streikrecht ist Grundrecht!", Magdeburg

4./5.11. GEW, Workshop „Vielfalt in der Praxis – Lasst uns gemeinsam interkulturelle Öffnung und Inklusion voranbringen", Bonn

8.-10.11. DGB Nordhessen, dtb Kassel u.a., Tagung „Schöne neue digitale Welt: Beobachtet, berechnet, bewertet! Gläserne Beschäftige per Gesetz?", Kassel

9.11. DGB, Workshop „Trilateraler Workshop: Gute Arbeit und Faire Mobilität von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern", Beeskow

11.-13.11. DGB-Jugend NRW, ver.di-Jugend, IG BAU-Jugend, Seminar „Demokratie auch in der Wirtschaft? Na klar!", Hattingen

15./16.11. DGB in Kooperation mit *Der Personalrat*, Fachtagung „14. Schöneberger Forum", Berlin

16.11. DGB-Bezirk Baden-Württemberg, Frauenpolitischer Gesundheitsfachtag „Darf's ein bisschen weniger sein? Gesundheitliche Belastungen von Frauen am Arbeitsplatz", Stuttgart

IMPRESSUM *einblick* erscheint vierzehntäglich **Herausgeber:** DGB **Verlag:** Graewis Verlag GmbH **GeschäftsführerInnen:** Anne Graef, Dr. Peter Wilke **Redaktion:** Anne Graef (verantw.), Sebastian Henneke **Redaktionelle Mitarbeit:** Udo Böhlefeld, Birgit Böhret, Luis Ledesma **Redaktionsanschrift:** Wallstraße 60, 10179 Berlin, Tel. 030/308824-0, Fax 030/30882420, Internet: www.einblick.dgb.de, E-Mail: redaktion@einblick.info **Anzeigen:** Bettina Mützel, Tel. 030/859946-240, Fax 030/859946-100, E-Mail: bettina.muetzel@berlin.de **Layout:** zang.design **Infografik:** Klaus Niesen **Druck und Vertrieb:** PrintNetwork Berlin **Abonnements:** Änderungen schriftlich an Redaktion *einblick* (Adresse s.o.)
Nachdruck frei für DGB und Gewerkschaften bei Quellenangabe und zwei Belegexemplaren. Alle Anderen nur nach schriftlicher Genehmigung durch den Verlag. Nachdruck von namentlich gezeichneten Artikeln nur nach Genehmigung durch Verlag und Autor.

personalien

••• ***Claudia Meyer*** (41) ist seit 1. September neue Geschäftsführerin des DGB-Bildungswerkes. Sie war bis 2008 Referentin für internationale und europäische Wirtschaftspolitik beim DGB-Bundesvorstand. Danach war sie Sozialreferentin an der deutschen Botschaft in Brasilia. Meyer löst ***Dieter Eich*** (65) ab, der in den Ruhestand geht. Eich stand seit 1980 im Dienst des DGB, unter anderem als Referent für Gesellschaftspolitik und gewerkschaftliche Bildungsarbeit beim DGB-Bundesvorstand. Seit 1990 war Eich Geschäftsführer des DGB-Bildungswerkes.

Schlusspunkt.

„Macht, dass ihr wegkommt!"

Die Empfehlung des griechischen Lyrikers Takis Micha, im Magazin der Süddeutschen Zeitung (Nr. 42), an die jungen Akademiker in seinem Land.

URTEILE

Alkohol am Steuer

Private Fahrt kann Arbeitsplatz kosten

Ein Kraftfahrer, der bei einer privaten Autofahrt mit einer Blutalkoholkonzentration von 1,36 Promille ertappt wird, kann seinen Arbeitsplatz verlieren.

Der Fall: Der Arbeitnehmer ist mit einem Grad von 50 schwerbehindert und wiegt bei einer Körpergröße von 192 cm nur 64 kg. Nach längerer Erkrankung befand er sich in der Wiedereingliederung, als er bei einer privaten Autofahrt mit 1,36 Promille kontrolliert und ihm der Führerschein entzogen wurde. Daraufhin kündigte der Arbeitgeber das Arbeitsverhältnis. Mit der dagegen erhobenen Klage wandte der Arbeitnehmer ein, er habe wegen der Erkrankung und des extremen Untergewichts nicht einschätzen können, wie sich die Alkoholkonzentration entwickeln würde. Es sei außerdem kein Schaden entstanden und er sei inzwischen wieder im Besitz einer Fahrerlaubnis. Seine Klage hatte keinen Erfolg.

Das Landesarbeitsgericht: Wer als Kraftfahrer seine Fahrerlaubnis verliert, muss mit der fristlosen Kündigung rechnen. Die Erkrankung des Arbeitnehmers und seine lange Beschäftigungszeit stehen einer Kündigung nicht entgegen. Als Kraftfahrer muss er um die tatsächlichen und rechtlichen Risiken des Alkoholkonsums im Straßenverkehr wissen. Besonders unverantwortlich war, dass der Arbeitnehmer sich trotz seines Zustandes in den Straßenverkehr begeben hat. Dabei kommt es auf die Entstehung eines Schadens nicht an. Ohne Bedeutung war auch, dass der Mann wieder im Besitz einer Fahrerlaubnis ist. Zum Zeitpunkt der Kündigungserklärung war gänzlich ungewiss, ob und wann er seine Fahrerlaubnis zurückerhalte. Das genüge, um das Arbeitsverhältnis mit ordentlicher Frist zu beenden.

Hessisches Landesarbeitsgericht ,
Urteil vom 1. Juli 2011 - 10 Sa 245/11

„Christliche" Tarifverträge

Auch Verweisung darauf ist unwirksam

Die seit dem 15. März 2010 in Formulararbeitsverträge der Leiharbeitsbranche aufgenommenen Verweise auf Tarifverträge mit den Christlichen Gewerkschaften sind unwirksam. Auf die Arbeitsverhältnisse finden nur die gesetzlichen Regelungen Anwendung.

Der Fall: Der Formulararbeitsvertrag des Arbeitnehmers verwies auf die 2010 zwischen dem Arbeitgeberverband Mittelständischer Personaldienstleister (AMP) und der CGZP sowie anderen Christlichen Gewerkschaften geschlossenen fünf Tarifverträge. So sollten etwaige Folgen der vom Bundesarbeitsgericht festgestellten Tarifunfähigkeit der CGZP aufgefangen werden. Bewusst wurde auf alle fünf Tarifverträge verwiesen, damit Arbeitnehmer in verschiedene Branchen entliehen werden können. Im Streitfall ging es um die gesetzliche Kündigungsfrist von zwei Wochen, während die tariflichen Regelungen eine Kündigungsfrist von nur einer Woche festlegte. Die Klage gegen die einwöchige Kündigungsfrist hatte Erfolg.

Das Arbeitsgericht: Auf das Arbeitsverhältnis der Parteien finden ausschließlich die gesetzlichen Regelungen Anwendung. Die Verweise auf den mehrgliedrigen Tarifvertrag zwischen AMP, CGZP und weiteren Christlichen Gewerkschaften verstoßen gegen das Transparenzgebot des Bürgerlichen Gesetzbuches. Die sich aus diesen Verweisen ergebenden Rechte der Arbeitnehmer sind nicht klar und präzise geregelt. Ihnen kann insbesondere nicht entnommen werden, welcher Tarifvertrag Gegenstand der Bezugnahme sein soll.

Arbeitsgericht Lübeck,
Urteil vom 15. März 2011 - 3 Ca 3147/10

Autor: Luis Ledesma, Kassel – einblick 19/11

Schwerbehinderte

Arbeitgeber sind in der Pflicht

Arbeitgeber sind verpflichtet, zu prüfen, ob sie freie Arbeitsplätze mit schwerbehinderten Menschen besetzen können. Um auch arbeitslose oder arbeitsuchend gemeldete schwerbehinderte Menschen zu berücksichtigen, müssen sie frühzeitig Verbindung mit der Agentur für Arbeit aufnehmen. Diese gesetzliche Pflicht trifft alle Arbeitgeber, nicht nur die des öffentlichen Dienstes.

Bundesarbeitsgericht,
Urteil vom 13. Oktober 2011 - 8 AZR 608/10

Frauendiskriminierung

Keine Stellenanzeige nur für Männer

Eine Stellenanzeige, in der ein „Geschäftsführer" gesucht wird, stellt eine geschlechtsbezogene Benachteiligung dar. Die so benachteiligte Frau hat Anspruch auf Entschädigung.
Nach dem Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetz ist es verboten, in Stellenausschreibungen nach männlichen oder nach weiblichen Kandidaten zu suchen. Geschlechtsneutral ist eine Ausschreibung nur, wenn sie sich sowohl an Frauen als auch an Männer richtet.

Oberlandesgericht Karlsruhe,
Urteil vom 13. September 2011 - 17 U 99/10

Arbeitszeit

Parkplatzsuche zählt nicht dazu

Die Arbeitszeit beginnt grundsätzlich mit Betreten des Dienstgebäudes. Erfasst ein Arbeitnehmer abweichend davon schon die Zeit der Parkplatzsuche auf dem Firmenparkplatz als Arbeitszeit, kann eine fristlose Kündigung gerechtfertigt sein. Das gilt jedenfalls dann, wenn die Täuschung über die Arbeitszeit heimlich und vorsätzlich erfolgt. In diesem Fall ist nichtmal eine Abmahnung vorher erforderlich.

Bundesarbeitsgericht,
Urteil vom 9. Juni 2011 - 2 AZR 381/10

Schuldienst

Rechtsextreme Lehrerin bleibt außen vor

Bestehen Zweifel an der Verfassungstreue einer Lehrerin, so sind die staatlichen Schulämter berechtigt, sie in eine „Schwarze Liste" aufzunehmen. Dies sei kein unzulässiger Eingriff in die Berufsfreiheit. Mit dieser „Informationsliste" soll die Wiedereinstellung ungeeigneter Lehrkräfte in den Hessischen Schuldienst vermieden werden.

Verwaltungsgericht Darmstadt,
Urteil vom 24. August 2011 - 5 K 1685/10.DA

Existenzgründung

Zuschuss auch für Tätigkeit im Ausland

Arbeitslose, die sich selbstständig machen wollen, erhalten zur Förderung der Aufnahme einer selbstständigen Tätigkeit den sogenannten Gründungszuschuss. Anspruch auf diesen Zuschuss besteht auch bei einer Existenzgründung im europäischen Ausland. Denn der Zuschuss dient dazu, die Arbeitslosigkeit zu beenden; dies kann auch mit einer selbstständigen Tätigkeit im Ausland erreicht werden.

Hessisches Landessozialgericht,
Urteil vom 23. September 2011 - 7 AL 104/09

einblick
gewerkschaftlicher Info-Service vom 14.11.2011 20/11

DGB

inhalt

Seite 3
Arbeiten ohne Ende
Erste Ergebnisse des 8. Familienberichts zeigen: Beim Thema Arbeitszeit gibt es noch viel zu tun. Für die Gewerkschafte steht fest: Lebensarbeitszeit muss gestaltet werden

Seite 5
Volle Konten
Spekulationen auf Nahrungsmittelrohstoffe sorgen bei den Banken für volle Konten. Das Nachsehen haben Menschen in den Entwicklungs- und Schwellenländern. Über 925 Millionen Menschen leiden unter Hunger

Seite 7
Soziales Europa stärken
Ohne einen politischen Kurswechsel gefährden Schuldenkrise und die Maßnahmen zur Euro-Rettung die Demokratie, befürchtet DGB-Vorstandsmitglied Annelie Buntenbach

Gesundheitsschutz

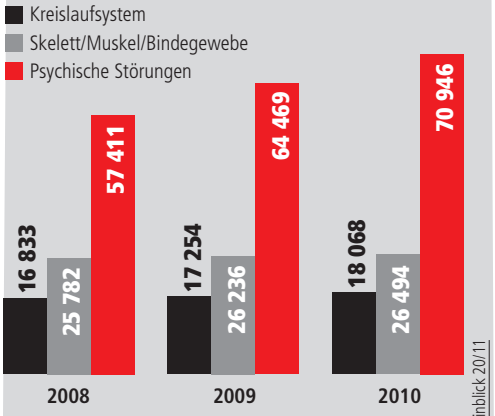
Milliarden für Stress-Opfer

„Verkaufsdruck macht krank." So knapp kommentiert ein Banker eine ver.di-Umfrage unter Bankangestellten zum Thema „Verkaufsdruck – nein danke!". Die Zustimmung aus anderen Branchen wäre ihm sicher. Seit 1988 ist die Zahl der von psychischen Krankheiten verursachten Fehlstunden um 80 Prozent gestiegen, meldete das Centrum für Disease Management der Universität München im vergangenen Jahr. Die Hans-Böckler-Stiftung (HBS) ließ jetzt die Kosten berechnen, die psychische Erkrankungen am Arbeitsplatz ausmachen. Die Zahlen sind erschreckend: Psychische Störungen verursachten 2008 insgesamt Behandlungskosten von knapp 29 Milliarden Euro.

Bei den arbeitsbedingten psychischen Störungen kommen die Autoren der HBS-Studie, der Epidemiologe Wolfgang Bödeker und der Mathematiker Michael Friedrichs, auf 7,1 Milliarden Euro jährliche Kosten. DGB-Vorstandsmitglied Annelie Buntenbach fordert deshalb einen Stresstest für die Arbeitsbedingungen in Unternehmen. Burnout betreffe nicht nur Fußballtrainer, sondern sei ein „wachsendes Problem" in den Betrieben.

Psychische Erkrankungen: Massiver Anstieg

Rentenzugänge wegen verminderter Erwerbsfähigkeit* nach ausgewählten Diagnosegruppen



* ohne Renten für Bergleute und ohne Fälle mit nicht erfasster 1. Diagnose
Quelle: Statistik der Deutschen Rentenversicherung 2008/2009/2010 und eigene Berechnungen

Frauen sind noch weit stärker belastet als Männer. Bei den Neu-Rentnern des vergangenen Jahres lag der Frauenanteil mit psychischer Erkrankung bei 45,6 Prozent, bei den Männern waren es 33,4 Prozent.

Belegt wird der drastische Anstieg auch durch eine Analyse des Wissenschaftlichen Instituts der AOK (WIdO): Im vergangenen Jahr sei jeder zehnte Ausfalltag auf eine psychische Erkrankung zurückzuführen. Die IG Metall hat dazu ihre Betriebsräte befragt. Das Ergebnis: Rund 40 Prozent der ArbeitnehmervertreterInnen gaben an, dass diese Krankheiten stark bzw. sehr stark zugenommen hätten. Hans-Jürgen Urban, geschäftsführendes Vorstandsmitglied der IG Metall, fordert mehr Einsatz von den Arbeitgebern beim Gesundheitsschutz. Bei allen klassischen Gesundheitsgefährdungen wie Gefahrstoffen oder Lärm gebe es konkrete Präventionsregeln. „Fehlanzeige" dagegen bei arbeitsbedingtem Stress, kritisiert der Sozialexperte und fordert eine „Anti-Stress-Verordnung", die Investitionen in einen besseren Gesundheitsschutz sichert.

Der ver.di-Bundeskongress forderte im September eine gesetzliche Regelung zur Anerkennung psychischer Erkrankungen als Berufskrankheit. In der Begründung zu dem Beschluss heißt es: Da die Erkrankungsursachen auf Fehlbelastungen und Überlastungen im Berufsleben zurückzuführen seien, müssten sie anerkannt und zu entsprechenden Ansprüchen bei den Berufsgenossenschaften führen. Eine bessere Absicherung der Betroffenen steht auch für Annelie Buntenbach ganz oben auf der Agenda. •

plusminusBERLIN

– *Heinrich Kolb, FDP-Fraktionsvize, will die 400-Euro-Minijobgrenze auf 450 Euro anheben. „Die Minijobs haben sich als Brücke in reguläre Beschäftigung bewährt." Die Grenze solle regelmäßig „dynamisiert" werden.*

+ *Christel Humme, SPD-MdB, verurteilt Kolbs Vorstoß als „irrsinnig". Mehr als 80 Prozent aller MinijobberInnen, vor allem Frauen, arbeiteten für Niedriglöhne. Manche für weniger als fünf Euro pro Stunde, so Humme.*

Der Surf-Tipp fürs Internet

http://schattenkampf.arte.tv
Eine arte-Internetdokumentation, in der europäische WiderstandskämpferInnen über ihren Kampf gegen die Nazis berichten

Hintergrund

www.einblick.dgb.de/hintergrund
Erklärung der Global Unions zum G20-Gipfel in Cannes

Fragen an ...


Foto: DGB

Der G20-Gipfel in Cannes hat positive Signale in Sachen Beschäftigung gesetzt. Das meint Michael Sommer, DGB-Vorsitzender und Präsident des Internationalen Gewerkschaftsbundes (IGB). Gemeinsam mit den Spitzen der internationalen Gewerkschaftsbewegung hat er sich vor und während des Gipfels in Gesprächen mit den Regierungschefs und den Arbeitsministern sowie den Repräsentanten von Weltbank, ILO oder OECD für die Interessen der ArbeitnehmerInnen weltweit stark gemacht.

Schöne Worte, nichts Konkretes – bisher zeichnet sich das Krisenmanagement der G20 vor allem durch Nichthandeln aus. Gibt es neue Signale aus Cannes?

Der G20-Gipfel hat sich natürlich sehr stark auf die Krise im Euro-Raum konzentriert. Aber es gab positive Signale. Es ist gelungen, dass das Thema Beschäftigung, hier vor allem die Bekämpfung der dramatischen Jugendarbeitslosigkeit, stärker in den Fokus gerückt ist. Das ist nicht zuletzt dem Druck der internationalen Gewerkschaftsbewegung zu verdanken. Außerdem wird es eine Arbeitsgruppe zur Beschäftigung unter dem Dach der G20 gegeben. Auch das hatten wir seit langem gefordert.

Der IGB fordert von den G20 einen Vier-Punkte-Plan für Arbeitsplätze und Konjunkturerholung. Was soll der beinhalten?

Wir brauchen Investitionen in Infrastruktur, Bildung und neue Arbeitsplätze. Die zunehmende Einkommensungleichheit muss abgebaut und die Arbeitnehmerrechte müssen gestärkt werden. Ein sozialer Basisschutz soll die Menschen vor Armut schützen. Und die Finanzmärkte müssen endlich scharf reguliert und die Finanztransaktionssteuer eingeführt werden.

Was sind die nächsten Schritte, die unternommen werden müssen?

Vor allem muss die Regulierung der Finanzmärkte jetzt ernsthaft in Angriff genommen werden, sonst werden wir weiterhin von einer Krise in die nächste getrieben. Die G20-Präsidentschaft geht als nächstes an Mexiko. Die mexikanische Regierung hat bereits angekündigt, wieder ein Treffen der Arbeitsministerinnen und -minister einzuberufen. Auch die Gewerkschaften werden hier wieder mit am Tisch sitzen. Entscheidend ist aber, dass diesen institutionellen Fortschritten auch inhaltliche folgen. Wir haben weltweit um die 200 Millionen Arbeitslose – hier muss endlich mit konkreten Maßnahmen gehandelt werden.

Pfändungsschutz

Neue Regelung für Konten

Die Bundesagentur für Arbeit weist auf eine wichtige Änderung hin, die vor allem für Hartz-IV-Empfänger entscheidend sein kann: Ab dem 1. Januar 2012 entfällt der bisherige Pfändungsschutz von Sozialleistungen. Das heißt, wer jetzt nicht noch schnell ein Pfändungsschutzkonto, ein so genanntes P-Konto, einrichtet, dem könnte im Januar passieren, dass sein komplettes Guthaben inklusive Arbeitslosengeld II gepfändet wird, wenn es noch auf ein normales Girokonto überwiesen wird – bis zum letzten Cent.

Ein P-Konto kostet allerdings Gebühren, meist höhere als bei normalen Bankkonten. Und oft ist die Umstellung der Konten mit Leistungseinschränkungen verbunden. Deshalb haben nur wenige der Betroffenen bisher ihr Girokonto umgewandelt: Bundesweit verfügen nur acht Prozent der überschuldeten Haushalte über ein P-Konto, das im Falle einer Pfändung dem Schuldner die Verfügung über den monatlichen pfändungsfreien Betrag ermöglicht.

Der Hamburger Senat will das ändern. Über eine Bundesratsinitiative will er erreichen, dass die Umstellung auf ein P-Konto künftig weder zu mehr Gebühren noch zu weniger Leistungen führt. Vor allem will der Senat aber einen Rechtsanspruch für alle Bürger auf ein Girokonto durchsetzen. Denn Voraussetzung, um ein P-Konto zu bekommen, ist es, bereits über ein Girokonto zu verfügen. Doch bislang sind Banken und Sparkassen nicht verpflichtet, ein Girokonto einzurichten. Dabei wird ein Großteil des alltäglichen Geldverkehrs, ob Zahlung von Gehalt, Miete oder Sozialleistung, heute darüber abgewickelt. Mehr als 700 000 Menschen verfügen nicht über ein Girokonto. •

Alleinerziehende

Kaum Chancen für arbeitslose Mütter

Eine Bezieherin von Arbeitslosengeld II mit Kind hat deutlich weniger Chancen auf dem Arbeitsmarkt als kinderlose Frauen. Zu diesem Ergebnis kommt eine aktuelle Analyse des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB). Alleinerziehende ALG-II-Empfängerinnen mit Kindern unter drei Jahren sind meist völlig vom Arbeitsmarkt abgeschnitten. Ein-Euro-Jobs oder schulische Trainingsmaßnahmen werden ihnen oft erst angeboten, wenn ihre Kinder mindestens drei bis fünf Jahre alt sind. In betrieblichen Trainingsmaßnahmen werden Alleinerziehende erst dann genauso häufig gefördert wie kinderlose alleinstehende Frauen, wenn das jüngste Kind 15 Jahre alt ist.

Vermutlich sei „das wichtigste Erwerbshindernis für Alleinerziehende der Mangel an Kinderbetreuungsplätzen", ist das Fazit von Cordula Zabel, der Autorin der Studie. Die Teilnahmerate von Alleinerziehenden mit jungen Kindern liege bei der betrieblichen Förderung deutlich niedriger als die von anderen ALG-II-Bezieherinnen. Betriebliche Maßnahmen erhöhten jedoch in der Regel die Chancen, im Anschluss eine reguläre Beschäftigung zu finden. •

in eigener Sache

Nichts ist so gut, dass es nicht noch verbessert werden kann: Der DGB-Bundesvorstand und die Redaktion des DGB-Infoservice *einblick* möchten ihr regelmäßiges, aktuelles Informationsangebot zeitgemäßer gestalten und vor allem noch stärker an den Interessen der Zielgruppen ausrichten. Dafür brauchen wir die Mithilfe unserer Leserinnen und Leser. In den nächsten Wochen wird ein externes Institut im Auftrag des DGB **Telefoninterviews** mit zufällig ausgewählten Leserinnen und Lesern des *einblick* durchführen. Wir hoffen auf eure/Ihre Bereitschaft, uns bei der Verbesserung des *einblick* zu unterstützen. Deshalb wäre es schön, wenn diejenigen, die angerufen werden, sich Zeit für die Interviews nehmen könnten. Vielen Dank!

Familienbericht

Dauereinsatz am Arbeitsplatz

Die Organisation der Arbeitszeit ist ein Dauerthema in den Gewerkschaften. Auch die Politik nimmt sich des Themas immer mehr an. Bundesfamilienministerin Kristina Schröder (CDU) will „Handlungskonzepte für eine familienfreundliche Zeitpolitik" entwickeln. Zumindest hat sie das Ende Oktober anlässlich der Überreichung des aktuellen Familienberichtes erklärt.

Im Abstand von fünf bis sechs Jahren legt eine Expertenkommission dem Familienministerium einen Bericht zur Situation der Familien vor. Die ersten veröffentlichten Ergebnisse des 8. Familienberichts zeigen: Familien haben vor allem ein Zeitproblem. 63 Prozent der Väter und 37 Prozent der Mütter klagen über fehlende Zeit für ihre Kinder. Die Kommission unter der Leitung des Bonner Arbeitsrechtlers Gregor Thüsing fordert von der Politik mehr Anstrengungen, um den Bedürfnissen nach mehr Familienzeit gerecht zu werden. In erster Linie mahnt Thüsing den Ausbau von Ganztagsschulen und längere Öffnungszeiten von Kinderbetreuungseinrichtungen an.

Ob dies reicht, bezweifelt DGB-Vorstandsmitglied Ingrid Sehrbrock: „Überstunden und eine ‚Kultur' der Dauerpräsenz" bestimmten den Alltag in den Betrieben. Dem widerspricht auch die Bundesfamilienministerin nicht. Sie stellte bei der Übergabe des Berichts fest, vor allem die Arbeitswelt habe mit dem Wunsch der Familien nach mehr Zeit nicht Schritt gehalten. Welchen Handlungsbedarf sie aus dieser Erkenntnis zieht, bleibt vage. Konkrete Maßnahmen wird die Opposition spätestens dann einfordern, wenn Anfang 2012 der 8. Familienbericht dem Bundestag übergeben und in voller Länge veröffentlicht wird.

Ganz neu sind die Erkenntnisse des Berichtes nicht. Das Ministerium hätte sich bereits an den Aussagen des 7. Familienberichts orientieren können, der im April 2006 der damaligen Ministerin Ursula von der Leyen (CDU) vorgelegt wurde. Vor fünf Jahren schrieb die damalige Sachverständigenkommission unter der Leitung des Berliner Soziologen Hans Bertram: „Wir sind jedenfalls davon überzeugt, dass nur durch eine neue Balance zwischen den verschiedenen täglichen Zeiterfordernissen der Lebensbereiche die Zukunftsfähigkeit einer Gesellschaft gesichert werden kann."

Die Experten hielten zwar die gesellschaftlichen Veränderungen für ein Thema, das einen entscheidenden Platz in der Tarifpolitik erhalten müsse, fügten allerdings hinzu, dass dies allein nicht reichen werde, „wenn nicht zugleich staatliche Rahmenregelungen verändert werden". Dazu gehörten etwa das Arbeitszeitgesetz, die Regulierung von Arbeitszeitkonten sowie sozialpolitisch unterstützte zeitliche Entlastung für Eltern und Pflegende.

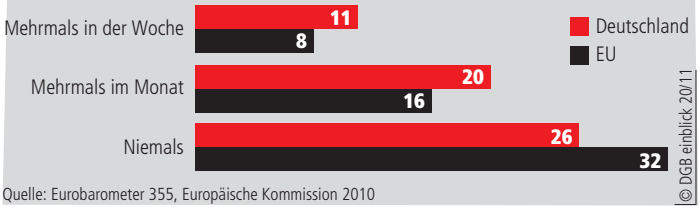
Seit 2006 hat sich im Betriebsalltag für die Mehrheit nicht viel geändert. Nach einer Analyse des Instituts für Arbeit und Qualifikation (IAQ) an der Uni Duisburg-Essen kletterte die Wochenarbeitszeit der Metall- und Elektroindustrie im ersten Quartal 2011 auf 41 Stunden. Der Branchentarifvertrag liegt im Westen bei 35 Stunden, im Osten bei 38 Stunden. Das Mehr an Arbeit, so die IG Metall, könnte durch Neueinstellungen ausgeglichen werden. Dies geschieht allerdings nicht. Stattdessen würde auf Flexibilität der Beschäftigten gesetzt.

„Flexibel" ist auch das Stichwort der „Charta für familienbewusste Arbeitszeiten", die Ministerin Schröder gemeinsam mit Wirtschaftsvertretern im Februar unterzeichnete. Danach „verpflichten" sich die Arbeitgeber „flexible und familienfreundliche Arbeitszeitmodelle" auszubauen, die Bundesregierung sicherte bis 2013 die entsprechenden Kinderbetreuungseinrichtungen zu. Ein Versprechen, das vermutlich ein großer Teil der für den Ausbau zuständigen Länder und Kommunen nicht wird einhalten können.

Bei betrieblichen Arbeitszeitmodellen hingegen gibt es Erfolge der Tarifpartner. Standard sind sie allerdings noch lange nicht. Das Familienunternehmen Trumpf gehört zu den Vorzeigebetrieben. Firmenchefin Nicola Leibinger-Kammüller kommentierte in einem Zeitungsinterview die Resonanz auf die Vereinbarung als „gigantisch". Mittlerweile würde sie bereits Workshops für andere Unternehmen anbieten. •

Familien leiden unter Arbeitsbelastung

Anteil der ArbeitnehmerInnen, deren zeitliche Belastung im Beruf sie daran hinderte, familiären Verpflichtungen nachzukommen (in Prozent)



Quelle: Eurobarometer 355, Europäische Kommission 2010

Für den überwiegenden Teil der Berufstätigen in Europa gilt: Die Familie hat oft das Nachsehen. Die EU-Kommission ließ knapp 27 000 Menschen befragen, wie häufig sie ihre Familienpflichten vernachlässigen müssen. Die deutsche Gruppe umfasste knapp 1600 Personen.

Leitbild: Zufriedene Beschäftigte

Zunehmend nehmen die Gewerkschaften in der Arbeitszeitpolitik die Gestaltung der Lebensarbeitszeit ins Visier.

Die IG BCE fordert in einem Diskussionspapier eine „Gesamtbetrachtung". Neue Arbeitszeitsysteme auf der Basis von Lebensarbeitszeit seien „zwingend erforderlich". Die Tarifpolitik müsse höhere Flexibilität bei den Arbeitszeiten in verschiedenen Lebensphasen und einen gleitenden Ausstieg im Alter ermöglichen.

Der ver.di-Bundeskongress verabschiedete im September eine Entschließung, nach der sich das „arbeitszeitpolitische Leitbild" der Gewerkschaft an den Wünschen und Interessen der Beschäftigten nach weitgehender Arbeitszeitsouveränität orientieren soll. Dazu gehört die Vereinbarkeit von Beruf und Familie ebenso wie flexible Übergänge in die Rente oder auch Zeit für Qualifikation und Weiterbildung.

Auch die IG Metall fordert in der Debatte um die Arbeitszeit „mehr Autonomie" für die Beschäftigten: Es sei „Zeit, dass wir was drehen". Die Arbeitszeiten sollen sich stärker an den Bedürfnissen der Beschäftigten orientieren. Dazu gehören eine „bessere Balance von Arbeit und Privatem und gesundheitsförderliche Arbeitszeiten".

Infos und Links:
www.einblick.dgb.de/hintergrund

PROJEKTE UND PARTNER

Finance Watch

Lobby gegen Finanzjongleure

Ein Gegenpol zur mächtigen Lobby der Finanzbranche in Brüssel will der im Sommer gegründete Verein „Finance Watch" sein. Die über 40 Mitgliedsverbände, Verbraucherschutzorganisationen, Gewerkschaften und andere Nichtregierungsorganisationen aus ganz Europa, vertreten die Interessen von annähernd 100 Millionen EuropäerInnen. Mitbegründer sind unter anderem ver.di, der Bundesverband der Verbraucherzentralen, der EGB, attac, Amnesty International (AI) und Oxfam. Die Gründung der Bürger-Lobby „für eine Finanzindustrie, die der Gesellschaft dient" geht auf eine länderübergreifende Initiative von Euroabgeordneten im letzten Jahr zurück, darunter Sven Giegold (Grüne), Udo Bullmann (SPD), Burkhard Balz (CDU) und Jürgen Klute (Linke). In einem Aufruf im Juni 2010 warnten sie, dass es in den Gesetzgebungsverfahren zur Regulierung des Finanzsektors keinen Gegenpol zu den mächtigen Banken und ihren Lobbyisten gibt. „Angesichts mangelnder Gegenargumente entsteht ein Ungleichgewicht, das die Demokratie gefährdet", kritisierten sie. •

www.finance-watch.org

Fragenan ...



Foto: privat

Hauptberuflich ist Olaf Gruß DGB-Jugendsekretär beim Bezirk Hessen-Thüringen. Warum das bei seinem Engagement in der Occupy-Bewegung nur eine untergeordnete Rolle spielt und was die junge Bewegung ausmacht, erklärt er im *einblick*-Interview.

■ Was sind die Ziele der Occupy-Bewegung in Deutschland und speziell im Finanzzentrum Frankfurt?

■ *Es gibt eine allgemeine Wut auf die Macht der Banken und die Ohnmacht der Regierungen. Occupy Frankfurt zeigt die Probleme auf, eine umfassende Lösung wird aktuell noch nicht angeboten. Die Bewegung entwickelt gerade ihre Ziele.*

■ Was für Menschen beteiligen sich an den Protesten? Was ist deine Motivation?

■ *Studenten, Rentner, Bürger, Gewerkschafter, politisch interessierte Menschen – die Vielfalt der Beteiligten ist groß. Alle vereint, dass sie die Bankenmacht begrenzen oder gar zerschlagen wollen. Die Menschen wollen nicht für das „Zocken" der Banken gerade stehen und hinterher mit staatlich verordneten Sozialkürzungen leben. Was das bedeutet, sehen wir gerade in Griechenland, Spanien und Portugal.*

■ Was unterscheidet Occupy von Gewerkschaftsdemonstrationen? Nimmst du als Gewerkschafter teil?

■ *Für mich als Gewerkschafter war es erstmal schwer zu verstehen, warum Partei- und Verbandsfahnen nicht erwünscht sind. Mittlerweile muss ich sagen, dass das eine Stärke der Bewegung ist. Man wird nicht in Schubladen gesteckt, nach dem Motto „Ach schau mal, die üblichen Verdächtigen demonstrieren gegen das Kapital". Es ist eine echte Bürgerbewegung, die auch sauer auf Parteien und einige Verbände ist. Kommt man als Gewerkschafter, wird man herzlich empfangen, aber bitte ohne Embleme!*

Hans-Böckler-Stiftung

Betriebsvereinbarungen gesucht

Die Hans-Böckler-Stiftung (HBS) ruft auch in diesem Jahr Betriebsräte dazu auf, abgeschlossene Betriebsvereinbarungen einzusenden. In den vergangenen Jahren konnten so im *Archiv Betriebliche Vereinbarungen* bereits 12 000 Dokumente gesammelt werden. Diesmal sind vor allem Vereinbarungen zu Leiharbeit, befristeter Beschäftigung, dem Umgang mit Social Media/Web 2.0-Anwendungen, Outsourcing, Werkverträgen, Erfolgs- und Leistungsvergütungen sowie Vereinbarungen von Euro-Betriebsräten gefragt. Einsendeschluss ist Ende Februar 2012. Als Dank erhalten die TeilnehmerInnen Publikationen der HBS-Reihe Betriebs- und Dienstvereinbarungen kostenlos. •

www.boeckler.de/betriebsvereinbarungen

interregio

••• ***Der DGB Sachsen*** ruft alle Beamtinnen und Beamten, die beim Freistaat, Landkreisen oder Kommunen beschäftigt sind, zum ***Widerspruch*** gegen die gekürzte Besoldung für den Monat Dezember auf. Der Grund: Sächsische BeamtInnen bekommen erstmals kein Weihnachtsgeld ausgezahlt. Der DGB bietet einen Musterwiderspruch und eine ausführliche Begründung auf seiner Website an. „Mit der Streichung des Weihnachtsgeldes wird eine erhebliche Absenkung der Realeinkommen von Polizisten, Feuerwehrleuten, Justizangestellten und Verwaltungsbeamten durchgesetzt, die nicht verfassungsgemäß ist", so der stellvertretende DGB-Bezirksvorsitzende Markus Schlimbach.

http://bit.ly/tLnbm5

••• Der ***DGB Thüringen*** macht mit ***Aktionswochen*** auf die Auswirkungen von Haushaltskürzungen der Landesregierung aufmerksam. Die DGB-Landesvorsitzende Renate Licht betont: „Gut die Hälfte der vorgesehenen Kürzungen im Landeshaushalt für 2012 gehen zu Lasten der Kommunen. Das wollen wir nicht unwidersprochen hinnehmen." Unter dem Motto „Thüringen - Gerecht geht anders!" will der DGB Thüringen vom 7. bis 18. November gemeinsam mit Städten, Gemeinden, Beschäftigten und BürgerInnen Alternativen aufzeigen. „Wenn die Kommunen plötzlich mit sehr viel weniger Geld auskommen müssen, dann sind nicht nur der Erhalt und der Ausbau der kommunalen Infrastruktur in Gefahr", so Licht.

http://hessen-thueringen.dgb.de/-/dvp

DGB-Bildungswerk

Programm 2012 online

Betriebsratsarbeit ist anspruchsvoll. Von der Wahl bis hin zu den täglichen Anforderungen im Unternehmen – die betriebliche Mitbestimmung erfordert Kenntnis auf vielen Feldern. Verlässlicher Bildungsanbieter für Betriebsräte ist seit 40 Jahren das DGB-Bildungswerk. Mit dem neuen Seminarprogramm für 2012 liefert es auch im kommenden Jahr wieder wichtiges Basis- und Expertenwissen für ArbeitnehmervertreterInnen. Für einige Seminare gibt es bis zum 15. Dezember einen Frühbucherrabatt. Alle Buchungen können online vorgenommen werden. Das Programm steht zum Download im Internet. •

http://bit.ly/tdr0uB

Nahrungsmittelspekulationen

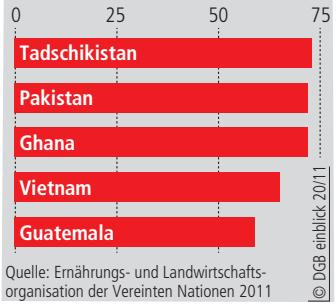
Volle Konten und leere Mägen

Spätestens seit der Finanzkrise ist klar: Die Finanzmarktakteure wollen Geld verdienen, egal zu welchem Preis. Auch mit Nahrungsmitteln wird gezockt. Mit fatalen Folgen für Menschen in den Entwicklungs- und Schwellenländern. Aber auch mit Nachteilen für ArbeitnehmerInnen in der Nahrungsmittelproduktion.

Lange Zeit galten Warenterminbörsen – oder auch Futuresbörsen genannt – nicht als Hort von Zockern und Profiteuren. Vielmehr erfüllten sie eine wichtige Funktion. Sie dienten Käufern und Verkäufern von zum Beispiel Nahrungsmittelrohstoffen zur Preisabsicherung. Der Bruch mit dieser Tradition kam am Ende des vergangenen Jahrtausends, als Anleger infolge der geplatzten Internetblase nach Alternativen suchten. Investmentbanken wie Goldman-Sachs entwickelten selber Rohstoff-Indizes, um mit dem Geld ihrer Anleger zu arbeiten. In einer Analyse für den Verein Foodwatch kommentiert der Journalist Harald Schumann: „Erstmals in ihrer 150-jährigen Geschichte waren Rohstoff-Futures fortan nicht mehr bloß ein Instrument zur Preisfindung und -absicherung." Den volkswirtschaftlichen Sinn dieser Kapitalumleitung mussten die Investmentbanker nicht erklären, die vermeintlichen Gewinnaussichten genügten, so Schumann.

Teure Nahrung

Ausgaben des unteren Fünftels der jeweiligen Bevölkerung für Nahrungsmittel (in Prozent)



Quelle: Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen 2011

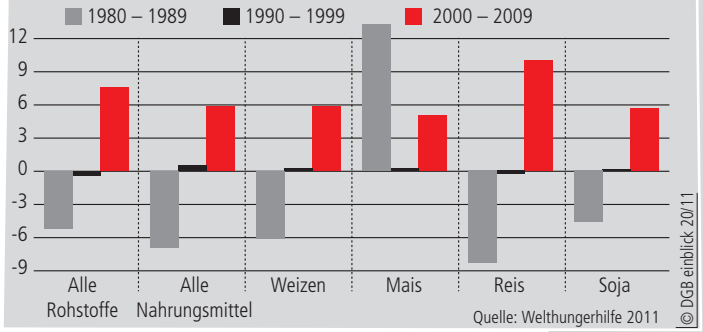
Die Preissteigerung bei Nahrungsmittel trifft vor allem die Ärmsten der Armen. Bis zu drei Viertel ihres Einkommens müssen sie für Nahrung ausgeben.

Gut zehn Jahre später sind die Folgen immens. Banken und Hedgefonds machen reichlich Gewinn mit Spekulationen auf Rohstoffe und Nahrungsmittel. So konnte Goldman Sachs 2009 allein mit Rohstoffderivaten einen Gewinn von fünf Milliarden US-Dollar verzeichnen – das ist Platz eins, dicht gefolgt von Merrill Lynch und der Deutschen Bank. Doch der rein spekulative Handel reicht den Banken nicht mehr. Rund um den Globus kaufen sie seit einigen Jahren Lagerhallen, Tanker und Pipeline-Kapazitäten, um Rohstoffe nun selbst zu lagern und so die Preisentwicklung zu beeinflussen.

Den Vorwurf, durch ihr Vorgehen mit Schuld an Hunger und Not zu sein, weisen die Banken zurück. Sie machen Ernteausfälle und steigende Nachfrage für höhere Preise verantwortlich. DGB-Vorstandsmitglied Claus Matecki kritisiert dies scharf: „Die Preisentwicklung an den Agrarbörsen steht in keinem Verhältnis zu Ernteausfällen oder einem plötzlichen Nachfrageanstieg. Die explosionsartigen Preissteigerungen bei vielen Agrarprodukten und abrupte Preisschwankungen sind nicht ohne Spekulation erklärbar." Spekulationen mit Nahrungsmitteln seien volkswirtschaftlich und moralisch verwerflich. Matecki weiter: „Hungerkatastrophen sind in den Augen der Spekulanten Kollateralschäden, die billigend in Kauf genommen werden. Millionen Menschen darben derzeit zum Beispiel in Ostafrika. Deshalb: Finanzgeschäfte mit Nahrungsmitteln verbieten!" Weltweit geht die Welternährungsorganisation (FAO) der UNO von 925 Millionen hungernden Menschen für das Jahr 2010 aus, Tendenz steigend.

Preisanstieg im neuen Jahrtausend

Weltweite Preisentwicklung von Rohstoffen und Nahrungsmitteln in den vergangenen drei Jahrzehnten (in Prozent)



Quelle: Welthungerhilfe 2011

Der Trend ist eindeutig: Seit gut zehn Jahren steigen die Preise für Rohstoffe aller Art – auch für Nahrungsmittel im Allgemeinen sowie für Weizen, Mais, Reis und Soja im Speziellen.

Die Mechanismen an den Finanzmärkten wirken sich aber auch auf die Nahrungsmittelproduktion in Deutschland aus. Der NGG-Vorsitzende Franz-Josef Möllenberg kritisiert: „Die Unternehmen der Ernährungswirtschaft können die stark steigenden Preise für Nahrungsmittelrohstoffe angesichts des Preiskampfes nicht oder nur begrenzt am Markt durchsetzen. Die Folge ist, dass die Arbeitsbedingungen sowie die Löhne und Gehälter der Beschäftigten stärker unter Druck geraten." Er fordert: „Notwendig ist eine umfassende Transparenz einschließlich der Berichtspflichten im Rohstoffhandel, insbesondere für Nahrungsmittel. Weiterhin ist es notwendig, Warentermingeschäfte zu regulieren und reine Finanzspekulanten von den Märkten für Nahrungsmittelrohstoffe auszuschließen."

Land Grabbing unterbinden

Neben den Spekulationen auf Nahrungsmitteln verschärft das so genannte Land Grabbing die Not vieler Menschen in Entwicklungsländern. Mächtige Investoren, wie Großkonzerne, kaufen zu günstigen Preisen Acker- und Weideland auf. Auch die aufstrebenden Länder China und Brasilien beteiligen sich, um unabhängiger von schwankenden Lebensmittelpreisen zu werden. Sie alle machen sich zunutze, dass die Besitzverhältnisse in den Entwicklungsländern häufig unklar sind. Und die Regierungen dort geben sich mit dem Versprechen auf mehr Arbeitsplätze zufrieden. Doch oft sind dies leere Ankündigungen, wie die Hilfsorganisation Oxfam feststellt. Auf politischer Ebene wird seit 2008 an Regelungen gearbeitet. Nachdem sich die Vereinten Nationen im Oktober nicht auf Regelungen einigen konnten, um Land Grabbing einzudämmen, steht 2012 ein neuer Anlauf an.

www.einblick.dgb.de/hintergrund

GEWERKSCHAFTEN

kurz&bündig

Die IG Metall hat sich mit den französischen Metallgewerkschaften auf eine gemeinsame industriepolitische Erklärung verständigt. So fordern sie unter anderem eine Industrie- und Sozialpolitik, die die Kaufkraft der Beschäftigten verbessert und eine nachhaltige Produktionsweise fördert. Die Erklärung sei ein klares Bekenntnis pro Europa.

ver.di und der Deutsche Journalistenverband (DJV) haben sich mit dem Verband deutscher Zeitschriftenverleger auf einen neuen Tarifvertrag für Redakteure geeinigt. Dieser sieht eine Gehaltserhöhung von 1,5 Prozent ab 2012 und eine Einmalzahlung von 350 Euro im Februar 2013 vor. Tarifabbau konnten ver.di und DJV verhindern.

Die GdP begrüßt die Initiative des Deutschen Fußball-Bundes und des Ligaverbandes DFL, Pyrotechnik in Stadien zu verbieten. Zudem unterstützt die GdP deren Vorschlag, eine „Task Force Sicherheit" zu gründen. Er soll der Innenministerkonferenz unterbreitet werden.

Die IG BAU will den Arbeits- und Gesundheitsschutz in der Bauwirtschaft verbessern. Gemeinsam mit Arbeitgebern und Verbänden vereinbarte sie, dass Unfälle durch rechtzeitige Analysen noch besser verhindert werden sollen. Die Sozialpartner streben zudem eine effizientere Überprüfung von Baustellen an.

Gelbe Hand

25 Jahre gegen Rassismus

Als im September 1985 die DGB-Jugend und das DGB-Jugendmagazin 'ran die Gelbe-Hand-Aktion „Mach meinen Kumpel nicht an!" nach französischem Vorbild starteten, trafen sie mit ihrer Initiative gegen Ausländerfeindlichkeit und Rassismus voll den Nerv der Zeit. Schnell wurde ihr Logo zum bekannten Symbol gegen Ausländerhass. Viele prominente Unterstützer, von Udo Lindenberg über Götz George alias Tatort-Kommissar Schimanski bis zum Journalisten Günter Wallraff, zeigten mit der Gelben Hand Flagge.

Ein Jahr später erhielt die Initiative mit der Gründung des Kumpel-Vereins einen organisatorischen Rahmen. Zum 25-jährigen Jubiläum lädt der Verein zu einer Festveranstaltung am 18. November nach Düsseldorf ein. Zahlreiche Gäste, viele von ihnen seit langem engagierte Begleiter des Projektes, werden erwartet. Etwa Ilse Brusis, von 1982 bis 1990 Mitglied im Geschäftsführenden Bundesvorstand des DGB. In ihre Amtszeit fiel die Gründung des Vereins, und sie wurde die erste Vorsitzende. Zugesagt haben u.a. auch Günter Wallraff und die NRW-Europaministerin Angelica Schwall-Düren.

Seit einem Vierteljahrhundert richtet sich der Kumpelverein präventiv vor allem an Jugendliche in Ausbildung und Schule. Im Internet und mit einem Newsletter verbreitet er nachahmenswerte Aktivitäten gegen Fremdenhass. Auch der Wettbewerb „Die gelbe Hand" zeichnet beispielhafte Initiativen aus. Der Verein zählt bundesweit rund 170 Fördermitglieder, darunter der DGB-Vorsitzende Michael Sommer oder NRW-Arbeitsminister Guntram Schneider. Wichtig sei es, immer wieder klarzumachen, dass es zur Integration keine Alternative gebe, erklärt der Vorsitzende Giovanni Pollice, zugleich Vizevorsitzender des Interkulturellen Rates: „Man darf sich nicht zurücklehnen und glauben, die anderen werden es schon richten." •

www.gelbehand.de

Kündigungsschutz

Jugend bleibt außen vor

Die geltende Regelung im deutschen Kündigungsrecht, dass Beschäftigungszeiten vor dem 25. Lebensjahr bei der Berechnung der Kündigungsfrist nicht berücksichtigt werden, verstößt gegen EU-Recht. Das hat der Europäische Gerichtshof (EuGH) bereits im Januar 2010 festgestellt. Um dem Urteil gerecht zu werden, müssten die entsprechenden Paragraphen im Bürgerlichen Gesetzbuch gestrichen werden. Doch die schwarz-gelbe Regierungskoalition verweigert sich und erteilte Ende Oktober einem entsprechenden Gesetzentwurf von SPD und Bündnis 90/Die Grünen im Bundestag eine klare Absage. „Unerträglich" sei dies, kritisiert die IG BAU-Bundesjugendvorsitzende Saskia Beck. Es sei offensichtlich nicht gewollt, jungen Menschen die gleiche Sicherheit für ihre Lebensplanung zu bieten wie anderen Beschäftigten. •

Solidarität

GEW unterstützt Verhaftete

Der GEW-Vorsitzende Ulrich Thöne bittet alle Mitglieder, mit Briefen an die Regierung von Bahrein gegen die Verhaftung von Lehrern zu protestieren. Hintergrund: Anfang September wurde der Vorsitzende der bahrainischen Lehrergewerkschaft Mahdi Abu Dheeb von einem Militärgericht verurteilt. Er hatte sich zusammen mit Lehrkräften der Gewerkschaft BTA und Studierenden der Demokratiebewegung vom März 2011 angeschlossen. Die Regierung hat mittlerweile die Gewerkschaft aufgelöst, verhaftet Mitglieder, entlässt Lehrkräfte und streicht Stipendien. Die Bildungsinternationale, die weltweit rund vierhundert Gewerkschaften mit über dreißig Millionen Mitgliedern vertritt, ruft zur Solidarität mit den inhaftierten Gewerkschaftern auf. •

http://bit.ly/uL4NSo



„Heute für morgen Zeichen setzen" wird – wie auch 2011 – das Motto des Internationalen Frauentags 2012. Erstmals haben sich die Gewerkschaftsfrauen entschieden, die Veranstaltungen zum 8. März unter dasselbe Motto zu stellen wie im Vorjahr.

Steuersenkung

Geld sinnvoller investieren

Steuergeschenke, wie sie die Regierungskoalition Anfang November versprochen hat, lehnt DGB-Vorstandsmitglied Claus Matecki ab: Sie würden nicht zu spürbaren Entlastungen bei unteren und mittleren Einkommen führen. Verlierer seien Länder und Kommunen. Das Geld sollte die Bundesregierung lieber investieren: „Die Steuermehreinnahmen aus 2011 sollten vor allem für Infrastruktur, Bildung und ökologisch sinnvolle Investitionen – zum Beispiel die energetische Gebäudesanierung – ausgegeben werden." •

Europapolitik

Euro-Rettung – auf Kosten der Demokratie?

Ohne einen grundlegenden politischen Kurswechsel gefährden die Schuldenkrise und die Maßnahmen zur Rettung des Euros nicht nur die Europäische Integration, sondern auch die Demokratie, befürchtet DGB-Vorstandsmitglied Annelie Buntenbach.

Wenn es den politisch Verantwortlichen in Europa nicht gelingt, die wild gewordene Finanzwelt zur Vernunft zu bringen und sie in politisch regulierte Bahnen zu zwingen, dann gerät unser demokratisches System – einschließlich aller partizipativen Elemente – in ernste Gefahr. Was in Griechenland geschieht, zeigt dabei nur eines von vielen Symptomen – wenn auch das zurzeit gefährlichste. In Griechenland zahlen ArbeitnehmerInnen, RentnerInnen, Arbeitslose und sozial Schwache allein für die Sanierung des Staatsbudgets. Der öffentliche Dienst wird geradezu zerschlagen. 30 000 Menschen werden entlassen, innerhalb kürzester Zeit.

Es ist offensichtlich, dass die Verwaltung Griechenlands erschreckende Mängel hat, Reiche und Vermögende kaum bis keine Steuer zahlen und sich das dringend ändern muss. **Aber dass sämtliche Lasten den Arbeitnehmern und Rentnern aufgebürdet werden, das ist skandalös.** Die Troika greift ganz offen in die Tarifautonomie ein und zwingt zur Absenkung der Mindestlöhne. IWF, EZB und EU-Kommission sollten stattdessen die griechische Regierung dabei unterstützen, wirtschaftlich wieder auf die Beine zu kommen und klar strukturierte und demokratisch kontrollierte Behörden aufzubauen, insbesondere Finanzbehörden.

Das Beispiel Griechenland zeigt, dass die europäischen Regierungen mit ihren falschen Rezepten gescheitert sind. Insbesondere Deutschland hat sich für einen einseitigen, rigiden Sparkurs eingesetzt und sich in Europa damit durchgesetzt. Die Gewerkschaften haben diesen Ansatz von Anfang an mit Nachdruck kritisiert. Er ist und bleibt ökonomisch falsch, und er ist auch gesellschaftlich falsch. Eine Volkswirtschaft kann sich nicht aus den Schulden heraussparen. Die Sparprogramme haben die Wirtschaft zum Absturz gebracht. Steuereinnahmen bleiben aus, der Konsum bricht ein, und die finanzielle Lage des Staates verschlimmert sich weiter. **Was Griechenland neben strukturellen Reformen dringend braucht, ist ein effektives Konjunkturprogramm, eine Art Marshallplan für Griechenland.**

Der bisherige Weg ist aber auch gesellschaftspolitisch falsch. Er forciert die Spaltung der griechischen Gesellschaft und auch die Spaltung Europas. Den Griechen wird irrsinnig viel zugemutet, ohne dass sie auch nur den geringsten Einfluss auf die Maßnahmen, zum Beispiel auf die Verteilung der Lasten, nehmen könnten. **Eine Demokratie kommt so an den Rand ihres Zusammenbruchs.** Und in was für einer Welt leben wir, in der ein Regierungschef so massiv dafür kritisiert wird, dass er sein Volk um die Legitimation für sein Handeln in der wohl schwersten Krise des Landes bitten will?



Foto: DGB

Annelie Buntenbach, 56, ist seit 2006 Mitglied des Geschäftsführenden DGB-Bundesvorstandes und unter anderem für Europapolitik zuständig.

Wir dürfen die Grundsatzfrage nicht aus den Augen verlieren: Nicht die Finanzmärkte haben über die Wege der Demokratie zu entscheiden, sondern die Menschen in Europa. Sonst können wir gleich die nächsten Wahltermine von den Aktienkursen oder der Empfehlung der Investmentbanker abhängig machen. Ein so weitreichender gesellschaftlicher Umbauplan, wie er den Griechen abverlangt wird, braucht demokratische Legitimation. **Er ist nur mit dem Volk zu bewerkstelligen, nicht dagegen.**

Die Gewerkschaften sehen mit großer Sorge, dass nicht nur in Griechenland ein Großteil der finanziellen Lasten zur Bewältigung der Krise allein auf die ArbeitnehmerInnen abgewälzt wird. Gleichzeitig geraten mühsam errungene soziale Schutzrechte, die Rechte der Beschäftigten und ihrer Gewerkschaften immer mehr unter die Räder. Es geht um drastische Einschnitte in die Sozialsysteme etwa durch die Vorgabe, das Renteneintrittsalter anzuheben. Oder durch die so genannte Flexibilisierung des Arbeitsmarkts, die in Spanien die Schleifung des Kündigungsschutzes bedeutet. Und es geht um massive Eingriffe in die Tarifautonomie.

So empfiehlt der im März von den Mitgliedstaaten der EU beschlossene Euro-Plus-Pakt, in den besonders krisengeschüttelten Mitgliedstaaten gesetzliche Mindestlöhne abzusenken und gesetzlich fixierte Lohnindexierungen abzuschaffen. **Das ist ein Angriff auf den Kernbereich von Demokratie.** Die Gewerkschaften fordern deshalb eine soziale Schutzklausel, die dafür sorgt, dass bei allen Maßnahmen der EU soziale Grundrechte umfassend respektiert werden und das Europäische Sozialmodell geschützt wird.

Die Gewerkschaften sprechen sich seit langem für eine europäische Wirtschaftsregierung aus. Für uns gehört dazu aber auch, die Finanzmärkte verbindlich zu regulieren und das Steuerdumping in Europa zu beenden. Eine solche Wirtschaftsregierung ist für uns nicht denkbar ohne mehr Demokratie. Das heißt: mehr Rechte für das EU-Parlament und mehr soziale Gerechtigkeit. **Wir müssen mehr in den sozialen Zusammenhalt in Europa investieren.** Wenn wir den Menschen in Europa nicht eine sichtbare Perspektive bieten, werden die Rechtspopulisten weiter an Boden gewinnen. Gegen die Verbreitung nationalistischer Ressentiments müssen wir klare Kante zeigen, aber dafür ist ein sozialeres Europa nötig. **Europa muss sozialer und demokratischer werden – dafür zu kämpfen lohnt sich!**

Soziale Grundrechte erhalten

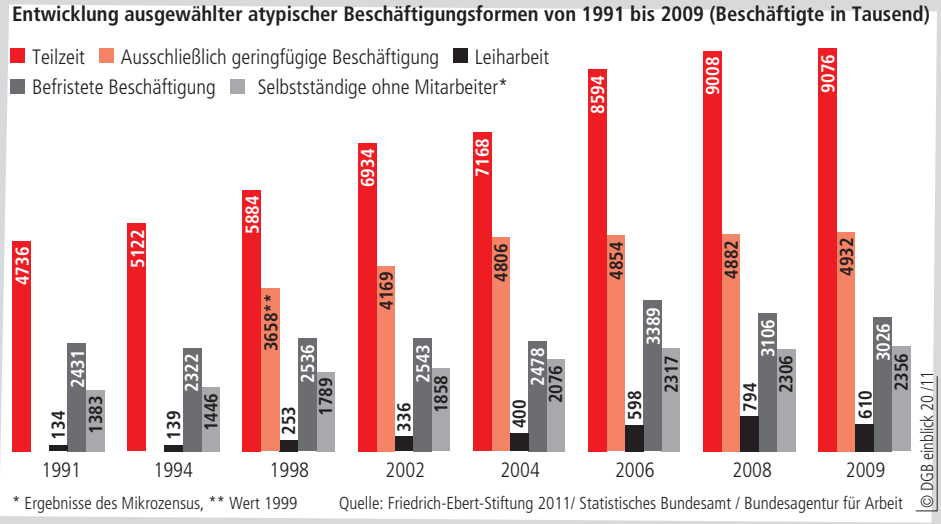
Der Europäische Wirtschafts- und Sozialausschuss (EWSA) sorgt sich um die sozialen Grundrechte der EU-Bürgerinnen und Bürger. In der aktuellen Wirtschaftskrise stünden die Grundrechte „unter starkem politischen Druck". Der EWSA, dem VertreterInnen der Gewerkschaften, der Arbeitgeberseite und verschiedener Verbände wie beispielsweise Verbraucherschutzorganisationen angehören, mahnt in einer Stellungnahme an die EU-Kommission und das EU-Parlament: „Sämtliche Vereinbarungen, Konjunkturpläne sowie andere Maßnahmen (...) dürfen keinesfalls gegen die sozialen Rechte verstoßen." Als Beispiel fügt der Ausschuss das Recht auf Tarifverhandlungen an. Grundsätzlich hält der EWSA eine Weiterentwicklung zu einem „effektiven Grundrechteschutz" für dringend geboten.

DIES & DAS

die DGB grafik

ATYPISCHE BESCHÄFTIGUNG: Teilzeitarbeit boomt

Teilzeitarbeit, geringfügige Beschäftigung, befristete Jobs, Leiharbeit und Solo-Selbstständigkeit sind seit fast 20 Jahren auf dem Vormarsch. Das belegt eine Analyse der Friedrich-Ebert-Stiftung (FES). Besonders hoch ist der Anstieg der Teilzeitarbeit. Mit einem Anteil von mehr als 80 Prozent arbeiten vor allem Frauen in Teilzeit. Teilzeitarbeit werde – nicht immer freiwillig – vor allem geleistet, um Job und Familie zu vereinbaren, so die FES. Über 20 Prozent aller Beschäftigten sind geringfügig beschäftigt.



personalien

••• ***Frederik Moch,*** 28, ist seit 1. November neuer Referent für Energiepolitik in der Abteilung Struktur-, Industrie- und Dienstleistungspolitik beim DGB-Bundesvorstand. Zuvor war er fünf Jahre lang beim Bundesverband Solarwirtschaft tätig. Moch hat regenerative Energietechnik und Nachhaltigkeitsmanagement studiert.

14 TAGE

mehr Infos: www.einblick.dgb.de

15./16.11. DGB in Kooperation mit *Der Personalrat*, Fachtagung „14. Schöneberger Forum", Berlin

15.-25.11. Friedrich-Ebert-Stiftung, Ausstellung „Demokratie stärken – Rechtsextremismus bekämpfen", Großenlüder

16.11. Bundesarbeitsministerium, Europäischer Sozialfonds für Deutschland gemeinsam mit DGB und BDA, Fachtagung „weiter bilden" – gemeinsam die berufliche Weiterbildung stärken", Berlin

17.11. Bündnis, Aktionstag „Bundesweiter Bildungsstreik"

22.11. DGB Sachsen, Workshop „Einigkeit durch Vielfalt" – Strategieworkshop der sächsischen Gewerkschaften als Vorbereitung auf den 13. Februar 2012 und der geplanten Neonazi-aufmärsche in Dresden", Dresden

23.11. DGB Berlin-Brandenburg und DGB Sachsen, Lausitz-konferenz zum Thema Fachkräfte „Mythos oder Realität? Fachkräftemangel in der Lausitz", Hoyerswerda

24.11. GEW, Informations- und Diskussionsveranstaltung über die Defizite der Personalstruktur und Karrierewege an Universitäten und zum Templiner Manifest, Ilmenau

25./26.11. GEW, Fachtagung Frauen- und Gleichstellungspolitik „FrauenStärken im Schulbereich", Berlin

Tipp

Buch: ***DGB-Bundesvorstand (Hrsg.), bearbeitet von Rolf Winkel und Hans Nakielski: 111 Tipps zu Arbeitslosengeld II und Sozialgeld, 4. überarbeitete Auflage, Bund-Verlag, Frankfurt/M. 2011, 240 Seiten, 12,90 Euro***

Seit Januar gelten die neuen Hartz-IV-Regelungen. Der DGB-Bundesvorstand steht ALG-II-EmpfängerInnen mit dem Ratgeber „111 Tipps zu Arbeitslosengeld II und Sozialgeld" zur Seite. So zeigt der DGB, wie Ansprüche auf das Bildungspaket, Riester-Förderung, Kranken-, Pflege- oder Elterngeld wahrgenommen werden. Checklisten, Tipps zum Ausfüllen von Formularen und Musterbriefe erleichtern den Umgang mit der komplexen Materie. Die 4. überarbeitete Auflage berücksichtigt neben den aktuellen Reformen viele Grundsatzurteile, z.B. zu Wohn- und Heizkosten.

Schlusspunkt.

„Es ist wie bei Kindern: Zwanzig Jahre hat man an sie hin gepredigt, dass sie ihr Zimmer aufräumen, und plötzlich sieht es doch ganz manierlich aus."

Tom Koenigs, MdB Bündnis 90/Die Grünen, in der „Süddeutschen Zeitung" vom 5. November zum Wandel der CDU bei den Themen Atomausstieg, Wehrpflicht und Mindestlohn.

IMPRESSUM *einblick* erscheint vierzehntäglich **Herausgeber:** DGB **Verlag:** Graewis Verlag GmbH **GeschäftsführerInnen:** Anne Graef, Dr. Peter Wilke **Redaktion:** Anne Graef (verantw.), Sebastian Henneke **Redaktionelle Mitarbeit:** Udo Böhlefeld, Birgit Böhret, Luis Ledesma **Redaktionsanschrift:** Wallstraße 60, 10179 Berlin, Tel. 030/308824-0, Fax 030/30882420, Internet: www.einblick.dgb.de, E-Mail: redaktion@einblick.info **Anzeigen:** Bettina Mützel, Tel. 030/859946-240, Fax 030/859946-100, E-Mail: bettina.muetzel@berlin.de **Layout:** zang.design **Infografik:** Klaus Niesen **Druck und Vertrieb:** PrintNetwork Berlin **Abonnements:** Änderungen schriftlich an Redaktion *einblick* (Adresse s.o.)
Nachdruck frei für DGB und Gewerkschaften bei Quellenangabe und zwei Belegexemplaren. Alle Anderen nur nach schriftlicher Genehmigung durch den Verlag. Nachdruck von namentlich gezeichneten Artikeln nur nach Genehmigung durch Verlag und Autor.

Beihilferecht

Kein Zuschuss für nahe Angehörige

Ein Beamter hat keinen Anspruch auf Beihilfe, wenn er im Betrieb eines nahen Angehörigen von Angestellten behandelt worden ist und der Angehörige als Inhaber der Praxis die Honorarforderung geltend macht. Nach den Beihilfevorschriften sind Aufwendungen für die persönliche Tätigkeit eines nahen Angehörigen (Ehegatten, Eltern und Kinder) bei einer Heilbehandlung nicht beihilfefähig.

Bundesverwaltungsgericht,
Urteil vom 29. September 2011 – 2 C 80.10

Elterngeld

Verkürzung bei vorzeitiger Geburt

Im Falle einer vorzeitigen Geburt wird das vor dem errechneten Geburtstermin gezahlte Mutterschaftsgeld auf das Elterngeld angerechnet. Eine Verkürzung der Bezugsdauer von Elterngeld aufgrund der Verlängerung der nachgeburtlichen Schutzfrist ist nicht zu beanstanden.

Hessisches Landessozialgericht,
Urteil vom 26. September 2011 – L 6 EG 4/09

Leiharbeitnehmer

Interessenausgleich beim Entleiher

Der Arbeitgeber hat im Falle einer Betriebsänderung in Unternehmen mit in der Regel mehr als 20 wahlberechtigten Arbeitnehmern mit dem Betriebsrat über einen Interessenausgleich zu beraten. Bei der Ermittlung dieses Schwellenwerts sind Leiharbeitnehmer, die länger als drei Monate im Unternehmen eingesetzt sind, zu berücksichtigen, obwohl sie nicht in einem Arbeitsverhältnis zum Entleiher stehen. Unterlässt der Arbeitgeber die Beratung mit dem Betriebsrat, haben Arbeitnehmer, die infolge der Betriebsänderung ihren Arbeitsplatz verlieren, einen Anspruch auf Abfindung als Nachteilsausgleich.

Bundesarbeitsgericht,
Urteil vom 18. Oktober 2011 - 1 AZR 335/10 -

Elternzeit

Verlängerung nur wenn Firma zustimmt

Nach dem Gesetz zum Elterngeld und zur Elternzeit müssen ArbeitnehmerInnen, die Elternzeit in Anspruch nehmen wollen, gegenüber dem Arbeitgeber erklären, für welche Zeiten innerhalb von zwei Jahren Elternzeit genommen werden soll. Eine so festgelegte Elternzeit kann der Arbeitnehmer nur mit Zustimmung des Arbeitgebers verlängern.

Bundesarbeitsgericht,
Urteil vom 18. Oktober 2011 - 9 AZR 315/10 -

Rundfunkgebühr

Befreiung nur für BAföG-Studenten

Von der Rundfunkgebührenpflicht befreit werden Bezieher bestimmter staatlicher Sozialleistungen wie BAföG. StudentInnen, die keine BAföG-Leistungen beziehen, sondern ihren Lebensunterhalt durch einen Studienkredit bestreiten, können grundsätzlich nicht von der Rundfunkgebührenpflicht befreit werden.

Bundesverwaltungsgericht,
Urteil vom 12. Oktober 2011 - 6 C 34.10

Bestattungspflicht

Befreiung nur bei schwerer Verfehlung

Bestattungskosten übernimmt der Sozialhilfeträger nur, wenn das den bestattungspflichtigen Verwandten aus wirtschaftlichen oder persönlichen Gründen nicht zugemutet werden kann.

Der Fall: Die Frau veranlasste die Bestattung ihres verstorbenen Bruders, der Hartz IV bezog. Gegenüber dem Sozialamt beantragte die Frau die Übernahme der Bestattungskosten. Es lägen zerrüttete Familienverhältnisse vor. Das Sozialamt lehnte den Antrag ab. Die Bestattungskosten seien der Frau zuzumuten, die sich auch an ihre beiden anderen ausgleichspflichtigen Geschwister halten könne. Die dagegen gerichtete Klage der Frau hatte keinen Erfolg.

Das Landessozialgericht: Die Frau als Klägerin sowie die weiteren Geschwister des Verstorbenen sind als nächste Verwandte bestattungspflichtig und haben damit auch die anfallenden Kosten zu tragen. Der Klägerin ist dies auch wirtschaftlich und persönlich zumutbar. Bei der Gewichtung der wirtschaftlichen Auswirkungen sind rechtliche und soziale Nähe sowie zwischenmenschliche Beziehungen zum Verstorbenen zu berücksichtigen. Der Verstorbene hat gegenüber seiner Schwester keine schweren Verfehlungen – wie Körperverletzungen, sexueller Missbrauch oder grobe Verletzung von Unterhaltsverpflichtungen – begangen. Ein zerrüttetes Verhältnis oder fehlende Nähe zwischen Geschwistern macht hingegen die Kostentragung nicht unzumutbar. Andernfalls hätte bei den vielfach gelockerten familiären Verhältnissen der heutigen Zeit die Allgemeinheit häufig die Bestattungskosten zu tragen.

Hessisches Landessozialgericht,
Urteil vom 6. Oktober 2011 - L 9 SO 226/10

Kündigung

Der Papst verdient Respekt

Ein Arbeitnehmer in einer von der Kirche getragenen Einrichtung muss mit einer fristlosen Kündigung rechnen, wenn er Texte veröffentlicht, die den Papst diffamieren.

Der Fall: Der langjährig im kirchlichen Krankenhaus beschäftigte Pfleger hatte unter Pseudonym im Internet den Papst diffamierende, von ihm selbst als Satire bezeichnete Texte veröffentlicht. Nach Bekanntwerden der Autorenschaft drohte der Arbeitgeber eine fristlose, verhaltensbedingte Kündigung an, schloss letztlich aber mit dem Krankenpfleger einen Aufhebungsvertrag. Die Arbeitsagentur verhängte eine zwölfwöchige Sperrzeit, die Kündigung sei berechtigt. Die dagegen gerichtete Klage hatte keinen Erfolg.

Das Landessozialgericht: Für den Abschluss des Aufhebungsvertrags habe der Krankenpfleger keinen wichtiger Grund gehabt, der Arbeitgeber hätte ihm sonst zu Recht außerordentlich fristlos kündigen können. Der Arbeitnehmer hat sich wegen seiner Tätigkeit in einer kirchlichen Einrichtung auch außerdienstlich so zu verhalten, dass kein Widerspruch zu den Grundsätzen des Beschäftigungsbetriebs entsteht. Durch polemische und auf niedrigem Niveau angesiedelte Äußerungen gegen den Papst hat der Arbeitnehmer die katholische Kirche selbst angegriffen und seine Loyalitätsobliegenheiten nachhaltig verletzt. Die Veröffentlichung unter einem Pseudonym ändert daran nichts. Einer vorherigen Abmahnung durch den Arbeitgeber hat es nicht bedurft, da das Vertrauensverhältnis durch das gravierende Fehlverhalten dauerhaft zerstört war.

Landessozialgericht Baden-Württemberg,
Urteil vom 21. Oktober 2011 - L 12 AL 2879/09

Autor: Luis Ledesma, Kassel – einblick 20/11

einblick
gewerkschaftlicher Info-Service vom 28.11.2011 21/11

DGB

inhalt

Seite 3
Amazon in der Kritik
Der Internet-Versandhändler zahlt unter Tarif und stellt oft nur befristet ein. ver.di kritisiert das Vorgehen und mobilisiert die Beschäftigten

Seite 5
Verkaufsdruck stoppen
Banken sind nicht zimperlich, um ihre Finanzprodukte zu verkaufen. Leidtragende sind die BankberaterInnen. ver.di hat erste Erfolge erzielt, um den Verkaufsdruck zu stoppen

Seite 7
Chancen nutzen
Hartmut Meine, IG Metall-Bezirksleiter für Niedersachsen und Sachsen-Anhalt, sieht Chancen, die die Gewerkschaften beim Thema Fachkräftemangel nutzen sollten

DGB-Verteilungsbericht 2011

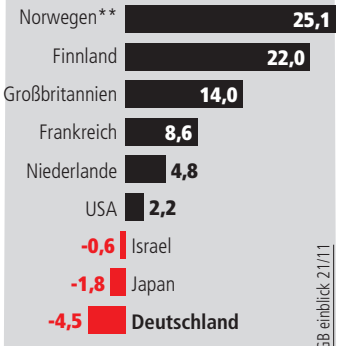
Gute Zeiten für Vermögende

Für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer war das letzte Jahrzehnt nur mäßig, was die Einkommensentwicklung angeht. Unternehmer und Vermögende hingegen können auf lukrative Jahre zurückblicken. Das zeigt der DGB-Verteilungsbericht 2011. „Real haben die Beschäftigten hierzulande weniger in der Tasche als zur Jahrtausendwende", kritisiert DGB-Vorstandsmitglied Claus Matecki. Damit ist Deutschland bei der Einkommensentwicklung das Schlusslicht unter den Industriestaaten.

So ist die Lohnquote von 71,8 Prozent im Jahr 2001 auf 66,5 Prozent 2010 gesunken. Zeitgleich ist die Profitquote, also der Anteil der Unternehmens- und Vermögenseinkommen am Volkseinkommen, von 27,9 Prozent im Jahr 2000 auf 33,5 Prozent 2010 gestiegen. Matecki fordert, dass „die Umverteilung der gesamtwirtschaftlichen Einkommen zulasten der abhängig Beschäftigten beendet werden muss". Aus Sicht des DGB sei es Zeit für „kräftige Lohnerhöhungen". Deutschland brauche eine produktivitätsorientierte Lohnpolitik, also einen Zuwachs der Löhne und Gehälter, der mindestens der Entwicklung der gesamtwirtschaftlichen Arbeitsproduktivität plus Preissteigerungen entspricht, erklärt Matecki. „Ein robuster Binnenmarkt als zweites Standbein der Volkswirtschaft ist die beste Versicherung gegenüber weltwirtschaftlichen Verwerfungen."

Reallohn: Schlusslicht Deutschland

Reale Lohn- und Gehaltsentwicklung* in ausgewählten Industriestaaten 2000 bis 2009 (in Prozent)



* zum Basisjahr 2000, alle Zahlen preisbereinigt
** nur Vollzeitbeschäftigte
Quelle: Internationale Arbeitsorganisation (ILO) 2011

Deutschland, Japan und Israel sind die Schlusslichter unter den Industrienationen bei der Reallohnentwicklung.

Der DGB-Bericht belegt einmal mehr, dass sich die Schere zwischen Arm und Reich weiter öffnet. So konnten die reichsten zehn Prozent der Bevölkerung von 2001 an ihren Anteil am gesamten Nettovermögen von 58 auf 61 Prozent erhöhen. Matecki stellt zudem klar, dass Deutschland kein Problem mit zu hohen Arbeitskosten hat. Diese entwickelten sich im internationalen Vergleich seit vielen Jahren unterdurchschnittlich. Vielmehr drückten der ausufernde Niedriglohnsektor sowie die prekäre Beschäftigung das Lohngefüge massiv nach unten.

Um diese Entwicklung zu stoppen, fordert der DGB einen gesetzlichen Mindestlohn von 8,50 Euro sowie gleichen Lohn für gleiche Arbeit in der Leiharbeit. Die Schuldenbremse verschärft zudem die Ungleichheit. Matecki betont: „Wer in sozial verantwortbarer Weise Schulden begrenzen will, muss wieder stärker besteuern: Vermögen durch die Wiedereinführung der Vermögenssteuer, Erbschaften durch eine reformierte Erbschaftsteuer, die den Namen auch verdient, Großverdiener durch eine Erhöhung des Einkommensspitzensteuersatzes und Unternehmensgewinne durch eine breite Bemessungsgrundlage." Mit diesen Maßnahmen könne die Politik nicht nur die verteilungspolitische Schieflage in Deutschland endlich angehen. Es sind auch erste Schritte, um die Binnennachfrage zu stärken und die Ungleichgewichte in der Eurozone zu beseitigen. •

plusminusBERLIN

+ *Daniela Kolbe (SPD-MdB) fordert die schwarz-gelbe Regierung auf, die Kürzungen von vier Millionen Euro bei der Bundeszentrale für politische Bildung zurückzunehmen. Angesichts der aufgedeckten rechtsextremen Terrorserie sei eine Kürzung grob fahrlässig.*

– *Michael Fuchs, stellvertretender CDU/CSU-Fraktionsvorsitzender, wettet, „dass es mit der CDU in keiner denkbaren Regierungskonstellation einen allgemeinen verbindlichen Mindestlohn in Deutschland geben wird". Ein Mindestlohn wäre Gift für den Osten.*

Der Surf-Tipp fürs Internet

http://bit.ly/dgb_jugend_app
Die Union-Around-App der Gewerkschaftsjugend gibt es ab sofort kostenlos für Smartphones im iTunes App Store und im Android Market Place.

Hintergrund

www.einblick.dgb.de/hintergrund
Der DGB-Verteilungsbericht 2011

Arbeitsmarkt-Umfrage

Vier Fünftel für Equal Pay

Als unsicher und ungerecht beurteilt die große Mehrheit der Deutschen Perspektiven und Chancen auf dem hiesigen Arbeitsmarkt. Eine aktuelle repräsentative Umfrage des Marktforschungsinstituts Infas im Auftrag der Bertelsmann-Stiftung zum Thema „Gerechter Arbeitsmarkt", belegt, was die Gewerkschaften schon seit vielen Jahren anmahnen: Die Chancen auf dem Arbeitsmarkt sind hierzulande sehr ungleich verteilt. Drei Viertel sind zudem davon überzeugt, dass die Unsicherheit für abhängig Beschäftigte in den vergangenen zehn Jahren zugenommen hat. 62 Prozent glauben, dass sich Leistung nicht lohnt, zwei Drittel der Befragten bezweifeln, dass alle ArbeitnehmerInnen gleiche Chancen haben.

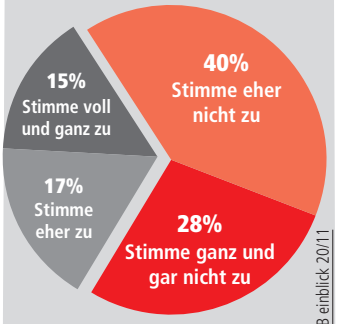
Vor allem die ungleiche Bezahlung von Frauen und Männern stößt auf Kritik: 87 Prozent fordern, dass Frauen endlich genauso viel verdienen wie Männer, und 82 Prozent wollen, dass bei gleicher Arbeit Leiharbeitskräfte den gleichen Lohn erhalten wie die Stammbelegschaften. 56 Prozent halten es außerdem nicht für gerechtfertigt, dass Spartengewerkschaften für Berufsgruppen wie Lokführer, Ärzte oder Fluglotsen höhere Lohnsteigerungen durchsetzen, als andere Beschäftigte in den gleichen Branchen erhalten. ●

www.einblick.dgb.de/hintergrund

Keine Chancengleichheit

„In Deutschland haben die Menschen heute alle die gleichen Chancen, um vorwärts zu kommen."

Haltung der Deutschen zu dieser Aussage (in Prozent)



Quelle: „Gerechter Arbeitsmarkt" – Studie der Bertelsmann-Stiftung, November 2011

68 Prozent aller Deutschen vermissen Chancengleichheit auf dem Arbeitsmarkt.

Mindestlohn

Tarifchaos programmiert

Kaum mehr als einen „Mindestlohn light" erwartet DGB-Vorstandsmitglied Claus Matecki als Konsequenz aus dem Beschluss des CDU-Parteitages zu Lohnuntergrenzen. Die Gewerkschaften loben zwar durchaus den ersten kleinen Schritt, den die CDU in Richtung Mindestlohn gegangen ist, sind aber skeptisch, ob und was er in der Praxis tatsächlich bewirkt. Der DGB befürchtet, dass nun „ein intransparentes Tarifwirrwarr" entsteht. Für Matecki ist zudem „inakzeptabel", dass „Lohnuntergrenzen nur dort von Tarifpartnern vereinbart werden sollen, wo es nicht bereits Tarifverträge gibt". Diese Regelung führe dazu, dass beispielsweise FriseurInnen weiterhin für einen Stundenlohn von fünf Euro oder weniger arbeiten müssten.

Die CDU muss ihren Beschluss nun erst einmal mit ihrem Koalitionspartner FDP umsetzen. Matecki ist sich sicher, dass auch die CDU-WählerInnen „genau beobachten, ob die CDU die Interpretationsspielräume ihres Mindestlohn-Beschlusses auch gegen Widerstände der FDP nutzen wird". Für den DGB-Vorsitzenden Michael Sommer steht fest, dass ein Mindestlohn „letztendlich nur über eine gesetzliche Grundlage" verbindlich wird. ●

Frauenquote

Führung bleibt in Männerhand

In den Führungsetagen der Unternehmen ist Frauengleichstellung noch immer ein Randthema. Zum zweiten Mal machten sich Mitglieder des Deutschen Juristinnenbundes (DJB) auf den Weg in die Hauptversammlungen börsennotierter Unternehmen, um als Aktionärinnen zu fragen, warum weibliche Vorstandsmitglieder und Aufsichtsräte so selten sind. Das Ergebnis, das der DJB jetzt vorlegte, ist mau: Wenn schon Frauen an der Spitze eingeplant werden, dann höchstens für einen Sitz im Aufsichtsrat. Doch der überwiegende Teil der Unternehmensführungen verzichtete auf klare Antworten. Auf 75 Hauptversammlungen hakten die Juristinnen nach. Die Antworten: 45 Prozent der 30 Dax-Konzerne und 13 Prozent von 45 im MDax und TecDax gelisteten Unternehmen nannten maximal einen Prozentsatz, um den sie den Anteil der Frauen unter den Führungskräften steigern wollen.

Die mageren Ansätze zeigen für DJB-Präsidentin Ramona Pisal, dass es ohne eine gesetzliche Frauenquote kaum Veränderungen geben wird. Eine verbindliche Quote lehnt Bundesfamilienministerin Kristina Schröder nach wie vor ab. Möglicherweise prescht die EU vor. Die zuständige Kommissarin Viviane Reding kündigte bereits an, dass sie im März 2012 über gesetzliche Vorgaben nachdenken will, wenn die Unternehmen nicht freiwillig die Chancen für Frauen verbessern. ●

in eigener Sache

Die ersten Interviews sind im Kasten, und das Berliner Institut „Pollytix Strategic Research", das im Auftrag des DGB Telefoninterviews mit zufällig ausgewählten Leserinnen und Lesern des *einblick* durchführt, zeigte sich hoch erfreut: Die Bereitschaft, als Interviewpartner an der Verbesserung des *einblick* mitzuwirken, ist groß. Dafür bedanken wir uns ganz herzlich. Wie bereits in der letzten Ausgabe berichtet, wollen der DGB-Bundesvorstand und die *einblick*-Redaktion ihr regelmäßiges, aktuelles Informationsangebot zeitgemäßer gestalten und noch stärker an den Interessen der Zielgruppen ausrichten. Die Befragung wird in den nächsten Wochen telefonisch und auch online fortgeführt. Wir hoffen weiterhin auf eure/Ihre Bereitschaft, uns bei der **Verbesserung des *einblick*** zu helfen und sich ein wenig Zeit für die Befragung zu nehmen. Wir sind schon alle sehr gespannt auf die Ergebnisse. Vielen Dank!

Rentenbeiträge

Milliarden verpulvert

Für Bundeswirtschaftsminister Philipp Rösler (FDP) ist die Senkung des Rentenbeitrages ein „wichtiger Schritt", da die Senkung der Lohnzusatzkosten die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen erhöhe. Für den DGB ist es eine vergebene Chance, Altersarmut zu bekämpfen. Milliarden-Reserven würden verpulvert, ärgert sich DGB-Vorstandsmitglied Annelie Buntenbach. Gegen die Absenkung hatte sich auch eine Mehrheit der BürgerInnen ausgesprochen. Buntenbach stört sich zudem daran, dass nicht einmal Ergebnisse des von der Bundesregierung initiierten Rentendialogs abgewartet wurden. Sie fordert, „dass wenigstens ein Teil der in den nächsten Jahren zu erwartenden Überschüsse der Rentenversicherung genutzt wird, um gezielte Verbesserungen – insbesondere bei der Erwerbsminderungsrente – zu erreichen". ●

Versandhändler Amazon

Kaum unbefristete Jobs

Amazon – die meisten verbinden mit diesem Namen einfache, schnelle Bestellungen im Internet. Für die Beschäftigten allerdings ist der global agierende Versandhändler ein Arbeitgeber, der unter Tarif bezahlt, oft nur befristet einstellt und mit seinen Arbeitsbedingungen nicht gerade zu den Vorreitern für Gute Arbeit zählt.

Kurz vor dem anlaufenden Weihnachtsgeschäft hat sich Amazon den Zorn des nordrhein-westfälischen Arbeitsministers Guntram Schneider (SPD) zugezogen: Mehrere hundert Arbeitslose oder Hartz-IV-Empfänger hat der Versandhändler an verschiedenen Standorten bei der Bundesagentur für Arbeit angefordert. Zwei Wochen arbeiten diese Kräfte – so sieht es auch das Gesetz vor – kostenlos für das Unternehmen. In dieser Zeit zahlt die Arbeitsagentur weiter und übernimmt die Fahrtkosten. Erst dann entscheidet der Arbeitgeber, wer bleiben darf, und zahlt dann auch den Lohn. Eine knappe Million Euro soll Amazon so an Personalkosten eingespart haben – berichtet das Erwerbslosen Forum Deutschland und zitiert den Sprecher der NRW-Arbeitsagentur, Werner Marquis.

Schneider will die Vorwürfe prüfen lassen. Was in Nordrhein-Westfalen gerade für Aufregung sorgt, ist für Julian Jaedicke, ver.di-Standort- Betreuer des Logistik-Zentrums in Bad Hersfeld, nichts Neues. Das Arbeitsmarkt-Instrument, über so genannte Einarbeitungspraktika einen Beschäftigungseinstieg zu erreichen, hat für den Gewerkschafter vor allem Schattenseiten. Bei Amazon könne von einer Chance, in eine reguläre Beschäftigung zu wechseln, kaum die Rede sein. Der Versandhändler ist nicht das einzige Unternehmen, bei dem der Verdacht aufkommt, dass dieses Verfahren eine vom Steuerzahler finanzierte Personalkostenersparnis ist. „Hier nutzt Amazon ein Schlupfloch in der Sozialgesetzgebung", schätzt Jaedicke.

Bei ver.di ist der Ärger über dieses Schlupfloch ohnehin groß. Die von den Jobcentern finanzierten Einarbeitungspraktika verleiten zum Missbrauch, argwöhnt die Gewerkschaft. Wenn es tatsächlich um einen Test ginge, würde nichts dagegen sprechen, wenn die Unternehmen diese Arbeitskräfte mit regulärem Vertrag und Probezeit einstellen würden.



Seit April 2011 ist ver.di mit einer eigenen Amazon-Seite im Internet präsent. Über die Arbeitsbedingungen bei Amazon am Standort Leipzig informierte sich der ver.di-Vorsitzende Frank Bsirske bei seinem Besuch vor Ort während des diesjährigen Bundeskongresses.

Die Amazon-Praktika sind besonders ärgerlich, weil es nach der zweiwöchigen Einarbeitung meistens nur einen befristeten Arbeitsvertrag gibt. Bei dieser Kombination dränge sich der Eindruck auf, dass ein „Missbrauch" der eigentlich legalen Instrumente vorliege, heißt es bei ver.di. Da zudem andere Versandhändler ihre Saison-Beschäftigten oder LeiharbeitnehmerInnen vom ersten Tag an bezahlten, während der Internetkonzern die Lohnkosten neu Beschäftigter für die ersten 14 Tage abwälze, führe dies „zu Wettbewerbsverzerrungen im Versandhandel".

Zu solchen Verzerrungen trägt auch die Lohnpolitik bei. Je nach Standort wird unterschiedlich bezahlt. Für Bad Hersfeld haben die Standort-Betreuer eine Musterrechnung vorgelegt. Danach erhält ein Packer einen Stundenlohn von 11,12 Euro. Nach Tarif läge er – je nach Tätigkeit – zwischen 11,49 bis 13,72 Euro. Urlaubs- und Weihnachtsgeld gibt es ohnehin nicht. Bei den Überstunden zahlt Amazon 15 Prozent Zuschlag, tariflich wären es 25 Prozent.

Amazon ist kein Einzelfall. Der ver.di-Vorsitzende Frank Bsirske kritisiert nicht nur die zunehmende Arbeitsverdichtung. Neben dem steigenden Leistungsdruck verabschieden sich immer mehr Unternehmen aus der Tarifbindung. Mittlerweile sind 64 Prozent der westdeutschen und 80 Prozent der ostdeutschen Betriebe nicht mehr tarifgebunden. Bei Amazon haben immerhin die Leipziger und Bad Hersfelder einen Betriebsrat. An anderen Standorten, wie dem bayrischen Graben sowie in Rheinberg und Werne (beide Nordrhein-Westfalen) gestaltet sich die Organisation schwierig.

Der hohe Anteil befristet Beschäftigter verhindert meist schon im Ansatz die Gründung einer Arbeitnehmervertretung. Zwei Drittel der – geschätzt – zwischen acht- bis zehntausend MitarbeiterInnen haben nur einen befristeten Arbeitsvertrag. Besonders perfide empfindet es ver.di-Projektsekretär Jaedicke, dass die Menschen meist erst am vorletzten oder gar letzten Arbeitstag erfahren, ob der Vertrag verlängert wird. Das „schafft Druck", der noch verstärkt wird durch einen permanenten Leistungsvergleich, kritisiert Jaedicke die Praxis des Unternehmens. •

Kritische Käufer

Der Internethändler Amazon ist seit 1998 in Deutschland aktiv. Das amerikanische Stammhaus wurde 1994 gegründet. Nach eigenen Angaben arbeiten weltweit gut 42 000 Menschen für Amazon. Über die Anforderungen an seine Führungskräfte schreibt das Unternehmen: „Leader legen kontinuierlich die Messlatte höher und motivieren ihre Teams, qualitativ hochwertige Produkte, Services und Prozesse zu entwickeln."

Die hohe Messlatte bekommen die Beschäftigten der Versand- und Logistikstandorte besonders deutlich zu spüren. Das gerade Weihnachtsgeschäft bietet eine gute Gelegenheit für die zahlreichen KundInnen, das Unternehmen an seine Verpflichtung gegenüber den Beschäftigten zu erinnern.

ver.di Bad Hersfeld hat einen Musterbrief formuliert, den möglichst viele, die jetzt ihre Weihnachtsgeschenke bestellen, an die Geschäftsführung schicken sollen. Nach dem höflichen Dank „für guten Service und schnelle Lieferung" folgt der deutliche Hinweis auf die schlechten Arbeitsbedingungen des Versandhändlers. Die Hauptforderung des Anschreibens lautet: „Zahlen Sie nach Tarif und stehen Sie zu einem Wettbewerb, der nicht auf dem Rücken der Beschäftigten ausgetragen wird."

Infos und Download:
www.amazon-verdi.de

PROJEKTE UND PARTNER

Hans-Böckler-Stiftung

Callcenter unter Druck

Arbeitsbedingungen und Löhne entsprechen in vielen Callcentern nicht den Anforderungen an Gute Arbeit. Im Gegenteil: Die weit verbreitete Tariflosigkeit setzt die Arbeitsbedingungen in der gesamten Branche unter Druck. Das zeigt eine Analyse im Auftrag des Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Instituts (WSI) in der Hans-Böckler-Stiftung. Demnach gilt aktuell nur in jedem achten Unternehmen ein Flächentarifvertrag. Dadurch geraten auch die Löhne und Arbeitsbedingungen in Unternehmen unter Druck, die bis dahin gute Konditionen geboten haben. Für Hajo Holst von der Universität Jena ist die Callcenter-Branche ein Beispiel der „zahlreichen neuen Branchen des expandierenden Dienstleistungssektors, die allenfalls rudimentär in das duale System der Interessenvertretung integriert sind". Selbst interne Callcenter großer Unternehmen seien ständig mit einer „latenten und nicht selten sogar expliziten Fremdvergabebedrohung" konfrontiert. Die Untersuchung des Soziologen basiert auf über 40 Interviews mit Beschäftigten, Gewerkschafts-, Unternehmens- und Branchenvertretern. •

www.boeckler.de/14_38248.htm



Das Web 2.0 bietet neue Kanäle, um mit Menschen zu kommunizieren. Auch Gewerkschaften, Betriebsräte, NGOs, Bürgerinitiativen nutzen diese Wege, um zu mobilisieren oder zu informieren. Mit dem Buch ***Soziale Bewegungen und Social Media*** möchte der Verlag des Österreichischen Gewerkschaftsbundes (ÖGB) Interessierte und Aktive unterstützen, um die Möglichkeiten des Web 2.0 sinnvoll und effektiv einzusetzen. Unter den 47 AutorInnen befinden sich auch GewerkschafterInnen und Social-Media-ExpertInnen aus Deutschland. Sie erläutern, welche Erfahrungen sie gemacht haben, um beispielsweise eine Online-Kampagne zu unterstützen oder um für eine Demonstration zu mobilisieren. Außerdem liefert das Buch eine Rundum-Gebrauchsanweisung für den Einsatz von Social-Media-Diensten – vom Starter-Kit über den Netz-Knigge bis hin zum Datenschutz. Viele weitere Informationen zum Thema gibt es auf dem begleitenden Blog: *sozialebewegungen.org*



Hans Christian Voigt, Thomas Kreiml (Hg.), Soziale Bewegungen und Social Media – Handbuch für den Einsatz von Web 2.0, ÖGB-Verlag 2011, 396 Seiten, 29,90 Euro

Hugo-Sinzheimer-Institut

Neue Zeitschrift

Das Institut für Arbeitsrecht der Georg-August-Universität Göttingen gibt in Kooperation mit dem Hugo-Sinzheimer-Institut für Arbeitsrecht die neue Fachzeitschrift *Soziales Recht (SR)* heraus. Schwerpunkt der neuen Publikation, die der Zeitschrift *Arbeit und Recht (AuR)* beiliegt, sind umfangreiche Abhandlungen zu aktuellen arbeits- und sozialrechtlichen Themen. Neben den wissenschaftlichen Beiträgen sind Rezensionen der aktuellen Fachliteratur im Arbeits- und Sozialrecht ein zweiter Schwerpunkt. Ziel aller Beiträge ist es, Impulse für die praktische und betriebliche Diskussion zu liefern. 2012 soll *Soziales Recht* in den Monaten März, Juni, September und Dezember erscheinen. Der Abo-Preis für *AuR* inklusive *SR* liegt bei 148,80 Euro. Die neue Zeitschrift kann aber auch separat im Abo für 69 Euro pro Jahr oder als Einzelexemplar für 19 Euro bezogen werden. Weitere Infos gibt es im Netz. •

www.soziales-recht.eu

DGB-Jugend

Bildungsprogramm 2012

Das Bildungsprogramm der DGB-Jugend für das kommende Jahr ist ab sofort online verfügbar. Auch 2012 können sich junge GewerkschafterInnen wieder zu Themenschwerpunkten weiterbilden, die für eine erfolgreiche Gewerkschaftsarbeit im Betrieb und vor Ort erforderlich sind. Von der Moderation bis hin zur Konfliktlösung reicht das Angebot. Auch Seminare zu den DGB-Jugend-Projekten wie „students at work" und zur Berufsschularbeit können wieder gebucht werden. •

www.dgb-jugend.de

DGB-Reisen

Auf in die Sonne

Die DGB-Reisen GmbH bietet allen Gewerkschaftsmitgliedern auch 2012 wieder ein exklusives Reiseprogramm. Der neue Katalog setzt auf einen bewährten Mix – ob Kreuzfahrten oder Rundreisen durch Deutschland und Europa. Außerdem können GewerkschafterInnen im kommenden Jahr erstmals mit DGB-Reisen Malta erkunden. Ein Austausch mit maltesischen GewerkschafterInnen steht dabei auf dem Programm. Zudem hat die DGB-Reisen GmbH in diesem Jahr ihr 50. Jubiläum gefeiert. 1961 hatten Vorstandsmitglieder des DGB Dortmund das DGB-Freizeitwerk gegründet. Unter 0231 / 958 55 55 oder im Internet können sich Interessierte über das neue Programm informieren. •

www.dgb-reisen.de

interregio

••• Der ***DGB-Landesverband Sachsen-Anhalt*** hat die ***Landesregierung aufgefordert,*** mit politischen Mitteln der vermehrten Leiharbeit entgegenzuwirken. So müsse Leiharbeit konsequent als Ausschlussgrund bei der Wirtschaftsförderung gelten. Der DGB-Landesvorsitzende Udo Gebhardt betont: „Leiharbeiter brauchen gleichen Lohn für gleiche Arbeit. Es darf keinen Dauereinsatz von Leiharbeitern in Betrieben und Verwaltungen geben, ein Missbrauch als Streikbrecher muss verboten werden. Personal- und Betriebsräte brauchen mehr Mitbestimmungsrechte beim Einsatz von Leiharbeit." Insgesamt arbeiteten 2010 in Sachsen-Anhalt 26 000 Menschen in der Leiharbeit.

••• Der ***DGB-Bezirk NRW*** unterstützt die nordrhein-westfälische Landesregierung bei der ***Einführung eines Sozialtickets.*** „Im Gegensatz zur Vorgängerregierung hat die Regierung Kraft erkannt, dass Mobilität ein Grundrecht ist und daher jeder Bürgerin und jedem Bürger zugänglich gemacht werden muss", erklärt der DGB-Bezirksvorsitzende Andreas Meyer-Lauber. Allerdings kritisiert der DGB, dass sich nicht alle Kommunen an der Einführung beteiligen. Zudem sei der Preis von 29,90 Euro sehr hoch. Der Hartz IV-Regelsatz sehe nur 18,41 Euro dafür vor.

http://nrw.dgb.de/-/dbu

Finanzberatung

Den Verkaufsdruck stoppen

Banken sind nicht zimperlich, wenn es um die Verkaufserwartungen an ihre BankberaterInnen geht: Egal ob Bausparvertrag oder Rentenfonds – Hauptsache, der Umsatz stimmt. Das Mittel der Arbeitgeber sind zum Teil tägliche Kontrollen des Absatzes. ver.di und DGB fordern ein Ende des Verkaufsdrucks auf Bankmitarbeiterinnen – mit ersten Erfolgen.

Emotionale Dissonanz nennen Arbeitswissenschaftler den Konflikt, unter dem viele BankberaterInnen im Vertrieb nach einiger Zeit leiden. Der massive Verkaufsdruck auf der einen Seite und der eigene moralische Anspruch, die Kunden gut zu beraten, auf der anderen Seite, kann VerkäuferInnen von Finanzprodukten krank machen. Schuld daran, da sind sich Gewerkschaften und Verbraucherschützer einig, ist die stetige und kontinuierliche Kontrolle der Absatzzahlen. Claudia Eggert-Lehman, stellvertretende Betriebsratsvorsitzende der Commerzbank Dortmund und Mitglied des ver.di-Bundesfachgruppenvorstandes Bankgewerbe, erklärt: „In der Branche gibt es unterschiedliche Methoden, die teilweise miteinander kombiniert werden. Eine ist das kurzzyklische, teilweise tägliche Abfragen des Vertriebserfolgs durch Vorgesetzte." Die Kollegen stünden so unter ständigem Rechtfertigungsdruck. „Wenn das dann auch noch wöchentlich in Teamrunden erfolgt, fühlen sie sich regelrecht vorgeführt", so die Betriebsrätin. Als Folge steigt seit gut zehn Jahren die Anzahl von psychischen und psychosomatischen Erkrankungen in der Branche.

Darum fordern ver.di und der DGB die Arbeitgeber auf, den Verkaufsdruck zu stoppen. DGB-Vorstandsmitglied Claus Matecki betont: „Die rigiden Verkaufsvorgaben gehören auf den Müll." Diese seien verantwortlich für den starken Verkaufs- und Provisionsdruck, unter dem die Beschäftigten in den Kreditinstituten leiden. „Bankmitarbeiter wollen verbrauchergerecht beraten, und sie wollen keine ausufernden Provisionsbestandteile in ihren Gehältern", so Matecki. Eine ver.di-Befragung unter rund 5500 Bankbeschäftigten belegt: Fast 96 Prozent von ihnen wollen keinen Verkauf „auf Teufel komm raus", sondern eine kundengerechte Beratung. Weitere 89 Prozent lehnen „die unwürdigen Praktiken des Vertriebscontrollings" ab. Zudem kritisieren über 80 Prozent den großen Anteil von Provisionen und variabler Vergütung an ihrem Einkommen.

ver.di weiß um die Sorgen der Bankbeschäftigten und setzt sich deshalb seit Jahren für bessere Arbeitsbedingungen in der Branche ein. Beate Mensch, im ver.di-Bundesvorstand zuständig für Finanzdienstleistungen, zeigt sich erfreut, dass erste Erfolge erreicht worden sind: „ver.di bekämpft den Vertriebsdruck in Banken und Sparkassen seit Jahren. Mit unserer gemeinsamen Erklärung mit den Arbeitgebern zum Gesundheitsschutz haben wir 2010 einen ersten tarifpolitischen Erfolg erzielt. Auch mit dem Sparkassen- und Giroverband sind wir im konstruktiven Dialog." Beate Mensch fordert die Banken auf, ihre Vertriebssteuerungssysteme umzubauen, um so dem seit diesem Jahr gültigen Anlegerschutzgesetz gerecht zu werden.

Auch dazu kann ver.di bereits ein erstes konkretes Ergebnis verzeichnen. Die Commerzbank kündigte Anfang November an, ihr Vertriebssystem umzubauen. So solle auf die wöchentliche Auswertung der Arbeitsleistung der BankberaterInnen zukünftig verzichtet werden. Zudem sollen Kunden- und Mitarbeiterzufriedenheit stärker berücksichtigt werden. Commerzbank-Betriebsrätin Eggert-Lehmann betont: „Viele unserer Forderungen sind aufgegriffen worden." Nun gelte es, den Praxistest kritisch zu begleiten und weiter gegen unwürdigen Verkaufsdruck vorzugehen.

Neben den Banken steht für Beate Mensch aber auch die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) in Sachen Anlegerschutz in der Pflicht: „Ich wünschte, die BaFin würde das Thema auch so ernst nehmen wie unsere Aufsichtsräte und die Betriebsräte." •

Großer Handlungsbedarf

Was BankberaterInnen fordern, um ihre Situation zu verbessern (in Prozent)



Quelle: ver.di-Befragung 2010 / www.verkaufsdruckneindanke.de

Mehr als 5500 BankberaterInnen haben 2010 an der ver.di-Befragung im Rahmen der Kampagne „Verkaufsdruck – nein danke" teilgenommen. 95,2 Prozent von ihnen wollen lieber einen gut beratenen und zufriedenen Kunden statt eines kurzfristigen Gewinns.

Maßlosigkeit beenden

Die Gewerkschaften fordern seit langem, die Finanzmärkte stärker gesetzlich zu regulieren. Beate Mensch, Mitglied im ver.di-Bundesvorstand, hat die Konzernvorstände aufgefordert, die „Kultur der Maßlosigkeit" zu beenden. Neben der Einführung einer Finanztransaktionssteuer und der Eindämmung von Spekulationen sei eine „Begrenzung der Größe von Finanzinstituten erforderlich sowie die Gründung einer öffentlichen europäischen Ratingagentur, um nicht ganze Volkswirtschaften zu gefährden".

Sie mahnte zudem an, dass die Bankangestellten, die selbst Opfer der Bankenkrise sind, nicht für das Gebaren der Konzernführungen verantwortlich gemacht werden. Die Beschäftigten hätten wie andere BürgerInnen auch als Steuerzahler tief in die Taschen greifen müssen, um zur Rettung des europäischen Wirtschaftsmarktes beizutragen. Nach wie vor würden sie durch Vertriebskontrollsysteme der Banken vom Berater zum Verkäufer getrieben.

Im Internet:
www.verkaufsdruckneindanke.de

Anzeige

Arbeitskampf:
Was ist zulässig, was nicht.



Arbeitskampfrecht
Handbuch für die Rechtspraxis
Herausgegeben von Prof. Dr. Wolfgang Däubler
3. Auflage 2011, 1.005 S., geb., ***128,– €***
ISBN 978-3-8329-4647-0

Das neue Handbuch behandelt umfassend alle aktuellen Grundsatzprobleme des Arbeitskampfrechts,wie z.B. **die Zulässigkeit des „wilden" und des politischen Demonstrationsstreiks** sowie die Möglichkeit des Arbeitgebers, mit Aussperrung oder der Einstellung von Streikbrechern zu reagieren. Aber auch praktisch bedeutsame Einzelfragen wie der Erlass von einstweiligen Verfügungen sind einbezogen.

Besonders hilfreich und praxisnah: Alle wichtigen **atypischen Kampfformen** wie der Flashmob, die Lahmlegung von Servern, die gebündelte Ausübung von Individualrechten oder der Dienst nach Vorschrift werden übersichtlich kommentiert.

Weitere Informationen: www.nomos-shop.de/11454

Nomos

Gelbe Hand

Mehr Aktivitäten gegen Rassismus

Angesichts der Vielzahl von rassistisch und rechtsextremistisch motivierten Gewalttaten und weit verbreiteten rassistischen Einstellungen wird der „Gelbe Hand"-Verein seine Aktivitäten für Vielfalt und Respekt und gegen Rassismus und Rechtsextremismus weiter ausbauen. Das geht aus einer Erklärung der Mitgliederversammlung des Vereins hervor, der am 18. November sein 25. Jubiläum feierte (*einblick 20/11*). Die Vereinsmitglieder fordern,die unfassbare Mordserie der rechtsextremen Terrorgruppe NSU sowie die Rolle der Verfassungsschutzbehörden umfassend aufzuklären.

Darüber hinaus verlangen sie, „repressive und präventive Maßnahmen auszubauen". Dazu gehöre nicht nur ein Verbotsverfahren gegen die verfassungsfeindliche NPD, sondern auch der Ausbau des Opferschutzes und der Beratungsstellen gegen Rassismus sowie die Unterstützung von Nichtregierungsorganisationen gegen Rechtsextremismus, statt sie auszugrenzen oder zu beobachten. Notwendig sei ein Aktionsplan von Staat und Gesellschaft zur Bekämpfung rassistischer Einstellungen und Diskriminierungen. Aktivitäten gegen Rechts, einschließlich Maßnahmen für Gleichbehandlung in der Arbeitswelt, müssten stärker finanziell gefördert werden. •

www.gelbehand.de

kurz&bündig

IG BCE

Peter Hausmann, Tarifvorstand der IG BCE, hat die Unternehmen der deutschen Solarindustrie zu Gesprächen über Standortsicherung und zu Tarifverhandlungen aufgefordert.

EVG Eisenbahn- und Verkehrsgewerkschaft

Die Eisenbahn- und Verkehrsgewerkschaft (EVG) fordert von Politik und Arbeitgebern mehr Anstrengungen gegen die zunehmende Gewalt in Zügen und auf Bahnhöfen. Eisenbahner dürften nicht zum Freiwild werden, sagte EVG-Vize Klaus-Dieter Hommel.

GEW

Die GEW unterstützt die Hilfsmaßnahmen ihrer türkischen Partnergewerkschaft Eğitim-Sen für die Erdbebenopfer in der Osttürkei und hat zu Spenden aufgerufen. ***Spendenkonto: Heinrich-Rodenstein-Fonds, Konto-Nr. 1 707 274 700, Santander Bank Frankfurt/M., BLZ 500 101 11, Stichwort: Erdbebenhilfe Türkei.***

DGB

Privatisierung zurücknehmen

Privatisierungen öffentlicher Unternehmen wirken sich nicht nur für die Beschäftigten negativ aus. Entgegen den Versprechen der Privatisierungsbetreiber sind öffentliche Dienstleistungen oft nicht billiger, sondern teurer geworden, während sich die Versorgungsqualität verschlechtert hat. Vor diesem Hintergrund gibt es seit einigen Jahren einen Gegentrend. Viele Kommunen versuchen, ihren Einfluss auf die öffentliche Daseinsvorsorge zurückzugewinnen. Auf einer Fachtagung des WSI in der Hans-Böckler-Stiftung und des DGB-Bundesvorstands sollen Erfahrungen mit Rekommunalisierungen am Beispiel konkreter Fälle diskutiert werden. Die Tagung „Zurück zur öffentlichen Hand – Chancen und Risiken der Rekommunalisierung" findet am 10. Januar 2012 in Berlin statt. •

Vanessa-Lewitzki@boeckler.de

Fachkräftemangel

Chancen für Gute Arbeit nutzen

Der Fachkräftemangel ist in aller Munde. Studien mit sehr unterschiedlichen Ergebnissen bestimmen die öffentliche Debatte. Die Arbeitgeber behaupten, der Fachkräftemangel sei derart akut, dass jährliche Umsatzeinbußen von rund 30 Milliarden Euro im Mittelstand drohten. In gewerkschaftlichen Kreisen wird, mit dem Verweis auf die immer noch hohe Massenarbeitslosigkeit, der Fachkräftemangel teilweise bestritten und als ‚Phantomdiskussion' abgetan. Ähnlich hat sich der Statistiker Gerd Bosbach in einblick 19/11 in seinem Beitrag „Fachkräftemangel – Das Phantom der Unternehmer" geäußert. Diese Sichtweise greift zu kurz, meint Hartmut Meine, IG Metall-Bezirksleiter für Niedersachsen und Sachsen-Anhalt.

Während es in Niedersachsen voraussichtlich erst in fünf bis zehn Jahren zu einem spürbaren Fachkräftemangel kommen wird, ist der Mangel an Fachkräften in Sachsen-Anhalt schon heute akut. Das bietet Chancen für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Es greift somit zu kurz, den Fachkräftemangel zu negieren und als Phantomdebatte abzutun. Das führt in eine politische und mediale Sackgasse. **Vielmehr müssen die Gewerkschaften die Debatte nutzen, um die Arbeits- und Leistungsbedingungen in den Betrieben nachhaltig zu verbessern.** Wenn Arbeitgeber und Politiker über den Fachkräftemangel klagen, muss es von Seiten der Gewerkschaften klare Antworten geben. Vor dem Fachkräftemangel schützen neben guten Bildungschancen und einem gebührenfreien Hochschulzugang vor allem gute Aus- und Weiterbildung und die unbefristete Übernahme der Ausgebildeten.

Wer als Unternehmer in Sonntagsreden über den Fachkräftemangel klagt, kann montags nicht Ausbildungsplätze reduzieren und den Ausgebildeten eine unbefristete Übernahme verweigern. **Eine Erhöhung der Ausbildungsquote und die unbefristete Übernahme der Ausgebildeten ist eine vorausschauende Personalstrategie gegen den möglichen Fachkräftemangel.** Fachkräfte erhält man nicht durch zweijährige Schmalspurausbildungen, sondern durch qualifizierte drei- bis dreieinhalbjährige Ausbildungen. Förderungsbedürftige Jugendliche können durch eine einjährige Einstiegsqualifizierung für die Ausbildungsphase fit gemacht werden. Beides wird die IG Metall in der nächsten Tarifrunde 2012 fordern und genau hingucken, wie sich Unternehmer, die über Fachkräftemangel klagen, verhalten.

Wer als Arbeitgeber über den Ingenieurmangel klagt, muss sich fragen lassen, ob im Betrieb duale Ausbildungsgänge angeboten werden. Über diesen Weg ist es beispielsweise möglich, in drei bis vier Jahren sowohl einen Berufsabschluss als Industriemechaniker als auch einen Bachelor-Abschluss als Ingenieur zu erlangen. Das Unternehmen bindet damit praxisnahe Ingenieurinnen und Ingenieure. **Es ist unverständlich, warum die Mehrheit der Unternehmen den dual Studierenden einen Tarifvertrag verweigert, wie er für Auszubildende üblich ist.** Nur bei der Volkswagen AG, in vier niedersächsischen Betrieben und im niedersächsischen Metallhandwerk existieren solche Tarifverträge. GesamtMetall und alle metallindustriellen Arbeitgeberverbände verweigern derartige Abschlüsse, werden aber gleichzeitig nicht müde, den Ingenieurmangel zu beklagen.

Fachkräftemangel und Niedriglohnstrategie passen nicht zusammen. **Nur mit guten Entgelt- und Arbeitsbedingungen kann dem Fachkräftemangel begegnet werden.** Erinnern wir die Unternehmer an ihre eigenen ökonomischen Grundsätze: Wenn in einer Marktwirtschaft ein Gut knapp wird, steigt der Preis. Wenn Fachkräfte knapp werden, steigt deren Preis. Wer als Unternehmer meint, angesichts des Fachkräftemangels unterhalb des Niveaus der Flächentarifverträge zahlen zu können, wird im Wettbewerb um qualifizierte Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer verlieren. Diese Erfahrung machen schon heute Unternehmen in der ostdeutschen Metallindustrie. •



Foto: IG Metall

Hartmut Meine, 59, leitet seit 1999 den IG Metall-Bezirk Niedersachsen und Sachsen-Anhalt. Bereits vor einem Jahr hat er eine Analyse des Fachkräftemangels in Sachsen-Anhalt gemeinsam mit anderen Autoren in den WSI-Mitteilungen veröffentlicht:

Kuck, N.; Meine, H.; Müller, T.: Vom Fachkräftemangel in Ostdeutschland zum Comeback des Flächentarifvertrages? – Ein Praxisbericht aus Sachsen-Anhalt, in: WSI-Mitteilungen, Heft 12/2010, Seite 646 – 649.

Fachkräftemangel in Ostdeutschland

Die massive Deindustrialisierung nach der Wende führte in Ostdeutschland zur Massenarbeitslosigkeit mit Arbeitslosenquoten teilweise über 20 Prozent. Dies nutzten Arbeitgeber gezielt zur Etablierung eines Niedriglohnsektors, mit dem sie sich Wettbewerbsvorteile erkauften. Qualifizierte junge Menschen reagierten, indem sie in west- oder süddeutsche Bundesländer abwanderten, in denen die Betriebe gute tarifliche Arbeitsbedingungen boten.

Damit entstand eine absurde Situation in Ostdeutschland: Trotz immer noch hoher Massenarbeitslosigkeit können Betriebe heute kaum noch Fachkräfte für ihr Unternehmen gewinnen. Durch den drastischen Rückgang der Schulabgänger wird diese Situation noch zusätzlich verschärft. Gegenüber 2009 hat sich deren Zahl 2011 in Sachsen-Anhalt halbiert.

Vor diesem Hintergrund fordern selbst Vertreter der CDU, die noch vor wenigen Jahren Apologeten des Niedriglohns waren, die Erhöhung der Tarifbindung. CDU-Ministerpräsidenten in Sachsen-Anhalt und Thüringen fordern Unternehmer auf, in den Arbeitgeberverband einzutreten und Tarifentgelte zu zahlen. Anders sei dem Fachkräftemangel nicht zu begegnen.

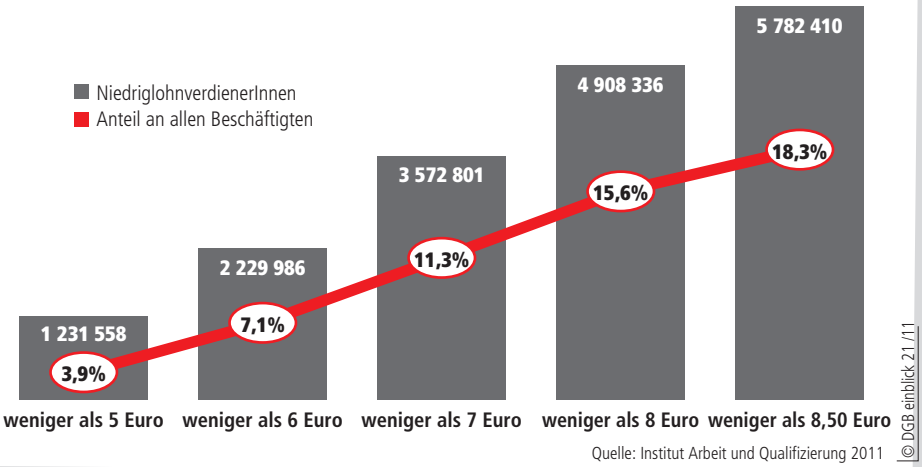
DIES & DAS

die DGB grafik

NIEDRIGLOHN: 5,8 Millionen Menschen verdienen unter 8,50 Euro

Eine Berechnung des Instituts Arbeit und Qualifikation (IAQ) belegt: Rund 5,8 Millionen Beschäftigte in Deutschland verdienen weniger als 8,50 Euro in der Stunde. Mehr als 1,2 Millionen bekommen nicht einmal fünf Euro Stundenlohn. Claudia Weinkopf, stellvertretende IAQ-Direktorin, kritisiert: „Selbst bei einer Vollzeitbeschäftigung liegt das monatliche Erwerbseinkommen bei solchen Stundenlöhnen nur bei rund 800 Euro oder sogar darunter, was selbst bei Alleinstehenden nicht zum Leben reicht."

Gesamtzahl von NiedriglohnverdienerInnen und deren Anteil (in Prozent) an allen Beschäftigten nach Brutto-Stundenlohnstufen unterhalb von 8,50 Euro im Jahr 2009



Quelle: Institut Arbeit und Qualifizierung 2011

© DGB einblick 21/11

14 TAGE

mehr Infos: www.einblick.dgb.de

29.11. DGB Jugend NRW, ver.di-Bezirk Köln, Tagung „Brennpunkt Hilfskraft – Zeit zum Handeln!", Köln

30.11. DGB-Bezirk Sachsen und tschechischer Gewerkschaftsbund CMKOS, Internationaler Runder Tisch „Integration des Arbeitsmarktes nach der Herstellung der Arbeitnehmerfreizügigkeit", Ústí nad Labem (Tschechien)

30.11. DGB-Region Frankfurt-Rhein-Main, Diskussion „Fachkräftemangel – Mythos oder Realität", Wiesbaden

30.11. Friedrich-Ebert-Stiftung, Kongress „Perspektive für wirtschaftlichen und sozialen Fortschritt", Berlin

30.11. DGB-Bildungswerk, Regionaltreffen Süd „Woche der Weiterbildung für Menschen mit Migrationshintergrund", Stuttgart

1.12. Welt-Aids-Tag

1.12. GEW, DGB-Region Rheinland-Pfalz, Treffen „Antimuslimischer Rassismus unter dem Deckmantel der Islamkritik", Mainz

1.12. DGB, Gedenkveranstaltung zu Ehren des ADGB-Vorsitzenden Carl Legien, Berlin-Friedrichsfelde

2./3.12. GEW, „Seminar für aktive Mitglieder des Organisationsbereiches Hochschule und Forschung der GEW", Oberursel

2./3.12. IG Metall und Hans-Böckler-Stiftung, Workshop „Arbeit – sicher und fair! Perspektiven für die junge Generation", Berlin-Pichelsee

3.12. IG BCE, „41. Recklinghäuser Tagung", Recklinghausen

5.12. Internationaler Tag des Ehrenamtes/Internationaler Tag der Freiwilligen für wirtschaftliche und soziale Entwicklung

5./6.12. DGB Bildungswerk, Seminar „Gesundheitserhaltende und -fördernde Arbeitsgestaltung im Unternehmen – Einsatzmöglichkeiten behinderungskompensierender Technologien", Düsseldorf

6.12. DGB-Stadtverband Solingen, Diskussion „Bertelsmann-Republik-Deutschland – eine Stiftung macht Politik", Solingen

7.12. DGB und Bundesfamilienministerium, Tagung „Praxistest Vereinbarkeit Familie und Beruf", Berlin

7.12. DGB und Hans-Böckler-Stiftung, Tagung „10 Jahre Riester-Reform", Berlin

personalien

••• ***Raoul Didier,*** 44, ist seit 14. November neuer Referatsleiter für Steuerpolitik in der Abteilung Wirtschafts-, Finanz- und Steuerpolitik beim DGB-Bundesvorstand. Der Volkswirt folgt ***Susanne Uhl,*** 44, die seit dem 1. Juni Geschäftsführerin der DGB-Region Schleswig-Holstein Nordwest ist.

IMPRESSUM *einblick* erscheint vierzehntäglich **Herausgeber:** DGB **Verlag:** Graewis Verlag GmbH **GeschäftsführerInnen:** Anne Graef, Dr. Peter Wilke **Redaktion:** Anne Graef (verantw.), Sebastian Henneke **Redaktionelle Mitarbeit:** Udo Böhlefeld, Birgit Böhret, Luis Ledesma **Redaktionsanschrift:** Wallstraße 60, 10179 Berlin, Tel. 030/308824-0, Fax 030/30882420, Internet: www.einblick.dgb.de, E-Mail: redaktion@einblick.info **Anzeigen:** Bettina Mützel, Tel. 030/859946-240, Fax 030/859946-100, E-Mail: bettina.muetzel@berlin.de **Layout:** zang.design **Infografik:** Klaus Niesen **Druck und Vertrieb:** PrintNetwork Berlin **Abonnements:** Änderungen schriftlich an Redaktion *einblick* (Adresse s.o.)
Nachdruck frei für DGB und Gewerkschaften bei Quellenangabe und zwei Belegexemplaren. Alle Anderen nur nach schriftlicher Genehmigung durch den Verlag. Nachdruck von namentlich gezeichneten Artikeln nur nach Genehmigung durch Verlag und Autor.

Schlusspunkt.

„Mach' mal 'n Foto, wie wir hier alle für den Mindestlohn klatschen."

Das sagte laut „Spiegel-Online" vom 14.11.2011 ein CDU-Delegierter zu seinem Sitznachbarn nach der Abstimmung zum Thema Mindestlohn auf dem CDU-Bundesparteitag in Leipzig.

Abmahnung

Auch bei respektlosen Äußerungen

Der Arbeitnehmer ist zur Rücksichtnahme gegenüber Arbeitskollegen und Vorgesetzten verpflichtet. Er verstößt dagegen, wenn er einem Meister „ein beschissenes" oder „ein Scheißwochenende" wünscht. Eine Abmahnung deshalb ist gerechtfertigt. Es ist unerheblich, ob die Äußerungen auch einen Straftatbestand erfüllen.

Landesarbeitsgericht Rheinland-Pfalz, Urteil vom 23. August 2011 - 3 Sa 150/11

Wohnungsrenovierung

Nicht immer zahlt das Jobcenter

Die Übernahme von Schönheitsreparaturen während eines Mietverhältnisses als Kosten der Unterkunft durch das Jobcenter setzt voraus, dass der Hilfebedürftige mietvertraglich zu solchen Reparaturen verpflichtet ist. Ein solcher Anspruch kommt sonst nur ausnahmsweise in Betracht, etwa wenn die Wohnung unbewohnbar geworden ist und kein Anspruch gegen den Vermieter besteht.

Sozialgericht Stuttgart, Urteil vom 2. September 2010 - S 24 AS 8578/08.

Stasimitarbeiter

Identität ist nicht zu offenbaren

Das Justizministerium in Brandenburg ist nicht verpflichtet, einem Journalisten Auskünfte über 13 Richter sowie einen Staatsanwalt zu erteilen, bei denen Hinweise auf eine frühere Zusammenarbeit mit der (Stasi) bestehen. Die Entscheidung des Landes Brandenburg nach der Wende, auch ehemalige Mitarbeiter der Stasi zu Richtern bzw. Staatsanwälten zu ernennen, deren frühere Tätigkeit für die Stasi von den zuständigen Ausschüssen als hinnehmbar eingestuft worden ist, verpflichtet den Dienstherrn, ihre Identität nicht zu offenbaren – jedenfalls wenn kein dienstliches Fehlverhalten vorliegt.

Oberverwaltungsgericht Berlin-Brandenburg, Beschluss vom 28. Oktober 2011 - OVG 10 S 33.11

Weihnachtsgeld

Einfach streichen ist nicht zulässig

Zahlt ein Arbeitgeber über mehr als drei Jahre durchgängig Weihnachtsgeld, ist er grundsätzlich vertraglich zur Weiterzahlung verpflichtet. Dem steht nicht entgegen, dass das Weihnachtsgeld jeweils in unterschiedlicher Höhe ausgezahlt wurde.

Landesarbeitsgericht Rheinland-Pfalz, Urteil vom 7. April 2011 – 5 Sa 694/10

Arbeitslosengeld

Aufhebungsvertrag ohne Sperrzeit

Hat ein Arbeitnehmer den Arbeitsplatzverlust zu vertreten, muss er mit einer Sperrzeit beim Arbeitslosengeldbezug rechnen, wenn kein wichtiger Grund für die Lösung des Arbeitsverhältnisses vorgelegen hat. Ein wichtiger Grund liegt vor, wenn ein Aufhebungsvertrag aus betriebsbedingten Gründen abgeschlossen wurde und die gewährte Abfindung den Betrag nach dem Kündigungsschutzgesetz (halber Monatsverdienst je Beschäftigungsjahr) nicht übersteigt.

Landessozialgericht Baden-Württemberg, Urteil vom 19. Oktober 2011 – L 3 AL 5078/10

Autor: Luis Ledesma, Kassel – einblick 21/11

Gesetzliche Unfallversicherung

Auch Schwarzarbeit ist geschützt

Abhängig Beschäftige sind gesetzlich unfallversichert – auch wenn sie illegal tätig werden.

Der Fall: Ein serbischer Staatsangehöriger ohne Arbeitserlaubnis arbeitete für einen Subunternehmer auf einer Brückenbaustelle. Dabei geriet der 20-jährige Mann in Kontakt mit der unter der Brücke verlaufenden Oberleitung. Infolge der Stromverletzung und der erlittenen schwersten Verbrennungen mussten Gliedmaßen amputiert werden. Die Berufsgenossenschaft lehnte die Anerkennung als Arbeitsunfall ab. Ein Beschäftigungsverhältnis könne nicht nachgewiesen werden. Es sei möglich, dass der junge Mann als Selbstständiger tätig geworden sei. Die Klage dagegen hatte Erfolg.

Das Landessozialgericht: Die Berufsgenossenschaft ist verpflichtet, das Unfallereignis als Arbeitsunfall anzuerkennen und eine Entschädigung zu zahlen. Aufgrund der Zeugenaussagen ist davon auszugehen, dass der verletzte junge Mann als abhängig Beschäftigter gearbeitet hat. Er ist zur Erledigung bestimmter Brückenarbeiten angewiesen worden und sollte hierfür einen festen Stundenlohn erhalten. Material, Werkzeug und Schutzhandschuhe wurden ihm zur Verfügung gestellt. Dass kein schriftlicher Arbeitsvertrag geschlossen wurde, ist insoweit unerheblich. Die Annahme der Berufsgenossenschaft, der Mann habe als selbstständiger Unternehmer auf der Brücke gearbeitet, ist lebensfremd. Außerdem ist unfallversicherungsrechtlich nicht relevant, dass der Mann „schwarz" gearbeitet hat. Denn nach der ausdrücklichen gesetzlichen Regelung schließt auch verbotswidriges Handeln den gesetzlichen Unfallversicherungsschutz nicht aus.

Hessisches Landessozialgericht, Urteil vom 30. November 2011 - L 9 U 46/10

Gesetzliche Krankenversicherung

Keine Kostenerstattung für Privatarzt

Gesetzlich Krankenversicherte haben grundsätzlich keinen Anspruch auf Kostenerstattung für eine privatärztliche Behandlung. Dies gilt auch, wenn eine Versicherte unter einer Zahnarztphobie leidet und nach 30 Jahren ohne zahnärztliche Behandlung erstmals allein zu Ärzten in einer Privatklinik Vertrauen fasst

Der Fall: Die an einer Zahnarztphobie leidende Frau war seit 30 Jahren nicht beim Zahnarzt. Für eine deshalb nötig gewordene umfangreiche Zahnbehandlung in einer Privatklinik wandte sie rund 30 000 Euro auf. Den Antrag auf Kostenerstattung lehnte die Krankenkasse ab. In ihrer Klage dagegen führte die Frau zur Begründung aus, ihre mehrfachen Versuche, sich von Vertragszahnärzten und in vertraglich zugelassenen Kliniken behandeln zu lassen, seien aufgrund ihrer Zahnarztphobie gescheitert. Zu den Zahnärzten in der Privatklinik habe sie erstmals Vertrauen aufbauen können. Aufgrund des Zustandes ihrer Zähne und ihrer Kiefersituation habe dringender Handlungsbedarf bestanden. Ihre Klage wurde abgewiesen.

Das Sozialgericht: Gesetzlich Krankenversicherte haben keinen Anspruch auf Kostenerstattung für privatärztliche Leistungen. Außerdem sei die Behandlung unter Berücksichtigung dessen, dass sich die Frau 30 Jahre nicht zahnärztlich behandeln ließ, nicht unaufschiebbar gewesen, so dass ihr Kostenerstattungsanspruch auch daran scheitert, dass sie nicht zunächst einen Antrag bei ihrer Krankenkasse gestellt hat.

Sozialgericht Stuttgart, Urteil vom 20. Dezember 2010 – S 8 KR 7172/09

einblick
gewerkschaftlicher Info-Service vom 12.12.2011 22/11

DGB

inhalt

Seite 3
Aktiv gegen Rechts
Die Gewerkschaften engagieren sich seit langem gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus. Ein Überblick

Seite 5
Ziel Energiewende
Die IG Metall will die Energiewende in ihrem Organisationsbereich aktiv mitgestalten. Über Wege und Ziele diskutierte sie auf einer Tagung in Berlin

Seite 7
Fachkräftemangel
Der viel beschworene Fachkräftemangel ist hausgemacht. Viele Betriebe sind nicht „ausbildungsreif", meint DGB-Vize Ingrid Sehrbrock.

Arbeitsmarkt

Schwerbehinderte ohne Chance

Von der relativ günstigen Arbeitsmarktentwicklung können schwerbehinderte Menschen nicht profitieren. Gegen den allgemeinen Trend ist der Anteil der Arbeitslosen mit Behinderung sogar gestiegen. Das zeigt eine Analyse des DGB. Vor allem Ältere sowie Arbeitslose mit besonderen Vermittlungshemmnissen hatten es in den vergangenen zwei Jahren besonders schwer, einen Job zu finden. So ist der Anteil der arbeitslosen Schwerbehinderten von August 2009 bis zum Vergleichsmonat 2011 um 7,6 Prozent gestiegen, während insgesamt die Arbeitslosenquote im gleichen Zeitraum um rund 15 Prozent gesunken ist.

Als eine Ursache sieht der DGB die Personalpolitik vieler Unternehmen. „Fast jedes zweite Unternehmen erfüllt die gesetzliche Beschäftigungspflicht von Menschen mit Behinderungen nicht", kritisiert DGB-Vorstandsmitglied Annelie Buntenbach. Es könne nicht sein, dass einerseits über Fachkräftemangel geklagt werde und andererseits Bewerberinnen und Bewerber nicht eingestellt würden, „nur weil sie ein Handicap haben".

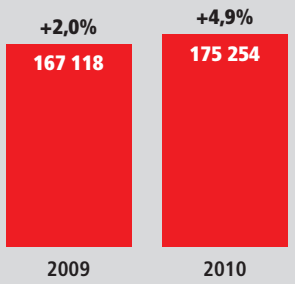
So sieht das Gesetz vor, dass mindestens fünf Prozent der Arbeitsplätze mit behinderten Beschäftigten besetzt sein sollen. Doch 40 Prozent der deutschen Arbeitgeber geben weniger als einem Prozent in ihrem Unternehmen eine Chance. „Vielen Arbeitgebern ist leider nicht bewusst, dass eine Behinderung keineswegs Einfluss auf die zu leistende Arbeit haben muss", betont Buntenbach.

Der DGB schlägt deshalb vor, die Beschäftigungsquote von Schwerbehinderten durch entsprechende Anreize zu steigern. So soll die Ausgleichsabgabe zumindest für diejenigen Unternehmen erhöht werden, die weniger als drei Prozent schwerbehinderte Menschen beschäftigen. Hintergrund: Unternehmen mit mehr als 20 Beschäftigten zahlen bisher eine Ausgleichsabgabe zwischen 105 und 260 Euro monatlich für jeden nicht besetzten Pflichtarbeitsplatz. „Es muss stärkere finanzielle Anreize geben, damit diese Unternehmen mehr schwerbehinderte Menschen einstellen. Wir müssen die andauernde und überdurchschnittlich hohe Arbeitslosigkeit von schwerbehinderten Menschen endlich in den Griff bekommen", forderte Buntenbach.

Handlungsbedarf besteht auch bei den arbeitsmarktpolitischen Förderinstrumenten. In seiner Analyse kritisiert der DGB, dass die Förderintensität in der Arbeitslosenversicherung zurückgegangen ist. Statt auf Qualifizierungsmaßnahmen zu setzen, kämen vor allem im Hartz IV-System Ein-Euro-Jobs zum Einsatz. Der DGB schlägt vor, auch bei den Schwerbehinderten den Fokus stärker auf Geringqualifizierte und Langzeitarbeitslose zu richten. Beschäftigungsbegleitende Maßnahmen und intensivere Betreuung sollen zudem dafür sorgen, Arbeitsverhältnisse zu stabilisieren. •

Mehr Schwerbehinderte arbeitslos

Arbeitslosigkeit schwerbehinderter Menschen 2009 und 2010 im Vergleich (absolut und Veränderung zum Vorjahr in Prozent)



Quelle: Bundesagentur für Arbeit und Berechnungen des DGB 2011

© DGB einblick 22/11

Rund 88 000 schwerbehinderte Menschen haben 2010 ihre Arbeit verloren – aber nur rund 58 000 haben einen neuen Job gefunden. Die Folge: Die Zahl der Arbeitslosen mit schwerer Behinderung stieg um 4,9 Prozent auf mehr als 175 000 Menschen an.

plusminusBERLIN

+ ***Gabriele Hiller-Ohm (SPD-MdB) fordert einen Masterplan für barrierefreien Tourismus. „Wir wollen Barrierefreiheit im Schienenfernverkehr forcieren – inklusive des Umbaus aller Bahnhöfe." Zudem soll ein Programm für barrierefreie Gaststätten sowie ein Gütesiegel eingeführt werden.***

– ***Johannes Singhammer, stellvertretender Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, findet, dass die Bürgerversicherung eine Rolle rückwärts ist. Er meint: „Sie führt nicht dazu, dass die Gesundheitsversorgung in unserem Land besser wird." Sie sei der falsche Weg.***

Der Surf-Tipp fürs Internet

http://www.dgb.de/-/qwC
Der DGB zeigt auf seiner Homepage, welche gesetzlichen Regelungen 2012 in Kraft treten

Hintergrund

www.einblick.dgb.de/hintergrund
DGB-Newsletter Arbeitsmarkt aktuell „Besserung am Arbeitsmarkt geht an schwerbehinderten Menschen vorbei"

Anzeige

Bund-Verlag

Däublers Ratgeber Arbeitsrecht



Wolfgang Däubler
Arbeitsrecht
Ratgeber für Beruf, Praxis und Studium
9., überarbeitete und aktualisierte Auflage
2011. 575 Seiten, kartoniert
€ 19,90
ISBN 978-3-7663-6119-6

Arbeitsrecht geht (fast) jeden an. Und dennoch: Für viele ist es ein Buch mit sieben Siegeln. Der bewährte Ratgeber von Wolfgang Däubler schafft hier Abhilfe. Juristische Vorkenntnisse sind nicht erforderlich.

Das Buch ist übersichtlich gegliedert und stellt – ergänzt durch zahlreiche Beispiele – die wichtigsten Inhalte des Arbeitsrechts dar.
Es gibt zuverlässig Antwort auf Fragen, wie:
- Wo finde ich die »einschlägigen« Gesetze?
- Was muss ich bei einer Bewerbung beachten?
- Wie kann ich mich gegen eine Kündigung wehren?

Wegen der klaren, verständlichen Sprache ist der Ratgeber im Beruf, für die Arbeit als Betriebs- oder Personalrat und für das Studium gleichermaßen eine optimale Hilfe. Die neunte Auflage gibt Gesetzgebung und Rechtsprechung auf dem Stand von September 2011 wieder. Schwerpunkte der Neuauflage:
- Kündigungsfristen und Kündigungsschutz
- Pflegezeitgesetz
- Neuregelung der Leiharbeit
- Streikrecht für Beamte und in der Kirche

Das ausführliche Stichwortverzeichnis erlaubt den gezielten Zugriff auf die Inhalte des Ratgebers.

Postfach
60424 Frankfurt am Main
Infotelefon: 0 69 / 79 50 10-20
Fax: 0 69 / 79 50 10-11

Internet:
www.bund-verlag.de
E-Mail:
kontakt@bund-verlag.de

BUND VERLAG

Altersarmut

Zuschussrente bringt nichts

Der Sozialbeirat, dem neben Arbeitgeberverbänden und Wissenschaftlern auch die Gewerkschaften angehören, kommt zu dem Ergebnis, dass die Bundesregierung bislang noch keinen brauchbaren Plan zur Bekämpfung der Altersarmut vorgelegt hat. Auch die von Bundesarbeitsministerin Ursula von der Leyen (CDU) angekündigte „Zuschussrente" taugt dazu nicht. Das Wort klingt nach mehr Geld, doch für DGB-Vorstandsmitglied Annelie Buntenbach ist es „ein Placebo": Lässt hoffen – hilft aber nicht wirklich. Die meisten ArbeitnehmerInnen würden bei diesem Konzept leer ausgehen. Vor allem die ohnehin stark gefährdeten Gruppen, wie Menschen mit Erwerbsminderung oder längeren Arbeitslosenzeiten, hätten von einer solchen Lösung nichts, kritisiert Buntenbach. •

Minijobs

Fragwürdige Erhöhung

Es klingt nach Einkommenssteigerung und bringt doch nichts. Mit der Anhebung der Minijob-Grenze von 400 auf 450 Euro wird nicht eine Minijobberin mehr Geld in der Tasche haben als zuvor. DGB-Vorstandsmitglied Annelie Buntenbach hält den Beschluss für „falsch und irreführend". Ein Großteil der Betroffenen liegt schon heute unterhalb der 400-Euro-Grenze. Im Durchschnitt verdienen die sieben Millionen Minijobber rund 260 Euro im Westen und 200 Euro im Osten. Was wirklich helfen würde, betont Buntenbach, ist ein flächendeckender Mindestlohn von 8,50 Euro die Stunde. •

Forschungsförderung

Fehlgesteuert

Der Bundesrechnungshof kritisiert in seinem letzten Bericht die Ausgaben der Bundesregierung für Bildung und Forschung. Dabei geht es den Prüfern nicht um die Höhe der Ausgaben, sondern um die Verteilung der Mittel. So würden vor allem große Forschungseinrichtungen institutionell gefördert. Dies führe etwa bei der Helmholtz-Gemeinschaft dazu, dass sie ihren Etat nicht mehr ausschöpfen könne und derzeit 300 Millionen Euro Reserve angesammelt habe. Und manchmal gibt das Forschungsministerium sogar mehr Geld aus, als es muss. Als Beispiel nennt der Prüfbericht: „Alle Forschungsprogramme erhielten sogar mehr Geld, als von der Helmholtz-Gemeinschaft beantragt worden war." •

in eigener Sache

Seit November führt das Berliner Institut „Pollytix Strategic Research" im Auftrag des DGB **Telefoninterviews** mit zufällig ausgewählten *einblick*-Leserinnen und Lesern (*einblick 20 + 21/11*). Für die große Bereitschaft, als Interviewpartner an der Verbesserung des *einblick* mitzuwirken, bedanken wir uns ganz herzlich. Wie berichtet, wollen der DGB-Bundesvorstand und die *einblick*-Redaktion ihr regelmäßiges, aktuelles Informationsangebot zeitgemäßer gestalten und noch stärker an den Interessen der Zielgruppen ausrichten. Die Befragung wird in den nächsten Wochen fortgeführt – **telefonisch und nun auch online.** Alle E-Mail-Abonnenten erhalten mit der nächsten Ausgabe per Mail einen personalisierten Link zur Online-Befragung. Je mehr LeserInnen teilnehmen, umso aussagekräftiger sind die Ergebnisse. Wir bitten euch/Sie, sich wenige Minuten Zeit zu nehmen und den Fragebogen auszufüllen. Vielen Dank!

Gewerkschaften aktiv gegen Rechts

Intervention gegen Rassismus

Die Nachrichten der letzten Wochen über den rechtsextremen und gewalttätigen Untergrund sind Anlass zur Sorge. Doch es gibt auch eine breite und starke Bewegung gegen die Ideologie und Gewalt aus dem rechten Lager. Auch im DGB und in allen Mitgliedsgewerkschaften. einblick stellt einige gewerkschaftliche Initiativen exemplarisch vor.

Gelbe Hand. Die Gelbe Hand ist seit über 25 Jahren Symbol gewerkschaftlicher Aktivitäten gegen Rechts. Initiiert von der DGB-Jugend und der Redaktion des DGB-Jugendmagazins *'ran* setzt sich der Verein „Mach meinen Kumpel nicht an!" seit Herbst 1986 gegen Rassismus und Fremdenfeindlichkeit in der Arbeitswelt ein. Auch beim Fußball ist die Gelbe Hand präsent – etwa durch Plakate und Stadionansagen. Im sechsten Jahr bereits findet der Gelbe-Hand-Wettbewerb statt, der sich an Berufsschulen, (Ausbildungs-) Betriebe und Verwaltungen richtet und dazu aufruft, Beiträge gegen Rechtsextremismus und Rassismus zu entwickeln. Die Auszubildenden sollen sich dabei direkt in ihrem Alltag mit Rassismus auseinandersetzen. Zu den aktuellen Projekten des Vereins gehört die gemeinsame Erarbeitung von Unterrichtsmaterialien für Berufsschüler und -schülerinnen. Hier arbeitet der Verein eng mit der GEW zusammen. Zur Vernetzung der gewerkschaftlichen Aktivitäten erscheint zehnmal im Jahr der Newsletter Aktiv + Gleichberechtigt.

www.gelbehand.de

Ratgeber: Neonazis entlarven. So kann man die heutigen, oft subtileren Zeichen rechter Gesinnung richtig deuten: Gemeinsam haben die NGG, der Deutsche Hotel- und Gaststättenverband und „pro aktiv gegen rechts" in Bremen eine Broschüre für Gastronomen herausgebracht, damit sich Rechtsextreme künftig nicht länger unerkannt bei Hotels und Gaststätten einmieten können. Der „Ratgeber für die Gastronomie", eine Neuauflage der Broschüre „Versteckspiel", zeigt die szenetypischen Merkmale und Symbole und soll so helfen, die Träger rechtsextremer Gesinnung schon beim Erstkontakt zu erkennen.

www.ngg.net

Ratschlag Thüringen. Über rechtsextreme Gewalttaten als alltägliche Erfahrung und die staatlichen Reaktionen berichtet Sandro Witt, ehemaliger Jugendreferent des DGB: „Als heute 30-Jähriger kann ich aus eigener Erfahrung berichten, wie wir als Jugendliche in Südthüringen jedes Wochenende voller Angst auf den Straßen unterwegs waren, weil die Naziszene mal wieder zum so genannten Zeckenklatsch aufgerufen hatte. Kein Stadtfest verging, ohne dass nicht enge Freunde mit körperlicher Gewalt von Neonazis konfrontiert waren." Im „Ratschlag Thüringen" setzen sich deshalb seit 1992 Gewerkschaften, Bürgerbündnisse, Parteien und Migrantenorganisationen, Flüchtlingsrat, AntifaschistInnen und Studierende gemeinsam gegen die um sich greifende neonazistische Gewalt zur Wehr. In einer Mischung aus Workshops, Diskussionen und Demonstrationen wird bei den Ratschlägen die eigene Auseinandersetzung mit öffentlich wirksamen Aktionen verknüpft.

www.ratschlag-thueringen.de

Betriebliche Beratungsteams. Die betrieblichen Beratungsteams, ein Projekt des DGB-Bezirkes Nord, bieten Unternehmern, Gewerkschaften, Betriebs- und Personalräten sowie Vertrauensleuten direkte Unterstützung. Sie stehen im Bedarfsfall beratend zur Seite und stärken den Betriebsparteien den Rücken bei der Förderung demokratischer Betriebskultur. Kompetente Beratung, Präventionsunterstützung, aber auch Interventionsbegleitung stehen dabei auf dem Programm der Beratungsteams, die in Rostock, Stralsund, Neubrandenburg und Schwerin sitzen – die aber im Bedarfsfall auch über die Standorte hinaus ansprechbar sind. Ziel der Beratung ist dabei vor allem die Hilfe zur Selbsthilfe.

www.bbt-mv.de

Für Demokratie Courage zeigen. Über alle Landesgrenzen hinweg arbeiten Gewerkschaften mit dem „Netzwerk für Demokratie und Courage" (NDC) zusammen. Zunächst von der DGB-Jugend und anderen Jugendorganisationen in Sachsen gegründet, ist das NDC in elf Bundesländern sowie in Belgien und Frankreich aktiv. Das NDC ist ein breites Bündnis von Jugendverbänden und verschiedensten Organisationen, Gruppierungen und Einzelpersonen. Schirmherr des Netzwerks ist Wolfgang Thierse, Vizepräsident des Deutschen Bundestages, der ins Visier der Berliner Staatsanwaltschaft geraten war, weil er sich an einer Sitzblockade gegen den Auftritt der Neonazis beteiligte. Die Bilanz des Netzwerks kann sich sehen lassen: Nach mehr als einem Jahrzehnt demokratischer Bildungsarbeit mit mehr als 10 000 Projekttagen an Schulen und Bildungseinrichtungen zählten die NetzwerkerInnen Ende 2010 über 2000 ausgebildete ehrenamtliche HelferInnen und erreichten mehr als 153 000 SchülerInnen.

www.netzwerk-courage.de

Flagge zeigen!

Angesichts der Mordserie nationalsozialistischer Terroristen hat der DGB-Bundesvorstand in einer Anfang Dezember verabschiedeten Resolution die „dramatischen Versäumnisse des Verfassungsschutzes" beklagt. Es sei trotz all seiner Aktivitäten nicht gelungen, die rechtsextremistischen Organisationen frühzeitig zu erkennen und zu bekämpfen. Staatliche Behörden seien „gefordert, konsequent und unnachgiebig neonazistische Umtriebe zu verfolgen". Die Gewerkschaften fordern:

- ***ein Verbot der NPD und aller neonazistischen Organisationen,***
- ***die Beseitigung von Vollzugsdefiziten im Waffenrecht und bei der Erteilung von Waffenbesitzkarten***
- ***und ein entschiedenes Vorgehen gegen Nazi-Seiten im Internet.***

Initiativen, Projekte und Organisationen, die sich den Neonazis tagtäglich widersetzten und deren Opfer beraten, bräuchten finanzielle Unterstützung statt eines Gesinnungs-TÜV des Bundesfamilienministeriums. „Wir wollen den Schulterschluss mit anderen gesellschaftlichen Kräften – für eine gesellschaftliche Offensive: Gemeinsam Flagge zeigen gegen Nazi-Terror, Rechtsextremismus und Unmenschlichkeit."

Mehr gewerkschaftliche Initiativen gegen Rechts und die Resolution im Wortlaut im Internet:
www.einblick.dgb.de

PROJEKTE UND PARTNER

Otto-Brenner-Stiftung

Lobbyisten an die Leine

Als „Brandbeschleuniger für Demokratieverdrossenheit" sieht die Otto-Brenner-Stiftung (OBS) ungezügelten Lobbyismus. Deshalb hat sie nun eine Studie vorgelegt, die Lösungen aufzeigt, wie Demokratie gestärkt und Lobbyismus in Bahnen gelenkt werden kann. Im Kern sei „die Marktordnung für Lobbyisten" ein Appell an das Parlament. So soll unter anderem der Status eines „akkreditierten Lobbyisten" eingeführt werden. Stellungnahmen, Gutachten und Expertisen sollen frei zugänglich und Nebentätigkeiten von Abgeordneten strikt begrenzt werden. Die OBS regt zudem an, externe Leihbeamte – etwa aus Unternehmen – und das Regierungssponsoring ganz zu verbieten. Die Regulierungsvorschläge basieren auf 40 ExpertInnen-Interviews. Die OBS betont: Das Zurückdrängen intransparenter Einflüsse von Lobbygruppen und Lobbyisten soll zur Revitalisierung parlamentarischer Prozesse und damit zu einer Stärkung der Demokratie insgesamt beitragen. Die Stiftung will mit der Studie die Diskussion über Lobbyismus versachlichen und lädt Politik, Lobbyisten und Zivilgesellschaft zu einer kritischen Prüfung der Vorschläge ein. •

www.lobby-studie.de

neueBücher

Studien belegen: **Fast jeder zweite Beschäftigte leidet heute unter starkem Zeit- und Termindruck.** Die Folge: Chronische Erschöpfung, Depressionen und andere psychische Erkrankungen haben stark zugenommen. Mit dem ***Ratgeber Gute Arbeit – Zeitbombe Arbeitsstress: Befunde, Strategien, Regelungsbedarf*** will die IG Metall Betriebsräten, GewerkschafterInnen und ArbeitnehmerInnen zeigen, wie Gute Arbeit in den Betrieben durchgesetzt werden kann. „Vor allem die psychische Gesundheit der Beschäftigten zu erhalten und zu schützen, wird zu einer zentralen Aufgabe humaner Arbeitsgestaltung", so die Gesundheitsexperten der Gewerkschaft. Gute Arbeit erfordere klare Regeln und eine Praxis, die alle staatlichen, betrieblichen und außerbetrieblichen Akteure einbezieht. Der Ratgeber bündelt dazu wissenschaftliche Expertisen, gewerkschaftliche sowie politische Strategien und betriebliche Praxisbeispiele.



Lothar Schröder, Hans-Jürgen Urban: Gute Arbeit – Zeitbombe Arbeitsstress: Befunde, Strategien, Regelungsbedarf, IG Metall-Sonderausgabe 2012 Redaktion: Klaus Pickshaus, Jürgen Reusch, Hans-Joachim Schulz; 500 Seiten, 39,90 Euro

Regine-Hildebrandt-Preis

PreisträgerIn gesucht

Zum zehnten Todestag der sozialdemokratischen Politikerin Regine Hildebrandt lobt die Stiftung Solidarität den nach ihr benannten Preis für 2012 aus. Unter dem Motto: „Gibt es denn nichts zu tun bei uns? Arbeit statt Armut finanzieren" sucht die Stiftung nach Beschäftigungsprojekten, die sowohl für arbeitslose Menschen als auch für das Gemeinwohl sinnvoll und notwendig sind. Vorschläge und Bewerbungen können bis zum 31. Januar 2012 eingereicht werden. Die öffentliche Preisverleihung findet am 4. Mai in Bielefeld statt. Das Preisgeld von 20 000 Euro kommt gemeinnützigen Projekten nach Wahl der Preisträger zu Gute. Die Auszeichnung wird seit 1997 für herausragendes soziales Engagement im Kampf gegen Arbeitslosigkeit und Armut verliehen. •

www.stiftung-solidaritaet.de

Arbeit und Leben NRW

Betriebsräte ausgezeichnet

Arbeit und Leben NRW, Bildungsträger von DGB und Volkshochschulen (VHS), hat zum zweiten Mal den Preis „Demokratie im Betrieb" vergeben. Preisträgerin ist Kornelia Dubbel, langjährige Betriebsrätin bei der Deutschen Telekom. Besonders ihr Einsatz für bessere Einkommens- und Arbeitsbedingungen überzeugte die Jury. Den zweiten Preis erhielt die Jugend- und Auszubildendenvertretung der Stadt Bochum für ihr Konzept „Ausbildung plus", mit dem trotz rigider Sparpolitik Ausbildungsstellen eingerichtet wurden. Den dritten Preis erhielt der Betriebsrat von Nokia Siemens Networks Düsseldorf. •

www.aulnrw.de

INKOTA Netzwerk

Stoppt Landgrabbing

Der großflächige Aufkauf von Ackerland in Schwellen- und Entwicklungsländern – das so genannte Landgrabbing (*einblick 20/2011*) – durch Investoren hat extreme Ausmaße angenommen, kritisiert das INKOTA Netzwerk. Unter anderem ist die Luftfahrtindustrie in diesem Jahr in den Wettlauf um Ackerland eingestiegen, um Biokerosin herzustellen. Mit einem Diskussionsabend möchte die Organisation am 15. Dezember in Berlin zeigen, welche Konsequenzen durch Landgrabbing drohen und wer darunter zu leiden hat. Unter anderem soll die aktuelle Situation in Äthiopien dargestellt und diskutiert werden. Eine zentrale Frage wird sein: „Wer wird zukünftig entscheiden, was auf den immer knapper werdenden Ackerflächen angebaut wird?" •

www.inkota.de

interregio

••• Die Beratungsstelle „Migration und Arbeit" (MigrAr) der ***DGB-Region Hamburg*** hat sich erfolgreich für die Rechte dreier ***bulgarischer Bauarbeiter*** eingesetzt, die um ihren Lohn geprellt werden sollten. Der Hamburger DGB-Vorsitzende Uwe Grund betont: „Wir sind sehr froh, dass es in diesem Fall eine für alle faire Lösung gegeben hat." Grund forderte die Politik auf, ein neues Vergabegesetz einzuführen, um Mindeststandards- und Löhne festzulegen.

www.hamburg.dgb.de

••• Der ***DGB-Bezirk NRW*** und die Kirchen in Nordrhein-Westfalen haben sich für eine „spürbare Überarbeitung des nordrhein-westfälischen ***Ladenöffnungsgesetzes***" ausgesprochen. Das Gesetz habe zu einer drastischen Aushöhlung des Sonn- und Feiertagsschutzes geführt. Durch die bestehende Rechtslage würden der Sonntag und die staatlich anerkannten Feiertage nicht ausreichend geschützt, kritisieren sie. Andreas Meyer-Lauber, Vorsitzender des DGB NRW, fordert eine stärkere Regulierung der Ladenöffnungszeiten: „Eine Ladenöffnung ‚rund um die Uhr' führt aus gewerkschaftlicher Sicht zu unzumutbaren Arbeitsbedingungen und einer Vielzahl sozialer, psychischer und wirtschaftlicher Probleme."

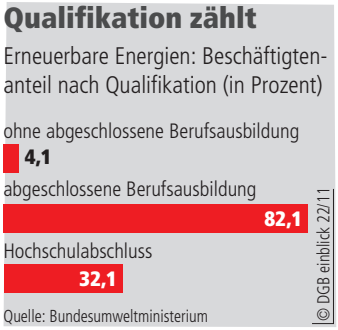
www.nrw.dgb.de

Energiewende

Betriebe für die Zukunft fit machen

Über die Energiewende herrscht grundsätzlich Einigkeit. Der Ausstieg aus der Atomkraft ist Konsens. Doch bei der Umsetzung hapert es derzeit. Die Gewerkschaften fordern mehr Entscheidungskraft von der Politik. „Chancen nutzen – Energiewende gestalten" lautete die Überschrift einer zweitägigen IG-Metall-Tagung in Berlin.

Die deutsche Wirtschaft steht trotz aktuell guter Konjunktur vor großen Umbrüchen. Die IG Metall sieht wie der DGB und die anderen Mitgliedsgewerkschaften nicht wenige Risiken in der Zukunft. Sie sind sich einig: Der Ausstieg aus der Atomkraft und



In den Erneuerbaren Energien ist der Anteil der Beschäftigten mit abgeschlossener Berufsausbildung wesentlich höher als in vielen anderen Branchen.

damit die Energiewende braucht vor allem innovative Unternehmen. Für Detlef Wetzel stehen sich derzeit zwei Unternehmenstypen gegenüber: Zum einen gibt es die „Vorreiter", die in Forschung und Entwicklung investieren, Qualifikation ernstnehmen und an neuen Geschäftsmodellen und Marktstrategien arbeiten. Auf der anderen Seite, so der Metaller auf der Tagung, „verharren viele mit dem Blick auf die Zukunftsmärkte wie das Kaninchen vor der Schlange" und begnügten sich mit „business as usual".

Doch wer jetzt nicht umschaltet, bleibt auf der Strecke, befürchtet die IG Metall und will Beschäftigte und Betriebsräte für die Fragen der Zukunft sensibilisieren. Die ArbeitnehmervertreterInnen sollen die Firmenleitung „zur Innovations- und Qualitätsführerschaft drängen". Dazu gehören die Begleitung der Personalentwicklung ebenso wie der Blick auf Energiesparkonzepte und Ressourcenverbrauch, und die Arbeitnehmerbank im Aufsichtsrat soll die Energiewende zu einem Schwerpunktthema machen.

Die IG Metall mit ihren unterschiedlichen Branchen trifft auch auf unterschiedliche Probleme. So starte, glaubt Wetzel, die Metall- und Elektroindustrie aus einer „Pole-Position". Bei den energieintensiven Branchen Stahl und Aluminium ist die Energiepreisentwicklung ein entscheidender Faktor. Die Automobilindustrie steckt schon mitten drin in der Umbauphase zu neuen Mobilitätskonzepten. Bei den Erneuerbaren Energien hakt es noch: Die Unternehmen glänzen nicht mit guten Arbeitsbedingungen. Für Wetzel ist es undenkbar, wenn „sich ausgerechnet in der Umwelttechnologie eine mitbestimmungs-und gewerkschaftsfreie Zone etablieren" würde.

Vor Ort gibt es da noch reichlich zu tun – das wurde auf der Tagung deutlich. Betriebsräte sind eher selten, der Organisationsgrad in den Unternehmen ist schwach, die Arbeitsbedingungen sind nicht die besten. Die Solarindustrie boomt – eigentlich. In diesem Jahr wird mit einem Zubau in der Photovoltaik von 6000 Megawatt gerechnet. Doch Vielen der oft noch jungen Unternehmen macht die asiatische Konkurrenz zu schaffen. So sind die Gewinner des Booms nicht unbedingt die deutschen ArbeitnehmerInnen.

Betriebsräte berichteten auf der Tagung aus ihrem Alltag. Harald Frick, Betriebsrat beim Solarunternehmen Conergy, kann zwar Erfolge verbuchen. Er bedauert aber, dass „wir unsere Innovationskraft komplett abgegeben haben", aus dem Hersteller sei ein Handelshaus geworden. Trotzdem gelang es dem Betriebsrat, geplante Kündigungen zu verhindern. Für Leiharbeiter gilt zudem eine „Equal Pay"-Regelung. Bei Bosch-Solar-Energy gibt es seit August einen Tarifvertrag – er liegt allerdings sieben Prozent unterhalb des Thüringer Flächentarifs, wie Dietrich Termöhlen von der Erfurter IG Metall-Verwaltungsstelle moniert.

Die Windbranche steht weniger unter Druck, dennoch ist der Organisationsgrad sehr unterschiedlich. Bei der REpower SE im Werk Brandenburg wirbt der Betriebsratsvorsitzende Bernhard Band um Unterstützung. Der Organisationsgrad im Betrieb ist gering, die vielen jungen KollegInnen seien „Individualisten". Eine Tarifbindung gibt es nicht. Aber dem Unternehmen geht es wirtschaftlich gut, und Band ist optimistisch, die Beschäftigten über seine Betriebsratsarbeit auch an die IG Metall heranführen zu können. Ein Problem, das Betriebsrat Jürgen Schmeing nicht kennt: „Wir kriegen sie alle." Schmeing hat den Vorteil, dass Winergy eine Siemens-Tochter ist. Der Organisationsgrad war von Anfang an hoch. Zudem läuft es gut. Der Betrieb, der bei seiner Gründung 2001 mit rund 60 MitarbeiterInnen startete, hat derzeit 350 Beschäftigte.

Die IG Metall will aber Gute Arbeit für alle, betonte Wetzel auf der Berliner Tagung: „Eine Branche, die hohe öffentliche Förderung erfährt, muss auch ihrer Verantwortung gerecht werden." Möglicherweise gibt es dafür bald noch zusätzliche Bündnispartner. Dirk Seifert, Energiereferent der Umweltorganisation Robin Wood, sieht gute „Chancen für einen Schulterschluss". Bislang seien zwar soziale Fragen von der ökologischen Bewegung „kaum thematisiert" worden, aber das könnte sich ja ändern.

Plattform Energiewende

Die IG Metall erwartet von der Bundesregierung mehr Tatkraft. Mit der Energiewende stehe das Land vor der „dritten industriellen Revolution" und benötige deshalb ein abgestimmtes Konzept. Da aber weder die Politik noch der Markt alleine das „Megaprojekt Energiewende" stemmen könnten, forderte die IG Metall Anfang Dezember auf ihrer Berliner Tagung „Chancen nutzen – Energiewende gestalten" eine „Nationale Plattform Energiewende" nach dem Vorbild der „Elektromobilität".

Dort sollte dann ein schlüssiges Gesamtkonzept entwickelt werden, an dem Politik, Unternehmen, Umweltverbände und Gewerkschaften beteiligt sind. Die unterschiedlichen Zielsetzungen müssten miteinander verzahnt werden.

Darüber hinaus soll ein Strompreis-Monitoring eingerichtet werden. Für so gegensätzliche Ziele wie wettbewerbsfähige Strompreise einerseits und bezahlbare Kosten für die Endverbraucher auf der anderen Seite, müssten transparente und integrative Lösungen gefunden werden.

www.igmetall.de

PROJEKTE UND PARTNER

kurz&bündig

Was die Bahn nicht schafft, nehmen die Beschäftigten nun selbst in die Hand: Der Service soll besser werden. Die Eisenbahn- und Verkehrsgewerkschaft (EVG) ärgert sich, dass ihre Mitglieder oft die Leidtragenden der Einsparmaßnahmen im Servicebereich sind. Mit der Kampagne „Service? WITZ!" wollen die Eisenbahner dem Dienstleister Bahn auf die Sprünge helfen. Die EVG bittet dafür um Mithilfe: Wer Mängel feststellt, soll sie melden an: service-witz@evg-online.org

Die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) registriert seit langem, dass gerade im Weiterbildungsbereich immer mehr Honorarkräfte und freie Mitarbeiter eingesetzt werden. Die prekären Arbeitsbedingungen nehmen auch bei den bundeseigenen Goethe-Instituten zu. Grund genug, eine Tagung über die prekären Beschäftigungsverhältnisse dieser Institutionen anzusetzen. Das Ergebnis: Nur eine starke Interessenvertretung wird die Situation zugunsten der Beschäftigten verändern.

Die Gewerkschaft der Polizei fordert eine engere Kooperation mit dem Verfassungsschutz. Die rechtsterroristischen Morde und Anschläge hätten gezeigt, dass dies nötig sei. Der GdP-Vorsitzende Bernhard Witthaut erwartet, dass „strafrechtlich relevante Informationen künftig an Polizei und Staatsanwaltschaft übermittelt werden".

Zeitarbeit in der Chemiebranche

Stufenweise Anpassung

Für die Leiharbeitskräfte in der chemischen Industrie könnte Equal Pay schon bald wahr werden. Die IG BCE und der Bundesarbeitgeberverband der Personaldienstleister (BAP) haben sich darauf grundsätzlich geeinigt. Der Abschluss steht allerdings noch unter dem Vorbehalt einer Gesamtlösung für alle Branchen im Bereich der DGB-Tarifgemeinschaft Zeitarbeit. Der IG-BCE-Tarifpolitiker Peter Hausmann kommentiert: „Die Tür steht jetzt mehr als nur einen Spalt breit offen." Das Abkommen sieht vor, die Stundenlöhne der ZeitarbeitnehmerInnen stufenweise an die Tariflöhne anzupassen.

Doch nicht nur mehr Geld soll künftig die Leiharbeit aufwerten. Qualifizierung ist ebenfalls Programm. Für den „Weiterbildungsfonds Zeitarbeiter" hat die IG BCE mit der USG People Tochter Technicum einen Haustarifvertrag abgeschlossen. Weitere Partner sind der TÜV Nord Bildung und der Bildungsdienstleister Provadis. Das Modell stehe allen ArbeitnehmerInnen offen, die bereits bei einem Personaldienstleister beschäftigt waren oder beabsichtigen, einen Arbeitsvertrag abzuschließen, erklärt IG-BCE-Vorstandsmitglied Peter Hausmann. •

www.bit.ly/igbce

EVG-Gewerkschaftstag

Aktionsprogramm verabschiedet

Der Kleine Gewerkschaftstag der EVG hat Ende November ein „Aktionsprogramm 2012" beschlossen. Der EVG-Vorsitzende Alexander Kirchner betont: „Wir haben mit diesem Gewerkschaftstag gezeigt, dass wir auf einem guten Wege sind, mehr Mitgliedernähe in unsere gewerkschaftliche Arbeit einzubringen." Die EVG sei „die mit Abstand größte und am besten organisierte Gewerkschaft in unserem Organisationsbereich".

Das Aktionsprogramm sieht vor, dass die EVG 2012 verschiedene Themen- und Aktionstage veranstaltet. „Ziel ist es, an diesen Tagen die spezifischen Probleme der Kollegen und Kolleginnen in den einzelnen Bereichen in den Mittelpunkt zu stellen und das auch nach außen mit Forderungen zu untermauern", so Kirchner. Sowohl die Thementage als auch die Betriebsbesuche des Vorstandes sollen zum selbstverständlichen Instrument gewerkschaftlicher Arbeit werden, „mit den Zielen: mehr Demokratie und mehr Basisnähe".

Auf dem Gewerkschaftstag berichtete der Vorstand zudem über den Stand eines Zukunft-Tarifvertrages. Schwerpunkte: lebenslanges Lernen, eine bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie und alternsgerechtes Arbeiten. Der Zukunft-Tarifvertrag soll bis Ende 2012 ausverhandelt und abgeschlossen werden. •

Fußball-WM

Internationaler Widerstand

Die Fußballweltmeisterschaft 2022 im Emirat Katar sorgt schon heute für Ärger. Die notwendigen Bauarbeiten laufen für die Beschäftigten unter sehr schlechten Bedingungen. Innerhalb der nächsten zehn Jahre sollen neun neue Stadien entstehen und drei weitere saniert werden. Im Emirat haben die dafür eingekauften Wanderarbeiter keine eigenen Rechte. Die Bezahlung ist schlecht und selbst Arbeitsschutz ist ein Fremdwort. Der Internationale Gewerkschaftsbund (IGB) hat sich deshalb – gemeinsam mit der Internationalen Bauarbeitergewerkschaft (BWI) und der Schweizer Gewerkschaft Unia – an den Weltfußballverband (FIFA) gewandt. IGB-Generalsekretärin Sharan Burrow erklärte, die internationale Gewerkschaftsbewegung werde es nicht hinnehmen, dass Menschen für den Bau von Stadien eingesetzt würden ohne jegliche eigene Rechte. Das Gespräch mit der FIFA sei positiv verlaufen, heißt es beim IGB. In den kommenden Monaten soll es ein Treffen mit den Verantwortlichen aus Katar geben. Der IGB will dann angemessene Arbeitsbedingungen und Arbeitnehmerrechte ansprechen. •

DGB-Kalender 2012

Das Jahr im Taschenformat

Der DGB-Kalender für das kommende Jahr ist da – und informiert über wichtige Daten zur Gewerkschaftspolitik sowie über Gedenktage und interessante Ereignisse aus der Geschichte der Arbeiterbewegung und darüber hinaus. Daneben bietet der Kalender wie gewohnt Fakten rund um den DGB und die Gewerkschaften sowie einen umfangreichen Service- und Adressteil. •



Der DGB-Kalender 2012 ist kostenlos bei den DGB-Regionen und DGB-Bezirken erhältlich.

Bildungspolitik

Der Fachkräftemangel ist hausgemacht

Während die Arbeitgeber-Lobby über fehlendes Personal lamentiert, haben viele Jugendliche noch immer schlechte Ausbildungschancen. Für die stellvertretende DGB-Vorsitzende Ingrid Sehrbrock ist eine neue Bildungs- und Ausbildungsoffensive in Deutschland seit langem überfällig.



Foto: DGB/Steinle

Ingrid Sehrbrock, 63, stellvertretende DGB-Vorsitzende, ist im DGB-Vorstand u.a. für Bildungspolitik zuständig.

Unsere Gesellschaft steht vor großen Herausforderungen: Mit dem demografischen Wandel ist ein starker Rückgang der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter vorhanden. Das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) rechnet bis 2020 mit einem Rückgang von 1,8 Millionen Menschen in diesem Personenkreis. Der wirtschaftliche Strukturwandel hin zu wissensintensiven Industrien und Dienstleistungen führt zu steigenden Anforderungen an die Beschäftigten. Gleichzeitig ist unser Bildungssystem zu schwach. Das Potenzial der in Deutschland lebenden Migranten wird längst nicht ausgeschöpft. Fast 40 Prozent bleiben ohne weiterführende schulische oder berufliche Ausbildung. Mehr als 1,5 Millionen junge Erwachsene im Alter zwischen 20 und 29 Jahren in Deutschland verfügen über keine abgeschlossene Ausbildung. Mehr als 65 000 Jugendliche verlassen Jahr für Jahr die Schule ohne einen Abschluss. **Diese Tendenzen gefährden den gesellschaftlichen Zusammenhalt.** Es besteht die Gefahr, dass es zu einem Fachkräftemangel in einzelnen Branchen (z.B. Bildung, Pflege, Ingenieure) kommt – und das bei wachsender prekärer Beschäftigung und einem ausufernden Niedriglohnsektor.

Wenn auch die aktuellen Klagen der Arbeitgeber-Lobby über den angeblich vorherrschenden Fachkräftemangel übertrieben sind: Wir brauchen in Deutschland dringend eine neue Bildungs- und Ausbildungsoffensive. Wo Fachkräfte fehlen, ist der Mangel hausgemacht. **Viele Unternehmen erledigen ihre Pflichten nicht.** Noch immer bildet nur ein knappes Viertel der Betriebe in Deutschland aus. Die Folge: Der Ausbildungsmarkt kommt nur langsam aus dem tiefen Keller.

In der Krise 2009 ist die Zahl der abgeschlossenen Ausbildungsverträge um mehr als 50 000 eingebrochen. In diesem Jahr scheint es, als hätten wir die Talsohle durchschritten und könnten uns mit 3,4 Prozent mehr Verträgen gegenüber 2010 wieder normalen Verhältnissen nähern. Das ist ein erfreulicher Trend. Er reicht aber nicht aus, um den Fachkräftebedarf von morgen zu decken. Wenn Betriebe ihre Ausbildungsplätze nicht besetzen können, müssen sie ihren Blick bei der Einstellung von Auszubildenden erweitern. Sie müssen mehr junge Menschen mit Hauptschulabschluss und auch junge Migranten einstellen.

Doch glänzende Chancen für junge Menschen sind noch immer eine Fata Morgana. Der Ausbildungspakt-Pakt zählt noch immer 65 200 Jugendliche als versorgt, die keinen Ausbildungsplatz gefunden haben, sich mit Bewerbungstrainings, Einstiegsqualifizierungen und Praktika über Wasser halten. Und dennoch suchen sie weiter nach einem Ausbildungsplatz. Zählt man diese Bewerberinnen und Bewerber auch als unversorgt, suchen noch 76 800 junge Menschen einen Ausbildungsplatz – und das bei 29 700 offenen Plätzen. In Wahrheit übersteigt die Zahl der unversorgten Bewerberinnen und Bewerber die Zahl der offenen Plätze um mehr als das Doppelte.

Viele Branchen, die lautstark über fehlende Auszubildende klagen, haben oft miese Ausbildungsbedingungen. **Viele Betriebe sind einfach nicht ausbildungsreif:** Sie bieten eine niedrige Vergütung. Sie halten viele Überstunden und unregelmäßige Arbeitszeiten für normal. Hohe Abbrecherquoten von mehr als 40 Prozent und geringe Übernahmequoten sind nicht selten, gerade in Hotels und Gaststätten. Wenn junge Menschen als billige Arbeitskräfte ausgenutzt werden, bewerben sie sich in diesen Unternehmen nicht mehr. So kommen auf 100 gemeldete Stellen in der Gastronomie nur 37 registrierte Bewerber. Wenn Betriebe für Bewerber und Bewerberinnen attraktiv sein wollen, müssen sie ihre **Azubis besser bezahlen, die Qualität der Ausbildung verbessern und mehr Azubis übernehmen.**

Selbstverständlich brauchen manche Ausbildungsbetriebe auch Unterstützung. Wir müssen die ausbildungsbegleitenden Hilfen ausbauen. Junge Menschen mit Lernschwierigkeiten brauchen frühzeitig zusätzliche Unterstützung zum Beispiel in Deutsch und Mathematik. Betriebe haben übrigens auch heute schon die Möglichkeit, die Ausbildung zu verlängern. Die Tarifverträge der Gewerkschaften sind hier ein gutes Beispiel. Gute Bildung braucht eben Zeit. •

Phantom oder Kostenfaktor?

Für den Statistiker Gerd Bosbach ist der Fachkräftemangel vor allem ein „Phantom der Unternehmer" (einblick 19/11). IG Metall-Bezirksleiter Hartmut Meine empfiehlt den Gewerkschaften, die Debatte zu nutzen, um die Arbeitsbedingungen in den Betrieben nachhaltig zu verbessern (einblick 21/11). Über Ausmaß und Konsequenzen des Fachkräftemangels wird auch im einblick intensiv diskutiert.

Derweil warnt die Arbeitgeberseite Woche für Woche vor dessen Folgen für die Wirtschaft. Dem deutschen Mittelstand entgingen Umsätze in Höhe von rund 30 Milliarden Euro, diagnostiziert die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Ernst & Young. Im Auftrag u.a. von BDA und BDI fand das arbeitgebernahe Institut der deutschen Wirtschaft (IW) heraus, dass es in den Bereichen Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften und Technik – kurz MINT – derzeit eine Fachkräftelücke von 166 000 Personen gebe.

Diese Zahlen sehen nicht nur GewerkschafterInnen, sondern auch WissenschaftlerInnen kritisch. So kann Joachim Möller, Direktor des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, einen akuten Mangel wohl bei Ärzten, Flugzeugmechanikern und Krankenschwestern entdecken– nicht aber pauschal in allen MINT-Berufen.

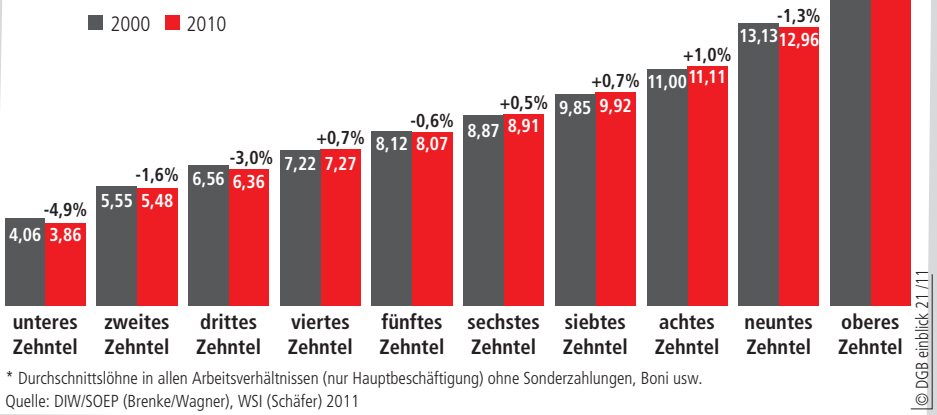
DIES & DAS

die DGB grafik

EINKOMMEN: Niedrigverdiener bekommen immer weniger

Die Teilhabe am wachsenden Wohlstand ist in Deutschland sehr unterschiedlich verteilt: Unternehmens- und Vermögensgewinne steigen, während die Reallöhne sinken. Das hat der DGB-Verteilungsbericht (einblick 21/11) erneut gezeigt. Auch unter den Beschäftigten ist die Entwicklung sehr ungleich. Vor allem Niedrigstverdiener müssen Einbußen hinnehmen. So sind von 2000 bis 2010 die Netto-Stundenlöhne der zehn Prozent ArbeitnehmerInnen, die am wenigsten verdienen, um 4,9 Prozent gesunken.

Entwicklung der inflationsbereinigten Netto-Stundenlöhne* von ArbeitnehmerInnen nach Einkommensklassen (in Zehnteln) 2000 bis 2010 (Stundenlöhne in Euro, Veränderung in Prozent)



* Durchschnittslöhne in allen Arbeitsverhältnissen (nur Hauptbeschäftigung) ohne Sonderzahlungen, Boni usw.
Quelle: DIW/SOEP (Brenke/Wagner), WSI (Schäfer) 2011

© DGB einblick 21/11

personalien

••• ***Dr. Frithjof Reul,*** 42, arbeitet ab Januar als Referent für Energiepolitik in der Abteilung Struktur-, Industrie- und Dienstleistungspolitik beim DGB-Bundesvorstand. Zuvor war der Diplom-Geograph unter anderem als Wissenschaftlicher Mitarbeiter an der TU Berlin, als Projektmanager beim Verkehrsclub Deutschland (VCD) und als Projektleiter bei der Berliner Energieagentur beschäftigt.

••• ***Stefanie Geyer,*** 30, Politikwissenschaftlerin, ist seit 12. Dezember als politische Referentin in der Abteilung Jugend beim DGB-Bundesvorstand insbesondere für die gewerkschaftliche Studierendenarbeit zuständig.

••• ***Marion Jungbluth,*** 47, ist ab 1. Januar als politische Referentin für das Thema nachhaltige Mobilität beim DGB-Bundesvorstand zuständig. Sie verstärkt damit die Abteilung Struktur-, Industrie- und Dienstleistungspolitik. Zuvor war sie als Referentin beim Bundesverband der Verbraucherzentralen und als wissenschaftliche Mitarbeiterin in der SPD-Bundestagsfraktion tätig.



Der DGB und das einblick-Team wünschen allen Leserinnen und Lesern erholsame Feiertage und einen guten Start ins neue Jahr.

IMPRESSUM *einblick* erscheint vierzehntäglich **Herausgeber:** DGB **Verlag:** Graewis Verlag GmbH **GeschäftsführerInnen:** Anne Graef, Dr. Peter Wilke **Redaktion:** Anne Graef (verantw.), Sebastian Henneke **Redaktionelle Mitarbeit:** Udo Böhlefeld, Birgit Böhret, Luis Ledesma **Redaktionsanschrift:** Wallstraße 60, 10179 Berlin, Tel. 030/30882 4-0, Fax 030/30882420, Internet: www.einblick.dgb.de, E-Mail: redaktion@einblick.info **Anzeigen:** Bettina Mützel, Tel. 030/859946-240, Fax 030/859946-100, E-Mail: bettina.muetzel@berlin.de **Layout:** zang.design **Infografik:** Klaus Niesen **Druck und Vertrieb:** PrintNetwork Berlin **Abonnements:** Änderungen schriftlich an Redaktion *einblick* (Adresse s.o.)
Nachdruck frei für DGB und Gewerkschaften bei Quellenangabe und zwei Belegexemplaren. Alle Anderen nur nach schriftlicher Genehmigung durch den Verlag. Nachdruck von namentlich gezeichneten Artikeln nur nach Genehmigung durch Verlag und Autor.
Der nächste *einblick* erscheint am 16. Januar 2012

35 TAGE

mehr Infos: www.einblick.dgb.de

13.12. DGB, Hans-Böckler-Stiftung, Tagung „10 Jahre Riester-Reform", Berlin

13.12. DGB-Jugend Berlin-Brandenburg, Diskussion „Extrem dreist – Die Dekonstruktion solidarischer Werte", Berlin

14.12. DGB-Region Bremen-Elbe-Weser, Diskussion „Finanzmarktkrise, Schuldenkrise, Euro-Krise – welche Krise", Bremen

15.12. INKOTA Netzwerk e.V., Fachdiskussion „Landgrabbing – den Menschen den Boden unter den Füßen wegziehen", Berlin

10.1.2012 DGB und WSI, Fachtagung „Zurück zur öffentlichen Hand – Chancen und Formen einer Rekommunalisierung", Berlin

16.1. Friedrich-Ebert-Stiftung, Ausstellung „Demokratie stärken – Rechtsextremismus bekämpfen", Wiesbaden-Naurod

18.1. Hans-Böckler-Stiftung, Workshop „Präsenz und Repräsentanz: Erfahrungen und Perspektiven akteursbezogener Arbeits- und Gewerkschaftsforschung", Hamburg

Schlusspunkt.

„Die Quadratur des Kreises funktioniert nur im Zeitungsinterview."

Mit diesen Worten kritisiert Sigmar Gabriel am 5. Dezember auf dem SPD-Bundesparteitag Arbeitgeberpräsident Dieter Hundt. Der Hintergrund: Die Arbeitgeber fordern Schulden abzubauen, Steuersubvention zu schützen und gleichzeitig Geld in Infrastruktur zu investieren – und das ohne einen Finanzierungsvorschlag zu machen.

Mittelbare Diskriminierung

Gutes Deutsch kann verlangt werden

Die Anforderung „sehr gutes Deutsch" in einer Stellenanzeige kann eine mittelbare Benachteiligung eines nicht zum Vorstellungsgespräch geladenen Bewerbers mit „Migrationshintergrund" wegen dessen ethnischer Herkunft vermuten lassen.

Eine Benachteiligung liegt aber nicht vor, wenn sich bereits aus der Stellenanzeige ergibt, dass die Anforderungen an die Sprachfähigkeit durch ein rechtmäßiges Ziel sachlich gerechtfertigt sind.

Landesarbeitsgericht Nürnberg,
Urteil vom 5. Oktober 2011 - 2 Sa 171/11

Pflegezeit

Nicht in mehreren Zeitabschnitten

Nach dem Gesetz über die Pflegezeit sind Beschäftigte in Betrieben mit mehr als 15 Arbeitnehmern von der Arbeitsleistung vollständig oder teilweise freizustellen, wenn sie einen pflegebedürftigen nahen Angehörigen in häuslicher Umgebung pflegen. Die Pflegezeit beträgt für jeden pflegebedürftigen nahen Angehörigen höchstens sechs Monate.

Der Arbeitnehmer hat nur einmal das Recht, Pflegezeit zu nehmen, das mit der erstmaligen Inanspruchnahme erlischt. Dies gilt selbst dann, wenn die genommene Pflegezeit weniger als sechs Monate umfasst.

Bundesarbeitsgericht,
Urteil vom 15. November 2011 - 9 AZR 348/10

Arbeitszeugnis

Keine verschlüsselte Formulierung

Bei Beendigung des Arbeitsverhältnisses hat der Arbeitnehmer Anspruch auf ein schriftliches Zeugnis.

Das Zeugnis darf keine Formulierungen enthalten, die den Zweck haben, eine andere als aus der äußeren Form oder dem Wortlaut ersichtliche Aussage über den Arbeitnehmer zu treffen (Grundsatz der Zeugnisklarheit).

Die in einem Zeugnis enthaltene Formulierung „Wir haben Herrn X als sehr interessierten und hochmotivierten Mitarbeiter kennen gelernt" erweckt aus Sicht des objektiven Empfängerhorizonts nicht den Eindruck, der Arbeitgeber attestiere dem Arbeitnehmer in Wahrheit Desinteresse und fehlende Motivation.

Bundesarbeitsgericht,
Urteil vom 15. November 2011 - 9 AZR 386/10

Polizist

Private Verfehlung führt zur Kündigung

Die fristgemäße Kündigung eines Polizeiangestellten im Objektschutz, der außerhalb seines Dienstes die Partydroge „liquid ecstasy" in nicht geringer Menge hergestellt hat, ist gerechtfertigt. Es kann vom Land als Arbeitgeber nicht erwartet werden, dass es einen Polizisten beschäftigt, der – wenn auch außerdienstlich – in schwerwiegender Weise Strafgesetze gebrochen hat.

Landesarbeitsgericht Berlin-Brandenburg,
Urteil vom 25. Oktober 2011 – 19 Sa 1075/11

Schüleraustausch

Jobcenter muss Kosten übernehmen

Nimmt das Kind eines Hartz-IV-Beziehers an einer mehrtägigen Klassenfahrt teil, hat das Jobcenter die Kosten zu übernehmen, auch wenn der Schüleraustausch im Ausland stattfindet.

Der Fall: Der Schüler, der die 12. Klasse eines Gymnasiums besuchte, wurde von der Schule für die Teilnahme an einem Schüleraustausch mit einer High School in Arizona (USA) ausgewählt. Die Kosten – insgesamt 1 650 Euro – übernahmen, nach Ablehnung durch das Jobcenter, ehemalige Geschäftsfreunde des Vaters. Die Schulden soll der Schüler durch Arbeit begleichen. Die Klage des Schülers hatte Erfolg.

Das Bundessozialgericht: Bei dem streitigen Schüleraustausch handelt es sich um eine mehrtägige Klassenfahrt im Rahmen der schulrechtlichen Bestimmungen des Landes Baden-Württemberg. Das Sozialgesetzbuch II gibt den Rahmen dafür vor, wann Leistungen für eine mehrtägige Klassenfahrt zu erbringen sind. Dieser bundesrechtliche Rahmen ist durch die landesrechtlichen Vorschriften auszufüllen. Daraus ergibt sich, dass nur Leistungen für Aufwendungen zu erbringen sind, die durch eine schulische Veranstaltung entstehen, die mit mehr als einem Schüler durchgeführt wird, mit mindestens einer Übernachtung und einer „Fahrt", also einer Veranstaltung, die außerhalb der Schule stattfindet. Der hier durchgeführte Schüleraustausch überschreitet den bundesrechtlichen Rahmen nicht, die Veranstaltung ist einer mehrtägigen Klassenfahrt nach den landesschulrechtlichen Bestimmungen gleichzustellen.

Bundessozialgericht,
Urteil vom 22. November 2011 - B 4 AS 204/10 R

Beerdigungskosten

Heranziehung kann Härte bedeuten

Nahe Angehörige sind gesetzlich verpflichtet, die Bestattungskosten eines mittellosen Verstorbenen zu tragen. Die Heranziehung des Bestattungspflichtigen zu den Beerdigungskosten kann unverhältnismäßig sein, wenn der Verstorbene zu Lebzeiten eine schwerwiegende Verfehlung begangen hat.

Der Fall: Die Stadtverwaltung verlangt vom Sohn eines Verstorbenen die Übernahme der Bestattungskosten. Dieser hält eine derartige Verpflichtung für unzumutbar. Der verstorbene Vater des jungen Mannes hatte vor etwa 20 Jahren die Mutter umgebracht und dafür eine neunjährige Haftstrafe verbüßt. Der Sohn war damals 13 Jahre alt, sein Bruder 12 Jahre. Er und sein Bruder wurden für mehrere Jahre Pflegefamilien zugewiesen. Auch nach der Haftentlassung gab es keinerlei Kontakt mehr zum Vater.

Der Verwaltungsgerichtshof: Das Heranziehen des Sohnes zu den Bestattungskosten ist eine grob unbillige Härte und verletzt ihn in seinen Rechten. Zwar hat sich die Straftat des Vaters nicht unmittelbar gegen den Sohn gerichtet, die Folgen sind aber in ihrer Intensität und Bedeutung vergleichbar. Denn durch die Tötung der Mutter und die anschließende Verurteilung des Vaters zu einer mehrjährigen Freiheitsstrafe ist dem Sohn die gesamte, ihn schützende familiäre Struktur genommen worden. Die durch die Straftat ausgelöste Abwendung ist so grundlegend und nachhaltig gewesen, dass die Übernahme der Kosten aus der öffentlich-rechtlichen Bestattung unter diesen Umständen nicht mehr zu rechtfertigen ist.

Hessischer Verwaltungsgerichtshof,
Urteil vom 26. Oktober 2011 - 5 A 1245/11

Autor: Luis Ledesma, Kassel – einblick 22/11